Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher



ZEIT GESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts

Band 5

Mit Beiträgen von

Dieter Albrecht
Winfried Becker
Heinz Blankenberg
Walter Först
Martin Höllen
Herbert Hömig
Heinz Hürten
Paul Kopf
Wolfgang Löhr
Bruno Lowitsch
Rudolf Morsey
Wolfgang Ockenfels
Josef Oelinger
Heinz-Albert Raem
Barbara Schellenberger
Hans-Josef Wollasch
Maria Liobgid Ziegler
Bernhard Zittel

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 5
Aus dem deutschen Katholizismus
des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher

Grünewald

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06115-2
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17580-4



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort der Herausgeber*

9 *Josef Oelinger*
Franz Joseph Ritter von Buß (1803–1878)

25 *Maria Liobgid Ziegler*
Karolina Gerhardinger (1797–1879)

41 *Winfried Becker*
Peter Reichensperger (1810–1892)

55 *Heinz Hürten*
Franz Xaver Kraus (1840–1901)

71 *Heinz-Albert Raem*
Theodor Hürth (1877–1944)

88 *Rudolf Morsey*
Eugen Bolz (1881–1945)

104 *Paul Kopf*
Joannes Baptista Sproll (1870–1949)

118 *Hans-Josef Wollasch*
Benedict Kreutz (1879–1949)

134 *Barbara Schellenberger*
Ludwig Wolker (1887–1955)

147 *Wolfgang Ockenfels*
Laurentius Siemer (1888–1956)

161 *Walter Först*
Josef Gockeln (1900–1958)

176 *Martin Höllen*
Heinrich Wienken (1883–1961)

190 *Heinz Blankenberg*
Friedrich Dessauer (1881– 1963)

205 *Herbert Hömig*
Johannes Albers (1890–1963)

223 *Bruno Lowitsch*
Ernst Michel (1889–1964)

239 *Wolfgang Löhr*
Wilhelm Elfes (1884–1969)

253 *Bernhard Zittel*
Alois Hundhammer (1900–1974)

266 *Dieter Albrecht*
Hans Ehard (1887–1980)

Anhang

281 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*
296 *Personenregister*

Vorwort der Herausgeber

Mit der Reihe »Zeitgeschichte in Lebensbildern« wird der Versuch unternommen, herausragende Persönlichkeiten des deutschen Katholizismus aus dem 19. und 20. Jahrhundert einem breiteren Leserkreis näher zu bringen, ihren Lebensweg und ihr Lebenswerk klarer zu erfassen oder sie gar der historischen Vergessenheit zu entreißen. Dabei wenden sich Herausgeber und Autoren nicht in erster Linie an die historische Fachwelt, vielmehr sollen die einzelnen Lebensbilder trotz ihrer wissenschaftlichen Fundierung auch dem interessierten Laien zugänglich sein. Die Konzeption der Reihe hat sich, wie die erfreulich positive Aufnahme der bisher vorgelegten vier Bände ausweist, bewährt und die Herausgeber zur Publikation eines weiteren Bandes ermutigt.

Zu den bislang veröffentlichten 74 Porträts, die Vertretern des politischen, sozial-karitativen und wissenschaftlichen Bereichs, Kirchenführern und Ordensleuten, Repräsentanten des Verbandskatholizismus und aktiven Gegnern des nationalsozialistischen Regimes galten, treten in diesem Band weitere 18 Lebensbilder. Auch sie umfassen Persönlichkeiten verschiedener Epochen und Wirkungsbereiche und bemühen sich um deren kritische Würdigung.

Franz Joseph Ritter von Buß entwickelte 1837 im Badischen Landtag – also elf Jahre vor dem Kommunistischen Manifest – das erste sozialpolitische Programm in Deutschland, Peter Reichensperger war einer der für die Entstehung der Deutschen Zentrumspartei maßgeblichen Politiker. Karolina Gerhardinger steht für jene Ordensfrauen, die im 19. Jahrhundert das Schulwesen reformiert und Bildungsmöglichkeiten für breitere Bevölkerungsschichten geschaffen haben. Zu den wegen ihrer Sonderstellung umstrittenen Persönlichkeiten gehört der Kirchenhistoriker Franz Xaver Kraus. Mit Ernst Michel wurde in diese Reihe ein Vertreter aus dem Kreis der katholischen Sozialisten aufgenommen, einer kleinen, aber publizistisch nicht unbedeutenden Gruppierung in der Weimarer Republik.

Der Naturwissenschaftler und Zentrumsabgeordnete Friedrich Dessauer erlangte während der ersten deutschen Demokratie politische Bedeutung, vor allem als Förderer einer betont republikanischen Ausrichtung im deutschen Katholizismus. Zu den Männern, die sich dem nationalsozialistischen Regime konsequent widersetzten, gehö-

ren der Dominikaner Laurentius Siemer, einer der geistigen Wegweiser des deutschen Widerstands, Benedict Kreutz, der als Direktor des Deutschen Caritasverbands das nationalsozialistische Euthanasie-Programm zu unterlaufen suchte, und schließlich der ehemalige württembergische Staatspräsident Eugen Bolz, der seine aufrechte Haltung mit dem Leben bezahlte.
Eine Sonderstellung innerhalb des deutschen Episkopats gewann der Rottenburger Bischof Joannes Baptista Sproll, der von den Nationalsozialisten aus seiner Diözese ausgewiesen wurde. Sein Amtsbruder Heinrich Wienken, während der Zeit des Hitler-Regimes Vertreter der Fuldaer Bischofskonferenzen in Berlin, erlebte wenig später als Bischof von Meißen die Folgen kommunistischer Kirchenpolitik. Mit Theodor Hürth (Kolping) und Ludwig Wolker (Katholischer Jungmännerverband) werden zwei bedeutende Vertreter des Verbandskatholizismus gewürdigt, dem auch die Politiker Johannes Albers, Josef Gockeln und Wilhelm Elfes zuzurechnen sind, die aus der christlichen Arbeiterbewegung stammen. Die bayerischen Unionsvertreter Alois Hundhammer und Hans Ehard schließlich gehören zu den bedeutendsten Landespolitikern der Nachkriegszeit.
Der Aufbau der einzelnen Beiträge dieses Bandes folgt dem Beispiel der vorangegangenen Bände; die wichtigsten Quellen sowie Literaturangaben sind in einem Anhang enthalten. Die Herausgeber danken den Autoren, deren Mitarbeit es ermöglichte, diesen Band termingerecht abzuschließen.

Bonn, Speyer und Mönchengladbach, im Dezember 1981

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher

Franz Joseph Ritter von Buß (1803–1878)

Vor dem Hintergrund der Neugestaltung gesellschaftlicher, staatlicher und kirchlicher Verhältnisse sind die ersten Jahrzehnte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert unlösbar mit dem Namen Franz Joseph Ritter von Buß verbunden. Sein Werdegang und sein Werk charakterisieren die Lebensstationen eines Mannes, dem ein Gelehrtendasein nicht genug war, der sein Wissen und seine geistigen Fähigkeiten in eine religiös-kirchlich und politisch motivierte Verantwortung nahm. Er tat dies zunächst als gelegentlicher Mitstreiter, dann an führender Stelle in einer ausgedehnten öffentlichen Tätigkeit. Buß gehört zu jenen herausragenden Persönlichkeiten des deutschen Katholizismus, in denen sich Weite und Richtungen der ideellen und politischen Bewegungen mit Führungsautorität vereinen.
Das breite Spektrum seiner wissenschaftlichen und politischen Interessen spiegelt sich in einer imponierend reichhaltigen Liste von Veröffentlichungen wider. Schon während der Studienzeit hatte Buß sich in eigens von ihm eingerichteten »Sprachenvereinen« einen Überblick über die Wechselbeziehungen zwischen Staatswissenschaften und Politik verschafft. Besonders vom Ende der dreißiger Jahre an stellte er, der sich gerne als Professor der »politischen Wissenschaften« bezeichnete, seine wissenschaftliche Arbeit immer mehr in den Dienst der spezifischen Bedürfnisse seiner politischen Praxis. So ist Buß weniger als Wissenschaftler, sondern eher als Publizist und engagierter Kämpfer namentlich des politischen und als früher Vertreter des sozialen Katholizismus der Nachwelt bekannt geblieben.

I

Franz Joseph Buß wurde am 23. März 1803 als ältestes von sieben Kindern einer Schneiderfamilie in Zell am Hamersbach in Baden geboren. Seine Begabung und sein reges Interesse führten ihn früh auf den Weg geistiger Bildung und zur Wissenschaft als Beruf. Nach glänzendem Abitur am Offenburger Gymnasium nahm Buß das Studium der Philosophie in Freiburg auf, erwarb 1822 für die Lösung einer Preisaufgabe den philosophischen Doktortitel, begann das Stu-

dium der Medizin und wechselte nach zwei Jahren zur Rechtswissenschaft. Nach Studien in Heidelberg und Göttingen promovierte er 1828 in Freiburg in der Rechtswissenschaft. 1831 holte er in Basel noch die medizinische Promotion nach.
Gegen starke universitätsinterne Widerstände habilitierte sich Buß 1828/29 in der Freiburger juristischen Fakultät, 1832 auch in der philosophischen. 1833 wurde er außerordentlicher, 1836 ordentlicher Professor des deutschen Staats- und Kirchenrechts sowie der Staatswissenschaften, 1844 für Kirchenrecht, verbunden mit der Ernennung zum Hofrat.
Dieser außergewöhnliche Aufstieg ist um so bemerkenswerter, als er nur unter großen Entbehrungen zustande kam. Buß stammte aus ärmlichen Verhältnissen, die ihn sogar noch während der ersten Berufsjahre begleiteten und ihn z. B. 1830 nötigten, eine Anwaltschaft als Nebenarbeit aufzunehmen. Nach dem Tode seiner ersten Frau, Amalie Buisson, und des ersten Kindes – beide starben bei der Geburt – vermählte Buß sich 1835 mit Magdalena Geßler; aus dieser Ehe gingen acht Kinder hervor.
In seiner Jugend fühlte Buß sich stark von liberalen Ideen angezogen, vor allem an der Freiburger Universität, die mit so markanten Repräsentanten wie Karl von Rotteck, Karl Theodor Welcker und J. G. Duttlinger zu einem einflußmächtigen liberalen Zentrum geworden war.
Seine ausgeprägte Individualität, sein Freiheits- und Betätigungsdrang ließen ihn schnell in den Bann des aufgeklärt-fortschrittlichen Milieus geraten, auch religiös-weltanschaulich, ohne daß er jedoch seine formelle Kirchenzugehörigkeit aufgab. So beteiligte er sich an der 1831 von Freiburg ausgegangenen Antizölibatsbewegung und redigierte 1835 einen Spendenaufruf zugunsten eines in Konstanz geplanten Denkmals für Hus, einen der »ersten Verteidiger der religiösen Freiheit«.
Seine schon in den Jahren des Gymnasiums und der Universität in poetische Versuche eingeflossene liberale und teilweise freigeistige Bewertung des Religiösen kommt deutlich in den ersten, 1832 veröffentlichten wissenschaftlichen Schriften zum Ausdruck (»Grundlage der Ethik«, »Volks- und Völkermoral«): Wie im aufklärerischen Humanismus vorgezeichnet, stellt er den Menschen in den Mittelpunkt, allein der Vernunft unterworfen. Sein Ideal ist eine »allgemeine menschliche Religion«, der sich im universalen, die Gesamtheit der Völker erfassenden Fortschritt alle Bekenntnisse annähern müßten.

Bei aller Liberalität überschritt Buß jedoch im politischen Denken nie die Grenze zum Revolutionären. Davor bewahrte ihn das »monarchische Prinzip«. Zweifellos stand Buß unter dem Einfluß französischer Ideen, suchte aber das Vorgehen vieler Zeitgenossen zu vermeiden, aus den Lehren von Rousseau und Montesquieu ein rationales Konzept zu kombinieren. Er argwöhnte, diese Methode würde zu einer Selektion politischer Programme auf der Linie des Eigennutzes und zu einer Verfestigung der Zersplitterung und Enge »parteilicher« Betrachtungsweisen führen.

Demgegenüber stellt Buß seinen in den beiden Publikationen von 1832 vorgelegten Entwurf unter den Anspruch eines »anthropologischen« Systems und eines »organischen« Aufbaus des Staates. Parteilichkeiten miteinander zu versöhnen und dem Ganzen wieder den Vorrang vor den Teilen zu sichern, versteht Buß als Abgrenzung gegen einen doktrinären Liberalismus, der keine Gemeinwohlverpflichtungen kenne und den Zusammenhang mit dem Volk verloren habe. Priorität dürfe deshalb auch nicht der Staatsform, sondern müsse dem Staatszweck zukommen: der Verwirklichung der »Nationalität« als der Summe aller Eigentümlichkeiten, die, wie Geschichte, Wirtschaft, Landschaft und Kultur, das wirkliche Leben des Volkes formten.

Buß lehnt die absolute Volkssouveränität ab und tritt für die konstitutionelle Monarchie ein, die Bewährtes aufrechterhalten und größere politische Freiheit und Wohlfahrt des Volkes fördern soll. Dazu gehöre, als eine gewisse »Republikanisierung« der Monarchie, die Teilnahme des Volkes an Beratung und Verabschiedung der Verfassung. Ohne Verbreitung und Hebung von Unterricht, Erziehung und Bildung, die Buß zeit seines Lebens immer wieder forderte, sei jedoch eine Fortbildung der Staatsform nicht möglich. Hinzukommen müßten eine »organische« Regeneration der Gesellschaft, die Lösung der sozialen Probleme, das Zurückschneiden der Bürokratie und die Abschaffung von Standesprivilegien, zumal die Ablösung von Adel und »heraldinischer Jakobsleiter« durch Intelligenz und Industrie vorauszusehen sei.

Die Begrifflichkeit des »Anthropologischen« und mehr noch des »Organischen« bedeutete schon eine Korrektur ursprünglich liberaler Leitbilder. Diese Revision politischer Vorstellungen verband sich bei Buß aufs engste mit einem Wandel seiner religiösen Auffassungen, der ihn allmählich zu kirchlich gebundener Gläubigkeit zurückführte. Bald folgte eine weitere Distanzierung vom Liberalismus französischer Provenienz. Er machte ihm den Vorwurf des Formalismus; seine Vertreter dächten zu wenig an die Sache des Volkes und hinterließen die Erfahrung »mißbrauchter Ideale der Freiheit«. Über solche Libe-

rale schrieb er 1833: »Ich verachte sie, seitdem ich sie kenne, und kenne sie, seitdem ich sie verachte.«

III

Am 30. Januar 1837 wurde Buß vom Wahlkreis Gengenbach-Oberkirch in die Zweite Kammer des Badischen Landtages gewählt. Die Entwicklung seiner religiösen und politischen Vorstellungen hatte indes noch nicht zu einer neuen gefestigten Position geführt. So wählte er für sein erstes größeres Auftreten im Parlament mit der am 25. April 1837 gehaltenen »Fabrikrede«, wie er selbst bemerkte, ein »neutrales« Thema. Nichtsdestoweniger fühlte er sich für die aufkommende soziale Frage mitverantwortlich, war ihm doch stets daran gelegen, die Nöte des Volkes zu lindern und seine Wohlfahrt zu fördern. Manche Anregungen zum Gegenstand und zu Grundideen dieser Rede hatte Buß von Franz von Baader und Robert von Mohl aufgenommen, die zwei Jahre zuvor mit ihren Abhandlungen über die »Proletairs« und die fabrikmäßige Industrie an die Öffentlichkeit getreten waren.
Buß bejahte Fabrik und Industrie, besonders wegen der Möglichkeiten allseitiger Wohlstandsmehrung, wollte jedoch ihre Nachteile für die Arbeiter und ihre Familien, aber auch für »Fabrikherren« und Staat vermeiden. In den Konsequenzen könnten Verelendung und Hoffnungslosigkeit nur umstürzlerische Tendenzen fördern, und das um so schneller, je mehr die Desorganisation der ständischen Ordnung und die Schwächung der Mittelklassen, der vermittelnden und ausgleichenden Kraft, fortschritten. Diese Einschätzung folgte ganz dem Ansatz, den schon Adam Müller vertrat, auch das Wirtschaftsleben dem »organischen« Prinzip zu unterwerfen, der Industrie keine »naturwidrige Übersteigerung« zu erlauben, sondern sie mit den traditionellen Sektoren von Agrarwirtschaft, Gewerbe und Handel ins »Gleichgewicht« zu bringen.
Freilich war zur damaligen Zeit in Baden wie in anderen deutschen Ländern die Industrialisierung längst noch nicht zum Durchbruch gelangt. Buß hatte sich u. a. über englische und französische Literatur mit den neuen wirtschaftlichen und sozialen Fragen vertraut gemacht und die Überzeugung gewonnen, daß ihre Lösung nicht dem Laissez-faire überlassen bleiben könne. In erster Linie sollte der Staat für eine gedeihliche Entwicklung sorgen. Seine Aufgabe müßte es sein, mäßigend auf die Ausbreitung des Fabriksystems einzuwirken, die Landwirtschaft zu stärken sowie Kleingewerbe und Handel zu fördern, und zwar auf der Grundlage nicht der absoluten Gewerbefreiheit, sondern eines »geläuterten Innungswesens«.

An die Spitze der unmittelbar die Arbeiter betreffenden Vorschläge in seiner »Fabrikrede« stellt Buß die »Aussicht zur künftigen Gründung eines selbständigen Geschäftes«. Sie müsse gefördert werden über beruflich-gewerbliche Bildung und über Sparkassen zwecks Kapitalbeschaffung. Die weiteren Forderungen, die der Hebung der Lebenslage des Proletariats dienen sollen, zeichnen die spätere Entfaltung der beiden großen Zweige der Sozialpolitik vor, den Arbeiterschutz und die Sozialversicherung: vierteljährliche Kündigungsfrist, Hilfskassen für Krankheits- und Unglücksfälle, Schutz vor Gesundheitsgefährdungen, Verbot und Einschränkung der Kinder- und Jugendarbeit, Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für Erwachsene bei gleichzeitigem Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit. Buß setzt sich ebenso ein für die Volksschulpflicht, den Besuch von Gewerbeschulen, die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen und für die religiös-sittliche Bildung des Volkes. Zur Vorbereitung und Kontrolle aller Maßnahmen fordert er eine besondere Abteilung im Ministerium des Innern – institutioneller Keim der späteren Arbeitsministerien. Seine Rede schließt mit dem Antrag auf Erlaß einer »Fabrikpolizeiordnung«, zu ergänzen um ein »Ackerbaugesetz«, eine »Gewerbeordnung« und eine »Handelspolizeiordnung«.

Diese von Buß mit Nachdruck vorgebrachte soziale und politische »Motion« fand zwar in der Kammer Beifall, wurde aber dann in der zuständigen Kommission nur schleppend behandelt und nicht mehr dem Staatsministerium zugeleitet. Daß Initiativen praktischer Art vorerst ausblieben, war nicht schon einer Ablehnung der Anträge gleichzusetzen; aber die Verfahrensweise zeigte, daß allgemein noch nicht von einem genügend stark entwickelten Problembewußtsein gesprochen werden konnte.

Kein Geringerer als August Bebel hat in einem Geleitwort zu einem späteren Nachdruck der Bußschen Rede im Jahre 1904 diese Leistung gewürdigt, die nicht nur für den Katholizismus, sondern auch für die Geschichte der deutschen Sozialpolitik pionierhafte Bedeutung erlangte: »Hatte also Buß auch nicht erreicht, was er wollte, – ein Schicksal, das er mit allen Neuerern teilt – so verbleibt ihm doch der Ruhm, der erste parlamentarische Vertreter des Arbeiterschutzes gewesen zu sein.« Buß hat mit seinem Programm den Anfang einer katholischen Tradition der Sozialpolitik zwischen »Kapitalismus« und »Sozialismus« gesetzt, die später in Bischof Ketteler eine überragende Repräsentanz gewann und 1891 von Leo XIII. durch »Rerum novarum«, das erste umfassende Dokument kirchlicher Sozialverkündigung in der Neuzeit, bestätigt wurde.

Buß selbst ging in seinen Veröffentlichungen nur noch gelegentlich auf seine sozialpolitischen Ideen von 1837 ein, so 1841 in der Schrift über den Einfluß des Christentums auf Recht und Staat. Als Abgeordneter

kam er nur noch einmal auf sie zurück, und zwar 1846 anläßlich einer Zolldebatte in einem noch stärker beachteten Beitrag, der vornehmlich dem Arbeiterschutz galt. Das ist ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, daß es zwischen ihm und Ketteler nie zu einer Zusammenarbeit in der Sozialpolitik gekommen ist, auch nicht nach den Vorschlägen Kettelers von 1869, die wegen ihrer Forderungen nach staatlichen Interventionen eine große konzeptionelle Übereinstimmung mit der Fabrikrede von Buß aufwiesen. Für Buß waren andere Aufgaben vorrangiger geworden. Vor allem aber – und im Gegensatz zum Positionswechsel Kettelers – legte er inzwischen den Akzent zur Lösung der sozialen Frage weniger auf den Staat als vielmehr auf religiös-sittliche und karitative, unmittelbar aus der Kirche zu entfaltende Kräfte.

IV

Die ersten Abgeordnetenjahre waren für Buß noch eine Zeit fortgesetzter Auseinandersetzungen mit liberalen Ideen, der weiteren Rückwendung zum Glauben und einer neuen Bewertung der Religion für das gesellschaftlich-politische Leben. In seinem zweibändigen Werk »Geschichte der Staatswissenschaft« (1839, bereits 1834 im Druck begonnen) schlug sich die Kritik am Liberalismus nieder. Allen liberalen, abstrakt-formalen Konstruktionen stellte Buß von seinem organischen Denken her die Offenheit für Geschichte und Erfahrung entgegen, den umfassenden, vor Rationalismus und Revolution gefeiten konkreten Lebenszusammenhang des Volkes.

Auf der anderen Seite entwickelte er eine starke, auf gemeinsame monarchische Anschauungen zurückgehende Sympathie für bedeutende Vertreter des damaligen französischen Katholizismus, für Louis de Bonald, Joseph de Maistre und (den frühen) Félicité de Lamennais. Seine Wertschätzung bezog er allerdings vorerst nur auf die politischen Ideen dieser Persönlichkeiten, noch nicht auf deren speziell katholischen Versuche, unter den veränderten kirchenpolitischen Verhältnissen einen neuen Standort der Kirche zu bestimmen. Noch mehr fühlte Buß sich von Friedrich Schlegel angezogen, der im Germanentum ein Ideal für eine organische Gliederung der Gesellschaft in Ständen und Korporationen gesehen hatte. Blieb ihm auch bei Schlegel das katholische Element noch fremd, so zeigte er sich doch schon für eine religiöse, allgemein-christliche Durchdringung des Staates aufgeschlossen und hielt unter dieser Rücksicht beispielsweise die protestantische Kirchenverfassung im Vergleich zur katholischen für rückständig.

Die Forderung der Fabrikrede nach religiös-sittlicher Bildung als Voraussetzung gesellschaftlicher Neuordnung ist eines der ersten

Zeichen einer Neubewertung des Religiösen bei Buß. In der Kommentierung einer von ihm 1838 aus dem Französischen übersetzten Schrift von E. Alletz (»Die neue Demokratie«) gibt Buß seinem anthropologischen und organischen System eine religiöse Grundlage. Wie jedes Volk einen von Gott gesetzten Lebensgedanken, einen »Beruf« habe, so auch das Volk der Deutschen: sie »sind aller Welt Schüler, um aller Welt Lehrer mit Recht sein zu können«. Wiederum verteidigt er das konstitutionell-monarchische Prinzip, das allein der Mittelstellung Europas zwischen östlichem Despotismus und westlicher (einschließlich amerikanischer) Freizügigkeit, der auf Versöhnung drängenden Situation der Einzelstaaten des Deutschen Bundes und dem inneren staatlichen Aufbau gerecht werden könne. Obwohl Gegner von Kastendenken und Privilegien, lehnt Buß die unterschiedslose Gleichheit in Recht und Politik ab. Sie verkenne die Abhängigkeit des Menschen von Gott, die eine Souveränität der Individuen und ihrer Gesamtheit ausschließe, und liefere die Macht dem Unverstand der voreilig für mündig erklärten Massen aus. Nur im Maße seiner politischen Urteilsfähigkeit könne das Volk aktiv beteiligt werden, am ehesten in der Gemeinde, nur begrenzt auf der ihr übergeordneten und auf der höchsten Ebene. »Allein, wird dies je zu einem allgemeinen Stimmrecht, zur Demokratie führen? Nie.«
Zugleich zog Buß eine scharfe Grenze zum Absolutismus, wie der damalige Konservatismus allgemein. Absolutistisches Regiment, Zwang und Bevormundung waren ihm, beseelt vom Ideal persönlicher und politischer Freiheit, zuwider. Daher mißbilligte er auch den tatsächlichen Gang der Politik, die nach dem Tode des von ihm hochgeschätzten Ministers Ludwig Georg Winter (1838) unter dessen Gegenspieler Friedrich Frhr. von Blittersdorff in den Sog freiheitsfeindlicher und antikonstitutioneller Bestrebungen geraten war. Vor allem diese Entwicklung ließ Buß 1840 enttäuscht sein Mandat aufgeben. Der Abschied fiel ihm nicht allzu schwer, befand er sich doch immer noch in einem starken Wandel seiner Auffassungen; in seiner praktischen Abgeordnetentätigkeit hatte er sich ohnehin merklich zurückgehalten.

V

Mit dem Gewicht der historischen Betrachtungsweise traten bei Buß Glaube und Kirche immer deutlicher als gestaltende Elemente aller Lebensbereiche von Mensch, Gesellschaft und Staat hervor. Sie waren ihm Pflegestätte alles »Positiven« – eine Entdeckung, zu der ihm nach eigenem Zeugnis neben schon genannten Persönlichkeiten andere zeitgenössische Autoren verholfen hatten, wie Karl Ludwig von

Haller, Adam Müller, Friedrich Christoph Schlosser, Joseph von Görres, Franz von Baader, Karl Ernst Jarcke, Friedrich Julius Stahl und Heinrich Steffens.
Seine von der Kirche her verstandene »katholische Politik«, die er in dem Buch »Über den Einfluß des Christentums auf Recht und Staat von der Stiftung der Kirche bis zur Gegenwart« (1841) darlegte, wurde fortan zur Maxime seiner wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Tätigkeit: Freiheit der Kirche, religiös-sittliche Erneuerung und Mobilisierung der sozialen Kräfte der Kirche. Zwar hielt Buß an der Notwendigkeit staatlicher Interventionen für die Ordnung der äußeren Verhältnisse fest; aber nicht erst sein zunächst folgenloser politischer Versuch von 1837, sondern die Überzeugung einer unumgänglichen Gesinnungsreform lenkte sein Vertrauen in erster Linie auf Religion und Kirche.
Um eine innere Erneuerung fruchtbar zu machen, wies er dem Klerus eine besondere Rolle zu. Neben seinen engeren kirchlichen Pflichten sollte er als Träger umfassender Kultur und wahrer sozialer Gesinnung dem Volk vielfältige Hilfe geben, in der Erziehung, in der Gesundheitsfürsorge, in der Landwirtschaft, als Schiedsrichter und als Inspirator nützlicher Vereinigungen, Aufgaben, in denen Buß eine Verantwortung für beide Kirchen sah.
Größten Nachdruck legte Buß auf die Stärkung der Opferbereitschaft und der tatkräftigen christlichen Nächstenliebe sowie auf ihre Organisierung nach dem Vorbild Frédéric Ozanams, des Vaters der Vinzenz-Konferenzen. Buß gründete einen solchen Verein in Freiburg und rief auf der ersten Generalversammlung der katholischen Vereine (1848) zu seiner Verbreitung auf, nachdem er auch noch literarisch für seine Idee geworben hatte (»System der Armenpflege«, 3 Bände, 1843/46). Mit gleichem Eifer setzte er sich erfolgreich für die Zulassung des Ordens der Barmherzigen Schwestern in Baden ein (1844). Die Hoffnung von Buß, die Caritasvereine könnten über ihre organisatorische Zusammenführung zu den vorrangigen Trägern gesellschaftlicher Neuordnung heranwachsen, hat sich freilich als eine zu optimistische Erwartung an die sozialen Heilmittel der Kirche erwiesen; der Zusammenschluß selbst erfolgte erst ein halbes Jahrhundert später durch Lorenz Werthmann.
Wo immer es sich ergab, wurde Buß in seinem persönlichen Tun zum Vorbild praktischer karitativer Arbeit. So förderte er 1846 eine Sammlung, um den Barmherzigen Schwestern den Beginn ihrer Tätigkeit zu erleichtern; 1847 organisierte er eine Spendenaktion zur Linderung einer Hungersnot in seinem zweiten Wahlbezirk; nach schweren Bränden in zwei Tiroler Dörfern und in seiner westfälischen Wählerstadt Ahaus brachte er wieder stattliche Sammlungen zuwege; 1859 gründete er ein Hilfskomitee für Verwundete des österreichisch-

italienischen Krieges und wurde dafür vom österreichischen Kaiser mit einem hohen Orden ausgezeichnet.

VI

Eine wesentliche Komponente der von Buß vertretenen »katholischen Politik« bildete die Freiheit der Kirche. Dazu sollte auch ein neues Verhältnis von Kirche und Staat gehören, vorerst nur allgemein umschrieben mit Grundsätzen des Vertrauens und einer neuen Gemeinsamkeit zur Abwehr der fortschreitenden Glaubenslosigkeit.
Sein waches kirchenpolitisches Interesse führte Buß schon bald in die Anfänge einer mit den vierziger Jahren in Baden allmählich aufkommenden katholischen Bewegung, z. T. ein schwacher Nachklang des fernen Kölner Mischehenstreites von 1837. Die »Zeitschrift für Theologie«, das »Süddeutsche Katholische Kirchenblatt« und die 1845 daraus hervorgegangene »Süddeutsche Zeitung für Kirche und Staat« wurden zu Foren seines Kampfes um größere kirchliche Unabhängigkeit, vergleichbar anderen katholischen publizistischen Initiativen, etwa in Mainz und am Mittelrhein (»Der Katholik«, »Historisch-politische Blätter«). Allgemein ging es um die Herausbildung eines neuen Bewußtseins der Katholiken für Recht und Freiheit der Kirche – auch aus der Überzeugung, daß die bürgerlichen Freiheiten des sich ankündigenden Verfassungsstaates unvollständig und in ihrer Grundlegung unzulänglich bleiben müßten, wenn ihnen das Prinzip der Religionsfreiheit und eine ihm entsprechende freiheitliche Verhältnisbestimmung von Kirche und Staat fehlen würden.
Unter dem maßgeblichen Einfluß von Buß wuchs die »Süddeutsche Zeitung« in die Rolle eines Parteiorgans der badischen Katholiken. In ihr warb er für die Sammlung gleichgesinnter Kräfte und für eine politische Vertretung der Katholiken bis in die Kammer hinein. Den aktuellen Hintergrund bildete ein Antrag in der Kammer (1845), nach dem der »Deutschkatholizismus«, eine auf nationale Unabhängigkeit bedachte Gruppierung (deutsche Nationalkirche) um den suspendierten Geistlichen Johannes Ronge, staatlich anerkannt, d. h. rechtlich-körperschaftlich den beiden christlichen Kirchen gleichgestellt werden sollte. Dieser Streit, von Buß auch in öffentlichen Vorlesungen und in einer Schrift aufgenommen (1846), führte ihn vollends in das Feld der Politik. Sie machte ihn als Führungspersönlichkeit der katholischen Bewegung weit über die Grenzen Badens hinaus bekannt, in der ersten Phase durch die von ihm und seinen Mitstreitern über die »Süddeutsche Zeitung« ausgelöste Welle von Petitionen gegen jenen Antrag.

Vorwiegend unter dem Druck dieser bis dahin in der Öffentlichkeit noch nicht gekannten Willensbekundung der Katholiken mußte die Kammer 1846 aufgelöst werden. In den Neuwahlen kehrte Buß über den Bezirk Hauenstein in die Kammer zurück.
Er verstand sich als Vorkämpfer einer zum erstenmal in der Kammer repräsentierten »katholischen Politik« auf dem Fundament der Freiheit und der im Papsttum sichtbaren Universalität der Kirche. In Pius IX., dessen erste Enzyklika er ins Deutsche übertrug, würdigte er »einen jener Geister, welche die göttliche Vorsehung großen Bedürfnissen der Zeit vorbehält« (1847).
Das Ziel, die Kirche aus ihrer staatskirchlichen Abhängigkeit zu befreien, verfolgte Buß um so entschiedener, als der Freiburger Erzbischof Hermann von Vicari im Unterschied zu der Haltung seiner Vorgänger gewillt war, einen konsequenteren kirchenpolitischen Kurs einzuschlagen. Buß nutzte eine erneute Aussprache über die »Deutschkatholiken«, um auf die politischen Gefahren dieser Gruppe aufmerksam zu machen und unter Betonung der Eigenständigkeit des kanonischen Rechts seine Grundsätze klarzulegen: Unabhängigkeit der Kirche vom Staat; Souveränität beider in ihren spezifischen Verantwortungsbereichen; Recht und Pflicht des Staates, die Kirche gegen Übergriffe zu schützen. Von der Gleichordnung beider Institutionen her plädierte Buß für die Aufhebung zahlreicher entgegenstehender Regelungen des Staatskirchentums in Baden. Mit solchen Forderungen, die die Liberalen in ihrer Intoleranz gegen jeglichen eigenständigen Öffentlichkeitsanspruch von Religion und Kirche trafen, löste Buß zwar persönliche Anfeindungen, Unmut und Gegenanträge aus – so auf Aufhebung des Zölibats und auf Einberufung einer Diözesansynode unter starker Laienbeteiligung –, doch seinem mutigen Eintreten für die Kirche konnten selbst Gegner nicht ihren Respekt versagen.
Seine »katholische«, im katholischen Volk zusehends anerkannte Politik formte Buß programmatisch weiter aus in einer eigenen Schriftenreihe (»Capristan«, 1846–1852). In ihr behandelte er auch die Frage einer neuen deutschen Einigung. Er war überzeugt, daß sie nur gelöst werden konnte mit den geistig-moralischen Kräften der Kirche, die ihm als Vorbild jeglicher Einheit galt. Buß bekannte sich als Großdeutscher, mißtrauisch gegen Preußen und voller Begeisterung für Österreich. Seine Liebe zum vergangenen deutschen Reich hatte er ganz auf Österreich übertragen – politisch seine »erste Heimat« und Ideal einer neuen deutschen Staatsform, wohingegen er den Deutschen Bund angekränkelt sah von einem Mangel an Bewußtsein deutscher Nationalität und von Autoritätsschwäche. So sprach Buß sich beispielsweise für einen baldigen Anschluß Österreichs an den Zollverein aus.

In politischen Tagesfragen stand Buß auf der Seite der Konservativen. Seine Erfahrungen bestätigten ihn in der Ablehnung der Demokratie liberalistischen Zuschnitts. Der Ort einer unverfälschten Vertretung und politischen Teilnahme des Volkes sei nicht in der Kammer oder in einem Parlament zu suchen, sondern in einer ständischen Verfassung der Gesellschaft. Für Buß war nur eine von der christlich-germanischen Korporationsidee inspirierte ständische Gliederung geeignet, den sozialen und politischen Zusammenhalt des Volkes zu stärken; nur eine solche Ordnung konnte die Aufgabe der Vermittlung zwischen Einzelnem und Staat übernehmen oder eine aktive Beteiligung des Volkes in möglichster Unmittelbarkeit zu seinem wirklichen Leben sicherstellen.

VII

Die Auffassungen von Buß über Gesellschaft und Staat machen seine zwiespältige Haltung zur Revolution von 1848 verständlich. Einerseits war er aufgeschlossen für jedes Zeichen größerer Einheit des »deutschen Vaterlandes«; andererseits zeigte er sich äußerst skeptisch, ja ablehnend gegenüber allem, was aus schon verdächtigen geistigen Quellen unter dem Anspruch rationaler Fortschrittlichkeit auf Volkssouveränität und Parlamentarismus drängte und damit nur die Schwächung und Entflechtung des Gefüges bewährter Prinzipien des Konstitutionalismus beschleunigen konnte.

Als sich die Mehrheitsverhältnisse in der Kammer zugunsten der revolutionären Entwicklung veränderten und ihm in seinem Wahlkreis das Mißtrauen ausgesprochen wurde, nahm Buß dies (April 1848) nach seinen eigenen Worten zum Anlaß, »um aus einem Hause zu scheiden, das ihn nie verstanden hatte«.

Mit aller Macht widmete Buß sich nunmehr dem weiteren Aufbau der in den kirchenpolitischen Massenpetitionen erstmals öffentlich in Erscheinung getretenen katholischen Bewegung, ihrer Organisierung zu einem »katholischen Verein«, angeregt durch einen einige Jahre zuvor von dem Karlsruher Archivdirektor Franz Joseph Mone geäußerten Vorschlag. Der erste Verein dieser Art war in Mainz (März 1848) gegründet worden von Domherr Adam Franz Lennig, einem führenden Mitglied des »Mainzer Kreises«, unter dem Namen »Pius-verein für religiöse Freiheit«.

Buß und seinen Freunden, darunter Franz Joseph Mone und Heinrich Freiherr von Andlaw, gelang in kurzer Zeit eine eindrucksvolle Leistung, z. T. auch gegen innerkirchlichen Widerstand. Befürchteten doch nicht wenige Kleriker eine Schwächung ihres Einflusses. Von Juli bis September 1848 entstanden 400 Vereine mit etwa 100.000 Mitgliedern. Buß' Gründungstätigkeit, »Agitationsreisen«, auf denen seine

Gegner ihn in manche Bedrängnis brachten, führte ihn über den Schwarzwald hinaus an Main und Tauber und in die Pfalz.
Vom 3. bis 6. Oktober 1848 fand unter der Präsidentschaft von Buß in Mainz die erste Generalversammlung der katholischen Vereine statt, der spätere »Katholikentag«, beschlossen auf dem Kölner Dombaufest im August 1848 (von dem übrigens auch der Impuls zur ersten deutschen Bischofskonferenz im gleichen Jahr in Würzburg ausging). Der Ablauf der Versammlung brachte Buß über die Beratung sozialer Fragen u. a. kurz mit Ketteler zusammen. Buß verstand es, die räumliche Nähe zur Frankfurter Nationalversammlung zu nutzen und die zentrale Veranstaltung der katholischen Vereine zu einer mächtigen Demonstration des sich formierenden Katholizismus werden zu lassen.
Im März 1849 wurde den katholischen Vereinen die päpstliche Anerkennung ausgesprochen. Buß durfte sich insgesamt vom Erfolg der Vereine und ihrer Generalversammlung bestätigt sehen: Die Freiheit der Kirche zu erkämpfen, ihre gesellschaftliche Standortlosigkeit zu überwinden und neue, den veränderten Verhältnissen angepaßte Möglichkeiten des Wirkens von Kirche und Katholiken in Gesellschaft und Staat zu gewinnen, konnte ohne ein enges Bündnis mit dem Volk nicht gelingen. Das aber bedeutete die Aktivierung der Laien in kraftvollen Organisationen auf der Grundlage der bürgerlichen Freiheiten, der Vereinigungs-, Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit. Der unermüdliche Einsatz für seine Idee machte Buß zu einer der ersten und profiliertesten Persönlichkeiten des (organisierten) Katholizismus im 19. Jahrhundert.
Mit der Übernahme seines Mandates in der Paulskirche Ende 1848 konzentrierte sich Buß auf die Gestaltung des Programms der katholischen Vereine. Von Anfang an hatte er ihnen nicht bloß kirchenpolitische Ziele zugedacht (Freiheit der Kirche, der Schule, der Stiftungen und Anstalten), sondern auch allgemein politische; damit waren sie Vorläufer der Zentrumspartei. Nicht zuletzt sollten sie kämpfen für die Wiederherstellung des deutschen Reiches unter dem österreichischen Kaiser und dem zu erneuernden Schirmamt der Kirche. Gerade über diese Frage kam es nach Mainz zu Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die grundsätzliche Orientierung. Die Mainzer Richtung und, nach dem Ausscheiden von Buß, auch die Badener wollten über eine engere Kirchenpolitik nicht hinausgehen und fanden Unterstützung beispielsweise von Ignaz von Döllinger, Franz Xaver Dieringer und Karl Ernst Jarcke, der in den »Historisch-politischen Blättern« gegen den »politischen Schwärmer« Buß zu Felde zog. Tatsächlich wurde 1849 in Breslau das Programm der katholischen Vereine auf kirchenpolitische Angelegenheiten zurückgenommen. Buß, der dieses Kurses wegen in der Folgezeit immer seltener an den Generalver-

sammlungen teilnahm, rechtfertigte seine Auffassung 1851 noch einmal in einer eigenen Programmschrift.

VIII

Als Buß über Ersatzwahlen des Kreises Ahaus-Steinfurt in die Nationalversammlung eintrat, waren hier die kirchenpolitischen Debatten abgeschlossen. Buß hatte sich jedoch an anderer Stelle zu den einschlägigen Fragen häufig geäußert, in Wort und Schrift, über Petitionen der katholischen Vereine und in Gesprächen mit katholischen Abgeordneten im »katholischen Klub« um Fürstbischof Melchior von Diepenbrock, Joseph Maria von Radowitz und August Reichensperger.
Buß vertrat weiterhin bei jeder nur sich bietenden Gelegenheit kämpferisch seine »katholische« und seine organische und konstitutionell-monarchische Politik. Der Nationalversammlung selbst wollte er lediglich eine Mittelstellung zwischen den »Rechten der Regierungen« und den »Ansprüchen des Volkes« zubilligen. Volkssouveränität und Parlamentarismus setzte er zwecks »organischer« Verklammerung der gesellschaftlichen und staatlichen Lebensordnung die Selbstverwaltung des Volkes in all seinen »natürlichen« Gliederungen entgegen, in Gemeinden, Provinzen und Ständen unter Oberaufsicht des Staates, in Analogie zum hierarchischen Aufbau der Kirche. Daher auch verwarf Buß das Prinzip eines allgemeinen gleichen Stimmrechts; wohl forderte er direkte Wahlen.
Buß' Versuch, die katholischen Abgeordneten der Nationalversammlung zu einer katholischen Partei zusammenzuführen, blieb der Erfolg versagt. Das lag in erster Linie daran, daß er für die in den Mittelpunkt seiner politischen Interessen gerückte Vorstellung zur deutschen nationalen Einigung nur wenig Zustimmung fand.
Um die Jahreswende 1848/49 unternahm Buß eine Reise über Bregenz, Innsbruck, Salzburg und Wien – überall warb er für den »katholischen Verein« – zum Kaiserhof nach Olmütz, um auf der Grundlage eines von ihm konzipierten Verfassungsentwurfs Kaiser Franz Josef für seine großdeutsche Lösung unter österreichischer Herrschaft zu gewinnen. Buß fand Sympathie für seinen Plan. In seinem unmittelbaren Wirkungskreis isolierte er sich jedoch mehr und mehr mit seiner Idee, die er dennoch nicht aufgab. Für sie war er sogar bereit, einen Grundsatz zu brechen und den Kaiser durch ein Plebiszit wählen zu lassen, in der Zuversicht, das Volk werde sich aus natürlicher Zuneigung für das Haus Habsburg entscheiden. Und eher wollte er die nationale Repräsentanz (zunächst) einem »Direktorium« mit wechselndem Vorsitz zwischen Österreich und Preußen anvertrauen als einem preußischen Erbkaisertum.

Mit der Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart, der Buß nicht folgte, endete praktisch sein Mandat, in dem er bis zuletzt leidenschaftlich für sein Ziel gefochten hatte.
In seiner alten Abneigung gegen Preußen sah er sich bestätigt, als die badische Regierung Preußen zu Hilfe rief, um die dem enttäuschenden Ausgang der Nationalversammlung folgenden Unruhen niederzuhalten (1849). Er selbst wollte über den Reichsverweser und über heimische Kräfte Widerstand gegen Aufruhr und Regierung organisieren. Buß, dem taktische Klugheit nie oberstes Gebot war, unterliefen in diesem Kampf einige folgenschwere Ungeschicklichkeiten. Ein Mobilisierungsaufruf in der Universität zog eine peinliche Untersuchung nach sich; in der katholischen Presse und bei Freunden stieß er auf Kritik; Freiherr von Andlaw trennte sich von ihm; selbst seine Angehörigen brachte er in solche Gefahr, daß seine Mutter und seine Frau mit sechs Kindern außer Landes gehen mußten.
Das alles konnte sein Ideal nicht in Frage stellen. In schneller Folge veröffentlichte er 1849/50 vier Schriften zur deutschen Frage und zur Unionspolitik Preußens. 1850 über den Wahlkreis Ahaus in das Erfurter Parlament gelangt, brachte er, wenngleich mit seinen Freunden in einer hoffnungslosen Minderheit, erneut seine Vorstellungen ein. Diese und eine zweite vorbereitete Rede, die er (zusammen mit der ersten) nur als Schrift veröffentlichen konnte, und vier umfangreiche Briefe des gleichen Jahres an den spanischen Diplomaten Donoso Cortes zeugten von dem nach wie vor unbesiegten Optimismus.

IX

Buß hatte 1846 in einer Schrift als Explikation der Bedeutung von Religion und Kirche die Notwendigkeit katholischer Bildungseinrichtungen, besonders einer katholischen Universität, dargelegt, ebenso die Grundzüge einer Reform der badischen Universitäten Heidelberg und Freiburg. Mit ihr trat er in den Streit um die Wiederherstellung des katholischen Charakters der Universität Freiburg ein. Einst als katholische Stiftung unter Österreich entstanden, war sie 1806 mit dem Breisgau an das überwiegend protestantische Baden gefallen und hatte mit der Zunahme der Berufungen protestantischer Professoren und der Vergabe von Stiftungsstipendien an nichtkatholische Studierende mehr und mehr an konfessioneller Prägung eingebüßt. Trotz aller Anstrengungen ließ sich diese Entwicklung nicht umkehren. Deshalb kam Buß 1852 auf seinen schon früher ausgesprochenen Vorschlag zurück, in Deutschland eine eigene katholische Universität zu gründen; eine solche Institution hatte er 1849 bei einem Besuch in Löwen kennengelernt. Seitdem tauchte im Katholizismus, zumal auf Katholi-

kentagen, diese Idee immer wieder auf. Mit der katholischen Universität wollte Buß u. a. den auf der Würzburger Bischofskonferenz 1848 angedeuteten Ausweg versperren, sich unter den Fesseln des Staatskirchentums auf »Klerikalseminare« rein innerkirchlichen Charakters zurückzuziehen.
Auch in diesen Auseinandersetzungen ging Buß wegen der Vehemenz seines Vorgehens manches Risiko ein. Das zog ihm behördlicherseits erst eine ernste Mahnung, dann einen Verweis zu; schließlich (Ende 1852) konnte nur eine Intervention seines Freundes Alban Stolz verhindern, daß Buß aus der Universtität entfernt wurde.

X

Die bei aller im politischen Kampf gewohnten Härte doch schmerzlichen Erlebnisse mögen Buß mitbewogen haben, sich künftig in der öffentlichen Tätigkeit ein wenig zurückzuhalten. Im badischen Kirchenstreit nahm er nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle ein. Allerdings lag dem aufsehenerregenden Hirtenbrief vom 5. Mai 1854 mit den scharfen Forderungen nach Freiheit der Kirche und ihrer Einrichtungen ein Entwurf von Buß zugrunde (seine Beziehungen zum Erzbischof wurden von der Polizei argwöhnisch überwacht). Bis 1855 ließ Buß einige kirchenpolitische Gelegenheitsschriften anonym erscheinen. Öffentliche Auftritte mied er bis zu seinem nicht ausgeführten Vorhaben im Jahre 1859, in Karlsruhe eine Protestdemonstration zu veranstalten gegen die liberale Opposition, die sich gegen ein in Aussicht genommenes Konkordat zur Beendigung des Kirchenstreites heftig zur Wehr setzte.
In seinen Idealen hielt Buß an seinen kirchenpolitischen und nationalen Überzeugungen fest. 1863 erhob ihn der österreichische Kaiser wegen seiner Treue zu Österreich in den erblichen Ritterstand. Im gleichen Jahr wurde er aufgrund seiner Verdienste um die Kirche zum Komtur des Ordens Gregors des Großen ernannt. Das Ende der letzten schwachen Hoffnung auf Verwirklichung seiner großdeutschen Idee – durch die Niederlage Österreichs im Kriege gegen Preußen 1866 besiegelt– stürzte Buß in eine tiefe Depression; erst Ende 1869 konnte er wieder mit Vorlesungen beginnen.
Der Reichsgründung von 1871 zollte er seinen Respekt, weniger mit dem Herzen als vielmehr aus dem Willen, die mit dieser Einigung immerhin gebotenen Chancen zu nutzen. Deshalb nahm er noch 1874 ein Reichstagsmandat an. Anders jedoch als in der Frankfurter Nationalversammlung vermochte er sich nicht mit dem genius loci in Berlin zu befreunden. 1873 war er auch in die badische Kammer zurückgekehrt – ein früherer Versuch war 1860 gescheitert – und wurde dort

Sprecher der seit 1867 in Baden bestehenden »Katholischen Volkspartei«. Obwohl sein Name im katholischen Deutschland immer noch einen guten Klang hatte, konnte Buß, zumal gesundheitlich geschwächt, keine Führungsposition mehr gewinnen; sein Denken und Fühlen, seine Ideen und Überzeugungen gehörten zu sehr einer vergangenen Epoche an. Er war »ein erloschener Vulkan«.
Der Tod seines jüngsten Sohnes führte Buß 1877 in eine Gemütskrankheit, die ihn vollends aus dem politischen Leben herausriß. In einer seiner dunklen Stunden vernichtete er einen Teil seiner Aufzeichnungen, die manche näheren Aufschlüsse über seine persönlichen Lebensstationen hätten geben können. In den letzten Monaten hielt er noch einmal in Freiburg Vorlesungen. Er starb am 31. Januar 1878 nach einem bewegten Leben, reich an Kampf und Opfern für Glaube, Kirche und Vaterland.

Karolina Gerhardinger (1797–1879)

»Das weibliche Geschlecht bestimmt die Sittlichkeit der Städte und Nationen. Wir Männer mögen uns noch soviel einbilden auf unsere Herrschaft über die Frauen, sie herrschen doch über uns, und ihre Sittlichkeit bewirkt auch unsere Sittlichkeit.« Diese Überzeugung vertrat der Regensburger Dompfarrer Georg Michael Wittmann, als er im Jahre 1811 mit Erfolg um die Erhaltung der klösterlichen Mädchenschulen in Regensburg kämpfte. Sie wurde auch bestimmend für das Leben von Karolina Gerhardinger, die unter der Leitung Wittmanns zu einer begnadeten Lehrerin heranwuchs und auf seine Anregung hin im Jahre 1833 das Institut der Armen Schulschwestern von Unserer Lieben Frau gründete. Es machte sich die Erziehung der Mädchen in kleinen Städten und Landgemeinden zur besonderen Aufgabe, um durch Heranbildung frommer Mütter und tüchtiger Hausfrauen der damals herrschenden religiösen Unwissenheit und sittlichen Verwahrlosung, aber auch der immer mehr um sich greifenden Verelendung des einfachen Volkes zu begegnen.

I

Kindheit und Jugendjahre von Karolina Gerhardinger fielen in eine Zeit gewaltiger Umwälzungen im politischen, kirchlichen und kulturellen Raum. Europa stand im Kampf gegen das revolutionäre Frankreich, dessen genialer Feldherr Napoleon die angrenzenden Länder unterwarf und ihnen seinen Willen aufzwang. Im Frieden von Campo-Formio mußte Österreich 1797 den Rhein als Grenze Frankreichs anerkennen; die deutschen Fürsten, die jenseits des Rheins Besitzungen hatten, sollten durch rechtsrheinisches Gebiet entschädigt werden. Durch den Reichsdeputationshauptschluß des Jahres 1803 wurden die geistlichen Fürstentümer beseitigt, die Reichsunmittelbarkeit der meisten Städte aufgehoben und der ganze weltliche Besitz der Kirche den jeweiligen Landesherren zugesprochen. Damit war das Ende des längst morschen »Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation« samt seiner ständischen Ordnung gekommen und das seit den Ottonen bestehende kirchliche Gefüge des Reiches auseinandergebrochen, ohne daß eine Neuordnung möglich war. Bischofstühle blieben unbe-

setzt, Pfarreien verwaist. Die neuen Herren hoben rücksichtslos die in ihrem Gebiet liegenden Klöster auf, um sich in den Besitz ihrer Güter zu setzen, und vernichteten nicht nur uralte Kulturzentren, sondern auch die Bildungsstätten des katholischen Volkes.

Große politische und kulturelle Umwälzungen sind in der Regel geistigen Ursprungs. Die Säkularisierung des gesamten kirchlichen Besitzes war längst vorbereitet durch die Philosophie der Aufklärung. Entstanden aus dem englischen Empirismus und dem französischen Rationalismus, kulminierte sie weltanschaulich im Deismus, der wohl die Existenz eines Gottes anerkannte, aber jede geoffenbarte Religion und kirchlichen Kult ablehnte. Überall bildeten sich Freimaurerlogen, welche das rein irdische Wohl des Menschen erstrebten und gegen die bestehenden Kirchen, namentlich gegen die katholische, ankämpften. Sogar im kleinen, damals noch rein katholischen Bayern entstand an der Landesuniversität Ingolstadt im Illuminatenorden eine Art bayerisches Freimaurertum, dem fast sämtliche Theologieprofessoren angehörten, welche den Klerus im Geist der Aufklärung heranbildeten.

Den Menschen aufklären hieß: ihn lehren, sich seines Verstandes zu bedienen, ihn aus einem gefügigen Untertanen zu einem verantwortungsbewußten Staatsbürger erziehen. Dazu bedurfte es des Unterrichts. So entwickelte sich aus der Aufklärung die pädagogische Bewegung des Philanthropismus, der den Gedanken der allgemeinen Volksbildung durch staatliche Schulen mit Schulzwang propagierte und in den Philanthropinen von Basedow und Salzmann einen völlig neuen Schultyp für die höhere Bildung der Jugend entwickelte: Da wurde das Latein als Unterrichtssprache durch ein gepflegtes Deutsch ersetzt, wurden die nützlichen Realien bevorzugt, Französisch als Fremdsprache eingeführt und im Werkunterricht praktische Fertigkeiten vermittelt, wie es John Locke bereits im 17. Jahrhundert in seinen »Gedanken über Erziehung« gefordert hatte. Überall erschienen gegen Ende des 18. Jahrhunderts in den deutschen Ländern staatliche Schulordnungen mit Einführung der allgemeinen Schulpflicht; aber sie blieben meist erfolglos, weil die fürstlichen Hofhaltungen und später der Krieg die Mittel dazu verschlangen.

In Bayern hatte Kurfürst Maximilian III. (1745–1777) eine Reform des gesamten Schulwesens begonnen und das Vermögen des aufgehobenen Jesuitenordens für diesen Zweck bestimmt; sein Nachfolger Karl Theodor (1777–1799) verwendete es für dynastische Zwecke. Kurfürst Max Joseph (1799–1825), der erste bayerische König, ein äußerst humaner und von seinem Volk geliebter Fürst, wurde in den Krieg verwickelt, schloß sich, da sein Land zwischen den kriegführenden Parteien lag, notgedrungen dem Sieger Napoleon an, wurde von ihm mit der Königskrone und mit der Verdoppelung seines Landbesitzes

belohnt; sein Land erlitt dafür den Krieg mit all seinen Lasten und Folgen: Hunger und Seuchen, Verarmung, Verelendung und sittliche Verwahrlosung.
Sein aufgeklärter Minister Montgelas wußte zwar die neugewonnenen fränkischen und schwäbischen Besitzungen mit Altbayern zu einer Einheit zu verschmelzen, versagte aber in seiner Bildungspolitik. Er entwickelte ein sehr fortschrittliches Schulprogramm, in dem die pädagogischen Ideen der Aufklärung und Pestalozzis zum Tragen kamen, aber es fehlten ihm die Mittel, es durchzuführen. Er hob rücksichtslos die bestehenden Schulklöster auf, ohne rechtzeitig dafür ausreichenden Ersatz zu schaffen. Als er im Jahre 1817 auf das Drängen des Kronprinzen aus seinem Amte scheiden mußte, war es um das bayerische Schulwesen schlechter bestellt als zu Beginn seiner Regierung. Besonders schlimm stand es um die Mädchenbildung, vor allem auf dem Lande. Dabei hatte Montgelas schon 1799 unter dem Einfluß von Pestalozzis Dorfroman »Lienhart und Gertrud«, der die segensvolle Auswirkung der Erziehung einer frommen und klugen Frau und Mutter auf das sittliche und wirtschaftliche Leben eines heruntergekommenen Dorfes beispielhaft darstellte, die Trennung der Geschlechter in der Schule und die Anstellung von »verheuratheten Frauen« beschlossen, konnte sie aber nicht durchführen, weil geeignete Frauen fehlten.
Nun gab es an Stelle der zahlreichen, aufgelösten klösterlichen Mädchenschulen nur zwei staatliche Schulen in der Landeshauptstadt; für die Mädchenbildung auf dem Lande war überhaupt nichts geschehen. Und gerade hier machten sich religiöse Unwissenheit und sittliche Verwahrlosung breit. Erschreckend war die Zahl der unehelichen Geburten, die mitunter die Zahl der ehelichen übertraf. Infolge der Verwahrlosung dieser Kinder nahmen Müßiggang, Bettelei und Diebstahl überhand. Dazu fehlten vielerorts verantwortungsbewußte Seelsorger, und es gab wenig Verständnis für die Notwendigkeit einer soliden Mädchenbildung. Der Münchener Historiker Westenrieder schrieb damals: »Wenn der Verfall der Sittlichkeit der Verfall der Nation ist, so gehören wir Bayern gegenwärtig zu den bedauernswürdigsten Menschen von Europa.«

II

Karolina Gerhardinger war das einzige Kind eines Schiffsmeisters in Stadtamhof, das nur durch die Steinerne Brücke von der freien Reichsstadt Regensburg getrennt war. Die Schiffmeister waren damals angesehene Leute, besorgten sie doch zu einer Zeit, die keine Eisenbahnen und nur schlechte Straßen kannte, den gesamten Personen-

und Güterverkehr zwischen dem Reich und der Kaiserstadt Wien, sowie den Ländern an der unteren Donau. Stadtamhof selbst war eine bayerische Landstadt, gehörte jedoch kirchlich zur Regensburger Dompfarrei. Karolina besuchte die nahegelegene Schule des Klosters der Chorfrauen de Notre Dame, das 1809 säkularisiert wurde.
Dompfarrer Georg Michael Wittmann, später Bischof von Regensburg, der den Religionsunterricht an der Schule erteilt hatte, wollte diese vor der Auflösung retten und beauftragte einen Kaplan der Dompfarrei, mit drei eben der Schule entwachsenen Mädchen den Unterricht weiterzuführen; unter diesen war die zwölfjährige Karolina. Sie hatte zwar wenig Neigung zum Lehrberuf, fügte sich jedoch mit ihren Eltern dem Wunsch ihres Pfarrherrn mit der damals noch üblichen Ehrfurcht gegenüber dem priesterlichen Stand. Karolina wuchs in ihre Aufgabe hinein, gewann sie lieb und entwickelte sich zu einer vorzüglichen Lehrerin und Erzieherin.
Wittmann selber hatte bei diesem Vorgehen einen festen Plan: Als verantwortungsbewußter Seelsorger und Schulinspektor sah er mit wachsendem Kummer das Verschwinden der zahlreichen Klosterschulen im Land und die zunehmende Entchristlichung weiter Kreise des Volkes durch das Wirken aufgeklärter Pfarrer, die lieber über Ackerbau und Viehzucht predigten, als daß sie die Lehre Jesu Christi verkündigten. Er war sich klar, daß vornehmlich auf dem Lande eine bessere Bildung des Volkes nötig war und daß dies am besten durch eine gute Erziehung der künftigen Mütter erreicht werden könne. Er war der Überzeugung, daß für diese Aufgabe die geistliche Lehrerin am besten geeignet sei, weil sie unbeschwert von weltlichen Sorgen ihre ganze Kraft für die Jugend einsetzen könne. »Ihre Schülerinnen sind eigentlich ihre Kinder, der Gegenstand ihres weiblichen Herzens, ihrer Gebete und Meditationen.«
In der gleichen Zeit, in der allenthalben die Klosterschulen aufgelöst wurden, dachte der glaubensstarke Mann an die Gründung einer Genossenschaft von geistlichen Lehrerinnen, die vornehmlich auf dem Lande eingesetzt werden konnten und durch Erziehung und Unterricht der Mädchen zu frommen Müttern und geschickten Hausfrauen den Grund legten zur sittlichen und wirtschaftlichen Gesundung des Volkes. Er leitete die Stadtamhofener Lehrerinnen zu einem klosterähnlichen, gemeinsamen Leben an nach einem Plan, der neben der Schularbeit viel Gebet und Buße einschloß. Der Versuch währte einige Jahre; nur Karolina Gerhardinger, obwohl die Jüngste der kleinen Gemeinschaft, bestand die Probe und wurde in den kommenden Jahren durch Wittmann mit seinen Klosterplänen vertraut gemacht: Ein gemeinsames Mutterkloster sollte die Ausbildung der Schwestern und ihre Versorgung in alten und kranken Tagen übernehmen; diese selber sollten in kleinen Gruppen zu zwei oder drei Schwestern in

kleinen Städten und Landgemeinden die Mädchenschulen führen. Eine gemeinsame Oberin für alle Häuser mußte über die klösterliche Ordnung und schulische Tätigkeit wachen, neue Häuser eröffnen und die große Gemeinschaft in Liebe und Fürsorge zusammenhalten.
Die Mädchenschule in Stadtamhof entwickelte sich unter der Leitung Karolinas zu einer Musterschule, die weithin bekannt wurde und zu der die schulisch interessierte Geistlichkeit, die damals die Schulinspektoren stellte, pilgerte, um einen geordneten Schulbetrieb kennen zu lernen. Zu diesen Besuchern zählten auch Johann Michael Sailer, Bischof von Regensburg, und sein Sekretär, Melchior von Diepenbrock, später Kardinal und Fürstbischof von Breslau, sowie Wittmanns Freund, Franz Sebastian Job, k. k. Hofkaplan in Wien. In der Schule zu Stadtamhof wurde nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen gelehrt, wie es damals meist üblich war, sondern wurden mannigfaltige nützliche Kenntnisse über Natur und Leben vermittelt; es gab einen ausgedehnten Industrieunterricht, in dem die Mädchen die Herstellung von Kleidungs- und Wäschestücken vom Spinnen des Garns bis zur Verarbeitung des selbstgewebten Stoffes erlernten. In dieser Schule wurde gemalt, gezeichnet und gesungen. Weil die Armut dieser Kinder groß war, bestand für sie eine Suppenküche; für die schulentlassenen Mädchen gab es eine eigene Arbeitsschule, in der Kleidungsstücke für die Armen angefertigt wurden; für das nötige Geld sorgte der gute Dompfarrer, der sein ganzes Einkommen für die Armen verwendete. Karolina selbst verbrauchte ihr väterliches Vermögen für die Erziehung armer Waisenkinder.

III

Mit der Thronbesteigung Ludwigs I. war die Zeit für die Durchführung von Wittmanns Plan gekommen. Von seinem Erzieher Sambuga streng katholisch erzogen und von Professor Sailer mit den Pflichten eines christlichen Herrschers vertraut gemacht, stand der König der romantischen Zeitströmung nahe. Er war ein erklärter Feind der Aufklärer. Ihm erschien die Zeit der Aufklärung »als Jahre der Finsternis, die für Licht den Wahn ausgab« und »eine Zeit, die sich selbst nicht mehr versteht und über dem Hohen das Höchste zu vergessen scheint, die man aber wieder zur Selbsterkenntnis bringen, und auf das eine, das not tut, aufmerksam machen und an die ewigen Grundwahrheiten der Religion und der Geschichte wieder nachdrücklich erinnern müsse«. Ludwig I. war tief religiös, und eine echte Religiösität wünschte er auch seinen Bayern. »Die Religion ist das Wichtigste«, äußerte er bei der Grundsteinlegung der Bonifatiusbasilika in München, »sie darf aber nicht äußerlich sein, sondern muß das

Leben durchdringen, nur sie ist der Leidenschaft Zügel, schlimm sieht es aus, wo sie mangelt, die nötig ist dem Herrscher wie dem Letzten des Volkes«.
Der König sah daher eine vordringliche Aufgabe in der Erfüllung von Artikel VII des bayerischen Konkordats von 1817, der die »Errichtung einiger Klöster beiderlei Geschlechtes zum Unterricht der Jugend in der Religion und in den Wissenschaften und in der Ausübung der Seelsorge und Krankenpflege« vorsah, der während der Regierung seines Vaters nicht beachtet worden war. Er mußte bei der Durchführung dieser Aufgabe eher gebremst als gedrängt werden. Seit den Tagen der Agilolfinger hat kein bayerischer Fürst soviel Klöster gegründet wie Ludwig I. Er belebte die Klöster der Benediktiner in Scheyern und Metten neu und gründete die Abteien St. Bonifatius in München und St. Stephan in Augsburg. Er rief die Kapuziner und Franziskaner wieder ins Land. Auf seinen Wunsch holte sein Leibarzt Ringseis die Vinzentinerinnen aus Straßburg nach München. Vor allem wollte der König die Mädchen von Ordensfrauen erzogen wissen. Er gab den noch lebenden Nonnen ihre Häuser zurück und erlaubte die Aufnahme von Postulantinnen unter der Bedingung, daß sie die Mädchenschulen des Ortes übernahmen. Seine besondere Teilnahme gehörte dem 1833 gegründeten Institut der Armen Schulschwestern in Neunburg v. Wald.
Schon im Jahre 1829 hatte sich Karolina Gerhardinger an den König gewandt, um die Erlaubnis zur Errichtung eines Schulklosters in Stadtamhof zu erhalten; König Ludwig und die Regierung der Oberpfalz zeigten sich der Erfüllung der Bitte geneigt. Der Plan scheiterte jedoch am Widerstand der Stadtamhofer Bürger, die von einer Klosterschule nichts wissen wollten. Sie beriefen sich auf ihre »wohlgeordnete Mädchenschule«, die sogar Schülerinnen aus der weiteren Umgebung anziehe, und vergaßen dabei ganz, daß sie diese der Bittstellerin verdankten, die ihrer Vaterstadt diese Wohltat auch für die Zukunft sichern wollte.
Die Gründung der neuen Genossenschaft kam schließlich mit Hilfe von Franz Sebastian Job, einem geborenen Neunburger zustande, der vor seiner Berufung an den kaiserlichen Hof Professor und Leiter von Gymnasium und Lyzeum St. Paul in Regensburg gewesen war. Job kannte die Pläne Wittmanns und die Lehrerin Gerhardinger. Da er wie Wittmann seine ganzen Ersparnisse für gute Zwecke verwendete, hatte er die Pension, die er aus Bayern bezog, seiner Vaterstadt Neunburg zugedacht in der Form einer guten Mädchenschule; denn bei seinen jährlichen Besuchen hatte er die sittliche Verwahrlosung der dortigen Mädchenjugend erfahren. Als die Vorbereitungen im Jahre 1833 soweit gediehen waren, daß der Bau geplant werden konnte, starb Wittmann am 8. März 1833. Karolina befand sich gerade auf der Reise

nach Wien zu Hofkaplan Job, um mit ihm den Bau zu besprechen. Dieser übernahm nun nach Wittmanns Wunsch die Betreuung der künftigen Klostergemeinde und arbeitete im Geiste Wittmanns dessen Statuten aus, die im Jahre 1835 im Druck erschienen unter dem Titel: »Geist der Verfassung des klösterlichen Vereins der Armen Schulschwestern de Notre Dame zur Erziehung der Mädchen in kleineren Städten und Landgemeinden«. Auch Job starb binnen Jahresfrist am 13. Februar 1834.

Karolina hatte am 24. Oktober 1833 mit zwei Gefährtinnen die Neunburger Mädchenschule übernommen. Um den Bewohnern der Stadt die Klosterschule schmackhaft zu machen, hatte sie auf Schulgeld und Gehalt verzichtet; die bayerische Pension von Franz Sebastian Job sollte dem Unterhalt der kleinen Klostergemeinde dienen. Nun versiegte diese Quelle, bevor sie zu fließen begonnen hatte; auch die Baugelder aus Wien blieben aus, und der Klosterbau war erst halb fertiggestellt. Die Neunburger murrten und wollten ihre »anderthalb Nonnen« wieder los haben. Karolina ließ sich nicht entmutigen. Sie reiste nach Wien, um zu erfahren, wie die Stiftungsgelder flüssig gemacht werden könnten und erfuhr, daß sie dazu die staatliche und kirchliche Genehmigung benötige. Sie fuhr nach München zum König mit einem Empfehlungsschreiben der Kaiserin, der Schwester des Königs, und erhielt durch ihn am 22. März die staatliche Genehmigung der Klostergründung, der am 26. März die kirchliche Bestätigung durch den Bischof von Regensburg folgte.

Diese rasche Erledigung war wie ein Wunder; denn zur Gründung einer neuen Genossenschaft wäre die Zustimmung des Abgeordnetenhauses notwendig gewesen, die aber bei der klosterfeindlichen Haltung der Kammer schwerlich erreichbar gewesen wäre. Um eine Verzögerung der ganzen Angelegenheit zu vermeiden, hatte der König aus eigener Machtvollkommenheit die Neugründung genehmigt, allerdings mit dem Vermerk in der Urkunde, daß das Institut »keinerlei Anspruch auf Zuschüsse aus Staatsmitteln« besitze. Er selber blieb ihm zeitlebens wohlgesinnt und unterstützte es, wenn es nötig war, in großzügiger Weise aus seiner Kabinettskasse.

Karolina kehrte nach Neunburg zurück mit der Genehmigung und einem Geschenk von 2000 Gulden; die Neunburger staunten und wurden still. Am 30. November 1834 wurde das neue Mutterhaus eingeweiht und füllte sich rasch mit Novizinnen und Schwestern. 1835 legte Karolina ihre Gelübde ab und nahm den Namen Theresia von Jesu an; von ihren Schwestern wurde sie nun Mutter Theresia genannt. 1836 entstand die erste Filiale in Schwarzhofen, dem Heimatort des Königlichen Leibarztes von Ringseis, dessen Gemahlin die größte Wohltäterin der Schulschwestern wurde und in der Hauptstadt für die arme Klostergemeinde eine spendenfreudige Organisation schuf. Bald

war das Haus in Neunburg zu klein; der König sorgte für die Bereitstellung und Finanzierung eines geräumigen Mutterhauses in München und übertrug der Oberin die Bauleitung, nachdem er ihre Denkschrift über die Organisation und Einrichtung des Mutterhauses gelesen hatte. »Diese Frau weiß, was sie will, und was sie will, ist groß gedacht«, äußerte er bei dieser Gelegenheit. Es war das ehemalige Klarissenkloster am Anger, das zum Mutterhaus für die Schulschwestern umgebaut und am 16. Oktober 1843 eingeweiht wurde.

Zehn Jahre nach der Eröffnung des Mutterhauses besaß die junge Genossenschaft 52 Niederlassungen in Bayern; sie hatte Eingang gefunden in Württemberg, Westfalen, Schlesien, Böhmen und Österreich, sowie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Schematismus für das Jahr 1853 weist einen Stand von 70 Häusern, 346 Schwestern, 150 Kandidatinnen und 17760 Schulkindern auf. Beim Tode Mutter Theresias im Jahre 1879 betreuten rund 3000 Schulschwestern in Europa und Amerika rund 80000 Kinder und Jugendliche in Schulen und Heimen.

Die Schulschwestern waren in allen Bereichen der Bildung und Fürsorge tätig, angefangen von der Volksschule bis zur zweckmäßig ausgebauten Fach- und Höheren Schule, von der Betreuung des Säuglings und Kleinkindes in Heimen und Kindergärten bis zur Erziehung des verwahrlosten Jugendlichen in der Fürsorgeanstalt. Ihr Hauptarbeitsgebiet blieb immer die Volksschule, namentlich im Ursprungsland Bayern und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Gründe für diese rasche Verbreitung der Genossenschaft sind ideeller und materieller Natur. Die Schulschwestern kamen einem wirklichen Bedürfnis entgegen. Die Notwendigkeit einer besseren Bildung des Volkes war allgemein anerkannt. Nun boten die Schulschwestern die Möglichkeit, ohne großen Kostenaufwand weiten Schichten der Bevölkerung eine gute Bildung ihrer Mädchen zu verschaffen. Wohin sie kamen, rechtfertigten sie das in sie gesetzte Vertrauen. Die Mädchen wuchsen zu frommen Müttern und tüchtigen Hausfrauen heran; die Sittlichkeit hob sich, der Wohlstand mehrte sich. Als König Maximilian II. nach seiner Thronbesteigung sein Land bereiste und durch Augenschein das wohltätige Wirken der Schulschwestern erlebte, dekretierte er am 9. Januar 1852, daß nach Möglichkeit überall Schulschwestern eingeführt werden sollten, da sich dies »als bestes Mittel« erwiesen habe, »um der drohenden Verarmung des Volkes vorzubeugen«.

Daraufhin kam eine Flut von Bittschriften in das Mutterhaus nach München, das unmöglich allen Bitten gerecht werden konnte. Das bot Entwicklungsmöglichkeiten für andere Frauengenossenschaften. Die Klöster der Franziskanerinnen in Dillingen und Augsburg, die ursprünglich kontemplativ eingestellt waren, wurden Schulkongrega-

tionen. Die Englischen Fräulein, die bis dahin vornehmlich Höhere Schulen geführt hatten, errichteten nun auch kleine Schulfilialen auf dem Lande, und in der Rheinpfalz entwickelte sich ein eigenes Schulschwesterninstitut im Dominikanerinnenkloster zu Speyer. So entstand das bayerische klösterliche Mädchenbildungswesen, das bis in die Gegenwart herein charakteristisch ist für die bayerische Schullandschaft. Nicht einmal der Kulturkampf konnte der klösterlichen Volksschule in Bayern etwas anhaben. Während in den übrigen deutschen Bundesstaaten sämtliche Klosterschulen aufgelöst wurden und die öffentliche Volksschule auch danach den Orden verschlossen blieb, überstand diese in Bayern ungefährdet die kirchenfeindliche Epoche, weil der bayerische Staat nicht in der Lage gewesen wäre, die vielen klösterlichen Lehrkräfte durch weltliche zu ersetzen. Er hätte den schulischen Bankrott erklären müssen.

IV

Als Karolina Gerhardinger ihr Schulwerk begann, hatte der Staat das Schulwesen »als Polizeigegenstand« bereits seiner besonderen Aufsicht unterstellt und durch behördliche Vorschriften auch die fernere Entwicklung in feste Bahnen gelenkt. Schon im Interesse ihrer schulischen Tätigkeit mußten sich die Schulschwestern in den großen staatlichen Schulorganismus einordnen. Ihre pädagogische Bedeutung liegt vornehmlich darin, daß sie die pädagogische Entwicklung aufmerksam verfolgten, alle Neuerungen sorgfältig prüften, das als brauchbar Erkannte praktisch verwirklichten und durch die weite Verbreitung ihrer Genossenschaft die allgemeine Durchführung der Verbesserungen begünstigten. Noch in der Kulturkampfzeit bestätigten die damals den Klosterschulen nicht mehr geneigten staatlichen Aufsichtsbeamten, daß durch die Schulschwestern der Mädchenunterricht in Bayern schon früh eine auffallende Aufwärtsentwicklung genommen habe. In der Ausgestaltung der Lehrerinnenbildung, in der Ausprägung einzelner Schultypen und Fürsorgeeinrichtungen ging Karolina Gerhardinger der öffentlichen Entwicklung oft um Jahrzehnte und teilweise auch führend voran.

Das staatliche Regulativ für Lehrerbildung vom Jahre 1836 sah eine dreijährige Lehrlingszeit bei einem tüchtigen Schulmeister und eine zweijährige Seminarausbildung vor. Karolina Gerhardinger wollte für ihre Schwestern eine gründliche Allgemeinbildung, auch in einer Fremdsprache, und schulte die künftigen Lehrerinnen drei Jahre lang an einer Höheren Töchterschule, bevor die Seminarausbildung begann. Diese sah eine sehr gründliche pädagogische Fachausbildung vor mit viel praktischen Übungen an den verschiedenen Schulen des

Mutterhauses. Um die Ausbildung der Schulschwestern noch stärker auf den Lehrberuf ausrichten zu können, schuf sie 1855 eine dreijährige Präparandinnenanstalt; staatliche Anstalten dieser Art entstanden erst ab 1866. Ähnlich stand es um die Vorbildung der Handarbeitslehrerinnen und sonstigen Fachlehrkräfte. Als für die Prüfung derselben staatliche Richtlinien erschienen, zeigte sich, daß der Staat weniger an Kenntnissen von den Prüfungskandidatinnen forderte, als es bei den Examina durch die Ordensleitung seit Jahrzehnten üblich war. Im Selbstverlag des Mutterhauses erschienen bis 1861 für die meisten Fächer der Volksschule eigene Lehrbücher, die teilweise vom Zentralschulbücherverlag übernommen und auch an den nichtklösterlichen Schulen eingeführt wurden.

Auch im Bereich der weiterführenden Bildung gab es bei den Schulschwestern andere Maßstäbe. Die von ihnen geführten Höheren Mädchenschulen legten das Hauptgewicht auf die Pflege der Muttersprache, auf solides Fachwissen und praktisches Können; die Pflege des Französischen wurde nicht vernachlässigt; aber es spielte nicht die beherrschende Rolle wie in den damals geführten »Höheren Töchterschulen«, die sich meist damit begnügten, den jungen Mädchen neben Französisch schöne Literatur, feine Umgangsformen, dazu Sticken, Malen, Klavierspielen und Tanzen beizubringen.

Auf dem Gebiet der Fürsorge war Mutter Theresia richtungweisend. Sie verhalf der Kindergartenbewegung – man sprach damals von Kinderbewahranstalten – zum Durchbruch und schuf in der gleichen Zeit, in der Friedrich Fröbel in Blankenburg mit seinen Spielgaben experimentierte, im Mutterhaus eine Ausbildungsstätte für die Betreuung der Kleinen, deren Lehrplan noch 1870 von den Schulbehörden als vollwertig anerkannt wurde. Ein »Leitfaden für Kinderbewahranstalten«, der 1850 im Selbstverlag des Mutterhauses erschien, nimmt Gedanken von Fröbel und Montessori vorweg. Erst nach dem Ersten Weltkrieg erhielt die Ausbildung der Kindergärtnerinnen in Bayern eine staatliche Normierung nach dem Muster der von den Schulschwestern geschaffenen Einrichtung.

Arme, verwaiste, verwahrloste und behinderte Kinder besaßen die besondere Liebe der Ordensgründerin. Sie hat in Bayern allein 18 Häuser für solche Kinder eingerichtet. In München, in den armen Vorstädten Au und Giesing, schuf sie die ersten Kindertagesstätten zur Betreuung und Beschäftigung der schulpflichtigen Kinder außerhalb der Schulzeit. Die Tätigkeit in einem anderen Land begann sie mit Vorliebe mit der Übernahme oder Eröffnung einer Fürsorgeanstalt. So war es in Westfalen und Schlesien, Österreich und Istrien, auch im Banat, das damals zu Ungarn gehörte. Nach ihrer Rückkehr aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1848 sorgte sie für die Errichtung eines Waisenhauses für deutsche Kinder, deren Eltern den Strapazen der

Seefahrt oder der Anfangsschwierigkeiten erlegen waren. König Ludwig spendete auf ihre Bitte das Geld dazu.

V

Ein Missionswerk von großer Tragweite und Fruchtbarkeit begann im Jahre 1847 mit der Verpflanzung der Genossenschaft nach Nordamerika. Die Vereinigten Staaten waren damals Missionsland. Seit Jahrhunderten die Zuflucht europäischer Sektierer, wurden sie zum klassischen Land der Sekten. In der Unabhängigkeitserklärung von 1776 war zwar allen Bekenntnissen freie Religionsausübung garantiert, aber es herrschte dennoch, namentlich gegenüber dem Katholizismus, große Ignoranz und Intoleranz: Kirchen und Klöster wurden in Brand gesteckt, die Ordensleute konnten sich in Klostertracht auf der Straße nicht sehen lassen, ohne angepöbelt zu werden. Im 19. Jahrhundert wurden die Staaten das Ziel zahlloser europäischer Auswanderer, die infolge ihrer liberalen Einstellung ihre Heimat verlassen mußten, oder aus wirtschaftlicher Not infolge der Industrialisierung das Heil im »Lande der unbegrenzten Möglichkeiten« suchten.
Sehr viele von ihnen waren deutscher Abstammung, ohne Kenntnis der Landessprache und das nötige Betriebskapital für den Anfang. Die Kinder verwilderten, viele Eltern verfielen den Sektierern und verloren Glauben und Heimatsprache. Die meisten Deutschen lebten unter den drückendsten Verhältnissen. Sie bildeten »die in zeitlicher und geistlicher Hinsicht armseligste und verlassenste Nation unter all den verschiedenen Nationen der Vereinigten Staaten, da sie keinerlei Unterstützung von der Heimat erfuhren, die ihnen die Erhaltung von Schulen und Kirchen ermöglicht« hätte.
Das kleine Bayern stand damals mit seinen Missionsspenden an der Spitze der europäischen Länder. Aber diese Mittel flossen nach Lyon, dem Sitz des 1822 gegründeten »Werkes der christlichen Glaubensverbreitung« und gingen in der Regel irischen und französischen Bischöfen zu, weil sich niemand ernsthaft für die deutschen Katholiken in Amerika einsetzte; es gab dort keinen deutschen Bischof. 1832 hatten Redemptoristen aus Wien mit der Missionierung der katholischen Deutschen begonnen; sie sammelten sie in eigenen Pfarreien und richteten für die Kinder Schulen ein, weil die Lehrer an den bestehenden simultanen Staatsschulen, an denen kein Religionsunterricht erteilt wurde, vielfach die allgemeine Abneigung gegenüber dem Katholizismus teilten. 1843 weilte der Obere der amerikanischen Redemptoristenmission in München und schilderte die Not der katholischen Deutschen so eindringlich, daß der König beschloß, den bayerischen Missionsverein aus dem Verband mit Lyon zu lösen und

die bayerischen Missionsspenden direkt der amerikanischen Mission zur Verfügung zu stellen. Unter der Leitung von Hofkaplan Josef Ferdinand Müller wurde der »Ludwig-Missionsverein« unter dem besonderen Protektorat des Königs jahrzehntelang zu einer nicht versiegenden Hilfsquelle für die katholischen Deutschen in den Vereinigten Staaten, bis diese sich selber helfen konnten und die Katholiken ein anerkannter und angesehener Teil des amerikanischen Volkes geworden waren.

Im Jahre 1845 sprach Bischof O'Connor von Pittsburg beim König und im Mutterhaus der Schulschwestern vor und bat um bayerische Schulschwestern für die Seelsorge in seiner Diözese; das gleiche geschah durch die deutschen Redemptoristen und durch eine Siedlungsgesellschaft, die im pennsylvanischen Urwald eine rein katholische Stadt, Sankta Maria, gründen wollte, und dazu schon ein großes Urwaldgebiet angekauft hatte. Der König sagte seine Unterstützung zu, und Mutter Theresia war bereit, selber einige Schwestern nach Amerika zu bringen und dort die Möglichkeiten zur Hilfe zu erkunden. Die Reise wurde von Hofkaplan Müller organisiert und vom Ludwig-Missionsverein finanziert; sie erfolgte 1847 auf der »Washington«, dem ersten Dampfschiff, das den Atlantik durchquerte.

Am 30. Juli landeten die Schwestern nach einer stürmischen Seefahrt in New York, um dort zu erfahren, daß sie zu früh gekommen seien, weil noch keinerlei Vorbereitungen für ihren Einsatz getroffen waren. Wenn sie nicht genügend Geld hätten, um in den ersten Jahren davon leben zu können, würden sie am besten mit dem nächsten Schiff wieder nach Bayern zurückkehren. Mutter Theresia ließ sich nicht beirren. Sie reiste mit ihren fünf Schwestern – eine davon starb auf der Fahrt – in einem Ochsenkarren tagelang durch den Urwald und fand eine »Stadt« von einigen Hundert Blockhütten vor, die weit zerstreut zwischen Baumstümpfen im halbgerodeten Wald lagen. Eine der Hütten stand für die Schulschwestern bereit, eine zweite ließ sie in den nächsten Tagen aufbauen und als Schule einrichten. Zwei der Schwestern übernahmen sogleich den Unterricht der deutschen Kinder, die voller Lerneifer in Scharen herbeieilten. Mutter Theresia selber begab sich nach Pittsburg zum Bischof, der sie sehr ungnädig aufnahm, weil sie keine Empfehlung des Münchener Erzbischofs und keine approbierte Regel vorlegen konnte. Erzbischof von Reisach hatte eine Empfehlung für unnötig gehalten, weil der Bischof persönlich in München gewesen und von Hofkaplan Müller über die Ankunft der Schwestern benachrichtigt worden war. Trost und Hilfe in dieser ausweglosen Situation brachte ihr die Begegnung mit dem damaligen Provinzial der amerikanischen Redemptoristen-Provinz, Johann Nepomuk Neumann, dem späteren Bischof von Philadelphia, der 1977 heilig gesprochen wurde. Er verhandelte mit den Bischöfen, die inzwischen auch klärende

Schreiben aus München erhalten hatten, und bot Mutter Theresia in Baltimore ein den Redemptoristen gehöriges Haus als vorläufiges Mutterhaus an. Auf seine Bitte erlaubte der Bischof von Baltimore, daß die Redemptoristen den Schulschwestern drei deutsche Schulen übertrugen, die bis dahin ein sehr kümmerliches Dasein geführt hatten. Mutter Theresia schrieb nach München um Nachschub an Missionarinnen und Geld; im Frühjahr 1848 kamen 11 Schulschwestern in Baltimore an zur Übernahme der Schulen; sie brachten vom König und vom Ludwig-Missionsverein Geldanweisungen für den Ankauf des Hauses.

Mutter Theresia begleitete dann Pater Neumann auf seiner Visitationsreise durch die Staaten, um die Möglichkeiten für den Einsatz ihrer Schwestern kennen zu lernen. Sie durchmaß in fünf Wochen auf primitiven Fahrzeugen 2500 Meilen und legte den Grund zu deutschen Schulen in Pittsburg, Buffalo, Detroit, Chikago, Milwaukee, New York und Philadelphia. Vor dem Abschied gab sie ihren Schwestern die Weisung, keine eigenen Schulen zu eröffnen, sondern sich ganz in den Dienst der katholischen Pfarrschule zu stellen. Als sie sich am 17. Juli 1848 einschiffte, um wieder nach Europa zurückzukehren, war die Existenz der jungen Genossenschaft gesichert und der Grund zu einer staunenswerten Entwicklung gelegt. In München angekommen, sandte sie noch einmal 14 Schwestern nach Amerika; dann konnte sich die Genossenschaft durch Zuwachs von amerikanischen Kandidatinnen erhalten und vergrößern.

Das von den Redemptoristen unter Führung von Bischof Neumann, dem ersten deutschen Bischof der Vereinigten Staaten, gegründete Pfarrschulsystem wurde beispielgebend für ganz Nordamerika; auf ihm beruht der Aufstieg und die spätere Blüte des nordamerikanischen Katholizismus. »Kann man die Redemptoristen die Begründer des Pfarrschulsystems nennen, so dürfen die Schulschwestern den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die Hauptpioniere dafür gestellt zu haben«, schreibt Beda Kleinschmidt 1926 in seinem Werk »Das Auslanddeutschtum in Übersee und die katholische Missionsbewegung«. Der päpstliche Nuntius Bedini nannte die Genossenschaft der Schulschwestern »das seiner inneren Beschaffenheit nach schönste und zweckmäßigste Fraueninstitut Amerikas«, das auch anderen religiösen Fraueninstituten zum Vorbild diente.

Von Bischof Henni von Milwaukee gebeten, verlegte Mutter Theresia 1850 das Zentrum des Ordens nach dem Westen, in die Staaten an den großen Seen, wohin sich der Hauptstrom der deutschen Auswanderer ergoß. Sie ernannte die hochbegabte, erst 25jährige Schwester Karolina Frieß zu ihrer Stellvertreterin, unter deren kluger Führung sich die Genossenschaft über die ganzen Vereinigten Staaten und in das benachbarte Kanada ausbreitete. 50 Jahre danach wirkten die Schul-

schwestern an 240 Pfarrschulen mit rund 80000 Kindern. Der amerikanische Zweig der Schulschwestern hatte den europäischen an Zahl überflügelt, blieb aber dem Wunsch der Gründerin getreu dem Münchener Mutterhaus eng verbunden.

VI

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kannte das Kirchenrecht nur eigentliche Nonnenklöster mit feierlichen Gelübden und päpstlicher Klausur. Jeder Konvent war eine in sich geschlossene, selbständige Gemeinschaft mit Postulat und Noviziat; eine zentralistische Verfassung, wie sie z. B. bei den Jesuiten bestand, wurde Frauengenossenschaften nicht gestattet. Vinzenz von Paul konnte die kirchliche Genehmigung der Barmherzigen Schwestern nur erreichen, indem er auf alles verzichtete, was der Genossenschaft einen monastischen Charakter verliehen hätte: auf ein eigentliches Noviziat, auf lebenslängliche Gelübde und Klausur. Die Leitung lag in den Händen des jeweiligen Generals der Lazaristen. Das Institut der Englischen Fräulein kannte das Amt der Generaloberin; aber ihre Befugnisse waren beschränkt auf die Visitation der Schulen und die Versetzung der Schwestern.
Die Genossenschaft der Schulschwestern sollte nach dem Willen der Stifter beides vereinigen: häusliches, monastisches Leben mit ewigen Gelübden, und im Interesse des Schulzweckes eine zentralistische Organisation; an der Spitze sollte eine Generaloberin stehen. Bischof Wittmann wies Karolina an, die Regel der Notre-Dame-Frauen zur Grundlage ihres innerklösterlichen Lebens zu nehmen, die 1640 die kirchliche Approbation erhalten hatte und in ihrem Abschnitt über Erziehung und Unterricht so fortschrittliche Gedanken enthielt, daß noch Overberg gegen Ende des 18. Jahrhunderts das Schulwesen in Münster danach organisierte. Die Richtlinien für die innere und äußere Organisation der Genossenschaft hatte Job im Sinne Wittmanns in seinem »Geist der Verfassung des religiösen Vereins der Armen Schulschwestern« niedergelegt. Bevor Karolina die endgültige Regel ausarbeitete, sollte sie erst die nötigen Erfahrungen sammeln. Wittmann war überzeugt, daß Rom diese neue und durch den Stiftungszweck bedingte Struktur des Instituts genehmigen würde, wenn sie sich als notwendig und fruchtbar erwiesen hätte.
Der Bischof von Regensburg hatte Verständnis für ein solches Vorgehen, nicht aber der Erzbischof von München, Graf von Reisach. Er zeigte großes Interesse für das junge Institut, hatte aber völlig andere Anschauungen hinsichtlich der Verfassung desselben. Nach seiner Meinung mußte sich dieses den bestehenden kirchlichen Bestimmungen anpassen. Die einzelnen Provinzen sollten Diözesaninstitute sein

und von bischöflichen Direktoren geleitet werden. Er hielt es für ungeziemend, daß eine Ordensfrau im Lande herumreiste, Klöster visitierte und neue Häuser einrichtete.
Nach ihrer Rückkehr aus Amerika ging Mutter Theresia an die Ausarbeitung der Regel und Konstitutionen; ein erfahrener Jesuit diente ihr dabei als Berater; der Erzbischof selber nahm öfters an den Besprechungen teil. Mutter Theresia hielt sich im Gewissen an die Weisungen von Wittmann und Job gebunden, die sich in der Praxis aufs Beste bewährt hatten; der Erzbischof bestand auf der Unterwerfung unter seinen Willen. Es kam schließlich so weit, daß er Mutter Theresia ihres Amtes entsetzte und die Leitung der Kongregation selber übernahm, auch über die Häuser, die nicht in seiner Diözese lagen. Dabei löste er zwei in den Diözesen Rottenburg und Budweis gelegene, neu gegründete Filialen aus dem Verband mit dem Mutterhaus, zwang die hier zur Ausbildung befindlichen Kandidatinnen zur Rückkehr in ihre Heimatdiözese und erlaubte dort Einkleidung und Gelübdeablegung, während er diese Feierlichkeiten für das Mutterhaus verbot, weil es keine Regel gebe, auf welche die Gelübde abgelegt werden könnten. Dabei hatte er selber schon im Mutterhaus die Gelübde der Schwestern auf die Notre-Dame-Regel und die Konstitution von Job entgegengenommen. Während er Mutter Theresia verbot, nach Rom ihre Zuflucht zu nehmen, fuhr er selber dorthin, um seinen Regelentwurf vorzulegen.
Da ihrer Oberin die Hände gebunden waren, nahmen die Schwestern selber die Angelegenheit in die Hand. Sie erbaten sich Empfehlungen bei den Bischöfen, die Schwestern in ihren Diözesen hatten, und alle, es waren allein 13 europäische, unterschrieben die Bitte des Fürstbischofs von Breslau, des Kardinals von Diepenbrock, Rom möge doch die schon jahrelang erprobte und bewährte Organisation des so segensreich wirkenden Instituts genehmigen. Im Vatikan selber fanden die Schwestern einen mächtigen Fürsprecher im päpstlichen Kammerherrn, dem Fürsten von Hohenlohe, dem späteren Kardinal. Pius IX. ernannte eine eigene Kongregation von Kardinälen zur Prüfung der Angelegenheit. Am 9. Januar 1854 wurde ein Dekret ausgefertigt mit der päpstlichen Anerkennung des Institutes der Armen Schulschwestern und der Ernennung von Mutter Theresia zur Generaloberin auf Lebenszeit. Dem Dekret waren Instruktionen für die Abfassung der Regel beigefügt.
Das römische Schriftstück war ein Meisterwerk vatikanischer Diplomatie. Weder der Regelentwurf des Erzbischofes noch der vorgelegte Plan der Schulschwestern fanden päpstliche Anerkennung; aber die Instruktionen für die Ausarbeitung der Regel enthielten in kurzgefaßter Form die Grundgedanken des von Mutter Theresia vorgelegten Regelentwurfes. Die Regel der Schulschwestern erhielt 1859 die

vorläufige und 1865 die endgültige Bestätigung. Die Genossenschaft war damit eine päpstliche Kongregation mit einem Kardinalprotektor an der Spitze und damit den Zugriffen der Ortsbischöfe entzogen.
Als im Jahre 1900 endlich in der päpstlichen Konstitution: »Conditae a Christo« die kirchliche Rechtsgrundlage für die zahlreichen im 19. Jahrhundert gegründeten Frauengenossenschaften gelegt wurde, zeigte sich, daß hier offenbar die Schulschwesternregel als Vorbild gedient hatte. Dafür zeugten nicht nur Inhalt und Form, sondern auch die Unterschrift des verantwortlichen Kurienkardinals Aloisi-Masella. Dieser war damals Kardinalprotektor der Schulschwestern und hatte als Nuntius von München Mutter Theresia kennengelernt. Er verehrte sie wie eine Heilige; unter seinen Gebeten starb sie am 9. Mai 1879.
Durch diese Konstitution wurde kirchliches Gesetz, was Mutter Theresia unter soviel Leiden und Demütigungen als Lebensnorm für ihre Genossenschaft erkämpft hatte. Diese war zum größten weiblichen Schulorden der Kirche herangewachsen und damit der sprechendste Beweis für die Lebenskraft der zentralistischen Verfassungsform. Gegenwärtig arbeiten die Schulschwestern v. U. Lb. Frau in 31 Ländern, verteilt auf vier Kontinente.

Peter Reichensperger (1810–1892)

Ein bekanntes Gruppenbild der Führer der Zentrumspartei aus dem Jahr 1872 zeigt auch die beiden Rheinländer August und Peter Reichensperger, den älteren, August, schwermütig sinnend, den jüngeren, Peter, mit auf den Knien geballten Fäusten, kampfbereitem Blick und stürmischen Haaren. Verschieden in Naturell und Charakter, haben sich die Brüder Reichensperger doch in langer gemeinsamer politischer Tätigkeit gegenseitig unterstützt und ergänzt. August, künstlerisch begabt, der Liebhaber mittelalterlich-gotischer Baukunst, hatte noch ganz das Erbe der Romantik in sich aufgenommen. Sein um zwei Jahre jüngerer Bruder verkörperte dagegen mehr den Typus des staatswissenschaftlich geschulten Juristen und Beamten. Er war ein Mann für die Praxis, dazu äußerst belesen in volkswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Fragen. Für eine ehrenvolle Regierungslaufbahn schien er ebenso prädestiniert zu sein wie für einen nationalökonomischen Universitätslehrstuhl. Doch es sollte anders für ihn kommen.

Nach liberalen Anfängen hat Peter Reichensperger sich mit Gleichgesinnten der Aufgabe gewidmet, der katholischen Bevölkerung seiner rheinischen Heimat und Preußens eine politische Vertretung im preußischen Landtag zu schaffen und zugleich auf eine christlich orientierte Parteibildung liberal-konservativen Zuschnitts hinzuwirken. Unter den Bedingungen seiner Zeit gelang ihm, obwohl er dem Staate Preußen stets loyal diente, der Eintritt in ein hohes Regierungsamt nicht. Er ist in seiner parlamentarischen Laufbahn aufgegangen. Seine früh erkennbare lebhafte Art, sein Eigenwille, sein zuweilen heftiges Temperament kamen ihm dabei ebenso zustatten wie seine fundierten Kenntnisse, sein Interesse an allen Fragen der Tagespolitik und seine ausgeprägte Fähigkeit zu präziser und gründlicher Argumentation. Als Parlamentarier ist Peter Reichensperger zum Repräsentanten seiner Landsleute und seiner Sache geworden. Er hat so beigetragen zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, obwohl er der demokratischen Parteirichtung seiner Zeit nicht angehörte. Eine bruchlos von vormärzlichen Verfassungszuständen zur Regierungsform der Bundesrepublik aufsteigende Linie, in die

deutsche Parlamentarier einfach einzuordnen wären, kann ohnehin nicht gezogen werden.

I

Peter Franz Reichensperger wurde unter der Herrschaft Napoleons am 28. Mai 1810 in Koblenz geboren. Sein Vater Franz Joseph, aus Simmern im Hunsrück gebürtig, war zunächst Friedensrichter in Kirn, dann Kriminalrichter in Koblenz, und stieg schließlich zum Generalsekretär an der kaiserlichen Präfektur in der Hauptstadt des Rhein-Mosel-Departements auf. Die Mutter Margaretha geb. Knoodt, die Tante des Bonner Theologen, später Altkatholiken Franz Peter Knoodt, entstammte einer kurtrierischen Beamtenfamilie. Nach dem frühen Tod ihres Mannes 1813 zog die Witwe in ihr Elternhaus nach Boppard. Von der französischen Präfektur erhielt sie 500 Fr. Pension. Zusammen mit seinen Geschwistern August, Louise und Elisabeth erlebte Peter Reichensperger eine romantisch durchwehte und biedermeierlich besonnte Jugendzeit am Rhein. Er besuchte die Gymnasien in Boppard und Kreuznach.
Von 1829 bis 1832 studierte Peter Rechtswissenschaften, Kameralistik, Nationalökonomie und Naturwissenschaften – Physik, Chemie, Mathematik, Botanik – in Bonn, Heidelberg und wieder in Bonn. Daneben besuchte er historische und philosophische Vorlesungen bei Christian August Brandis und Barthold Georg Niebuhr. In der Ausbildung seiner wirtschaftlichen und sozialen Ansichten wurde er maßgeblich beeinflußt durch den Smithianer Karl Heinrich Rau, den Privatdozenten der Kameralistik Eduard Baumstark in Heidelberg, einen Übersetzer der Schriften von David Ricardo, und durch den für Schutzzölle eintretenden Bonner Dozenten Peter Kaufmann. Das »Seminar« bei Rau in Heidelberg, in dem wichtige Gegenstände der Staatswissenschaft diskutiert und schriftlich bearbeitet wurden, hebt Reichensperger besonders hervor. Seine breitgefächerte juristische Ausbildung in den Pandekten und Institutionen, im deutschen Privatrecht, preußischen Landrecht, im deutschen Bundesstaatsrecht, im allgemeinen Staatsrecht und Völkerrecht erwarb Reichensperger bei Ferdinand Mackeldey und Moritz August von Bethmann Hollweg in Bonn, bei Karl Salomon Zachariae, Konrad Eugen Franz Roßhirt und Karl Josef Anton Mittermaier in Heidelberg. Die Idee, daß ein allgemeines bürgerliches Recht für ganz Deutschland notwendig sei, vermittelten ihm Joseph Görres und der Heidelberger Rechtslehrer Anton Friedrich Thibaut.
Im Frühjahr 1832 bestand Reichensperger sein erstes juristisches Staatsexamen. Auch in anderer Hinsicht waren die kurzen Studien-

jahre für ihn ertragreich. Er lernte es, sich den Arbeitstag nach Stunden einzuteilen und stand morgens um halbsechs auf. Der kantische Pflichtbegriff lag dem nicht zugrunde. Ein gutes Buch durchstudiert, etwas Tüchtiges geschrieben, hieß die Losung, aber nach der Pflicht die Freude des Tags: beim Reiten, Fechten, Wandern oder beim Wein in der abendlichen Leserunde. Die Berührung mit der Romantik war nicht weniger intensiv als bei dem Bruder, der 1828, ebenfalls in Heidelberg, mit dem Volksliederdichter Anton Wilhelm von Zuccalmaglio Freundschaft geschlossen hatte. Mit Jean Paul und René de Chateaubriand gewinnt vor allem die christliche Romantik Einfluß auf Peter Reichensperger; anders als sein Bruder gibt er auch in der Jugend das religiöse Praktizieren nicht auf. Besonders Jean Paul erhebt über den juristischen Aktenstaub und versetzt in »die herrlichsten Bilder, Träume und Nachklänge einer höhern seeligern Welt«. Er vermittelt den Glauben an die Ewigkeit und Unbesiegbarkeit des Guten, für das alles Böse nur hemmendes Spalier bilde.

Obwohl früh national gesinnt, hat Peter Reichensperger den romantischen Volksbegriff auf seine rheinische Heimat übertragen. Der Student begeisterte sich für die Freiheit. Er sieht die Julirevolution überall an den Königsthronen rütteln, denn der Freiheitsmut »erkennt kein Gesetz als Bürgerglück«. Aber vorerst muß man sich am fremden Wein berauschen, »uns armen Preußen steht der stolze Wert der Freiheit noch nicht an«. Etwas widerwillig treibt er die Lektüre des Französischen, liest Molière, Lamartine, Chateaubriand, Rousseau, Madame de Staël: Diese »übergalante Sprache altfranzösischer Hofdespotie« läßt für seinen Geschmack rein gar nichts von der Französischen Revolution spüren, während Goethe und Schiller die deutsche Sprache, die sich auch unter Reifrock und Perücke ihre Frische und Kraft bewahrt habe, zu neuem Leben erweckt hätten.

War die Studentenzeit anmutig und bewegt dahingeflossen, so verlangte der harte und stumpfe Militärdienst im abgelegenen Trier ein schweres Opfer ab. Statt im Code (Napoléon) gilt es nun, sich »im Koth herumzutreiben«: Attackieren, Karrée schließen, Scheibenschießen, das ungute Erlebnis, wie ein Gemeiner vor drei Kompanien mit fünfzehn Stockschlägen gezüchtigt wird: Nicht anders als bei den Engländern und den alten Römern, tröstet sich Reichensperger, auch dort haben die Legionäre das Holz, die Offiziere den Wein kosten dürfen, und trotzdem wurden Weltreiche gewonnen. Da die sehnlichst erwünschte Rettung durch Gott oder eine reiche Frau ausbleibt, muß Reichensperger anders mit den Schwierigkeiten fertig werden. Er hängt sich ein Bild Napoleons ins Zimmer, dieses Urhebers der Konskription, unter der er leidet. Er wird als bester Schütze ausgezeichnet, setzt nebenbei mit Ausdauer und vortrefflichem Erfolg seine juristische Ausbildung am Trierer Landgericht fort.

Schließlich stellt ein vom Militärarzt unsachgemäß behandeltes Brustleiden vom gröbsten Dienst frei; am 28. Oktober 1836 ist Reichensperger glücklich Landgerichtsassessor in Koblenz. 1837 heiratete er Anna Maria Wekbeker, Tochter des »Moselkönigs« Franz Josef Wekbeker, eines reichen Gutsbesitzers, der sich aus kleinsten Verhältnissen emporgearbeitet hatte. Über den Schwager Peter Wekbeker ergeben sich Beziehungen zu dem französischen Kavalier und Schriftsteller Gustave de Failly. Dieser, ein liberaler Katholik, trat mit Schriften gegen den Pauperismus, gegen die der Privatkonkurrenz schädlichen Pariser Nationalwerkstätten sowie mit einer antipreußischen Kampfschrift hervor: De la Prusse et de sa domination sous les rapports politiques et religieux spécialement dans les nouvelles provinces par un inconnu (Paris 1842). Von 1839 bis 1842 war Reichensperger nach Elberfeld versetzt, arbeitete dann wieder in Koblenz und erhielt dort 1843 die Ernennung zum Landgerichtsrat. 1850 wurde er als Appellationsgerichtsrat nach Köln berufen. Von 1859 bis 1879 wirkte er als Obertribunalsrat in Berlin.

II

Der kleindeutschen Historiographie sind die Brüder Reichensperger wegen ihrer Mitwirkung an de Faillys Kampfschrift verdächtig geworden; Aloys Schulte suchte demgegenüber nachzuweisen, daß zumindest Peter Reichensperger an de Faillys Antipreußen-Schrift keinen Anteil genommen habe. Diese Kontroverse verstellt den Blick auf eine bemerkenswerte Entwicklung in Peter Reichenspergers politischen Ansichten. Der preußische Jurist übernimmt besonders in seinem bedeutendsten Werk, »Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts« (1847), wesentliche Punkte der Kritik de Faillys an Preußens inneren Staatszuständen, aber er gibt ihnen die Richtung auf eine allgemeine Kritik an bestehenden Verfassungsformen und Sozialordnungen überhaupt. Hatte de Failly an Preußen das geheime Gerichtsverfahren und Fehlen der Öffentlichkeit getadelt, so hält Peter Reichensperger in seiner kleinen Schrift über Öffentlichkeit, Mündlichkeit, Schwurgerichte (1842) ein Plädoyer für den öffentlichen und mündlichen Anklageprozeß, der besser als das zu gröbsten Mißbräuchen verleitende Inquisitionsverfahren das Recht der Verteidigung sichere. Öffentlichkeit, auch bezogen auf die öffentliche Meinung und die Offenlegung des Regierungsbudgets, gilt ihm überhaupt als Wurzel des Vertrauens in den Staat, Fundament jeden, vor allem des nationalen Gemeinwesens. Wenn Preußen sich ihrer befleißigt, dann kann es sich wieder wie 1813 mit innerem Recht an die Spitze der nationalen Erhebung stellen.

Reichensperger hebt die Abschaffung der Folter durch Friedrich II. hervor und nennt als Beispiele rückständiger Justizverfassung Preußens Konkurrenten Österreich, dessen Gesetzbuch ausdrücklich eine unabhängige Verteidigung ausschließe, und Hannover, wo die Folter erst 1822 abgeschafft worden sei. De Failly hatte die Ungleichheit der Stände und die politischen Privilegien des Adels in Preußen, die auseinandergezogene geographische Lage von dessen Ost- und Westprovinzen, die künstliche Erhaltung ungerechter Eigentumsverteilung durch Fideikommisse, den Ausschluß der Juden von den staatsbürgerlichen Rechten bemängelt, die Unterprivilegierung der katholischen Konfession im Westen damit erklärt, daß das unzusammenhängende Preußen sich ein einigendes Band erst durch Verfügung einer Staatsreligion schaffen müsse.

Ganz anders Peter Reichensperger: Er hebt hervor, daß Preußens Fall unter Napoleon die schlummernden Kräfte dieses Staats geweckt, ihm Reformen ermöglicht habe, deren Ergebnis in Frankreich nur durch Revolution habe erreicht werden können. Der Gewinn der handelsorientierten Gebiete im Westen, die Streulage seiner Provinzen, ermutigte es zum Zollverein, der für die deutschen Länder gemeinsame Quellen der Kraft erschließt und schützt. Der Erwerb des Rheinlands gewann Preußen die bewährten Institute freier altdeutscher Rechtspflege zurück, die es sich nun zu eigen machen muß. Die Stellung und die Stärke der katholischen Kirche im Rheinland stellen Preußen vor die Notwendigkeit, die Gleichordnung von Staat und Kirche zu verwirklichen und im ganzen Staat sich zur Parität zu bekennen. Die »providentielle Erwerbung« der Rheinlande schloß Preußens alte Geschichte ab. In Zukunft muß es für Deutschland an der Spitze freier Entwicklung das erreichen, was es einst durch Hegemonie erstrebte. Denn fast unbemerkt fielen Preußen zu die »urkundliche Gleichheit der Stände vor dem Gesetz, freie und ungehemmte Entwicklung der geistigen und gewerblichen Kräfte der Nation, Abschaffung der gutsherrlichen Untertänigkeitsverhältnisse, der Monopole, Bannrechte und Fronen, endlich als Schlußstein aller jener großartigen Bestrebungen: Freiheit und Teilbarkeit des Grundeigentums« (Agrarfrage).

Reichensperger leitet aus der politischen und sozialen Überlegenheit des Westens der Monarchie dessen staatsintegralen Anspruch für ganz Preußen ab. Umgekehrt deutete Heinrich von Sybel den Erwerb der Rheinlande als Überwindung des westdeutschen Partikularismus durch die überlegene Staatsgesinnung des preußischen Ostens. Der Deutung Sybels wird man Reichenspergers konkurrierendes Geschichtsbild vollgültig an die Seite stellen können, zumal in ihm nicht die schwierige Symbiose des Liberalismus mit dem Absolutismus des preußischen Großstaats versucht wurde. Natürlich hat Reichen-

sperger aus nationalen Gründen die Vorteile, die die Einführung der französischen Gesetzgebung für das Rheinland gebracht hatte, zu alten fränkischen Rechtsbegriffen umgedeutet, obwohl in der Tat die Realteilung älter war als der Code Napoléon. In der »Agrarfrage« und in den anderen frühen Schriften Reichenspergers sind westlicher Konstitutionalismus, rheinischer Regionalismus und preußisch-deutsche Nationalgesinnung zu einer einheitlichen Konzeption verschmolzen. Im Vergleich mit Sybel und anderen Vertretern der nationalpolitischen Publizistik zeigt sich die Grundspannung zwischen dem rheinischen Konstitutionalismus und dem preußischen Konservativismus und Nationalliberalismus, ein Phänomen, das bis zur Auflösung des preußischen Staates angedauert hat.

Trägt der programmatische Gehalt der »Agrarfrage« den weitreichenden staatspolitischen Anspruch des rheinischen Justizbeamten? Immerhin galt die Berufung Reichenspergers in das Frankfurter Vorparlament auch dem Verfasser dieser Schrift. Als Konstitutioneller will Reichensperger das Extrem des ungeschichtlichen, aufgeklärten Vernunftstaates ebenso meiden wie die romantisch-konservativen Staatstheorien. Die eigentliche Legitimation des Staates liegt für ihn in der Ermöglichung der Gemeinschaftszwecke des Menschen durch Verwirklichung der Rechtsidee. Nur durch die vom Staat garantierte Wahrung des Rechts aller können die Menschen ihre universelle Bestimmung erreichen. Reichensperger teilt die hohe Bewertung des Staates mit Georg Wilhelm Friedrich Hegel, mit Friedrich Julius Stahl, mit der Tendenz der vormärzlichen Staatstheorie. Aber der Staat ist ihm nur Zweck für die Menschheit, nicht Selbstzweck. Reichensperger lehnt die modernen Omnipotenztheorien vom Staat (Hegel) ausdrücklich ab, unterscheidet sich jedoch von den ständischen Staatslehren eines Karl Ernst Jarcke und Karl Ludwig von Haller sowie von den aufklärerischen Theorien »mechanischer« Gewaltenteilung dadurch, daß er an der Einheit des Staates festhält. Diese wird repräsentiert durch das monarchische Staatsoberhaupt, könnte auch in mehreren Körperschaften beruhen, muß aber unbedingt verwirklicht werden in der souveränen, zentralisierten Kompetenz über Finanz-, Heeres-, Zoll- und Handelsfragen und in dem staatsrechtlichen Teil der Landesgesetzgebung. Obwohl Souveränität in der Zwangsgewalt über die egoistischen Einzel-Willen besteht, wird sie allein von der Rechtsidee legitimiert.

Reichensperger verwirft Rousseaus Identitätstheorie von Volk und Souverän. Wird die Souveränität auf die Summe der Volksglieder gegründet, dann tritt der Absolutismus der Kammermajorität an die Stelle des überwundenen Despotismus der Fürsten. Freiheit entspringt für Reichensperger zunächst aus Dezentralisation. Die von ihm empfohlene Autonomie der Gemeinden, der Gewerbe, der Bauern und

Handwerker, die Einführung berufsständischer Interessen als Gegengewicht gegen die bürokratische Staatsverwaltung stand weder mit dem oktroyierten Neu-Ständetum der preußischen Provinzialverfassung noch mit privatrechtlich-altständischen Vorstellungen auf einer Stufe. Reichensperger wollte offenbar im Blick auf die Realisationsmöglichkeiten einer preußischen Provinzialreform und beeinflußt von den Ideen des Freiherrn vom Stein die alten Konsoziationstheorien der res publica mixta zeitgemäß umformen. Dennoch wäre sein antiindividualistischer Korporativismus eher geeignet gewesen, die Freiheitsrechte des Volkes zu liquidieren als zu sichern, wenn er nicht gemildert worden wäre durch Föderalismus und naturrechtlichen Individualismus. Und sehr modern sieht Reichensperger die Freiheit des Volkes nicht durch formelle Vorrichtungen garantiert, sondern durch den Geist des Volkes, die Gesamtheit der Staatsinstitutionen, den Patriotismus der Bürger.

Ähnlich wie im Verfassungsdenken Ferdinand Lassalles ist in der »Agrarfrage« der Versuch unternommen, die Rechtsverfassung auf die sozialen Verhältnisse zu gründen. In diesem Versuch liegt das Hauptverdienst der Schrift: Die Feudalverfassung »erlag mit innerer Notwendigkeit ihrem verderblichen Grundprinzipe, dem der systematischen Ungleichheit der Personen und selbst der Sachen, der Mißachtung persönlicher, rein menschlicher Ehre, Würde und Freiheit«. Die Würde des Menschen aber hängt an der realen Existenzgrundlage des Einzelnen. Diese wird einerseits gewährleistet durch die freie reale Teilbarkeit des Grundeigentums und des auch die Töchter nicht diskriminierenden Erbrechts zu gleichen Teilen, andererseits durch die Teilhabe aller Mitglieder einer Nation an dem nationalen Reichtum, der durch den Aufschwung der Industrie und den gestiegenen Kapitalverkehr erwirtschaftet wurde. Der Reichtum einer Nation kann nicht im toten »Reinertrag«, der einer kleinen Schicht zugutekommt, bestehen; dieser wird als das industriewirtschaftliche Gegenstück zu den ungerechten Fideikommissen und zu dem gutsherrlichen Obereigentum betrachtet, das den besitzlosen Landmann von der Scholle vertrieb. In der Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums sieht Reichensperger, Simonde de Sismondi folgend, allerdings eine Aufgabe der Nationalökonomie, nicht des Staates. Der breiten Streuung des Produktionsertrages entspricht nach der Seite der klassischen Subsistenzmittel die freie Agrarverfassung. Das freie Sondereigentum an Grund und Boden ist ein persönliches, natürliches Recht des Menschen, ihm gegeben zur Erfüllung seiner physischen und geistigen Zwecke; es ist Quelle der Zufriedenheit und des Reichtums einer Nation.

Die soziale Bestandsaufnahme mündet damit wieder in ein naturrechtliches Postulat. Auch darin unterscheidet sich, vom Inhalt seiner

Analyse abgesehen, Reichensperger von Lassalle und Karl Marx. Seine These von der Überlegenheit der freien Agrarverfassung untermauert Reichensperger allerdings auch mit dem Hinweis auf eine ganze Anzahl vor allem französischer Nationalökonomen. In der Verbreitung privaten Grundeigentums, der Schaffung selbständiger Existenzen, ergänzt durch die sozial ausgleichende Tätigkeit des Staates und die Wirkungen christlicher Moral, erblickt Reichensperger die Hebel zur Überwindung der Klassengegensätze und des Pauperismus.

III

Die erste Phase der parlamentarischen Tätigkeit von Peter Reichensperger kann durch die Jahre 1846 und 1866 eingegrenzt werden. Anfang 1847 mußte der Beamte ein 1846 als Ersatzvertreter für die dritte Steuerklasse im Koblenzer Gemeinderat erworbenes Mandat niederlegen. Er war damals Mitarbeiter an der seit 1844 erscheinenden »Rhein- und Moselzeitung«. Dieses Blatt vertrat einen liberalen Katholizismus. Es widersetzte sich der Auffassung, die Katholiken müßten politisch mit dem Restaurationskonservatismus zusammengehen. Die Kölner Ereignisse von 1837 hatten eine solche Auffassung als wenig ratsam erscheinen lassen und auch die Brüder Reichensperger zur politischen, als solcher bereits liberalen Vertretung katholischer Belange im preußischen Staat gedrängt. Die Brüder hatten entscheidenden Anteil an der grundrechtlichen Verankerung der Religionsfreiheit in der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung 1848/49. August wirkte dafür im Katholischen Klub der Paulskirche, Peter als Abgeordneter für Kempen in der Berliner Nationalversammlung. Er war hier Mitglied der Kommission zur Beratung des preußischen Verfassungsentwurfs vom 20. Mai 1848. Als ein großer Erfolg für die preußischen Katholiken konnte es verbucht werden, daß die Verfassung den Religionsgesellschaften schließlich die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten sowie den Besitz und Genuß ihrer für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds einräumte.
Peter Reichensperger entwickelte sogleich ein über die Vertretung katholischer Interessen hinausgehendes allgemein politisches Engagement. Er gehörte in der Berliner Nationalversammlung zu den Gründern der Konstitutionellen Rechten. Im Gegensatz zur demokratischen Linken vertrat er konsequent das Prinzip der Vereinbarung zwischen König und Volksvertretung. Da ihm in der Verfassungskommission das Referat über die Grundrechte, über die Abschnitte vom König, von den Ministern und von den Kammern übertragen worden war, konnte er diese Vorstellungen in einem solchen Maß der Realisie-

rung nahebringen, daß der Verfassungsentwurf der Nationalversammlung wegen seines liberal-konservativen Charakters eher die Bezeichnung »Charte Reichensperger« als »Charte Waldeck« verdient hätte.
Die Motive für seine politische Haltung entnahm er der Situation und prinzipiellen Erwägungen. Die Bündnismöglichkeiten mit der Demokratie mußten ihm auch von deren Seite eingeschränkt erscheinen, da sie mit seinen kirchenpolitischen Ansichten nicht übereinstimmten. Das Berliner Oppositionsblatt »Die ewige Lampe« charakterisierte ihn am 22. September 1848 als »Kommandeur der München-Koblenzer Glaubensrotte und Stabsoffizier in der Kriegskanzlei des heiligen Ignatius; ein verschmitzter, gefährlicher Bursche von etwas pavianartigem Aussehen, dessen lauernder Blick gleich den Basilisc verrät«. Bezeichnend schien Reichensperger zu sein, daß die freisinnige Demokratie den Zusatz »von Gottes Gnaden« in der Titulatur des Königs weglassen wollte. Darüber hinaus provozierte der Druck der Straße, dem er sich persönlich ausgesetzt sah, seine geradezu bekenntnishafte Ablehnung des Radikalismus. Wenn er vorschnell die Parallelen zur Konventsherrschaft zog, so ist doch zu beachten, daß er sich ganz zu Recht gegen die revolutionäre Permanenzerklärung des Frankfurter Vorparlaments gewandt hatte und die Legitimationsbedürftigkeit gerade einer sich revolutionär gebärdenden Versammlung durch Wahlen betonte. Ein unkontrollierbarer Staat der Volkssouveränität, auf dem Weg der Revolution errungen, schien ihm nicht geeignet, die Staatsidee zu verwirklichen, die für ihn in der Wahrung der öffentlichen Rechtsordnung lag, wozu es des monarchischen Prinzips bedürfe.
Die am 30. November 1852 gegründete Katholische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus lenkte Reichensperger hingegen wieder in eine mehr fortschrittliche Richtung, indem er ihr die Verteidigung der bürgerlichen Rechte der Katholiken aufgab. Damit gewann er eine schwer zu erschütternde Position im Kampf gegen das Reaktionsministerium, das in den Raumerschen Erlassen die Freizügigkeit katholischer Theologiestudenten und das Seelsorgeinstitut der Volksmissionen eingeschränkt hatte. Die Glaubwürdigkeit dieser Fraktion der »rheinischen Konstitutionellen« bewies Reichensperger 1854 erneut durch sein Eintreten für die uneingeschänkte Zulassung der Juden zu Gemeindeämtern.
Mit Beginn der Neuen Ära trat für die Fraktion die Auseinandersetzung mit den Liberalen statt wie bisher mit der Reaktion in den Vordergrund. Die liberalen Parteien in der Kammer forderten die Ablegung des Namens Katholische Fraktion. Obwohl diese 1858 in »Fraktion des Centrums (Katholische Fraktion)« umbenannt wurde, wurden die Brüder Reichensperger von der liberalen Kammermajori-

tät 1862 in keine der neun ordentlichen Kommissionen des Hauses mehr gewählt. Aber gerade sie hatten sich in der Fraktion für die Abschaffung des konfessionellen Namens eingesetzt und stets produktive Beiträge zur Arbeit des Hauses geleistet.
Nun galt es zu kämpfen für die Existenz der Fraktion, die bisher kein Programm gehabt, wohl aber Politik gemacht hatte. Die Wahlflugschrift »Die Fraktion des Centrums« von 1861, die Peter Reichenspergers Handschrift trug, forderte strenges Festhalten an der Verfassung, die Autonomie der Konfessionen und der Gemeinden, die individuelle Freiheit und rechtliche Gleichheit, den konfessionellen Volksunterricht und die Parität. Kirchliche Fragen wollten die Brüder Reichensperger als Rechtsfragen, d. h. soweit es um den Standpunkt von Mein und Dein gehe, behandelt wissen; darüber hinaus entwickelten sie den überkonfessionellen, dem weltanschaulichen Hintergrund der Fortschrittspartei entgegengesetzten Standpunkt, die Christen beider Konfessionen müßten für die Auseinandersetzung mit den geistigen Tendenzen des Materialismus und Säkularismus gerüstet sein.
Angesichts des steigenden Alleinvertretungsanspruches der »großen liberalen Parteien«, wie diese sich selbst nannten, komplizierte sich die Lage der Fraktion. Die Brüder befürchteten, daß die liberalen Kammermehrheiten die Männer von Bedeutung sowie die verschiedenen Parteifärbungen nur verbrauchen und nach dem Beispiel Frankreichs das Land in die Republik führen würden, bis alle Rechte und Freiheiten geopfert wären und Rettung im Imperatorentum gesucht würde. Auch angesichts der eigenen Minderheitsposition in einem sich zur Herrschaft im Staat anschickenden Parlament schien das von der konstitutionellen Monarchie gewährleistete Prinzip der checks and balances unentbehrlich zu sein. Dies erklärt die Haltung der Fraktion im Verfassungskonflikt. Die Brüder stimmten der liberalen Mehrheit zu, soweit es um die Wahrung der wohlerworbenen Rechte des Abgeordnetenhauses ging. Peter Reichenspergers Antrag, die Regierung gesetzlich auf eine rechtzeitige Einbringung des Budgets zu verpflichten, war eine wirklich verfassungspolitische Tat, wurde aber von den Liberalen nicht unterstützt. Zur Entspannung der Lage hat Peter Reichensperger 1862 den Vorschlag auf Indemnitätserteilung im Prinzip formuliert, den Bismarck später zur Beilegung des Konflikts aufgriff.
Wegen der starken Polarisierung zwischen Regierung und Volksvertretung, die in der Konfliktsperiode eintrat, schlug die Taktik der Reichensperger fehl, Profilierung in der Auseinandersetzung mit der Fortschrittspartei zu gewinnen. Beide Brüder wurden von den »Kölnischen Blättern« und vom »Westfälischen Merkur« als ministeriell attackiert. Die Fraktion schrumpfte rasch und verschwand nach den Wahlen von 1866. Bei einem fortschrittlichen Kurs aber bestand die

Gefahr einer Vereinnahmung durch die Liberalen, hätten diese im Konflikt gesiegt. Ein kompromißlos antiministerieller Kurs der Fraktion wäre auch deswegen bedenklich gewesen, weil er sie des Rückhalts bei den konservativen Kräften um die Krone beraubt hätte. Diese hatten immerhin die Verfassungsartikel 15, 16, 18 zugestanden, während die Liberalen, je stärker sie wurden, diese Artikel zunehmend einschränken wollten und am 18. Juni 1875 im Kulturkampf wirklich mit ihrer Mehrheit aufgehoben haben. Allerdings ist es gerade dieses begründete Mißtrauen Reichenspergers gegenüber den Liberalen, das es erschwert, seine Haltung im Verfassungskonflikt mit Ernst Rudolf Huber als die eines Kronzeugen für die reine konstitutionelle Lehre zu deuten.

IV

Die Bilanz der Katholischen Fraktion war besser gewesen, als ihr Niedergang nahelegen möchte. Man war eingetreten für die Rechte der Kirche und zugleich für die Verfassung, für die Selbstverwaltung, für das Wohl aller Volksklassen, für die Einheit des Staates, für die Rechte der Minderheiten – und dies mit den Mitteln, die einer Volksvertretung zu Gebote standen. So erschien besonders Peter Reichensperger die Neugründung der Zentrumspartei, nicht jedoch die Fortschreibung der konfessionellen Fraktion als wünschenswert. Diese erfolgte 1870/71; den ersten bedeutsamen Schritt an die Öffentlichkeit, den Wahlaufruf in der »Kölnischen Volkszeitung« vom 11. Juni 1870 für die preußischen Landtagswahlen, hat Peter Reichensperger unterzeichnet. Er nahm schon 1867 wieder ein Reichtagsmandat an, diesmal für den sauerländischen Wahlkreis Olpe-Meschede. Er hat das Mandat bis zu seinem Tod 1892 innegehabt. Noch länger, 1848 bis 1856, 1858 bis wiederum 1892 saß er im preußischen Abgeordnetenhaus. Auch im Erfurter Volkshaus 1850 und im deutschen Zollparlament 1868 bis 1870 ist er vertreten gewesen.

Den Krieg von 1870/71 bejahte er als Patriot. Er hoffte, soweit es Interessen des Katholizismus zu vertreten gelte, diese sehr wohl unter einem protestantischen Kaisertum verwirklichen zu können. 1871 brachte er für das Zentrum den Antrag ein, die Grundrechtsartikel der preußischen Verfassung in die Reichsverfassung zu übernehmen; diese Artikel waren durch die Annexionen nach 1866 schon auf außerpreußisches Gebiet übertragen worden. Was die Gegner als Zumutung empfanden, war aus seiner Sicht konsequent und wohlbegründet, da er Preußen seit 1847 als Vormauer der Freiheit in Deutschland apostrophiert hatte. Neben den ihm gleichrangigen Führern der neuen Fraktion – Ludwig Windthorst, Hermann von Mallinckrodt, Karl

Friedrich von Savigny – vertrat er glaubhaft die Kontinuität des Eintretens für die verfassungsmäßigen Rechte. In der Jesuitendebatte des Reichtags 1872 konnte der Achtundvierziger aus seiner Kenntnis des preußischen Verfassungswerks die Ansicht der Liberalen Rudolf von Gneist und Rudolf Virchow widerlegen, die aus dem Allgemeinen Landrecht abzuleitende diskretionäre Befugnis des Staates sei dem Verfassungsrecht von 1848 überzuordnen. Der Zentrumsführer verteidigte den Liberalismus der Verfassung gegen die Liberalen – ein in der deutschen Verfassungsgeschichtsschreibung selten reflektiertes Paradox.

Mit dem bayerischen Freiherrn Georg Arbogast von Franckenstein plädierte Reichensperger 1881 in seiner Fraktion für den Kompromißantrag der Rechten zum Unfallversicherungsgesetz, ohne indes durchzudringen. 1884 stimmte er, wiederum mit Franckenstein, gegen die Mehrheit der Fraktion für die Verlängerung des Sozialistengesetzes. 1887 war er zur Annahme des Septennats bereit; mühsam wurde zur Rettung der Einheit der Fraktion wenigstens die Stimmenthaltung erreicht. Dieser mehrfach regierungstreue Kurs Reichenspergers stieß mit einer anders gerichteten, überlegenen Strategie Windthorsts zusammen. Windthorst gedachte für die Rechte des Reichtags einzutreten, um der Zentrumspartei wenigstens etwas Einfluß zu sichern. Wohl mitverursacht durch den Tod seines Sohnes August 1873 wurde Peter Reichensperger zunehmend schweigsam und schwierig. Er soll es fertiggebracht haben, sich 15 Jahre lang nicht in seinem Wahlkreis blicken zu lassen. Anders als Windthorst hat er es auch verschmäht, auf den Katholikentagen als Zugpferd der Zentrumspartei aufzutreten. Die eher abfallende Rolle, die Reichensperger im Abgeordnetenhaus und Reichstag nach 1873 spielte, mag damit zusammenhängen, daß er ein näheres Verhältnis zum preußischen Staat entwickelt hatte als Windthorst, Ernst Lieber, Georg von Hertling; von diesen Zentrumsführern hatte z. B. keiner preußischen Militärdienst geleistet. Die mangelnde Distanz zu Bismarcks Regierung reichte bei Reichensperger indes in tiefere Schichten. Ursprünglich hatten der universalistisch-idealistische Staatsbegriff der Romantik und der Einfluß christlicher Demokraten in Frankreich bei ihm den Sinn für die soziale Frage und für die Möglichkeiten geweckt, durch Staatsinterventionen Abhilfe zu schaffen.

Peter Reichensperger plädierte als einer der ersten in Deutschland für gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit und für die Existenzsicherung des Arbeiters auch im Falle von Alter und Krankheit. 1847 vertrat er den Gedanken einer staatlichen bzw. gewerblichen Beschäftigungskontrolle und Produktionsüberwachung gegen Auswüchse der Konkurrenz. Der Übervölkerung wollte er durch den Nachweis eines Arbeitsplatzes und eine Altersgrenze für Ehefähigkeit gesteuert wis-

sen. Dahinter stand der Gedanke, daß alle Klassen Glieder am Leib Christi seien. 1854 erwarb sich Reichensperger das bleibende Verdienst, durch einen eigenen Antrag und als parlamentarisches Kommissionsmitglied die ersten preußischen Gesetze über eine Zwangsversicherung der Arbeiter und Bergleute einzuleiten und mitzugestalten. Auf dem Kölner Katholikentag rief er dazu auf, das geistige Übel des Sozialismus mit geistigen Mitteln zu bekämpfen, da der Arm des Staates, der Justiz und der Polizei für diesen Kampf ungeeignet seien.

Diesen Idealismus hat Reichensperger nicht durchgehalten. 1889/90 trat er mit Franckenstein für Bismarcks Plan eines Reichszuschusses zur Arbeiterversicherung ein und spaltete damit die Zentrumsfraktion. Gewisse dirigistische Tendenzen seiner Frühzeit siegten in einer Grundsatz- und Gewissensfrage über seine andere Auffassung, daß der Staat primär Rechtsstaat sei. Reichensperger hat seinen Schritt theoretisch begründet: »Der Staat ist für uns der organisierte Verband des Volkes zur Pflege aller leiblichen und geistigen Güter, und das soll auch hier verwirklicht werden.« Windthorst fühlte sich durch diese klassische Definition der vom Zentrum allzeit bekämpften Staatsomnipotenz nach eigenen Worten wie vom Schlage getroffen. Er sah den Rubikon zum Wohlfahrtsstaat überschritten.

Peter Reichensperger hält den Verdächtigungen stand, er habe seine religiöse Haltung auf dem Altar politischen Ehrgeizes geopfert (Johann Friedrich Schulte) oder aber er sei aus Weltanschauung unfähig gewesen zur Politik (Hermann Oncken). Durch sein Streben und sein Irren hat er bezeugt, wie ein politischer Mensch aus der Ganzheit der Person leben kann. Noch im hohen Alter unternahmen die Brüder Reichensperger 1891 eine Wallfahrt zum hl. Rock in Trier. Am 31. Dezember 1892 ist Peter als Alterspräsident des Deutschen Reichstags gestorben. Auf dem St.-Hedwigs-Friedhof in Berlin liegt er begraben.

V

Wenn Entwicklung zur Demokratie bedeutet, allen Schichten der Bevölkerung einen Anteil an den öffentlichen Angelegenheiten zu verschaffen, dann hat der Achtundvierziger und Vertreter des politischen Katholizismus die Demokratie gefördert.

Trotz seines Eintretens für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung tat er aber nicht den entscheidenden Schritt, auch das politische Gemeinwesen auf das Votum des Einzelnen zu gründen. Am unverantwortlichen Recht der Krone hat er festgehalten, denn er bezeugte 1882 in seinem Rückblick auf das Revolutionsjahr, ein gradliniger Verfechter der

konstitutionellen Monarchie gewesen zu sein. Für die Monarchie ist Reichensperger aber wieder darum eingetreten, weil nur diese ihm den Schutz des Rechts vor dem Radikalismus und die Gewaltenteilung bei gleichzeitiger Wahrung der Staatseinheit zu gewährleisten schien.
Auch seine wirtschaftlich-sozialen Anschauungen bieten keine Geschlossenheit. Der Schutzzoll, ein gewisser wirtschaftlicher Dirigismus, die Staatsintervention stehen neben der klassischen Definition des freien Eigentums und des selbstbestimmenden Wirtschaftssubjekts. Das Wissen um die Unverzichtbarkeit der Geld- und Kapitalwirtschaft ist klar ausgeprägt. Reichensperger hat also kein System hinterlassen, das wegen seiner theoretischen Bündigkeit Anspruch auf Verwirklichung erhöbe. Indem er zu den politischen und sozialen Fragen seiner Zeit immer wieder klar Stellung bezog, hat er deutlich gemacht, daß die Lösung der staats- und gesellschaftspolitischen Probleme auf geschichtlichem Wege erfolgen kann, wenn dort persönliche Voraussetzungen mit allgemeinen Entwicklungen zusammentreffen.

Franz Xaver Kraus (1840–1901)

»Noch sind wir in Nebel und Rauch gehüllt, aber die Sonne hat schon durchgeblitzt, und ich atme für diese arme Menschheit die Luft, die von besseren Bergtriften zu uns herabkommt. Der Äon des geistigen Despotismus ist abgelaufen.« Der Mann, der dies ein Jahr vor seinem Tode am Silvesterabend des Jahres 1900 »einsam, traurig und doch hochgemut« auf das anhebende zwanzigste Jahrhundert hinausblikkend in sein Tagebuch schrieb, mochte meinen, seinen Anteil als Priester, Gelehrter und Kirchenpolitiker geleistet zu haben, um solche Verheißung einer besseren Zukunft möglich werden zu lassen. Vierzig Jahre unablässiger Arbeit hatten ihn auf die Höhe gesellschaftlicher und akademischer Reputation gebracht, die einem katholischen Geistlichen in der liberalen Welt der Jahrhundertwende überhaupt erreichbar war; sie hatten ihn aber auch in viele Spannungen zur kirchlichen Obrigkeit und in offene Gegnerschaft zu den Anhängern des von ihm heftig beklagten »politischen Katholizismus« geführt.
Der »religiöse Katholizismus«, als dessen Vorkämpfer er sich fühlte, sollte mit dem Verzicht auf politische und soziale Macht – auf den Kirchenstaat, die katholischen Parteien und einen weltlichen Führungsanspruch des Papsttums – die Frontstellungen überwinden, in die nach seiner Ansicht der Ultramontanismus die Kirche sich hatte verrennen lassen. So sollte die Aussöhnung mit dem Staat und der modernen Gesellschaft bewirkt werden. Am Silvesterabend 1900 schien dieses dem Sechzigjährigen anscheinend in greifbare Nähe gerückt, aber es gehörte zur Tragik seines Lebens, daß sein vertrauensvolles Zugehen auf die gesellschaftlichen Mächte der Zeit ihm in der Bindung an die Stunde den Blick dafür trübte, wo für die Kirche die Chancen der Zukunft lagen.

I

Franz Xaver Kraus wurde am 18. September 1840 in Trier geboren, wo sein Vater, Sohn eines ostpreußischen Konvertiten, Zeichenlehrer am Gymnasium war. Die kleine Welt des heimatlichen Trier, zu der neben einigen Gelehrten und Künstlern auch der im Elternhaus verkehrende

spätere Zentrumsführer August Reichensperger gehörte, hat dem schon früh zu intellektueller Selbständigkeit erwachten Gymnasiasten und Seminaristen mancherlei Anregung vermittelt, ihn aber keineswegs auf die Dauer zu bestimmen vermocht. Hing er auch lebenslang mit zärtlicher Liebe an seiner Vaterstadt – und wohl auch am heimatlichen Bistum –, so hat er doch schon früh vieles von dem abgelegt, was er in seiner Jugend begierig, aber noch unreflektiert aufnahm, und gerade dadurch eine Distanz geschaffen, die ihm die so sehr begehrte Wirksamkeit in der Diözese Trier unmöglich machte.

Zunächst freilich schien seine Entwicklung ihn durchaus in religiöse und politische Übereinstimmung mit der ihn umgebenden Welt zu führen. Früh entschlossen, Priester, womöglich Ordensmann, zu werden, zeigte der junge Kraus keinen Dissens zur religiösen Praxis und zu den theologischen Einstellungen, denen er dort begegnete. An den Jesuiten, unter denen er seine geistlichen Führer fand, hing er mit großer Verehrung; seinem Regens, dem späteren Bischof Matthias Eberhard, begegnete der Seminarist mit ungeheuchelter Ehrfurcht und Liebe. »Die steigende Bedrückung des Hl. Vaters, die Unterdrückung des ›Univers‹ (der führenden katholischen Zeitung) in Paris, das Schalten des schlechten Cavour in Sardinien nebst Genossen« machte auf den Neunzehnjährigen »einen unendlich schmerzlichen Eindruck«. In der Abneigung gegen den Staat Preußen, als dessen Untertan er geboren war, wurde er durch eine seinem Vater im Dienst zugefügte Benachteiligung bestärkt. Nach dem Vorbild des »großen, unsterblichen Görres« sah er noch 1863 »Protestantismus und Preußentum« als den Gegner an, der sich vor ihm zu versehen habe.

Die geschlossene Welt des katholischen Trier hat freilich dem jungen Kraus wissenschaftlich nicht genügend geboten, um ihn nicht schon erstaunlich früh darüber hinausgreifen zu lassen. Als Zwanzigjähriger, noch bevor er seine akademischen Studien begonnen hatte, stand er schon in Korrespondenz mit einigen großen Zeitschriften. Übersetzungen und Rezensionen machten ihn rasch bekannt, ohne daß er bereits einen Schwerpunkt künftiger Forschung umrissen und eine feste Stellung in den zeitgenössischen Auseinandersetzungen genommen hätte. Seine weitgespannten Interessen ließen ihn Mannigfaltiges aufnehmen, und er nahm die Möglichkeit zur Mitarbeit wahr, wo sie ihm geboten wurde.

Aber gerade die Vielfalt der Gegenstände, mit denen er sich befaßte, die Weite der Fragestellungen mußte zu einem Hindernis für den Erfolg der geschlossenen Seminarerziehung werden, auf die er sich vorbereitete. Noch vor seinem Eintritt in das Priesterseminar in Trier nahm Kraus Hauslehrerstellen bei französischen Adelsfamilien an, weil seine Gesundheit den Strapazen einer straffen Ausbildung noch nicht gewachsen schien. Diese anderthalb Jahre haben nicht nur den

Gesichtskreis von Kraus geweitet und ihn eine Reihe bedeutsamer Bekanntschaften schließen lassen; sie dürften ihm auch den weltmännischen Schliff in Auftreten und Erscheinung gegeben haben, der ihm später die sichere Bewegung in den höchsten Kreisen der Gesellschaft ermöglicht hat. Vor Eintritt in das Priesterseminar sandte Kraus eine Dissertation über Synesius von Cyrene an die Philosophische Fakultät der Universität Freiburg, die ihm daraufhin – nach damaligem Brauch ohne Nachweis des Studiums und ohne mündliche Prüfung – am 31. März 1862 den philosophischen Doktorhut verlieh.
In der anschließenden Seminarzeit fiel dann bald die über seinen weiteren Lebensweg entscheidende Stellungnahme zugunsten der historisch-kritischen Methode in der Theologie. »Ob Wissenschaft und speziell Philosophie auf dem Boden des Katholizismus wachsen und gedeihen können, oder inwieweit die freie Forschung des individuellen Menschengeistes durch den Glauben und die Autorität beschränkt werden dürfe«, wurde dem kindlich frommen, aber ehrgeizigen und schon erfolgreichen Seminaristen zum Problem. Die Auseinandersetzung um den 1862 suspendierten Philosophen Jakob Frohschammer machte ihm deutlich, daß es ihm schwer fiele, sich »in den Fesseln irgendeiner Zensur zurechtzufinden«.
Die Front gegen die Neuscholastik, in die Kraus sich bei solchen Diskussionen einreihte, wurde rasch zur Front gegen die bislang so verehrten Jesuiten und gegen die traditionsreiche Zeitschrift »Der Katholik«, die sich in ihrem ultramontanen Engagement für eine päpstlich gestimmte Kirchlichkeit auch für die Neuscholastik einsetzte. Als 1864 ihr Redakteur Franz Christoph Moufang als Kandidat für den Trierer Bischofssitz genannt wurde, schrieb der junge Priester: »Alsdann, lebe wohl, meine liebe traute Heimat! In deiner alten ehrwürdigen Kirche wird das Licht der theologischen Wissenschaft verglimmen und mit roher Hand zerdrückt werden; ich aber werde, wie ein flüchtiges Kind das Vaterhaus, so dich fliehen und hinaus in die Fremde gehen müssen, um dort die Freiheit und Lebensluft zu atmen, die von dem Vaterlande eines Nikolaus Cusanus und eines Görres gebannt wird.«

II

Die Entscheidung für die historischen Wissenschaften war für Kraus mehr als ein Ausweichen vor dem Ungenügen an dem, was »auf dem Gebiete der spekulativen Philosophie geboten« wurde; sie entsprach vielmehr einem innersten Zug seines auf Kritik gerichteten Wesens. Er hat später selbst deutlich gemacht, daß ihm ein Urteil über eine bestimmte Philosophie wie die umstrittene Erkenntnislehre des von

ihm hochverehrten Antonio Rosmini nicht möglich und er selbst in einer solchen Frage ohne eigene Meinung sei.
Nachdrücklicher aber als dieses Eingeständnis in einer Teilfrage wirkte sich diese Eigentümlichkeit von Kraus darin aus, daß ihn nach Ausweis seiner Tagebücher und seiner Tagesschriftstellerei kaum jemals eine Frage der systematischen Theologie um ihrer selbst willen zu fesseln vermochte und alle seine Stellungnahmen, auch die zum »Amerikanismus« und »Reformkatholizismus«, für ihn vornehmlich zu solchen kirchenpolitischer Natur wurden. Als einen »Menschen der Kritik« hat er sich selbst gesehen, und die menschliche Last dieser Aufgabe hat er in seinem späteren Leben in ihrem vollen Gewicht gespürt, als er vor dem Problem stand, ob nicht auch Kirche und Christentum im Scheidewasser der historischen Kritik Wesen und Existenz verlieren würden. Dieser »fruchtbaren wissenschaftlichen Frage« vermochte er nur »das Zeugnis unseres Innern und den Schrei unseres Gewissens entgegenzuhalten, das außer Christus keinen Frieden besitzt«.
Diese innige, fast kindlich zu nennende Frömmigkeit, die das seelische Gegengewicht gegen die zersetzende Kraft des kritischen Denkens bildete, fand zentralen Ausdruck im Priestertum. »Gläubig sein, Christ sein« war dem jungen Kraus schlechthin identisch mit »Priester sein«. Seine Weihe am 23. März 1864 und die nachfolgende Primiz war ihm darum ein »namenloses Glück«. Aber es scheint, daß Kraus das Priestertum gleichsam nur von seiner individuellen Seite her ergriffen hat, als Steigerung der Hingabe an Christus, nicht aber als Dienst an der Kirche, für die Gläubigen. Erst zu Weihnachten des Jahres 1864 verzeichnet das Tagebuch, daß der junge Priester einmal vertretungsweise »Hochamt, Predigt, Taufe« gehalten habe, »lauter Funktionen, die ich bisher noch nie ausgeübt hatte. Dabei stand ich nicht wenig Kälte aus und leide seither an fast beständigen Kopfschmerzen.« Auch in den Jahren als Frühmesser in Pfalzel haben die pastoralen Pflichten Kraus nicht so sehr beschäftigt, daß sie Eingang in seine Aufzeichnungen gefunden hätten. Die soziale Funktion des Priestertums, »pro hominibus constitutus«, ist von ihm anscheinend niemals reflektiert worden.
So drängte es den Neugeweihten auch nicht zu einer Stelle in der Seelsorge, sondern zur Fortsetzung seiner Studien. Eine akademische Lehrtätigkeit jetzt schon zu beginnen, etwa in München, wo Ignaz v. Döllinger ihn »als Dogmatiker oder noch besser als Philosoph nicht minder als Patristiker« in Wirksamkeit sehen wollte, war aus Mangel an Mitteln zum Lebensunterhalt nicht möglich. So ging er, nachdem er den Sommer auf Reisen verbracht hatte, mit einem Staatsstipendium nach Freiburg, wo er am 20. April 1865 zum Doktor der Theologie promoviert wurde, wiederum mit einer Untersuchung über Synesius von Cyrene. Nach seiner Heimkehr hatte seine Diözese für ihn keine

andere Stelle als die eines Frühmessers in Pfalzel, die immerhin Unterhalt und Muße zu Gelehrtenarbeiten gab.

III

Die Reisen und Studienaufenthalte zwischen Priesterweihe und Amtsantritt in Pfalzel hatten den jungen Geistlichen mit fast allem maßgeblichen Theologen der Zeit in Verbindung gebracht und ihn tiefer in die theologischen Auseinandersetzungen hineingeführt, an denen er durch zahlreiche Aufsätze steigenden Anteil nahm. Die Verkündung des Syllabus am 8. Dezember 1864 wurde darum von ihm als ein Schlag betrachtet, der auch ihn traf wie alle, »die seit einem halben Jahrhundert die moderne Welt mit der Kirche zu versöhnen strebten«. Für Kraus schien sich hier ein Zwiespalt aufzutun zwischen dem, was ihm die Leitsterne seines Lebens geworden waren: Kirche und Glaube, aber auch Wissenschaft, Freiheit und Ehre. »Sie sind nicht unversöhnlich, – ach nein, derselbe Gott hat sie geschaffen und uns eingesenkt, ich irre gewiß nicht, wenn ich fortfahre an beides zu glauben.«
Die Achtung vor der Wissenschaft seines Jahrhunderts war auch das Element, das ihn Abstand gewinnen ließ von der katholischen Bewegung, als er bei der Generalversammlung der katholischen Vereine 1865 in Trier erlebte, »wie der Strom leidenschaftlicher Erregungen nur zu oft die Masse mitriß, wie die Herrschsucht der Mainzer Partei alles dadurch in den Hintergrund drängte und über die wichtigsten und ersten Fragen oft mit größter Leichtfertigkeit und Eile abgestimmt wurde, wie überhaupt die gediegene und besonnene Erwägung der Fachmänner ganz der wohlgemeinten Begeisterung einer nur zu oft unkompetenten Menge gewichen ist. Dazu der beständige Schimpf und der Haß gegen die Neuzeit mit all' ihren Früchten und Prinzipien, die beständige Verhöhnung der modernen Wissenschaft und die Selbstverhimmlung unserer Katholiken. Da fiel kein Wort der Anerkennung für das Große, was unser Jahrhundert und in specie unsere Wissenschaft doch auch hat.«
Die Eindeutigkeit, mit der Kraus, wenn auch damals schon – wie später so oft – unter Pseudonym Stellung bezog, schuf ihm naturgemäß Gegner, die seiner erhofften Ernennung zum Professor am Trierer Priesterseminar entgegenarbeiteten. Weniger als die eilfertig hinterbrachte Beurteilung als »halb lutherisch« und »einer ganz destruktiven Kritik ergeben« mußte es Kraus treffen, daß der von ihm so sehr verehrte Bischof Matthias Eberhard die »auf der jetzt allgemeinen historischen Bildung fußende Richtung«, der sich Kraus zurechnete, vollständig ablehnte und auch die Arbeiten, mit denen Kraus einige überlieferte und besonders in Trier liebevoll gehegte Anschau-

ungen in das Reich der Legende verwiesen hatte, nicht zu schätzen vermochte. Wenn auch ein Bruch mit dem Bischof vermieden wurde, so stand Kraus doch am Ende seiner Hoffnungen auf einen Lehrstuhl in Trier.

Das bald darauf beginnende Vatikanische Konzil mit der Unfehlbarkeitserklärung brachte für Kraus neue Auseinandersetzungen, die seine theologische Position wie seine Stellung innerhalb der Trierer Diözese gleichermaßen betrafen. An Protestadressen wirkte er nicht mit, weil er in der Frage der Infallibilität einen Standpunkt einnahm, der keinen Bruch mit der Kirche und ihrer Lehre erforderte. Die Entwicklung der altkatholischen Bewegung hat ihn schon bald in seiner Auffassung bestärkt, daß er recht daran getan hatte, sich nicht von der Kirche zu trennen, wenn er auch fürchten mußte, daß seine vermittelnde Haltung von der Kirche verworfen und er dann gezwungen sein könnte, zwischen Unterwerfung und Exkommunikation zu wählen. Aber auch aus äußeren Gründen hielt er die Unfehlbarkeitserklärung für ein Unglück: »Wir Katholiken sind auf lange Zeit aus der mit Erfolg ergriffenen Offensive in die Defensive zurückgedrängt, die katholische Einheit wird inmitten der ungeheuren Spaltung unter uns zur Lächerlichkeit, Wissenschaft und Glaube, Theologie und Kirche, alles, alles hat dieser Pontifex aufs Spiel gesetzt.« Die Jesuiten, deren Einflüssen er die Verkündung des neuen Dogmas anlastete, waren für ihn von nun an für alle Zeit der herausragende Gegner in der Kirche.

IV

In der gleichen Zeit veränderte sich der politische Standpunkt des »katholischen Rheinländers«, wie sich Kraus früher einmal charakterisiert hatte. Wohl schon immer – trotz seiner zahlreichen Verbindungen in Frankreich – ein leidenschaftlicher Franzosenfeind, hat ihn der »heilige, gerechte Krieg« von 1870/71 dazu geführt, die Rolle des früher so sehr verabscheuten Preußen neu zu werten. Einige Jahre später schrieb er sogar, daß er »fest von Preußens Führerberuf durchdrungen« sei, wie er einige Zeit zuvor die Jesuiten schon schlicht für »reichsfeindlich« erklärt hatte. Der deutsche Nationalstaat von 1871 mit seiner konstitutionellen Monarchie wurde für ihn zum Maßstab politischer Beurteilung wie zum Ausgangspunkt praktischen Handelns. Auch der Kulturkampf konnte ihn in dieser positiven Bewertung nicht beirren. Das Jesuitengesetz und andere Regelungen, »welche die Polizei und den protestantischen Staat stark in die Kirche hineinregieren lassen«, fanden keineswegs seinen Beifall; aber er schrieb dem Staat doch »Ruf und Beruf« zu, »die jesuitisch-absolutisti-

sche Auffassung des Katholizismus« mit ihren zentralisierenden Tendenzen zu bekämpfen.
Für einen Liberalen, als den Kraus sich uneingeschränkt verstand, dessen »erster ewiger Grundsatz die Lehre von der absoluten Glaubens- und Gewissensfreiheit ist«, war es freilich mehr als bedenklich, daß der Staat sich dabei eine »legislatorische Omnipotenz« anmaßte und die Gewissensfreiheit beeinträchtigte, aber eine prinzipielle Berechtigung des Staates zum Vorgehen gegen bestimmte Erscheinungen in der Kirche stellte Kraus nie in Abrede. Die Formel Cavours, »Freie Kirche im Freien Staat«, und die Trennung von Staat und Kirche hat er in seinen späteren Veröffentlichungen nachdrücklich abgelehnt.
War Kraus durch seine kirchenpolitischen Stellungnahmen für die »ultramontane« Richtung unannehmbar geworden, so empfahl er sich dadurch gleichzeitig der anderen. Der Trierer Dompropst Karl Joseph Holzer, Exponent der staatsfreundlichen Richtung im dortigen Klerus und mit guten Beziehungen zum Kaiserhaus ausgestattet, bemühte sich schließlich erfolgreich um eine Unterbringung von Kraus als Extraordinarius für Geschichte und christliche Archäologie an der Philosophischen Fakultät der neugegründeten Universität Straßburg. Trotz des bescheidenen Gehalts und der geringen Hörerzahl, die hier zu erwarten stand, war damit die erstrebte akademische Laufbahn endlich betreten.
Für die Aufgabe als Universitätslehrer hatten die kümmerlichen Jahre in Pfalzel eine Zeit wesentlicher Vorbereitung bedeutet. Hatte Kraus sich früher auf den verschiedensten Gebieten der Theologie bewegt, so war nunmehr der historische Schwerpunkt seiner Studien klar fixiert. Untersuchungen über die Blutampullen in den römischen Katakomben, die trierische Nagelreliquie, das Spottkruzifix vom Palatin, ein Aufsatz über zwei kanonistische Traktate des 11. Jahrhunderts, die von ihm mitherausgegebenen Grimmschen Weistümer waren noch in seiner Zeit als Frühmesser erschienen. Im Jahre seines Dienstantritts in Straßburg brachte er zudem noch eine populäre Darstellung der christlichen Kunst in den Katakomben heraus und den ersten Band seines später heftig umstrittenen Lehrbuchs der Kirchengeschichte für Studierende. Schon ein Jahr später lag das umfangreiche Werk »Roma sotteranea« vor, das eine Summe der bisherigen Katakombenforschung zog.
In Straßburg gelang ihm dann bald ein großer Wurf. Im Auftrag des kaiserlichen Oberpräsidiums erarbeitete Kraus eine beschreibende Statistik von »Kunst und Alterthum in Elsaß-Lothringen«, deren vier umfangreiche Bände einen Schritt in Neuland darstellten, der für alle folgenden Untersuchungen kunsttopographischer Art vorbildlich wurde. Wichtiger für Kraus wurden allerdings seine ersten Aktionen

auf dem Gebiet der Kirchenpolitik als Vermittler zwischen Staat und Kirche. Der Oberpräsident der Reichslande erbat einen Bericht über die Eindrücke und Erfahrungen, die Kraus bei einem römischen Aufenthalt im Jahre 1874 gewonnen hatte, und sandte die von Kraus dazu verfaßte Denkschrift an den Reichskanzler. Dieser stellte daraufhin dem jungen Straßburger Gelehrten anheim, zur Herstellung eines modus vivendi zwischen Staat und Kirche in Deutschland mit Hilfe seiner römischen Verbindungen tätig zu werden.

Für Bismarck mußte es in der Tat hilfreich sein, in Kraus einen nichtoffiziellen Vertreter zu haben, der bei seinen vielfältigen Kontakten zur Kurie um Verständnis für die Haltung Preußens und des Deutschen Reiches im Kulturkampf warb, der ja nach der Ansicht des jungen Professors nicht zuletzt durch Gründung und Politik der Zentrumspartei wie durch die »von Rom offiziell begünstigten Tendenzen des Jesuitenordens und der von diesem vorgetragenen Lehren über das Verhältnis von Staat und Kirche« begründet war. Mit diesem ersten Versuch, zwischen den streitenden Parteien neue Fäden zu knüpfen, öffnete sich für Kraus ein Aufgabenfeld, auf dem er sich bis zum Ende seines Lebens leidenschaftlich und nicht ohne Erfolg, aber auch nicht mit der erstrebten vollständigen Anerkennung beider Seiten engagiert hat.

Dabei ging es Kraus allerdings nicht allein um die Herstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche, sondern zugleich um die Etablierung von Zuständen, die seinen kirchenpolitischen Idealen entsprachen. »Gibelline vom Scheitel bis zur Zehe«, wie er sich einmal bezeichnete, war er geneigt, dem Staat größeren Einfluß auf die Kirche zuzugestehen, als dies der Kurie und den deutschen Bischöfen möglich schien. Der Staat, durch seinen Fürsten repräsentiert, wurde ihm später geradewegs zum Erben der Rechte des christlichen Volkes auf Mitgestaltung in der Kirche, seine Beteiligung an der Bischofsernennung »die den Zeitverhältnissen entsprechende und sich von selbst ergebende Fortsetzung oder Umgestaltung der der plebs christiana zustehenden oder sagen wir besser, im Altertum zugestandenen Teilnahme an dem Wahlgeschäft«.

Ein derartiger Rückgriff auf den Staat als Garanten innerkirchlicher Ordnung und Freiheit gegenüber dem von ihm verabscheuten Zentralismus der Kurie war konsequent, weil Kraus innerkirchliche Demokratie, unmittelbare Beteiligung der Gläubigen an der Kirchenleitung ebenso energisch bekämpfte wie die Demokratie im Staat. In der »Invasion der Demokratie in den kirchlichen Organismus« sah er eine der größten Gefahren, in die sich die Kirche begeben hatte. Demgegenüber war es der moderne, auf Gewissensfreiheit und historischer Bildung beruhende moderne Kulturstaat, der die Voraussetzungen für die geistige und sittliche Entwicklung der Menschheit legte und damit

eine fast universale Aufgabe gewann. Von solcher Standortbestimmung des Staates her erhielten auch die vom Staat unterhaltenen Theologischen Fakultäten die Funktion, im Kulturkampf »einen heilsamen, heilenden Einfluß zu üben, ... einen Geist heranzuziehen, der den Frieden von Staat und Kirche sucht und liebt«. Wenn Kraus auch manche dieser Anschauungen erst in späteren Jahren präzise geäußert hat, so leiteten sie ihn unzweifelhaft schon damals, als er seine ersten Schritte auf dem Felde der Kirchenpolitik tat.

V

Die Situation des noch jugendlichen Extraordinarius in Straßburg als Geistlicher an einer sonst nur mit Nichtkatholiken besetzten Fakultät, und die materielle Enge, in der Kraus sich befand, standen im merklichen Gegensatz zu der Rolle, die er als Gesprächspartner für Staat und Kurie zu entwickeln begann. Dabei fragte man sich allerdings auch in kirchlichen, Kraus wohlgesinnten Kreisen, ob die Wirksamkeit eines Klerikers an dieser Universität auf die Dauer tragbar sei. Daß man von Kraus die Laisierung als Bedingung für sein weiteres akademisches Fortkommen verlangt hat, läßt sich nicht nachweisen, aber daß eine solche Meinung, begründet oder nicht, aufkommen konnte, bezeugt, wie prekär die Lage von Kraus in Straßburg war.

Ein vom preußischen Kultusministerium nachdrücklich unterstützter Versuch, Kraus auf den Lehrstuhl für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät in Breslau zu berufen, scheiterte an der Haltung des Fürstbischofs, der trotz seiner persönlichen Achtung für Kraus seinem Klerus keinen Rheinländer zumuten mochte, der zudem im Geruch unzureichender Orthodoxie und verdächtiger Verbindungen zur kulturkämpferischen Führung des Staates Preußen stand.

Erst im Sommer 1880 erhielt Kraus mit dem Ruf auf den entsprechenden Lehrstuhl in Freiburg seine Lebensstellung. In den zwei Jahrzehnten, die er dort wirkte, hat er ein ansehnliches wissenschaftliches Werk geschaffen, das seinem Namen einen Platz in der Geschichte des von ihm vertretenen Faches sicherte. 1880 begann eine von ihm herausgegebene und in wesentlichen Teilen bearbeitete »Real-Encyklopädie der christlichen Alterthümer« zu erscheinen; 1887 setzte die Reihe der »Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden« ein, eine Kunsttopographie, wie er sie in Straßburg in Angriff genommen hatte und bis 1892 vollendete.

Ein weiteres opus magnum stellte der Kodex »Die christlichen Inschriften der Rheinlande« dar. Eine »Geschichte der christlichen Kunst« blieb unvollendet und wurde nach seinem Tod durch einen

seiner Schüler abgeschlossen. Das Erscheinen eines anderen großen Werkes, das mit seiner politischen und religiösen Gedankenwelt in engem Zusammenhang steht, »Dante. Sein Leben und sein Werk, sein Verhältnis zur Kunst und zur Politik«, hat er noch erlebt. Wenige Wochen vor seinem Tode konnte er schließlich noch einen umfangreichen Essay über Cavour, den Staatsmann der italienischen Einigung, veröffentlichen, »ein Buch, was in ultramontanen Kreisen und in Rom große Wut und Besorgnis hervorruft«.
Kennzeichnend für Kraus und das Verständnis seiner Person und Aufgabe ist es, daß er diesen gewichtigen Werken der Wissenschaft seine journalistischen Arbeiten als gleichberechtigt an die Seite stellte: Die zahlreichen Essays über verschiedenartige Gegenstände von der »Frauenarbeit in der Archäologie« bis zu »Rosminis Dantestudien«, vor allem aber über ihm nahestehende Persönlichkeiten wie Rosmini, de Rossi, Du Camp, Manzoni, Kardinal Hohenlohe u. a., die er in der »Deutschen Rundschau« erscheinen ließ, – daneben die vielen kirchenpolitischen Aufsätze, die er als »Spectator« oder unter anderen Pseudonymen meist in der liberalen »Augsburger Allgemeinen Zeitung« veröffentlichte und die er, schon für sich betrachtet, als ein selbständiges Lebenswerk ansah.

VI

Für die von Kraus angestrebte Aktivität in Wissenschaft und Kirchenpolitik bot Freiburg, über das er allerdings schon bald klagte, insofern besonders günstige Voraussetzungen, als er mit seinem neuen Landesherren, dem Großherzog Friedrich I. von Baden, und dessen privater wie politischer Umgebung alsbald in engen Kontakt kam. Aber noch bevor Kraus in seine freundschaftlichen Beziehungen zum Karlsruher Hof hineingewachsen war, hatte ihn das Ministerium um eine Vermittlung beim Verweser des Erzbistums Freiburg gebeten, und es war nicht zuletzt das Verdienst von Kraus, daß die kirchlichen Verhältnisse in Baden bald wieder in normaleren Bahnen verliefen. Es muß für Kraus eine tiefe Genugtuung gewesen sein, daß sich Papst Leo XIII. bei einer Audienz erfreut über den eingetretenen Wandel zeigte und der Freiburger Professor von nun an auch von der Seite der Kurie als Vertrauensmann in Deutschland und als Mittler zur badischen Regierung und zum Reichskanzler angesehen wurde.
Es konnte nicht ausbleiben, daß dieser auf beiden Seiten der Kulturkampffronten geschätzte Mann ins Gespräch kam, wenn in Deutschland Bistümer zu besetzen waren. Sein alter Fürsprecher in Trier, Dompropst Holzer, setzte seine höfischen Beziehungen ein, um Kraus zum Oberhirten seines heimatlichen Bistums zu machen, aber alle

Hoffnungen scheiterten an Bismarck, der seinen Kandidaten, den Elsässer Michael Korum, durchsetzte. Kraus war darüber so empört, daß er in einem pseudonym veröffentlichten Aufsatz Bismarck vorwarf, die Ziele der staatlichen Gesetzgebung im Hinblick auf die Vorbildung des Klerus preisgegeben zu haben, da Korum keine der vom Staat verlangten Voraussetzungen für die Erhebung auf ein kirchliches Amt erfüllte, und daß die Regierung aus taktischen Gesichtspunkten nachgebe. Der Artikel erregte große Aufmerksamkeit. Als nach einigem Rätselraten Kraus als Verfasser genannt wurde, erklärte er öffentlich, nicht der »Einsender« dieser Zuschrift gewesen zu sein.

Für eine intensive Vermittlungstätigkeit zwischen dem Reichskanzler und der Kurie kam Kraus, der ohnehin noch keine direkte Verbindung zu Bismarck hatte aufnehmen können, nicht mehr in Frage. Gleichwohl ließ ihn der preußische Kultusminister Gustav v. Goßler einige Jahre später zu vertraulichen Konferenzen nach Berlin kommen und stellte ihm die Ernennung zum Bischof von Ermland in Aussicht. In den Jahren zuvor war Kraus schon als künftiger Erzbischof von Freiburg, gegebenenfalls als Koadjutor eines Übergangsbischofs, genannt und damit in heftige Auseinandersetzungen in Baden verstrickt worden. Denn der zu Staat und Hof haltende Geistliche war schon in seiner damaligen Eigenschaft für die »ultramontane«, auf die katholische Volksbewegung gestützte Richtung des badischen Katholizismus eine heftig bekämpfte Figur, als Erzbischof von Freiburg wäre er für sie kaum erträglich gewesen.

Ein Versuch seiner Gegner, sein Lehrbuch der Kirchengeschichte auf den Index zu bringen und ihn damit innerkirchlich unmöglich zu machen, scheiterte allerdings an der Haltung Leos XIII., der die Angelegenheit gütlich geregelt wissen wollte. Wenn auch Kraus lediglich aufgegeben wurde, eine Reihe von Stellen bei einer Neuauflage zu ändern, so hat ihn diese Zensurierung trotz der äußerst entgegenkommenden Form des Verfahrens tief gekränkt und mit neuem Abscheu vor der Kurie erfüllt; diese schien ihm »ganz mit dem Ultramontanismus und dem politischen Katholizismus identisch ..., nichts ist trauriger, als an dieser Stelle diesen kompletten Bankerott an Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit und Anstand zu sehen«. Seine Auffassung, geradezu ein »Hauptpunkt« seiner kirchenpolitischen Überzeugung, daß Häretiker nicht mit weltlichen Strafen zu verfolgen seien, war einer der wesentlichen Kontroverspunkte in diesen Auseinandersetzungen, in denen Kraus allerdings, wie ihm Leo XIII. später anerkennend sagte, »große Gelehrigkeit« an den Tag legte, ohne sich mit der Haltung der Kurie einverstanden erklären zu können.

Wenn Kraus auch vor der Indizierung bewahrt blieb, so ließ ihn doch der Papst auffordern, auf jeden Gedanken zu verzichten, Bischof zu

werden. In seinen privaten Aufzeichnungen hat Kraus stets zum Ausdruck gebracht, daß er es als Zeichen der Gnade betrachte, vor dem Episkopat bewahrt zu bleiben, und gelegentlich hat er sich auch in diesem Sinne an zuständiger Stelle so geäußert; nichtsdestoweniger hätte die Ernennung zum Bischof nicht nur seinem Ehrgeiz geschmeichelt, sondern auch einen Exponenten des »religiösen Katholizismus« auf eine kirchliche Führungsstelle gebracht und damit die Verwirklichung seiner kirchenpolitischen Ziele erleichtert. Aber er war sich wohl über seine Person klar genug, um zu ahnen, daß das Amt eines Bischofs mit seinen Neigungen nicht harmonieren konnte.

Was seinem Naturell viel mehr gelegen war als die Rolle des vor der Öffentlichkeit handelnden Bischofs, war die des gewichtigen Ratgebers im Geheimen, und er hat es gelegentlich seinem Tagebuch anvertraut, wie sehr er hoffte, zum Frieden zwischen Staat und Kirche einen entscheidenden Anteil leisten zu können. In seinen politischen Ansichten noch ganz ein Sohn des 19. Jahrhunderts, sah er die historisch bewegenden Mächte eigentlich nur in der Politik der Fürsten und ihrer Berater. »Staatsmann im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist er nie gewesen«, schrieb er von seinem Freunde, dem Archäologen de Rossi. »Aber es gibt Männer, die in einem höheren Sinne Staatsmänner sind als diejenigen, welche in den Kammern reden oder auf Ministerfauteuils sitzen: Freunde ihres Volkes und ihres Souveräns, frei von Ehrgeiz und Selbstsucht, bleiben sie stille Beobachter des ewigen Kreislaufs menschlicher Dinge, um nur von Zeit zu Zeit, und auch da meist nur hinter der Schaubühne, in die Action zu treten, wenn es gilt, gut zu machen, was die Thorheit der officiellen Staatsmänner verdorben, zu ergreifen, was Unfähigkeit oder Leidenschaften nicht sieht oder nicht sehen will.«

Als einen solchen mochte auch Kraus sich sehen, und er hat selbst einmal vor den Lesern der »Deutschen Rundschau« erklärt: »Die Unabhängigkeit der Stellung und die dadurch bewirkte Unabhängigkeit des Geistes dünke mir ein Gut, daß durch keine goldene oder violettene Gefangenschaft aufzuwiegen sei. Politischer Einfluß könne oder müsse unter allen Umständen erstrebt werden; aber beneidenswerth erscheine mir doch nur eine Tätigkeit ..., wo man, ohne officielle Stellung, gewissermaßen hinter den Coulissen stehend, die Fäden einer ganzen Bewegung in der Hand halte und ein Stück von dem dirigire, was man die Weltgeschichte nennt.«

VII

Für eine solche Funktion gab es nicht nur Grenzen, die in der Person von Kraus lagen, wie seine Neigung, unnötige Bemerkungen über seinen kirchlichen Einfluß an ungeeigneter Stelle zu machen, sondern

auch die Abneigung Bismarcks gegen eine Vermittlertätigkeit von Geistlichen. So blieb der kirchenpolitische Aktionsraum von Kraus während der Jahre des eigentlichen Kulturkampfes im wesentlichen eingeschränkt auf Baden und die Reichslande Elsaß-Lothringen, die durch seinen Einfluß weitgehend vor dem Kulturkampf bewahrt blieben. Die Verbindungen jedoch, die der badische Großherzog seinem Professor zum verwandten Kaiserhaus eröffnet hatte, wurden wichtig, als nach dem Ausscheiden Bismarcks aus dem Amt der junge Kaiser und die neuen Leute in Berlin nach einem qualifizierten Informanten über die kurialen Verhältnisse suchten. Die Bekanntschaft mit dem Grafen Philipp v. Eulenburg, dem engen Freund Wilhelms II., brachte Kraus nun wieder in engen Kontakt zur preußischen Politik, ja bis zur unmittelbaren Beratung des Kaisers, dem er eine Vorlage für sein Gespräch mit dem Papst bei seinem Zusammentreffen im Jahr 1893 machte.

Von der Mitte 1895 an veröffentlichte Kraus zudem allmonatlich eine kirchenpolitische Rundschau in der Beilage zur »Augsburger Allgemeinen Zeitung«, die bald solches Interesse fand, daß sie auch gesondert vertrieben wurde. Der Vertrag, der Kraus zu diesen »Spectatorbriefen« verpflichtete, war unter der Ägide des badischen Großherzogs zustandegekommen, der finanziellen Einfluß auf dieses Blatt besaß. So stand Kraus im letzten Jahrzehnt seines Lebens auf dem Höhepunkt seines kirchenpolitischen Einflusses, und er mochte den Gedanken hegen, diese Laufbahn durch Ernennung zum preußischen Gesandten an der Kurie oder als zeitweiliger Sonderbotschafter des Reiches krönen zu können.

Nach der Beilegung des Kulturkampfes war in seinen Augen die wichtige Aufgabe übriggeblieben, seinem Programm des »religiösen Katholizismus« zum Durchbruch zu verhelfen und damit nichts weniger als eine Reform der Kirche einzuleiten. Er war überzeugt, daß die Kurie der Wiederherstellung des 1870 verlorenen Kirchenstaates jegliche andere Zielsetzung unterordne und damit wesentliche Aufgaben verfehle. Bei seiner letzten Audienz bei Leo XIII. im April 1889 hatte er den Eindruck gewonnen, »daß der Papst nichts mehr sieht als die Herstellung seiner eigenen Herrschaft. Von dem innern Leben, von den geistigen Bewegungen der christlichen Gesellschaft interessiert ihn nichts mehr. Von ihm ist nichts mehr zu erhoffen.«

Besonders kritisch beurteilte Kraus die vatikanische Politik, als Leo XIII. das »Ralliement« der französischen Katholiken mit der Republik einzuleiten versuchte. Hier war nicht allein die Gefahr gegeben, daß der Vatikan eine gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichtete Politik betrieb, um durch Zerstörung der Einheit Italiens wieder in den Besitz des Kirchenstaates zu gelangen, sondern durch die Wendung der Kurie zu der in Frankreich herrschenden Demokratie schien Kraus

geradezu ein Umsturz von Gesellschaft und Kirche eingeleitet. Denn Demokratie bedeutete für ihn nichts anderes als Gefährdung der Monarchie, die er einmal »das Palladium unserer geistigen Güter wie unserer Freiheit« nannte; sie bedeutete für ihn weiterhin »ein Element der steten Beunruhigung und einer Niederdrückung der edleren geistigen Individualitäten«, schließlich und endlich nichts anderes als eine Vorstufe zur Herrschaft der Sozialdemokratie. Ein Eindringen demokratischer Tendenzen in die Kirche war nichts anderes als eine Aufweichung von deren hierarchischem Charakter.
Schon aus solchen Gründen hielt er die damals erstarkenden katholischen Verbände für höchst bedenkliche Auswirkungen »ultramontaner« Politik, die im Streben nach der Wiederherstellung des Kirchenstaates den kirchlichen Verwaltungsapparat in den Dienst von Tendenzen stellte, die letzten Endes auf nichts anderes hinausliefen als auf die Revolution. Aber gerade die bestehende Gesellschaftsordnung galt es zu erhalten: den Rechtsstaat, der »die einzig würdige und vernünftige Form des nationalen Daseins ist« und sozial getragen war vom »guten Bürgerthum«. Sozialer Fortschritt lag daher nicht in der Beteiligung der Masse des niederen Volkes an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen – das allgemeine Wahlrecht war »Humbug«, das Koalitionsrecht der Arbeiter Doktrinarismus und Sozialpolitik am besten, wenn sie patriarchalisch war –, sondern in deren Angleichung und Heranführung an das gehobene Bürgertum.
Der »Ultramontanismus«, der die Unterstützung der Massen suchte, negierte darum nach Kraus' Auffassung den Rechtsstaat und öffnete sich allen Tendenzen, die den preußischen Staatsgedanken und die Idee des Deutschen Reiches bekämpften. Die bürgerliche Gesellschaft, in der sich das kulturelle Selbstbewußtsein und die politische Führungskraft der Nation verkörperte, sollte mit der Kirche versöhnt werden. Eben darum war auch keine Trennung von Kirche und Staat anzustreben, denn diese würde ja gerade »das Band zwischen der regierenden und der religiösen Gesellschaft zerreißen« und nachteilige Auswirkungen für die Bildung von Volk und Klerus haben. Um die Gesellschaft zu gewinnen, sollte sich die Kirche aber öffnen für Kultur und Wissenschaft.
Die Schriftstellerei in liberalen Blättern für ein großenteils nichtkatholisches Publikum, der Kraus so viel Mühe zuwandte, ist darum wohl nicht nur zu erklären aus literarischem Ehrgeiz oder der Notwendigkeit von zusätzlichen Einnahmen, sondern auch aus der Absicht, kirchliche Probleme ohne Abstriche an dogmatischen Grundüberzeugungen dieser »guten Gesellschaft« zugänglich zu machen und dem »religiösen Katholizismus« als der Alternative zu dem politisch und kulturell für den liberalen Zeitgeist untragbaren »ultramontanen« einen Rückhalt in der öffentlichen Meinung zu geben.

Mit solchem Werben für den »religiösen Katholizismus« war freilich nichts Entscheidendes zu bewirken. Das hohe Alter des Papstes ließ jedoch ein neues Konklave in naher Zukunft wahrscheinlich und einen Kurswechsel durch einen neuen Pontifex immerhin denkbar erscheinen. Gestützt auf seine politischen Verbindungen, hat Kraus in seinen letzten Jahren sich deshalb dafür eingesetzt, das Deutsche Reich in seiner Politik dem Vatikan gegenüber auf ein Programm festzulegen, das den Kardinälen in einem bevorstehenden Konklave zur Richtschnur dienen sollte. So trat er im Mai 1895 an den ihm persönlich bekannten Reichskanzler Fürst Hohenlohe mit dem Vorschlag heran, ihn nach Rom zu senden, um dort die Lage zu beobachten und »auf gewisse Kreise einzuwirken«.

Unter dem Vorwand kunsthistorischer Studien verbrachte Kraus den folgenden Winter auf Staatskosten in Rom, um das Feld für die Wahl eines »konservativ gesinnten und die religiösen, nicht die politischen Interessen in den Vordergrund seiner Tätigkeit stellenden Papstes« zu bereiten. Die Distanzierung der Kurie vom »politischen Katholizismus« und der demokratischen Bewegung insgesamt, die Lösung von Frankreich und die Verbesserung des Verhältnisses zu Italien durch stillschweigenden Verzicht auf den Kirchenstaat waren die Angelpunkte des Programms, für dessen Realisierung er unter den Kardinälen zu werben versuchte.

Aber auch von außen sollte dieses Programm aufs nachdrücklichste gefördert werden. Mit dem Reichskanzler und dem italienischen Ministerpräsidenten erörterte er die Idee, daß die Dreibundmächte durch eine kombinierte Aktion die Wahl eines genehmen Papstes durchsetzen sollten. Sogar einen Kandidaten für die Nachfolge Leos XIII. glaubte Kraus bei seiner römischen Sondermission im Winter 1895/96 zu entdecken, den Kardinal Serafino Vanutelli, der sich auch im Laufe der Zeit sehr weitgehend das von Kraus vertretene Programm zu eigen machte. Für die Verwirklichung dieser Ziele fehlte allerdings die entscheidende Voraussetzung: Leo XIII. überlebte Kraus und seine Pläne, und Vanutelli verdarb sich in den folgenden Jahren alle Aussichten auf die Tiara.

So blieb die Kirchenpolitik von Kraus vor ihrem entscheidenden Durchbruch stecken. Er konnte zwar in manchen Bereichen eine Milderung oder teilweise Zurücknahme der Kulturkampfgesetzgebung, zuletzt noch im Falle der von ihm beim Reichskanzler nachdrücklich empfohlenen Redemptoristen durchsetzen. Es gelang ihm aber nicht, die Politik des »religiösen Katholizismus« von der römischen Spitze her zum Erfolg zu bringen, damit die durch einen Positionsverzicht der Kirche für möglich gehaltene Concordia Sacer-

dotii et Imperii vorzubereiten und die auf der historischen Bildung beruhende Versöhnung von Theologie und Zeitgeist in Gang zu setzen.

Priester von weltmännischen Formen, sicher in der Welt der Salons und der Höfe sich bewegend, von kindlicher, traditionell geprägter Frömmigkeit, begabt mit der Fähigkeit zur Freundschaft und empfänglich für Charme und Klugheit schöner Frauen, bienenfleißiger Gelehrter und weltoffener Reisender, Publizist und Causeur, aber auch leidenschaftlicher, Umwege und Intrigen nicht scheuender Kämpfer für seine Sache in Universität und Kirche, bietet Kraus dem Zeitgenossen wie dem historischen Betrachter ein facettenreiches Bild, umstritten bei Freund und Feind und nicht frei von dem Vorwurf, ein Mann der Zweideutigkeiten und der falschen Kompromisse zu sein. Seine 50 Jahre nach seinem Tod freigegebenen Tagebücher zeigen einen Mann, der ebenso Grund bietet für das Lob seiner Freunde wie für die Vorwürfe seiner Gegner.

Ganz seiner Zeit und ihrer Gesellschaft zugewandt, in seinen kirchenpolitischen Aktionen am Bewußtsein der Moderne orientiert, übersah der Historiker gleichwohl die Kräfte, die seine Gegenwart schon zu ändern im Begriffe waren. 20 Jahre, nachdem der lebenslang Leidende am 28. Dezember 1901 im geliebten Italien (San Remo) gestorben war, hatten seine kirchenpolitischen Ideen keinerlei soziale und politische Basis mehr. Ein deutscher Katholizismus, der sich sein Programm zu eigen gemacht hätte, wäre kaum fähig gewesen, das Jahr 1918 zu überstehen.

Heinz-Albert Raem

Theodor Hürth (1877–1944)

Von seinen Gesellen wurde er der »zweite Kolping« genannt. Seine väterliche Art hinterließ einen starken Eindruck auf alle, die mit ihm in Verbindung traten. Theodor Hürth war eine von Güte geprägte Priestergestalt – unaufdringlich und bescheiden –, die sich ganz von Adolph Kolping und dessen sozialem Engagement für Jugend und Familie begeistern ließ. Kolpings Gottesvertrauen und Marienverehrung waren für Hürth vorbildliche Ausprägungen katholischer Frömmigkeit, die er als Generalpräses des Katholischen Gesellenvereins seinen Kolpingssöhnen ebenso wie den Präsides nahezubringen versuchte. Hürth war ein Mensch, »der aus der Tiefe der Seele, aus dem Reichtum des Glaubens und kirchlichen Lebens« schöpfte. Ganz davon durchdrungen, den familienhaften Charakter des Katholischen Gesellenvereins zu betonen, gab er ein lebendiges Zeugnis für das, was das Amt des Präses seinem Wesen nach ausmacht: Er war davon ergriffen, seinen Gesellen den Zugang zur christlichen Botschaft zu eröffnen; »Liebe und Verständnis, besonders zu den einfachen Menschen, waren und blieben Grundzug seines Wesens«.

I

Theodor Hürth wurde am 18. Mai 1877 als erstes Kind der Eheleute Hermann Joseph Hürth und Wilhelmine, geb. Fleischhauer, in Aachen geboren. Drei weitere Kinder gingen aus dieser Ehe hervor. Nach dem frühen Tod seiner Ehefrau heiratete Hermann Joseph Hürth ein zweites Mal. Dieser Ehe waren abermals drei Kinder beschieden. Als Regierungsbaumeister war Vater Hürth in der Lage, allen Kindern eine gehobene Schulbildung zu ermöglichen; in seinem Hause herrschte ein christlicher Geist, der die Kinder für ihr ganzes Leben prägte. Nach dem Besuch des Gymnasiums entschloß sich Theodor, als Priesteramtskandidat des Erzbistums Köln Theologie zu studieren, während sich seine beiden jüngeren Brüder Eduard und Franz den Jesuiten in Valkenburg anschlossen. Nach dem Abschluß seines Theologiestudiums in Bonn und im Kölner Priesterseminar

empfing Theodor Hürth am 31. März 1900 aus der Hand des Kölner Erzbischofs Hubert Simar das Sakrament der Priesterweihe.
In den beiden ersten Kaplansjahren war Hürth in der Kölner Altstadt in den Pfarreien St. Andreas und St. Kunibert tätig. Sein Engagement für die sozial Schwächeren steigerte schnell die Beliebtheit des Neupriesters. In dieser Zeit hatte er auch seine erste Begegnung mit dem Katholischen Gesellenverein, als er zu einem Vortrag vor den Kölner Vereinsmitgliedern eingeladen wurde.
Das Jahr 1901 bedeutete für den Katholischen Gesellenverein einen markanten Einschnitt: Am 16. November verstarb Generalpräses Sebastian Georg Schäffer, der dieses Amt seit 1866 innegehabt hatte. Zwei Wochen später wählte der »Schutzvorstand des Kölner Gesellenvereins« den bisherigen Präses von Köln-Zentral, Franz Hubert Schweitzer, zum zweiten Nachfolger Adolf Kolpings. Als Generalpräses war sich Schweitzer bewußt, daß er auf Dauer nicht auch die Amtsgeschäfte des Kölner Gesellenvereins weiterführen konnte. Auf der Suche nach einem geeigneten Kandidaten erinnerte er sich an Kaplan Hürth, den er aus seiner Nachbarschaft als aufgeschlossenen Seelsorger kannte. Kurzentschlossen bot er ihm das Amt des Kölner Lokalpräses an: Nach Zustimmung der kirchlichen Behörde nahm der erst 24jährige Hürth am 2. April 1902 erstmals an einer Vorstandssitzung des Katholischen Gesellenvereins Köln-Zentral teil.
Der Kölner Gesellenverein hatte schon seit jeher eine einzigartige Stellung im gesamten Verband inne: denn hierbei handelte es sich um die erste Gründung, die Kolping selbst vorgenommen und der der Gründer Zeit seines Lebens persönlich vorgestanden hatte. Schon zu Lebzeiten Kolpings konnte der Kölner Verein den Anspruch erheben, sowohl der aktivste als auch der zahlenmäßig stärkste innerhalb des Gesamtwerkes zu sein. Hieran änderte sich bis zur Jahrhundertwende nichts: 1529 Mitglieder zählte der Verein im Jahre 1905. Eine besondere verbandspolitische Bedeutung besaß er zudem dadurch, daß es dem Schutzvorstand des Kölner Vereins – und nicht etwa einer Delegiertenversammlung sämtlicher Ortsvereine – traditionsgemäß zukam, den Generalpräses zu wählen.

II

In seinem neuen Amt erhielt Theodor Hürth die Gelegenheit, sich unter Anleitung von Generalpräses Schweitzer theoretisch und praktisch mit Kolpings Leben und Werk vertraut zu machen. Es entsprach der Tradition des Kölner Vereins, daß in erster Linie der Generalpräses für die thematische Gestaltung und Durchführung der regelmäßigen Religionsvorträge verantwortlich war. Der junge Präses nutzte die ihm

gegebene Chance, zuzuhören und erste Erfahrungen in der Verbandsführung zu sammeln. Darüber hinaus war das Amt des Kölner Lokalpräses mit einer Fülle von Aufgaben und Amtspflichten verknüpft, die den Kaplan arbeitsmäßig auslasteten. Als Verwalter der Kölner Gesellenhäuser mußte er seine organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis stellen.
Eine noch wichtigere Aufgabe sah er als Seelsorger jedoch darin, seine Gesellen im persönlichen Umgang charakterlich zu prägen. Während der Generalpräses fast ausschließlich die Religionsvorträge am Montagabend hielt, zeichnete Präses Hürth für die Fortbildungsveranstaltungen an den Sonntagabenden verantwortlich: Geschichtliche und politische Themen – insbesondere die Französische Revolution und der deutsch-französische Krieg 1870/71 – gehörten zu seinem Standardrepertoire. Die Behandlung erzieherischer, kultureller, rein geselliger oder auch religiöser Fragen wechselte in bunter Reihe. Besonders beliebt waren Hürths Vorträge über fremde Länder und Kulturen; immer wieder verstand es der Präses, neue Lichtbildserien – auch aus entlegenen Gebieten der Erde – herbeizuschaffen, mit denen er seine Ausführungen veranschaulichte. Dank seines persönlichen Stils eroberte er sich schnell die Sympathien seiner Gesellen.
Das Leben innerhalb des Kölner Vereins umfaßte die ganze Bandbreite dessen, was der Gesellenverein überhaupt zu bieten hatte – in allen Bereichen mußte der Präses seinen Einfluß geltend machen. Gemäß dem Programm Kolpings stand die religiöse Unterweisung an erster Stelle. Neben den Religionsvorträgen gehörten Vereinsgottesdienste, vierteljährlicher gemeinschaftlicher Empfang der Hl. Kommunion sowie die Teilnahme an vorösterlichen Exerzitien zu den Selbstverständlichkeiten. Im Unterrichts- und Fortbildungswesen war der Kölner Verein vorbildlich: Hierher gehörten Vorbereitungskurse auf die Meisterprüfung, die sich von den Fächern Deutsch und Rechnen über Kalkulation und Buchführung bis hin zur Einführung in die Gewerbeordnung und das Bürgerliche Gesetzbuch erstreckten. An den theoretischen Unterricht schloß sich der Fachunterricht in den verschiedenen, nach Berufssparten gegliederten Fachabteilungen an. Der Kölner Verein verfügte über Abteilungen für Schreiner, Metallhandwerker, Maler und Anstreicher, Stellmacher und Wagenbauer, Schneider, Schuhmacher, Sattler, Bäcker und graphische Gewerbe. Eine verbandseigene Spar- und Kreditkasse, eine Wohnungsgenossenschaft sowie eine Sterbekasse trugen zudem zur sozialen Sicherung der Gesellen bei. Bei alledem kam die Geselligkeit nicht zu kurz. Eine Vereinsbibliothek, Theateraufführungen und Familienfeste gaben Anregungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Die gemeinsame Namenstagsfeier von General- und Lokalpräses bildete dabei jeweils den Höhepunkt. Auch hinsichtlich der Geselligkeit war die Verbands-

leitung stets bemüht, sich bewußt gegenüber anderen gesellschaftlichen Einflüssen abzugrenzen. So bemerkt der Tätigkeitsbericht über das Jahr 1905: »Um die Gesellen an den Karnevalstagen dem wüsten Straßentreiben zu entziehen, wurde an den drei Abenden für dieselben eine humoristische Unterhaltung im Vereinssaale veranstaltet«.
Dank seines attraktiven Programms zog der Gesellenverein Köln-Zentral zahlreiche Gesellen aus dem ganzen deutschen Sprachraum an, die auf ihrer beruflichen Wanderschaft nach Köln kamen, um dort ihre Ausbildung zu verbessern. Infolgedessen reichte der Wohnraum in dem unter Kolping errichteten Kölner Gesellenhaus nie aus. Der Vorstand war bemüht, der Nachfrage nach Schlafstellen gerecht zu werden, indem er 1895 und 1904 zwei Privathäuser im Zentrum Kölns ankaufte und entsprechend herrichtete. Doch schon kurz nach der Eröffnung des dritten Hauses zeigte sich, daß der Bedarf an Gesellenwohnungen auch jetzt noch nicht in ausreichendem Maße gedeckt war. So reifte 1909 der Plan, das Gelände des alten Gesellenhauses auf der Breitestraße durch Ankauf der umliegenden Grundstücke erheblich zu erweitern und dort einen Neubau zu errichten. In einer späteren Darstellung über die Geschichte des Kölner Gesellenvereins erinnerte sich Theodor Hürth an die Jahre intensiver Bautätigkeit: »Maßgebend war der Gedanke, unter allen Umständen auf der Stelle zu bleiben, wo Vater Kolping sein erstes Haus gebaut und sein Werk eigentlich begonnen hatte. 1913 fand unter ungeheurem Zulauf und allgemeiner Teilnahme die feierliche Einweihung des prachtvollen Neubaues statt, und gleichzeitig wurde der 100. Gedenktag der Geburt Vater Kolpings gefeiert«. Der Kölner Erzbischof, Felix Kardinal von Hartmann, ließ es sich nicht nehmen, die Einweihung des neuen Hauses persönlich vorzunehmen. Diese Feier war zugleich das letzte große Fest der Kölner Gesellen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs.
Der Krieg setzte den Katholischen Gesellenverein insgesamt einer schweren Belastungsprobe aus. Bereits im Februar 1915 waren mehr als 50.000 von 80.000 Vereinsmitgliedern eingezogen. Einer geordneten Verbandsarbeit war der Boden entzogen. Im Kölner Verein sah es nicht besser aus. 1200 Kölner Kolpingssöhne wurden während der vier Kriegsjahre eingezogen. An eine Fortführung der Fachabteilungen und die Erteilung von Unterricht war nicht mehr zu denken. Um den Kontakt zu den Mitgliedern nicht abreißen zu lassen, richtete der Vorstand in der Breitestraße ein eigenes Feldpostbüro ein. Aus dem leerstehenden Kolpinghaus wurde ein Lazarett, in dem ständig 600 bis 700 Verwundete beherbergt wurden. Selbst die großen Säle waren vollständig mit Betten belegt. Auch für Theodor Hürth brachte die Kriegszeit eine große Umstellung: Er übernahm die seelsorgliche Betreuung der Verwundeten in sämtlichen Kölner Kriegslazaretten, bis ihn persönliche Differenzen mit Generalpräses Schweitzer zwan-

gen, seinen bisherigen Wirkungsbereich aufzugeben. Nach 16 Jahren erfolgreicher Tätigkeit nahm Hürth Abschied von Köln.

III

Das Erzbischöfliche Ordinariat übertrug Theodor Hürth 1916 umgehend die Pfarrei St. Martinus in Aldenhoven bei Jülich. Seine Erfahrungen aus der Kölner Zeit kamen ihm in seiner neuen Stellung zugute. Die Gemeinde wußte es schon bald zu schätzen, einen aktiven Pfarrer gefunden zu haben, der alle Altersgruppen innerhalb der Pfarrei ansprach und überdies über ein hohes Maß rheinischen Humors verfügte, um das Frohmachende an der Botschaft Jesu Christi spürbar werden zu lassen.
Hürths Sorge galt nicht nur den bestehenden Vereinen und Kongregationen. Für den ehemaligen Gesellenpräses war es fast schon selbstverständlich, daß er noch im ersten Jahr seiner Amtszeit in Aldenhoven daranging, auch dort einen Katholischen Gesellenverein zu gründen. Dieser Versuch schlug allerdings fehl, da die meisten Gesellen eingezogen waren. In den ersten Jahren nach Kriegsende führten vielfache Behinderungen durch die französische Besatzung dazu, daß sich kein neues Vereinsleben entfalten konnte. Auch fehlten in der Aldenhovener Jugend Kräfte, die bereits an anderer Stelle positive Erfahrungen mit dem Katholischen Gesellenverein gemacht hatten.
Dies änderte sich erst im Jahre 1922, als der Schlossergeselle Hubert Lennartz nach Hause zurückkehrte, der auf seiner mehrjährigen Wanderschaft den Verband zu schätzen gelernt hatte. Noch im selben Jahr brachte der Schlosser zwölf Leute zusammen, die sich am 26. September als Katholischer Gesellenverein Aldenhoven konstituierten. Mit Vorträgen über religiöse, politische und verbandsspezifische Themen trug Präses Hürth zur Festigung der Gemeinschaft bei. Es zeugt für die Beliebtheit Hürths, daß die Bäckerfachabteilung von Köln-Zentral es sich in diesem Jahr nicht nehmen ließ, ihren ehemaligen Lokalpräses zum Namenstag zu besuchen.
Um den Gesellenverein auch nach außen repräsentieren zu können, beschloß die Generalversammlung im April 1923, eine Vereinsfahne anzuschaffen. Senior Lennartz stiftete als Grundstock den Betrag von 100.000,– Mark – eine Summe, die angesichts der galoppierenden Hochinflation schon binnen weniger Wochen nicht einmal mehr dazu ausreichte, einen Brief zu frankieren. Trotzdem gelang es, das Werk zustande zu bringen. Zur Fahnenweihe am 4. Februar 1924 übersandte Generalpräses Schweitzer einen herzlichen Kolpingsgruß: »Daß Euer Pfarrer in Aldenhoven einen Gesellenverein gründen würde, war mir

klar, als er dorthin versetzt wurde. Denn ohne Kolpingssöhne um sich zu haben, kann der gute Mann gar nicht leben. Drum weiß ich auch, daß Ihr an ihm nicht nur einen guten Präses, sondern – was viel mehr ist – einen guten Vater habt. Ich weiß, daß er nicht nur seine ganze körperliche Kraft in den Dienst der guten Sache stellt, sondern auch sein ganzes Herz für seine Jungens zum Pfande gibt. Das hat er hier in Köln getan und Hunderte und Tausende sind ihm dafür dankbar. Das wird er auch in Aldenhoven tun«.
Neben zahlreichen Gesellenvereinen aus der Umgebung entsandten auch Seniorat und Bäckerfachabteilung von Köln-Zentral ihre Vertreter nach Aldenhoven. In seiner Festansprache verwies Hürth auf die Bedeutung der Gesellenvereine und deren Notwendigkeit insbesondere in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten.
Um auch die heranwachsende Jugend für den Gesellenverein zu gewinnen, beschloß die Generalversammlung im März 1924, Fortbildungskurse für Lehrlinge anzubieten, während Präses Hürth seine Schüler auf Schulentlassungsexerzitien mit Leben und Werk Adolf Kolpings vertraut machte. Wallfahrten nach Kerpen und zu den Jesuiten nach Valkenburg rundeten das Vereinsprogramm ab. Ende September 1924 vermerkte das Jülicher Kreisblatt, daß sich der »Gesellenverein Aldenhoven in der kurzen Zeit seines Bestehens durchgesetzt« habe.

IV

Ganz unerwartet erreichte die Gesellen zur gleichen Zeit die Nachricht, daß Generalpräses Schweitzer am 27. September 1924 nach kurzer schwerer Krankheit verstorben war. Entsprechend den Verbandsstatuten trat der Schutzvorstand des Katholischen Gesellenvereins von Köln-Zentral am 21. Oktober zusammen, um das höchste Amt im Verband neu zu besetzen. Insbesondere Generalsekretär Johannes Christian Nattermann machte sich Hoffnungen, die Nachfolge Schweitzers antreten zu können. Schließlich kam ihm unbestreitbar das Verdienst zu, dem Gesellenverein seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1920 entscheidende Impulse gegeben zu haben. Die Verabschiedung eines Programms, die Durchsetzung der Stimmberechtigung für die Gesellen auf den Generalversammlungen, sowie die Einführung des Bezirksseniorats im Jahre 1921 gingen auf seine Initiative zurück.
Nattermann war der glänzende Organisator, der es verstanden hatte, dem etwas verschlafenen Verein unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen einen zukunftsträchtigen Weg zu weisen; er hatte auch für den I. Internationalen Gesellentag 1922 in Köln verantwortlich

gezeichnet, der mit 20.000 Teilnehmern die Bedeutung des Katholischen Gesellenvereins auch über die eigenen Grenzen hinaus sichtbar gemacht hatte. Doch nur eine Minderheit im Schutzvorstand votierte bei der anstehenden Wahl für Nattermann, während sich eine breite Mehrheit für Theodor Hürth entschied. Dessen Wahl ist ein sichtbarer Ausdruck dafür, welch starken Eindruck der Präses in seiner Kölner Amtszeit hinterlassen hatte. Die Bevorzugung des Seelsorgers vor dem Organisator war darüber hinaus eine programmatische Aussage, wie sich der Schutzvorstand die weitere verbandsinterne Entwicklung vorstellte.

Trotz ihrer unterschiedlichen Begabungen und Temperamente kamen Hürth und Nattermann gut miteinander aus, da sie sich – wie es allgemein im Verband auch gesehen wurde – hervorragend ergänzten. Während Hürth fortan stärker die seelsorgliche Seite des Katholischen Gesellenvereins entwickelte, legte der Generalsekretär – ausgestattet mit einem ungemein ausgeprägten Gespür für künftige Entwicklungen – die politische Linie des Verbandes fest. Nattermann sah in Hürth den Präsesvater; er achtete und respektierte ihn, sah ihn jedoch nicht über sich, sondern fühlte sich mit ihm auf einer Stufe. Das Verhältnis von Generalpräses und Generalsekretär beruhte auf gegenseitiger Achtung, sowie auf dem Wissen um die Verantwortung, die Fähigkeiten und die Grenzen des jeweils anderen.

Unter Führung von Hürth und Nattermann erlebte der Katholische Gesellenverein seine Blütezeit. Eine Vielzahl öffentlicher Kundgebungen und Manifestationen unterstrich die Bedeutung des Vereins innerhalb des Verbandskatholizismus. Mit der Überarbeitung des Generalstatuts auf der 18. Generalversammlung im Sommer 1925 wurde die vier Jahre zuvor beschlossene Mitwirkung der Laien auf höchster Verbandsebene nunmehr auch satzungsrechtlich festgeschrieben. Gleichzeitig beschloß die Versammlung, die Wahl des Generalpräses neu zu regeln: künftig war hierfür der Generalrat – ein Zusammenschluß der wichtigsten deutschen Diözesanpräsides, sowie der ausländischen Landespräsides – zuständig.

Ein Ereignis besonderer Art war die Romwallfahrt der Gesellen anläßlich des Heiligen Jahres im September 1925. Etwa 1000 Pilger, von denen mehr als die Hälfte zu Fuß oder mit dem Fahrrad nach Rom gekommen war, zogen unter Leitung von Theodor Hürth und Johannes Nattermann mit 140 Bannern zur Papstmesse in den Petersdom ein. Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als Pius XI. die Wallfahrer am 26. September in einer Sonderaudienz mit herzlichen Worten begrüßte und dabei die Bedeutung Kolpings und seines Werkes unterstrich. Die Einweihung eines neuen römischen Gesellenheims, sowie ein Festzug aller Gesellen durch die Straßen Roms waren sichtbarer Ausdruck für das neue Selbstbewußtsein des Vereins.

Ein besonderes Anliegen sah Hürth darin, den Seligsprechungsprozeß Kolpings einzuleiten. Seit dem Tod des Vereinsgründers war dieses Thema immer wieder zur Sprache gekommen; doch Kulturkampf, wirtschaftliche Not, politische Umbrüche und zeitweiliges Desinteresse hatten es verhindert, daß entscheidende Schritte unternommen wurden. Bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit griff Hürth dieses Anliegen auf. So konnte er am 4. Januar 1926 nach den erforderlichen Rücksprachen mit der erzbischöflichen Behörde an alle Vereine die Weisung herausgeben, den gesamten schriftlichen Nachlaß Kolpings zu sammeln, sowie Zeugen ausfindig zu machen, die Kolping persönlich gekannt hatten. Im Februar 1929 wurde das Gebet um die Seligsprechung Kolpings approbiert. Der Aufruf des Generalpräses löste in den Vereinen eine zum Teil intensive Rückbesinnung auf den Gründer aus und erbrachte damit einen hohen spirituellen Gewinn. Bis März 1934 waren die Vorarbeiten so weit abgeschlossen, daß Hürth offiziell die Eröffnung des Seligsprechungsprozesses bei Karl Joseph Kardinal Schulte beantragen konnte. Um das Verfahren zu unterstützen, wurden Petitionslisten ausgelegt, in die sich bis Dezember 1938 etwa 310.000 Personen eintrugen.

Auch im gesellschaftlichen Bereich verstand es die Vereinsleitung, sich den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Unter den Devisen »Familie, Demokratie, Völkerfriede« verabschiedete der II. Internationale Gesellentag in Wien am 5. und 6. Juni 1927 eine Resolution, die die geistigen Grundlagen der Verbandsarbeit konzentriert zusammenfaßte. Dabei bekannte sich der Katholische Gesellenverein uneingeschränkt zur Demokratie, da darin die beste »Gewähr für die Gleichheit der Rechte und der Verpflichtung vor der Verfassung und dem Gesetz, die Anerkennung einer auf Menschenwürde und gegenseitiger Achtung beruhenden Möglichkeit der Ausbildung, der Lebensgestaltung und des Aufstiegs für alle und die gerechte Bewertung nach Tüchtigkeit und Leistung« garantiert sei. Einen besonderen Wert sah der Verein in der Erhaltung und Festigung des Völkerfriedens. Dank seiner internationalen Verbreitung fiel es ihm nicht sonderlich schwer, »die einzelnen Völker als Glieder einer Menschheitsfamilie [zu sehen], in der jedes Glied das Recht zur Entfaltung und Nutzbarmachung seiner Kräfte« haben müsse.

Um die verbandsinterne Diskussion über die Beschlüsse des Wiener Gesellentages weiter anzuregen, verabschiedete der Generalrat im Mai 1928 ein »Wiener Manifest«, in dem die Prinzipien Familie, Demokratie und Völkerfriede vertiefend interpretiert wurden. Innerverbandlich wirkte sich die Diskussion über Demokratie ungemein positiv aus: In zunehmendem Maße wurden die Gesellen auch auf höherer Ebene in

die Mitverantwortung einbezogen. So wurden 1928 das Diözesanseniorat und das Deutsche Seniorat gebildet; 1930 folgte das Generalseniorat als oberster Zusammenschluß der Laienmitglieder im internationalen Kolpingwerk.
Daneben stellte der Katholische Gesellenverein auf sozial-politischem Gebiet – insbesondere im Bereich der Arbeitsvermittlung – seine Leistungsfähigkeit unter Beweis. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1929/30 wurden Arbeitslosigkeit und Maßnahmen zu deren Linderung zum durchgängigen Thema des Kolpingsblattes. Verbandseigene Arbeitsvermittlung sowie die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes waren gezielte Maßnahmen, um das Verbandsmögliche zur Bewältigung der Notsituation beizutragen. In Fortbildungs- und Fernkursen wurden überdies Einrichtungen geschaffen, um den Weg zu weiterem beruflichen Aufstieg zu ebnen. Die ständige Steigerung der Mitgliederzahlen ist der beste Beweis dafür, wie sehr die Gesellen derartige Angebote zu schätzen wußten. Mit seinen 125.365 Mitgliedern im Jahre 1931 gehörte der Katholische Gesellenverein zu den prägenden Faktoren des katholischen Verbandswesens; der Deutsche Zentralverband mit seinen 94.416 Mitgliedern (= 75,3%) war der bedeutendste Teil im gesamten Kolpingwerk. Dabei erstreckte sich die aktive Mitgliedschaft ausschließlich auf unverheiratete Männer im Alter von 17 bis 35 Jahren.

VI

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise veränderte sich auch das politische Klima schlagartig. Hatten die verfassungsfeindlichen Parteien bislang in den deutschen Parlamenten nur eine untergeordnete Rolle gespielt, so trieb die wirtschaftliche Not viele Wähler in die Arme derer, die ihnen alles versprachen. Nutznießer dieser Situation waren mehr als alle anderen die Nationalsozialisten. Bei den Kommunalwahlen in Preußen, Hessen und Sachsen am 17. November 1929 konnte die NSDAP teils spektakuläre Stimmengewinne für sich verbuchen. Am selben Tag begannen auch die Auseinandersetzungen mit dem Katholischen Gesellenverein: Am Abend des Kommunalwahltags stürmten Mitglieder der NSDAP den Festsaal des Kölner Kolpinghauses, wobei sie den dortigen Ordnern etliche Blessuren beibrachten.
Generalsekretär Nattermann zog daraufhin in Absprache mit Hürth – mehr als ein Jahr vor entsprechenden Beschlüssen der Fuldaer Bischofskonferenz – die Konsequenz, »daß deshalb kein Gesellenvereinsmitglied Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sein kann, ohne sich als Gesellenvereinsmitglied aufzugeben«. Gemäß einer alten Tradition, Links- und Rechtsradikalismus mit demselben

Maßstab zu bewerten, hieß es weiter: »Wer dem Kolpingbanner folgt, kann keinem anderen Banner folgen. Wer Kolping zum Vater hat, der kann nicht die rote Marianne zur Mutter und auch nicht Hitler zum Onkel haben.« Diese Grundsatzentscheidung blieb in den kommenden Jahren unangefochten; in zahlreichen weiteren Artikeln setzte sich die Verbandsführung ständig mit dem Problem des Rechtsradikalismus auseinander.

Infolge der internen Aufgabenverteilung überließ Generalpräses Hürth dieses Feld weitgehend seinem Generalsekretär. Nur gelegentlich machte er deutlich, daß auch er keinerlei Sympathien für die NS-Bewegung hatte. In einem Beitrag zur Preußischen Landtagswahl am 12. März 1933 warnte er mit Blick auf Hitlers Streben nach diktatorischen Vollmachten vor einer »heidnischen Überspannung« des Staatsgedankens. »Jede Überspannung des Gemeinschaftsdenkens, ob sie nun die Gemeinschaft der Masse oder die Gemeinschaft des Nationalen betont, muß zu Fehlbildungen auf dem Gebiete des Staatsrechts führen. Damit kommen wir zum totalen Staat, zum Staatsgott.«

Nach der Machtergreifung Hitlers ergab sich für den Katholischen Gesellenverein – genauso wie für alle anderen Kräfte, die Hitler bislang abgelehnt hatten – das Problem, wie er sich angesichts der neuen politischen Konstellation verhalten sollte. Erinnerungen an die Zeit von Reichsgründung und Kulturkampf waren dafür ausschlaggebend, daß Nattermann nunmehr die Devise ausgab, auch künftig bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mitwirken zu wollen. Unter den Bedingungen des NS-Regimes war die Losung »Wir bauen mit!« kaum anders als ein Kooperationsangebot an die Adresse der neuen Machthaber zu verstehen. Im Hintergrund stand dabei die Sorge, die weitere politische Entwicklung nicht allein den extremen Kräften innerhalb der NS-Bewegung überlassen zu wollen. Der Generalsekretär überschätzte jedoch seine Möglichkeiten, wenn er hoffte, durch ein entsprechendes Mitwirken auch christliche Wertvorstellungen in den neuen Staatsaufbau einbringen zu können. Obwohl es sich bei dieser Stellungnahme nicht um eine offizielle Deklaration des Gesamtverbandes handelte, hatte Nattermann damit die Grundposition des Gesellenvereins für die Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur festgelegt.

Auf Seiten der Machthaber fand das Angebot Nattermanns nicht die gewünschte Resonanz. Diese machten vielmehr deutlich, daß nicht Mitarbeit, sondern Gleichschaltung in ihren Augen das Gebot der Stunde war. Öffentliche wie private Vereinigungen und Verbände sahen sich bereits in den ersten Wochen der NS-Diktatur einem Druck ausgesetzt, dem nur die wenigsten standhielten. Zu diesen wenigen, die auf ihre Eigenständigkeit unter keinen Umständen verzichten wollten, gehörten vor allem die katholischen Vereine, so auch der

Katholische Gesellenverein. Es entsprach der Dynamik des auf totale Erfassung angelegten NS-Regimes, daß sich die Machthaber mit diesem Zustand nicht zufriedengaben: Wer sich nicht freiwillig aufgab, bekam die geballte Kraft des Systems zu spüren.
Eine solche Lektion wurde dem Katholischen Gesellenverein auf seinem 1. Deutschen Gesellentag vom 8. bis 11. Juni 1933 in München zuteil. Ursprünglich als III. Internationaler Gesellentag für 1932 geplant, zwang die schlechte finanzielle Lage, dieses Treffen auf 1933 zu verschieben – die programmatische Ausgestaltung stand in ihren Grundzügen bereits vor Hitlers Machtergreifung fest. Nur unter Verzicht auf verschiedene Kundgebungen waren die neuen Machthaber zu einer Genehmigung der Veranstaltung zu bewegen. Trotz schriftlicher Zusagen seitens der bayerischen Regierung überraschte der bayerische Innenminister Adolf Wagner am 2. Juni mit einem Verbot des gesamten Gesellentages. In der Kölner Verbandszentrale löste das plötzliche Verbot hektische Bemühungen aus, um das zu befürchtende Desaster noch in letzter Minute abzuwenden. Vizekanzler v. Papen und der Münchner Kardinal Faulhaber wurden umgehend eingeschaltet. Dank der zahlreichen energischen Fürsprachen gelang es immerhin, dem Innenminister den Kompromiß abzuringen, daß der Gesellentag unter Absage aller öffentlichen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen abgehalten werden durfte.
Im engen Kreis der Zentral- und Diözesanpräsides führte Generalpräses Hürth am 8. Juni 1933 aus, in welch kritischer Situation sich der Verband befand: Angesichts der voraufgegangenen Auseinandersetzungen mit den Machthabern sei selbst der »Zusammenbruch« des deutschen Zentralverbandes nicht mehr auszuschließen. Infolgedessen könne der nun beginnende Gesellentag »vielleicht für unser Schicksal entscheidend« sein. In seiner Eröffnungsansprache vor den versammelten Gesellen legte es der Generalpräses darauf an, die Emotionen zu glätten. Zugleich wurde er nicht müde, gegenüber den Machthabern die eigene nationale Zuverlässigkeit sowie die historischen Verdienste auf dem Gebiet der Volksbildung herauszustellen. Deutlicher wurde Hürth dagegen in einer Ansprache an die Präsides, wo er sich offen gegen die von den Nationalsozialisten propagierte Gleichschaltung wandte: »Das vielgeprägte Wort von der Gleichschaltung kann auch zu einer großen nationalen Gefahr werden. Bei einem großen Neubau gibts nicht nur Maurer oder Zimmerleute; in reicher Mannigfaltigkeit sind die einzelnen Gruppen an der Arbeit.«
Hatte der Innenminister anfangs geglaubt, mit der Beschränkung des Gesellentages dessen Öffentlichkeitswirkung eindämmen zu können, so mußte er schon nach den ersten Kundgebungen erkennen, daß es gar nicht möglich war, die Anwesenheit von über 20.000 Gesellen in München zu verheimlichen: Dafür sorgte allein schon die Berichter-

stattung in der Münchener Lokalpresse. Als Konsequenz daraus ergab sich für ihn, den Aufenthalt der Gesellen gewaltsam zu verkürzen. In Absprache mit SA-Chef Ernst Röhm beorderte Wagner ganze Hundertschaften von SA-Männern aus der Umgebung der Stadt nach München, die diesem Werk bereitwillig dienten. Trotz des überaus disziplinierten Verhaltens der Kolpingssöhne gingen die SA-Leute daran, systematisch die Vereinsabzeichen abzureißen; einzelne Gesellen wurden mit Gummiknüppeln niedergeschlagen, andere – Präsides wie Laien – in »unglaublichster und unflätigster« Weise beschimpft. Nicht einmal vor den ausländischen Teilnehmern machte die SA halt.

Generalpräses Hürth sah ein, daß er der Willkürherrschaft der SA »schutz- und rechtlos« ausgeliefert war. Als er bei den zuständigen Polizeibehörden um ein Einschreiten bat, erfuhr er vertraulich, daß die öffentlichen Sicherheitsorgane die ausdrückliche Weisung erhalten hätten, sich »national zu benehmen«. Unter diesen Umständen sah sich die Gesellentagsleitung gezwungen, das Treffen vorzeitig abzubrechen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Durch sofortige Kontaktnahme mit der Münchener Eisenbahndirektion gelang es, die Sonderzüge um 24 Stunden vorzuverlegen. Doch bis auf die Bahnsteige setzte die SA ihren Terror fort, indem sie Fahnenstangen zerbrach und Koffer durchsuchte.

Die Auseinandersetzungen vor, während und nach dem Gesellentag hatten zur Genüge gezeigt, daß sich die katholischen Verbände auf Dauer keine Überlebenschancen ausrechnen konnten, wenn sie nicht bereit waren, Struktur und Aufgabenstellung zu überdenken. Auch Generalsekretär Nattermann kam in der Analyse der Münchener Ereignisse zu diesem Ergebnis. Dies war der Ausgangspunkt für die weitreichendste innerverbandliche Umgestaltung, die das Werk Kolpings im Laufe seiner Geschichte überhaupt durchgemacht hat: Im September 1933 wurde aus dem Katholischen Gesellenverein die Deutsche Kolpingsfamilie. Außer den Gesellen erhielten nunmehr auch ältere Handwerker und Meister das Recht, in den Gruppen Altkolping und Meisterverein eine Vollmitgliedschaft zu erwerben.

Der Vorteil dieser Lösung lag auf der Hand: Nach der bisherigen Struktur brauchten die Machthaber dem Gesellenverein nur wenige Jahre den Nachwuchs abzuschneiden, um ihm den Garaus zu machen. Neben der Verbesserung der finanziellen Situation war so aber über Jahrzehnte eine Kontinuität gesichert, selbst wenn überhaupt kein Nachwuchs mehr kam. So erfolgreich und nützlich das von Nattermann erdachte Modell war, so steht es doch außer Zweifel, daß die Verbandsleitung keinerlei satzungsrechtliche Handhabe für derart weitgehende Eingriffe in die Verbandsstruktur besaß. Der Protest der ausländischen Zentralverbände, insbesondere seitens der Schweizer,

war erheblich. Nur unter Einsatz seiner ganzen Autorität gelang es Hürth, ein Auseinanderfallen des Gesamtverbandes zu verhindern. Gleichzeitig mit der Umwandlung zur Kolpingsfamilie hielt es Nattermann für nötig, in einer politischen Erklärung die eigene Loyalität zum neuen Staat zu bekunden. Obwohl die Regierungspraxis Hitlers in den vergangenen Monaten bereits den Beweis für die Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Christentum geliefert hatte, hoffte er nach wie vor, Brücken schlagen zu können, um eine Ausweitung des Konflikts zu vermeiden. Im Kölner Ordinariat wurde diese Politik mit wachsendem Mißtrauen verfolgt. So mußte Nattermann im Sommer 1934 aus der Verbandsführung ausscheiden. Erst ein Jahr später besetzte Hürth das Amt des Generalsekretärs mit dem Frankfurter Jugendpfarrer Albert Büttner neu.

VII

Auch nach der Umwandlung zur Deutschen Kolpingsfamilie blieben dem Verband weitere Auseinandersetzungen mit dem NS-Regime nicht erspart: Am 27. April 1934 untersagte der Reichsführer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Arbeitsfront und einem konfessionellen Verein. Konsequent angewandt erwies sich gerade das Doppelmitgliedschaftsverbot als eine Waffe, die die katholischen Standesvereine an ihrer Wurzel treffen mußte: Denn wer aus der Arbeitsfront ausgeschlossen wurde, verlor damit auch das Anrecht auf seinen Arbeitsplatz. Während die Mitglieder der Katholischen Arbeiterbewegung sofort unter erheblichen Druck gerieten, blieb die Kolpingsfamilie zunächst von der Durchführung des Doppelmitgliedschaftsverbots verschont. Dies änderte sich im April 1935 schlagartig, als Ley seinen Erlaß erneut einschärfte. Sämtliche Proteste Hürths und der deutschen Bischöfe gegen die konkordatswidrige Anordnung blieben ohne Erfolg. Selbst Reichsinnenminister Frick wagte es nunmehr, in aller Öffentlichkeit die Ziele der NS-Verbandspolitik auszusprechen: »Auch die katholischen berufsständischen Vereine, Gesellenvereine und katholischen Jugendverbände passen nicht mehr in unsere heutige Zeit.«
Regional unterschiedlich nahm der Druck auf die Arbeiter und Handwerker zum Teil erheblich zu. So erhielten Arbeiter verschiedener Firmen in Werl im Juli 1935 mit ihrer Lohntüte ein binnen 24 Stunden auszufüllendes Formular, auf dem sie zu unterschreiben hatten, keinem katholischen oder evangelischen Gesellenverein anzugehören. Es zählte zu den besonderen taktischen Finessen, die Frist für die Abgabe der Erklärungen bewußt kurz anzusetzen, um den Betroffenen keine Zeit für eine etwaige Rücksprache mit der Verbandsleitung

zu belassen. Die Angesprochenen wurden zusätzlich dadurch verunsichert, da es sich inzwischen herumgesprochen hatte, daß bereits in etlichen Gegenden Arbeiter ihren Arbeitsplatz wegen des Ausschlusses aus der Deutschen Arbeitsfront verloren hatten.
Gleichzeitig verschärfte die DAF ihren Druck auf die Verbandsführung. Am 9. August 1935 zitierte sie Generalsekretär Büttner nach Berlin, um ihm zu erklären, es sei bereits alles vorbereitet, um die Deutsche Kolpingsfamilie wegen staatsfeindlicher Betätigung aufzulösen. In Wirklichkeit war dies nur ein geschickt eingefädeltes Überrumpelungsmanöver, um den Verband zur Aufgabe zu zwingen oder aber wenigstens umfangreiche Zugeständnisse zu erpressen. Immerhin gelang es Büttner, mit den Vertretern der DAF in Verhandlungen einzutreten. Im Oktober kam ein Abkommen zustande, das die vollständige Aufgabe aller berufsbildnerischen Aktivitäten seitens der Kolpingsfamilie bei gleichzeitiger Aufhebung des Doppelmitgliedschaftsverbots vorsah.
Nachdem sich die Verbandsleitung gefügig gezeigt hatte, hatte es die Arbeitsfront mit der Ratifizierung des Abkommens nicht mehr sonderlich eilig. Hingegen wurde der Druck auf die Verbandsmitglieder auf unterer Ebene abermals erheblich gesteigert – der Rückgang der Mitgliederzahlen sprach für sich. Siegesgewiß, die Aufgabe der beruflichen Fortbildungsmaßnahmen auch ohne entsprechende Gegenleistung erzwingen zu können, besaß die DAF im Mai 1936 die Stirn mitzuteilen, daß »ein Abkommen auf der seinerzeitigen Grundlage nicht abgeschlossen werden« könne, da die Zugeständnisse »nicht weitgehend genug« gewesen seien. Um sich auf eine leichter zu verteidigende Linie zurückzuziehen, blieb der Kolpingsfamilie nichts anderes übrig, als sich zum 1. Juli 1936 auf die rein religiöse Arbeit zu beschränken. Im Rahmen der Diskussion über die weitere Gestaltung der Verbandsarbeit kam es zu erheblichen Differenzen zwischen Hürth und Büttner, in deren Gefolge der Generalsekretär im August 1937 seinen Abschied nahm. Fortan verzichtete der Generalpräses auf eine Neubesetzung des zweiten Amtes innerhalb des Kolpingwerks.

Selbst mit dem Rückzug von den gesellschaftlichen Aufgaben waren die Machthaber nicht zufrieden. Sie legten es weiterhin darauf an, die noch verbliebenen Säulen des Katholischen Verbandswesens zu beseitigen: In einer Blitzaktion besetzten Beamte der Gestapo Köln am 17. März 1938 Generalsekretariat und Generalpräsidium der Deutschen Kolpingsfamilie, um sämtliche Akten nach Unterlagen zu durchsuchen, die den Vorwurf staatsgefährdender Umtriebe gerechtfertigt hätten. Doch nach einer Woche zogen die Sicherheitsorgane aus beiden Häusern ab, ohne das gefunden zu haben, wonach sie gesucht hatten.

Dennoch kamen die Machthaber ihrem Ziel, die Deutsche Kolpingsfamilie zu vernichten, schon binnen kurzem schrittweise näher: Jeder noch so geringfügige Anlaß diente fortan als Vorwand, um die Kolpingsfamilie möglichst auch in größeren Gebieten zu verbieten. Am 21. November 1938 begründete die Staatspolizeistelle Bielefeld die Auflösung der Kolpingsfamilie Warburg damit, daß dort »wiederholt gelegentlich der Heimabende Preisschießen veranstaltet und Skat und Billard gespielt« worden seien. In Fulda genügte es bereits, daß der Präses der Kolpingsfamilie Heilig Geist, August Görge, im Kolpingsferienheim Friesenhausen mit seinen Mitgliedern Fußball gespielt hatte, um im Oktober 1940 gleich den ganzen Diözesanverband zu verbieten. Ähnlich erging es den Diözesanverbänden Ermland, Berlin, Breslau, Schneidemühl und Meißen.

Weitere Verbandsauflösungen erfolgten parallel zur deutschen Expansion im Zweiten Weltkrieg. Von dem einst blühenden Verband war nur noch ein Torso übrig. Daß Hürth dennoch nicht aufgab, ist nur von seiner religiösen Grundüberzeugung her zu verstehen, in dem Werk Kolpings mehr als ein von Menschenhand geführtes Verbandswesen zu sehen. Der Optimismus des Generalpräses, auch diese Phase der Unterdrückung überstehen zu können, war derart stark, daß er selbst auf dem Höhepunkt der deutschen militärischen Erfolge im Winter 1941/42 den Freiburger Diözesanpräses Alois Stiefvater mit dem mündlichen Auftrag zu verschiedenen österreichischen Bischöfen schickte, das Kolpingwerk nicht aufzugeben, sondern nur der Gewalt zu weichen. »Denn man weiß ja nicht, wie es ausgeht, und dann sind wir wieder da.«

Während der Kriegszeit wurde das ohnehin schon bescheidene Wirken der Deutschen Kolpingsfamilie noch weiter reduziert. Die Tätigkeit beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Verbandskartei weiterzuführen und die laufende Korrespondenz abzuwickeln. Eine besondere Aufgabe sah Generalpräses Hürth darin, mit seinen im Felde stehenden Gesellen Kontakt zu halten, bis ein Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht die Versendung von Rundschreiben an Soldaten im Juli 1940 untersagte. Infolge der zahlreichen Einberufungen beschleunigte sich der Zerfallsprozeß der örtlichen Kolpingsfamilien ab 1941 erheblich. Wenn Hürth dennoch nicht bereit war, die betreffenden Ortsvereine gleich als tot, sondern lediglich »vorläufig als ruhend« einzustufen, so verbarg sich dahinter der vorausschauende Gedanke, nach Beendigung des Krieges die Arbeit wiederaufnehmen zu wollen. Immer wieder rief er seinen Mitgliedern ins Gedächtnis: »Wir sind kein Verein im gewöhnlichen Sinne des Wortes, wir sind die Kolpingsfamilie. Darum ist die Leitung der Kolpingsfamilie in Köln nicht eine Verbandszentrale..., der man kühlen Sinnes die Gefolgschaft kündigt, um sie geschäftsmäßig ihrem Schicksal zu überlassen.«

Unter Vortäuschung kriegswirtschaftlicher Notwendigkeiten mußte das traditionsreiche Kolpingsblatt – wie zahlreiche andere konfessionelle Zeitungen und Zeitschriften – zum 1. Juni 1941 sein Erscheinen einstellen. Damit brach eine letzte Brücke ab, die bislang noch regelmäßig den Kontakt zu den Mitgliedern hergestellt hatte. Am 29. Juni 1943 mußte Hürth erleben, wie die in den letzten Jahren mühsam renovierte Minoritenkirche bei einem Bombenangriff in Schutt und Asche sank; lediglich das Grab Adolf Kolpings blieb unversehrt.
In dem Maße, wie der vom Regime erträumte Endsieg zur Illusion wurde, setzten auch innerhalb der Kolpingsfamilie erste Überlegungen für eine Neugestaltung des Nachkriegsdeutschlands unter anderen politischen Vorzeichen ein. So entwickelte Hürth Anfang 1944 den Gedanken, nach dem Krieg auch in den gesellschaftspolitischen Raum hineinwirken zu wollen, um das gesamte Volksleben »mit dem Geiste christlicher Familienhaftigkeit« zu durchdringen. Und im Sommer 1944 traf er sich mit dem Jesuitenpater Wallmeyer, um diesem anzuvertrauen, »was wir in der Kolpingsfamilie im Stillen für die Zukunft vorbereiten«. Doch zu einer Verwirklichung dieser Pläne kam es nicht: Am 27. September 1944 wurde Theodor Hürth kurz vor seinem zwanzigjährigen Jubiläum im Amt des Generalpräses ein Opfer der Bomben. Er befand sich gerade in einem Zwischengang seiner Wohnung zum Luftschutzkeller im Kolpinghaus, um seinen Angestellten die Generalabsolution zu erteilen, als in der Helenenstraße eine Bombe einschlug. Durch den Explosionsdruck wurde die Panzertür herausgerissen, die er gerade aufschließen wollte, und zertrümmerte seinen Schädel; er war auf der Stelle tot.

VIII

Für das Kolpingwerk war dieser Schlag in der härtesten Phase des Zweiten Weltkriegs ein überaus schmerzlicher Verlust; denn Hürth war inzwischen zu einem Symbol des unbeugsamen Willens geworden, die Eigenständigkeit des Verbandes unter allen Umständen aufrecht erhalten zu wollen. Zudem war er der einzige, der wenigstens ansatzweise über gewisse Vorstellungen verfügte, wie die Arbeit in der Nachkriegszeit weitergehen sollte. Am 2. Oktober hielt Erzbischof Josef Frings, assistiert von den Diözesanpräsides Cardaun und Frisse, das Pontifikalrequiem. Viele Bischöfe und höhere Prälaten kondolierten persönlich. Der Generalpräses des inzwischen aufgelösten Jungmännerverbandes, Ludwig Wolker, sprach dem Kolpingwerk im Namen seiner Mitarbeiter sein Beileid aus: Wie »ein schwarzer Vogel« habe sich die Nachricht vom Tode Hürths im ganzen Reich verbreitet. »Er war Vater der Seinen, in der ganzen wunderbaren Vaterschaft, wie

sie im Kolpingwerk dem Präses inne ist nach dem Geist seines Stifters.« In bewußter Anspielung auf das jahrelange Ringen der Deutschen Kolpingsfamilie mit dem nationalsozialistischen Regime unterstrich Wolker das Verdienst des Verstorbenen, dafür gesorgt zu haben, daß das Kolpingwerk »vor Verbildungen« bewahrt geblieben sei, »die dem Geist des Stifters fremd waren«.

Es war Hürth nicht vergönnt, das Ende der NS-Diktatur mitzuerleben, die er innerlich so sehr verachtete und unter der er derart zu leiden hatte; doch es ist unbestreitbar seine Tat, jenen Weg gewiesen zu haben, auf dem das Werk Adolf Kolpings auch diese kritische Zeit überstand, und den andere nach Kriegsende weitergehen konnten, um das verlorene Terrain wieder wettzumachen.

Eugen Bolz (1881–1945)

»Dieser Mann, den Rottenburg, damit sich selber ehrend, zu seinem Ehrenbürger machte [1931], wird unserem Volke, wenn es einmal wieder gesundet sein wird, bis in die fernsten Geschlechter als eines der reinsten Beispiele eines Lebens im Dienste der Gemeinschaft erscheinen, als ein Sinnbild der Vaterlandsliebe, als der Patriot schlechthin und als Urbild des Bürgers, der ohne Murren und sein Schicksal bejahend, einsam und ohne Gefährten, seine Liebe zum Volk mit seinem Leben bezahlt. Darum wollen wir heute seinen Namen und seine Taten laut verkünden, damit in einer kurzlebigen Zeit das Andenken eines solchen Mannes nicht verlorengehe.«

Diese Worte ehrenden Gedenkens galten Eugen Bolz, dem aus Rottenburg stammenden langjährigen Zentrumsabgeordneten, württembergischen Staatsminister und letzten Staatspräsidenten vor der nationalsozialistischen »Machtergreifung« von 1933, der im Januar 1945 von den braunen Machthabern ermordet worden ist. Gesprochen wurden sie bei einer Kundgebung aus Anlaß des ersten Jahrestags dieser Ermordung von dem Vorsitzenden der von der französischen Besatzungsmacht eingesetzten Regierungsspitze in Württemberg-Hohenzollern, Karl (Carlo) Schmid. Schmid, der wenige Tage später zum ersten Vorsitzenden der SPD seines Landes gewählt wurde, bezeichnete in diesem Zusammenhang Bolz als »Standbild«, das sich am »Ausgangspunkt unseres neuen Staatslebens« erhebe. In diesem Bekenntnis zu dem Stuttgarter Märtyrer kam ein Respekt zum Ausdruck, den die württembergische Sozialdemokratie in der Zeit der Weimarer Republik ihrem christdemokratischen Gegner versagt hatte.

Bereits einige Monate vorher, Ende September 1945, hatte der erste Regierungschef von Württemberg-Baden, Reinhold Maier – 1930–1933 Wirtschaftsminister in Kabinett Bolz –, zu Beginn der Arbeit der neuen Regierung des »um unser Land sehr verdienten« letzten demokratischen Staatspräsidenten gedacht und in einer anschließenden Rundfunkansprache Bolz als »mutigen und aufrechten, nie versagenden Kämpfer« gegen den Nationalsozialismus gewürdigt. Damit war das Andenken von Eugen Bolz gleichsam in die Fundamente der 1945 gebildeten beiden Länder hinein verankert, die

1952 durch Gründung von Baden-Württemberg wieder zusammengeschlossen wurden.

I

Eugen Bolz entstammte einer alten städtischen Handwerker- und Kaufmannsfamilie in Rottenburg. Dort hatte sein Vater, Joseph Bolz (1832–1899), einen Kolonialwarengroßhandel mit Ladengeschäft eröffnet und es zu Wohlstand gebracht. Seine Mutter Maria Theresia geb. Huber aus Altdorf-Weingarten (1841–1918) kam ebenfalls aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie. Eugen Bolz wurde am 15. Dezember 1881 in Rottenburg, der Bischofsstadt am »Tor nach Schwaben«, als zwölftes und zweitletztes Kind geboren; sechs seiner Geschwister starben im jugendlichen Alter. Max Miller beginnt seine spätere Biographie mit dem Satz: »Mit der Heimat war Eugen Bolz zeit seines Lebens verbunden wie nur je ein Erdgeborener.« Die Eltern vermittelten ihren Kindern eine katholische Erziehung und legten Wert auf »Abgeschlossenheit, aber auch alte christliche Zucht und Ordnung, die den Kindern allmählich in Fleisch und Blut überging« (August Hagen).

Nach dem Besuch der Volksschule und der Lateinschule in Rottenburg absolvierte Bolz das humanistische, fast ausschließlich von evangelischen Schülern besuchte und protestantisch bestimmte Karlsgymnasium in Stuttgart. Dort bestand der ehrgeizige und empfindsame Schüler, der bei seiner ältesten, in Stuttgart verheirateten Schwester wohnte, 1900 ein glänzendes Abitur. Anschließend entschied er sich nach kurzem Schwanken zu Gunsten der Theologie für ein Studium der Rechtswissenschaft. Dieses absolvierte er – von je einem Semester in Bonn (1901) und Berlin (Winter 1901/02) abgesehen – an der nahegelegenen Universität Tübingen. So oft wie möglich weilte er im Elternhaus bei der Mutter, von der er das »weiche empfindsame Gemüt« und die »tiefe unverschüttbare religiöse Anlage« geerbt hatte (Max Miller). Ins elterliche Haus kehrte Bolz auch später als Minister immer wieder zurück. Seit Beginn seines Studiums gehörte er der katholischen farbentragenden Studentenverbindung Guestfalia im Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) an, zu der ihm gleich drei seiner Schwäger den Zugang eröffnet hatten. Auf diese Weise kam Bolz früh mit vielen im Berufsleben und in der Politik tätigen prominenten »alten Herren« seiner Verbindung in Kontakt, so in Berlin (»hier ist die Luft so christenfeindlich«) vor allem mit Felix Porsch (1853–1930), dem einflußreichen Katholikenführer und Vorsitzenden des Zentrums in Preußen. Auch der führende württembergische Zentrumspolitiker August Gröber (1854–1919) war »CVer«.

Nach der ersten, glänzend bestandenen juristischen Staatsprüfung Anfang 1905 durchlief Bolz verschiedene Stationen als Referendar im Justizdienst Württembergs in Rottenburg (Amtsgericht) – unterbrochen durch seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger bei einem Feldartillerieregiment in Ulm –, Ravensburg (Landgericht) und Stuttgart (in einem Rechtsanwaltsbüro). 1909 absolvierte er, wiederum mit einem vorzüglichen Prädikat, das zweite juristische Staatsexamen. Anschließend begann er seine Laufbahn im Justizdienst als Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft in Ulm.

II

Im Winter 1910/11 unterbrach Bolz seine Karriere für einen Aufenthalt in Berlin, wo er u. a. volkswirtschaftliche Vorlesungen hörte. Vermutlich suchte er sich in der Reichshauptstadt auf eine parlamentarische Tätigkeit vorzubereiten und/oder eine Anstellung in der Wirtschaft zu finden. Ende Februar 1911 nahm er jedoch seinen Dienst in Württemberg wieder auf, und zwar als Assessor ohne Planstelle (mit Tagegeld-Vergütung) bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart. Offensichtlich lebte er weiterhin hauptsächlich vom elterlichen Vermögen bzw. Erbteil.

Vielleicht stand der Abstecher nach Berlin aber auch mit einer bei ihm besonders »tiefgreifenden Lebens- und Seelenkrise« (Max Miller) in Zusammenhang, die sich in einem ausgeprägten christlichen Lebenspessimismus äußerte. Sie führte erst nach mehrjährigem Ringen zu innerer Läuterung und »christlichem Jenseitsoptimismus«, zu einem »starken Vorsehungsglauben«, wie Bolz am 1. Mai 1920 rückblickend urteilte.

1911 trat er in Stuttgart dem dortigen Windthorstbund bei, der Jugendorganisation der Deutschen Zentrumspartei, deren Landesverband Württemberg erst 1895 begründet worden war. Durch Vorträge, die Bolz in diesem Kreis hielt, wurde ein Landtagsabgeordneter auf den talentierten Assessor aufmerksam und empfahl ihn dem württembergischen Parteivorsitzenden Adolf Gröber. Auf diese Weise wurde Bolz Anfang Dezember 1911, nachdem ein Schwager von Bolz die ihm angebotene Kandidatur aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hatte, von den Delegierten des Landesverbands als Kandidat des Zentrums für die Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 im Wahlkreis Aalen nominiert. Er galt, was offenbar in der regionalen Situation den Ausschlag gab, als interessenunabhängiger Jurist. Nach zahlreichen Wahlreden, die er in den verbleibenden Wochen hielt, errang Bolz das Mandat mit großem Vorsprung vor seinem volksparteilichen Gegenkandidaten.

Noch im gleichen Jahre wurde Bolz auch in den württembergischen Landtag in Stuttgart gewählt (Wahlkreis Rottenburg). Damit war der jüngste Reichstagsabgeordnete von Anfang seiner neuen Tätigkeit an zugleich Doppelmandatar seiner Partei. Beiden Parlamenten hat Bolz bis zu deren Untergang 1933 angehört. Bereits im April 1912 hielt er seine erste Reichstagsrede bei der Beratung des Haushalts des Reichsjustizamts. Andere Stellungnahmen im Winter 1912/13 galten Einzelfragen des Tarif- und Beamtenrechts sowie der Rechtspflege. Bolz gehörte in beiden Parlamenten dem jeweiligen Petitionsausschuß an.
1914 wurde der Gerichtsassessor und Zentrumsabgeordnete, der nicht mit dem Eintreten des Ernstfalls gerechnet hatte, zum Kriegsdienst bei seinem Feldartillerieregiment einberufen. Er blieb, erstaunlich frei von jedem »Hurra-Patriotismus«, zunächst in Ulm stationiert, wo er Anfang 1915 zum Leutnant d. R. befördert wurde. Vom April 1915 bis 1916 war er an der Front im Elsaß eingesetzt, anschließend bei der Reichsentschädigungskommission in Berlin, im Winter 1916/17 beim entsprechenden Entschädigungsamt in Brüssel, schließlich wieder in Ulm. Während der Kriegsjahre, auch von seinem Fronteinsatz aus, nahm Bolz an den Sitzungsperioden beider Parlamente und ihrer Ausschüsse in Berlin und Stuttgart teil, ohne dabei jedoch hervorzutreten. Über seine Stellung zu zentralen Fragen der Innenpolitik und der Kriegsführung, der Kriegszieldiskussion und Parlamentarisierung sind wir nicht informiert. 1918 klagte Bolz über seine parlamentarische Beschäftigungslosigkeit und kritisierte die politische Abhängigkeit des Reichskanzlers und früheren Zentrumspolitikers Georg Graf v. Hertling von seiner Umgebung und der Obersten Heeresleitung.
Seit 1916 trug Bolz Titel und Rang eines Amtsgerichtsrats, ohne jedoch eine entsprechende Planstelle einnehmen zu können. Andernfalls hätte er sein Reichstagsmandat aufgeben bzw. sich einer Neuwahl stellen müssen, die jedoch während der Kriegszeit nur ausnahmsweise erfolgte. 1915 war er Teilhaber am »Oberschwäbischen Anzeiger«, der Zentrumszeitung des Oberlands, geworden.

III

In den letzten Oktobertagen 1918 schrieb Bolz aus Rottenburg vom Totenbett seiner Mutter aus, an der er sehr gehangen hatte: »Mehr als die persönlichen Sorgen drücken mich die politischen. Was wird aus unserem Deutschen Reich werden?« Dieses Reich erlebte wenige Tage später den Zusammenbruch der Monarchie, das kampflose Verschwinden der Dynastien und den Beginn einer Räteherrschaft. Bolz

verbrachte die aufwühlenden Tage der November-Revolution, deren Geschehnisse seinem ausgeprägten Gefühl für Recht, Freiheit und Ordnung diametral widersprachen, in Berlin. Zusammen mit seiner Partei forderte er baldige Wahlen zu verfassunggebenden Versammlungen im Reich und in den Ländern, um zu einer neuen Legalität zu gelangen. Am 15. November unterstützte er auch das Bestreben, »bürgerliche Politiker mit in die Regierung zu bekommen«. In Stuttgart entschloß sich das Zentrum, einen Vertreter (Hans v. Kiene) in die dortige provisorische Koalitionsregierung unter SPD-Führung zu entsenden.

Bereits Mitte November 1918 begann Bolz mit Wahlreisen und -reden in Schwaben, die durch die kulturkämpferische Politik der neuen revolutionären Machthaber in einigen Ländern, insbesondere in Preußen und Bayern, erleichtert wurde. Für die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung in Stuttgart wie zur Deutschen Nationalversammlung in Berlin war Bolz als Kandidat der Zentrumspartei nominiert. Während des Wahlkampfs, am 21. Dezember 1918, wurde er, wie längst vorgesehen, zum Amtsrichter ernannt. Mit der Annahme seiner Wahl in beide verfassunggebenden Versammlungen am 12. bzw. 19. Januar 1919 entschied er sich für eine Karriere als Berufspolitiker, nachdem er noch im November erwogen hatte, aus dem Justizdienst auszuscheiden und eine ihm in Berlin angebotene Stellung als Syndikus eines Berufsverbandes (Tuchsyndikat) anzunehmen, um die er sich in den voraufgegangenen Monaten bemüht hatte. Im Januar 1919 entschloß er sich jedoch für den »Amtsrichter mit Politik«, wobei er die politische Tätigkeit als »Pflicht« verstand, die er »anderem vorziehe«.

In den verfassunggebenden Versammlungen in Berlin bzw. Weimar und Stuttgart trat Bolz nicht hervor. Wochenlang drückte ihn die Last des kommenden Friedensvertrags, den abzulehnen er angesichts der gedrückten Stimmung der Volksmassen für unmöglich hielt. »Das Scheitern der Verhandlungen bedeutet blutige Revolution, vollständigen Zusammenbruch im Innern, Auseinanderfallen des Reiches«, schrieb er wenige Tage vor der Entscheidung in Weimar im Juni, während vom Frieden eine »langsame Festigung der inneren Verhältnisse und Besserung unserer Ernährung« erwartet werden könne.

Bolz machte sich keinerlei Illusionen über die Folgen des Friedensvertrags. Aber gerade an deren Überwindung und an der Wiedergesundung und Erstarkung des deutschen Volkes mitzuarbeiten, wurde sein Ziel. Nach Annahme der Reichsverfassung glaubte er aufatmen zu können, da damit die »Tortur in Weimar« ein Ende gefunden habe. Anfang Oktober 1919, nach konstruktiver parlamentarischer Mitarbeit im Haushaltsausschuß, registrierte er mit erstaunlicher Sicherheit, er habe nunmehr »seine politische Lehrzeit hinter sich« gebracht und

die »Gehilfenzeit angetreten«; die neue parlamentarische Tätigkeit bereite im »Freude«.
Als Ende Oktober 1919 im Zuge einer Umbildung der Koalitionsregierung in Stuttgart der Zentrumsfraktion auch die Besetzung des Justizministeriums zufiel, war deren einziger Kandidat für dieses Amt der 38jährige Amtsrichter Bolz. Dessen Ernennung am 29. Oktober bedeutete einen ungewöhnlichen Karrieresprung, der von der Beamtenschaft nicht nur seines Ressorts zunächst mit Argwohn betrachtet wurde. Dieser steigerte sich noch, als der neue Justizminister zum Personalreferenten seines Ministeriums einen »Bundesbruder« berief, um auf diese Weise sicherzustellen, daß die tradierte konfessionelle Imparität ein Ende haben müsse.
Bolz fand sich rasch in seinen neuen Wirkungskreis hinein. Viel Zeit und Kraft verlangte die ihm überlassene Wahrnehmung des Gnadenrechts, dessen Anwendung in zahllosen Einzelfällen geprüft bzw. ausgeübt werden mußte. Erfolgreich setzte er sich für den Fortbestand der Landesjustizverwaltung ein, die von Berliner Zentralisierungstendenzen bedroht war. Durch zielbewußtes Handeln wie durch ausgleichende Art gewann der Justizminister rasch Einfluß im Kabinett, wo er sich zum Vorkämpfer der Selbständigkeit Württembergs entwikkelte, aber auch zum Verfechter eines guten Verhältnisses zu den süddeutschen Nachbarstaaten.
Neben seiner Ministertätigkeit übte Bolz sein Landtags- und Reichstagsmandat aus, ohne daß er allerdings in beiden Fraktionen eine eigentlich führende Stellung gewann. Seine Reden und Ansprachen auf regionalen Katholikentagen und Parteiveranstaltungen in den zahlreichen Wahlkämpfen der nächsten Jahre führten ihn quer durch das ganze Land, wobei er als volkstümlicher Redner geschätzt wurde. Nach dem Tode von Adolf Gröber (November 1919) und der politischen Kaltstellung des Reichsfinanzministers Matthias Erzberger infolge seines Beleidigungsprozesses wuchs Bolz zunehmend in die Rolle des führenden württembergischen Zentrumspolitikers hinein. Er blieb vor allem darauf bedacht, das akademische Bürgertum in der Partei zu halten bzw. dafür wiederzugewinnen. 1920 fiel es ihm nicht schwer, bei einer Regierungsumbildung in Berlin die Übernahme des Reichsschatzministeriums abzulehnen. An der Fraktionsarbeit im ungeliebten Berlin konnte der als »Sparkommissar« auftretende württembergische Landespolitiker auch künftig wenig Freude gewinnen.

IV

Hatte Bolz noch im Oktober 1919 aus Berlin geschrieben, als Junggeselle könne er »zur Abwechslung auch einen solchen Gaul reiten« –

womit er zum Ausdruck brachte, daß er sich die Leitung des Justizministeriums sehr wohl zutraute –, so endete dieses Junggesellendasein ein Jahr später. Im Oktober 1920 heiratete der inzwischen 41 Jahre alte Politiker Maria Höness, Tochter eines Hotelbesitzers aus Ulm, die bis dahin als Studienrätin in Düren im Rheinland tätig gewesen war.
Fiel es Bolz schon nicht leicht, sich in allem auf den Boden der Weimarer Reichsverfassung und deren Grundlage (absolute Volkssouveränität) zu stellen, so konnte er sich noch weniger mit den Mißständen der Verfassungswirklichkeit abfinden, der ununterbrochenen Abfolge von Regierungskrisen und Koalitionswechseln, die die Instabilität zum Kennzeichen des republikanischen Systems werden ließ. Sah er im Sommer 1921 die Parteien noch nicht »reif für den Parlamentarismus«, so verschärfte er diese Beurteilung in den folgenden Jahren. Seine Klage, daß es an politischen Führern fehle, bezog seine eigene Partei durchaus ein. Der Reichstag sei eine »hilflose, unfähige Gesellschaft«, schrieb er Ende des Krisenjahrs 1923, als die Einheit des Reiches auf des Messers Schneide stand.
Bei einer Kabinettsumbildung im Juni 1923 wechselte Bolz, der inzwischen in der Nachfolge von Gröber das württembergische Zentrum führte, vom Justiz- in das Innenministerium über. Damit gewann er die Möglichkeit, sich stärker politisch zu profilieren. Dieses Ressort behielt er bis 1933. Dadurch wurde er zuständig für die Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung«, eingeschlossen die Bekämpfung des politischen Radikalismus und Extremismus.
Sein Diktum von 1924, in Württemberg werde »weder rechts noch links regiert, sondern vernünftig«, sollte dazu beitragen, die erhitzten politischen Gemüter zu beruhigen, bildete darüber hinaus aber das eigentliche Programm des Innenministers. Bolz glaubte daran, daß es möglich sei, die »Politik« gegenüber der »Staatlichkeit« zurücktreten zu lassen und zwischen »Staat« und »Republik« bzw. »Gesellschaft« trennen zu müssen und zu können. Auf dem Stuttgarter Katholikentag 1925 erklärte er: »Der schrankenlosen Freiheit wollen wir die absolute Wahrheit gegenüberstellen, dem Recht das Gebot, der Willkür die Autorität. Wo immer das Evangelium von der falschen Freiheit gepredigt wird, da wollen wir ihm das wahre Evangelium der Pflicht gegenüberstellen.«
Der Vorwurf des Stuttgarter SPD-Abgeordneten Kurt Schumacher, wonach Bolz die Regierung als eine »Art Verwaltungsgemeinschaft« verstehe, war im Kern berechtigt. Das gleiche galt für den ebenfalls von der Linken gegen den »Polizeiminister« erhobenen Vorwurf, daß er nicht aktiv genug gegen »rechts« vorgehe. Der gescheiterte Hitler-Putsch vom November 1923 in München führte dazu, daß Bolz die Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung auch künftighin unterschätzte.

Es gelang ihm nur in begrenztem Umfang, die konfessionellen Gegensätze zu entschärfen, die das innenpolitische Klima belasteten. Mit der Nominierung seines Fraktionskollegen im Reichstag und Altreichskanzlers Wilhelm Marx zum Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten 1925 war Bolz keineswegs einverstanden, wie Theodor Heuss in seinen Erinnerungen festgehalten hat. 1927 unterstützte der Innenminister in der Zentrumsfraktion auch eine Regierungsbildung zusammen mit den Rechtsparteien, wie sie dann vorübergehend zustande kam. Er gehörte nicht zur Minderheit derjenigen Zentrumspolitiker um Adam Stegerwald und Heinrich Brüning, die für eine Ausweitung der konfessionell begrenzten Partei (»Zentrumsturm«) zu einer interkonfessionellen Volkspartei eintraten, weil er davon einen Substanzverlust befürchtete.
Die von seinem früheren Fraktionskollegen Matthias Erzberger als Reichsfinanzminister durchgesetzte Übernahme der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung auf das Reich wurde von Bolz bejaht, der sich allerdings gegen jede weitere Zentralisierung wandte. In den langjährigen Auseinandersetzungen um eine territoriale Reichsreform gehörte er zu denjenigen Mitgliedern des (1928 eingesetzten) Länderausschusses, die dafür eintraten, die Reichs- und preußische Regierung sowie die beiden Parlamente zu verschmelzen und die preußischen Provinzen zu »Ländern neuer Ordnung« mit beschränkten Rechten zu gestalten; hingegen sollten die übrigen alten lebensfähigen Länder bei ihren aus eigenem Recht verbliebenen Hoheitsrechten belassen, eine klare Ordnung in der Verteilung der Zuständigkeiten und Verwaltungsaufgaben zwischen Reich und Ländern alter Ordnung sowie ein angemessener Finanzausgleich geschaffen werden.
Als Vorkämpfer eines gouvernementalen württembergischen Föderalismus ging sein Bestreben dahin, die Länder zu »entpolitisieren« – durch Einschränkung des Länderparlamentarismus – und deren Staatlichkeit durch ihre Bürokratie zu sichern.

V

Die Wahl zum Staatspräsidenten am 8. Juni 1928 brachte Bolz an die Spitze einer Mitte-Rechts-Koalition. Sie löste eine konfessionelle Polemik aus, die aber wieder abebbte. Der wiederholt vorgebrachte Wunsch des Apostolischen Nuntius in Berlin, Erzbischof Eugenio Pacelli, auch mit Württemberg – wie mit Bayern 1924 und mit Preußen 1929 – zu einem Konkordatsabschluß zu kommen, fand bei Bolz, der die antikatholischen Grundstimmungen im Lande realistisch einschätzte, kein Echo.
Seine Klage vom Oktober 1929, die Parteien seien gar nicht imstande, die »großen innerpolitischen Fragen zu meistern«, verdeutlichte seine

weiter vorhandenen Besorgnisse über die Funktionsunfähigkeit des Parlamentarismus in der Instabilitätsrepublik. Das 1930 ausgesprochene Lob in einem Gutachten des Reichssparkommissars, wonach Württemberg das bestverwaltete Land des Reiches sei, durfte Bolz im wesentlichen als sein Verdienst buchen. Im gleichen Jahr erreichte er eine Verbreiterung der äußerst schmalen Regierungskoalition in Stuttgart durch Beitritt der Demokraten (Wirtschaftsminister: Reinhold Maier) und der Volkspartei.

Mit dem neuen Reichskanzler Brüning (ab Ende März 1930), seinem Fraktionskollegen im Reichstag, traf sich der Staatspräsident in dem Bestreben, die Wirtschafts- und Finanzkrise durch äußerste Sparsamkeit zu überwinden, eingeschlossen spürbare finanzielle Opfer besonders der Beamtenschaft. Bolz scheute sich nicht, eine ganze Reihe entsprechender unpopulärer Maßnahmen vorzuschlagen und durchzusetzen. Mit Brüning, dem er auch in seinem Bekenntnis zur »Sachlichkeit« ähnlich war, verband Bolz enge Freundschaft. In seinen »Erinnerungen« (1970) hat Brüning die »unerschütterliche Sachlichkeit und außergewöhnliche Erfahrung« des Staatspräsidenten gerühmt, der – anders als vor allem sein bayerischer Kollege Heinrich Held – stets Wert darauf gelegt habe, Württemberg nicht nur aus eigener Kraft zu sanieren, sondern auch die »Interessen des Reiches an die Spitze« seiner Arbeit zu stellen.

In der Sicht eines Bolz wenig freundlich gesinnten badischen Zentrumsabgeordneten, des Reichsfinanzministers von 1927/28, Heinrich Köhler, liest sich dieser Sachverhalt anders: Er hielt den württembergischen Staatspräsidenten für einen »in seinem Urteil unpolitischen Schwaben«, der sich in der Rolle des »Brüningschen Schleppenträgers wohlgefühlt« habe. Offensichtlich hat Bolz nicht die Intention des Reichskanzlers durchschaut, einen zentralistischen Umbau des Reiches auf dem Wege über Finanzreformen anzustreben. Daß Brüning bei einer Rede in Stuttgart am 25. August 1931 Württemberg als »Musterbeispiel für Staatsführung, Sparsamkeit und solide Finanzpolitik« gerühmt hatte, verstand Bolz als höchstes Lob seiner Zielsetzung und Arbeit.

Die zahlreichen Glückwünsche, die ihm aus Anlaß seines 50. Geburtstags am 15. September 1931 zukamen, zeigten ihn auf dem Höhepunkt seines Ansehens und seiner Beliebtheit. Zu den Anerkennungen, die ihm aus diesem Anlaß zuteil wurden, gehörte auch die Ernennung zum Ehrenbürger seiner Vaterstadt Rottenburg. Seine Frau Maria amtierte im September 1932 als Vizepräsidentin der Katholikentages in Essen.

Bolz' Auszeichnung durch Ernennung zum Dr. h.c. der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen 1929 war eine akademische Ehrung, wie sie in den zwanziger Jahren zahlreichen Politikern

zuteil geworden ist, allerdings in seinem Falle nicht gerade zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Bolz hat den Titel nie geführt.
Der zunehmenden Radikalisierung des öffentlichen Lebens gegenüber wußte auch Bolz kein Rezept. Er ging davon aus, daß sich die 1930 stark angeschwollene nationalsozialistische Bewegung wieder verlaufen werde und sah in der Behandlung der NSDAP nur ein Problem von Ruhe und Ordnung (Waldemar Besson). Dabei glaubte der Innenminister sich seiner Polizei im Kampf gegen rechts wie gegen links sicher sein zu können. Er konnte sich, genauso wie Brüning, nicht dazu entschließen, gegen die immer rücksichtsloser auftretenden Nationalsozialisten vorzugehen.
Das hinderte den Staatspräsidenten allerdings nicht, in den Wahlkämpfen von 1930 und 1932 Zielsetzung und Anhänger der NSDAP massiv zu attackieren. Auch nachdem diese Partei seit der Landtagswahl vom 24. April 1932 in Württemberg nach einem politischen Erdrutsch (von bisher einem Vertreter auf 23 Abgeordnete) die stärkste Fraktion bildete, gelang es der bisherigen Parteienkoalition – die nicht bereit war, der NSDAP das von ihr geforderte Amt des Staatspräsidenten und des Innenministers zu überlassen –, als parlamentarische Minderheit »geschäftsführend« im Sinne eines Kabinetts von Fachministern ohne Parteibindung im Amt zu bleiben. Mit Hilfe von Notverordnungen konnte das Sanierungsprogramm der voraufgegangenen Jahre fortgesetzt werden.
Im August/September 1932 gehörte Bolz zu jenen Zentrumsführern, die angesichts der vom neuen Reichskanzler Franz v. Papen befürchteten Diktatur nunmehr mit der Spitze der NSDAP in Berlin über die Möglichkeit einer »braun-schwarzen« parlamentarischen Mehrheitsbildung im Reichstag verhandelten. Er war sich des »großen Wagnisses« dieser Aktion, wie der Stuttgarter Reichstagsabgeordnete der SPD, Wilhelm Keil, am 29. August 1932 aus Berlin schrieb, wohl bewußt. In diesem Zusammenhang traf der Staatspräsident auch mit Hitler zusammen, von dem er einen positiven Eindruck gewann. Ganz in der Linie dieser Fehleinschätzung gehörte Bolz wenige Monate später, nach der »Machtergreifung« der NSDAP am 30. Januar 1933, zu denjenigen Zentrumspolitikern, die den deutschnationalen Parteiführer und »Katholikenfresser« Alfred Hugenberg als neuen Reichsminister für gefährlicher einschätzten als Hitler.

VI

Eine Wahlkundgebung Hitlers am 15. Februar 1933 in Stuttgart, dem Bolz nicht den geforderten Versammlungsplatz (Schloßhof) zur Verfügung stellte und deren Rundfunkübertragung durch Zerstörung

eines Kabels behindert wurde, leitete seinen politischen Abgang ein. Bolz wurde zum »bestgehaßten Mann im Reich« (Max Miller) und vom nationalsozialistischen Reichsinnenminister mit Drohungen bedacht, gegen die der Staatspräsident vergeblich beim Reichskanzler protestierte.

In seinen Wahlkundgebungen zur Reichstagsneuwahl am 5. März 1933 griff er wie bisher den Nationalsozialismus und dessen Exponenten scharf an und bezeichnete den von ihnen entwickelten »sinnlosen Taumel als Rausch, aus dem es bald ein böses Erwachen« geben werde. Bei aller Polemik achtete Bolz jedoch sorgfältig darauf, zwischen der von Hitler geführten Reichsregierung und den Zielsetzungen der von ihm geführten »Bewegung« zu trennen.

Nach dem Ausgang der Reichstagswahl vom 5. März 1933 machten die neuen Machthaber – die in Württemberg einen Stimmenanteil von 42 v. H. gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 44 v. H. erreichten – kurzen Prozeß mit den Regierungen der ihr widerstrebenden Länder. Hatte Bolz am 6. März das Hissen der Hakenkreuzfahnen auf staatlichen Gebäuden in Stuttgart nicht verhindern können, so protestierte er nunmehr vergeblich gegen die am 8. März erfolgte Einsetzung eines Reichspolizeikommissars, die den Auftakt zur gezielten »Gleichschaltung« am übernächsten Tag bildete. Am 11. März gaben die immer noch geschäftsführend amtierenden Minister auf, so daß vier Tage später eine Regierung aus Vertretern der stärksten Partei, der NSDAP, ins Amt gelangte.

Deren Staatspräsident Wilhelm Murr begann seine Amtsführung mit dunklen Drohungen: »Wer uns ein Auge ausschlägt, dem werden wir den Kopf abschlagen«, die nicht zuletzt auf seinen Vorgänger gezielt waren. Zu den wenigen Zeichen von Anhänglichkeit, die Bolz nach seiner Verdrängung aus dem Amt zuteil wurden, gehörte ein Dankschreiben des Rottenburger Bischofs Joannes Baptista Sproll.

Für Bolz begann der letzte, nicht minder schmerzliche Abschnitt seiner parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag. Am 23. März gehörte er zur Minderheit seiner Fraktion, die unter Führung Brünings zunächst entschlossen war, das von der Regierung Hitler geforderte »Ermächtigungsgesetz« abzulehnen: »Das Zentrum kommt mit seiner Stellungnahme in die schwierigste Situation seit Annahme des Versailler Vertrags«, hatte er am 21. März geschrieben, »was wir auch tun, ist verhängnisvoll«.

Am 23. März stimmte er, wie sämtliche Abgeordneten des Zentrums, in namentlicher Abstimmung dem »Ermächtigungsgesetz« zu. Das geschah in der – vergeblichen – Hoffnung, damit u. a. der Hitler-Regierung, der auch er nur kurze Dauer zumaß, wenigstens einige Bremsen anlegen zu können, nachdem diese bereits mittels einer erfolgreichen Kombination von Verordnungen »von oben« und Ter-

ror »von unten« ihre Herrschaft gesichert hatte. Nach der schicksalhaften Abstimmung verließ Bolz das von SA und SS umstellte Gebäude der Kroll-Oper, in dem die Sitzung stattgefunden hatte, zusammen mit dem Abgeordneten der Deutschen Staatspartei, Reinhold Maier, der darüber in seinen Erinnerungen schreibt: »Wir mußten uns durch eine schmale, eben noch freie Gasse innerhalb einer unübersehbaren Menge von meistens uniformierten Nationalsozialisten durchschlagen.«

Mit der Teilnahme an der letzten Reichstagssitzung vom 17. Mai endete für Bolz die parlamentarische Tätigkeit in Berlin, und wenige Wochen später, durch Niederlegung seines Mandats im württembergischen Landtag, auch die in Stuttgart. Als Kandidat für die Neuwahl des Zentrumsvorsitzenden, nachdem Prälat Ludwig Kaas dieses Amt infolge seiner Abreise aus Deutschland aufgegeben hatte, stellte er sich nicht zur Verfügung. Der Berufspolitiker, der 21 Jahre lang ununterbrochen in zwei Parlamenten tätig gewesen war, 13 Jahre lang der württembergischen Landesregierung angehört und sie ab 1928 geleitet hatte, war jeglicher beruflicher Tätigkeit beraubt.

VII

Seine Teilnahme am Parteitag der Christlich-Sozialen Partei Österreichs Anfang Mai 1933 in Salzburg diente der Gestapo einige Zeit später zum Vorwand, den bestgehaßten württembergischen Politiker am 19. Juni vorzuladen – Brüning riet telefonisch zu, dieser Vorladung zu folgen – und nach einer entwürdigenden Volksbeschimpfung, die nach einer in diesen Wochen üblichen Weise »spontan« inszeniert worden war, in »Schutzhaft« zu nehmen. Bis zum 12. Juli blieb Bolz im Gefängnis auf dem Hohenasperg eingekerkert. Anschließend erholte er sich in der Benediktinerabtei Beuron, bevor er nach Stuttgart zurückkehrte. Dort blieb er überwacht und sah sich von vielen Mitbürgern gemieden. Die neuen Machthaber gestanden ihm in »schnöder Schäbigkeit« die »kärgliche Amtsrichterpension« zu (Max Miller).

Dem 52jährigen berufs- und arbeitslos gewordenen Politiker wurde die Möglichkeit verwehrt, an der Technischen Hochschule in Stuttgart, deren Ehrenbürger er war, Vorlesungen zu hören und sich weiterbilden zu können. Bolz beschäftigte sich im Selbststudium mit staatsrechtlichen und staatsphilosophischen Fragen, vertiefte sich in politische Biographien und in die Sozialenzykliken der Päpste, besuchte Verwandte und Freunde in Stadt und Land, begab sich wiederholt nach Beuron. In Stuttgart traf er sich regelmäßig mit einem

kleinen Freundeskreis im »Europäischen Hof«, zu dem auch Gebhard Müller gehörte, der nachmalige württembergische Unionspolitiker und Präsident des Bundesverfassungsgerichts (1958–1970).
Bolz blieb auch mit früheren Reichstagskollegen aus der Staatspartei in Verbindung, mit Reinhold Maier wie mit Theodor Heuss, der ihn als »herben, strengen Mann« in Erinnerung behalten hat, ebenso mit dem früheren Reichstagsabgeordneten der SPD Wilhelm Keil.
1935 gelang es Bolz, eine neue berufliche Betätigung zu finden. Er beteiligte sich an einem Wirtschaftsunternehmen in Vaihingen – dessen Name und Branche allerdings nicht einmal in der Biographie von Max Miller erwähnt sind –, für das er auch Reisen zu Filialen in Hamburg und im Rheinland unternahm. Von jeher mit Gespür für wirtschaftliche Zusammenhänge versehen, brauchte der Expräsident keine materielle Not zu leiden. Nach außen hielt er sich betont zurück. Seine Briefe an Frau und Tochter sind von zuversichtlichem Gottvertrauen durchzogen, vermischt mit sorgenvollen Betrachtungen über die »schwere Gegenwart« und dunkle Zukunft.
Nach Ausbruch des Krieges ist folgende Äußerung von ihm (zu Wilhelm Keil) überliefert: »In einem Weltkrieg muß Hitler unterliegen.« Seit Anfang 1942 stand der Expolitiker mit Angehörigen von Oppositionskreisen in Kontakt. Seitdem traf er sich mit Carl Goerdeler, der durch seine Tätigkeit für die Firma Bosch häufig in Stuttgart weilte. An ihren Gesprächen nahm zeitweise auch der frühere Gewerkschaftssekretär und Reichstagsabgeordnete des Zentrums Josef Ersing aus Stuttgart teil. Eine Eintragung im Gästebuch eines ihm befreundeten Prälaten in Eichstätt aus dem September 1943 lautet: »In schwerster Zeit des Vaterlands ist Aussprache mit Gleichgesinnten wie Balsam.«
Für Bolz bestand kein Zweifel daran, daß es ein sittlich berechtigtes Widerstandsrecht gegen das Hitler-Regime gab. Bereits 1934 hatte er in einer privaten Studie »Katholische Aktion und Politik« geschrieben: »Bei offensichtlichem und dauerndem Mißbrauch der Staatsgewalt besteht ein Notwehrrecht des Volkes.« Er hielt es für seine patriotische Pflicht – wie er im November 1943 Helene Weber, seiner früheren Kollegin aus der Reichstagsfraktion des Zentrums in Berlin, auseinandersetzte –, »dabei zu sein, wenn es um Deutschland geht«. Der Gefahr dieses Sich-Bereithaltens für eine führende Tätigkeit in einem Nach-Hitler-Deutschland war er sich bewußt.
Nach den Überlegungen im Goerdeler-Kreis vom Januar 1943 über die Zusammensetzung der künftigen Staatsführung war Bolz als Reichsinnenminister vorgesehen, in einer Fortschreibung dieser »Kabinettsliste« vom Frühsommer 1944 als Reichskultusminister, da die Gewerkschaftsvertreter das Innenministerium für den SPD-Politiker Julius Leber beanspruchten. Ob Bolz seiner Plazierung als Kultusmi-

nister in Berlin – sofern er darüber informiert gewesen ist – zugestimmt hat, ist nicht überliefert. Jedenfalls mußte die Schaffung eines solchen Ressorts ein Signal bilden, da bis 1933 entsprechende Kompetenzen ausschließlich den Ländern verblieben waren.

VIII

Nach dem mißlungenen Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 lehnte es Bolz ab, sich aus Stuttgart zu entfernen, wie ihm Freunde geraten hatten. Am 25. Juli wäre er bei einem Bombenangriff auf die Stadt, der auch sein Haus erheblich beschädigte, beinahe ums Leben gekommen. Am 12. August wurde er verhaftet, am 27. nach Berlin überführt und von dort aus in das Konzentrationslager Ravensbrück bei Fürstenberg in Mecklenburg. Am 17. Oktober schrieb er aus der dortigen Haft: »Leben und Eigentum gelten nicht mehr. Nur die Seele ist unerreichbar für alle äußeren Mächte.«

In Verhören durch die Gestapo, die mit Folterungen verbunden waren, hat Bolz gestanden, im Falle eines Umschwungs einen Regierungsposten zu übernehmen, jedoch keinen seiner Mitstreiter belastet. Er selbst gehörte nicht zu den Befürwortern einer Attentatslösung, da er von deren Gelingen das Aufkommen einer neuen Dolchstoß-Legende befürchtete.

Am 2. November 1944 wurde Bolz nach Berlin in das Gefängnis am Lehrter Bahnhof eingeliefert, sechs Tage später aus dem Verhältnis eines Ruhestandsbeamten ausgeschlossen. Am 21. Dezember stand er, zusammen u. a. mit zwei früheren Staatssekretären der Reichskanzlei, darunter Hermann Pünder, und dem früheren Zentrumspolitiker und Reichsminister Andreas Hermes vor dem Volksgerichtshof. An Bolz' unerschütterlicher Ruhe prallten die wüsten Beschuldigungen des Gerichtsvorsitzenden Roland Freisler ab; für diesen »blutbefleckten Mörder« (Karl Schmid) stand das Todesurteil von vornherein fest. Es erging noch am gleichen Tage.

Hermann Pünder hat später in seinen Erinnerungen (»Von Preußen nach Europa«, 1968) mitgeteilt, Bolz habe sich, »offenbar sehr erschöpft und mitgenommen«, vor dem »eisigkalten Gerichtshof geradezu rührend schlecht« verteidigt. In seiner »schlichten süddeutschen Offenheit« habe er zugegeben, über die »Umsturzpläne« genau unterrichtet gewesen zu sein und seine Mitarbeit zugesagt zu haben.

Gnadengesuche von Bolz und seiner Frau wurden von Hitler abgelehnt, aus – wie es Ministerpräsident Reinhold Maier im September 1945 in der eingangs genannten Gedenkansprache formulierte –

»unbarmherziger persönlicher Rachsucht«. Der nur seiner Gesinnung wegen verurteilte frühere Zentrumspolitiker bereitete sich auf einen christlichen Tod vor und suchte seinen Angehörigen Trost zuzusprechen. Am 23. Januar 1945 wurde er im Gefängnis Berlin-Plötzensee – wo ihm Gefängnispfarrer Peter Buchholz insgeheim noch letzten geistlichen Trost spenden konnte – enthauptet (und nicht wie seine Leidensgefährten, darunter James Graf Moltke und Nikolaus Groß, erhängt), »Märtyrer für die Freiheit seines Volkes und seines Gewissens« (Max Miller). Seine bis zuletzt aufrechte Haltung und männliche Würde hat Mithäftlinge tief beeindruckt.

Bolz war ein konservativer christlicher Demokrat und überzeugter Föderalist, durchdrungen von starkem Reichspatriotismus. Zu den hervorstechendsten Charaktereigenschaften dieses grüblerischen Schwaben, der viel über die Bedeutung von Religion und Sittlichkeit im Staats- und Völkerleben sowie über Sinn und Ziel christlichen Lebens und dessen Möglichkeiten zur eigenen Vervollkommnung nachgedacht hatte, gehörte seine ausgleichende Natur, sein gefestigter Glaube, sein unbändiges Gottvertrauen. Die zahllosen privaten Briefe, die aus den zwanziger und dreißiger Jahren vorliegen, lassen ein durchgehendes Bestreben nach innerer Läuterung erkennen. Aus seiner Glaubensstärke, die kein konfessionelles Minderwertigkeitsgefühl aufkommen ließ, resultierte eine religiöse Toleranz, an der auch manche Attacken des politischen Protestantismus in Württemberg abprallten.

Bereits 1920, damals 38 Jahre alt, zum Berufspolitiker geworden und ganz in der damit verbundenen Regierungstätigkeit aufgegangen – er brachte es auf die längste Amtszeit eines Ministers in der Weimarer Republik –, blieb Bolz bis zum März 1933 Sachwalter des Föderalismus und Verfechter eines unbedingten Vorrangs des »Staates« vor der »Republik«. Die Instabilität des Weimarer »formalen« Parlamentarismus hat er frühzeitig erkannt und oft genug resignierend die Auswüchse der »Herrschaft der bloßen Zahl« beklagt. Vergeblich war sein Bestreben, das immer stärkere Vordringen von Berufs- und Standesinteressen innerhalb der eigenen Partei einzudämmen.

Das Geheimnis seines Erfolgs lag in seiner »Sachlichkeit« und seiner Sachkunde« begründet (August Hagen). Von starkem Freiheitsdrang und Rechtsbewußtsein erfüllt, war sein Ideal ein auf Recht und Ordnung gegründeter und mit entsprechender Autorität auftretender Staat, eine auf Zeit begrenzte »Erziehungsdiktatur«, wie sie auch Heinrich Brüning vorschwebte, dem er in vielem ähnlich war.

Was Eugen Bolz, diesen »ersten Diener seines Staates«, zum Vorbild werden ließ, war die »glaubwürdig gelebte Einheit seiner Qualitäten« (Hans Filbinger). Exkanzler Brüning hat seinem alten Freund und politischen Weggefährten im August 1946 in einem eindrucksvollen

Schreiben an dessen Witwe Maria Bolz den Rang eines »echten christlichen Staatsmannes« zugesprochen, ein ehrendes Zeugnis, wie es Brüning keinem anderen seiner früheren Mitstreiter aus den eigenen Reihen hat zuteil werden lassen.

Paul Kopf

Joannes Baptista Sproll (1870–1949)

Kaum ein Thema hat bei dem Versuch, die nationalsozialistische Vergangenheit zu bewältigen, die öffentliche Diskussion der vergangenen Jahre so belebt, wie das der Stellung der Kirche zum Nationalsozialismus. Dabei bereichert, je nach persönlichem Standort, der Begriff »Widerstand« die Argumentation in auffallender Weise. Aus dem Raum der Kirche wird vor allem der Münsteraner Bischof, Clemens August Kardinal von Galen, wohlwollend erwähnt, während der einzige von Hitler verbannte deutsche Bischof, Joannes Baptista Sproll aus Rottenburg, meistens nur am Rande Beachtung findet.
Bei dessen Tod am 4. März 1949 jedoch bezeichnete ihn einer seiner engsten Mitarbeiter, Wilhelm Sedlmeier, als »Verteidiger des Glaubens, der in eine Größe hineinwuchs, die er selbst nie geahnt hatte«.

I

Die Vorfahren der Familie Sproll waren im oberschwäbischen Raum als bodenständige Bauern beheimatet. Der Vater Josef Sproll verheiratete sich 1869 mit Anna Maria Frener in Schweinhausen, damals zum Oberamt Waldsee gehörig. Am 2. Oktober 1870 erblickte als erstes Kind in der Familie des Straßenwärters Johann Baptist das Licht der Welt. Ihm folgten noch 13 Söhne und Töchter. Vier davon starben bereits im Kindesalter. Die Geschwister blieben der Tradition der Familie treu und ergriffen später bäuerliche oder handwerkliche Berufe, mit Ausnahme der Schwester Maria, welche den Lehrerberuf wählte.
Von seinen tief religiösen Eltern liebevoll erzogen, erweckte der begabte und lernbegierige Johannes schon in jungen Jahren die Aufmerksamkeit seines Ortspfarrers und des Nachbargeistlichen, der zeitweise die Pfarrei Schweinhausen betreute. Beide nahmen sich seiner religiösen wie wissenschaftlichen Bildung tatkräftig an und rieten dem Vater, den aufgeweckten Jungen studieren zu lassen, denn er habe das »Zeug« zu einem Geistlichen. Ob der finanziellen Aufwendungen für ein Studium waren die Eltern von diesem Vorschlag zunächst nicht besonders begeistert, obwohl sie grundsätzlich ihren Sohn gern im Dienst der Kirche gesehen hätten.

Um einen Weg in die Zukunft zu finden, erteilte ihm zunächst der Ortspfarrer privaten Lateinunterricht, bis der Junge in die Lateinschule Biberach an der Riß überwechseln konnte. Vier Jahre hindurch ging der Schüler täglich den 7,5 km langen Weg zu Fuß, bis er in das Konvikt Ehingen/Donau überwechseln konnte. Nach der Ablegung der damals in Württemberg erschwerten Reifeprüfung, dem sog. Konkurs für den Eintritt in das Hochschulkonvikt Wilhelmsstift und die Universität Tübingen, fühlte sich der junge Student alsbald an diesen Stätten zu Hause und widmete sich im besonderen dem Studium der Geschichte und des Kirchenrechts.

Im Sommer 1894 schloß Sproll das Studium in Tübingen ab, um in das Priesterseminar Rottenburg einzutreten. Am 16. Juli 1895 erteilte ihm Wilhelm Reiser, der vierte Bischof der Diözese, zusammen mit 40 weiteren Kandidaten im Dom zu Rottenburg die Priesterweihe. Bereits nach zweijähriger Seelsorgetätigkeit an verschiedenen Orten der Diözese erhielt der junge Geistliche einen Ruf als Repetent für Kirchenrecht in das Wilhelmsstift Tübingen. Drei Jahre verbrachte er nun als Erzieher im Kreise der studentischen Jugend und des Repetentenkollegiums. 1898 nahm die Philosophische Fakultät der Landesuniversität seine Promotion auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte entgegen. Zum Jahresende 1900 berief Bischof Keppler den Repetenten aus Tübingen ab, um ihn zunächst zum kommissarischen und ab 1902 zum definitiven Subregens mit dem Lehrauftrag für Gesetzeskunde und Religionspädagogik am Priesterseminar in Rottenburg zu betrauen. Eine Zeit umfassender literarischer und historischer Studien war für ihn angebrochen, aber auch ein hartes Jahrzehnt kirchlicher Konfrontation.

An der Schwelle des Jahrhunderts formierte sich im Raum der Diözese Rottenburg die Bewegung des Reformkatholizismus. Es ging der engagierten Gruppe um die Wiederbegegnung von Kirche und Kultur, um die Versöhnung zwischen Katholizismus und moderner Wissenschaft.

Inmitten dieser Auseinandersetzungen bewarb sich, des geistigen Klimas etwas überdrüssig, Subregens Dr. Sproll um die Pfarrstelle Kirchen, Dekanat Ehingen. In der verzweigten Pfarrei fand Pfarrer Sproll rasch Zugang zu den Menschen. Doch schon nach drei Seelsorgejahren erging an ihn ein Ruf ins Domkapitel nach Rottenburg, und ein Jahr später wurde ihm das Amt des Generalvikars der Diözese durch Bischof Keppler übertragen. Bald darauf übernahm er auch die Vertretung des Bischöflichen Ordinariats in der Ersten Kammer des Landtags.

Mit großer Kenntnis führte er die mit diesen Ämtern verbundenen Verwaltungsgeschäfte, so daß er bald zur unentbehrlichen Stütze für Bischof und Diözese wurde. Die Diözese Rottenburg war inzwischen

auf 750000 Katholiken angewachsen, gegenüber 400000 bei ihrer Gründung im Jahre 1821. Sie zählte damit zu den größeren im Deutschen Reiche. Aus diesem Grunde wandte sich Bischof Keppler im November 1915 an Papst Benedikt XV. mit der Bitte, ihm in der Person seines derzeitigen Generalvikars einen Weihbischof an die Seite zu geben. Mitten in der Notzeit des Ersten Weltkrieges erfolgte am 18. Juni 1916 im Dom zu Rottenburg die Weihe von Generalvikar Dr. Sproll zum Titularbischof von Almira (Syrien) und Weihbischof von Rottenburg.

II

Zu den vielen Verwaltungsaufgaben Sprolls gesellten sich nun in steigendem Maße die mannigfachen Pontifikalhandlungen, Firmungsreisen und die besonderen Aufträge des Diözesanbischofs. Im Januar 1918 unternahm er in dessen Vertretung eine zehntägige Reise in die Argonnen zu den Soldaten der Württembergischen Landwehrdivision und im gleichen Jahr führte ihn sein Amt auch noch in die Ukraine, in der andere württembergische Landwehrformationen eingesetzt waren.

Mit dem politischen Umsturz von 1918 brach auch für die Kirche eine neue Zeit an. Weihbischof Dr. Sproll zählte zu den Männern der ersten Stunde, die versuchten, das Volk über die Lage aufzuklären und im kirchlichen Glauben zu festigen. Als Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung von 1919/20 verteidigte er die kirchliche Freiheit gegen die Vertreter eines Staatskirchentums mit Entschiedenheit.

In diesen Jahren wurden in Württemberg eine Reihe von Bezirks- und Gaukatholikentagen abgehalten, die einen außergewöhnlich zahlreichen Besuch aufwiesen. Zu den Hauptthemen dieser Tagungen zählten: die christliche Schule, sozialer Aufbau und Mitarbeit der Katholiken, Christentum und Demokratie, Freiheit und Kirche, Religion und Arbeit, Christentum und Sozialismus, Autorität und Freiheit, die katholische Frau und die neue Zeit. Daß Weihbischof Sproll an all diesen Kundgebungen in vorderster Reihe teilnahm, war eine Selbstverständlichkeit. Bald wurde er über Württemberg hinaus bekannt und als Redner zu Veranstaltungen eingeladen. Auf dem ersten allgemeinen Katholikentag nach dem Weltkrieg in Frankfurt 1921 hielt er ein vielbeachtetes Referat über »Freiheit, Autorität, Kirche«.

Das Verhältnis von Staat und Kirche bedurfte nach dem Ende der Monarchie einer neuen Klärung, wobei vor allem die Fragen nach dem staatlichen Patronatsrecht und der Schulform heftige Diskussionen hervorriefen. In den Verhandlungen um die neue Verfassung spielten

die Schulfragen eine nicht unwesentliche Rolle. Am 3. März 1924 wurde das »Gesetz über die Kirchen« verabschiedet. Auf katholischer Seite war Generalvikar Dr. Sproll maßgeblicher Partner beim Zustandekommen der Vereinbarungen, in denen hinsichtlich der Besetzung des Rottenburger Bischofsstuhles keine Ausführungen gemacht wurden, so daß bei der durch den Tod von Bischof Keppler am 16. Juli 1926 bedingten Bischofswahl Rechtsunsicherheiten aufkamen, die eine Verzögerung hervorriefen.
An der Abklärung dieses Problems war auch der damalige Württembergische Innenminister, der aus Rottenburg stammende und mit Bischof Sproll sehr vertraute spätere Staatspräsident Eugen Bolz, maßgeblich beteiligt.

III

Am 12. März 1927 wählte das Rottenburger Domkapitel den seitherigen Kapitularvikar, Joannes Baptista Sproll, zum siebten Bischof der Diözese. Bereits am 29. März erfolgte die päpstliche Bestätigung. Unter zahlreicher Beteiligung der Repräsentanten von Staat und Kirche sowie des katholischen Volkes fand am 14. Juli 1927 die feierliche Inthronisation statt.
Ein Jahr nach der Einsetzung des neuen Bischofs beging die Diözese Rottenburg vom 25.–27. Juni 1928 ihre Jahrhundertfeier. Sie sollte jenen Tagen nicht nachstehen, da man vom 18.–20. Mai 1828 die Inthronisation des ersten Bischofs der Diözese, Johann Baptist von Keller, gefeiert hatte. Die Festtage selber begannen mit dem Empfang des Päpstlichen Vertreters, Nuntius Eugenio Pacelli, des späteren Papstes Pius XII., auf dem Marktplatz der Stadt Rottenburg. In seiner Festpredigt hob Bischof Sproll die Bedeutung des Bischofsamtes für das religiöse Leben der Diözese hervor. Er rechnete es sich als besondere Ehre an, als Vertreter der Landesregierung wiederum Dr. Eugen Bolz begrüßen zu können.
Weder Bischof Sproll noch Dr. Bolz konnten ahnen, daß anderthalb Jahrzehnte später Württembergs letzter Staatspräsident in seiner Seelennot den verbannten Bischof im Heilbad Krumbad aufsuchen würde, ehe sein Weg durch die Gefängnisse auf dem Schafott von Plötzensee endete.
Bischof Sproll beschloß die Jahrhundertfeier der Diözese mit den Worten: »So treten wir in Gottes Namen in das Zweite Jahrhundert. Wenn jeder, der es gut meint, seinen Mann stellt und ganze Arbeit leistet, so braucht uns nicht bange zu sein. Die Kirche Gottes hat schon schlimmere Zeiten geschaut, und zage Geister haben schon wiederholt um ihren Bestand gefürchtet. Aber aus allen Wirren und Kämpfen ist sie immer wieder neu gekräftigt hervorgegangen.«

Was mit diesen Worten von der Vergangenheit der Kirche gesagt wurde, sollte durch das Aufkommen der nationalsozialistischen Bewegung schon bald härteste Gegenwart werden. Zwar faßte diese Partei in Württemberg, verglichen mit anderen deutschen Ländern, am langsamsten Fuß, aber sie war auch hier im Kommen. Bischof Sproll verhielt sich zunächst abwartend und äußerst zurückhaltend, auch nach der sogenannten Machtergreifung am 30. Januar 1933. Wohl begrüßte er den Abschluß des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933, doch blieb er voller Skepsis gegenüber den katholikenfreundlichen Reden mancher nationalsozialistischer Führer in dieser ersten Zeit. Bald genug zeigte die Partei ihr wahres Gesicht, indem sie gegen Katholiken, katholische Organisationen und vor allem gegen die katholische Jugend rigoros vorging. Wie schon nach der Revolution von 1918 begann jetzt Bischof Sproll einen Feldzug der unerschrockenen Abwehr gegen den braunen Terror mit der Abhaltung sogenannter Bischofstage, an denen Tausende und Zehntausende zusammenkamen, mit einer ausgedehnten Predigttätigkeit, aber auch mit entschiedenen schriftlichen Protesten.

Keine Mühe scheuend, sprach nun Rottenburgs Bischof fast Sonntag für Sonntag, aber auch sonst bei jedem gegebenen oder möglichen Anlaß in den Kirchen seiner Diözese zu den Gläubigen. Die rasch fortschreitende Einschränkung der katholischen Presse veranlaßte ihn, sich seiner Predigtaufgabe noch intensiver als bisher zu widmen und an vielen Tagen zwei- und dreimal in derselben Kirche oder in einander benachbarten Pfarrkirchen zu predigen, wobei das Wort an die Jugend ihm besonders wichtig war.

Das 1. Diözesantreffen des Katholischen Jungmännerbundes am 27./28. Mai 1933 in Ulm vereinigte 20 000 Teilnehmer zu einem gewaltigen Bekenntnis der Jugend. Kundgebungen der Jugend wurden auch die Bischofstage. Am Bischofstag in Ulm am 10. Februar 1933 beteiligten sich nicht weniger als 12 000 Jugendliche. Am 14. März danach sprach Bischof Sproll bei einer Männerwallfahrt im Münster zu Weingarten, am 24. März in Schramberg vor 9000 Zuhörern, in Ravensburg am 5. Mai vor 15 000 Teilnehmern, in Bad Mergentheim am Sonntag darauf vor 8000 Jugendlichen und in Neresheim hörten am 21. Juli über 6000 katholische Jungen und Mädchen ihren Oberhirten. Ebenso stark besucht waren diese Bekenntnistage auch in den folgenden Jahren.

Bei dieser Aktivität wurden die Geheime Staatspolizei und die Funktionäre der NSDAP zu ständigen Begleitern des Bischofs. Sie fanden von Anfang an lautstarke Unterstützung bei der gleichgeschalteten Presse, besonders aber seit 1935 zeichnete sich dabei die parteieigene Wochenschrift »Flammenzeichen« durch perfideste Hetze besonders unrühmlich aus.

Einen Teil seiner Predigten ließ der Bischof drucken, um ihnen weitestmögliche Verbreitung zu verschaffen, zunächst unter der pressegesetzlichen Verantwortung des Bischöflichen Ordinariats, dann unter seiner persönlichen, denn die katholische Tagespresse und die kirchlichen Presseorgane wurden in ihrer Tätigkeit immer mehr eingeschränkt, und ihr Erscheinen schließlich ganz unmöglich gemacht. Um die bisher für ihn tätig gewesenen Druckereien nicht in ihrer Existenz zu gefährden, mußte Bischof Sproll schließlich zur – mitunter auch zuvor schon angewandten – Vervielfältigung im Abzugsverfahren greifen.

Nicht nur die Predigttätigkeit des Bischofs verdroß die NSDAP und ihre Dienststellen im Gau Württemberg-Hohenzollern bis hinauf zu Gauleiter und Reichsstatthalter Wilhelm Murr, fast mehr noch taten dies seine Denkschriften, in denen er zu den Übergriffen der Partei, ihrem Kampf gegen Kirche und Christentum, insbesondere auch gegen die katholischen Jugendorganisationen sowie zur offenen und versteckten Verletzung des Reichskonkordats ebenso freimütig Stellung nahm wie zu den Ausführungen Hitlers bei dem Potsdamer Schauakt vom 21. März 1933 und dessen zwei Tage später erfolgten Regierungserklärung mit der Zusicherung, die Rechte der Kirchen würden nicht angetastet, die beiden Konfessionen seien vielmehr »wichtige Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums«. Daß sein Protestschreiben vom 16. Juli 1935 nach dem »Großkampfmonat« der Hitlerjugend in den »Deutschen Briefen« in Luzern abgedruckt und so dem interessierten Ausland bekanntgemacht wurde, mußte den Ärger und Vernichtungswillen der Partei nur noch steigern, zumal die »Deutschen Briefe« dann des öfteren Auszüge aus seinen Predigten brachten.

Zu erwähnen ist auch des Bischofs mutiges Schreiben über die Gestaltung des katholischen Religionsunterrichts an den Kultusminister in Stuttgart vom 1. Juni 1937, mit dem er aufs entschiedenste gegen Anweisungen und Auflagen des Ministeriums »zur Neugestaltung der religiösen Unterweisung im nationalsozialistischen Sinn« protestierte und forderte, »die konkordatsrechtlich zugesicherte Erteilung katholischen Religionsunterrichts in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche zuzulassen«. Als der Kultusminister das Schreiben mit dem Bemerken unbeantwortet zurückgehen ließ, in Zukunft würden sämtliche Schreiben, »die in einem so unerhörten Ton gehalten sind«, ebenso behandelt werden, veranlaßte Bischof Sproll, daß seine Eingabe und der Bescheid des Kultusministers von Kardinalstaatssekretär Pacelli durch die Deutsche Botschaft in Rom der Reichsregierung mitgeteilt und diese um entsprechende Abhilfe ersucht wurde. Auch diese Note blieb unbeantwortet, wie so viele andere.

Predigten und Denkschriften, die in ihrer Klarheit und Entschiedenheit wohl von keiner authentischen Äußerung eines anderen deutschen Kirchenführers in diesen Jahren übertroffen wurden, machen wohl am ehesten den anhaltenden harten und bösartigen Kampf der örtlichen, regionalen und zentralen Parteiinstanzen gegen Bischof Sproll verständlich. Sie führten zunächst Ende 1937, Anfang 1938 zu einem Ermittlungsverfahren gegen ihn, über das freilich nichts in die Öffentlichkeit drang. Die Eröffnung des Verfahrens blieb Partei und Justizbehörden jedoch erspart. Sie fanden im Fernbleiben des Bischofs von der Volksabstimmung und Reichstagswahl nach dem »Anschluß« Österreichs am 10. April 1938 einen geeigneteren Vorwand, ihn aus seiner Diözese zu entfernen. Zur Begründung dieser Maßnahme gehörte in späterer Zeit aber stets auch der Hinweis auf die »aggressive« Predigttätigkeit des Bischofs.

IV

Besonders Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts« verurteilte Sproll kompromißlos und unmißverständlich. Denselben zum wiederholten Male beim Namen zu nennen, scheute er sich nicht, als es um die mit allen Mitteln betriebene Eingliederung der katholischen Jugendverbände in die Hitlerjugend ging. Blut und Rasse der nordischen Art wurden in diesem Buch in die Sphäre des Sakralen gehoben, gewannen die Dimension von Glauben und Mysterium.
Dazu meinte der Bischof: »Es ist ein grundlegender Irrtum, zu meinen, daß Blut und Rasse Religion schaffen können... Blut und Rasse sind natürliche Gegebenheiten, Schöpfungen Gottes, aber nicht Gott selber. Man macht aus dem Dienste am Blute geradezu eine Religion des Blutes. Diese von Rosenberg in seinem ›Mythus‹ vertretene Religion des Blutes und der Rasse bedeutet die Todfeindschaft gegen das Christentum und die Kirche. Die Religion des Blutes ist eine der großen Irrlehren unserer Zeit; sie verlegt das Göttliche in den Menschen und leugnet im tiefsten Grunde Gott selber, leugnet mindestens einen persönlichen Gott. Die Religion des Blutes ist höchstens Ersatzreligion der Gottesleugner.« Diese Sätze sprach der Bischof beim Heilig-Blut-Fest 1936 in Wurzach. Und am Heilig-Blut-Fest desselben Jahres zu Weingarten forderte er die Gläubigen auf, »acht zu haben, daß ihren Kindern nicht an die Stelle des Glaubens an die erlösende Kraft des Blutes Christi diese neue Religion des Blutes und der Rasse eingeimpft werde«.
Immer deutlicher erkannte und benannte Sproll die gegen die Kirche bzw. das Christentum in Wort, Schrift und Bild zum Ausdruck gebrachten Anfeindungen wie auch die immer unverhüllter zu Tage

tretenden Übergriffe gegen die Kirche: »Wir sind schon weit vom eigentlichen Christentum entfernt. Viele und starke Kräfte sind am Werke, mit dem Christentum in Deutschland ganz aufzuräumen. Wer Tag für Tag die Zeitschriften und Zeitungen verfolgt, kann darüber nicht im Zweifel sein, daß es sich zur Zeit um einen Generalangriff gegen jegliches Christentum handelt«, betonte er bei der Männerpredigt an seinem Lieblingsort Weingarten am 29. September 1935.
Eineinhalb Jahre später charakterisierte er auf dem Schönenberg bei Ellwangen die Lage so: »Wir sind vom eigentlichen Christentum schon weit entfernt und entfernen uns von ihm von Jahr zu Jahr immer mehr. Viele und starke Kräfte sind am Werke, mit dem Christentum in Deutschland ganz aufzuräumen. Hatten wir vor wenigen Jahren noch gehofft, die beiden christlichen Konfessionen werden die Grundlagen für den religiösen und sittlichen Aufbau des Reiches sein, darf es jetzt offen ausgesprochen werden, daß die beiden christlichen Konfessionen zu verschwinden haben und daß die nationalsozialistische Revolution in eine germanisch-heidnische Reformation übergehen müsse.« Das Christentum und die Kirche sind also einer harten Bewährung ausgesetzt. Diese auf der einen Seite offenlegend, erinnert er seine Gläubigen auch immer wieder an die Tradition im Christentum, wonach Leiden und Verfolgung, Haß und Verleumdungen schon von Anbeginn angekündigt worden sind. Der Historiker gibt glänzende Durchblicke durch die Zeiten der Verfolgung im Verlauf von fast zwei Jahrtausenden Kirchengeschichte und ruft auf, in der gegenwärtigen Zeit den Kampf aufzunehmen.
In besonders krasser Weise zeigte sich die Feindschaft des NS-Regimes gegen die katholische Kirche in den 1935 beginnenden kriminellen Kreuzesfreveln. Bei diesen Aktionen wurden Feld- und Friedhofskreuze, Kreuzwegstationen, Bildstöcke und Heiligenstatuen umgeworfen und zum Teil zerstört. Gleichzeitig ging ein Sturm auf die Kruzifixe in den Rathäusern, Schulen und öffentlichen Gebäuden einher. Darauf am Christkönigsfest 1935 im Münster zu Schwäbisch Gmünd bezugnehmend, machte Bischof Sproll der katholischen Jugend klar: »Da, wo man Christi Zeichen, das Kreuz, verhüllt und entfernt ..., da ist euer Platz nicht.« Anläßlich von Kreuzesfreveln verfaßte Sproll Hirtenschreiben, die in den Orten der betroffenen Dekanate zu verlesen waren, auch wurden Sühnebetstunden angeordnet.
Auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten prangerte der Bischof diese Untaten an, beschwor er die Gefahr, die dem Kreuz drohte: »Nur keine Täuschung, mit dem Kreuze wird auch das Christentum aus der Schule verschwinden« – und Kardinal Faulhaber von München zitierend, verkündete er: »Wir lassen an der Stelle des Kreuzes keine Donareiche pflanzen.«

Im Laufe des Jahres 1935 begannen Verhandlungen gegen Klosterbrüder wegen des Verdachts homosexueller Vergehen. In der ersten Prozeßphase und Pressekampagne hörten die Gläubigen der Diözese ein Hirtenwort zu diesen Prozessen. Darin bekundete der Bischof tiefen Schmerz und Trauer über die vor Gericht nachgewiesenen Verfehlungen. »Was wir aber bei diesen Prozessen noch ganz besonders schmerzlich bedauern müssen«, hieß es weiter, »das ist die ganze Art der Berichterstattung, die sich von den sonst üblichen Berichten bei ähnlichen Prozessen ... wesentlich unterscheidet.«
In der Männerpredigt zu Weingarten am 10. Oktober 1937 reagierte Rottenburgs Oberhirte nochmals in schärferem Tone, denn in der Zwischenzeit hatten weitere Pressekampagnen stattgefunden, hatte Goebbels seine spektakuläre Rede in der Berliner Deutschlandhalle gehalten.
Der Kampf um die Erhaltung der im Reichskonkordat zugesicherten Konfessionsschule wurde ein weiteres Thema der Konfrontation, nachdem in Württemberg 1936 die Gemeinschaftsschulen eingeführt und Anfang 1937 auch die Schulen der katholischen Orden und Kongregationen geschlossen wurden. Besonders hart wurde in Württemberg das Gefecht um die Verfügung über das Treuegelöbnis zum Führer der in den Schulen Religionsunterricht erteilenden Geistlichen. 211 von ihnen weigerten sich, die speziell württembergische Vorlage zu unterzeichnen. Sie fanden in ihrem Bischof einen erfahrenen Beistand, der sich dagegen verwahrte, dieselben als »Eidesverweigerer und Staatsfeinde« hinzustellen. Bei aller Kritik ging es Bischof Sproll aber auch darum, in aller Öffentlichkeit die Treue der Katholiken zu Staat, Volk und Vaterland zu betonen. Insbesonders, wenn er zur Jugend sprach, forderte er zur Staatstreue auf, um Verdächtigungen abzuwenden, als ob die Katholiken oder die katholische Kirche am gesellschaftlichen Neuaufbau der Volksgemeinschaft sich nicht beteiligen wollten.
Ein »treuer, deutscher, katholischer Bischof«, der allerdings die entsprechende Interpretation dieser Begriffe gab, legte zu seinem 40-jährigen Priesterjubiläum die Grundsätze seines Bischofsamtes dar, forderte die garantierten Rechte des Reichskonkordates ein, verwies auf die Gefahren der Zeit, auf Aufgaben und Pflichten und warnte zum wiederholten Male vor Rosenbergs christentumsfeindlichen Buch. 8000 Jugendliche fanden sich in der Bischofsstadt ein, um die Glückwünsche dem darzubringen, von dem sie bei vielen Anlässen erfuhren, daß er auf ihrer Seite stand.

V

Am 10. April 1938 fanden nach dem Anschluß Österreichs an das Reich Wahlen zum Reichstag statt. Diesen blieb Sproll vorsätzlich fern, obwohl er die Angliederung Österreichs an das Reich vorbehaltlos begrüßte. Mit dem gleichen Stimmzettel wurde jedoch die Wahl zum Reichstag gekoppelt. Den allseits bekannten Kirchenhassern seine Stimme zu geben, widersprach seiner Gesinnung. Mit diesem Schritt entfachte er eine spektakuläre Kraftprobe mit dem Regime.
In den der Wahl folgenden Monaten lief ein Drama ab, das mit dem Bannstrahl des Reichskirchenministers über Sproll die Ausweisung aus seiner Diözese verfügte. Der am 15. August mit Einverständnis Hitlers beschlossene Akt wurde am 24. August ausgeführt, um eine Gegenreaktion der vom 17.–19. August tagenden Fuldaer Bischofskonferenz, an der Rottenburgs Bischof teilnahm, zu verhindern. Zwischen dem 10. April und 24. August 1938 lagen Wochen eines hemmungslosen Kesseltreibens gegen den »Nichtwähler Sproll«. Mit einer Unterschriftenaktion machte die Partei Stimmung für des Bischofs Abberufung, damit an seine Stelle einer trete, »der gleichzeitig ein guter Deutscher ist«.
Anfangs noch Lokalereignis, das sich auf Rottenburg beschränkte, weitete sich die Affäre in dem Augenblick zu einer Staatsaktion aus, als es Reichsstatthalter und Gauleiter Murr gelang, sich mit dem ansonst glücklosen Reichskirchenminister Kerrl zu verbinden. Ab 3. Mai stellte sich Murr an die Spitze der Kampagne gegen Rottenburgs Bischof.
Dieser nahm zunächst den Rat seines bestürzten und von der Absicht der Wahlenthaltung nicht informierten Domkapitels an und wich aus, indem er Rottenburg verließ, was eigentlich weder seinem Temperament noch seiner Natur entsprach. Auf Weisung der römischen Kurie kehrte er im Mai wieder in die Dözese zurück, ohne sein dem Domkapitel angekündigtes Vorhaben, öffentlich im Dom aufzutreten, ausführen zu können, und ohne daß sein Hirtenwort in der Diözese durch das Bischöfliche Ordinariat bekanntgemacht wurde. Sein Mitarbeiterkollegium sprach ein klares Nein. Der Bischof begab sich für Wochen ins Marienhospital nach Stuttgart. Der Untätigkeit überdrüssig, strebte er immer ungeduldiger an seinen Amtssitz zurück. Er wollte im Wissen, daß er auf fremde Hilfe nicht bauen konnte, von der einen und vielleicht letzten Freiheit Gebrauch machen und die Flucht nach vorne antreten, wieder er selbst werden.
Die Kampagne gegen Sproll mit insgesamt sieben Demonstrationen von Mai bis Juli 1938 in Rottenburg und einer perfiden Pressekampagne wurde Ende Juli abgebrochen, nachdem eine letzte Demonstration auf dem Rottenburger Marktplatz am 31. Juli stattgefunden und

zuvor ein Hetzfeldzug in den »schwärzesten« Kreisen Oberschwabens, Biberach, Ravensburg, Wangen nicht den erhofften Erfolg gebracht hatte.
Daß diese Vorgänge die Katholiken der Diözese nur stärker und enger an ihren Oberhirten banden, dem von überallher Sympathie- und Treuekundgebungen zuteil wurden, blieb der scharfen Beobachtung der Parteiinstanzen nicht verborgen. Zahllose Geistliche und Laien richteten gemeinsam oder einzeln Briefe an den Bischof, in denen sein Mut und seine Standhaftigkeit gerühmt und ihm unverbrüchliche Treue zugesichert wurde.
Um so mehr drängten die ob des kümmerlich verschleierten Mißerfolges sehr betroffenen württembergischen Parteistellen die Zentrale in Berlin zum Eingreifen. Bei der fast hilflos wirkenden Bedächtigkeit der kirchlichen Behörden und dem Zögern der anderen Stellen in Partei und Staat gelang es dem sonst beiseitegestellten und wenig beachteten »Reichskirchenminister« Kerrl, von Hitler in Bayreuth die Zustimmung zur Ausweisung des Bischofs aus seiner Diözese zu erlangen. So wurde die »Angelegenheit Dr. Sproll, Bischof von Rottenburg«, ein letzter Erfolg für einen Mann im Ministerrang, dem seit Ende des Jahres 1937 ein dienstlicher Vortrag bei Hitler nicht mehr gewährt wurde. Dieser »Erfolg« war nicht zuletzt deshalb möglich geworden, weil der Chef der Sicherheitspolizei, Heydrich, bei einem der wichtigsten Männer in Hitlers Umgebung, dem SS-Brigadeführer Schaub, das Vorgehen des Reichsstatthalters Murr rechtfertigte und unterstützte. Nach dem erheblichen Aufgebot an Propaganda handle es sich jetzt »um eine Prestigefrage für den Reichsstatthalter und Gauleiter, daß der Bischof Dr. Sproll aus Rottenburg verschwindet«.
Am 24. August 1938 wurde dem Bischof von der Stuttgarter Geheimen Staatspolizei Hitlers Entscheid über seine Ausweisung aus dem Gau Württemberg-Hohenzollern eröffnet. Da er sich dem nicht beugen und nur der Gewalt weichen wollte, wurde er von der Gestapo nach Freiburg i. Br. verbracht und vor dem Erzbischöflichen Ordinariat abgesetzt. Nach der ausdrücklichen Zusicherung der Stuttgarter Gestapobeamten sollte er außerhalb seiner Diözese ganz und gar unbehindert bleiben. Doch wie nur zu oft, zeigte sich auch hier die Unglaubwürdigkeit der nationalsozialistischen Funktionäre, ja, des ganzen Systems.
Wegen der aufsehenerregenden Berichterstattung in der ausländischen Presse, insbesondere im »Osservatore Romano«, beschäftigte die Ausweisung von Bischof Sproll dann auch stark das Auswärtige Amt.
Endlich machte sich jetzt eine stärkere Anteilnahme des deutschen Episkopats bemerkbar. Am klarsten und entschiedensten bezogen Michael Kardinal Faulhaber (München) und die Bischöfe von Galen

(Münster i. W.) und von Preysing (Berlin), Stohr (Mainz), Ehrenfried (Würzburg) und Bornewasser (Trier), ganz besonders aber Erzbischof Gröber (Freiburg) aus Sorge um die Konsequenzen für alle Bischöfe offen und entschieden Stellung. Das »Protestschreiben« des Kardinals Bertram dagegen, das dieser erst nach einer schriftlichen Befragung des Episkopats, insbesondere Bischof Sprolls vom 31. August, dann am 16. September an den Reichskirchenminister richtete, kam zu spät, um noch eine Wirkung zu haben. Es war auch zu matt und mild und in viel zu verbindlichen Sätzen abgefaßt.

Da der Bischof dem gerade abwesenden Gastgeber, Erzbischof Dr. Conrad Gröber, durch seinen Aufenthalt in Freiburg keine Unannehmlichkeiten bereiten wollte, zog er noch am Tage einer neuen, gegen ihn und den Erzbischof gerichteten Parteikundgebung weiter nach Bad Dürrheim an der badisch-württembergischen Grenze. Von dort reiste er nach München, wo er sich zu seinem früheren Vikar in Kirchen und jetzigen Schriftleiter Dr. Alfons Heilmann begab. Dieser vermittelte seine Aufnahme in das Benediktinermissionskloster St. Ottilien, Kreis Landsberg, wo er im August 1940 schwer erkrankte.

Trotzdem nahm er noch an der Fuldaer Bischofskonferenz vom 20.–22. August teil. Beim Fortschreiten der Erkrankung verstärkte sich eine nervlich bedingte Lähmung so, daß er nicht mehr gehen, ja nicht einmal schreiben und später nur noch sitzend zelebrieren konnte.

Nach einem fast zwei Monate währenden Aufenthalt im Nymphenburger Krankenhaus in München begab er sich am 24. Januar 1941 in das ihm von früheren Aufenthalten her wohlbekannte Heilbad der Ursberger St. Josefs-Schwestern in Krumbad, das in den Kriegsjahren als Reservelazarett zum großen Teil beschlagnahmt war. Krumbad wurde nun Bischof Sproll für die noch fast viereinhalb Jahre währende Exilzeit zur Herberge.

Um diese Zeit bemühte sich das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg, wie schon bei verschiedenen Gelegenheiten in den Jahren zuvor, erneut intensiv um eine Rückführung des Bischofs in seine Diözese und verwies dabei auf seinen fast hoffnungslosen Gesundheitszustand. Für sein Ableben wurden bereits Überlegungen angestellt und eventuell der Klosterfriedhof Ursberg als Begräbnisstätte ausersehen.

Am 12. Mai 1941 wandte sich Generalvikar Kottmann unmittelbar an den Reichsstatthalter von Württemberg-Hohenzollern, unterstützt durch Erzbischof Gröber, durch den Leiter des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenzen sowie durch den Päpstlichen Nuntius in Berlin. Voll Freude schrieb Gröber am 24. Juli 1941 an Bischof Sproll, er habe eine ziemlich aussichtsreiche Mitteilung vom Leiter des Berliner Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenzen erhalten.

Der Verbannte konnte sich jedoch nicht zur Annahme der von den Parteistellen und Reichsinstanzen für den Fall der Rückkehr gemachten Auflagen verstehen. Sie untersagten nicht nur Demonstrationen der Gläubigen für ihn sowohl bei der Rückkehr wie auch später und jede »aggressive Haltung« seinerseits gegen Partei und Staat, sondern verpflichteten ihn auch zum Verzicht auf jegliches öffentliches Auftreten und auf alle öffentlichen kirchlichen Amtshandlungen. Indessen drängte die Berliner Nuntiatur zur Resignation oder doch zur Annahme eines Coadjutors. In diesem Sinn verhandelten Nuntius Orsenigo und Weihbischof Wienken am 31. Mai und 1. Juni 1941 mit ihm in Krumbad. Dem gleichen Ziel diente auch ein Besuch des Nuntiaturrats Carlo Colli im Sommer 1942, der in der Sache nachstieß, ohne jedoch auf Gegenliebe zu stoßen, vielmehr fühlte sich der Bischof ob dieses Ansinnens zutiefst verletzt.
Mit dem Ende des »Dritten Reiches« war das Ende der Verbannung gekommen. Sein Wunsch, in die Diözese zurückzukehren, konnte erfüllt werden. Die unsicheren Verkehrsverhältnisse und die Aufteilung der deutschen Lande in Besatzungszonen (Rottenburg lag in der französischen, Krumbad in der amerikanischen Zone) machten es erst am 23. Mai einer Abordnung des Domkapitels möglich, den Bischof aufzusuchen, um die Heimkehr in die Wege zu leiten. Am 10. Juni war feierlicher Abschied in Krumbad, am 12. Juni wurde der Verbannte in seine Diözese zurückgeholt. Genau 18 Jahre nach seiner Inthronisation als Bischof von Rottenburg konnte am 14. Juni 1945 der große Dankgottesdienst mit dem umjubelten und verehrten Bischof stattfinden. Von den Leiden der vergangenen Jahre gezeichnet, wurde der Bischof in den Dom getragen.
Noch fast vier Jahre verwandte Bischof Sproll die letzte Kraft seiner einst so starken Gesundheit auf den Wiederaufbau seiner Diözese. Trotz seiner erheblichen körperlichen Behinderung besuchte er viele Pfarreien und nahm an zahlreichen Begegnungen landauf – landab teil. Im Oktober 1947 sprach er, 10 Jahre nach seiner letzten Begegnung, bei der Männerpredigt in Weingarten erstmals wieder zu den katholischen Männern des Schwabenlandes. Noch einmal wandte er sich an das katholische Volk mit der Bitte, sich vor allem auch der Kriegsgefangenen anzunehmen und für den Frieden zu beten.

VI

Das Wirken von Joannes Baptista Sproll am Maßstab seines von ihm so oft gedeuteten Wahlspruchs »Fortider in fide – Stehet fest im Glauben« zu deuten, dürfte dem Wesen seiner Person am nächsten kommen. Ein Stück Tragik und sicher auch Enttäuschung durchzieht die härtesten

Jahre des Lebens dieses Einzelkämpfers, der durch den Alleingang seiner Wahlenthaltung eine Lawine von Angriffen gegen sich auslöste, seine Mitarbeiter überraschte und verunsicherte, wodurch Bischof und Domkapitel in der härtesten Krise ihrer Zusammenarbeit in die Defensive gedrängt wurden.
Ein Stück diplomatisches Denken mit in das Handeln einzubeziehen, tat sich Sproll ein Leben lang schwer. Die entstehenden Konsequenzen mußte er jedoch wiederholt am eigenen Leibe verspüren, nicht zuletzt als die römische Kurie bereit war, seinen Fall durch ein Rücktrittsansinnen zu bereinigen.
Seine Bedeutung im Kampf gegen die nationalsozialistische Weltanschauung sollte nicht unterschätzt werden. Aus den von den Gegnern gezogenen Konsequenzen läßt sich deren Einschätzung ermessen, wenngleich er selbst auf keinen Fall politischen Widerstand leisten wollte. Ihm lag vielmehr daran, die Werte des katholischen Glaubens zu lehren und wenn diese angegriffen werden, zu verteidigen. »Katholiken machen keine Revolte und leisten keinen gewalttätigen Widerstand«, lautete seine Devise.
Das Regime machte ihm den Vorwurf, er bringe seine Gegnerschaft gegenüber der Obrigkeit seines Vaterlandes provokatorisch zum Ausdruck, und er mußte sich die Anklage gefallen lassen, er stachle das katholische Volk gegen Staat und Partei auf. Es traf den für das Wohl des Volkes Ringenden hart, wenn seine Widersacher seine Predigten als Hetzreden schlimmster Sorte, die alle ein Vergehen gegen Staatsgesetze darstellten und wofür die Strafverfolgung anzuordnen sei, anprangerten.
Der psychische Schmerz des Durchlittenen hat den Bekennerbischof, wie das schwäbische Volk seinen aus der Verbannung heimgekehrten Bischof ehrenhaft benannte, physisch so getroffen, daß sein Körper die Leiden nicht mehr auffangen konnte. Er starb am 4. März 1949.
Was 1938 in einem Bericht des Chefs des Sicherheitshauptamtes Heydrich an die Reichskanzlei aus dem damals verpönten Blatt »Der Deutsche Weg« zitiert wurde, kann sicher auch im historischen Abstand bestehen und trifft ein gutes Stück vom Wesen und Wirken des siebten Bischofs der Diözese Rottenburg, Joannes Baptista Sproll, des Mannes aus dem einfachen Volke, dem er sich zeitlebens ganz eng verbunden wußte und das neben dem ihm treu ergebenen schwäbischen Klerus zur Stütze seines Lebens und Handelns wurde: »Sein Beispiel ist ein Fanal«.

Benedict Kreutz (1879–1949)

Am 9. November 1921 wurde Kreutz in der Nachfolge des verstorbenen Gründers Lorenz Werthmann zum zweiten Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes gewählt. Der Zweiundvierzigjährige war zu diesem Zeitpunkt erst drei Jahre innerhalb der Caritasorganisation tätig, zu der er überdies mit einigem Widerstreben gefunden hatte. Letztlich hatte er dem beharrlichen Drängen Werthmanns nachgegeben, der in der Verpflichtung von Kreutz auf verantwortungsreichen Posten in Berlin »die glücklichste Lösung einer für den Caritasverband entscheidungsvollen Frage« erblickte.

In diesen drei Jahren aber, während derer er die neueingerichtete Hauptvertretung des Deutschen Caritasverbandes in der Reichshauptstadt auszubauen und zu leiten hatte, hatte sich Kreutz durch energische, ehrgeizige, fast übermäßige Arbeit zu einem Fachmann nicht nur des caritativen, sondern überhaupt des Fürsorgewesens entwickelt. Und er hatte Geschmack daran gefunden, an der politischen Schaltzentrale des Reiches die »richtigen«, für seine Aufgaben wichtigen Persönlichkeiten kennenzulernen, in Verbänden, Behörden und Ministerien. Vielen dieser Gesprächs- und Aktionspartner galt der Rat von Kreutz etwas, als in den zwanziger Jahren staatliche Sozialpolitik und freie Wohlfahrtspflege breit entwickelt wurden. So wurden Drähte gezogen und Kanäle eröffnet, die sich der Caritaspräsident nutzbar machen konnte, um Vorstellungen des Verbandes Gehör und seiner praktischen Arbeit Förderung zu verschaffen.

Vollends zum unentbehrlichen Vermittler für Caritas, katholische Kirche und die Rechte freier Wohlfahrtspflege wurde er, als der Nationalsozialismus auch auf diesem Felde den Ausschließlichkeitsanspruch des Parteistaates, zumindest seine Gleichschaltungstendenzen verfocht. Bei der im Gesamtergebnis erfolgreichen Verteidigung organisierter katholisch-caritativer Sozialarbeit im Deutschland der Jahre 1933–1945 ist der Name von Benedict Kreutz an erster Stelle zu nennen. Wer war dieser Mann, welchen Weg hat er vom badischen Dorfpfarrer zum einflußreichen Vertreter des deutschen Katholizismus zurückgelegt?

I

Benedict Kreutz wurde am 15. Januar 1879 in St. Peter im Schwarzwald geboren, als Sohn des Bäckermeisters und Mühlenbesitzers Benedict Kreutz und der Bierwirtstochter Karolina geb. Schwär. Er war das 10. von insgesamt 17 Kindern; fünf seiner Geschwister starben noch in ihrem ersten Lebensjahr. Bereits als Elfjähriger entschied er sich »aus ganz freiem Antriebe« für den Priesterberuf. 1898 machte er das Abitur in Freiburg – die einzigen »sehr gut«-Zensuren in Religion und Turnen. Das Studium schloß sich an: zwei Semester Philosophie an der königlichen Akademie in Eichstätt und vier Semester Theologie an der Freiburger Universität; eine Zeit, in welcher Kreutz Interesse an sozialpolitischen Problemen entwickelte, in der er aber auch als Mitglied der Studentenverbindung »Hercynia« heitere Geselligkeit übte und persönliche Beziehungen aufbaute.

Am 2. Juli 1902, gerade 23 Jahre alt, wurde Benedict Kreutz im Priesterseminar des heimatlichen St. Peter durch Erzbischof Thomas Nörber von Freiburg zum Priester geweiht. Nach wenigen Wochen einer Urlaubsvertretung in Birndorf bei Waldshut trat der Neupriester seinen seelsorgerischen Dienst als Vikar in Durlach bei Karlsruhe an (11. September 1902). Für die eineinhalb Jahre in dieser Pfarrei bestätigte ihm Pfarrer Ruf, »in den religiös und sozial äußerst ungünstigen Verhältnissen der Fabrikstadt Durlach in und außer des von ihm gegründeten und präsidierten Katholischen Arbeitervereins eine reiche gesegnete und sehr dankbar allseits anerkannte Tätigkeit zu entfalten«.

1903 bewarb sich Kreutz um Übernahme als Volontär an die Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. Aber trotz der Fürsprache Franz Hitzes, der ihn »gerade für eine Tätigkeit in den Industrie-Centren Badens« ausbilden wollte, sagte Generaldirektor August Pieper ab, da die entscheidende Vorbedingung, das mit Promotion abgeschlossene Studium der Nationalökonomie, fehle. Eine Freistellung hierfür bewilligte Erzbischof Nörber jedoch nicht, sondern versetzte Kreutz zum 20. April 1904 an die Freiburger Martinspfarrei. Als einer von vier Kooperatoren hatte Kreutz dort den Pfarrherrn Heinrich Hansjakob zu entlasten, eine Aufgabe, die ihm der von manchem politischen Streit zerzauste Schriftsteller und bekannte Prediger nicht immer leicht machte.

In der Gemeinde arbeitete Kreutz besonders mit dem Katholischen Arbeiter- und dem 1905 neugegründeten Arbeiterinnenverein zusammen. Sehr stark wandte er sich auch dem Männer-Vinzenzverein zu, einem der ältesten der Erzdiözese, über welchen er in Berührung mit Männern der Caritas kam. Sozialer Einsatz, dazu eine glänzende Rednerbegabung und ausgeprägte Kontaktfreudigkeit waren Wesensmerkmale des Kooperators Kreutz, die ihn nicht nur bei der Gemeinde

beliebt machten, sondern auch bei der Kirchenbehörde zu dem Entschluß führten, dem Einunddreißigjährigen die Verwaltung einer eigenen Pfarrei zu übertragen. Auf den 19. Mai 1910 wurde Kreutz, zur tiefen Kränkung Hansjakobs, nach dem nordbadischen Untergrombach (bei Bruchsal) versetzt, einer Industriegemeinde, die »religiös und social seitens der Sozialdemokratie sehr gefährdet« galt und deshalb, nach Überzeugung des Ordinariats, einen »körperlich und geistig sehr leistungsfähigen und gewandten Seelsorger (forderte), der zugleich in längerer pastoraler Tätigkeit die Erfahrungen gesammelt hat, den heute forcierten Angriffen auf die religiöse, sittliche und staatliche Ordnung zu wehren«.

II

Ein Jahrzehnt lang hat Kreutz diese Gemeinde, unter deren rund 2400 Einwohnern nur 20 Protestanten und 60 Israeliten lebten, geführt, erst als Pfarrverweser, von 1914 an als Pfarrer. Seiner herzlichen, auf Versöhnlichkeit und Verträglichkeit eingestellten Art gelang es, die durch die Nachwehen des Kulturkampfes zerstrittenen Lager von Liberalen, Sozialdemokraten, Katholiken, Juden einander wieder näher zu bringen. Mit Schwung und Energie trieb er den Ausbau des Vereinswesens voran, um vor allem den erwerbstätigen Gemeindemitgliedern Freizeit- und Bildungsangebote zu ermöglichen. Den katholischen Arbeitervereinen galt dabei seine gezielte Sorge. Nach seiner eigenen Aussage hat Kreutz »durch Arbeiterbildungskurse, Einrichtung einer Volksbibliothek, durch gewerbschaftlichen Zusammenschluß der Tabakarbeiterinnen und durch Errichtung einer ländlichen Wohlfahrtsanstalt (Gemeindeheim)« damals seine »ersten wirksamen praktischen socialpolitischen Versuche« unternommen.
1912 arbeiteten in der Pfarrei 13 kirchliche Vereine, unter denen der St. Elisabeth-Frauenverein mit einem halben Tausend Mitgliedern der stärkste war. Mit letzterem als Träger konnte Pfarrer Kreutz auch die Krönung seines sozial-caritativen Engagements verwirklichen, nämlich die Schaffung eines Gemeindezentrums. Die »geistige Rekonstruktion und Linienführung« für den Bau dieses »St. Elisabeth«, das mit Schwesternwohnung, Krankenpflegeabteilung, Kindergarten, Schulsaal und Volksbad einen sozialen Mittelpunkt für die Gemeinde darstellte, hat Kreutz später zum Gegenstand seiner Doktorarbeit gemacht.
Eine nachhaltige Belastung und Einschränkung seines seelsorgerlichen Wirkens in der Gemeinde Untergrombach erfuhr Kreutz durch die Einberufung nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Als Soldaten-

seelsorger hat er den Weltkrieg fast über die volle Dauer hinweg miterlebt, auf Kriegsschauplätzen in Frankreich, Polen und Finnland. Das Kriegserleben hat Wesenszüge an Benedict Kreutz geformt und deutlichen Einfluß auf seinen weiteren Weg gehabt. Mit manchem seiner Kameraden ist er bis in den Zweiten Weltkrieg hinein in Briefkontakt geblieben; viele haben in den Jahren der Weimarer Republik und des NS-Staates ihre Wirkungsmöglichkeiten in einem Ministerium, einer Dienststelle des Heeres oder der Partei ausgeschöpft, um dem ehemaligen Kriegskameraden Kreutz beim Ausbau und der Selbstbehauptung der Caritasorganisation von Nutzen zu sein.

Vereinzelte Äußerungen in späteren Briefen, gelegentliche Ansprachen zu Anlässen von Heldengedenken, die feierliche Gedenkrede für die Gefallenen, die er am Volkstrauertag 1928 im Reichstag halten durfte – all das läßt erkennen, wie tief der »deutsch« empfindende Kreutz durch die Erfahrungen des Weltkrieges und des Nachkriegsgeschehens getroffen war. Er fand nach den Jahren des Herausgerissenseins und zweifellos einer gewissen Entfremdung gegenüber seiner Pfarrgemeinde in Untergrombach nicht mehr Gelegenheit, sich wieder einarbeiten zu können. Zu zielsicher und über sein Sträuben hinweg bereitete ihm Werthmann den Weg zur Caritas vor. Als Kreutz endlich nachgab und Werthmann im Mai 1919 seine Bereitschaft, die Außenstelle des Caritasverbandes in Berlin zu übernehmen, mitteilte, umschrieb er seine innere Einstellung treffend: »Werde mir Mühe geben, dem wunden Vaterlande und der Sache des Caritas-Verbandes nach besten Kräften zu dienen.«

III

Die Berliner Hauptvertretung des Caritasverbandes war zunächst gedacht als Betreuungsstelle für Millionen, die sich nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges zur Auswanderung entschlossen. Benedict Kreutz übernahm am 20. Juni 1919 die Geschäftsführung. Unter armseligen Lebenshaltungs- und Arbeitsbedingungen, in der hektischen Atmosphäre der politischen Auseinandersetzungen im Nachkriegs-Berlin stürzte er sich buchstäblich in die neuartige Aufgabe. Ob es um Vermittlung amerikanischer Liebesgaben für die deutsche Bevölkerung ging, um die Unterstützung der ihre Eigenständigkeit verteidigenden privaten gemeinnützigen Krankenhäuser, ob um Beratungen im Bereich der Jugendfürsorgegesetzgebung, um Kriegsopferfürsorge, Betreuung katholischer Auswanderer und Auslandsdeutscher, immer hatte Kreutz als Vorposten die Meinung und die Interessen des

Deutschen Caritasverbandes zu vertreten. Entschlußfreudigkeit und Organisationsgeschick waren dabei genauso gefordert wie rege Kontakte zu Behörden und Wohlfahrtsverbänden.
In eigenartiger Weise hatte die Weltstadt mit ihrem Getriebe und ihrem Flair den Schwarzwälder in ihren Bann gezogen. Längst war er in seiner Arbeit aufgegangen, deren Vielseitigkeit und Übermaß ihn reizte, ihm aber auch bleibenden gesundheitlichen Schaden eintrug. Es war nur folgerichtig, wenn er jetzt (zum 1. Juli 1920) auf seine Pfarrstelle im badischen Untergrombach verzichtete. Ja, er behielt die Leitung der sich so rasch stabilisierenden »Hauptvertretung Berlin« sogar dann noch für eine Weile in der Hand, als er Ende 1921 zum Nachfolger des Gründerpräsidenten Werthmann berufen wurde.
Es mußte einen gewichtigen Grund geben, daß Benedict Kreutz weiterhin in Berlin blieb und die zweifache Belastung der Verbandsleitung und der Hauptvertretung auf sich nahm. Sicher spielte es eine Rolle, daß er seinen Nachfolger Heinrich Wienken (den späteren Bischof von Meißen) an der Hauptvertretung persönlich einarbeiten wollte; verständlicherweise sollte diese bedeutsame Mittlerstelle nahtlos weiterwirken können. Auf die eigentliche Erklärung aber führt uns die Tatsache, daß Kreutz im Winterhalbjahr 1921/22 bereits im fünften Semester Volkswirtschaft an der Universität Berlin studierte. Beharrlich hatte der Vierzigjährige das ehrgeizige Ziel, das er sich als Kaplan gesteckt hatte, weiterverfolgt. Den Abschluß seines Studiums vollzog er an der Universität Münster, wo er am 23. Juni 1922 bei Professor Heinrich Weber zum Doktor der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.) promovierte. Zwei Wochen später übersiedelte Kreutz nach Freiburg, um sich nunmehr mit ganzer Kraft dem Präsidentenamt zu widmen.

IV

Als Zentralvorstand und Zentralrat des Caritasverbandes auf ihrer Sitzung in Limburg am 8. und 9. November 1921 den Berliner Caritasdirektor Benedict Kreutz zum neuen Präsidenten wählten, entsprach dies nicht nur dem Wunsch des im April verstorbenen Lorenz Werthmann, sondern fand auch die einmütige Zustimmung der Fuldaer und der Freisinger Bischofskonferenz. Parallel zur organisatorischen Fortentwicklung und Festigung des »Deutschen Caritasverbandes«, wie er sich seit dieser Limburger Tagung nannte, trachtete Präsident Kreutz danach, durch übergreifende Kontakte und Zusammenarbeit die Handlungsgrundlage für den Verband zu verbessern. 1923 gelang es ihm, über die deutsche Vatikanbotschaft eine ständige

Vertretung des DCV beim Heiligen Stuhl zu schaffen. Wenig später, im Juli 1924, kam wesentlich auf Betreiben des DCV und seines Generalsekretärs Kuno Joerger in Amsterdam eine erste internationale Caritaskonferenz zustande; sie markiert den Beginn des Aufbaus der internationalen Caritasorganisation. Ebenfalls 1924 ging der DCV mit den führenden deutschen Wohlfahrtsverbänden, ausgenommen die politisch festgelegte Arbeiterwohlfahrt, eine Arbeitsgemeinschaft ein: Die »Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege«, mit Geschäftsstelle im »Wohlfahrtshaus« in Berlin.

In diesen Jahren, 1922–1924, als mit dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, dem Jugendgerichtsgesetz, der Verordnung zur Fürsorgepflicht, Regelungen im Bereich der Sozialversicherung, Planungen zur Reform des Strafvollzugs wesentliche sozialpolitische Änderungen stattfanden, war die ständige Vertretung der Wohlfahrtsverbände in der Reichshauptstadt von hoher Wichtigkeit. Ihre Anhörung, ihre Mitberatung, die Verwertung ihrer praktischen Erfahrungen in Ministerien und Ausschüssen, auch die Förderung ihrer Arbeit durch den Staat war beiden Seiten ein Vorteil. Für Kreutz war es kaum erträglich, daß alle Spitzenverbände ihre Leitstelle in Berlin hatten, also immer dem Geschehen nahe waren, während er an der Caritaszentrale in Freiburg so weit vom Schuß war. Da überdies nach seiner eigenen Aussage verschiedene Ministerialabteilungen, besonders im Reichsarbeitsministerium, seine persönliche Nähe wünschten, ließ sich damit sein Anliegen verbinden, durch häufige Reisen nach Berlin die Belange der katholisch-kirchlichen Wohlfahrtsarbeit nachhaltiger zur Geltung zu bringen. Als ihr Sprecher, mehr als einmal aber auch als Unterhändler der freien Verbände, reiste er deshalb wiederholt nach Berlin, das für ihn fast magnetische Kraft behielt. Gerade zu Beginn der zwanziger Jahre hielt er sich oft wochenlang dort auf, um alle persönlichen Verbindungen auszuschöpfen und bei wichtigen Besprechungen, etwa in der Vorbereitungsphase von Gesetzesvorlagen, dabei zu sein.

Neben der Notwendigkeit von Neuerungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und -erziehung war die »Kriegsfolgenhilfe« ein Sammelbegriff für kaum überschaubare Nöte, die zu lindern der DCV unter Führung von Präsident Kreutz angetreten war. An der Vermittlung und Verteilung ausländischer Spenden für die hungernde Bevölkerung Deutschlands trug er großen Anteil. Die Erholungsfürsorge für Kinder baute er zu einem Schwerpunkt aus; neue Kinderheilstätten und -erholungsheime wurden geschaffen, Zehntausenden von Kindern wurde durch Vermittlung eines Landaufenthaltes die Ernährungsgrundlage gesichert. Die Hilfsmaßnahmen der Caritas in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg waren gezielt dem Kind zugewandt. Das wiederholte sich, als von 1929 an im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und allgemeine Not sich ausbreiteten. Auch hier

bestimmte die Hilfebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen in besonderem Maße die Aktionen des DCV. Zwei Beispiele nur seien herausgegriffen: Tausende arbeitsloser Jugendlicher wurden im Rahmen eines »Freiwilligen Arbeitsdienstes« beschäftigt und versorgt. Im »Winterhilfswerk«, 1931 von der Liga der freien Wohlfahrtspflege erstmals organisiert, sammelte und verteilte der DCV Mengen von Lebensmitteln, Kleidung, Brennstoffen und Bargeld, um extremer Not spürbar abzuhelfen.

Neben solcher Katastrophenhilfe im eigenen Land entwickelte der DCV seine fachliche Alltagsarbeit weiter, worüber er auch mehr und mehr die Öffentlichkeit zu informieren suchte. Als 1924 erstmals ein »Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege« in Deutschland erschien, enthielt es u. a. einen Artikel von Benedict Kreutz, in welchem dieser den Deutschen Caritasverband vorstellte; als Hauptarbeitsgebiete werden genannt: »Hausarmenpflege und Familienfürsorge, Caritashilfe in der Seelsorge, Caritaspflege auf dem Lande, Kinderfürsorge, Jugendfürsorge, Mädchenschutz, Krankenfürsorge, Fürsorge für körperlich oder geistig Abnorme, Fürsorge für Arbeits- und Obdachlose, Bekämpfung der Trunksucht, Fürsorge für die deutschen Katholiken im Ausland«. Diesen letzten Aufgabenbereich hatte Kreutz übrigens von Werthmann besonders ans Herz gelegt bekommen. Er pflegte ihn durch Zusammenarbeit mit dem St. Raphaelsverein, durch vielfachen Briefwechsel und persönliche Begegnungen wie 1926 und 1928, als er den Eucharistischen Weltkongreß in Chicago bzw. Sydney besuchte. Die Fäden zwischen dem DCV und den katholischen deutschen Auslandsgemeinden wirkten 20 Jahre später als Tragseile im weltweiten Netz der christlich-mitmenschlichen Hilfe für das besiegte Deutschland.

Mit dem Vorantreiben des organisatorischen Aufbaus und der Konzentration auf Schwerpunkte der Arbeit hat Präsident Kreutz dem DCV in den zwanziger Jahren zu einer in sich gefestigten und nach außen anerkannten Stellung verholfen. Ein Gesichtspunkt aber, der auf diese Profilbildung überaus stark eingewirkt hat, muß hier noch hervorgehoben werden: die Schulung von Mitarbeitern für die Caritasarbeit. Schon Werthmann hatte das Anliegen immer wieder in den Vordergrund gerückt und 1920 die erste verbandseigene »Caritasschule« in Freiburg einweihen können. Kreutz stellte sich mit aller Überzeugung und Energie in den Dienst dieses Ziels: Menschen durch solide Aus- und Fortbildung für den Beruf des Helfers zu befähigen. Aus der Caritasschule entwickelte er eine Soziale Frauenschule und eine katholische Gemeindehelferinnenschule; letztere, die sich später »Seminar für Seelsorgehilfe« nannte, bildete erstmals in Deutschland für den Beruf der Frau im kirchlichen Dienst aus. Er gründete ein Seminar für Jugendleiterinnen und ein solches für Wohlfahrtspfleger,

eine der Pionierschulen im Reich für die fürsorgerische Schulung des Mannes. »Wohlfahrtspflege«, sagte er damals, »ist nicht nur Sache der Mütterlichkeit, sondern auch des Verstandes«. Die Einrichtung eines Instituts für Caritaswissenschaft unter Franz Keller an der Universität Freiburg verdankte Kreutz entscheidende Geburtshilfe. Und auch bei der Verwirklichung des Deutschen Caritasinstituts für Gesundheitsfürsorge in Köln-Hohenlind, einer Fortbildungsstätte für Krankenpflege »im Anschluß an ein mustergültiges katholisches Krankenhaus«, konnte sich die treibende Kraft, Johannes van Acken, auf Unterstützung durch Kreutz verlassen.
Am Vorabend der nationalsozialistischen Zeit – rechtzeitig, möchte man rückschauend sagen – hatte Präsident Kreutz beim DCV eine ganze Reihe sozialer Ausbildungsstätten angesiedelt. Ergänzt durch ein dichtes Angebot von weiterbildenden Kursen und Lehrgängen erzogen sie auf christlicher Grundlage zu fachkundigem, verantwortlichem Einsatz im fürsorgerischen Bereich. Dieses Reservoir idealistischer, für einen menschlichen Dienst am Mitmenschen vorbereiteter Helfer nicht versiegen zu lassen, war die große Sorge von Benedict Kreutz in den folgenden Jahren der Unrechtsherrschaft in Deutschland. Daß er damit keiner Utopie diente, beweist eine Beurteilung der Geheimen Staatspolizei Berlin aus dem Jahre 1942. Darin wird dem Präsidenten nicht nur außerordentliches Geschick bei der Führung des Caritasverbandes und große Klugheit in der Auswahl seiner Mitarbeiter bescheinigt, sondern: »Der erfolgreichen Tätigkeit des Dr. Kreutz wird es zugeschrieben, daß alle Schüler und Schülerinnen, die innerhalb des Caritasverbandes in Freiburg ihre Ausbildung erfahren, hundertprozentig zur katholischen Anschauung stehen und viele Aktivisten aus diesem Verband hervorgehen.«

V

1933 wurden die freien Wohlfahrtsverbände aufgelöst oder »gleichgeschaltet«. Eine eigene Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) wurde gebildet, neben der nur das politisch umworbene Rote Kreuz sowie die konfessionellen Verbände Innere Mission und Deutscher Caritasverband als selbständige Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege anerkannt blieben. Zwischen dem Leiter des Hauptamtes der NSV, Erich Hilgenfeldt, und Caritaspräsident Kreutz existierte eine erstaunliche persönliche Beziehung, deren Ursprung und Art zwar noch nicht aufgehellt werden konnte, deren fruchtbare Auswirkungen zugunsten des Caritasverbandes jedoch faßbar sind. Zwar hat naturgemäß wenig von dem, was Kreutz mit Hilgenfeldt über die

Handlungsfreiheit des DCV verhandelte, schriftlichen Niederschlag gefunden. Dennoch erwähnte Kreutz in manchen seiner Aktennotizen oder Briefen aus Berlin an die Verbandszentrale in Freiburg seine Bittgänge ins Amt für Volkswohlfahrt, über deren Gegenstand und Ergebnis er jeweils mündlichen Bericht ankündigte.
Doch auch der Reichsleiter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt war überzeugter Parteigenosse und vertrat gegenüber dem Leiter der katholischen Reichsorganisation Caritas in letzter Konsequenz doch das nationalsozialistische Programm. Es war für Kreutz deshalb ein nie abreißendes, hartnäckiges, verlustreiches Kämpfen um Standort und Bestand des Caritasverbandes. So mußten Zugriffe der NSV auf Gemeindekrankenpflegestationen, Einrichtungen der Kinderfürsorge, soziale Ausbildungsstätten des DCV abgewehrt, oft hingenommen werden. Angesichts der Bestrebungen der NSV zur Durchorganisation des Schwesternwesens zugunsten einer zentralen Führung und Kontrolle gründete Kreutz 1937 die Reichsgemeinschaft freier Caritasschwestern. Sie sollte den nicht ordensgebundenen katholischen Frauen im Krankenpflegeberuf Ausbildung, Anstellung und religiös geformte Gemeinschaft bieten, in einem möglichen Ernstfall aber auch Zuflucht für die 70000 katholischen Ordensschwestern sein.
Öffentliche Sammlungen und Werbeaktionen, Stützpfeiler freier Wohlfahrtsarbeit und Barometer des Ansehens in der Öffentlichkeit, wurden durch das Sammlungsgesetz von 1934 genehmigungspflichtig gemacht und einer weitreichenden behördlichen Aufsicht unterworfen. Zusätzliche Erschwernisse und Behinderungen, Belästigungen von Sammlern und Gebern durch SA- und HJ-Angehörige, endlich das Verbot öffentlicher Sammlungen, vermochten das katholische Kirchenvolk in seiner Gesamtheit nicht einzuschüchtern. Der durchschnittliche Ertrag der jährlichen Caritassammlung von etwas über zwei Millionen Reichsmark kletterte von 1937 an, als nur noch der Weg der in die Kirche verlagerten Caritaskollekte offen stand, bis 1944/45 auf die erstaunliche Höhe von ca. achteinhalb Millionen Mark. Dies war die Reaktion des Kirchenvolkes auf die Auswirkungen des totalitären Regimes und des von ihm entfachten Krieges. Der Staatssicherheitsdienst mußte registrieren, »daß diese hohen Spenden vor allem als eine politische Demonstration der Kirchgänger zu gelten hätten, die damit dokumentieren wollten, daß sie sich beim Kampfe um die Kirche auf seiten der Kirche stellten«.
Katholische Kirche und Caritas gingen in jenen Jahren der äußeren und geistigen Bedrängnis eng zusammen. Wiederholt konnte die Deutsche Bischofskonferenz bei Eingaben und Hirtenworten Vorarbeiten verwenden, die in der Freiburger Caritaszentrale geleistet worden waren. Immer wieder ersuchte sie den Präsidenten Kreutz um die Ausnutzung seiner »wertvollen persönlichen Beziehungen und glücklichen Ver-

handlungsart« bei den Reichsministerien. Mit Grimm registrierte der Sicherheitsdienst eben dieses direkte Verhandeln des Caritasverbandes. »Der Caritasverband mit all seinen Teilorganisationen muß verschwinden« – forderte ein SD-Bericht über das katholische Caritaswesen von 1935; er erregte sich auch über die »ganze Verschlagenheit und Begriffsfuchserei katholischen Denkens«, wie er es »von den katholischen Caritasspezialisten, den Herrn von der Zentrale des Caritasverbandes, besonders vom Prälaten Dr. Kreutz«, praktiziert zu sehen meinte.

In Absprache und Zusammenarbeit mit den bischöflichen Ordinariaten in Berlin und Freiburg organisierte der DCV Hilfe für katholische Nichtarier, für ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, beteiligte sich an Aktionen im Rahmen der katholischen Militärseelsorge, versuchte mit Einschaltung des Vatikans und der Schweizerischen Caritas Gewißheit über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener zu erhalten. Eine Auslandsreise in dieser letzteren Angelegenheit genehmigte das Auswärtige Amt dem Präsidenten Kreutz nicht, da er von der Gestapo in Berlin als »ein führender Kopf des katholischen Internationalismus und als solcher scharf und prägnant gegen den Nationalsozialismus eingestellt« beurteilt wurde (1942).

Durch zahlreiche Eingaben und Vorsprachen, fast mehr noch aber durch Ausnutzung der »wertvollen Hilfe« von Präsident Kreutz bei den Reichsministerien mühten sich die deutschen Bischöfe, eine direkte Beteiligung katholischer Ärzte, Krankenschwestern, Anstaltsleiter, Richter, Amtsvormünder an der Zwangssterilisation zu vermeiden. Widerstand gegen das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (1933) haben sie angesichts ernstgemeinter Strafandrohungen nicht verlangt. Was ferner in langwierigen Verhandlungen erreicht wurde, war, daß Erbkranke durch ihren freiwilligen Entschluß für ein Leben in geschlossener Anstalt dem Zwangseingriff entgehen konnten. Wohl die meisten katholisch-caritativen Anstalten für geistig behinderte Menschen wurden als geschlossene im Sinne dieses Gesetzes anerkannt. Viele Tausende der Geistesschwachen und -kranken, die diese Zuflucht suchten, waren dann aber wenige Jahre später um so leichter dem tödlichen Zugriff des Regimes ausgeliefert.

Als Adolf Hitler gleich nach Kriegsbeginn 1939 seine berüchtigte Anordnung erließ, »unheilbar Kranken« den »Gnadentod« zu gewähren, wuchs neben Ratlosigkeit, Ohnmacht und Angst auch Widerstand. Getragen wurde er von der evangelischen und katholischen Kirche, von der Inneren Mission und dem Deutschen Caritasverband, die in ihren Einrichtungen der Behindertenfürsorge 50–60 000 Kranke betreuten. Dabei zeugte das offene, energische Auftreten von Persönlichkeiten – zu den profiliertesten gehörten Paul Braune, der Vizepräsident der Inneren Mission, und Clemens August Graf von Galen, der

Bischof von Münster – gleichermaßen von Mut und Verantwortung wie das entschlossene Handeln mancher Anstaltsleiter, Ärzte, Krankenpfleger, Schwestern zur Rettung ihnen Anvertrauter.
Das Bekanntwerden der nicht mehr geheimzuhaltenden Massentötungen, die unmittelbare Betroffenheit von immer mehr Familien lösten Unruhe in der Bevölkerung aus, deren Ausmaß Hitler – zumal in der entscheidenden Phase seines Krieges – gefährlich schien. Im August 1941 gab er Befehl zur Einstellung der Euthanasie, doch kamen Einzelaktionen bis Kriegsende vor.
In einer wahrscheinlich vom Reichsinnenministerium veranlaßten statistischen Übersicht vom Januar 1942 wird mit Befriedigung festgestellt, »daß nur 41982 (von 219407) Betten in staatlichen Anstalten, dagegen 51539 (von 63289) in konfessionellen und privaten Anstalten anders verwendet wurden. Es ist daraus eindeutig zu ersehen, in wieviel stärkerem Maße die Aktion gerade die konfessionellen und privaten Anstalten herangezogen hat.« – Aller Mut und alle List von Pflegepersonal in katholisch-caritativen Heil- und Pflegeanstalten hatte die Lebensrettung von 1500 bis 1600 geistesschwachen Pfleglingen bewirkt, jedoch den Abtransport von wenigsten 12000 Menschen in die Gas-Duschräume und Krematorienkeller der Vernichtungsanstalten nicht abwenden können.
Die ständigen Einsprüche und Eingaben, Verhandlungen und Gegenhandlungen von seiten der katholischen Kirche und ihrer Caritas waren den Nationalsozialisten mehr als ein Dorn im Auge. Von Caritaspräsident Kreutz und seinen engsten Mitarbeitern an der Zentrale des DCV sagt der schon erwähnte SD-Bericht von 1935: »Es ist wirklich keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß wir es hier mit den größten Gaunern im Lande zu tun haben«. Ein Jahr vor Kriegsbeginn galt der Caritasverband mit seiner Aktivität und seinem Einfluß den Machthabern »als eine unerschütterliche Position und als Gradmesser für die Lebenskraft der Kirche«. Dem Führer dieser katholischen Organisation, »in krimineller, politischer und spionagepolizeilicher Hinsicht ... aktenmäßig nicht bekannt«, konnten sie persönlich nichts anhaben. Doch suchten sie ihn und seinen Verband dadurch zu treffen, daß sie caritative Anstalten für kriegswichtige Zwecke beschlagnahmten, Pfleglinge verschleppten, Mitarbeiter verhafteten; allein aus dem Werthmannhaus in Freiburg mußten drei Mitarbeiter von Kreutz die Leiden des Konzentrationslagers ertragen, die sie glücklicherweise überlebten. Solche Gefährdungen der Caritasarbeit und der Menschen, die sie trugen, kamen zu den Mißerfolgen und Demütigungen, die Kreutz bei seinen zahlreichen Bittgängen in Behörden und Parteidienststellen hinnehmen mußte. Dazu traten weiter die schweren Opfer, die Hitlers Krieg dem Caritasverband abforderte: Ungefähr 1300 Krankenhäuser und Heime wurden schwer

beschädigt oder völlig zerstört; Tausende von Menschen, die im Dienst der Caritas standen, ließen ihr Leben als Soldaten oder bei Luftangriffen auf deutsche Städte.

VI

Unter all dem hat Benedict Kreutz gelitten. Im Zusammenbruch Deutschlands 1945 erfuhr er, der seine Körperkraft überansprucht hatte, einen Tiefpunkt seiner seelischen Verfassung. Angesichts der Teilung und Besetzung des besiegten Vaterlandes, des Verlustes der deutschen Ostgebiete, der Existenznot von Millionen Hungernder, Frierender, Ausgebombter, Kriegsgefangener, aus ihrer Heimat Geflüchteter und Vertriebener zweifelte er wohl wie mancher, ob jemals wieder ein Weg aus dieser Tiefe herausführen würde. Aber er hat seine letzten Energien mobilisiert, um die Hoffnung auf den Anfang eines solchen Aufstieges nicht verlöschen zu lassen. Mit dem Deutschen Caritasverband – gleich der Inneren Mission arbeits- und einsatzfähig geblieben – stellte er sich die Aufgabe, alles Menschenmögliche zur Wende der gegenwärtigen Not beizutragen.

Im November 1945 trafen sich, über Zonengrenzen und Reiseerschwernisse hinweg, die Vertreter der organisierten Caritas aller Ebenen zur Zentralratssitzung des DCV in Salmünster bei Fulda. Ihre gemeinsame, durch die Situation erforderte Kernaufgabe kleidete Präsident Kreutz in diese Worte: »Jetzt ist uns der Weg wieder frei gemacht in die Öffentlichkeit. Es soll eine Heimkehr ›ins Wesentliche‹ sein. Man sagt, die ›Stunde der Caritas‹ sei gekommen ... Mehr als je muß sie heute ihre Anpassungsfähigkeit, ihre Vielgestaltigkeit, ihre Lebendigkeit, ihre Wachheit und Opferkraft unter Beweis stellen. Das radikale Christentum muß sich jetzt zeigen.« In Salmünster wurden Ansätze erarbeitet und Wege abgesteckt zur Umorientierung caritativer Facharbeit für die Bekämpfung der Gegenwartsnot, in deren Mitte das alles überlagernde Flüchtlingselend stand. Der Caritasverband, unter Führung von Benedict Kreutz, setzte seine ganze Kraft daran, der elementaren Not der Bevölkerung zu begegnen. Sachgütersammlungen im eigenen, vom Krieg heimgesuchten Lande reichten niemals hin, um möglichst vielen Menschen wirksame Soforthilfe geben zu können. Hier mußte ausländische Hilfe gesucht und möglich gemacht werden.

Von 1946 an, erstaunlich früh also und in unerwartetem Umfang, begann ein Strom von Liebesgaben aus dem Ausland nach Deutschland zu fließen: Lebensmittel, Kleidung, Medikamente, Brennstoff, Hausrat, Bücher; Hilfen für Landwirtschaft und Handwerk, für Krankenhäuser und Universitäten, für Kinder- und Altenheime. Beauftragt

von der Geberseite, übernahmen die beiden konfessionellen Wohlfahrtsverbände in Deutschland zuerst alleine, später mit den wiedergegründeten Verbänden Arbeiterwohlfahrt und Rotes Kreuz, verantwortlich diese Auslandsspenden. Sie hatten sie auf raschem und korrektem Wege an die meist vorbestimmten Empfänger weiterzuleiten und den Nachweis hierüber vor Spendern, Besatzungs- und Zollbehörden zu erbringen. Bei Abschluß der Auslandshilfe 1962 waren rund 600000 Tonnen Hilfsgüter im Wert von über 1,2 Milliarden Mark nach Deutschland gelangt. Ungezählte Einzelspender, über 200 Hilfswerke in etwa 30 Ländern der Welt hatten damit den Kriegsopfern im besiegten Lande echte Lebenshilfe zukommen lassen, in materieller wie in moralischer Hinsicht.

Diese »Explosion der Nächstenliebe«, wie es eine Mitarbeiterin der nordamerikanischen Caritas ausgedrückt hat, wurde von 1949/50 an ganz auf einen Empfängerkreis gerichtet, der noch wenig Teilhabe an dem in Gang gekommenen wirtschaftlich-sozialen Aufschwung hatte: auf Vertriebene, Flüchtlinge, heimatlose Ausländer. Das war ein unübersehbares Einsatzfeld, auf welchem die längst tätigen kirchlichen Hilfswerke jede Unterstützung dringend gebrauchen konnten. Beim Deutschen Caritasverband hatte Präsident Kreutz am 1. Dezember 1945 eine neue Abteilung der Zentrale in Freiburg begründet, die »Caritas-Vertriebenen- und Flüchtlingshilfe«. Ein eigener »Caritas-Suchdienst« arbeitete hier bereits seit Sommer, die Abteilung »Caritas-Kriegsgefangenenhilfe« kam bald hinzu. Arbeitsgemeinschaften wie der »Katholische Siedlungsdienst« (1947) und der »Katholische Lagerdienst« (1952) wurden auf Initiative des DCV gebildet. Aufgabe all dieser Hilfsdienste war es, die Flut der aus ihrer Heimat Vertriebenen erst einmal aufzufangen, dann aber möglichst vielen unter den 12 Millionen heimatlosen Menschen aus Ostdeutschland, aus Ost- und Südosteuropa ein neues Fußfassen in Wohnung, Beruf und Gesellschaft zu erleichtern.

Angesichts der neuzeitlichen Völkerwanderung, die in Ausmaß und Gestalt bisherige Erfahrungen und Vorstellungsfähigkeiten weit überstieg, investierte der Caritasverband alle ihm möglichen Dienste, um Einsamkeit zu verhüten oder Abkapselung aufzubrechen. Unter dem Ideal der Familienzusammenführung nahmen sich die im Auftrag der Caritas Tätigen der Familie an, die in ungezählten Fällen durch Frontgeschehen, Gefangenschaft, Besatzung, Flucht oder Vertreibung auseinandergesprengt worden war. Über die Anstrengungen des Caritasverbandes in den Nachkriegsjahren hatte Kreutz 1945 in Salmünster ein Wort Carl Sonnenscheins, mit dem er nach dem Ersten Weltkrieg zusammengearbeitet hatte, gestellt, als Orientierung und Verpflichtung zugleich: »Gegen den Sieg dieses Chaos gibt es nur eine letzte Hilfe, das unendliche Aufgebot menschlicher Caritas.«

Er selbst hatte die Fülle seiner Kräfte im Dienst der »caritas« und der Caritasorganisation aufgebraucht. Seit Mitte der zwanziger Jahre gesundheitlich angeschlagen, hatte er sich ausgedehnte Erholungs- oder Heilmaßnahmen stets versagt, weil »die Arbeit mir zu lieb und das Leben nicht wert genug (ist), um mich zur Untätigkeit zu verurteilen«. Arbeit, Verhandeln, Reisen (dies gerne im schnellen Wagen oder im Flugzeug), das gefiel Kreutz, das brauchte er. »Wenn man will, daß etwas geschieht, dann muß man etwas tun« – zitierte er häufig Joseph Schofer, der im Ersten Weltkrieg als Feldgeistlicher sein Amtsbruder bei der Nachbardivision im Elsaß gewesen war. Zu diesem Tätigwerden, das er vorlebte, hielt er auch seine Mitarbeiter an, den vollen Einsatz fordernd. Sie wünschte er sich als kundige Fachleute ihres Bereichs, die ihm zuverlässig zuarbeiteten und seine zahlreichen Anweisungen und Aufgabenstellungen vollzogen, die er zum Beispiel von seinen vielen Reisen aus erteilte.

Die Verantwortung nämlich behielt er sich unmißverständlich vor, registrierte Ansätze zu demokratischen Gepflogenheiten mit einem gewissen Befremden. Man versteht, daß Kreutz gerade in den Kriegsjahren 1939–1945 in gesteigertem Maße verlangte, daß ihm die alleinige Entscheidung belassen wurde. Je schwieriger und belasteter sein Verhandeln für den Caritasverband wurde, um so sorgfältiger mußte er darauf achten, daß nicht durch Unwissenheit oder Geltungsbedürfnis, durch Ungeschicklichkeit oder Übereifer einzelner die Möglichkeit oder gar der Erfolg solcher Verhandlungen gefährdet wurde. Den Schaden hätten letztlich die Caritaseinrichtungen mit ihren Mitarbeitern und Betreuten tragen müssen. Aber auch sonst war Kreutz, geprägt durch die Herkunft aus selbstbewußtem bäuerlichen Geschlecht, durch seine Tätigkeit in der Militärseelsorge, durch die Begegnung mit einflußreichen Persönlichkeiten von Staat, Kirche und Verbänden, gewohnt zu führen.

In dieser Eigenart und Position, von der Neigung zu gelegentlicher Explosivität nicht frei, war Benedict Kreutz von seinen Mitarbeitern respektiert, als »der Herr Präsident«. Daß dies so war, daß er darüber hinaus hoch geschätzt, ja von vielen zum Vorbild genommen war, lag ebenfalls in seiner Wesensart begründet. Er lebte den Einsatz für den anderen in Not vor, ohne jede Schonung seiner selbst. »Die Caritas hat keine Gegner, sie hat nur Aufgaben« – das war einer seiner Leitsätze. Ihn zu befolgen, ermutigte er seine Helfer unablässig. Was manche als »echt Kreutzschen Optimismus« bestaunten, war im Grunde Ausdruck seines starken Glaubens und seiner überzeugten Frömmigkeit. Sein unerschütterliches Vertrauen in die nicht versiegende Hilfe Gottes

hat seine engeren Mitarbeiter nachhaltig beeinflußt. Und viele seiner brieflichen Berichte in den Jahren des Terrors mündeten in das »Oremus pro invicem« – »Laßt uns für einander beten«.
In den Angestellten der Caritaszentrale im Freiburger Werthmannhaus sah er so etwas wie eine familiäre Gemeinschaft; für sie wollte er ein Hausvater sein. Er freute sich über Erfolge ihrer Mitglieder, nahm Anteil am persönlichen und am Familiengeschick, feierte mit ihnen. Das gemeinsame Fest wie auch das gelöste Gespräch beim Glase Wein entsprach seinem Naturell, denn die Vorliebe zur Geselligkeit hatte er sich bewahrt.
In Kreutz sahen die Mitarbeiter der Zentrale einen Chef, der »alle Kräfte und Bestrebungen, die er als gut erkannte, für die Aufgaben, denen er zu dienen hatte, nutzbar machte«; der, in einer Mischung von eingewurzelter Bauernschläue und diplomatischem Talent, »alle hilfreichen Wasser und Wässerlein instinktsicher auf seine Mühlen leitete;« der »eine seltene Witterung und Wachheit für Dinge, die in der Luft lagen, ein Gespür für Unausgesprochenes« besaß: »Sein Wirklichkeitssinn ließ solche nicht faßbaren Dinge bald konkret werden.« Sie konnten verfolgen, daß er – ganz besonders unter dem nationalsozialistischen Regime – kein Opfer für die ihm anvertraute Caritasorganisation scheute. Deshalb achteten sie seine »kraftvolle, reiche Persönlichkeit, bewunderungswürdig in ihren Vorzügen, begreiflich und liebenswert auch noch in ihren zeit- und schicksalsbedingten Schwächen«, wissend, »daß die Güte die beherrschende Macht dieses Lebens gewesen ist«.
Mitten aus der Arbeit »in den Sielen«, im Zuggeschirr, rief der Tod den Siebzigjährigen, wie es sich dieser gewünscht hatte. Kreutz starb am 25. Juli 1949 und wurde am 2. August auf dem Freiburger Hauptfriedhof begraben, an der Seite seines Vorgängers Lorenz Werthmann. Die vielen Nachrufe, die ihm gewidmet wurden, beschlossen eine lange Reihe von Ehrungen und Auszeichnungen, die er zu Lebzeiten empfangen und mit großer Freude getragen hatte: Das Eiserne Kreuz I. Klasse darunter und das von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz für Frontkämpfer, die Würde des Apostolischen Protonotars und des theologischen Ehrendoktors der Universität Freiburg, die Ehrenbürgerschaft seiner Wirkungsstätte Freiburg im Breisgau und die seiner Heimatgemeinde St. Peter im Schwarzwald.
Benedict Kreutz, der sich daran erinnerte, daß er schon als Junge »immer aus seinem Leben eine geschichtliche Leistung machen wollte«, hatte sich tatsächlich durch Begabung, Ehrgeiz, Einsatz und Erfolg zu einem bedeutenden, einflußreichen Vertreter des deutschen Katholizismus profiliert. Wie sehr er dabei Mensch geblieben war und welche menschliche Eigenheit er zu erkennen gegeben hatte, hat Pastor Münchmeyer in Bethel 1949 in einem kurzen, gedrängten Satz zutref-

fend charakterisiert: »Wir von der Inneren Mission haben in dem Heimgegangenen einen fröhlichen Christenmenschen und einen tapferen deutschen Mann verehren und lieben gelernt.«

Barbara Schellenberger

Ludwig Wolker (1887–1955)

Prälat Ludwig Wolker gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten des deutschen Verbandskatholizismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Generalpräses des Katholischen Jungmänerverbandes hat er über 25 Jahre die Geschichte der katholischen Jugendbewegung entscheidend geprägt und darüberhinaus maßgeblich in das gesamte katholische Verbandswesen hineingewirkt. Die bis heute über ihn erschienene, meist von Weggefährten verfaßte Literatur ist denn auch stark vom persönlichen Erleben bestimmt und daher von verklärenden Zügen nicht frei. Eine historisch-kritische, die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge berücksichtigende Würdigung seines Wirkens steht hingegen noch aus. Sie hätte seinem Verhalten während der Jahre 1933–1939 besondere Aufmerksamkeit zu schenken, denn gerade der Totalanspruch des Nationalsozialismus hat Wolker, wie die Jugend insgesamt, vor besondere Herausforderungen gestellt.
Nach 1945 hat Wolker nurmehr schwer an seinen früheren Nimbus anknüpfen können. Die allgemeinen Lebensumstände, der politisch-soziale Rahmen und das geistig-kulturelle Klima hatten sich zwischenzeitlich gründlich verändert. Der unbekümmert-frische Schwung der Jugendbewegung schien geschwunden, neue Wege in der Jugendpastoral und ein neuer Führungsstil mußten gefunden werden. Beides war nicht mehr Wolkers Sache. So mag sich erklären, daß die Erinnerung an ihn weithin verblaßt ist.

I

Ludwig Wolker wurde am 8. April 1887 in München geboren. Er stammte aus einer gutbürgerlichen Familie, sein Vater war Oberzollrat, seine Mutter die Tochter eines Gastwirts und Bierbrauers. Der Vater war bis kurz vor seinem Tod Protestant, so daß sein Sohn ihm Jahre hindurch sein Theologiestudium verheimlichen mußte. Mit diesen familiären Umständen hat es wohl auch zu tun, daß er zunächst Medizin studierte und erst einige Semester später Theologie. Zwei seiner drei Schwestern gingen trotz der schwierigen familiären Umstände ins Kloster. Noch heute sind viele seiner Briefe an seine

Familie erhalten, die er an allem Anteil nehmen ließ. Im Sommerhaus der Familie in Unterschondorf fand er zeitlebens einen Ort der Ruhe und Sammlung.
Nach theologischen Studien in Innsbruck und München wurde Wolker am 29. Juni 1912 im Dom zu Freising zum Priester geweiht. Seine ersten Stationen als Hilfspriester waren Oberaudorf und Salzburghofen. 1915 wurde er zum Kaplan von St. Peter in München ernannt. Diese Aufgabe brachte es mit sich, daß er Präses des Kolpingvereins der Pfarrei wurde. Damit begann Wolkers segensreiche seelsorgliche Jugendarbeit. In kurzer Zeit vergrößerte sich die Mitgliederzahl des Vereins von 100 auf 250. Die äußere Form des Vereinslebens nahm unter seiner Leitung neue Formen an: Statt der sonntäglichen Versammlungen wurden Tageswanderungen organisiert, eine Theatergruppe und ein Streichorchester gegründet. Wolker suchte den Kontakt zu den Eltern. Er unterteilte den Verein in Gruppen von 10 Mann mit je einem Obmann und versammelte diese Obmänner mit Regelmäßigkeit um sich, um mit ihnen nicht nur vereinsorganisatorische, sondern auch pädagogische, religiöse und persönliche Fragen zu besprechen.
Im Kleinen wirkte Wolker hier schon als Transformator, der den Geist der Jugendbewegung einer breiten Schicht von Jugendlichen zugänglich machte. Das religiöse Leben stand jedoch immer im Mittelpunkt: Hinführung zu den Sakramenten, das persönliche geistliche Gespräch. Er führte die jungen Menschen zur täglichen Hl. Kommunion, die Hl. Messe sollte Mittelpunkt des Lebens sein. Seine große Liebe zur Muttergottes versuchte er auch an die Jungmänner weiterzugeben. Frucht seiner hingebungsvollen seelsorglichen Arbeit waren zahlreiche Priester- und Ordensberufe. Wolker konnte als Vereinspräses – seit 1917 auch als Bezirkspräses von München, ab 1925 als Diözesan-Landespräses der Katholischen Jungmännervereinigung und Studienrat an Münchener Berufsschulen – seine organisatorischen Fähigkeiten entwickeln. Er machte damals durch neue Formen im Berufsschulunterricht ebenso von sich reden wie durch die Herausgabe einer monatlichen Jugendzeitschrift »Jung-München«, die auch außerhalb von München gelesen wurde. Seine Stärke war »Tiefstes in einer nicht nur leicht faßlichen, sondern buchstäblich ›zündenden‹ Art zu bringen«.

II

Am 25. August 1926 starb der Generalpräses der katholischen Jugend- und Jünglingsvereine Carl Mosterts. Dieser Verband baute auf dem Geist der alten Kongregationen auf, hatte aber seit der Zeit des Ersten

Weltkrieges zunehmend den Geist einer neuen Jungmännerbewegung in sich aufgenommen: die Mitgliederzahl war in den Jahren von 1912–1918 von 230000 auf 350000 gestiegen. Ludwig Wolker hielt Mosterts die Grabrede, ohne zu ahnen, daß er am 9. November desselben Jahres zu seinem Nachfolger gewählt werden sollte. Die Nachricht von seiner Wahl erreichte ihn während der großen (30-tägigen) Exerzitien zu Tisis: Sie wurde für ihn zu einer wahren Lebensentscheidung. Wolker war der Kandidat der Jungmannschaft und der Laienführerschaft gewesen.

Am 3. Mai 1927 trat Wolker sein Amt in der Verbandszentrale in Düsseldorf an. Mit ihm, »Ludwig, dem Bayern«, »dem General« – wie ihn seine Mitarbeiter wohl wegen seines manchmal barschen Führungsstils auch nannten – kam ein neuer Arbeitsrhythmus ins Haus. Bei seinem ersten Besuch in Altenberg entließ er gleich zwei Leute, unrentable Einrichtungen wurden aufgegeben, Gehälter gekürzt. Wolker war wie ein Vulkan, der großartige Energien in sich barg, aus dem aber auch wahre Eruptionen hervorbrechen konnten in »fulminanten Predigten« oder in hitzigen Debatten mit Franz Steber, Georg Wagner und Albert Steiner, später mit den Mitarbeitern der »Jungen Front«, Johannes Maaßen und Maria Clermont. Dabei entstanden gelegentlich Spannungen, aber diese Spannungen waren in sich gesund, und Wolker war für alle selbstverständliche Autorität. Er suchte Mitarbeiter mit eigenen Ideen und Gestaltungskraft. Er war ein Mann mit einem Herzen, »das zu überzeugen und zu befehlen wußte«.

Wolkers äußere Erscheinung war wuchtig und imposant, »ein Urbild seiner bayerisch-barocken Heimat«. Er bewegte sich mit der Würde eines Bischofs und verfügte über die Gewandtheit und das Pathos eines großen Predigers. Seine Selbstsicherheit und seine Ausstrahlungskraft, die bei den Jugendlichen wahre Begeisterungsstürme hervorrufen konnte, erregten in einigen Kreisen der kirchlichen Hierarchie jedoch auch Mißtrauen. Als Generalpräses des Jungmännerverbandes wurde Wolker in Personalunion 1. Vorsitzender der Deutschen Jugendkraft (DJK), dem »Reichsverband für Leibesübungen in katholischen Vereinen«. Er behielt zeit seines Lebens für den Sport eine besondere Vorliebe, da er ihm in seinem pädagogischen Konzept eine bedeutende Rolle für die Entwicklung der Jugendlichen beimaß.

Schon auf dem Verbandstag 1924 hatte Wolker bei der Erarbeitung des »Fuldaer Bekenntnisses« und der ersten Verbandssatzung mitgearbeitet. Mit dem ersten Verbandstag unter seiner Leitung, 1928 in Neiße, wurde die gesamte Verbandsarbeit grundlegend geändert. Der Verband löste sich jetzt endgültig von den traditionellen Formen des katholischen Vereinslebens. Die Jungmännerbewegung kam voll zum Durchbruch. Den Jugendlichen selbst wurde die Verantwortung für

die technisch-organisatorische Verbandsführung und für die persönliche Führung anderer junger Menschen anvertraut. Weitere Marksteine in der Geschichte des KJMV setzte Wolker 1931 auf der Reichstagung zu Trier – zum ersten Mal wurde hier neben einer organisatorischen, einer religiös-kirchlichen, einer erzieherischen und sozial-karikativen auch von einer volkspolitischen Aufgabe gesprochen – und 1932 durch die Festlegung des organisatorischen Aufbaus im »Grundgesetz«.
1932 war das »Sturmjahr« des Jungmännerverbandes mit dem Reichstreffen der Sturmschar auf der Festung Ehrenbreitstein und der Gründung der Wochenzeitung »Junge Front«. Der KJMV war damals mit 365000 Mitgliedern der größte männliche und wohl auch bestorganisierte Jugendverband Deutschlands. Seit 1932 trat der Verband häufiger an die Öffentlichkeit. Wolker schrieb zur Reichspräsidentenwahl im Frühjar 1932: »Hindenburg ist für Deutschland ein Garant der Ordnung und des Aufstiegs, ein Garant gegen politische Abenteurer und Experimente, die Wirtschaft und Staat zerschlagen können.« Im leidenschaftlich geführten Reichstagswahlkampf nach dem Sturz Brünings im Mai entschloß sich der KJMV, öffentlich für das Zentrum Stellung zu nehmen. Bekannt ist das Bild: Wolker im offenen Wagen neben Brüning beim Dritten Reichstreffen der DJK vom 28.–31. Juli in Dortmund mit 50000 Jugendlichen. Wolker erkannte damals »die politische Macht der großen Zahl und katholischen Solidarität im öffentlichen Leben«. Ihm selbst imponierte Brünings Nüchternheit, seine Gradlinigkeit und sein Mut zu unpopulären Maßnahmen.
Die Juli-Wahlen 1932 brachten den Nationalsozialisten 37,3 % aller abgegebenen Stimmen, das Zentrum konnte sich mit 12,5 % behaupten. Nach der erneuten innenpolitischen Zuspitzung unter Papen und der erneuten Reichstagsauflösung griff Wolker wieder in den Wahlkampf für die Reichstagswahlen im November ein. In fünf großen Städten hielt er politische Kundgebungen für die Jugend mit Teilnehmerzahlen von 15000, 20000 und 25000. Im selben Jahr war eine heftige Debatte um den Wehrsport entbrannt. Hindenburg hatte am 13. September das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung konstituiert, in dem sich kooperationswillige deutsche Jugendverbände zum Zwecke der vormilitärischen Ausbildung zusammenschließen sollten.
Wolker trat gegen manche entschiedene Gegner im eigenen Verband für eine Mitgliedschaft der DJK im Kuratorium ein. Er begründete seine Haltung mit vaterländischem Pflichtbewußtsein: Katholische Weltauffassung könne vom Glauben her das Recht und die Pflicht der Vaterlandsverteidigung mit der Waffe nicht ablehnen. Auch wenn aus politischen Gründen das Zustandekommen der Regierung nicht gebilligt werden könne, argumentierte er, so sei sie für ihn doch Staatsautorität. Außerdem würde, seiner Meinung nach, die katholische Seite

jedes Mitspracherecht verlieren und gäbe sich nur allzuleicht einer möglichen Verhetzung als »romgebunden« und »undeutsch« preis. Er befürchtete Schlimmeres, wenn auch die Regierung Papen scheitern würde.

III

Alle Pläne und Prognosen wurden mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 hinfällig. Zunächst überschätzte die Verbandsleitung, wie nahezu die gesamte Führung des Verbandskatholizismus, den Einfluß der »Bürgerlich-Nationalen« in der neugebildeten Reichsregierung. An ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Hitler änderte sich aber nichts. In einem Rundbrief vom 16. Februar wurden die Jugendlichen angesichts der bevorstehenden Wahlen vor dem Terror und der rücksichtslosen Propaganda der Nationalsozialisten gewarnt. Man dürfe ihnen auf keinen Fall die Alleinherrschaft über Öffentlichkeit und Straße überlassen. Wolker selbst trat wieder als Redner im Wahlkampf auf. Vom KJMV ging auch die Initiative zu jenem »unerhörten Wahlaufruf« aus, der von 13 katholischen Verbänden unterschrieben wurde und später den Nationalsozialisten willkommenes Alibi für Verbote und Absetzungen war.
Für Wolker und den Verband bedeutete die wenig eindeutige Erklärung der deutschen Bischöfe zum Neuen Staat vom 28. März 1933 »eine nicht leichte Umstellung«. Offiziell identifizierte er sich jedoch voll damit, während hinter den Kulissen eine lebhafte Aktivität in Verhandlungen mit kirchlichen und staatlichen Stellen entwickelt wurde. Wolker sprach beim Reichskanzler, Vizekanzler und Reichsinnenminister vor. Es wurde ihm dabei klar, daß kein inneres Verstehen für das Wesen des Religiösen und der religiösen Gemeinschaft vorhanden war. Von Hitler gewann er den Eindruck, als ob eine gewisse Unsicherheit über die Entwicklung der Revolution in den eigenen Reihen bestehe, daß aber der Wille der verantwortlichen Führer offenbar dahingehe, der Kirche und ihren Organisationen eine gewisse Freiheit zu lassen.
Obwohl sich die ersten Übergriffe der nationalsozialistischen Machthaber hauptsächlich auf die Bündische Jugend gerichtet hatten, so war es in den ersten Monaten doch auch schon zu vielen ungesetzlichen Einzelaktionen gegen Vereine des KJMV gekommen. Wolker wandte sich im Mai 1933 sorgenvoll mit einer Denkschrift an die deutschen Bischöfe, in der er auch im kirchlichen Bereich um eine eindeutige positive Stellungnahme zum Weiterbestehen der katholischen Verbände warb. Das Ziel müsse sein, »möglichst alles zu halten«.

Die Denkschrift endet mit dem eindrucksvollen Appell: »Wir Führer der Verbände werden den Kampf in der vordersten Linie kämpfen – nie anders als in Übereinstimmung mit dem Episkopat. Wir können auch einmal daneben schießen und dann zurück gepfiffen werden von der kirchlichen Behörde. Wir bitten aber für die Führung dieses geistigen Kampfes um die Autorisation und eine Festlegung der letzten Stellungen... Es geht uns allen nicht um Verband und Führerstelle, es geht uns um gar nichts anderes als um die Kirche, das Reich Gottes in der deutschen Jugend.« Kennzeichnend für Wolker ist es, daß er, trotz mancher innerkirchlichen Auseinandersetzung, niemals öffentlich Kritik an der Haltung der Bischöfe übte. Er lehrte die Jugend vielmehr, »die Bischöfe auf Händen zu tragen«.

Was für alle offiziellen Äußerungen von katholischer Seite nach den Reichstagswahlen im März 1933 gilt, trifft in besonderer Weise auch auf Wolker und die Verbandsleitung des KJMV zu: Es entstand eine neue Art der Kommunikation zwischen Führung und Mitgliedern, da nicht mehr alles offen ausgesprochen werden konnte. An die Adresse der nationalsozialistischen Machthaber wurde manche »good-will-Erklärung« geschickt, die längst nicht immer einer inneren Überzeugung entsprach.

In diesem Lichte sind auch die Äußerungen Wolkers in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1933 zu sehen. Noch im August stellte er in keineswegs euphorischer Konkordatsstimmung in einer umfangreichen Denkschrift an den deutschen Episkopat die Schwierigkeiten und die drohenden Gefahren für die katholischen Jugendverbände dar. In der September-Ausgabe der »Wacht« dagegen ist von ihm zu lesen, daß sich das deutsche Volk in einem feierlichen Vertrag mit dem Neuen Staat verbunden habe, und so habe sich auch die Jugend der Kirche dem Neuen Staat verpflichtet, »den deutschen Staat nationalsozialistischer Prägung, seine Idee, seine Führung und seine Formen anzuerkennen und ihm (uns) mit ganzer Bereitschaft und ganzer Treue zur Verfügung« zu stehen.

Hier verkannte Wolker offensichtlich den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Regimes, wenn er glaubte, daß ein Arrangement möglich sei – wenige Sätze vorher hatte er noch von den »eigenen, besonderen Aufgaben« der Katholischen Jugendverbände, »gleichberechtigt« neben »anderen Gemeinschaften deutscher Jugend« gesprochen. Sein Pathos trug mit dazu bei, daß er in einigen Formulierungen »daneben schoß«. Allerdings lassen die zähen Verhandlungen Wolkers um die Sicherung der katholischen Jugendverbände nach Artikel 31 des Reichskonkordats diese »Brückenbauversuche« in einem anderen Licht erscheinen. Die katholischen Jugendverbände hatten in der folgenden Zeit besonders unter dem »Kardinalfehler«, der bei der Unterzeichnung des Konkordats am 20. Juli 1933

unterlaufen war, zu leiden, daß nämlich die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 31 bezüglich des Schutzes und der Eigenständigkeit der katholischen Verbände nicht vereinbart worden waren.
Für den kirchlichen Partner war der Abschluß des Konkordats und das Ringen um seine Verwirklichung ein Stück Hoffnung, die nationalsozialistische Regierung dagegen nutzte geschickt die Situation der einzelnen Verhandlunsphasen aus, um je nach den politischen Bedürfnissen Zugeständnisse in Aussicht zu stellen und dann wieder zurückzuziehen. Wolker war nach der Ratifikation des Vertrags von allen Jugendverbänden mit der Vertretung ihrer Sache beauftragt worden und hatte von Kardinal Bertram eine Generalvollmacht für Verhandlungen mit dem Reichsinnenministerium erhalten. Er erlebte bei den Verhandlungen nach anfänglichem Optimismus große Enttäuschungen, vor allem da schon längst nicht mehr klar war, in wem man den kompetenten Ansprechpartner zu sehen hatte, im Reichsinnenminister oder in den Vertretern der Hitlerjugend und der Partei.
Ende 1933 verlagerte sich deshalb Wolkers Hauptargumentation von der Kooperationsbereitschaft weg und hin auf die Feststellung des den katholischen Jugendverbänden zustehenden Rechts. Die zermürbenden Verhandlungen, die damit verbundenen Reisen und Anstrengungen hinterließen in Wolker selbst ihre Spuren: Im Frühjahr 1934 erkrankte er schwer. Erst im Juli 1934 konnte Wolker mit geläutertem Blick und altem Elan wieder an die Arbeit gehen. In dieser äußerst kritischen Zeit – am 30. Juni war Adalbert Probst, der Beauftragte für Geländesport in der DJK im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre umgebracht worden – gewann die Führerpersönlichkeit Wolkers innerhalb des Verbandes und weit darüber hinaus eine außergewöhnliche Bedeutung, eine Art Symbolcharakter für die katholische Jugend. Johannes Maaßen, der Hauptschriftleiter der »Jungen Front«, begrüßte den genesenen Generalpräses in der Juli-Ausgabe der »Wacht«: »Dir die Treue, General«. Wolker antwortete ihm in der Oktober-Ausgabe »Dir die Treue, Jugend der Kirche«.

IV

Im August 1935, als die Behinderung und teilweise sogar das Verbot der katholischen Jugendverbände durch Polizeiverordnungen im ganzen Reich »legitimiert« worden war, als die DJK nach langem zermürbendem Kampf aufgegeben werden mußte, schrieb Hans Niermann, damals Reichsführer der »Sturmschar«, an seine Eltern über Wolker: »Wir aber leben nach dem Wort unseres Generals: Menschen wagen, um Christen zu gewinnen. ... Wir lieben den General, weil er uns

wirklich Führer ist.« Ende 1935 wurde das Jugendhaus Düsseldorf – der Lebensnerv des KJMV – für einige Wochen von der Geheimen Staatspolizei besetzt, schließlich Wolker selbst am 6. Februar 1936 zusammen mit 57 anderen Mitarbeitern des Jugendhauses verhaftet.

Äußerer Anlaß war der Vorwurf der Zusammenarbeit zwischen KJMV und illegalen kommunistischen Gruppen. Wolker konnte nachweisen, daß er von solchen Kontakten, die es in pazifistischen Kreisen um Kaplan Rossaint tatsächlich gegeben hat, nichts gewußt hatte. Ausmaß und Bedeutung dieser angeblich katholisch-kommunistischen Kollaboration wurden von nationalsozialistischer Seite jedoch erheblich überschätzt und propagandistisch hochgespielt.

Von der schikanösen Behandlung, die Wolker im Gefängnis auf der Ulmer Höhe in Düsseldorf erfahren hat, erfährt man aus seinen Briefen aus dem Gefängnis nichts: »Der Mensch, soll er tiefer werden«, schreibt er vielmehr am 4. April seinen Schwestern, »muß von Zeit zu Zeit bis in die Urgründe seines Wesens aufgewühlt werden. Die Ackerfurchen müssen recht aufgerissen werden, dann kann das Samenkorn tiefer Wurzel greifen und neues Leben sprossen. Ihr sollt Euch drum nicht zu groß Leid und Sorge machen, nicht zu trüb die Lage um mich denken. Denkt sie Euch lieber so: Ich wär just sowas wie ein Karthäuser worden. Hätte plötzlich meine generalische und seelsorgliche weite Tätigkeit vertauscht mit der Zelle einer Karthause. Ist nämlich was dran. Nicht nur in der äußeren Tagesordnung, die sich ordnet nach den Tagzeiten des Breviers und wechselt mit Beten, Studium und Handarbeit. Ja, ja auch das letztere. Ihr tätet ja lachen, wenn Ihr mich sähet die Zelle fegend, das Geschirr spülend, Bett und Spind machend... Und dabei das Schweigen und die Einsamkeit. Nein, auch vom innern Sinn der Karthause hat sichs was. Jetzt gehts nach den drei evangelischen Räten! Zwar nicht auf Gelübde, aber man kann den äußern Zwang zum innern Willen machen.« Es ist das Zeugnis eines tiefgläubigen Menschen, der sich ganz in »Gottes Hand« weiß: »Dem, der Gott liebt, gereichen alle Dinge zum besten«, endet sein Brief.

Währenddessen hatte die Verbandsführung tausende von Schallplatten mit Ansprachen Wolkers ins Land geschickt, das Bild seines Kopfes war auf der Umschlagseite. Am 12. Mai 1936 wurde Wolker aus der Haft entlassen. Kardinal Schulte und sogar Kardinalstaatssekretär Pacelli hatten sich für seine Freilassung und auch die des schwer erkrankten Generalsekretärs des KJMV, Jakob Clemens, eingesetzt. Eine gewisse Rolle bei diesen Bemühungen hat auch Emilie Freifrau von Loe gespielt, die in Berlin über Verbindungen verfügte. Auf Burg Ingenraedt im Kreise Geldern, dem Wohnsitz der Baronin, konnte Wolker sich dann einige Wochen lang von den Strapazen der Haft erholen.

Im August 1935 hatte Wolker mit einer Denkschrift an den Episkopat den Anstoß dafür gegeben, daß sich eine von der Fuldaer Bischofskonferenz bestellte Kommission mit einer den Zeitverhältnissen angepaßten Neuordnung der Katholischen Jugendseelsorge beschäftigte. Er hatte sich in dieser Denkschrift mit der Gesamtheit der katholischen Verbände, mit ihrem kirchlichen Auftrag und ihrer Sendung durch den Episkopat unter nationalsozialistischer Herrschaft auseinandergesetzt. Wolker war nicht der einzige Verbandsvertreter, der sich manchmal von den Bischöfen alleingelassen fühlte. Das 30 Seiten umfassende Dokument gipfelte in der Aufforderung an den Episkopat: Die Gefolgschaft der kirchlichen Verbände müsse wissen, »was wir im Schaffen und im Kampf der Verbände tun, tun wir im Auftrag der Kirche. Was wir als Mitglieder der Verbände leiden, ist ein Leiden der Kirche und als Kirche«. Unmöglich sei ihnen »das Martyrium ohne Auftrag«.

Diesen neuen Auftrag erhielten die katholischen Jugendverbände nach teilweise schwierigen Verhandlungen mit den Bischöfen in den »Richtlinien für die Katholische Jugendseelsorge«, die im April 1936 verkündet wurden. Wolker hatte selbst bei den abschließenden Verhandlungen nicht dabei sein können. Aber auch wenn er sich selbst eine stärkere Unterstreichung der Aufgabe der Verbände gewünscht hätte, so stellte er sich doch nach der Verkündigung der Richtlinien voll hinter sie und trieb im ganzen Lande die Verwirklichung der organisatorischen Konsequenzen voran. Als ein erster praktischer Erfolg der »Richtlinien« galt der Bekenntnistag am 7. Juni 1936, an dem an einigen Orten 70-80% aller katholischen Jugendlichen teilnahmen.

Nach der Auflösung aller katholischen Jugendverbände erwies sich diese Umstrukturierung als eine weitsichtige Entscheidung. In einem Memorandum von 1942 stellte Wolker fest: »Diese neue rein kirchliche Jugendseelsorge ist trotz der erheblichen, das kriegsbedingte Maß weit überschreitenden Hemmungen und Einschränkungen, ein lebendiger und nicht mehr weg zu denkender Teil der Gesamtseelsorge und des kirchlichen Lebens geworden.« Pfingsten 1937 im Dom zu Trier wies Wolker den Jugendlichen in einer Predigt die Richtung: »Es ist beschränkt die Freiheit eures Wortes, eures Liedes, beschränkt die Freiheit eures Gemeinschaftslebens als junge Kirche, beschränkt für manche die persönliche Freiheit, für gar manche die Freiheit im wirtschaftlichen Leben und Wettbewerb des Lebens ... Es geht hier in einem Wort nicht um die äußere Freiheit. Paulus war in Ketten in Jerusalem, in Rom, und trotzdem hat er das hohe Lied der Freiheit gesungen. Freiheit ist ein innerliches ... Haltet Eure Gedanken frei, haltet Eure Herzen frei wider alle Verwirrung der Worte und Werte des Glaubens und des Unglaubens.«

V

Im Laufe des Jahres 1937 wurden die ersten Diözesanverbände des KJMV aufgelöst. Wolker wandte sich gegen die von einigen angesprochene Möglichkeit der Selbstauflösung des Verbandes, da es sich seiner Ansicht nach um eine das Reichskonkordat berührende Angelegenheit handle, die nicht ohne Rom entschieden werden könne. Außerdem befürchtete er mißverstanden zu werden, wenn plötzlich aufgegeben würde, was man jahrelang mit Recht und besten Gründen verteidigt hatte. Man muß dabei vor Augen haben, daß die Verbände der katholischen Jugend von den rund 100 Verbänden des »Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände« fast als einzige nicht nur die ersten Monate des nationalsozialistischen Regimes überlebt, sondern rund sechs Jahre lang dem Totalitätsanspruch widerstanden hatten.
Bis zuletzt kämpfte Wolker bei der Reichspressekammer um das Weiterbestehen der Verbandszeitschriften »Die Wacht« und »Am Scheidewege«. In dieser Zeit der schon drohenden Auflösung gründete Wolker die Johannes-Bruderschaft, eine Gemeinschaft von jungen Frauen und Männern, die mindestens 18 Jahre alt sein mußten und sich dem besonderen Schutz des Hl. Johannes anvertrauten. Es war eine Gebets- und Gesinnungsgemeinschaft, deren einziges Ziel es war, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß das Christentum in der Jugend nicht untergehe. Tatsächlich fahndete die Gestapo in der Kriegszeit nach einer »geheimen Confraternitas«. Nach dem Krieg lebte diese Gemeinschaft weiter, aber es scheint, daß die geistige Kraft der Verfolgungszeit nicht wiedergewonnen wurde.
Die Arbeit im Jugendhaus mußte auf Grund der verschiedenen Behinderungen im Jahre 1938 auf ein Minimum beschränkt werden, Wolker wurde in den Beirat einer neuerrichteten Reichsstelle zur Förderung der gesamten Jugendseelsorge unter der Leitung des Bischofs von Mainz berufen. Die endgültige Auflösung des Verbandes am 6. Februar 1939 kam für Wolker also nicht überraschend: Das Jugendhaus wurde von 140 Gestapo-Leuten besetzt, die 90 Mitarbeiter des Hauses wurden in einen Saal gesperrt. Als Wolker ein Abschiedswort sprechen wollte, wurde es ihm verwehrt, er forderte dann im Beisein der verlegenen Staatspolizei auf, gemeinsam ein »Vater unser« zu beten. Bevor er Düsseldorf verließ, versicherte er sich, daß alle Mitarbeiter einen neuen Arbeitsplatz gefunden hatten. In einem Abschiedsbrief im März schrieb er an seine Freunde: »Der Bund ist aus. Der Weg zu Ende. Und wir machen Ernst damit. Das Wort von der Staatstreue ist für uns keine Phrase. Wir tun es ohne Verbitterung, in der aufrechten Haltung des Christen ... Es ist Sache der Bischöfe, unserer Oberhirten, uns den Weg zu weisen für das Kommende ... Unser ist es in Übereinstimmung damit, jeder an seinem Platz und

nach dem Maß seiner Kraft sich einzusetzen zur Erfüllung des Einen: Christus in deutscher Jugend, Junge Kirche«.

VI

Wolker nahm jetzt seinen Wohnsitz in Unterschondorf – 1943 bewarb er sich dort als Rektor der Ortskirche –, zog während der Kriegsjahre jedoch »wie St. Paulus missionierend landauf und landab«, von Exerzitienkurs zu Exerzitienkurs. Er entfaltete ein umfangreiches Briefapostolat mit den jungen Freunden an der Front, von dem noch manche Zeugnisse erhalten sind: Mitleiden und Ermutigung, Gedanken über den Tod und über die Hoffnung. Im Sommer 1942 schrieb er: »Es wird kein Friede auf Erden sein ohne das Kreuz ... Darum was immer uns erwartet, wir wollen es im Kreuz erkennen und erfüllen. Wenn dich der Herr ruft in diesem Kriegsgeschehen, im Soldatentod, im Bekennertod, gib Dein Leben hin im Kreuz des Herrn ... Als Sühne für unsere Schuld, zur Erlösung, zur Rettung des Volkes ... Wenn der Herr nach Ende des Krieges Dich ruft zu Dienst und Bau, ... dann mußt Du wissen, daß auch dieser neue Weg Via crucis sein wird, und nur in der Nachfolge Christi«.
Viele seiner jungen Mitarbeiter haben ihr Leben im Krieg verloren. Besonders schmerzlich waren der Verlust von Hans Niermann und Albert Steiner, dem Reichsobmann des KJMV. Aber auch Wolker ist von den Nöten und dem Leid des Krieges nicht verschont geblieben: Die elterliche Wohnung am Gärtnerplatz in München wurde zerstört, im Frühjahr 1944 mußte er sich einer Gallenoperation unterziehen. Trotz allem verlor er nie den Humor, der im letzten seine Wurzeln im Übernatürlichen hatte: »Der nämlich ist der katholische Mensch«, schrieb er in dem oben zitierten Brief, »der die Wirklichkeit sieht und sucht, und darin Gott sieht und sucht. Und weil dieser christliche Realist als letzte und größte Wirklichkeit Gott sieht, das bonum summun et optimum, darum ist er der Optimist.«

VII

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft ergriff Wolker sofort wieder die Initiative, um den Neuaufbau der Verbandsarbeit in Angriff zu nehmen. In einem Rundschreiben an seine Freunde vom 25. Juli 1945 legte er dar, was er schon unternommen hatte und was seiner Meinung nach jetzt getan werden müßte: Verhandlungen mit kirchlichen Behörden und der Militärregierung, Treffen mit früheren Mitarbeitern und Verlagsvertretern: Johannes

Maaßen, Georg Thurmair, Otto Vieth, Josef Rick, Franz Steber, Klemens Tilmann u. a. Die Werler Bischofskonferenz, 4.–6. Juli 1945, hatte beschlossen, daß nicht die katholischen Vereine und Verbände wie vor 1933 wiedererweckt werden sollten, sondern daß eine organische Seelsorge nach den vier Naturständen im Sinne der katholischen Aktion aufgebaut werden solle. Wolker meinte, daß bei den heimgekehrten Kriegern aus allen früheren Bünden der Wille zur Einheit recht allgemein und stark sei. Besonders wichtig erschien ihm bei den Plänen der Bischöfe, daß der Jugend die Freiheit der Bewegung garantiert bleibe, daß der Jugend ihr »Jugendreich« (über das rein Religiöse hinaus) wiedergegeben und daß der Mitarbeit der Laien ein weiter Raum gegeben werde.

Am 9. November 1945 wurde Wolker vom Episkopat erneut mit der Führung der kirchlichen Jugendarbeit betraut: Erzbischof Frings bestellte ihn zum Rektor von Altenberg und Leiter der Bischöflichen Hauptarbeitsstelle für Jugendseelsorge. Es begann damit für ihn wahrscheinlich die schwerste Zeit in seinem Lebenswerk: eine Periode der Verhandlungen, Konferenzen und Kompromisse. Erst 1947 konnte die Bundesordnung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) verabschiedet werden. Wolkers Autorität hatte sich noch einmal durchgesetzt, aber es war nicht die Verwirklichung von Einheit, die ihm auf Grund der Erfahrungen der Verfolgungszeit vorgeschwebt hatte. Wolker wurde geistlicher Leiter der Mannesjugend im BDKJ und Vorsitzender der DJK. 1950 gelang ihm die Einigung der Sportverbände im Deutschen Sportbund, dessen Vorstandsmitglied er wurde, im selben Jahr wurde er Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees. 1952 erhielt er das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Obwohl Wolkers Beitrag zum Neuaufbau der Organisation der katholischen Jugend nicht zu unterschätzen ist, so scheint es doch, als wenn seine »große Zeit« vorbei gewesen sei. Sein »Pathos« traf nach dem Krieg auf eine skeptische, wesentlich jüngere Generation. Er fühlte sich unmerksam, aber doch für ihn schmerzlich spürbar, abgedrängt. Es wurde einsam um ihn. 1952 wurde Wolker, der schon 1930 zum Monsignore und 1947 zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt worden war, auf Grund seiner angegriffenen Gesundheit und wahrscheinlich nicht zuletzt auch auf Hinwirken solcher, die sich mit der eigenwilligen Führernatur Wolkers schwer taten, von seinen Führungsämtern im BDKJ und der Bischöflichen Hauptstelle entlastet. Er blieb bis 1953 noch Vorsitzender der DJK.

Der »Rufer von Altenberg« widmete sich bis zu seinem plötzlichen Tod am 17. Juli 1955, bei einem Urlaubsaufenthalt in Norditalien, im Auftrag des Deutschen Episkopats der Niederschrift der Kernstücke der von Altenberg aus angeregten und ausgeübten Jugendseelsorge

und Jugendführung, der sogenannten »Pastorale Albergense«. Ihr Ansatz ist zentral in den Grundlehren des Glaubens: Liturgie und Bibellesung, Anweisungen zur Gebets- und Bußerziehung. Weit bekannt geworden sind die Leitworte dieser Katechese: Regnum Dei, Gratia Dei, Gloria Dei und Amor Dei: höchste Ehre Gottes ist der Mensch, der Gott liebt. »Dem Inspirator Wolker müßte man eigentlich viel mehr Lob spenden als dem Organisator«, schrieb sein Nachfolger im Amt des Bundespräses des BDKJ, Willy Bokler. Sein Name war für die katholische Jugend über Jahrzehnte ein Programm. Er war ein echter Priester, ein charismatisch begabter Jugendseelsorger, ein Reformer der Jugendpädagogik und ein Kämpfer für das Recht der katholischen Jugend gegen den nationalsozialistischen Totalitätsanspruch.

Laurentius Siemer (1888–1956)

»Carl Sonnenschein in vieler Hinsicht kongenial war der im Jahre 1956 verewigte Kölner Menschenfreund, Rundfunkkommentator und Fernsehsprecher Laurentius Siemer, der Dominikaner, der, ein unerschrockener Führer der deutschen Widerstandsbewegung, in der Terrorzeit wiederholt im Gefängnis saß, mit Mühe und Not nur der Ermordung entging und nach 1945 infolge seiner geistigen Aufgeschlossenheit und sozialen Hilfsbereitschaft gegenüber bedrängten und suchenden Menschen aller Parteien und Bevölkerungskreise weit über die rheinische Domstadt hinaus als ›geheimer Bischof von Köln‹ galt, ohne, wie es auch bei Sonnenschein der Fall war, ein etatisiertes Amt zu bekleiden.« Mit diesem Satz von Rudolf Amelunxen sind die wesentlichen Charakterlinien Siemers gezeichnet, über dessen bewegtes und bewegendes Leben, Denken und Wirken hier zu berichten ist.

I

Beheimatet war Pater Laurentius Siemer im oldenburgischen Münsterland, das für seinen festen, treuen und manchmal sturen Katholizismus bekannt ist. Diese Haltung haben auch die Nationalsozialisten zu spüren bekommen, als sie die Kreuze aus den Schulen entfernen wollten. Seine Heimat war es auch, die ihn nach dem 20. Juli 1944 vor den Verfolgern verbarg. Er kam am 8. März 1888 als sechstes Kind von zehn Kindern zur Welt und wurde auf den Namen Josef Bernhard Franz getauft. Von den zehn Geschwistern starb eines sehr früh, zwei fielen im ersten Weltkrieg, von den übrigen sieben erwählten vier den geistlichen Stand.

In Elisabethfehn, mitten in einer Moorlandschaft zwischen Oldenburg und Ostfriesland, wurde Siemer geboren. Dorthin hatte es den Vater, den beamteten Kanalbaumeister Franz Joseph Siemer, verschlagen, dort leitete der »Herr Aufseher« den Torfabbau der Kolonie. Dem Vater, so wird berichtet, war ein starker Familiensinn »angeboren«, er war stolz, ein Sproß des alten Bauerngeschlechtes Siemer aus Spreda bei Langförden zu sein, das sich zur Zeit Napoleons gegen die französischen Eindringlinge zur Wehr gesetzt hatte. Er war Idealist, sprach gern von Kirche und Vaterland und suchte seine Kinder dafür

zu begeistern, »sah aber manchmal nicht die Wirklichkeit«. Dagegen war die Mutter, Tochter des Bauern Diekhaus aus Repke bei Emsteck, eher nüchtern und handfest gesonnen, bei ihr herrschte der kühl denkende Verstand vor. Beide aber waren von tiefer Religiosität durchdrungen, welches Erbteil sich gleichermaßen auf die Kinder übertrug. Der von einem Kind schon früh geäußerte Wunsch, Priester zu werden, wurde nicht als Zumutung empfunden.

Laurentius Siemer wuchs in der einsamen Wildnis von Moor, Kanälen und Torfgräben auf. Die nächste katholische Kirche und die einklassige Schule lagen drei Kilometer vom Elternhaus entfernt, die nächste Bahnstation zehn Kilometer. Vor dem Schulgang hütete er Kühe im Hochmoor, in der Freizeit schmökerte er in Vaters Bibliothek, bastelte Schiffe, lief Schlittschuh. Genüßlich schildert Siemer in seinen Erinnerungen die rauhen und lebensgefährlichen Spiele seiner Kindheit. Seinem jüngeren Bruder Bernhard hat er zweimal das Leben gerettet, Bruder August zog er aus dem Moor. Nach sieben vergnüglichen Volksschuljahren wurde Siemer vom Unterricht befreit, erhielt Privatunterricht und kam Ostern 1903 in die Obertertia des Gymnasiums zu Vechta.

Im Gymnasium Antonianum mit dem Titel »Großherzoglich Oldenburgisches Katholisches Gymnasium« verbrachte er fünf mühsame Jahre bis zum Abitur. Zunächst zeigte er alle Anzeichen eines Musterschülers und erhielt den Spitznamen »Renommeeschinder«, später blieb nur noch das »Schinder« – und zuletzt nannte man ihn, der inzwischen mit Stehkragen und Bügelfalte, langer Pfeife oder Zigarre auszugehen beliebte, »Schinschin«. Das Ergebnis der Reifeprüfung war kläglich, aber er war kein Faulpelz gewesen. Vielmehr vollzog sich seine geistige Entwicklung neben der Schule her: Er liebte Shakespeare und Dante, war eifriger Leser des in der Schule als »modernistisch« verpönten »Hochland« und betätigte sich in der »Rhetorika«, dem Verein zur Pflege der Redekunst. Rhetorisches Talent und keckes Auftreten wurden ihm schon in der zum Abitur erschienenen »Bierzeitung« nachgerühmt, die in holprigen Versen vermeldet:

»Siemer, Josephus, tritt hervor und zeige, daß keck Du / Immer und ewig gewesen und immer und ewig Du sein wirst. / Auch wenn einst in den Himmel Petrus nicht ein Dich will lassen, / Findest Du eine Bemerkung doch, die Zutritt verschafft Dir; / Hast Du's auch nicht verdient, Dir wird es sicher gelingen.«

II

Als Gymnasiast hatte Siemer mit dem Gedanken gespielt, Germanistik zu studieren. Als er aber nach dem Abitur Exerzitien im Studienhaus

der Dominikaner in Düsseldorf machte, war er von der »Totalität des religiösen Lebens« so eingenommen, daß er sich zum Eintritt in den Dominikanerorden entschloß. Dieser Entschluß rief bei seinen Freunden ungläubiges Erstaunen und bei den Eltern Enttäuschung hervor (letztere hätten es lieber gesehen, wenn er Weltpriester geworden wäre).

Am 10. Juni 1908 wurde Siemer in Venlo »eingekleidet« und erhielt den Ordensnamen Laurentius. Nur langsam machte er sich mit der klösterlichen Lebensform vertraut, die seinerzeit durch ausgedehnte Chorgebete, Silentium, fleischlose Kost und Rauchverbot erschwert wurde. Nach dem Noviziatsjahr begann das Theologiestudium an der ordenseigenen Hochschule in Düsseldorf, in der im scholastischen Vorlesungsstil überwiegend die »solida doctrina« des Thomas von Aquin vorgetragen und disputiert wurde. Siemer galt als ausgezeichneter Student und wurde zum Lektorat zugelassen. Seine Lektoratsarbeit über »Die mystische Seelenentfaltung unter dem Einfluß der sieben Gaben des Hl. Geistes bei Thomas von Aquin« schrieb er neben seiner zweijährigen Diensttätigkeit als Sanitäter im Düsseldorfer Kloster, das mit Ausbruch des Weltkrieges dem Roten Kreuz als Reservelazarett zur Verfügung gestellt worden war.

Im August 1916 wurde Siemer nach Vechta versetzt. Dort unterrichtete er – allerdings ohne besondere pädagogische Kenntnisse – an der Ordens- und Missionsschule die Fächer Geschichte und Griechisch. Sonntags versah er die Stelle des Seelsorgers beim Marine-Luftschiffs-Trupp in Ahlhorn. Als 1918 nach dem verlorenen Krieg die Revolution ausbrach, verlor er seine Stelle dort, eroberte sie aber nach zähen Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zurück. In dieser wirren Zeit bewährte sich sein Verhandlungsgeschick besonders im Fall von sechs Soldaten, denen die Todesstrafe drohte, weil sie ein Faß Butter gestohlen hatten. Siemer erreichte ihre Rettung vor der sicheren Hinrichtung.

Nach einem kurzen Zwischenspiel als Prokurator im Vechtaer Konvent, das als Mißerfolg anzusehen ist (er stand mit der Buchführung auf Kriegsfuß, war aber groß im Beschaffen von Lebensmitteln), wurde Siemer zum Studium der Philologie und Geschichte an die Universität Münster geschickt, das er 1920 mit dem Staatsexamen abschloß. Die schriftliche Hauptarbeit handelt über »Das aktive und das kontemplative Leben nach dem Hl. Thomas von Aquin«. Während seines Studiums in Münster wurde Siemer in der Katholischen Studentenverbindung (KV) »Germania« aktiv. Außerdem waren ihm Vorträge, Reden und Predigten willkommene Unterbrechungen des Studiums. So ließ er sich vor der Wahl zur Nationalversammlung (Weimar) von der Zentrumspartei als Redner in Oldenburg engagieren, doch der Wahlkampf kam ihm »reichlich demagogisch« vor, »weshalb ich nach

einigen Wochen mich nicht mehr darauf eingelassen habe«. Stattdessen übernahm er die geistliche Leitung des »Quickborn« in Münster, dessen pazifistische Gesinnung und sanfte Gitarrenklänge ihm später zuwider waren, als er sich für die Pfadfinderidee begeisterte und Marsch- und Blasmusik bevorzugte.
Obwohl von seinem Provinzial Thomas Stuhlweißenburg zum Doktorat vorgesehen, wurde Siemer vom General der Dominikaner zum Rektor der Ordensschule und Leiter des Internates in Vechta ernannt. Diesen Posten hatte er zwölf Jahre inne; er trat ihn an mit dem Vorsatz, Remedur zu schaffen. Den Gedanken des Pfadfindertums übertrug er auf die Schule, indem er die Schülerschaft in Sippen einteilte, die sich weitgehend selbst verwalteten, und großes Gewicht auf Musik und Sport legte. Das galt seinerzeit als beinahe revolutionär, vor allem für eine Klosterschule. Immerhin gelang es Siemer als Rektor der Schule, deren staatliche Anerkennung er erwirkte, seinem Orden rund hundert Berufe zuzuführen. Zu seinem Stil, der Aufsehen und Anstoß zugleich erregte, gehörte es, daß er, der Mönch, auf einem Motorrad im blauen Monteuranzug nach Boppard fuhr.

III

Solche Eskapaden mögen dazu beigetragen haben, daß Siemer 1932 erst im siebten Wahlgang zum Provinzial der deutschen Dominikaner gewählt wurde. Dieses Amt übte er bis 1946 aus, und in dieser zweiten Lebensphase gewann sein Wirken politische, wenn nicht gar geschichtliche Bedeutung. Seine erste Amtshandlung als Provinzial betraf die Errichtung eines einheitlichen Studienhauses in Walberberg. Er organisierte die Herausgabe der »Deutschen Thomas-Ausgabe« und des »Archivs der deutschen Dominikaner« und stellte vier Patres für die Edition der Werke des Albertus Magnus frei. Von 1934 bis 1936 gründete er Konvente in Worms, München, Freiburg i. Br. und Augsburg und ermöglichte dadurch die Errichtung einer zweiten deutschen Ordensprovinz, an die er die drei letzten Gründungen abtrat; sie bilden noch heute, zusammen mit den österreichischen Konventen, die Süddeutsche Ordensprovinz.
Siemer brachte seine in Vechta erprobten Erziehungsprinzipien bald auch im Noviziat und Studentat zur Geltung. Die Ablösung des Warburger Novizenmeisters Benedikt Momme-Nissen erwies sich dabei als unumgänglich. Momme-Nissen war ein in Deutschland sehr prominenter Maler und Schriftsteller, war engster Freund und Nachlaßverwalter des »Rembrandt-Deutschen« Julius Langbehn gewesen und verkörperte eine merkwürdige Mischung aus Supranaturalismus

und Nationalismus. In den Enthüllungspamphleten des Erich Gottschling, der als Frater Borromäus Maria wenige Jahre dem Orden angehörte, befinden sich einige boshafte, den Nazis damals sehr willkommene Zerrbilder eines Ordenslebens, die auch Momme-Nissen nicht gerecht werden.
Siemer verstand es, die Härten der Nazizeit und des Krieges für seinen Orden zu mildern, ohne von seiner geraden Linie abzuweichen und faule Kompromisse zu schließen. Er ließ es auf Konfrontationen ankommen. Zu Ostern 1933 meldete er sich in einem Leitartikel für die Zentrumszeitung »Germania« zu Wort: »Wer wird uns den Stein wegwälzen?« fragt er angesichts der Schwierigkeiten mit der nationalsozialistischen Regierung. Und einige Monate später forderte er in einem Artikel, der von anderen Zeitungen übernommen wurde, »Mehr katholisches Selbstbewußtsein« – und wetterte gegen den Defaitismus im Verhältnis zu den Nazis.
Auch in seiner Ordensprovinz zog er einen klaren Trennungsstrich zu den Nazis. Einen als »Dichterpater« gerühmten Mitbruder, der nach der »Machtergreifung« in die Partei eingetreten war und im Propagandaministerium eine Funktion übernommen hatte, versetzte er kurzerhand in die Schweiz, wo er keinen weiteren Schaden anrichten konnte. Ohne sein Wissen wurden die Schüler der Ordensschule in Vechta in die Hitlerjugend überführt. Siemer wartete die »Kreuzaffäre in Cloppenburg« (bei der die Nazis die Kreuze aus den Schulen entfernen wollten) ab, um den Austritt aus der HJ zu bewirken. Ein weiterer Vorgang beweist den fast verwegenen Mut, mit dem Siemer den Nazis von Anfang an gegenübertrat. Als ein Lehrer die eigene Schule in Vechta wegen angeblich mangelnder nationaler Gesinnung denunzierte, entließ Siemer ihn auf der Stelle, obwohl das Ministerium Sanktionen angedroht hatte.
Im Frühjahr 1935 war es dann soweit, daß Kriminalpolizei und Gestapo das Provinzialat in Köln durchsuchten, die Unterlagen der Prokuratur und auch das Geheimarchiv der Provinz beschlagnahmten. Willkürmaßnahmen dieser Art, die dann zu den berüchtigten »Devisenprozessen« führten, wurden in fast allen Klöstern Deutschlands vorgenommen. Am 9. April wurde Siemer verhaftet und zur Untersuchungshaft in den Kölner »Klingelpütz« eingeliefert.
»Vor sechs Wochen brachte man mich ins Gefängnis. Bis gestern war ich völlig isoliert; niemand durfte mit mir sich unterhalten ... Niemand, der es nicht erfahren hat, kann sich vorstellen, was es bedeutet, in der Gefängniszelle sitzen, ganz allein, nicht sprechen können, nicht schreiben können, nur lesen, immer wieder irgendwelche abgestandenen Bücher lesen müssen. Schreiben können, geistig schaffen können ist in dieser Qual des völligen Gelähmtseins ein solches Glück.« Mit dieser Eintragung vom 21. Mai 1935 beginnen die Erinnerungen, die

Siemer während seiner neuneinhalbmonatigen Haft zu Papier brachte (und in der Nachkriegszeit fortführte).
Mit ihm verhaftet wurden die Patres Titus Horten, der ein heiligmäßiges Leben führte und heute noch in Vechta wie ein Heiliger verehrt wird, und der frühere Provinzial Thomas Stuhlweißenburg. Beide Mitbrüder sind in der Haft in Oldenburg zugrundegegangen. Nach drei Monaten »Klingelpütz« kam auch Siemer ins Oldenburger Gefängnis, aber kaum hatte er sich dort »eingelebt«, entließ man ihn. Sofort fuhr er nach Köln zurück, aber nur um dort erneut verhaftet zu werden – mit der Begründung, seine Freilassung sei irrtümlich erfolgt. Auf der Rückfahrt im Polizeiauto nach Oldenburg läßt Siemer einen Abstecher nach Walberberg machen, wo seine Mitbrüder Spalier bilden und ihm zuwinken. Siemer war es gelungen, das Wachpersonal zu überreden.
Überhaupt führte sich Siemer nicht wie ein Gefangener auf, eingeschüchtert und ängstlich. Überzeugt von seiner Unschuld, kämpfte er souverän und charmant für seine Freilassung. Er war peinlich bedacht auf Sauberkeit und sorgfältige Kleidung, denn die Vernachlässigung des Äußerlichen habe, so meinte er, schlechte psychologische Auswirkungen. Zur Überwindung der Gefängnisqual sang er geistliche und Studentenlieder, dazu hatte er sich ein Kirchengesangbuch und ein Kommersbuch geben lassen. Und nachdem er die lange Anklageschrift gelesen hatte, stimmte er laut das Te Deum an.
Am 30. Oktober war Termin vor dem Amtsgericht. In der Verhandlung kam es zu ergötzlichen Szenen. Siemer machte sich über die intellektuelle Unzulänglichkeit der beiden Staatsanwälte lustig, die ganz aus dem Konzept kamen. Allgemeines Gelächter im Zuschauerraum. Der Kölner Professor für Kirchenrecht Godehard Josef Ebers trat als Sachverständiger auf, war allerdings schlecht vorbereitet und konnte die lateinischen Texte aus dem Ius Canonicum nicht übersetzen. »Godehard tat mir leid. Darum stand ich auf, nahm ihm das Buch aus der Hand und fing an zu übersetzen.« Trotzdem wurde Siemer zu einem Jahr und drei Monaten Haft verurteilt, wegen »Devisenerschleichung« zugunsten der Mission.
Nach der Verurteilung ließ Siemer dem Richter ausrichten, »er möchte sorgen, daß er, wenn ich einmal wieder in Freiheit sein sollte, mir nicht begegnete: ich möchte bei einer solchen Begegnung nicht gern außer Acht lassen, daß ich Priester und Ordensmann sei«. Siemer legte Berufung ein. Desgleichen tat die Staatsanwaltschaft, der die Strafe zu gering erschien. Die Revisionsverhandlung am 29. Januar 1936 brachte unter lautem Jubel der Zuschauer den Freispruch, die Kosten des Verfahrens hatte das Reich zu tragen. Doch die Haft hatte bei Siemer Spuren hinterlassen, seine Haare waren weiß geworden.

Nach diesen die kirchliche Öffentlichkeit bewegenden, vom NS-Staat aber peinlich verschwiegenen Vorgängen erhielt Siemer, der schon fast im Ansehen eines Märtyrers stand, vom Ordensgeneral eine Einladung nach Rom, wo er auch von Kardinal-Staatssekretär Pacelli und vom Papst empfangen wurde. Siemer hat das Gespräch mit Pius XI. folgendermaßen protokolliert: »›Weil Sie gelitten haben, müssen Sie dem Heiligen Vater Ihre Meinung sagen, ob das Konkordat erhalten bleiben soll oder nicht. Wir müssen das Konkordat verantworten können vor der Geschichte und vor Gott. Wir konnten unmöglich ahnen, daß die Herren in Berlin ...‹, der Heilige Vater stockte und suchte nach Worten, weshalb ich fortfuhr: ›solche Lügner sind‹. Der Heilige Vater lächelte und meinte, das dürfte er nicht sagen. Worauf ich antwortete, daß ich es aber sagen dürfte. Der Heilige Vater erwiderte nichts darauf, sondern machte nur mit beiden Händen eine Geste, die zu besagen schien, daß er es mir überließe zu sagen, was ich glaubte sagen zu müssen. Die Frage nach dem Konkordat hatte am Tage zuvor der Kardinal-Staatssekretär mir bereits gestellt. Ich hatte dem Kardinal meine Meinung geäußert, daß, nachdem das Konkordat einmal geschlossen sei, es besser sein würde, wenn es bestehen bliebe. Es sei immerhin eine Rechtsbasis da, und jeder Verstoß gegen diese Rechtsbasis von Seiten der Nationalsozialisten trüge dazu bei, den Nationalsozialismus immer stärker ins Unrecht zu setzen, nicht nur dem Naturrecht gegenüber, sondern auch dem positiven Rechte. Der Kardinal-Staatssekretär zeigte sich über diese meine Antwort sehr befriedigt und ich hatte den Eindruck, daß er gerade wegen dieser meiner Antwort die Audienz beim Heiligen Vater besonders lebhaft wünschte.«

Er habe, so fährt Siemer fort, dem Papst dieselbe Antwort gegeben, welcher ihm dann eine Medaille überreichte mit den Worten: »Hier haben Sie von Uns eine Medaille der hl. Märtyrer Thomas More und Johannes Fisher, weil auch Sie, wie diese beiden Märtyrer, gelitten haben für den Glauben und die Kirche und die Hl. Religion.« Mit dieser Auszeichnung brachte der Papst deutlich seine Ansicht über die Behandlung der Priester und Ordensleute in Deutschland zum Ausdruck, und Siemer sah keinen Grund, warum er der ängstlichen Bitte des Kölner Kardinals Schulte folgen und die Angelegenheit verschweigen sollte.

Nachdem er mit großer Mehrheit in seinem Provinzialsamt bestätigt worden war, unternahm Siemer eine längere Missionsreise nach China, die er in einem Buch beschrieb, das unter dem Titel »Wie ich den fernen Osten erlebte« veröffentlicht wurde. Im Umkreis des Ordens entfesselte er damit eine gewisse Missionsbegeisterung. Aber

inzwischen war die innenpolitische Lage besonders für die religiösen Orden, die als staatsgefährdende Elemente galten und von der Gestapo scharf observiert wurden, immer bedrohlicher geworden. In den Polizeiberichten jener Zeit ist oft die Rede von regimekritischen Aktivitäten der Jesuiten und Dominikaner. Aus den Reihen der Dominikaner war schon vor Siemer, Horten und Stuhlweißenburg der geistige Führer der katholischen Pazifisten Franziskus Stratmann verhaftet worden; er konnte nur durch eine mit List und Tücke erreichte Ausreise nach Rom vor weiteren Verfolgungen bewahrt werden. In Worms hatte man den Subprior, in Köln zwei weitere Mitbrüder eingekerkert. In Berlin wurde Ansgar Sinnigen, Generalsekretär der Superioren-Vereinigung, in Haft genommen. Die persönliche Unsicherheit war von Tag zu Tag größer geworden.

V

Mit Kriegsbeginn versuchte Siemer, durch Einrichtung von Klöstern zu Lazaretten, Enteignungen abzuwenden und die Mitbrüder vor dem aktiven Kriegsdienst zu bewahren. Daß sie dann doch großenteils eingezogen wurden, konnten auch Siemers raffinierte Verhandlungen nicht verhindern. »Das Einfachste und – ich sage es mit tiefster Beschämung – Konsequenteste wäre es gewesen, den Kriegsdienst zu verweigern«, bekennt er später. Immerhin machte er sich das Kompetenzgerangel zwischen den rivalisierenden Ämtern und Dienststellen zunutze, indem er Parteibonzen, Ministerialbürokraten und Militärs gegeneinander ausspielte, Beziehungen spielen ließ und durch sein forsches, unerschrockenes und entwaffnend unverschämtes Auftreten manches Unheil abwendete. Dabei war es für ihn als »gebranntes Kind« ziemlich riskant, sich für bedrohte Klöster und Abteien, für die verhafteten Mitglieder verschiedener Orden einzusetzen.
Im Februar 1940 reiste Siemer nach Rom zu einer Audienz bei Pius XII. Über dieses Gespräch, es fand einen Tag vor dem Besuch des Außenministers Ribbentrop statt, wurde ihm strengstes Stillschweigen unter dem »sigillum pontificium« auferlegt.
Am 19. Juli 1940 verschickte Siemer einen ordensinternen Rundbrief über »Unsere Haltung zum Staate«, in welchem er darlegte, daß der gegenwärtige Staat ein nichtchristlicher Staat sei und deshalb für das Christentum kein Verständnis aufbringen könne. Dennoch sei man dem Staat gegenüber ethisch verpflichtet, weil er wesentlich ein Gebilde der natürlichen Ordnung sei und nicht sein Recht verliere, wenn die Übernatur von ihm nicht anerkannt werde. Niemals dürfe jedoch die übernatürliche Ordnung zugunsten der natürlichen Ordnung verletzt werden. Das Wort der Apostelgeschichte, wonach man

Gott mehr zu gehorchen habe als den Menschen, müsse unangetastet bleiben. Zugleich aber sei der Christ dem Staat verpflichtet, wie immer seine Erscheinungsform sein möge, wenn er nur wirklich Staat sei.
Diese letzte Einschränkung machte Siemer ganz bewußt, weil in ihm Zweifel aufgekommen waren, ob der nationalsozialistische Staat, der sein Wesen in der Macht sah und nicht in der Förderung des Allgemeinwohls, überhaupt als Staat angesprochen werden konnte. »Zur klaren Einsicht wurde dieser Zweifel erst zwei Jahre später und brachte mir zugleich das klare Bewußtsein der Pflicht, alles daranzusetzen, damit der Nationalsozialismus vernichtet würde. Der Gedanke allerdings, ich müßte absolut rücksichtslos den Nationalsozialismus bekämpfen, kam mir schon lange vorher immer wieder. Leider muß ich gestehen, daß ich diesen Gedanken bis 1942 zurückwies, nicht nur wegen mangelhafter Einsicht, sondern auch wegen mangelhaften Mutes, wenngleich ich diese Haltung zu entschuldigen versuchte mit der Erklärung, daß der rücksichtslose Einsatz meiner Persönlichkeit gegen den Nationalsozialismus ohne reale Folgen und deshalb unklug sein würde. Darum kann ich heute nicht behaupten, daß ich mich schuldlos fühle an den Dingen, die gekommen sind.«
Solche fast skrupulöse Selbstkritik findet sich des öfteren in seinen nur teilweise veröffentlichten Memoiren, darunter auch die Eintragung: »Ich wurde das peinliche Gefühl nicht los, daß ich selber zu wenig gegen den Nationalsozialismus mich kämpferisch betätigte. Es waren zwar fast alle Geistlichen recht eifrig im geheimen Meckern über den Nationalsozialismus, aber schließlich war dieses Meckern widerlich, wenn dabei der Mut fehlte zu offener klarer Sprache und zum kämpferischen Vorgehen«. Siemers Widerstandsbereitschaft bewährte sich bis in das Jahr 1942 hinein vornehmlich in der Klugheit des kirchenpolitischen Taktierens, radikalisierte sich dann aber zur »rücksichtslosen« und »konsequenten« Teilnahme an der Verschwörung gegen den Nazistaat. Dieser Wandel beruhte wohl auf der Einsicht in die Wirkungslosigkeit von Hirtenbriefen und anderen bischöflichen Aktionen, an denen Siemer beteiligt war.
Der Provinzial der süddeutschen Jesuiten Adolf Rösch, der Generalsekretär der Superioren-Vereinigung Odilo Braun OP, Lothar König SJ und Siemer gehörten einer Kommission an, die ursprünglich zusammen mit dem Erzbischof von Freiburg und den Bischöfen von Passau, Fulda, Osnabrück und Berlin über Ordensfragen beraten sollte. Siemer berichtet: »In dieser Kommission tauchte eines Tages der Gedanke auf, zu versuchen, daß ein von allen Bischöfen Deutschlands unterzeichneter Hirtenbrief zu Ostern 1942 herauskäme, der die haßerfüllte und ungerechte Haltung des nationalsozialistischen Staates der Kirche gegenüber klar und ungeschminkt zum Ausdruck bringen

sollte. Mit Begeisterung machten wir Ordensleute uns an die Arbeit. P. Braun und P. König machten einen Entwurf, und dann kamen wir vier in unserem Kloster in Berlin zusammen, um die Gedanken in die entsprechende Fassung zu bringen. Nach einigen Tagen waren wir soweit, daß wir uns gemeinsam zum Bischof Preysing begaben, um den Hirtenbrief mit ihm zu besprechen. Der Bischof nahm in dreistündiger Beratung lebhaftesten Anteil an dem Plane, schlug durchaus angebrachte Korrekturen vor, und ereiferte sich immer stärker für den Hirtenbrief... Wenige Tage darauf aber billigte der Bischof den nach seinem Vorschlag verbesserten Hirtenbrief, und nun reisten P. Braun und P. König durch Deutschland, um alle Bischöfe für die Unterschrift zu gewinnen. Der Hirtenbrief ist niemals herausgekommen. Zwar enthielt der gemeinsame Hirtenbrief im Frühjahr 1942 sowohl Gedanken wie Wendungen des von uns verfaßten Entwurfes, aber er war aus einem angreifenden Löwen zu einem zahmen Haustier geworden. Wir selbst waren nach der Rundreise der beiden jüngeren Mitarbeiter uns schon klar darüber gewesen, daß es so kommen würde. Denn einige Bischöfe hatten beim Lesen des Hirtenbriefes vor Angst beinahe ihre bischöfliche Haltung verloren und sich bereits in Dachau oder Buchenwald gesehen... Freilich hatten andere Bischöfe mit Begeisterung zugestimmt, vor allem Kardinal Faulhaber, aber der Hirtenbrief konnte nur herauskommen, wenn alle Bischöfe zugestimmt hätten.«

VI

Mit dem aktiven Widerstand kam Siemer im November 1941 in nähere Berührung, und zwar durch den Berliner Rechtsanwalt Josef Wirmer, den er von einer KV-Studentenverbindung seit längerem kannte. Wirmer sollte im Auftrag von Admiral Canaris Siemer für die »Spionageabwehr« gewinnen, um über deren Organisation als Verbindungsmann zwischen deutschen Widerstandskreisen und kirchlichen Kreisen in Rom zu dienen. Das Unternehmen scheiterte jedoch, und Wirmer führte seinen Freund in den Berliner (»Kreisauer«) Widerstandskreis ein.

Jahre zuvor schon hatte Siemer an konspirativen Sitzungen des Unitas-Verbandes teilgenommen, der trotz des staatlichen Verbotes regelmäßig im Kölner Dominikanerkloster tagen durfte – und dafür Siemer zum Kartellbruder machte. Zu diesem Kreis, der jedoch politisch wirkungslos blieb, gehörten der Druckereibesitzer Theodor Scharmitzel und der frühere »Stahlhelm«-Führer Eduard Stadtler. Bevor Siemer im Berliner Widerstandskreis um Goerdeler Einlaß fand, hatte er sich auf Wunsch von Nikolaus Groß und Heinrich Körner dem Kölner Widerstandskreis angeschlossen, der aus der Katholischen Arbeiterbe-

wegung hervorgegangen war. Man traf sich im Kettelerhaus, Siemer hielt Vorträge über sozialethische Grundsätze einer künftigen Staats- und Gesellschaftsordnung und übernahm auch den Vorsitz der Konferenzen. Zu den Mitgliedern, von denen die meisten nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wurden, zählten neben den Genannten Johannes Albers, Willi Elfes, Karl Arnold, Andreas Hermes, Otto Müller, Heribert Scheeben – und nicht zuletzt Eberhard Welty. Siemer hatte seinen Freund und Mitbruder Welty hinzugezogen, weil dieser als profilierter Sozialethiker in der Lage war, ein Konzept für die gesellschaftliche Neuordnung zu entwerfen, das nach dem Krieg von der CDU als geistige Grundlage ihrer Programmatik übernommen werden konnte.

In Berlin wurde Siemer von Wirmer mit führenden Männern des Widerstandes bekanntgemacht. Er führte Gespräche mit Dietrich und Klaus Bonhoeffer, Justus Delbrück, Eugen Gerstenmaier und Max Habermann. Jakob Kaiser, Bernhard Letterhaus und Alfred Delp SJ waren ihm von Gesprächen in Köln vertraut. Dort, im Kettelerhaus, kam es im Herbst 1942 auch zu jener denkwürdigen Besprechung mit Goerdeler, der nach einem gelungenen Umsturz Kanzler werden sollte, die Siemer vollends in die Verschwörung gegen Hitler verstrickte.

Siemer berichtet über das Treffen, an dem noch Müller, Groß, Arnold, Letterhaus und Kaiser teilnahmen: »Wir überlegten, mit welchen Persönlichkeiten die Ämter im Rheinland und Westfalen nach dem Abgang Hitlers besetzt werden könnten. Die Meinungen gingen sehr auseinander. Dennoch war schließlich eine provisorische Liste fertiggestellt, die von Goerdeler mit zwei Herren aus unserm Kreis eingehend besprochen werden sollte. Dann kam die Frage, wie man bei einem eventuellen Zusammenbruch die katholischen Geistlichen würde aktivieren können. Mir wurde der Auftrag gegeben, die Sache in die Hand zu nehmen und entsprechend vorzubereiten. Alle Herren meinten, daß ich unmittelbar nach dem Zusammenbruch nach Rom fahren müßte, um dort Beziehungen aufzunehmen mit dem Heiligen Stuhle. Schließlich wurde die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Staat im Vierten Reich besprochen und mir die Bitte vorgetragen, eine kurze Abhandlung darüber am andern Abend vorzulegen. Dr. Goerdeler sprach seine Absicht aus, am andern Tag Herrn Dr. Adenauer in Rhöndorf aufzusuchen und den früheren Oberbürgermeister von Aachen Dr. Rombach. Abends sollten wir uns wieder im Kettelerhaus treffen. An diesem Abend war Goerdeler anfangs sehr niedergeschlagen. Dr. Adenauer hatte sich geweigert, ihn zu empfangen ... Dr. Goerdeler bezeichnete meine Abhandlung als einen ausgezeichneten Gesetzentwurf und bat mich, sie mitnehmen zu dürfen.«

Anfang Juli 1944 war Wirmer noch in Schwichteler bei Vechta gewesen, wo Siemer einen Erholungsurlaub verbrachte; die Lage wurde besprochen, und Wirmer stellte in Aussicht, daß der Tag X nahe sei. Vom mißlungenen Attentat hörte Siemer im Radio. Er hörte auch von den zahlreichen Verhaftungen, blieb aber im Kloster in Schwichteler und wartete ab, bis in der Nacht vom 16./17. September 1944 die Gestapo an der Klosterpforte schellte. Im letzten Augenblick flüchtete Siemer durch die Hintertür, die Beamten fanden nur das leere, noch warme Bett vor. Für Siemer begann eine abenteuerliche Flucht, und sein Glück war, daß er im Oldenburgischen überall Bekannte und Freunde hatte, die ihn versteckten. Der Steckbrief auf ihn lautete: »Sucht den Provinzial des Dominikanerordens, Josef Siemer, genannt Pater Laurentius, der sich führend an der Vorbereitung des Attentats auf den Führer vom 20. Juli 1944 beteiligt hat. Es gelang ihm, unmittelbar vor der Verhaftung zu entfliehen.«

VII

Nach der Befreiung durch die Engländer leitete Siemer die ersten Renovierungen der zerstörten Klöster und schlug sein Hauptquartier in Walberberg auf. »Unter Laurentius Siemer ist Walberberg eine Hochburg aller Bestrebungen geworden, die eine Wiedererweckung der christlichen Gesellschaftslehre im Auge haben«, bemerkt Leo Schwering, die treibende Kraft des Kölner CDU-Gründerkreises, der im Juli 1945 in Walberberg sein erstes Programm verabschiedete. Der eigentliche geistige Kopf dieses Gründerkreises, der sich überwiegend aus den Überlebenden des Widerstandskreises rekrutierte, war aber Eberhard Welty.

Welty war es auch, der das Konzept eines vom Marxismus scharf getrennten »christlichen Sozialismus« entwickelt hatte, der in der Präambel der »Kölner Leitsätze« erwähnt wird. Siemer bestand darauf, den Namen der Partei zu ändern und sie »christlich-sozialistisch« zu nennen. Sein Antrag wurde abgelehnt; es kam zu einem heftigen Zusammenstoß mit Schwering, und Siemer hielt sich fortan parteipolitisch zurück. Er versuchte zwar noch, das von Adenauer später wesentlich veränderte CDU-Programm zu »korrigieren«. Bei einem Besuch in Rhöndorf nahm Adenauer »fast jede von mir geübte Kritik dankbar an, zeigte aber keine große Bereitwilligkeit, die von mir gewünschte Umänderung des Abschnitts über die sozialen Forderungen der CDU vorzunehmen«. In einem Nachruf auf Siemer beklagte Johannes Albers, Vorsitzender der Kölner CDU, das Hinscheiden »unseres Freundes und Mitgründers« (nicht Mitgliedes). »Bei der

Gründung... war er mit dabei, um Programm und Richtung der Partei zu bestimmen. Wir haben einen treuen Freund verloren.«
Von Siemer als Herausgeber und Welty als Schriftleiter wurde 1946 die Zeitschrift »Die neue Ordnung« gegründet, in der Siemer sich jedoch nur selten zu Wort meldete. Mit einem Artikel über »Das deutsche Volk und der Militarismus«, in dem er eine scharfe Attacke gegen den preußischen Militarismus ritt, erregte er gewaltiges Aufsehen und erntete überwiegend Kritik, vor allem wegen der zweifelhaften These: »Dem preußischen Staat war... der Militarismus beinahe wesentlich, weil er dem preußischen Volke im Blute lag.«

VIII

Siemer schien 1946 an einem Tiefpunkt angekommen zu sein, seinen Zenit überschritten zu haben: In der CDU zog er sich zurück, nachdem er mit seinen Vorstellungen nicht durchgedrungen war. Im Orden regte sich Unmut gegen ihn, der vierzehn Jahre lang ein hartes Regiment geführt hatte. Er wurde als Provinzial abgelöst und verzog sich in einen Schmollwinkel. Aber schnell hatte er sich wieder gefaßt, als neue Aufgaben auf ihn eindrangen. Und der fast Sechzigjährige schickte sich an, sein drittes, nun rein apostolisches Arbeitsfeld abzustecken. Das Angebot von Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) und Minister Adolf Grimme (SPD), als Ministerialrat die Leitung über die katholischen Schulen Niedersachsens zu übernehmen, hatte er abgelehnt. 1947 wählte man ihn zum Vorsitzenden der westdeutschen Superioren-Vereinigung. 1949 war er Mitbegründer und Generalsekretär der »Katholischen Deutschen Akademikerschaft«, welches Amt er bis Ende 1951 ausübte.
Was ihn aber in Deutschland angesehen, ja populär machte, waren seine Rundfunkvorträge und Auftritte im Fernsehen, die er geradezu zelebrierte. Souverän beherrschte er dieses neue Medium, hier konnte er die verzaubernde Kraft seiner Persönlichkeit ausstrahlen lassen und zur breiten Wirkung bringen. Dabei war er ganz unpathetisch und verzichtete auf frommen Zierat. Eine Auswahl dieser Ansprachen ließ er unter dem Titel »So sind wir Menschen« erscheinen. »Es sind darin«, meint Heinrich Brüning, »so tiefe Gedanken in so einfachen Worten zum Ausdruck gebracht, daß sie alle Gutwilligen zum Nachdenken bringen und ihnen dann einen neuen, festen Halt geben müssen.«
Die letzten Jahre verbrachte Siemer im Dominikanerkloster St. Andreas, das unter dem »weißen Kardinal« (wie Siemer respektvoll genannt wurde) zu einem geistigen Mittelpunkt Kölns wurde. Bundespräsident Theodor Heuss verlieh ihm das Große Bundesverdienst-

kreuz. Adenauer zählte ihn »zu den hervorragendsten Persönlichkeiten des religiösen und geistigen Lebens Deutschlands«. Das katholische Deutschland wird ihn, der am 21. Oktober 1956 einem Herzversagen erlag, im Gedächtnis bewahren. Aber, so urteilte Walter Dirks, »auch mancher Heide wird diesen tapferen und bedeutenden Menschen nicht vergessen«.

Josef Gockeln (1900–1958)

Landtagspräsident und zugleich Oberbürgermeister der Landeshauptstadt zu sein, ist eine Verquickung zweier politischer Spitzenämter, die Interessenkonflikte nicht ausschließt und die Ausübung des einen Amtes auf Kosten des anderen erschweren kann. In Nordrhein-Westfalen war das unter der Besatzungsherrschaft möglich; die von den Briten 1946 eingeführte Teilung der Gemeindespitze in den Oberbürgermeister als den Vorsitzenden des Rates und den Oberstadtdirektor als den Chef der Verwaltung ist später durch Landesgesetz übernommen worden. Josef Gockeln wurde 1947 gleichzeitig Präsident des Landtags und Düsseldorfer Oberbürgermeister, und er blieb, immer aufs neue wiedergewählt, neun Jahre Oberbürgermeister und elf, bis zu seinem Tode 1958, Landtagspräsident. Schon 1946 hatte er den Verbandsvorsitz der Katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands übernommen, in dem ihn der erste Verbandstag nach dem Kriege 1947 in Oberhausen bestätigte. Später wurde er auch Präsident der internationalen KAB und Vizepräsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Schließlich gehörte er seit dessen Konstituierung 1949 dem Deutschen Bundestag an.

Er selbst sah in der Vielzahl seiner Funktionen keine Ämterhäufung, zumal keines dieser Ämter eine Pensionsregelung kannte, sondern fühlte sich der Belastung gewachsen und hielt es für die »Generation des Wiederaufbaus«, zu der er sich gelegentlich bekannte, für selbstverständlich, sich überall da, wo man gebraucht wurde, einzusetzen. Wie alle anderen weitgehend zerstörten Städte benötigte Düsseldorf Impuls und Leitung bei der Beseitigung von Not und Trümmern wie im beginnenden Wiederaufbau, während dem Landtag Arbeitsmöglichkeiten erst zu schaffen waren. Gockeln stand für Kontinuität in schwieriger Zeit, als Hunger, Not und Demontagen zu verkraften und zu überwinden waren und Politik elementarer betrieben wurde als später. Er war kein Ideologe, sondern Pragmatiker in der Sozialpolitik und in der allgemeinen Politik eher konservativ insoweit, als er gleichzeitig für Recht und Ordnung wie gegen allzuviel Staatsmacht eintrat. Dabei blieb sein Verhältnis zu dem neuen Land, als dessen erster Mann sich der Parlamentspräsident sah, eher kühl, auch wenn es von ihm die Bemerkung gibt, er vereinige als Westfale von Geburt und

Rheinländer aus Neigung in seiner Brust »die beiden Seelen Nordrhein-Westfalens«. Hier ließ die Doppeleigenschaft als Präsident und Oberbürgermeister Gockeln vorsichtig taktieren; zwar förderte er Düsseldorf nach Kräften, aber er tat das für die Stadt, in der er lange vor dem Kriege heimisch geworden war, weniger für die nicht allein von ihm ungeliebte Landeshauptstadt.
Noch in den frühen fünfziger Jahren hielt er nicht nur Bonn, sondern auch Düsseldorf als Hauptstadt für ein Provisorium und wollte es deshalb den anderen Großstädten des städtereichen Landes gegenüber nicht bevorzugt wissen. Wenn sich dieses aus unterschiedlichen Teilen zusammengesetzte neue Land lange schwer tat, sein Selbstverständnis zu finden, dann lag das nicht zuletzt an der Zurückhaltung der Spitzenpolitiker quer durch die Parteien. Gockeln unterschied sich darin wenig von anderen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, die ihre politischen Grundbegriffe in der Weimarer Republik entwickelt hatten. Dazu gehörte eine neue staatliche Gliederung, die noch dazu von den Besatzungsmächten vorgegeben war, am wenigsten, wenn sie nicht dem Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes den Vorrang gab.

I

Josef Gockeln stammte aus Großeneder im ostwestfälischen Kreis Warburg, geboren am 18. März 1900. Schon der Vater, ein Schreinermeister, der eine Familie mit elf Kindern zu ernähren hatte, war politisch interessiert. Während des Kulturkampfes soll er zusammen mit anderen Handwerkern in Paderborn die Residenz des Bischofs besetzt haben, als dessen Verhaftung drohte, und dafür von der Polizei verprügelt worden sein. Josef, neuntes der elf Kinder, lernte das Müllerhandwerk, wurde 1917 noch für ein Jahr Soldat und betätigte sich nach der Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg daheim im katholischen Arbeiterverein und in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Aus dem Jahre 1923, Gockeln war inzwischen Gewerkschaftssekretär in Lippstadt, ist ein Artikel von ihm in der »Westdeutschen Arbeiterzeitung« bekannt, in dem er unter der Überschrift »Nationale Disziplin« heftig Schieber kritisierte, die sich während der Ruhrbesetzung durch die Franzosen bereicherten.
1925 brachten ihm seine Aktivitäten ein Stipendium zum Besuch der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf ein, und der spätere erste Wirtschaftsminister des neuen Landes, Prof. Erik Nölting, war dort sein Lehrer. 1927 holte Jakob Kaiser, Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften, Gockeln als Kartellsekretär in die Zentrale des Verbandes der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine nach Mönchengladbach. Diese schickte ihn 1928 als

Bezirkssekretär nach Düsseldorf; ein Jahr darauf wurde Gockeln Stadtverordneter der Zentrumspartei und gehörte deren örtlichem Vorstand an. Der KAB-Sekretär hatte in Düsseldorf sein Büro im gleichen Hause wie der Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaften, Karl Arnold. Auch in der Zentrumspartei und in der Stadtratsfraktion begegneten sich beide. Wohl schon aus dieser Zeit stammt eine Art von Konkurrenz oder Wettbewerb zwischen den als Persönlichkeiten unterschiedlichen Männern. Jedenfalls war das Verhältnis zwischen dem Westfalen Gockeln und dem Schwaben Arnold nicht ohne Spannungen, vor dem Kriege wie in der Nachkriegszeit.
Während Arnold mit der Auflösung der christlichen Gewerkschaften 1933 zunächst brotlos wurde, blieb Gockeln im Amt, denn die katholischen Arbeitervereine konnten als Standesvereine unter dem Schutz des Reichskonkordats bestehen bleiben. 1939 eingezogen, avancierte er nach einiger Zeit als Oberfeldwebel zum »Spieß« einer Marine-Artilleriekompanie in Kiel, kam aber als Vater von fünf Kindern nicht zum Fronteinsatz. Schon bald nach Kriegsende aus der Gefangenschaft zurückgekehrt, sondierte er im Herbst 1945 zusammen mit einer Gruppe alter Düsseldorfer Zentrumsmitglieder die Aussichten für eine Wiederbegründung der Partei. Etwa zur gleichen Zeit wurde Arnold, der dieser Gruppe nicht angehörte, sondern sich an der örtlichen Gründung der CDU beteiligte, Oberbürgermeister. Auch Gockeln trat schließlich der CDU bei. Er hat sich dabei freilich schwerer getan als Arnold. Dieser war und blieb ein entschiedener Anhänger des Unionsgedankens in der Partei- wie in der Gewerkschaftspolitik, also der Überwindung der konfessionellen wie der gesellschaftspolitischen Spaltung, deren Gefahren am Ende der Weimarer Republik offenkundig geworden waren. Gockeln neigte dagegen zunächst der Wiederbegründung des Zentrums zu, obwohl dieses, anders als die neugebildete CDU, von der britischen Besatzungsmacht nicht eben favorisiert wurde.
Noch vor dem Verbandsvorsitz der Katholischen Arbeiterbewegung übernahm er bald nach seiner Heimkehr in Düsseldorf das KAB-Sekretariat. Die KAB wurde zeitweilig verdächtigt, eine getarnte christliche Gewerkschaft sein zu wollen; auch die Kirche plante anfangs, sie wieder aufzulösen. Für Gockeln spielte es eine wichtige Rolle, daß er nach dem Tod von Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß, die im letzten Kriegswinter vom berüchtigten »Volksgerichtshof« in Berlin verurteilt und hingerichtet wurden, der einzige Überlebende aus dem Vorstand der katholischen Arbeitervereine in den Diözesen Köln und Aachen war. Arnold dagegen gehörte zu den Mitbegründern der 1946 ins Leben gerufenen Sozialausschüsse der CDU und setzte sich aktiv für den Aufbau der Einheitsgewerkschaft ein.

Von zwölf Diözesen zwischen Osnabrück und Fulda, die die KAB umfaßte, lagen mit Köln, Aachen, Münster, Paderborn und seit der Gründung des Ruhrbistums 1957 auch Essen fast die Hälfte, aber auch die vier Schulungsheime in Nordrhein-Westfalen. Noch Mitte der fünfziger Jahre, als deutlich geworden war, daß in der Einheitsgewerkschaft hauptsächlich Sozialdemokraten das Sagen hatten, unterstützte Gockeln Bestrebungen, wieder eine christliche Gewerkschaftsbewegung zu gründen. Das gelang auch, doch blieb die neue Organisation eine Randerscheinung. Selbst die KAB hatte mit rund 300 000 Mitgliedern im Vergleich zu den Millionen-Mitgliederheeren des DGB und seiner Einzelgewerkschaften politisch kaum mehr als periphere Bedeutung.

Solange es für die Politiker, die als Soldat wie Gockeln, im Widerstand oder im Konzentrationslager Krieg und Nationalsozialismus überlebt hatten, um die Wiederbegründung politischer Parteien und den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsbewegung ging, konnte von Ämtern und Karrieren noch nicht eigentlich die Rede sein. Stimulierend wirkte erst die Bildung des neuen Landes, die Einberufung des ernannten Landtags und die Aufstellung der Ministerliste in enger Abhängigkeit von der Militärregierung. Dem ersten Kabinett, das Rudolf Amelunxen bildete, blieb die CDU fern, weil Adenauer, längst CDU-Vorsitzender für die britische Zone, erfolgreich darauf spekulierte, bei den ersten Kommunalwahlen im September und Oktober 1946 mehr Stimmen auf die Union konzentrieren zu können, als die Engländer der neuen Partei zutrauten. Nun wurde eine Kabinettsumbildung zwingend. Adenauer schlug dem Mitbegründer der CDU Wilhelm Warsch vor, in der neuen Regierung Amelunxen Sozialminister zu werden. Warsch jedoch entschied sich für den Posten des Kölner Regierungspräsidenten und nannte Adenauer an seiner Stelle Gockeln. Anfang Dezember war die neue Kabinettsliste fertig, mit Gockeln als Sozialminister und Arnold als stellvertretendem Ministerpräsidenten.

Ein halbes Jahr später endete die Amtszeit der ernannten Landesregierung. Die ersten Landtagswahlen am 20. April 1947 hatten der CDU die meisten Stimmen gebracht. Also sollte sie auch den Ministerpräsidenten stellen. Adenauers erstes Konzept sah Gockeln als Regierungschef und Arnold als Parlamentspräsident vor, aber die große Mehrheit der CDU-Fraktion tendierte zum genauen Gegenteil. Am 19. Mai wählte der Landtag Gockeln zu seinem Präsidenten, am 17. Juli Arnold zum Ministerpräsidenten. Mit der Wahl durch die Stadtverordnetenversammlung am 3. Juli wurde Gockeln Arnolds Nachfolger als Düsseldorfer Oberbürgermeister.

II

Aktive Politik war in den beiden prominentesten Ämtern, die Gockeln inne hatte, nicht Sache des Landtagspräsidenten und Oberbürgermeisters. Beide verlangten von ihrem Träger, über den Parteien zu stehen. Das gebot schon die wiedererweckte demokratische Tradition des Parlamentarismus der westlichen Welt mitsamt den Erfahrungen zahlreicher Abgeordneter aus der Zeit der ersten deutschen Republik. Die kommunalpolitische Situation war schwieriger. Josef Gockeln hatte selbst noch als Stadtverordneter in Düsseldorf vor 1933 die Machtfülle des Berufsoberbürgermeisters Robert Lehr erlebt, der zugleich Chef der Verwaltung und Vorsitzender der Ratsversammlung war. Als Nachfolger Arnolds im Rathaus der Landeshauptstadt mußte er sich auf das auch in der Dauer sehr viel beschränktere Amt des Oberbürgermeisters einstellen, der nun Ratsvorsitzender war, während der Oberstadtdirektor die Verwaltung leitete. Die Bestimmungen sahen zunächst die jährliche Neuwahl des Oberbürgermeisters vor, bei der Gockeln bis 1950 und dann auch 1952 und 1954 freilich jedesmal mit großer Mehrheit wieder bestätigt wurde. Seine Verpflichtungen als oberster Repräsentant der Stadt legte er schon früh extensiv aus.

Zum Landtagspräsidenten dagegen war Gockeln 1947 auf drei Jahre gewählt worden. Mit der Landesverfassung, die am 11. Juli 1950 in Kraft trat, wurde die Legislaturperiode auf vier Jahre verlängert. Kurz nach der Wiederwahl Gockelns durch den Landtag der zweiten Legislaturperiode gab es eine ähnliche Episode wie 1947. Wieder favorisierte Adenauer kurze Zeit Gockeln für das Amt des Ministerpräsidenten, um Arnold fernzuhalten, der eine dreijährige Große Koalition mit den Sozialdemokraten hinter sich hatte, während Adenauer seit September 1949 als Bundeskanzler gegen die sozialdemokratische Opposition regierte. Aber auch diesmal unterstützte der überwiegende Teil der CDU-Fraktion Arnold; dieser wurde zudem außerparlamentarisch durch ein eindeutig positives Votum des DGB-Vorstandes unter Hans Böckler gestützt, das die Zustimmung der CDU-Sozialausschüsse fand. Die Fraktion nominierte Arnold Ende Juli; zuvor hatte Gockeln darum gebeten, von seiner Nominierung abzusehen, da er sich nicht gegen Arnold ausspielen lassen wollte. Gewählt wurde Arnold zum Ministerpräsidenten am 27. Juli mit 120 Stimmen bei 78 Enthaltungen. Vier Stimmen fielen auf Gockeln, aber dieser war bereits Anfang Juli auf Vorschlag von SPD und FDP mit großer Mehrheit in seinem Präsidentenamt bestätigt worden. Dabei bescheinigte ihm übrigens der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Henßler im Namen des ganzen Hauses eine vorbildliche Amtsführung, die beweise, »daß politische Persönlichkeiten sehr wohl

in der Lage sind, auch überparteiliche Funktionen einwandfrei und objektiv auszuüben«.
Einstimmig wiedergewählt wurde Gockeln auch nach den nächsten beiden Landtagswahlen 1954 und 1958, sicherlich eine Anerkennung des ganzen Hauses, in dem es seit 1954 keine Kommunisten und seit 1958 auch keine Zentrumsfraktion mehr gab, sondern nur die drei Fraktionen von CDU, SPD und Freien Demokraten. Ob das jedesmal ein Vertrauensbeweis war oder schlicht Gewöhnung, ist kaum zu entscheiden. Die politische Figur des Parlamentspräsidenten bestimmt sich nach ihrem Einfluß und ihrer Wirksamkeit, die nur selten greifbar werden. Der Präsident oder, genauer gesagt, er und seine Stellvertreter (gewöhnlich je einer aus den Fraktionen, denen der Präsident nicht angehört) tragen zu Stil und Niveau des Hauses bei. »Welche Rolle der Präsident spielt, hängt letzten Endes von ihm selbst ab«, schreibt Gerhard Loewenberg in seiner Monographie über den Bundestag, »und das Ansehen dieses Amtes beruht auf dem Erfolg, den einige seiner Inhaber hatten. Dieser Erfolg tritt dann ein, wenn sich die Präsidenten mit den institutionellen Interessen des Bundestages identifizieren und diese Rolle scharf von ihrer Parteitätigkeit trennen.«

Auch Landtagspräsidenten müssen sich mit den institutionellen Interessen ihres Parlaments identifizieren. Josef Gockeln hat das getan, und er hat seine Rolle scharf von der Tätigkeit in seiner eigenen Partei getrennt. Er war ein Präsident der schlichten Form, der ruhigen, aber sicheren Verhandlungsführung, ohne Glanz, mit wenig Pathos, bedacht auf die Würde des Hauses, tolerant in den demokratischen Grenzen, die für ihn den Meinungsstreit einschlossen, nicht jedoch die Polarisierung. In den seltenen Fällen, in denen er sich zu allgemeinen persönlichen Bemerkungen aufschwang, sagte er (so auf der konstituierenden Sitzung der 4. Wahlperiode am 21. Juli 1958), die Amtsführung des Präsidenten sei »etwas bestimmt vom Wesen eines Richters, von den Funktionen eines Schlichters und auch den Erfahrungen eines Pädagogen«. Dabei hat er weniger gerichtet als geschlichtet, und das Pädagogische war die Menschenbehandlung eines zu einfacher Psychologie begabten Mannes, dem intellektuelle Feinheiten fehlten.
Als Landtagspräsident hat Gockeln es sich immer versagt, selbst in die Debatten einzugreifen. Bei der Gelegenheit seiner knappen Rechenschaftsberichte jeweils am Ende einer Legislaturperiode verwies er gern darauf, daß es in keinem anderen Parlament so wenige Ordnungsrufe gebe wie im Düsseldorfer Landtag, und daß der Wortschatz seiner Mitglieder gemäßigter sei als anderswo. Er setzte sich auch mit Kritik aus dem Publikum auseinander und konnte beispielsweise 1958 feststellen, daß, statistisch gesehen, die ganze Legislaturperiode hindurch »die Fraktionen eine Beteiligung an den Plenarverhandlungen von 92,3

Prozent der gesetzlichen Mitglieder« aufgewiesen hätten, also das Haus meist gut besetzt gewesen war.
Um diese Zeit, 1958, war längst so gut wie vergessen, daß der Landtag des neuen Landes nach seiner konstituierenden Sitzung im Düsseldorfer Opernhaus am 2. Oktober 1946 zweieinhalb Jahre hindurch im Theatersaal der Henkel-Werke im Düsseldorfer Stadtteil Holthausen getagt hatte. Auf den Henkel-Saal war Ernst Gnoß, der Präsident des ernannten Landtags, gekommen, da das Opernhaus verständlicherweise nicht regelmäßig zur Verfügung stand. Noch im Oktober 1946 sagte die Militärregierung Gnoß zu, die Frage eines Wiederaufbaus des Ständehauses zu prüfen und auch Baumaterial zur Verfügung zu stellen; kurz vorher hatte sie sich mit Erfolg gegen die Absicht des 1. britischen Korps gewehrt, das Gebäude als Urlauber-Durchgangsheim wiederaufzubauen. Knapp ein Jahr später, im Juni 1947, konnte Gockeln dem Hauptausschuß mitteilen, daß die Militärregierung den Wiederaufbau des Ständehauses angeordnet habe. Aber bis zur Währungsreform im Juni 1948 gingen die Arbeiten nur langsam vorwärts.
Als Josef Gockeln, gerade zum Präsidenten gewählt, am 19. Mai 1947 die Eröffnungs-Sitzungsperiode des ersten gewählten Landtags einleitete, mußte er darauf hinweisen, daß man im Henkel-Gebäude »sozusagen Untermieter« war. Der Plenarsaal diente gleichzeitig den städtischen Bühnen für Schauspiel und Operette und den im Werksgelände stationierten Truppen der britischen Rheinarmee als Kino. Manchmal mußte die Sitzung deshalb abgebrochen werden. Tische und Stühle waren jedesmal eigens heranzuschaffen. Eine Wandelhalle gab es nicht und im weiten Umkreis auch kein Restaurant. Man aß im Henkel-Speisesaal, wo freilich auch 2000 Werksangehörige verpflegt wurden. Sein Büro hatte der Landtagspräsident im Mannesmannhaus am Rheinufer. Zu den Plenarsitzungen brachte jedesmal ein Omnibus alle Unterlagen nach Holthausen.
Dennoch kam es im Henkel-Provisorium, wo die Plenarsitzungen gewöhnlich zwei oder drei Tage dauerten, zu inhaltsreichen Debatten und wesentlichen parlamentarischen Entscheidungen. Als Mitte Oktober 1947 die endgültige Demontageliste der Alliierten vorlag, holte der Präsident unverzüglich die Zustimmung aller Fraktionen zu einer Sondersitzung ein, die binnen zehn Tagen zustandekam und die Entrüstung aller Parteien dokumentierte. Der Landtag gab der Regierung die Vollmacht, alles zu versuchen, um die Ausführung der Demontagen hinauszuzögern und Abstriche von der Liste zu erreichen. In der Februarsitzung 1948 fiel der Landesverratsvorwurf des KPD-Abgeordneten Josef Ledwohn gegen den Ministerpräsidenten, weil dieser den im Vorfeld der Weststaatbildung liegenden »Frankfurter Beschlüssen« vom Januar zugestimmt hatte. In den langanhalten-

den Auseinandersetzungen erteilte Gockeln Ledwohn zweimal einen Ordnungsruf. Am Ende entließ Arnold die beiden kommunistischen Minister Heinz Renner und Hugo Paul aus seinem Kabinett. Anfang April hielt der Militärgouverneur der britischen Zone, General Robertson, im Henkel-Saal im Beisein aller Regierungschefs und Landtagspräsidenten der Länder der Zone eine Grundsatzrede, die auf die kommende Währungsreform hinwies. Anfang August verhandelte das Haus den Gesetzentwurf zur Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeindeeigentum, der aber nicht die Zustimmung der Engländer fand. Im Mai 1949 nahm der Landtag in einer Erklärung, die Präsident Gockeln verlas, zu den Gebietsabtrennungen entlang eines Teiles der Grenze zu Belgien, vor allem aber im Grenzland zu den Niederlanden Stellung, die seit Jahren gefordert und nun vollzogen worden war.

Das aber war bereits sechs Wochen nach dem Einzug des Parlaments in das wiederaufgebaute Ständehaus, das Julius Raschdorff 1877 bis 1881 als Tagungsgebäude des rheinischen Provinziallandtages errichtet hatte. Es war im Juni 1943 bei einem Bombenangriff ausgebrannt. Josef Gockeln hatte beim Richtfest kurz vor Weihnachten 1948 den Wiederaufbau in Zusammenhang mit den Einrichtungen gebracht, »die eine Landeshauptstadt, eine politische Hauptstadt, unbedingt braucht«. In dem Festakt, »aus Anlaß der Einweihung des Hauses des Landtags«, wie der Bau nun genannt wurde, am 15. März 1949 erinnerte er daran, daß der ernannte Landtag fünf und der gewählte 19 Sitzungsperioden »behelfsweise in den Räumen eines industriellen Werkes durchführen mußte«, was den Anspruch nach sich ziehe, »dem Werk der Abgeordneten eine gerechtere Würdigung zuteil werden zu lassen, als es hier und da geschehen ist«.

III

Gockelns Staats- und Politikverständnis war gewiß von der katholischen Soziallehre bestimmt, aber deshalb weder einseitig festgelegt noch ohne Entwicklungsmöglichkeiten. Neben Kirche und Familie galt für ihn der Staat als die wichtigste Gemeinschaftsform, wichtiger als das Soziale, weshalb er auch jede Art von Klassenkampf ablehnte. »Wer als Christ weiß, daß er nicht nur als Einzelwesen, sondern als Glied einer Gemeinschaft geboren ist, wird diese Gemeinschaft nicht nur von ihrem Wesen her leicht begreifen, sondern diese Gemeinschaft auch im Plan der Heilslehre erkennen, stützen und erfüllen.« Gockelns sozialpolitische Vorstellungen waren nicht auf Veränderungen im System, sondern auf konkrete soziale Verbesserungen gerichtet. Er wollte »in der Diktion der katholischen Soziallehre das Proletariat

entproletarisieren und im übrigen dem Kapitalismus nicht wehe tun«, wie Willi Kreiterling urteilt.
Politisch waren Gockelns »Sorge, um die sein politisches Denken und Handeln kreiste, ... die Wiederbegründung einer demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaatlichkeit und die Vertiefung des demokratischen und staatsbürgerlichen Bewußtseins in breiten Schichten des Volkes« (Heinz Budde). Am 9. November 1949 erinnerte er zu Beginn der Landtagssitzung an die Novemberrevolution von 1918, den Hitler-Putsch in München 1923 und die »Reichskristallnacht« 1938 und sagte: »Lassen Sie uns bereit sein, den materiellen Schaden zu ersetzen, die Opfer und die Leiden in unser Bewußtsein als stete Warnung aufzunehmen, und lassen Sie uns auch stark genug sein, einem solchen Ungeist für die Zukunft zu wehren.« Am 28. Februar 1950 hielt er eine kurze Gedenkrede auf den ersten Reichspräsidenten, den Sozialdemokraten Friedrich Ebert, aus Anlaß des 25. Todestages: »Mit diesem Mann trat in der Stunde des Zusammenbruchs der beste Vertreter der Arbeiterschaft in die Führung der deutschen Politik. Mit ihm wurde aber auch für Millionen deutscher Volksgenossen das Tor zum Staat geöffnet, das bis dahin aus Unverstand und Rückständigkeit geschlossen war. Den Staat als Grundlage des Rechtes, die Nation als eine Gemeinschaft der Freiheit und das Volk immer am Ziel seiner Einheit erfassend, gab Friedrich Ebert uns Lebenden dieser Tage ein Beispiel, uns Suchenden einen Wegweiser und uns Hoffenden eine Quelle der Kraft und des Vertrauens.« Die Feierstunde des Landtags zum zehnjährigen Bestehen des Landes setzte der Präsident bewußt auf den 2. Oktober 1956 an, nicht etwa auf den zehnten Jahrestag der Konstituierung des ersten gewählten Parlaments im Mai 1947. Die Einladung des Bonner Staatsrechtlers Ulrich Scheuner, über »Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit« zu sprechen, begründete Gockeln damit, »daß in breiten Volksschichten das Bewußtsein um den Staat noch eine bedauerliche Unvollständigkeit aufweist«, aber auch mit dem »offenbaren Mangel, daß wir in den politischen Entscheidungen zu wenig verfassungsrechtlich denken.«
Mit dem Verhältnis zwischen Parlament und Regierung beschäftigte sich Gockeln wiederholt in seinen Rechenschaftsberichten am Ende jeder Legislaturperiode. 1958 konstatierte er: »Eine Regierungspartei sollte im Parlament viel stärker Gegenspieler und das Kontrollorgan der Exekutive sein und weniger Schutzgarde der Regierung.« Schon 1954 kritisierte er, daß die Parlamente nicht mehr geschlossen als Institution der Regierung gegenüberträten, sondern in sich selbst als Regierungsparteien und Opposition gespalten sein. 1958 fügte er hinzu: »Wenn bei dieser Situation die Gesetzesinitiative fast ausschließlich bei der Regierung liegt, die Kontrollrechte aber an der Mehrheit scheitern, dann kann das Gefühl aufkommen, daß die

Opposition eigentlich allen Wert verliert. Das darf aber für den, der das parlamentarische System will, psychologisch nicht geschehen.« Opposition war damals im Landtag die SPD, von der die überparteiliche Amtsführung des CDU-Präsidenten stets anerkannt wurde.
Neben der Gefahr einer Aushöhlung des Parlamentarismus sorgte sich Gockeln auch um die Eigenständigkeit der Länder gegenüber der Bonner Zentralgewalt. »Alle Parteien haben die Bundespolitik so ausschlaggebend zu ihrer Parole gemacht, daß der Föderalismus nur noch als Marketender im Gefolge der großen Bundestruppen in Erscheinung treten kann.« 1950, am Ende der ersten, dreijährigen Legislaturperiode und kaum dreiviertel Jahr nach der Konstituierung der Bundesrepublik, war die Situation der Länder innerhalb der Föderation noch nicht deutlich geworden. Der erste Rechenschaftsbericht des Präsidenten beschränkte sich daher auf Zahlen und Fakten, den schwierigen Start 1946/47. 1958 faßte Gockeln in seinem Rückblick auf die dritte Legislaturperiode die Kritik an der Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik in dem Satz zusammen: »Der Staat wird durch die Politik, die von den Parteien getragen ist, niemals in Gefahr gebracht werden, wenn sichtbar und glaubhaft bleibt, daß sie den Staat wollen und nicht ein Parteiprogramm.« Dabei differenzierte er ebenso wenig zwischen der Bundesrepublik und ihren Gliedstaaten, den Ländern, wie zwischen Grundgesetz und Länderverfassungen.

Gockeln schloß sich der Feststellung von Staatsrechtlern wie Politikern an, daß die innere Balance der föderativen Gewaltenteilung gestört sei und das Verhältnis zwischen Bund und Ländern nicht mehr dem Vorbild von 1949 entspreche. Er forderte, »alle auf den Staat tendierenden Machtgruppen... möglichst nahe an die Verfassungsstruktur zu binden, und zwar unter der Autorität des Parlaments«. Aber er räumte auch ein, daß sich nur wenige Wege zeigten, »die eine Änderung durch das Parlament möglich machen«. Gemeint waren damit der Trend zur Stärkung der Exekutive und die Entwicklung des Parteiwesens. »Da die öffentlichen Mittel in einer großen Fülle wirtschaftliche und soziale Tatsachen oder auch Einrichtungen schaffen, ist mit der Durchführung des Etats eine Wirtschaftsmacht verbunden, die den Regierenden einen zusätzlichen Einfluß verschafft.« Mit der Konzentration auf wenige große Parteien sei die »klassische Vorstellung aufgehoben, daß das Parlament als Gesamtheit der Gegenspieler der Regierung sein müßte... Da die Mehrheitspartei ihre eigene Regierung nicht stürzt, die Minderheit sie nicht stürzen kann, so ist die Stabilität für die Dauer einer Legislaturperiode garantiert. Damit wird eine koalitionsmäßige Willensbildung früherer Jahre und der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich nicht mehr möglich.«

Das war auf der letzten Landtagssitzung vor den Neuwahlen im Juni 1958. Es mußte merkwürdig klingen, daß der Präsident in seinem Rechenschaftsbericht mit keinem Wort auf den Regierungswechsel vom Februar 1956 einging, bei dem SPD und FDP Karl Arnold mittels des konstruktiven Mißtrauensvotums gestürzt und Fritz Steinhoff zum neuen Ministerpräsidenten gewählt hatten, der dann auch noch das Zentrum an seiner Regierung beteiligte. Aber Gockeln kam es mehr auf das Grundsätzliche an. Das Parlament selbst war ja von dem Wechsel der Koalitionen nicht berührt worden.

IV

»Die Jahre von 1947 bis 1956, in denen Gockeln das Oberbürgermeisteramt inne hatte, waren die schwierigsten in der Düsseldorfer Nachkriegsgeschichte, aber auch die entscheidenden« (Walther Hensel). Daß die Stadt mit der Bildung des neuen Landes durch die Engländer von diesen zur Hauptstadt bestimmt wurde, ist Rat und Verwaltung nie offiziell mitgeteilt worden. Auch fand diese »Rangerhöhung« in der Öffentlichkeit zunächst nur ein geringes Echo. Auf der ersten Beigeordnetenkonferenz nach der Ankündigung der Landesgründung meinte zwar Oberstadtdirektor Kolb am 20. Juli 1946, die »Ernennung zur Hauptstadt« sichere der Stadt eine große Entwicklung auf weite Sicht. Aber daraus erwüchsen ihr auch »entsprechend große Pflichten für die Zukunft« mit starken Belastungen. Die größten Schwierigkeiten werde die Beschaffung und Herrichtung der nötigen Räume für den Bedarf des Landes an Büros und Wohnungen bereiten. Unter der Vielzahl von Aufgaben und Problemen, vor die sich Vertretung und Verwaltung gestellt sahen, konnte die Sondereigenschaft Landeshauptstadt einstweilen nur am Rande von Bedeutung sein. Düsseldorf war im Kriege nicht weniger stark zerstört worden als die anderen rheinisch-westfälischen Großstädte. Am Ende fehlte ein Drittel des Gebäudevolumens. Von 176000 Wohnungen waren 92000 nicht mehr vorhanden. Die Einwohnerzahl, die zu Kriegsbeginn bei 540000 Menschen lag, war im Mai 1945 auf 235000 zurückgegangen. Sie stieg dann allerdings rasch wieder an und erreichte im Frühjahr 1947 428000.

Als Josef Gockeln im Hochsommer 1947 das Amt des Oberbürgermeisters übernahm, standen Trümmerräumung, die Lebensmittelversorgung mit knappen Rationen, die Lage der Obdachlosen, die Wiederingangsetzung des Verkehrs, nicht aber schon der Wiederaufbau auf der Tagesordnung. Obwohl die Einwohnerzahl rasch wieder zunahm – die Stadt hatte schon im Herbst 1946 die Zuzugssperre aufgehoben –, konnte vor der Währungsreform des Sommers 1948 von Wohnungs-

bau noch keine Rede sein. Aber es gab schon Pläne für eine Neuordnung, die mehr sein würde als nur Wiederaufbau. Intensiviert und konkretisiert, vor allem aber auch auf ihre finanzielle Machbarkeit zugeschnitten wurden diese Pläne durch Professor Friedrich Tamms, den man 1948 als Stadtplaner verpflichtete. Im Oktober 1949 veranstaltete die Stadt die erste Planungsausstellung, die viel Zulauf fand, und Ende April 1950 verabschiedete der Rat das Konzept für die Neuordnung der Innenstadt. Es sah in den Hauptpunkten die »Berliner Allee« als Parallelstraße zur Königsallee und Nord-Süd-Achse, den Ausbau der provisorisch wiederhergestellten Oberkasseler Rheinbrücke, den Wiederaufbau der Südbrücke und eine neue Brücke im Zuge der Uerdinger Straße, die spätere Theodor-Heuß-Brücke, vor, die überörtlich dem Ost-West-Verkehr dienen sollte. Daneben gab es in der City, wo seit Jahren eine Bausperre bestand, Straßenverbreiterungen und eine umfangreiche Aktion zur Umlegung von Grundstükken, um einen städtebaulich sinnvollen Wiederaufbau zu ermöglichen. Zwischen der Planungsausstellung und der Ratsverhandlung stellten sich Tamms und seine Mitarbeiter auf zahlreichen Versammlungen Gruppen und Vereinen aller Art, von den Heimatfreunden bis zu Grundbesitzern und Architekten. Eine Bürgerversammlung mit dreitausend Teilnehmern, die der Oberbürgermeister selbst leitete, dehnte sich bis tief in die Nacht hinein aus, »aber zum Schluß konnte Gockeln feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Anwesenden mit den Planungen einverstanden sei«.

In ihren Grundzügen war die Politik der Stadt Düsseldorf bis in die späten fünfziger Jahre hinein vor allem darauf gerichtet, die produzierende Wirtschaft wie ihre Leitung und Verwaltung anzulocken und zu stärken. Neu kamen zahlreiche Betriebe, darunter auch größere, aber auch Wirtschaftsverbände, Banken, Versicherungen und Verlage. Der Oberbürgermeister hatte »immer ein Gespür für großzügige Lösungen« (Hensel). Ende 1948 gewann die Stadt in Konkurrenz mit Köln und Wesseling das Rennen um den Sitz der Zentralverwaltung des Feldmühle-Konzerns, die sich im linksrheinischen Oberkassel niederließ. Kurz vorher war Düsseldorf Sitz der Landeszentralbank geworden. Köln hatte in den anhaltenden Auseinandersetzungen eines Tages die Militärregierung gebeten, die Entscheidung an sich zu ziehen. Gerade das aber gab den Ausschlag. Obwohl Düsseldorf als Hauptstadt manchen Neider hatte, entschied im Landtag eine Mehrheit nun erst recht für Düsseldorf. 1955 untersützte Gockeln Tamms gegen die heftigen Widerstände, die in der Stadt die Forderung des Phoenix-Rheinrohr-Chefs Fritz Aurel Goergen gefunden hatte, am Rande des Hofgartens seine Verwaltungszentrale, das Drei-Scheiben-Haus, zu errichten.

V

In der entscheidenden Hauptstadtfrage, der Errichtung einer Art von Regierungsviertel, hat Josef Gockeln – ebenso übrigens wie Karl Arnold – hinhaltend taktiert. Zwar sprach der Oberbürgermeister und Landtagspräsident auf dem Richtfest des wiederaufgebauten Ständehauses Ende 1948 vor den Bauarbeitern pauschal davon, »daß noch manches große Gebäude hier in Düsseldorf entstehen wird, das repräsentativen öffentlichen Charakter tragen wird«. Aber es gibt aus den frühen fünfziger Jahren auch Äußerungen von Gockeln, die eher Zurückhaltung erkennen lassen. »Sollte der Bund einmal nach Berlin zurückkehren, gehen wir nach Bonn«, hat er einmal erklärt; Bonn sei der geographische Mittelpunkt eines Landes, das an eine Rückgewinnung der beiden südlichen Regierungsbezirke der ehemaligen preußischen Rheinprovinz, Koblenz und Trier, denke. Die Landeshauptstadt ähnlich für ein Provisorium zu halten wie die provisorische Bundeshauptstadt Bonn, war damals nicht so abwegig, wie es im Nachhinein scheinen mag. Zwar gab es keinen Zweifel an dem Bestand des Landes; aus den Untersuchungen des Luther-Ausschusses zur Neugliederung der Länder ging Nordrhein-Westfalen unbeschädigt hervor. Aber eine baldige Wiedervereinigung und Berlin als gesamtdeutsche Hauptstadt hätten die Bedeutung der Länder möglicherweise noch stärker zurücktreten lassen als das in der Folgezeit im Rahmen des Weststaates Bundesrepublik geschah.

Den ersten konkreten Kontakt zwischen Stadt und Land in der Frage eines Regierungsviertels gab es kurz vor Weihnachten 1949. Oberstadtdirektor Hensel, der Baudezernent Schreier und Tamms führten Wiederaufbauminister Steinhoff Pläne und Modelle »für die kommenden Ministerien« (und damit konnten nur die Gebäude gemeint sein) an dem »von der Stadtplanung vorgesehenen Standort« vor. Es war an der damals noch Parallelstraße genannten heutigen Berliner Allee. Steinhoff »sagte dieser Vorschlag sehr zu«. In der großen Ratsdebatte am 29. April 1950, an deren Ende der Neuordnungsplan fast einstimmig angenommen wurde, machte Hensel darauf aufmerksam, daß die Landesregierung »nicht vor sechs Jahren« in der Lage sein werde, »das Gesamtprojekt ihrer Regierungsbauten an dieser Straße durchzuführen«. Friedrich Tamms war fest davon überzeugt, daß sich, wie er später schrieb, die politische Führung des Landes »baulich in einem betont sichtbaren Komplex darstellen sollte; ... für die Entwicklung Düsseldorfs als Ort dieser politischen Selbstdarstellung ist eine solche optisch-symbolische Projizierung der politischen Vertretung des Landes in der Öffentlichkeit von großer, stadtbildender Bedeutung«. Aber als »wir Ministerpräsident Arnold und Finanzminister Heinrich Weitz vor das Modell der Straße führten«, erinnert sich Walther Hensel,

»konnten sich beide leider nicht entschließen, zuzugreifen. Eine entscheidende Rolle mag dabei die Sorge um die finanzielle Belastung gespielt haben. Doch hat der Aufwand, den das Land dann später beim Bau der wenig eindrucksvollen Hochhäuser in der Nähe der Haroldstraße und außerdem für die Neuordnung dieses Bereiches treiben mußte, die Beträge, die nach Annahme unseres Vorschlags fällig geworden wären, wesentlich überstiegen.«

In den Verhandlungen des Rates ist die Hauptstadtproblematik während der neun Jahre, in denen Gockeln ihm als Oberbürgermeister vorsaß, stets nur am Rande erwähnt worden; auch die Neuordnungsplanung stellte darauf nicht in erster Linie ab. Erst von der ersten Plenarsitzung nach den Kommunalwahlen im Herbst 1952 an machte sich Gockeln zur Regel, einleitend zu sagen: »Ich eröffne die Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf.« In der politischen Zusammensetzung des Rates gab es eine immer stärkere Konzentration auf CDU und SPD. 1956 erhielt noch die FDP ein knappes Zehntel der Mandate, während alle anderen kleineren Parteien unter der Fünf-Prozent-Hürde blieben. Josef Gockeln wurde immer wieder von der großen Mehrheit des Hauses gewählt, und sein Stellvertreter, der sozialdemokratische Bürgermeister Georg Glock, erhielt meist sogar noch einige Stimmen mehr. Erst bei den Kommunalwahlen von 1956 errang die SPD einen eindeutigen Vorsprung vor der CDU und genau die Hälfte der Mandate. Daraufhin wählte der Rat am 10. November 1956 Glock zum Nachfolger Gockelns, der den Vorsitz der CDU-Fraktion übernahm. Seine neunjährige Amtszeit als Oberbürgermeister war damit zu Ende.

Das nur einmal 1949 für ein Jahr unterbrochene »Gespann« Gockeln-Glock hat auch öffentlich viel Zustimmung gefunden. Die Stetigkeit in der Leitung der Ratsgeschäfte, die dadurch erzielt und garantiert wurde, unterschied sich merklich von den teilweise wechselnden Mehrheitsverhältnissen anderer rheinischer Großstädte. Gockeln hatte in seiner Stadt meistens eine gute Presse und war populär, soweit das seine eher spröde Natur zuließ. Kritisch über ihn äußerte sich später in seinen Memoiren Walther Hensel, der gleichzeitig hervorhob, daß er als Oberstadtdirektor mit Gockelns Nachfolger bis 1959, Glock, ein enges Vertrauensverhältnis gehabt habe, aber auch einräumte, seine langjährige Freundschaft mit Karl Arnold habe Gockelns Verhältnis zu ihm stets belastet. Obwohl, so Hensel, »Gockelns sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit und seine Schlagfertigkeit von vielen bewundert« wurden, hatte er nur wenige Freunde und war, anders als Arnold, »kein Mann des Gesprächs«. Seinen politischen Reden, »die zunächst gut klangen«, fehlte »vielfach die Substanz... Gegen Beamte und insbesondere gegen Akademiker war er voreingenommen – recht unverständlich bei einem so intelligenten und

erfolgreichen Mann«. Willi Kreiterling stellt im Vergleich mit Arnold fest, daß man, jedenfalls im kommunalen Bereich, sich »bei politischen Absprachen auf Gockeln absolut verlassen konnte, auch wenn sie ihm sehr gegen den Strich gingen«, während man bei Arnold nicht immer die Sicherheit haben konnte, daß er »eine Position durch neue Einflüsse nicht wieder modifizierte«.

VI

Wenige Wochen nach dem Ende seiner Amtszeit als Düsseldorfer Oberbürgermeister, am 6. Dezember 1956, hatte der Landtagspräsident auf der Straße zwischen Köln und Düsseldorf einen Autounfall. Wegen seiner schweren Verletzungen mit zahlreichen Knochenbrüchen mußte er lange im Krankenhaus bleiben. Später belustigte er sich gelegentlich darüber, wieviel Silber er nun im Körper habe. Fast genau zwei Jahre später, am 8. Dezember 1958, verunglückte Gockeln mit seinem Dienstwagen erneut, diesmal auf der Straße Köln–Neuss am nördlichen Stadtrand von Dormagen. Er saß rechts neben dem Fahrer. Der Wagen kam aus ungeklärt gebliebener Ursache von der Straße ab und fuhr gegen einen Baum. Josef Gockeln war sofort tot. Der Fahrer – es war nicht derselbe wie zwei Jahre zuvor – erlitt schwere Verletzungen. An beiden Unfällen, so urteilte Walther Hensel später, dürfte Gockeln »nicht ohne Schuld gewesen sein, denn er hielt seinen Fahrer stets zu überschneller Fahrweise an«. Auch eine Folge der Ämterhäufung?

Im Hause des Landtags gab es 1958 zweimal eine Trauerfeier. Am 3. Juli leitete Gockeln seine Ansprache für Karl Arnold, der am 28. Juni gestorben war, mit dem Satz ein: »Wie zerbrechlich unsere Gesundheit sein kann, ist jedem von uns bewußt.« Am 11. Dezember waren es Vizepräsident Alfred Dobbert, Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundeswirtschaftsminister Erhard, der Verbandspräses der KAB, Hermann Joseph Schmitt, und der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Johnen, die auf der Trauerversammlung für Josef Gockeln sprachen. Franz Meyers, seit einem halben Jahr Ministerpräsident, nannte Einfachheit und Gradlinigkeit die Grundzüge im Wesen Gockelns, »in Gestalt und Charakter geprägt von seiner westfälischen Heimat und dennoch, als Folge langer Jahre seines Wirkens im Rheinland, mit Zügen rheinischer Wesensart«.

Heinrich Wienken (1883–1961)

»Werden Sie mir kein Mappenpriester! Bleiben Sie mit einem Fuß in der Seelsorge, behalten Sie Ihren Beichtstuhl!« – so die Mahnung von Bischof Heinrich Wienken an einen jüngeren Priester seiner Diaspora-Diözese Meißen. Ein 1940 entstandenes Foto, das Wienken selbst geschäftig-dienstbeflissen (und damit besonders typisch) mit einer solchen Mappe zeigt, mag als Widerspruch erscheinen: Hatte Wienken seinem jüngeren Mitbruder aus schlechten eigenen Erfahrungen geraten? Oder läßt sich das Gegensätzliche auflösen? Die Mappe mit ihren Akten und Notizen nicht als Zeichen der Entfremdung, sondern als Ausdruck der Nähe zu den Menschen und ihren, hier auf Papier festgehaltenen Sorgen und Nöten? »Arme Menschen« – um sie ging es Wienken eigentlich immer. Kaum ein anderes der von ihm gebrauchten Worte beschreibt so einfach wie kräftig das Anliegen Wienkens. Gerade diese einfache Ehrlichkeit erklärt die Stetigkeit seines Hilfsempfindens unter wechselnden äußeren Bedingungen. »Arme Menschen« waren für Wienken die ungeliebten Emigranten, die in den zwanziger Jahren nach Berlin kamen, ebenso wie die Opfer der NS-»Euthanasie«, die Insassen der Konzentrationslager, aber auch jene, die nach 1945 inhaftiert, verfolgt und vertrieben wurden.
Und dennoch: die Mappe. Wer heute in Bonn das mächtige Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz beschaut, das Kommissariat der deutschen Bischöfe bei der Bundesregierung dazu, mag kaum glauben, daß alles mit diesem eher unscheinbaren Priester und seiner Mappe begann. Ein paar Zimmer in einem Berliner Krankenhaus, ein kleines Büro, eine einzige Sekretärin, ein Auto nie, noch nicht einmal einen eigenen Hausstand: Fast schon franziskanisch. Aber doch immer Teil der kirchlichen Führung, auch ihrer Apparate.

I

In drei kirchenpolitischen Epochen dieses Jahrhunderts hat Wienken, der 1961 im Alter von 78 Jahren verstorbene Oldenburger, gewirkt. Berlin war für mehr als drei Jahrzehnte seine zweite Heimat. Von 1921 bis 1937 stand er an der Spitze der dort ansässigen Hauptvertretung des

Deutschen Caritasverbandes (DCV). Dann übernahm er – gleichfalls in der Reichshauptstadt – das neugeschaffene Amt eines Commissarius der Fuldaer Bischofskonferenz. In dieser Funktion hielt er Kontakt zwischen dem Episkopat und Staats- wie Parteistellen. Zeitgenossen und Historiker haben Wienkens Verdienste in jenen Jahren gewürdigt, jedoch auch auf seine gerade im Nationalsozialismus umstrittene kirchenpolitische Haltung hingewiesen. Seiner humanitär-caritativen Mission wegen war Wienken um ein auskömmliches Verhältnis zum Reichskirchenministerium und zur Gestapo bemüht, ebenso wie er nach 1945 unter Hintanstellen politischer Prinzipien zahlreiche Kontakte zu den Sowjets und zu den Autoritäten der entstehenden DDR pflegte. Bis 1951 hat er auf diese Weise für die katholische Kirche in der sowjetisch besetzten Zone und der späteren DDR viele Erleichterungen erwirken können. 1951 sandte Papst Pius XII. Wienken nach Meißen/Bautzen, nachdem er bereits 1937 das sächsische Bistum für kurze Zeit verwaltet hatte. Krankheitsbedingt erklärte Wienken 1957 seinen Verzicht auf die Diözese und kehrte nach Berlin zurück.

Zeitlebens mühte sich Wienken um Benachteiligte, Unterdrückte, Verfolgte. Gerade als bischöflicher Unterhändler hat er Hunderten das Los der Haft erleichtert, viele vor dem Tode in Konzentrationslagern gerettet. Gemessen am Ausmaß der Verbrechen blieb die Zahl der durch Wienkens Einsatz Geretteten klein. Gerade für die NS-Zeit liegt jedoch hier eines der Verdienste Wienkens, der die innere Schutzlinie kirchlichen Eintretens für Opfer des Regimes weiter zog als manche anderen. Sein Motiv aber war Mitleid, nicht politische Kritik.

Wienken selbst hat sich über weite Strecken seines Lebens verkannt und mißverstanden gefühlt. Einer der Gründe lag offenkundig darin, daß er sich als primär unpolitischer Caritas-Priester empfand, aber nahezu vier Jahrzehnte doch in die Politik gestellt war. Wienken war dienender Vertreter seiner Kirche, deren tatsächliche oder vermeintliche Rechte auf den Feldern Caritas, Schule und Kulturpolitik er in einem heute weithin fremden Verständnis zu sichern und auszugestalten suchte. Dieses Anliegen war bei ihm gepaart mit einer überdurchschnittlichen Sensibilität für soziale Not. Eines seiner wesentlichen Charakteristika war es, auch im Gegner das Gute zu sehen. Wienken wollte stets das Positive entdecken und die Auseinandersetzung mit dem Gegner der Kirche nicht eskalieren; sein Ziel war es, Konflikte zu vermeiden, ohne zu paktieren.

Wienken gehörte gewiß nicht zu den prägenden, die große Linie skizzierenden Gestalten des deutschen Katholizismus in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Was das Interesse an ihm begründet, ist vor allem seine unter so wechselnden politischen Verhältnissen wie Weimar, NS-Regime, Ostzone und DDR kaum erschütterte Kontinuität der kirchlich-caritativen Arbeit. In den drei Epochen Kirchenpolitik, die

er – nicht konzeptionell, wohl aber administrativ – als Teil des Katholizismus mitgestaltete, hat er jene sein Handeln von außen bestimmenden Bedingungen keiner tiefgehenden politisch-historischen Analyse unterzogen. Er war nicht so naiv, daß er die große Politik außer Acht gelassen hätte, aber er war unpolitisch in dem Sinne, daß er über die »Rahmenbedingungen« nicht reflektiert, geschweige sie kritisiert hat. »Ganz dienend, ganz asketisch«, wie Franz Kloidt, sein alter Mitarbeiter und kritischer Beobachter resümierte, »ein Gesandter, aber kein Sendender«.

II

Von kleiner, hagerer Statur, machte Wienken mit seiner langen Nase, seinen großen Ohren und seiner gleichbleibenden Stimme auf manche den »Eindruck eines pedantischen kirchlichen Bürokraten« (W. Adolph). Weniger Bösmeinende glaubten in seinem Gesicht die Physiognomie fast schon eines »Hungermönchs« (A. Wuttke) zu erkennen. Einige dieser äußeren Kennzeichen sind bereits auf Fotos aus der Jugend Wienkens zu erkennen. Heinrich Wienken wurde am 14. Februar 1883 in Stalförden bei Cloppenburg geboren. Sein Vater besaß einen mittleren Bauernhof. Prägendstes Jugenderlebnis war für Wienken der frühe Verlust seiner Mutter, die, gerade 35jährig, 1885 ein Opfer der Tuberkulose wurde. Ursprünglich sollte Heinrich Wienken den väterlichen Hof erben. Der Ortspfarrer riet dem Vater jedoch, den Jungen Priester werden zu lassen. Am Gymnasium in Vechta, dem »Antonianum«, legte er 1904 die Reifeprüfung ab.
Bei aller Begegnung mit Außerkirchlichem in seinem späteren Leben war Wienken doch stets durch eine von seinem bäuerlich-einfachen, vor allem fest-katholischen Elternhaus stammende Frömmigkeit geprägt. Seine Geschäftigkeit auch im säkularen Bereich machte Wienken nie weltläufig, von Neigungen für eine von ihren Kritikern »modernistisch« genannte Theologie ganz zu schweigen, wobei eine kämpferische Aversion jedoch seinem Wesen fernlag.
Seine Kommilitonen in Innsbruck, wo Heinrich Wienken bald nach dem Abitur das Studium der Theologie und Philosophie aufnahm, waren ihrer nationalen Zugehörigkeit nach breit gefächert. Zeitweilig teilte er mit einem polnischen Theologen das Zimmer. Seinem Mitstudenten Josef Frings, dem nachmaligen Kölner Erzbischof und Episkopatsvorsitzenden, blieb Wienken bis zum Tode verbunden. 1908 kehrte Wienken in sein Heimatbistum Münster zurück. In der Erinnerung seiner dortigen Kommilitonen war er ein »lieber Kollege«, der »sich still und bescheiden in die Gemeinschaft einfügte«. Am 6. Juni 1909 wurde Wienken von Bischof Hermann Dingelstad in Münster

zum Priester geweiht. Gut drei Jahre lang arbeitete der Neupriester als Kaplan einer Vorstadtpfarrei in Münster. Eine seiner Aufgaben lag in der Betreuung der männlichen Jugend.
Priesterreiche Diözesen wie Münster unterstützten seit dem 19. Jahrhundert mit ihrem seelsorglichen Nachwuchs die mitteldeutsche Diaspora. Auf diese Weise wurde auch Wienken im Dezember 1912 nach Berlin geschickt. Knapp vier Jahre wirkte er als zweiter Kaplan in der Pfarrei St. Sebastian im Berliner Wedding. Das Klima der Mietskasernen im Berliner Norden mit ihren häufig aus Schlesien und Westpreußen stammenden Katholiken verstärkte Wienkens soziale Motivation. Sein erfolgreiches Engagement in der Jugendseelsorge und gewisse dabei zutage getretene organisatorische Fähigkeiten empfahlen Wienken im katholischen Berlin für weitere Aufgaben. Die an ihn im Frühjahr 1916 gerichtete Frage, ob er als Delegatur-Sekretär und Domvikar in die kirchliche Verwaltung oder als Mitarbeiter in den »Charitasverband für Berlin und Vororte« eintreten wolle, beantwortete er mit einer – wie sich zeigen sollte – lebensbestimmenden Entscheidung für die Caritas. Parallel zu seinem Amt als stellvertretender Geschäftsführer der Orts-Caritas wurde der damals 33jährige Geistliche Kuratus an der St. Nikolaus-Kapelle in der Frankfurter Allee.
Bei der Caritas betätigte sich Wienken vornehmlich in der Jugendseelsorge, speziell im Vormundschaftswesen. Zugleich wurde er Vertreter der Katholischen Jünglingsvereine im städtischen Ausschuß für Jugendvereinigung bei der Zentrale für Volkswohlfahrt. Um seine Kenntnisse auf diesem Gebiet auszubauen, begann Wienken 1919 an der Berliner Universität ein Studium in Volkswirtschaft und Jura mit dem Schwerpunkt Wohlfahrtsrecht, das er aber nach sechs Semestern ohne Abschluß aufgab, vor allem, weil er zwischenzeitlich in die Aufgabe des Berliner Repräsentanten der Freiburger Caritas-Zentrale hineingewachsen war.

III

Die Geschichte der Hauptvertretung Berlin des DCV begann im Frühjahr 1918. Die durch den Krieg bedingte Ausweitung der Caritas-Arbeit machte eine immer engere Fühlungnahme der Freiburger Zentrale mit verschiedenen Reichsbehörden in Berlin nötig. Lorenz Werthmann, Gründer und bis zu seinem Tode 1921 Präsident des kirchlichen Sozialverbandes, mußte aus diesem Grund während der vier Kriegsjahre rund 60 mal nach Berlin reisen. Deshalb plante er eine völlige oder wenigstens teilweise Verlegung der Caritas-Zentrale in die Reichshauptstadt. Im Sommer 1918 beschloß der Caritas-Zentralrat,

in Berlin eine ständige Vertretung einzurichten, die Zentrale aber in Freiburg zu belassen. Als Leiter der Vertretung hatte Werthmann Benedict Kreutz ins Auge gefaßt, den er aus der Erzdiözese Freiburg als Caritas-Aktivisten kannte, der aber im Krieg als Divisionspfarrer eingesetzt war, wodurch sich der Amtsantritt in Berlin verzögerte. Deshalb nahm Werthmann im Oktober 1918 die Berliner Geschäftsstelle selbst in Betrieb. Im Frühsommer 1919, nachdem Werthmann das Büro nach Ausbruch der November-Revolution geschlossen und es der Berliner Orts-Caritas anvertraut hatte, gelang es endlich, Benedict Kreutz für die neue Funktion zu gewinnen.
Infolge der sich rasch vermehrenden Aufgaben der Hauptvertretung Berlin des DCV befürwortete der Caritas-Zentralrat schon ein Jahr später einen weiteren Ausbau. Das bedeutete die Dauer-Anstellung eines festen Mitarbeiters. Dafür suchte Kreutz nun Wienken zu interessieren, der ihm nach seinem nicht genau datierbaren Ausscheiden aus der Berliner Orts-Caritas parallel zum Studium bereits zugearbeitet hatte. Im Sommer 1920 trat Wienken endgültig in die Hauptvertretung ein. Kreutz war mit seinem Assistenten zufrieden, eher ein wichtiges Charakteristikum Wienkens, da Kreutz keineswegs die Eigenschaften eines umgänglichen, ausgeglichenen Chefs besaß: »Spontan in Äußerungen gereizter Barschheit und ehrlicher Herzlichkeit« (H.-J. Wollasch). Die tägliche Zusammenarbeit der beiden dauerte nur ein gutes Jahr. Der Tod des Caritas-Präsidenten Werthmann brachte Kreutz in die Position des Nachfolgers. Im November wählte ihn der Caritas-Zentralrat an die Spitze des Verbandes, beschloß aber hinsichtlich der Berliner Hauptvertretung ein Provisorium. Die Oberleitung verblieb nämlich noch bei Kreutz, während Wienken »in voller Würdigung seiner stets gründlichen und unermüdlichen Arbeit« zum »Generalsekretär« der Hauptvertretung bestellt und mit ihrer vorläufigen Geschäftsführung betraut wurde. Definitiv übernahm er die Leitung zum 1. Mai 1922, vom November an auch mit der Amtsbezeichnung »Caritasdirektor«.
Dem Titel nach war Wienken nun »Chef«, realiter aber Delegat, bestenfalls Repräsentant, häufig nur Adlatus – dies weniger eine Folge des kleinen Büros als mehr des mächtigen Präsidenten, der nicht allein von Freiburg engen Briefkontakt hielt, sondern alle vier bis sechs Wochen selbst nach Berlin kam, um mit Reichsbehörden zu verhandeln, damit aber auch äußerlich Wienkens nachgeordnete Rolle des »Zweiten« sichtbar machte.
Wienkens Arbeitsfeld in der Berliner Hauptvertretung reichte von der Kriegsfolgenhilfe der Caritas, der Kinderlandverschickung, den das katholische Krankenhauswesen betreffenden Gesetzgebungsvorhaben über eine Mitarbeit in Filmprüfstellen bis hin zu verschiedensten Vertreter-Tätigkeiten in zahlreichen Gremien auf Reichsebene. So

repräsentierte Wienken den DCV – um nur einige Beispiele zu nennen – in der Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe, im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge und in Kommissionen für Arbeitsschutz und Berufsausbildung. Besondere Verdienste erwarb sich Wienken bei der Kinderlandverschickung, wobei Hilfe für Auslandsdeutsche und für in Deutschland lebende Ausländer ineinander verschränkt waren. Ein anderer Bereich war die Jugendarbeitslosigkeit. Über das »Katholische Reichswerk für den freiwilligen Arbeitsdienst« war Wienken an jenen Vorhaben beteiligt, deren Motiv vornehmlich im Sozialpädagogischen lag.

Aus der Bindung an die Katholischen Jünglingsvereine erwuchs Wienkens Mitarbeit im Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände. Im Mittelpunkt seiner Zugehörigkeit zu verschiedenen Fachkommissionen stand der Jugendschutz. Durch praktische Sozialarbeit und weniger infolge geistiger Berührung entwickelte sich auch Wienkens Verhältnis zu einzelnen Gruppen und Köpfen der katholischen Jugendbewegung der zwanziger Jahre. Wienken war ein reger Förderer beispielsweise des sudetendeutschen katholischen Jugendbundes »Staffelstein«, ist aber im rückschauenden Vergleich keineswegs in eine Reihe zu stellen etwa mit Ernst Thrasolt, jenem den Geist der katholischen Jugendbewegung der zwanziger Jahre prägenden Priester.

In keiner Weise gleichzusetzen war Wienken auch mit Carl Sonnenschein, dem schier unermüdlichen, aber vieler Schwächen wegen umstrittenen Großstadt-Apostel. Die einzige direkte Verbindung zwischen den beiden zur gleichen Zeit auf benachbarten und sich deckenden Arbeitsfeldern tätigen Priestern bestand in der »Caritas für Akademiker«, einem im sozial-studentischen Sinne Sonnenscheins gegründeten Verein. Zu verschieden waren aber ihre Charaktere, als daß sich daraus ein engerer Kontakt hätte entwickeln können.

Auch im politischen Katholizismus der damaligen preußischen Metropole und Reichshauptstadt tauchte Wienken eher am Rande auf. Obschon längere Zeit Mandatsträger der Zentrumspartei in einem Berliner Kommunalparlament und von 1929 bis 1933 auch in der Stadtverordnetenversammlung, paßt das Bild des »politischen Prälaten« nicht zu Wienken. Die große Zentrumspolitik beeinflußte er nicht. Seine Materie waren Kommunal-, Sozial- und Schulpolitik. Hier korrespondierte sein parlamentarisches Engagement mit seiner Tätigkeit in Prüfstellen für Filme und Schund- und Schmutzschriften, im »Volkswartbund«, aber auch mit seinem Amt als verbandlicher Interessenvertreter. Mehrfach monierte Wienken in der Stadtverordnetenversammlung die Hintanstellung der freien Wohlfahrtsverbände, forderte die religiöse Betreuung in staatlichen Heimen, kritisierte die

Diskriminierung konfessionell ausgebildeter Fürsorger und beklagte einen Geist, »der alles kommunalisieren will«.
Bekümmert äußerte sich Wienken im Parlament über das fehlende soziale Verständnis, das viele Berliner Behörden kennzeichne. Auf den Wohlfahrtsämtern dürfe kein Ton »wie in den Polizeistuben und auf den Kasernenhöfen« herrschen; verschwinden müsse auch der »bürokratische Geist«. Die Misere der arbeitslosen Jugendlichen, der er schon von der Caritas her über den Freiwilligen Arbeitsdienst gegenzusteuern suchte, brachte er auch vor den Abgeordneten zur Sprache. Nicht selten half er hier tatkräftig mit, so wie er bereits früher in einer Nacht mit Freunden 30 obdachlose Jugendliche am Anhalter Bahnhof eingesammelt, in ein Caritasheim gebracht und sich um jeden einzelnen gesorgt hatte.
Auch die Lage der in Berlin lebenden Staatenlosen bedrückte Wienken. Zwar plädierte er für eine Verschärfung der Einreisebestimmungen, fand aber doch, daß Berlin als »Kulturstadt« für diese »armen Menschen«, seien sie erst einmal da, auch sorgen müsse. In diesen Zusammenhang gehört auch sein Einsatz beim »Päpstlichen Hilfswerk für die Russen in Deutschland« und bei der »Katholischen Fürsorge für Rußland«, zwei der Berliner Hauptvertretung des DCV angegliederten Einrichtungen. Ein besonderes Anliegen war ihm schließlich die miserable Lage der als Saisonarbeiter nach Deutschland kommenden polnischen Schnitter. Geringer Lohn, enge Kasernen, mangelnde Hygiene, überdurchschnittliche Säuglings-Sterblichkeit, ein sehr hoher Beschäftigungsgrad auch schwangerer Frauen und Mädchen, eine stetig wachsende Zahl unehelicher Kinder, teilweise sogar die Praxis der Prügelstrafe – all dies veranlaßte Wienken zu zahlreichen Schritten, um wenigstens die größten Mißstände abzustellen. Zu diesem Thema schrieb er auch die einzige Veröffentlichung seines Lebens. Seine Forderungen trugen ihm die Kritik des Landwirtschaftsministeriums und der mecklenburgischen Junker ein, brachten ihm aber viele Sympathien der Polen.
All seine soziale Tätigkeit verband Wienken mit dem Bekenntnis, aus der Wohlfahrtspflege solle man die Politik »voll und ganz« fernhalten. »Bei allen Parteien und bei den Anhängern aller Weltanschauungen und aller Konfessionen« gab es nach seiner Überzeugung »Menschen, die ein richtiges soziales Verständnis, die richtige soziale Einstellung zu ihren Mitmenschen haben, die auch für die Wohlfahrtspflege die richtige Eignung mitbringen, die Opferbereitschaft und Opfersinn haben«. Dies, formuliert im Sommer 1930 vor der Stadtverordnetenversammlung, war ein Schlüsselsatz für die politischen Prinzipien Wienkens. Denn ebenso, wie ihm sein praktisches Sozial-Engagement im Parlament Kontakte zur KPD schuf, kam er über den gleichen Draht ins Gespräch mit Mitgliedern der jungen NSDAP-Fraktion. Ob

seines Einsatzes gerade für die Arbeiterjugend sprachen manche von Wienken nur als vom »roten Kuratus«. Auf das gleiche, vermeintlich unpolitische Schema Wienkens war es zurückzuführen, wenn ihn innerkichliche Kritiker während des NS-Regimes als »braunen Bischof« und nach 1945 – seiner guten Kontakte zu den Sowjets wegen – wieder als »roten Heinrich« titulierten.

IV

Wienken selbst hat seine Prinzipien weder 1933 noch 1945 geändert. Um Existenz und Identität kirchlicher Wohlfahrtsarbeit zu wahren, bemühte er sich – wie auch die überwiegende Mehrheit der anderen Vertreter der Caritas – die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus zu meiden. In diesem Sinne empfand Wienken die »Kollaboration« als »Kooperation«. Man suchte nach gemeinsamen Aufgaben, die auch der Kirche gelegen kamen. Ein solcher Berührungspunkt war beispielsweise das Hilfswerk »Mutter und Kind«, an dem sich NS-Bevölkerungspolitik und katholische Familienlehre trafen. Auch bei den Prüfstellen für Filme und Schriften – ein alter Wirkungskreis Wienkens – gab es mannigfache Gemeinsamkeiten, wie überhaupt die sehr einseitige Sittlichkeits-Mentalität kirchlicher Kreise wesentlich mehr Affinität zum frühen NS-Staat beinhaltete als manche Elemente katholischer Staats- und Soziallehre.

Weithin einvernehmlich arbeitete die Caritas auch in der Seelsorge für die Auslandsdeutschen (wobei es Wienken gelang, die für ihn stets damit verknüpfte Hilfe für Slawen fortzusetzen) und in der Bahnhofsmission. Speziell für die katholischen Krankenhäuser brachten Kriegsplanung und Kriegsgeschehen eine gewisse Sicherheit. – Rasch unterstützte Wienken aber auch diejenigen, die sehr unterschiedlich Opfer der »Machtergreifung« geworden waren. Bis 1934 über das »Caritas-Notwerk« diese Hilfe für katholische Journalisten und Gewerkschaftler, »abgebaute Beamte und Angestellte«, bald aber auch für getaufte Juden Gestalt annahm, war Wienkens Caritas-Hauptvertretung in Berlin bereits zu einer Adresse für Hilfesuchende gworden. Spätere Gründungen wie den »Hilfsausschuß für die katholischen Nichtarier« förderte Wienken ebenso wie er Einzelnen ohne Ansehen der Konfession und politischen Herkunft zu helfen bemüht war.

In gewisser Weise verband sich in Wienkens Person schon »aufopfernde Rührigkeit mit einer erschreckenden Blindheit für den Charakter und Frontverlauf der weltanschaulichen Auseinandersetzung« (L. Volk). Den Irrglauben, man könne den Nationalsozialismus entschärfen und gleichsam taufen, hatten kritische Beobachter Wienkens bereits in den letzten Jahren der Republik erkannt. Durchgängig

charakterisierte Wienken bei all seinem kirchenpolitischen und humanitären Wirken ein außergewöhnlicher Optimismus. Daß mit kirchlichen Eingaben und Protesten überhaupt etwas geschah, und wenn es nur das büromäßige Bearbeiten war, gab ihm schon Anlaß zur Hoffnung. Davon zeugen häufige Bemerkungen wie: Die Angelegenheit liege in »Berlin«, nun werde auf höchster Ebene verhandelt. Diese Zuversicht mischte sich bei Wienken mit einer »Staatsbeflissenheit« (L. Volk), deren Motiv allerdings weniger in einer durchdachten Staatstheorie lag als vielmehr im Bemühen, auch im Gegner das Menschliche zu erblicken. Wienken wollte auch in den Nazis etwas Positives sehen und hat diese Hoffnung noch längere Zeit nach Kriegsbeginn gehegt.

In der Formel des »braunen Wienken» hat er sich allerdings stets verkannt und mißverstanden gefühlt. Viele dieser Mißverständnisse hat er jedoch selbst ganz entscheidend mitverschuldet, wenn er etwa seiner Sekretärin Weisungen gab, einen bei ihm angemeldeten NS-Gewaltigen in den Räumen der Caritas mit »Heil Hitler« zu begrüßen, wenn er beim Festessen nach seiner Bischofsweihe in Münster 1937 die Dankansprache mit einem Hoch auf den Führer schloß, oder wenn er wenig später bei der traditionsreichen Aachener Heiligtumsfahrt erklärte: »Daß wir uns heute in dieser Weise zu Tausenden zusammenfinden, verdanken wir dem Führer.« Auch wenn Wienken nach eigenem Bekunden Hitler lediglich für die Genehmigung der lange unsicheren Wallfahrt danken wollte, machte ihn dieser Satz nicht nur bei der katholischen Jugend unmöglich, welche die Wallfahrt so kurz nach der Enzyklika »Mit brennender Sorge« und daraufhin verschärfter Kirchenpolitik zu Recht als offene Demonstration gegen die Nazis ansah.

V

Wienkens Verhalten im Nationalsozialismus bleibt bis heute schwierig zu würdigen. War sein irenisches, konfliktscheues Harmonisieren in der Kirchenpolitik bereits »Schuld«? War die »Anpassung« seiner Taktik bereits ein Versagen? Darf man Wienken einen Vorwurf machen, weil er Juden und Verfolgten quantitativ nicht *mehr* geholfen hat, während Tausende (um nur die zu zählen, die infolge ihres politischen Einflusses die Möglichkeit dazu gehabt hätten) gar nichts getan haben?

Die Beurteilung Wienkens wird dadurch nicht leichter, daß er den Widerstand innerlich ablehnte, aber zu einigen seiner Vertreter persönliche Kontakte pflegte. Wienken fühlte sich als »Deutscher« und betrachtete Widerstand gleichsam als Hochverrat, zumindest solange der Krieg andauere; nach Kriegsende (!) könne man dazu vielleicht

anders stehen. Diese Sicht ist untrennbar verklammert mit Wienkens Einschätzung der Konzentrationslager: Er hat sie nicht gutgeheißen, aber als ein – wie er meinte – Übel der Kriegszeit still hingenommen. Daß Wienken diesen Widerspruch, nicht gegen die KZ's zu protestieren, jedoch ihren Insassen zu helfen, den Widerstand abzulehnen, aber mit Widerständlern zu reden, aufzulösen vermochte, entsprach wohl dem gleichen Denken, mit dem er als Zentrums-Abgeordneter sozialpolitische Gemeinsamkeiten mit den Kommunisten entdeckt und gleichzeitig ebensolche Berührungspunkte zu den Nazis gefunden hatte.

Im Wesentlichen waren Wienkens politisches Weltbild und die Weise seines kirchenpolitischen Vorgehens in den eineinhalb Jahrzehnten grundgelegt worden, in denen er den DCV in Berlin vertrat. Insofern bedeutete ihm das Ausscheiden aus diesem Amt und die Übernahme des 1937 neu eingerichteten Commissariates der Fuldaer Bischofskonferenz keine so große Umstellung. Etwas ungewöhnlich war allenfalls die Verzögerung, die sich für seinen Amtsantritt daraus ergab, daß der Bischof von Meißen, Petrus Legge, den man 1935 im Rahmen der sog. Devisenprozesse zu einer Geldstrafe verurteilt hatte, aus mehreren Gründen nicht in sein Bistum zurückkehrte und Wienken – gerade im Begriff, das Commissariat zu eröffnen – vom Papst im Frühjahr 1937 zum Koadjutor mit dem Recht zur Nachfolge ernannt, zum Titularbischof geweiht und nach Meißen/Bautzen geschickt wurde. Als Legge im Herbst des gleichen Jahres in seine Diözese zurückkehrte, verließ Wienken das Bistum wieder und widmete sich voll dem Commissariat. Dieser Vorgang hatte 14 Jahre später zur Folge, daß Wienken nach dem Tode Legges dessen Nachfolge antrat.

Den Gedanken eines zentralen Büros in Berlin hatten die deutschen Bischöfe bereits seit 1933 diskutiert. Erstmals Gestalt nahmen diese Pläne an, als der Episkopat 1935 eine »Informationsstelle« einrichtete, die aber aus verschiedenen Gründen nur kurze Zeit arbeiten konnte. 1936 wurde das Vorhaben neu angepackt; Wienken galt weithin als einziger Kandidat. Freilich verfolgte keiner der deutschen Kirchenführer damit die Absicht, in Berlin einen voll autorisierten und eigenständig verhandelnden Bischof zu etablieren. Den Oberhirten, die – wie vor allem Preysing in Berlin, abgestuft auch Galen in Münster – versuchten, von der vom Episkopats-Vorsitzenden und Breslauer Metropoliten Bertram verfochtenen »Eingabenpolitik« wegzukommen und zu einer öffentlichen Abwehrstrategie zu gelangen, schwebte das Commissariat eher im Sinne der Information und des informellen Kontakthaltens vor. Bertram hingegen, der Wienken bereits in den Jahren der Republik mit verschiedenen Missionen betraut hatte, betrachtete den neuen Commissarius als Instrument der praktischen Ausgestaltung seiner Kirchenpolitik. Wienkens Funktion im Bertram-

schen Konzept war es, die politischen Stimmungen in Berlin zu erkunden (wobei der Adlatus den Auftraggeber fast immer in dessen Bedenken bestärkte), Eingaben Bertrams zu überbringen und mündlich zu erläutern, schließlich – allerdings dem Osnabrücker Bischof Berning nachgeordnet – diejenigen Verhandlungen zu führen, denen Bertram selbst aus dem Wege ging.
Bei aller – zum Teil aus der Weimarer Schulpolitik, zum Teil aus einem Verhandlungsauftrag der Bischofskonferenz in der Folge des Reichskonkordats resultierenden – Vorrangstellung lag Wienken aber auf der gleichen Linie wie Berning, der seinen Titel eines Preußischen Staatsrats trotz mancher innerkirchlicher Zweifel beibehalten hatte. Berning und Wienken wirkten also in Berlin im Sinne Bertrams. Das galt auch für Nuntius Orsenigo, den mit Wienken ein fast freundschaftliches Verhältnis verband. Zwischen diesen drei Bischöfen gab es eine Art Arbeitsteilung, innerhalb der Wienken vornehmlich für die Verhandlungen im Reichskirchenministerium und bei der Gestapo zuständig war. Mit fortschreitender Kriegsdauer, als die Umstände Reisen Bernings nach Berlin zunehmend erschwerten, dann unmöglich machten, trat Wienken als einziger Unterhändler des Episkopats auf. Und als der Nuntius im Sommer 1943 aus Berlin evakuiert wurde, war Wienken – abgesehen von dem die allgemeine Kirchenpolitik jedoch nicht beeinflussenden Feldbischof Rarkowski – der einzige mit den Nazis verhandelnde Bischof in Berlin.
Wienkens Wohnort und Arbeitsplatz, das Franziskus-Krankenhaus, wurde von den Kampfhandlungen im benachbarten Zoo-Gebiet zwar nicht verschont, konnte aber seinen Betrieb aufrechterhalten. Kaum haben die letzten Einheiten der SS, aus deren Gewalt er noch Ostern 1945 insgesamt 163 im KZ Dachau internierte Priester freibekommen konnte, kapituliert, pilgert Wienken durch die trümmerüberfüllten Straßen zum Kommandanten der Sieger: Im Bendler-Block, kurz zuvor noch Oberkommando der Wehrmacht, wird er von den Sowjets freundlich empfangen und kann seine ersten Anliegen – die Versorgung der Krankenhäuser – vorbringen. Während das politische Leben wieder in Gang kommt, hat Wienken bereits seine »Kontakte«. Er brauchte weder Prinzipien noch Organisation zu ändern. Er konnte es so machen, wie er es bisher gemacht hatte: auch im Gegner das Gute zu sehen und an dessen Menschlichkeit zu appellieren. Die politische Ordnung blieb für Wienken nachrangig.

VI

Die slawophilen Elemente, seine irenische Grundhaltung und die konkreten caritativ-kirchenpolitischen Nahziele erklären Wienkens

auch auf Ausgleich mit den Sowjets bedachte Linie. Vielleicht hat Wienken die Möglichkeiten einer Verständigung mit dem Osten überschätzt. Seine ersten Begegnungen mit sowjetischen Militärs waren aber kaum geeignet, diesen Verständigungs-Glauben zu erschüttern. Eine Zeitlang waren Wienkens Unterredungen mit sowjetischen Unterhändlern in Berlin zudem eingebettet in die Bemühungen Moskaus, namentlich in Deutschland ein gewisses Maß religiöser Toleranz zu zeigen und mit dem Vatikan ins Gespräch zu kommen. Darüberhinaus empfanden nicht wenige der neuen Machthaber Respekt für den Kirchenmann, der in der zerstörten Reichshauptstadt ausgeharrt hatte. Ein Offizier, der sonst keinen Menschen mit Autorität finden konnte, befand gar: »Du Bischof, du jetzt Bürgermeister«. Dazu ist es nun nicht gekommen, aber charakteristisch für Wienken blieb seine Meinung: »Wir sollten endlich lernen, die slawische Art in ihrer Besonderheit zu erkennen, und uns bei den Verhandlungen darauf einstellen. Wenn man mit den Russen sachlich, aufrichtig und furchtlos spricht, wird man keine Fehlbitten tun, soweit man erreichbare Wünsche vorbringt.« Wienkens Kontakte mit den Sowjets gingen über in »Fühlungnahmen« und Besprechungen mit deutschen, aber keineswegs immer kommunistischen Politikern. Mit einigen »Bürgerlichen« im sozialistischen Deutschland, meist waren es Männer der Ost-CDU wie Otto Nuschke oder Georg Dertinger, fand er schnell eine Gesprächs-Basis, und bei diesem und jenem SED-Funktionär konnte Wienken an seine soziale Arbeit in den zwanziger Jahren anknüpfen.

Organisatiorisch hatte es für Wienkens Commissariat kein Vakuum gegeben. Zwar verhandelte er nach Bertrams Tod im Sommer 1945 einige Zeit gleichsam freischwebend – so im Vorfeld der Potsdamer Konferenz zugunsten der Ostvertriebenen – und auch, als die Fuldaer Bischofskonferenz den Kölner Erzbischof (und Wienkens Studienkameraden) Frings zum Nachfolger wählte, war das Verhältnis ein völlig anderes als das zwischen Bertram und Wienken; Frings instruierte den Commissarius weitaus zurückhaltender. Mit zunehmendem Erstarken Preysings wurde jedoch der kirchenpolitische Dissens der beiden in Berlin verbliebenen Bischöfe immer deutlicher. Preysing und Wienken hatten ihre jeweilige Global-Einschätzung der NS-Verhältnisse auf die Nachkriegs-Situation übertragen. Während Preysing zwar über Beauftragte zu Sowjets und »Ostdeutschen« Kontakt hielt, für seine Person aber bewußt auf Distanz ging, verfolgte Wienken das ihm von Bertram vorgegebene Konzept direkter Verhandlungen.

Im Mittelpunkt seiner vielfältigen Vorsprachen stand die Sicherung von Seelsorge und Caritas in der sowjetischen Zone und späteren DDR. Durchaus mit Erfolg suchte er seine 1945/46 mit den Sowjets getroffenen Absprachen auszugestalten. Eine besonderes Augenmerk

richtete Wienken dabei auf den Ausbau der Gefängnisseelsorge und die Freilassung Inhaftierter. Im Vorstadium der Beratungen der 1949 proklamierten DDR-Verfassung gelang es Wienken darüberhinaus, mehrere Wünsche – z. B. hinsichtlich der kirchlichen Vermögen – berücksichtigt zu sehen.
Durch seinen 1937 erteilten und 1945 nicht geänderten Auftrag war Bischof Wienken formal bis 1948/49 – als sich in Ost und West eigenständige Staatsgebilde konstituierten – der einzige katholische Verbindungs-Bischof auf gesamtdeutscher Ebene. Die Zurückhaltung des Vatikans gegenüber alliierten Instanzen, namentlich dem Kontrollrat, schien Wienkens Aufgabe zu stärken. Indem sich aber in den Westzonen 1947/48 – in Gestalt des von Frings im Hinblick auf die Verfassungs-Beratungen berufenen Kölner Prälaten Wilhelm Böhler – eine eigene kirchliche Interessenvertretung entwickelte und schnell über den katholischen Bereich hinaus an Einfluß gewann, andererseits der Kontrollrat durch den Auszug der Sowjets 1948 de facto seine gesamtdeutsche Funktion verlor, minderte dies die Position Wienkens. Dessen Kompetenz schrumpfte damit auf das Gebiet von Berlin und der entstehenden DDR.
Dieser Funktionsverlust einerseits, die aus der abweichenden Beurteilung Preysings (der bei aller Distanz zu den östlichen Politikern dennoch eine Art »Richtlinienkompetenz« für dieses Gebiet beanspruchte) sich ergebenden innerkichlichen Schwierigkeiten andererseits, ließen den Dissens der beiden unüberbrückbar werden. Preysing verfolgte das Ziel, Wienken die Verhandlungen mit der DDR-Regierung aus der Hand zu nehmen. Trotz der weiteren Beschneidung seiner Kompetenzen gab es aber keine förmliche Demission Wienkens. Erst der Tod Preysings im Dezember 1950 und der Tod des Meißener Bischofs Legge im darauffolgenden März lösten die Spannungen.

VII

Der Papst rief Wienken nach Meißen. Wider Willen, im Gehorsam, verließ Wienken, dieser klassische Adlatus, das Berliner Commissariat. Ihm, dem Unterhändler, dem Berichterstatter, lag das Amt eines Residierenden, Führenden nicht. Die priesterlich-caritative Sorge, die er der Meißener Diaspora angedeihen ließ, schuf ihm aber dennoch einen Platz bei seinen Diözesanen.
In seiner Inthronisations-Predigt umriß er noch einmal seine kirchenpolitischen Prinzipien: »Ich selbst war mehr als 14 Jahre als Beauftragter der katholischen Bischöfe Deutschlands in besonderer Weise bemüht, ein gutes Verhältnis zwischen Staat und Kirche schaffen zu helfen, und ich habe offen und ehrlich die Lebensrechte der Kirche, die

durch die Verfassung garantierten Rechte der Religion und der Ausübung der Religion gegenüber dem Staat und seinen Organen vertreten. Auch als Bischof von Meißen wird es mein Bestreben sein, unter Wahrung der Rechte der Religion und Kirche, zu einer guten Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche zu kommen, auftretende Spannungen und Schwierigkeiten zu beseitigen, Mißverständnisse aufzuklären. An gutem Willen zur Zusammenarbeit werde ich es nicht fehlen lassen. Dazu bin ich zu sehr überzeugt, daß dem Wohle des Volkes am besten gedient ist, wenn Staat und Kirche friedlich zusammenarbeiten.«

Nur kurz war die Zeit in Sachsen. Bereits 1955 bat Wienken, nun 72jährig, den Papst um einen Koadjutor, und legte die meisten Amtsgeschäfte krankheitsbedingt in die Hände seines designierten Nachfolgers Otto Spülbeck. Wenige Monate nach seinem 20. Bischofs-Jubiläum, am 21. August 1957, entsprach Papst Pius XII. den wiederholten Resignations-Gesuchen Wienkens und entband ihn von der Leitung des Bistums. Zugleich ernannte er ihn zum Titular-Erzbischof. Wienken kehrte nach Berlin zurück, nahm Wohnung im St. Franziskus-Krankenhaus, seinem Domizil der Jahre als Commissarius. In der Stadt, in der er fast vier Jahrzehnte gearbeitet hatte, wollte Wienken seine letzten Lebenstage »ganz im Stillen« verbringen und auch sterben.

Vier, im gesundheitlichen Befinden wechselhafte Jahre beschlossen dieses Leben. Am 21. Januar 1961, kurz vor Vollendung seines 78. Lebensjahres, starb Erzbischof Heinrich Wienken. Politiker der Bundesrepublik und der DDR kondolierten. Kardinal Frings zelebrierte in West-Berlin das Pontifikalrequiem. Geistliche aus Ost und West erwiesen Wienken die letzte Ehre. Auf dem Friedhof seiner Heimatgemeinde in Cloppenburg wurden seine sterblichen Überreste beigesetzt.

Zahlreiche Nachrufe von kirchlicher und politischer Seite bemühten sich, Wienkens Wirken in drei Epochen katholischer Kirchenpolitik nachzuzeichnen. Durch die Kontinuität seiner Arbeit ist Wienken ein Beispiel kirchlichen Verhaltens unter Extrembedingungen. Bei Würdigung all seiner Verdienste wird er umstritten bleiben.

Friedrich Dessauer (1881–1963)

Als 1981 anläßlich des 100. Geburtstages Friedrich Dessauers in einer führenden Frankfurter Tageszeitung des umfassenden Lebenswerkes dieses bedeutenden Frankfurter Bürgers gedacht wurde, waren die Ausführungen überschrieben mit den Worten: Ein fast vergessener Politiker der christlichen Soziallehre. In der Tat ist die Erinnerung an den ehemals weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannten Techniker, Unternehmer und Röntgenforscher stark verblaßt. Erst recht trifft diese Feststellung für seine politische Tätigkeit zu. Die zahlreichen hohen Ehrungen, die Dessauer in späteren Lebensjahren zuteil wurden, galten zunächst seinen herausragenden technischen und wissenschaftlichen Leistungen.

Gleichwohl verdient gerade auch sein politisches Wirken, das er in tiefer Gläubigkeit als eine Pflicht empfand, der er sich trotz der mit ihr verbundenen Strapazen bis 1933 nicht entzog, im Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit erhalten zu bleiben. Zwar stand Dessauer nie im Rampenlicht des politischen Geschehens. Er bekleidete weder ein Ministeramt noch nahm er innerhalb der Deutschen Zentrumspartei eine Führungsfunktion wahr. Dennoch beeinflußte er insbesondere mit seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen die Politik des Zentrums in beträchtlichem Maße. Sein Plädoyer für eine enge Zusammenarbeit der europäischen Nationen erwies sich als weitblickend und richtig. Sein Engagement für die Festigung und den Ausbau der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie sowie sein Eintreten für einen friedlichen und gerechten Interessenausgleich zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen gewinnen angesichts zunehmender Angriffe auf die politische und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland unerwartete Aktualität.

I

Friedrich Dessauer, als neuntes von zehn Kindern am 19. Juli 1881 in Aschaffenburg geboren, stammte aus einer traditionsreichen Industriellenfamilie. Den jungen Dessauer trieb es oft in den väterlichen

Betrieb, nicht nur zu den Maschinen, sondern auch zu den dort arbeitenden Menschen. Den Besuch des humanistischen Gymnasiums empfand er als schwere Last, weil es ihm, anders als die Fabrik, allzu realitätsfern und die Beschäftigung mit den hier vermittelten Bildungswerten wenig nutzbringend erschien. Erst später wandelte sich sein Verhältnis zur Schule. Als reifer Mann hat er das humanistische Bildungsgut der Antike höher zu schätzen gewußt.

Bei Dessauers großem Interesse für die Technik war es naheliegend, daß er sich, nachdem er, noch nicht achtzehnjährig, das Gymnasium absolviert hatte, an den Technischen Hochschulen München und Darmstadt dem Studium der Physik und Elektrotechnik zuwandte. Aus familiären Gründen mußte er seine Ausbildung unterbrechen. Wenige Jahre zuvor hatte Röntgen seine Entdeckung gemacht. Als Gymnasiast hatte Dessauer bereits nach eigenen Erfindungen Röntgenstrahlen-Apparate gebaut, für die er eine Reihe von Patenten erhielt. So entschloß er sich kurzerhand, eine Werkstatt zum Bau dieser Apparate einzurichten, um seine Existenz zu sichern und somit die Grundlage für eine Fortsetzung des Studiums zu schaffen. Aus dem kleinen Betrieb, der 1901 mit geringfügiger finanzieller Unterstützung eines Onkels entstanden war, entwickelte sich das »Elektrotechnische Laboratorium Aschaffenburg«. Nach weiterer Expansion des Unternehmens siedelte Dessauer 1907 mit seiner Fabrik nach Frankfurt a. M. über, wo er die »Vereinigten Elektrotechnischen Institute Frankfurt – Aschaffenburg« (Veifa-Werke) gründete, in denen bei Kriegsbeginn etwa 500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren.

Für seine großen Erfolge auf dem Gebiet der Röntgen-Diagnostik und Röntgen-Therapie mußte Dessauer einen hohen Preis zahlen. Da man die mit den Strahlen verbundenen Gefahren noch nicht genügend kannte, erlitt er im Gesicht, an den Händen, auf Brust und Rücken schwere Verbrennungen, die ihn in Lebensgefahr brachten und zahlreiche Operationen – bis Anfang des Krieges bereits etwa zwölf – erforderlich machten.

Als der Weltkrieg ausbrach, hielt es Dessauer für seine Pflicht, seine Dienste dem Vaterland zur Verfügung zu stellen. Wegen seiner schweren Strahlenschäden wurde er jedoch für nicht tauglich erachtet. Da der Kriegsdienst nicht möglich war, setzte er seine Studien, die er zwischenzeitlich privat weiterbetrieben hatte, an der 1914 eröffneten Universität Frankfurt a. M. fort und beendete sie 1917 mit einer Dissertation über die von ihm selbst erfundenen potentialgesteuerten Hochspannungstransformatoren, die später in der ganzen Welt gebaut wurden.

Dessauers unternehmerische Tätigkeit konzentrierte sich zunächst auf technische Verbesserungen in der eben entstandenen medizinischen Röntgenologie. In rascher Folge schuf er eine Reihe wichtiger Neu-

konstruktionen und verschaffte so seiner Fabrik Weltruf auf diesem Sektor.
Mit seiner Aufgabe als Fabrikdirektor verband Dessauer eine intensive Forschungs- und Lehrtätigkeit. Er gründete im Rahmen seines Unternehmens ein Privatforschungsinstitut für das physikalisch-medizinische Grenzgebiet und richtete ärztliche Fortbildungskurse für physikalische Grundlagen der Röntgenologie ein, die von über zweitausend in- und ausländischen Ärzten besucht wurden. Die Begründung der Tiefentherapie mit Röntgenstrahlen und eine wesentliche Erweiterung der Kenntnisse über Physik und Erzeugungstechnik harter Röntgenstrahlen sind die wichtigsten Forschungsergebnisse aus jener Zeit.
Als nach dem Kriege die Veifa-Werke mit der bayerischen Firma Reiniger, Gebbert und Schall fusionierten, änderte sich auch Dessauers Aufgabenbereich. Aufsichtsratstätigkeit und Spezialmissionen im wissenschaftlich-technischen und kaufmännischen Bereich gehörten jetzt neben der Leitung des Frankfurter Werkes zu seinen Obliegenheiten. Angesichts von Meinungsverschiedenheiten mit dem damaligen Generaldirektor über Fragen der Geschäftsführung einerseits und seiner Vorliebe für die Forschung andererseits bedeutete es für ihn einen glücklichen Umstand, daß an der Universität Frankfurt a. M. ein Institut für sein Forschungsgebiet eingerichtet wurde. Nicht zuletzt suchten Universität und Stadtverwaltung mit dieser Maßnahme dem Bemühen der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin, den namhaften Forscher für sich zu gewinnen, entgegenzuwirken. Hauptsächlich der Initiative des Stadtrates und späteren Oberbürgermeisters Ludwig Landmann, mit dem Dessauer künftig auf politischer Ebene vertrauensvoll zusammenarbeitete, war es zu verdanken, daß die erforderlichen Mittel für den Aufbau des Instituts zügig beschafft werden konnten.
Dessen Leitung übernahm Dessauer, nachdem er aus dem Gebbert-Veifa-Unternehmen ausgeschieden war und neben anderen finanziellen Mitteln auch die Einrichtungen seines Privatforschungsinstitutes seiner neuen Wirkungsstätte zur Verfügung gestellt hatte. Am 24. April 1920 wurde er zunächst zum ordentlichen Honorarprofessor in der Naturwissenschaftlichen Fakultät ernannt. Zwei Jahre später, am 4. August 1922, übernahm er als Ordinarius den neu errichteten Lehrstuhl für physikalische Grundlagen der Medizin, den ersten im Deutschen Reich. Mit dieser Formulierung konnte auf dem Wege des Kompromisses der Streit beendet werden, der innerhalb der Universität entstanden war über die Frage, ob Dessauer der Naturwissenschaftlichen oder Medizinischen Fakultät angehören sollte.
Dessauers Institutsarbeit führte in den nächsten Jahren zu weiteren bedeutenden Ergebnissen. Theoretische und experimentelle Untersuchungen über die biologischen Strahlenwirkungen, Fragen der prakti-

schen Dosimetrie in der Tiefentherapie sowie die weitere Entwicklung der Hochspannungsapparate waren die Hauptprobleme, mit denen er sich befaßte. Er gilt als Begründer der Quantenbiologie.

II

Als die alte Staatsordnung widerstandslos zusammenbrach und die Errichtung einer bolschewistischen Herrschaft nicht auszuschließen war, glaubte Dessauer, nicht tatenlos zusehen zu dürfen. Er fühlte sich verpflichtet, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Wiederherstellung geordneter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse gerichtet waren. Der Zugang zur Politik wurde ihm erleichtert durch seine Einschätzung der Revolution und der durch sie neu geschaffenen politischen Situation. Als einer der ganz wenigen Katholiken erblickte Dessauer in dem Umsturz von 1918 auch positive Aspekte. Er stellte sich ihm vornehmlich dar als ein »Durchbruch überreif gewordener Ideen« über die »Macht der Materie und ihre Anbeter, die Realpolitiker von gestern«. Allerdings mußte das Gute, das die gewaltige Bewegung in sich barg, gepflegt werden, um ein »Abirren in russische Zustände« zu verhindern, um zu verhüten, daß die Bewegung entgeistigt würde.

Die Voraussetzung einer dauerhaften politischen Ordnung und zugleich die wichtigste Aufgabe der Gegenwart war nach Dessauers fester Überzeugung die Überwindung des Klassenkampfes. Ihr hatten sich Bürgertum und Arbeiterschaft in gleicher Weise zu unterziehen. Deshalb suchte Dessauer in Versammlungen und publizistisch mäßigend auf die revolutionäre Bewegung einzuwirken und die verständigungsbereiten Teile der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Linksradikalismus zu unterstützen. Seinen Bemühungen konnte um so eher Erfolg beschieden sein, als er sich durch manche sozialpolitische Maßnahme den Ruf eines sozial denkenden Arbeitgebers erworben hatte.

Andererseits ließ sich die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum nur dann überwinden, wenn sich auch das Bürgertum zur Kooperation bereit fand. Von Anfang an unterstützte Dessauer darum alle Bestrebungen, die auf eine Aktivierung des bürgerlichen Lagers zielten. In der nun entstehenden Bürgerratsbewegung spielte er eine maßgebende Rolle. Er war Mitbegründer und längere Zeit auch Vorsitzender des Frankfurter Bürgerrates und ebenso an der Bildung der Zentrale in Berlin beteiligt.

Die Bürgerratsbewegung verstand sich zunächst als Gegengewicht gegen die Arbeiterräte. Für Dessauer konnte sich ihre Aufgabe aber

darin nicht erschöpfen. Ihren eigentlichen Sinn sah er vielmehr darin, aktiv an der »Versöhnung der Klassen« mitzuwirken. Niemals durften die Bürgerräte in seinen Augen eine Formation gegen die Arbeiterklasse sein. Die Abwehrhaltung des Bürgertums gegenüber dem Proletariat mußte der Bereitschaft weichen, sich den Arbeitern zu nähern und sie als gleichberechtigte Mitbürger anzuerkennen, um so den inneren Frieden herbeizuführen und eine gerechtere Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

In diesen Wochen der Wirrnis und Not begnügte sich Dessauer nicht nur damit, durch sein öffentliches Auftreten zur Annäherung von Arbeiterschaft und Bürgertum beizutragen. Er hielt es auch für erforderlich, im Rahmen einer Partei am politischen Willensbildungsprozeß aktiv teilzunehmen, weil jetzt die Bürger wirklichen Einfluß auf das Staatsleben und damit eine erhöhte politische Verantwortung erhielten.

Von seiten der Demokratischen Partei und des Zentrums war man an ihn herangetreten, um ihn als Mitglied zu gewinnen. Obwohl die Demokratische Partei traditionell in Frankfurt die einflußreichste und auch unter den veränderten politischen Verhältnissen noch eine sehr aussichtsreiche Partei war und ihm sofort einen Sitz im Vorstand anbot, lehnte er ab und trat Anfang Dezember 1918 dem Zentrum bei. Seine christliche Überzeugung einerseits, die Übereinstimmung seiner politischen Vorstellungen mit wesentlichen Punkten des Zentrumsprogramms andererseits bestimmten seine Entscheidung zugunsten der Zentrumspartei.

Für sie bedeutete die Mitgliedschaft des stadtbekannten Unternehmers einen außerordentlichen Gewinn. Mit dem Ansehen Dessauers, der hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Stellung, seiner finanziellen Möglichkeiten und seines Bildungsstandes ausgesprochen untypisch für das von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum getragene Frankfurter Zentrum war, wuchs der Einfluß der Zentrumspartei in der Frankfurter Öffentlichkeit. Von Dessauer erfuhr das Zentrum nicht nur dringend notwendige finanzielle Hilfe, sondern auch geistige Unterstützung in der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern. Vor allem aber mußte in Zeiten der Not und des Wiederaufbaues sein wirtschaftlicher Sachverstand für die Partei von größtem Nutzen sein. Es war daher verständlich, daß der Parteileitung seine Mitarbeit an führender Stelle wünschenswert erschien. Schon in der ersten Mitgliederversammlung, an der Dessauer teilnahm, wurde er in den Parteivorstand gewählt.

III

Infolge des geänderten Wahlrechtes bot sich dem Frankfurter politischen Katholizismus bei der Kommunalwahl am 2. März 1919 zum ersten Mal in seiner Geschichte die Gelegenheit, eine größere, dem katholischen Bevölkerungsanteil eher entsprechende Anzahl von Stadtverordneten in die Gemeindevertretung zu entsenden. Der herausragende Kopf der Zentrumsfraktion war Friedrich Dessauer. Nur sehr zögernd und auf wiederholtes Drängen der Zentrumsführung hin hatte er sich entschlossen, eine Kandidatur anzunehmen. In dem Annäherungsprozeß der katholischen und der demokratisch-sozialistischen Kräfte, der in Frankfurt an gemeinsame Zielsetzungen aus den Jahren 1917/18 anknüpfen konnte, spielte er eine entscheidende Rolle. Als gläubiger Katholik und sozialpolitisch engagierter Unternehmer war er wie kein anderer geeignet, eine Brückenfunktion zwischen politischem Katholizismus und Sozialismus, Bürgertum und Arbeiterschaft wahrzunehmen. Daß es in der Stadtverordnetenversammlung wenn nicht zu einer festen Koalition, so doch zu einer konstruktiven, dauerhaften Zusammenarbeit zwischen SPD, DDP und Zentrum kam, war nicht zuletzt auf seine diesbezügliche Bemühungen zurückzuführen. Die Grundlage bildete das Bekenntnis aller drei Parteien zur Weimarer Republik.

Dessauers Tätigkeit im Stadtparlament konzentrierte sich in erster Linie auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unter seiner Führung entwickelte die Zentrumsfraktion bemerkenswerte sozialpolitische Aktivitäten. In ihrer Wirtschaftspolitik ließ sie sich von der Überzeugung leiten, daß privatwirtschaftliche Formen der Gütererzeugung auf der Grundlage des freien Wettbewerbs am ehesten geeignet wären, die Lebensbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Sie suchte daher vor allem die Unabhängigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten und gegen die Konkurrenz durch städtische Betriebe zu schützen.

Damit war freilich nicht gesagt, daß man jeglicher Sozialisierung der Wirtschaft ablehnend gegenüberstand. Gerade Dessauer erkannte wiederholt deren Notwendigkeit im Einzelfall an und handelte sich damit den Vorwurf ein, ein Linkspolitiker zu sein. Für ihn bedeutete Sozialisierung freilich mehr als Überführung von Privat- in Gemeineigentum. Nach seiner Ansicht mußte mit ihr darüber hinaus eine »berechtigte Anteilnahme der Allgemeinheit und der Mitarbeiterschaft eines Werkes an der Verwaltung und an den Erträgnissen« verbunden sein. Es schien ihm erstrebenswert, daß der Betriebsdirektor nicht nur von der Besitzerseite eingesetzt, sondern auch vom Vertrauen seiner Angestellten autorisiert würde, und er war überzeugt, daß das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft vom Geiste echter

menschlicher Partnerschaft erfüllt sein könnte. Darum begrüßte er auch die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes im Jahre 1920 als »eine glückliche Tat und einen Gutes verheißenden Anfang«.
Die von Dessauer geprägte Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zentrumsfraktion bewegte sich auf einer mittleren Linie zwischen Kapitalismus und Sozialismus und trug nicht wenig zur Festigung des kooperativen Verhältnisses zwischen den Weimarer Koalitionsparteien bei. Deutlicher indessen als im ökonomischen Bereich zeigte sich der Wille zur Zusammenarbeit in der Personalpolitik. SPD, DDP und Zentrum kamen im Frühjahr 1919 überein, daß bei der Besetzung der nichttechnischen frei werdenden Stadtratsposten den Fraktionen nach dem Maßstab ihrer Wählerzahl ein Vorschlagsrecht zukommen sollte.
Zu den wichtigsten Personalentscheidungen Anfang der zwanziger Jahre zählten die Wahl des Sozialdemokraten Eduard Gräf zum Bürgermeister sowie des Zentrumspolitikers Wilhelm Lutsch zum Stadtrat und schließlich die Berufung Ludwig Landmanns zum Oberbürgermeister. In allen Fällen machte Dessauer seinen Einfluß spürbar geltend. Insbesondere an der Wahl Landmanns zum neuen Stadtoberhaupt im Jahre 1924 war er maßgeblich beteiligt. Obwohl er die Leistungen des amtierenden und erneut kandidierenden Oberbürgermeisters Voigt dankbar anerkannte, votierte er hauptsächlich aus zwei Gründen für Landmann: Zum einen sah er in ihm eine ausgesprochene Führerpersönlichkeit, zum anderen erschienen ihm seine wirtschaftspolitischen Fähigkeiten als die beste Voraussetzung zur Bewältigung der Aufgaben, die Frankfurt in nächster Zukunft gestellt waren.

IV

Während so das Frankfurter Zentrum durch Friedrich Dessauer erhöhte Bedeutung erlangte und in der Gemeindevertretung in vielen Fällen das Zünglein an der Waage bildete, geriet sein Presseorgan, die »Frankfurter Volkszeitung«, die 1871 als »Frankfurter Volksblatt« gegründet worden war und seitdem einen beträchtlichen Beitrag zur Aufwärtsentwicklung des Frankfurter politischen Katholizismus geleistet hatte, wie viele andere Blätter mit zunehmender Inflation in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, die wiederum nur durch das tatkräftige Eingreifen Dessauers überwunden werden konnten.
Im Rahmen der Rettungsversuche war man nämlich von seiten des Aufsichtsrates der »Carolus-Druckerei vormals Anton Heil GmbH«, in der die »Frankfurter Volkszeitung« verlegt wurde, an diesen herangetreten mit der Bitte, Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Auch jetzt erklärte er sich zur Mitarbeit bereit, machte sie jedoch von

einer gründlichen Reorganisation des Betriebes abhängig. In der Gesellschafterversammlung am 8. November 1922 trug er seine Überlegungen zur Herbeiführung der Rentabilität des Unternehmens als Voraussetzung jeder Sanierung vor. Er fand für seine Pläne die Zustimmung der Mehrheit, und die Versammlung beschloß eine Kapitalerhöhung auf 2,5 Millionen Mark. Dessauer selbst zeichnete 800000 Mark. Ein Vierteljahr später, in der Generalversammlung am 12. Februar 1923, wurde er in den Aufsichtsrat gewählt, dessen Vorsitz er übernahm.

Nach einer weiteren Kapitalerhöhung am 8. August 1923 besaß er knapp 75% des Gesellschaftskapitals von insgesamt 10 Millionen Mark. Im Januar 1924 trat er die Hälfte seiner Carolus-Anteile an den Volksverein für das katholische Deutschland ab, um dafür Aktien einer Kölner Firma zu übernehmen. Während durch Dessauers Eingreifen die »Frankfurter Volkszeitung« gerettet wurde, mußte die »Offenbacher Volkszeitung« zum 1. September 1923 ihr Erscheinen einstellen. Obwohl die Krise in der Carolus-Druckerei noch keineswegs behoben war, entschloß man sich dort, das Verlagsrecht der »Offenbacher Volkszeitung« zu übernehmen. Die Vereinigung der »Frankfurter« und »Offenbacher Volkszeitung« bot Anlaß zu einer Namensänderung. Der neue Name »Rhein-Mainische Volkszeitung« (Frankfurter Volkszeitung – Offenbacher Volkszeitung) sollte der Absicht Ausdruck verleihen, von Frankfurt aus ein großes, für das Rhein-Main-Gebiet führendes Zentrumsorgan zu schaffen. Mit dem erstmaligen Erscheinen der »Rhein-Mainischen Volkszeitung« (RMV) am 1. Oktober 1923 wurde auch nach außen hin die Umorganisation sichtbar.

Den Abschluß der Sanierungsmaßnahmen bildete die Berufung einer neuen Geschäftsleitung und einer neuen Redaktion. Zum 1. Geschäftsführer bestellte Dessauer den 26jährigen Dr. Josef Knecht, zum Chefredakteur den 24jährigen Dr. Heinrich Scharp. Redaktionsmitglieder waren ferner der 29jährige Dr. Werner Thormann und – seit Frühjahr 1924 – der 23jährige Walter Dirks. Sie alle gehörten somit der jungen Generation an, für die die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges »ein ›unauslöschliches Siegel‹ für die spätere politische Wirksamkeit« (R. Morsey) bildeten. In ihrem verantwortungsbewußten Journalismus, der bald im ganzen Deutschen Reich Beachtung fand, ließen sie sich von der Notwendigkeit einer Verständigung in Europa, aber auch einer Demokratisierung des politischen Lebens und der Lösung der sozialen Frage leiten.

Mit ihren gemeinsamen Grundauffassungen entsprachen die Redakteure im ganzen der politischen Konzeption, die Dessauer in der RMV verwirklichen wollte. Unterschiedliche Meinungen im einzelnen waren damit freilich nicht ausgeschlossen, doch enthielt sich Dessauer

jeglicher Bevormundung gegnüber der Redaktion. Zwischen beiden Seiten bestand ein enges Vertrauensverhältnis, das sich gerade dann bewährte, wenn die RMV, die infolge ihrer engen Kontakte zu den Vertretern einer katholischen Reformbewegung naturgemäß an den progressiven Katholizismus anknüpfte, den Unwillen der bischöflichen Behörde erregt hatte. In solchen Fällen pflegte sich Dessauer schützend vor die Redakteure zu stellen. Er verpflichtete die RMV weder auf seine persönliche Politik noch auf die offizielle Parteilinie, sondern auf die Ideale des Zentrums, wie er sie verstand.

V

Für die Frankfurter Zentrumspartei stellte das Jahr 1924 insofern einen Einschnitt dar, als Dessauer infolge seiner Wahl in den Reichstag aus der Stadtverordnetenfraktion ausschied und seinen Wirkungsbereich von nun an auf die Reichspolitik verlagerte. Mit seiner Bereitschaft, ein Reichstagsmandat anzunehmen, entsprach er dem Wunsch der Zentrumsjugend ebenso wie dem Drängen der führenden Zentrumspolitiker Fehrenbach, Marx und Wirth. In den mehr als acht Jahren seiner Reichstagstätigkeit hat Dessauer seine Fähigkeit zu undogmatischem, an der sachlichen Notwendigkeit orientiertem Denken in vielen Fällen unter Beweis gestellt. Nicht selten stand er im Gegensatz zur Mehrheit seiner Fraktionskollegen, ohne indessen das Gebot der Loyalität gegenüber seiner Partei zu verletzen. Am deutlichsten spiegelt sich sein Nonkonformismus in seinem Verhältnis zu Joseph Wirth sowie in seiner Stellungnahme zur Frage der Fürstenabfindung und zum Panzerkreuzer A.

Dessauer wurde Mitglied des Reichstages zu dem Zeitpunkt, als sich die Zentrumsfraktion zu einer Koalition mit den Deutschnationalen durchrang und damit offenbar nach den Jahren der politischen Zusammenarbeit mit den Weimarer Koalitionsparteien einen innenpolitischen Kurswechsel vornahm. Die folgenden innerparteilichen Auseinandersetzungen um das Selbstverständnis des Zentrums in der parlamentarischen Demokratie erreichten ihren Höhepunkt mit Wirths spektakulärem Austritt aus der Zentrumsfraktion und führten die Partei an den Rand der Spaltung.

In dem parteiinternen Streit wurde Wirth von Dessauer uneingeschränkt unterstützt. Die politische Übereinstimmung beider datierte aus der Zeit, da Wirth, wie Dessauer ein entschiedener Republikaner und Verfechter des sozialen Volksstaates, als Kanzler einer Mittelinks-Regierung 1921/22 eine Verbesserung des Verhältnisses zu den Siegermächten angestrebt hatte und dafür von der Rechten als Erfüllungspolitiker diffamiert worden war. Für Dessauer verband sich mit

der Person Wirths die »Hoffnung auf den Sieg des politischen Verstandes« über die Emotionen der vergangenen Jahre. Aus der Gemeinsamkeit der politischen Vorstellungen entwickelte sich im Laufe der Zeit ein gutes persönliches Verhältnis. Beide galten zusammen mit dem westdeutschen Arbeiterführer Joseph Joos als die Exponenten des linken Flügels der Partei. Wirth benutzte häufig die RMV als Sprachrohr für seine politischen Ideen, Dessauer wiederum verteidigte publizistisch und in den Parteigremien jetzt und später die Politik des Exkanzlers, auch und gerade dann, wenn sie bei der Mehrheit der Parteimitglieder auf erhebliche Kritik stieß.

Kaum hatte sich die innerparteiliche Lage etwas entspannt, als das Zentrum durch die Auseinandersetzungen um die Fürstenabfindung im Frühjahr 1926 erneut in eine schwere Krise geriet. Dessauer war für eine Enteignung, um anschließend mit Hilfe der Rechten auf gesetzlichem Wege den Fürsten eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Mit seiner Auffassung drang er im Reichsparteivorstand jedoch nicht durch. Da er dessen Beschluß gegen eine Zustimmung zur Enteignung im Interesse einer funktionierenden innerparteilichen Demokratie für alle Parteimitglieder als moralisch bindend ansah, folgte er der Parteiparole und stimmte mit Nein. Dennoch sah er sich in manchen Zentrumsblättern heftiger Kritik ausgesetzt. In der deutschnationalen Presse wurde gar eine regelrechte Hetze gegen ihn betrieben. Die weitere Entwicklung bestätigte freilich seine Befürchtungen. Als die SPD-Fraktion am Vorabend der dritten Lesung beschloß, die Regierungsvorlage abzulehnen, waren alle Bemühungen um eine gerechte Lösung gescheitert.

Wie in der Frage der Fürstenabfindung vertrat Dessauer auch in der Diskussion um den Panzerkreuzer A einen von der überwiegenden Mehrheit der Fraktion abweichenden Standpunkt. Den Bau dieses Schiffes hielt er unter militärischen Aspekten für sinnlos und aus politischer Sicht für unvereinbar mit den Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den europäischen Nationen. Bei den Etatberatungen im Frühjahr 1928 sprach er sich deshalb gegen die Bewilligung finanzieller Mittel für das Projekt aus. Mit 26 gegen 5 Stimmen billigte die Fraktion jedoch den Bau des Schiffes. Als die SPD im November 1928 im Reichstag die Einstellung des Panzerkreuzerbaues forderte, war er einer der beiden Zentrumsabgeordneten, die für den sozialdemokratischen Antrag stimmten.

Der für das Zentrum negative Wahlausgang 1928 bestätigte Dessauer in seiner Auffassung, daß ökonomische Gesichtspunkte bei der Entscheidung der Wähler in wachsendem Maße eine Rolle spielten und die Erarbeitung eines Wirtschaftsprogramms deshalb für die Zentrumspartei eine unabweisbare Notwendigkeit sei. Hauptsächlich auf sein Drängen hin und unter seiner Federführung wurden im Laufe der

Jahre 1928/29 die »Wirtschaftspolitischen Leitsätze« konzipiert, denen seine Vorstellungen eines kooperativen, von den Gedanken des christlichen Solidarismus stark beeinflußten Wirtschaftssystems zugrunde lagen.
In der jetzt hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise ließ sich Dessauers Wirtschaftskonzept allerdings kaum mehr verwirklichen. Es blieb somit auch die Frage offen, inwieweit sich der Kooperationsgedanke unter günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen in der Praxis bewährt hätte. Manchem Zeitgenossen erschien sein Wirtschaftsmodell allzu idealistisch, und auch innerhalb des RMV-Kreises fand es keine ungeteilte Zustimmung.

VI

Angesichts der Führungsschwäche, welche die sozialdemokratisch geführte Große Koalition hatte erkennen lassen, erschien die rasche Bildung der Regierung Brüning Ende März 1930 der Frankfurter Zentrumsführung als ein hoffnungsvolles Zeichen für einen veränderten, durch entschlossenes Handeln gekennzeichneten Regierungsstil. Trotz mancher Bedenken zeigte man sich mit den ersten gesetzgeberischen Maßnahmen im ganzen einverstanden. Dessauer, der an den Agrargesetzen intensiv mitgearbeitet hatte, war sich der Schwächen des Finanz- und Agrarprogramms, die er vor allem in zahlreichen Steuererhöhungen erblickte, durchaus bewußt. Sie erschienen ihm jedoch sekundär im Vergleich zu der Notwendigkeit, mit Hilfe der Rechten eine parlamentarische Regierungsmehrheit zustande zu bringen. Die Zustimmung der Deutschnationalen interpretierte er als eine Absage an die intransigente Haltung Hugenbergs. Sie bestärkte ihn in seiner Überzeugung, daß die Spaltung der DNVP unaufhaltsam sei.
Als die Deutschnationalen im Juli 1930 die Deckungsvorschläge der Regierung ablehnten und Brüning nach der Reichstagswahl vom 14. September zur Durchführung seines Sanierungsprogramms den Notverordnungsweg beschritt, hat man im Frankfurter Zentrum die Politik der Reichsregierung sowohl hinsichtlich ihres Inhalts als auch der Art ihrer Durchführung nachdrücklich unterstützt. Ihren deutlichsten und zugleich konkretesten Ausdruck fand die Übereinstimmung in der Mitwirkung Friedrich Dessauers, der auf Grund seiner wirtschaftspolitischen Sachkenntnis ein enger Mitarbeiter und Berater Brünings wurde. In der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage sowie in den Vorstellungen über die zu treffenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen gab es zwischen dem Reichskanzler und seinem Berater keine nennenswerten Diskrepanzen, wie schon die Tatsache beweist, daß

Dessauer die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in der Öffentlichkeit ohne erkennbare Einschränkung vertreten hat.
Dessauer war sich freilich bewußt, daß bei dem weltweiten Charakter der Wirtschaftskrise eine Lösung der Probleme allein auf nationaler Ebene nicht möglich war. Nicht weniger Bedeutung erkannte er deshalb offiziösen Sondierungen der Reichsregierung in Paris im Frühjahr 1932 zu, die sich mit der endgültigen Regelung der Reparationsfrage befaßten und deutscherseits in der Hoffnung geführt wurden, daß nach Ablauf des Hoover-Moratoriums die Zahlungen nicht mehr aufgenommen zu werden brauchten.
Die Gespräche kamen von Frankfurt aus in Gang und wurden von Dessauer maßgeblich mitbestimmt. An ihnen nahm in der Anfangsphase auf französischer Seite der Briand nahestehende sozialistische Abgeordnete César Chabrun, in einem späteren Stadium Edouard Herriot teil. Sie führten zu einer genauen Vereinbarung, die sich in der Hauptsache – wenn nicht ausschließlich – auf die Reparationen bezog und einen bestimmten Modus festlegte, nach dem man sich zu dieser Frage äußern wollte: Die Franzosen gestanden Deutschland die Forderung nach Beendigung der Reparationszahlungen zu, wogegen die deutsche Seite aus moralischen Gründen wenigstens die Reparationspflicht anerkannte. Der ausgesprochene Kompromißcharakter der Absprache, die sogleich im französischen Wahlkampf realisiert wurde – im Mai 1932 konstatierte Dessauer gegenüber Brüning, daß Herriots Äußerung »sogar in den Redewendungen« seinem Gespräch mit diesem entsprochen habe –, eröffnete am ehesten die Möglichkeit, in nächster Zeit die von der Reichsregierung angestrebte Streichung der Reparationen zu erreichen.

VII

Die Auseinandersetzung des Zentrums mit dem Nationalsozialismus läßt sich in der Mainmetropole, wenn auch nur sporadisch, bis in die frühen zwanziger Jahre zurückverfolgen. War es zunächst hauptsächlich die Unvereinbarkeit des nationalsozialistischen Gedankengutes mit der Lehre der katholischen Kirche, welche die Gegnerschaft begründete, so kamen bald außen- und wirtschaftspolitische Aspekte hinzu. Auf die kürzeste und zugleich einprägsamste Formel hat Dessauer die Deutschland von einer nationalsozialistischen Herrschaft drohenden Gefahren gebracht, wenn er die Machtübernahme durch Hitler mit »finis Germaniae« gleichsetzte.
Schon im Wahlkampf 1930 sah sich Dessauer als Spitzenkandidat des Wahlkreises Hessen-Nassau einer gehässigen antisemitischen Hetzkampagne ausgesetzt. In den nächsten Jahren war er verstärkt Ziel-

scheibe haltloser Verdächtigungen. Gerichtliche Schritte blieben erfolglos, so daß er im Juli 1932 gegenüber einem seiner engsten Mitarbeiter resignierend feststellen mußte: »Man gewinnt den Eindruck, daß man in Deutschland, wenn man zu einer Verfassungspartei gehört, praktisch so ziemlich rechtlos ist.« Die Vorfälle ließen bereits erkennen, womit er im Falle einer Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu rechnen hatte.

Trotz solcher Anfeindungen und trotz seiner Abneigung gegen eine Hineinnahme der Hitlerpartei in die Regierungsverantwortung bejahte Dessauer die Verhandlungen des Zentrums mit der NSDAP im Sommer 1932, an denen er in einem späteren Stadium, als es um wirtschaftliche Fragen ging, beteiligt war. Wie die meisten Zentrumsführer hielt er die Sondierungsgespräche für eine staatspolitische Notwendigkeit, einen letzten Versuch, die nationalsozialistische Flut einzudämmen.

Bei der kompromißlosen Ablehnung, die das Frankfurter Zentrum und speziell der Kreis um die RMV dem Nationalsozialismus gegenüber bekundete, war es nicht verwunderlich, daß die nationalsozialistischen Machthaber das Erscheinen der RMV vom 5. bis 8. März 1933 verboten. Dennoch blieb der RMV-Kreis bei seiner oppositionellen Haltung, hat er bis zum Untergang des politischen Katholizismus seine Grundsätze nicht verleugnet. Andererseits dachte er realistisch genug, um sich vor einer falschen Einschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse zu bewahren. Aus der Einsicht, daß die Regierung an der Durchsetzung ihrer Absichten nicht gehindert werden konnte, resultierte die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz.

In der Reichstagsfraktion gehörte Dessauer zu einer kleinen Gruppe von etwa 12 bis 14 Abgeordneten, die in einer Probeabstimmung gegen die Annahme des Ermächtigungsgesetzes votierten. Erst als Kaas auf ein »entpersönlichtes« Votum bei der Plenarabstimmung drängte und die Fraktion beschloß, der Mehrheit zu folgen und geschlossen für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, gab Dessauer seinen Widerstand auf.

Ausschlaggebend war auch für ihn die Einsicht, daß es bereits zu spät sei, um mit einem Nein noch etwas bewirken zu können. Unter diesen Umständen sah er in der Ablehnung einen symbolischen Akt, der an sich nicht bedeutungslos, aber letztlich substantiell wertlos war. Darüber hinaus scheinen die Kontakte zu einzelnen Sozialdemokraten seine Entscheidung mitbeeinflußt zu haben. Auch spielte eine vermeintliche Loyalität gegenüber Wünschen deutscher Bischöfe eine Rolle. Schließlich schuf die Zustimmung, wie er glaubte, die Voraussetzung dafür, daß die Kräfte des Zentrums beim Kampf der Regierung mit den anstehenden Problemen miteingesetzt werden konnten. Seine Überlegung sollte sich jedoch schon bald als falsch erweisen. Sie setzte

eine Bereitschaft zur Kooperation voraus, die auf der Gegenseite nicht vorhanden war, weil sie ihrem totalen Machtanspruch zuwiderlief. Anfang Juli 1933 wurden Dessauer und seine engsten Mitarbeiter außer Thormann, der bereits nach Frankreich emigriert war, verhaftet. Gegen Dessauer, der sich bis Mitte Oktober in »Schutzhaft« und seitdem in Untersuchungshaft befand, und Knecht wurde im Dezember ein Prozeß in Mönchengladbach angestrengt. Obwohl dieser »Kleine Volksvereinsprozeß« am 20. Dezember mit Freispruch wegen erwiesener Unschuld endete, wurde Dessauers Vermögen beschlagnahmt und schließlich eingezogen. Da ihm überdies eine weitere Tätigkeit an der Universität verwehrt wurde und somit seine wirtschaftliche Existenz bedroht war, bedeutete der Ruf nach Istanbul einen Ausweg aus der Not. Zunächst mußten freilich noch durch eine erfolgreiche Intervention bei Göring Ausreiseschwierigkeiten beseitigt werden, ehe Dessauer im Sommer 1934 seine Heimat verlassen konnte. Als Ordinarius für Radiologie und Biophysik baute er an seiner neuen Arbeitsstätte ein Röntgeninstitut mit Poliklinik und Klinik für Krebsbehandlung auf. Da ihn der Umgang mit Strahlen in erneute Lebensgefahr brachte, folgte er im Jahre 1937 einem Ruf nach Freiburg in der Schweiz auf das Ordinariat für Experimentalphysik.

VIII

Mit seiner Emigration stellte Dessauer jegliche politische Tätigkeit ein, hielt jedoch die Verbindungen zu allen ehemaligen politischen Freunden aufrecht. Die deutsche Nachkriegsentwicklung verfolgte er mit regem Interesse. Vorübergehend glaubte er an die Möglichkeit fruchtbarer Verhandlungen mit der Sowjetunion. In dem Maße, in dem er seine Auffassung in diesem Punkt revidierte, änderte sich auch sein Verhältnis zu Adenauer: Aus Skepsis wurde Anerkennung. Die von diesem entscheidend geprägte Politik der Bundesrepublik Deutschland hat er mangels einer realen Alternative im ganzen akzeptiert. Wenngleich Dessauer schon bald nach Kriegsende zu vielen Vorträgen und Gastvorlesungen nach Deutschland eingeladen wurde, erfolgte die eigentliche Rückberufung an seine angestammte Universität doch erst im Jahre 1953. Der damalige Oberbürgermeister Walter Kolb, sein früherer wissenschaftlicher Mitarbeiter Boris Rajewsky und Josef Knecht hatten sich erfolgreich um seine Wiedereinsetzung in die vollen Rechte seines Ordinariats bemüht. Bis 1960 hielt Dessauer regelmäßig Vorlesungen vornehmlich naturphilosophischer Art. In ihnen und in mehreren Büchern brachte er die Ernte seines Lebens ein. Am 16. Februar 1963 schloß er für immer die Augen.

Überblickt man den Lebensweg Friedrich Dessauers, so lassen sich drei entscheidende Motivationen erkennen:
Bei seinem schwerkranken Bruder diagnostizierte er mit seinem selbstgefertigten Röntgenapparat die unheilbare Krankheit. Dieses Erlebnis führte ihm die Bedeutung der Röntgenologie noch deutlicher vor Augen. – Die unmittelbare Berührung mit den Arbeitern im väterlichen Betrieb und in der eigenen Firma zeigte ihm die Notwendigkeit einer Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem Staat. – Als Naturwissenschaftler litt er unter der Überheblichkeit der Geisteswissenschaften; dem gläubigen Katholik war es ein dringendes Anliegen, daß die seit den Tagen Galileis einander fremd gewordenen Welten der Religion, der Naturwissenschaften und der Technik wieder zusammengeführt würden.
Diese Erfahrungen wirkten sich richtungsweisend auf sein ganzes Leben aus. Er verstand sie als eine Herausforderung, die er annahm und die den Ausgangspunkt bemerkenswerter Aktivitäten bildete. Diese erregten niemals Aufsehen in einem vordergründigen Sinne, sie trugen eher die Züge einer stillen Tapferkeit. Gerade deshalb sind sie von bleibendem Wert.

Johannes Albers (1890–1963)

Unter den Gründervätern der zweiten demokratischen Republik im Westen Deutschlands befinden sich einige maßgebende Vertreter der Christlichen Gewerkschaften aus der Zeit vor 1933. Arbeiterführer wie Jakob Kaiser, Karl Arnold und Johannes Albers waren bestrebt, der jungen Bundesrepublik, die von Anfang an in scharfer politischer und ideologischer Konkurrenz zu dem von der kommunistischen SED beherrschten Mitteldeutschland stand, eine krisenfeste Sozialverfassung zu geben. Von entscheidender Bedeutung für ihre Politik war die Tatsache, daß schon 1945 in der damaligen sowjetisch besetzten Zone der kommunistisch gelenkte Freie Gewerkschaftsbund als »Einheitsgewerkschaft« gegründet worden war. Der Verzicht auf die Wiederbegründung der Christlichen Gewerkschaften erschien diesen Männern als das Gebot der Stunde. Sie hatten es wie viele ihrer Kollegen aus den früheren sozialistischen und freien Gewerkschaften bedauert, daß die demokratische Einheitsgewerkschaft in den Jahren der Weimarer Republik nicht mehr zustande gekommen war.

Als sich die Gewerkschaftsführer aller Richtungen in letzter Stunde am 20. April 1933 darüber verständigten, ihre Organisationen zu vereinigen, war ihre gemeinsame Sache bereits verloren. Die Erinnerung an die gemeinsame Niederlage war nach dem Krieg bei allen Gruppen lebendig genug, um den Schritt zur Verständigung zu wagen. Eine besondere Rolle bei diesen Bestrebungen spielten Johannes Albers und Hans Böckler, der spätere DGB-Bundesvorsitzende. Die von ihnen geführten Kölner Verhandlungen erwiesen sich als entscheidend für die Entwicklung in ganz Westdeutschland. Anders als die meisten anderen Mitbegründer der Einheitsgewerkschaft aus dem christlichen Lager, die bald hohe Staatsämter übernahmen, blieb Albers auch in seiner Eigenschaft als Parlamentarier in Düsseldorf und Bonn der Gewerkschaftspolitik treu, die für ihn stets zugleich Kampf für die parteipolitische Neutralität des DGB und für die christliche Arbeiterbewegung war.

I

Johannes Albers wurde am 8. März 1890 in Mönchengladbach als Sohn eines Zimmermanns geboren. Er war das fünfte von sieben Kindern. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Lehre als Schriftsetzer. Über seine Jugend ist wenig bekannt; wir wissen jedoch, daß er sich im Jahre 1908 dem katholischen Gesellenverein und im Jahre darauf den Christlichen Gewerkschaften anschloß. Das christliche Gemeinschaftsleben hat ihn zweifellos nicht weniger nachhaltig geprägt als die Schulung in der katholischen Soziallehre. In der Gewerkschaftsarbeit fand er bald seine eigentliche Aufgabe, nachdem er einige Zeit in seinem erlernten Beruf bei einer Mönchengladbacher Zeitung gearbeitet hatte.

In Abendkursen hatte er schon früh begonnen, sich weiterzubilden. Er gehörte zu dem Kreis von 64 ausgewählten und von ihren kirchlichen Organisationen besonders empfohlenen jungen Arbeitern, die am XII. Volkswirtschaftlichen Kursus des »Volksvereins für das katholische Deutschland« im Sommer 1912 in Mönchengladbach teilnahmen. Der Kursus wurde von dem Priester und Nationalökonomen Dr. Heinrich Brauns, dem späteren Reichsarbeitsminister (1920–1928), geleitet und vermittelte den Teilnehmern solide volkswirtschaftliche und politische Kenntnisse auf der Basis der christlichen Soziallehre. Die Teilnehmer mußten für Unterkunft und Verpflegung selbst aufkommen, erhielten jedoch den Lohnausfall von ihren Organisationen erstattet. Unter ihnen befanden sich auch andere später bekannte Vertreter der Christlichen Gewerkschaftsbewegung und des politischen Katholizismus. An diesem Kursus nahm auch Jakob Kaiser teil, mit dem Albers eine jahrzehntelange persönliche Freundschaft verbinden sollte. Die Gegensätzllichkeit der Charaktere erwies sich als eine wesentliche Voraussetzung ihrer engen Zusammenarbeit. Denn das ruhig-pragmatische Naturell machte Albers zu einem geeigneten Mitarbeiter für den geistig wendigeren, begeisterungsfähigen und machtbewußten Jakob Kaiser. Als Referenten traten bei den seit 1901 regelmäßig durchgeführten Veranstaltungen gewöhnlich Adam Stegerwald, Johann Giesberts, Ludwig Nieder und Otto Müller auf. Im selben Jahr unternahm Albers eine mehrmonatige Wanderfahrt durch die Niederlande, Belgien, Frankreich, das Elsaß und Österreich, um seinen Gesichtskreis auch im geographischen Sinne zu erweitern.

Nach seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg ging der junge Schriftsetzer nach Köln, wo er am 1. Juli 1919 zum Nachfolger Kaisers als Kartellsekretär in die Zentrale der von Adam Stegerwald geführten Christlichen Gewerkschaften berufen wurde. Bei deren Verlegung nach Berlin-Wilmersdorf im Oktober 1921 blieb er jedoch in Köln, dem Sitz des rheinischen Bezirks. Jakob Kaiser war mit Stegerwald

nach Berlin gegangen, kam aber 1924 als Landesgeschäftsführer wieder in das Haus der Christlichen Gewerkschaften am Venloer Wall zurück. Zweifellos war es ihr gemeinsames Verdienst, daß Köln in den Weimarer Jahren ein wichtiges Zentrum der christlich-sozialen Bewegung blieb. Beide ergänzten sich in ihrer politischen Arbeit. Albers neigte im Gegensatz zu Kaiser mehr zu einer auf greifbare Erfolge zielende Politik. Für ihn ist es bezeichnend, daß er sich u. a. auch um die Förderung der den Christlichen Gewerkschaften gehörenden Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften bemühte und um die Kölner Kommunalpolitik kümmerte. Diese Aufgabe glaubte er nicht ignorieren zu dürfen, u. a. weil die Christlichen Gewerkschaften in den städtischen Dienststellen und Betrieben stark vertreten waren. Albers gab selbst die Zahl ihrer Mitglieder mit über 4000 an, was etwa einem Drittel der gesamten Belegschaft entsprach.

Albers vertrat die Zentrumspartei im Stadtrat von 1924 bis 1931, als er zum Direktor des städtischen Versicherungsamtes berufen wurde. Als Ratsmitglied gehörte er dem Sozialpolitischen Ausschuß, dem Hoch- und Tiefbau-Ausschuß, dem Ausschuß für das Wohnungswesen, dem Wohlfahrtsausschuß, der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle und dem Aufsichtsrat der Kölner Messe-Gesellschaft an. Als »Interessenvertreter«, der dem Prinzip des »do ut des« huldigte (Erich Kosthorst), geriet er in personalpolitischen Fragen wiederholt in einen Gegensatz zu Oberbürgermeister Adenauer. Albers warf ihm vor, daß die christlichen Gewerkschaften bei Stellenbesetzungen durch die Behörden gegenüber sozialdemokratischen Bewerbern zurückgesetzt würden. Er klagte darüber, daß Adenauer für seine Gesinnungsfreunde »nur Worte übrig« habe, wie er dem Kölner Parteivorsitzenden Rings am 7. Januar 1922 schrieb. Adenauer ließ die Vorwürfe nicht gelten, ja er äußerte sich kritisch über die Politik der Christlichen Gewerkschaften. »Ich habe«, so schrieb er am 18. Februar 1922 an Albers, »eine so hohe Meinung von den sittlichen Werten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, daß ich es immer als schmerzlich empfunden habe, daß nach meinen Beobachtungen die christlichen Gewerkschaften bei ihrer Agitation unter den städtischen Arbeitern nicht in der Hervorhebung christlicher Grundsätze, sondern in dem Stellen möglichst hoher Lohnforderungen gesucht haben.«

Albers war nicht der Mann, der sich durch solche Vorwürfe abfertigen ließ. Unverdrossen wiederholte er die Klage über die nach seiner Ansicht »einseitige Bevorzugung sozialdemokratischer Gewerkschafter«, wenn es ihm angebracht schien. Im Jahre 1930 bat er Adenauer mehrfach dringend, sich dafür einzusetzen, daß arbeitslose christliche Gewerkschafter bei der Einstellung von Facharbeitern in der Firma Ford angemessen berücksichtigt würden. So blieb die Personal- und Beschäftigungspolitik bis zum Ende seiner Tätigkeit als Stadtverord-

neter eine Quelle des Konflikts mit Adenauer. In anderen Fragen arbeiteten sie dagegen zusammen, vor allem in der Schulpolitik. Albers hatte beispielsweise im Juni 1927 im Namen der Fraktion beantragt, ein städtisches Abendgymnasium einzurichten und verfolgte den Plan, wie er überhaupt für den Ausbau des Schulwesens eintrat, der auch den »begabten Kindern aus Arbeiterkreisen« zugutekäme.
Albers gehörte in der Weimarer Zeit zu den führenden Kommunalpolitikern des Kölner Zentrums. Seit dem 31. Januar 1927 bis zur Auflösung der Partei am 5. Juli 1933 war er einer der vier bzw. fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden. An ihrer Spitze hatte von 1901 bis 1933 Johannes Rings gestanden, der dann von Rudolf Reuter abgelöst wurde. Weiter gesteckte Ziele scheint er nicht verfolgt zu haben, seitdem er im November 1925 von seiner Partei auf den aussichtlosen 23. Platz, den vorletzten, der Kandidatenliste der Rheinprovinz für die preußischen Landtagswahlen gesetzt worden war.

II

Nach der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 mußte sich Albers bald ins Privatleben zurückziehen. Den Unterhalt für sich und seine Frau Margarete, geborene Bohlen, eine frühere Sekretärin Stegerwalds, die aus Kerpen stammte, verdiente er seither als Angestellter der Sozialversicherung. Die Nationalsozialisten hatten ihn zunächst als Versicherungsdirektor abgesetzt und entlassen, ihn aber drei Tage später wieder als Geschäftsführer der städtischen Betriebskrankenkasse eingestellt. Albers wollte während der Hitler-Diktatur nicht in Passivität verharren, um so das »Tausendjährige Reich« möglichst ungeschoren zu überleben. Im Gegenteil, er schloß sich schon nach dem sogenannten »Röhm-Putsch« vom 30. Juni 1934 einer kirchlichen Widerstandsgruppe an, die sich in der westdeutschen Zentrale der Katholischen Arbeiterbewegung in Köln unter der Führung ihres Verbandspräses, Prälat Dr. Otto Müller, bildete.
Im Ketteler-Haus traf sich Albers in den entscheidenden Wochen von März bis Juni 1944 regelmäßig mit anderen Gewerkschaftsführern, u. a. mit Jakob Kaiser, Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß, Heinrich Körner, Bernhard Deutz und Karl Arnold. Die geistige Führung lag bei den geistlichen Mitgliedern der Gruppe, bei Müller und den beiden Dominikanern Laurentius Siemer und Eberhard Welty. Ihr Beitrag zur theologischen Begründung des Widerstandsrechts und zur theoretischen Bewältigung einer künftigen Neuordnung der deutschen Gesellschaft in der politischen Diskussion kann kaum überschätzt werden. Die Priester behandelten in ihren Stellungnahmen überwiegend sozialethische Fragen. Die eigentliche Politik, d. h. unter den

Umständen der Zeit die konspirative Aktivität, überließen sie den Laien, die Laurentius Siemer respektvoll-ironisch die »Arbeitersekretäre« nannte.
Der politische Kopf der Gruppe neben Otto Müller war Jakob Kaiser, dessen Führungsrolle auch von Albers vorbehaltlos anerkannt wurde. Albers wiederum genoß auch in dieser Ausnahmesituation Kaisers Vertrauen in besonderer Weise. Da er sich durch Zuverlässigkeit und Diskretion auszeichnete, war er auch in wichtige Einzelheiten der Verschwörung, beispielsweise über den ungefähren Zeitpunkt des Attentats auf Hitler, eingeweiht. Er war in den Jahren zuvor mehrfach zu verfänglichen »Gesprächen« in das Haus der Geheimen Staatspolizei am Appellhofplatz in Köln geladen worden, ohne dabei durch unbedachte Äußerungen sich selbst oder andere zu gefährden. Unter seinen Freunden galt er als geeignet für schwierige Aufgaben, als ein Mann der Tat, der Bedrängte schützte und ihnen notfalls auch mit Geld aushalf. Josef Hofmann, damals Redakteur der »Kölnischen Volkszeitung«, bezeichnete ihn – nicht ganz zu unrecht – in der Rückschau sogar einmal als den Mittelpunkt des Kölner Widerstandskreises im Ketteler-Haus.
Mit Hofmann besuchte er Anfang Februar 1944 den Aachener Bischof Josef van der Velden, um den Plan einer nichtmarxistischen Arbeiterpartei nach dem Vorbild der britischen Labour-Party für die Zeit nach dem Ende des NS-Regimes zu erörtern. Der Bischof stimmte unter der Bedingung zu, daß die ehemaligen Sozialdemokraten die marxistische Doktrin endgültig aufgäben. Die religiöse Grundlage sollte das Christentum sein, dann könne man auf eine Wiederbelebung des Zentrums verzichten. Dessen Anhängerschaft unter den Katholiken war in den letzten Jahren der Republik längst auf eine Minderheit zusammengeschrumpft, ohne daß es der Partei gelungen war, andere – protestantische – Wählerschichten zu gewinnen. Ihre politische Bedeutung hatte ja in der Vergangenheit nicht zuletzt in ihrer Schlüsselstellung bei wechselnden Koalitionen bestanden, bis diese Funktion in den Präsidialkabinetten von Brüning bis Schleicher sinnlos geworden war. Der im Jahre 1933 offenkundig gewordene innere Zusammenbruch der übrigen nichtsozialistischen Parteien unter dem Ansturm der Hitler-Bewegung verlangte ohnehin eine Neuorientierung aller politischen Gruppen. Die Zeit schien auch reif, die Gewerkschaften endlich politisch und religiös streng neutral zu organisieren. Jedoch stießen Albers und Hofmann damals auf Widerstand gegen solche Überlegungen bei Wilhelm Hamacher, dem früheren Generalsekretär des rheinischen Zentrums, mit dem sie sich Anfang Juni 1944 zu Gesprächen in Hoffnungsthal und Ründeroth im Bergischen Land trafen. Hamacher hielt damals ebenso wie nach 1945 an dem Gedanken einer Neugründung des Zentrums fest.

Nach Stauffenbergs mißlungenem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 geriet Albers mit anderen Widerstandskämpfern in die Mühlen der nationalsozialistischen Rachejustiz, auch wenn ihm anders als den meisten seiner Freunde das Schlimmste erspart blieb. Im Oktober 1944 wurde er verhaftet und zunächst in Rheinbach, später in Berlin gefangengehalten. Noch im April 1945 verurteilte ihn der Volksgerichtshof wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus. Nach seiner Befreiung durch die Rote Armee ging er wieder ins Rheinland zurück.
Die Rückkehr aus Berlin wurde für Albers noch einmal zu einem furchtbaren Erlebnis, das ihm die Katastrophe seines Vaterlandes unwiderruflich einprägte. Noch in Berlin, als er, gerade dem Zuchthaus entronnen, sich auf den Weg nach Westen machte, riß eine Maschinengewehrsalve seinen Freund Heinrich Körner, der ebenfalls inhaftiert gewesen war, von seiner Seite. Die Stadt war noch umkämpft. Nach dem Bericht Josef Hofmanns machte sich der soeben aus dem Gefängnis gerettete Häftling zunächst auf den Weg zum Dominikanerkloster Moabit. Dort hatten sich die Gefangenen im Falle ihrer Befreiung verabredet. Er erreichte sein Ziel jedoch nicht, da er bald von sowjetischen Soldaten aufgegriffen und wieder in Plötzensee eingeliefert wurde. Die Russen ließen ihn jedoch frei, nachdem er energisch gegen die Behandlung protestierend den Sachverhalt aufgeklärt hatte.

III

Es dauerte sechs Wochen, bis Albers sich endlich am 10. Juni 1945 durch das zerstörte Land – zeitweise als »Verwundeter« mit Verbänden, die ihm ein hilfsbereiter Arzt angelegt hatte, verkleidet – nach Köln durchgeschlagen hatte. Über die Elbe war er von einem Fährmann gerudert worden. Das Geld dafür hatte er sich in einem Pfarrhaus geliehen. In Köln wollte er gleich dort anfangen, wo er 1933 aufgehört hatte. Doch zunächst mußte er sich praktischen Aufgaben widmen, um die soziale Not in der Stadt lindern zu helfen. Im Kolping-Haus in der Breiten Straße richtete er wenige Tage nach seiner Heimkehr ein Büro für Hilfsbedürftige ein. Sein Talent, konkrete Probleme durch direkten persönlichen Einsatz zu lösen, verband sich mit einer ursprünglichen Hilfsbereitschaft; etwa wenn es darum ging, den in die Domstadt zurückströmenden Kölnern, deren Häuser und Wohnungen zerstört waren, ein notdürftiges Obdach zu vermitteln. Die alten Erfahrungen aus der Kommunal- und der Sozialpolitik kamen ihm hier zustatten.
Allmählich konnte er sich jedoch wieder den großen Fragen der Zeit zuwenden. Schon 1945 widmete er sich als Beirat beim Oberpräsidium

der Rheinprovinz bald wieder politischen Aufgaben. Die Lösung der Gewerkschaftsfrage, d. h. der in der Weimarer Zeit angestrebten und im Widerstand vorbereiteten Einheitsgewerkschaft, die den Anhängern aller demokratischen Gruppen offenstehen sollte, war jetzt sein vordringliches Ziel, das er gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Hans Böckler verfolgte. Beide waren seit der Widerstandsarbeit befreundet und leiteten nun von Köln aus die Gründung des neuen Deutschen Gewerkschaftsbundes in die Wege. Nach Böcklers Willen sollte Albers an die Spitze des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen treten. Dies scheiterte jedoch unter anderem daran, daß Albers bereits in seiner Partei zu stark beansprucht war. Die Erfahrungen der Weimarer Jahre hatten auch ihn zu der Einsicht geführt, daß nicht nur die Struktur der Gewerkschaften, sondern auch das traditionelle Parteiensystem reformiert werden mußten. Der Plan einer nichtmarxistischen Arbeiterpartei auf christlicher Grundlage, wie er 1944 mit dem Aachener Bischof van der Velden erörtert worden war, schien nun aktuell zu sein. Er ließ sich jedoch nicht realisieren, da er nicht genügend Sympathie auf der sozialdemokratischen Seite fand.

Andererseits konnte sich Albers auch für die ebenfalls in der Widerstandszeit vorbereitete Alternative zu diesem Projekt begeistern: Die politische Union der Christen aus den beiden großen Konfessionen. Dabei mochte er sich nur ungern von dem Gedanken einer deutschen Labour-Party trennen. Er hoffte vielmehr, daß die neue Partei, deren Gründung von achtzehn Mitgliedern des früheren Zentrums am 17. Juni 1945, einen Tag nach der Gründung der CDU in Berlin, im Kölner Kolping-Haus beschlossen worden war, eine ähnliche Funktion im politischen Leben haben werde. »Mein Ziel auf politischem Gebiet«, schrieb Albers an Stegerwald am 15. August 1945, vier Tage vor der offiziellen Gründung der Christlich-Demokratischen Partei, wie sie zunächst noch hieß, »wäre freilich die Partei der Arbeiter und Bauern ... All unser Mühen gilt unserem Volke, das durch eine soziale und gerechte Wirtschafts- und Lebensordnung auch für den Gedanken der Christlichkeit wiedergewonnen wird. Für dieses Ziel gaben unsere Kameraden ihr Leben hin.« Sechs Tage später trat eine Programm-Kommission im Dominikanerkloster Walberberg zusammen, der außer Albers auch Sibylle Hartmann, Karl Eichen, Hans Encke, Fritz Fuchs, Josef Hofmann, Peter Josef Schaeven, Theodor Scharmitzel, Leo Schwering, Peter Schlack, Karl Zimmermann und die Patres Laurentius Siemer und Eberhard Welty als Gastgeber angehörten.

Die Neugründung von Parteien war akut, nachdem die Sowjetische Militäradministration bereits am 10. Juni 1945 Parteien in ihrer Zone zugelassen hatte. Die Westmächte zögerten noch. Es war jedoch abzusehen, daß sie sich bald zu einem entsprechenden Schritt ent-

schließen würden. Vorerst freilich war jedoch die Walberberger Kommission noch illegal, ebenso wie die Versammlung vom 17. Juni, da sie gegen das Versammlungsverbot in der Britischen Zone verstieß. Die Kommission trat zweimal zusammen (23.–25. Juni und 30. Juni – 2. Juli 1945) und legte einen »vorläufigen Entwurf zu einem Programm der Christlichen Demokraten« vor. Diese »Kölner Leitsätze« wurden bis zum Jahresende in 100000 Exemplaren verbreitet.

IV

Am 19. August wurde der Stadtverband Köln, am 2. September der Landesverband Rheinland der CDU im Kölner Kolping-Haus gegründet. Vorsitzender wurde Leo Schwering; neben Konrad Adenauer, Jakob Kaiser, Jakob Deselaers, Änne Franken und Robert Pferdmenges gehörte auch Albers dem Landesvorstand an. Seit November war er Vorsitzender der Kölner CDU. In einer programmatischen Rede am 2. Dezember 1945 bezeichnete Albers die Gleichberechtigung der Arbeiter als vorrangiges Ziel seiner Partei. Das zeugt nicht nur für seine optimistische Einschätzung der künftigen innenpolitischen Entwicklung, sondern auch für das ausgeprägte Sendungsbewußtsein des Gewerkschafters, der die führenden Kräfte des Bürgertums, der Industrie und des Militärs durch ihr Bündnis mit Hitler als politisch erledigt ansah. Die Katastrophe des Reiches erschien ihm auch als politische Niederlage dieser Gruppen. Das arbeitende Volk treffe hingegen keine kollektive Schuld, auch wenn es mit den Schuldigen die Schande mitzutragen habe. »Der mehr als hundertjährige Emanzipationskampf der Arbeiterschaft ist zu Ende gekämpft. Jetzt ist die Zeit gekommen, da auf der Grundlage eines freien und gleichberechtigten Arbeitertums eine neue soziale und politische Ordnung in Deutschland aufgebaut werden muß. In langen Jahrzehnten und unter vielen Opfern hat die Arbeiterschaft für Freiheit, Recht und Mündigkeit gekämpft. Zu keiner Stunde ist sie in ihren führenden Schichten in diesem Kampf müde geworden. Auch als die Nationalsozialisten, die sich in lügenhafter Weise eine Arbeiterpartei nannten, die Sache der Arbeiterschaft an die politische Reaktion verrieten, verzweifelten politisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiter nicht.«
Eine »volksnahe Demokratie«, die sich von der Weimarer Verfassung unterschied, schwebte ihm vor. »Demokratie als politische Lebensform«, als Selbstregierung von unten« war sein Ziel. »Wir wollen eine wahre *Volksdemokratie*. Wir wollen keine Demokratie einiger weniger mächtiger Männer, sondern die Demokratie des einfachen Mannes, die Demokratie der breiten Massen.« Damit meldete Albers auch einen

klaren Führungsanspruch der christlichen Arbeiterschaft innerhalb der Partei an. Es ist nicht verwunderlich, daß er »sozialistische« wirtschaftspolitische Folgerungen erhob, obwohl die Christlichen Demokraten keine Feinde des Eigentums, insbesondere nicht des mittleren und kleineren Eigentums seien. Seine Kritik galt den »monopolartigen Zusammenballungen von Eigentum und Produktionsmitteln«, die in »öffentliche Hand« gehörten. So sollten die Bodenschätze und die Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführt, Banken und Versicherungen öffentlich kontrolliert werden. Bei den vorausgehenden Beratungen hatte Albers sogar die Verstaatlichung der Banken und der Versicherungen gefordert, sich dann aber der Mehrheitsmeinung gebeugt.

Das Bekenntnis zu sozialistischen Ordnungsvorstellungen entsprang keiner vorübergehenden persönlichen Stimmung. »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« war auch die Parole der Reichstagung der christlichen Demokraten in Bad Godesberg vom 14. und 16. Dezember 1945. Albers nahm sie auf und meinte in einer vertraulichen Denkschrift vom 1. Mai 1946, daß die »kommunale, politische, wirtschaftliche und soziale Neuordnung... keine kapitalistische, keine bürgerliche und keine liberale Ordnung mehr sein« könne. »Das regulative Prinzip des wirtschaftlichen Lebens hat nicht mehr der freie Wettbewerb, sondern die Bedarfsdeckung und die rechtliche Gleichstellung der schaffenden Menschen in Betrieb und Berufsvertretung und in der Wirtschaft zu sein.« Albers war kein Doktrinär. »Sozialismus – ? Ja! Kollektivismus – ? Nein!« war sein Grundsatz. Das soziale Ziel, oder besser die Erreichbarkeit dieses Zieles war für ihn entscheidend. Nicht weniger wichtig als eventuelle Sozialisierungsmaßnahmen war ihm die Förderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe, insbesondere im Wohnungsbau. Die freiheitlichen Traditionen des Sozialversicherungswesens sollten nicht angetastet werden.

Zunächst aber widmete er sich überwiegend dem Aufbau der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft (später Arbeitnehmerschaft), die die Traditionen der alten Christlichen Gewerkschaften und der früheren Arbeiterbeiräte des Zentrums in der CDU fortführen sollten. In der nun entstehenden Einheitsgewerkschaft waren die christlichen Arbeitnehmer von vornherein zu großer Zurückhaltung in politischen Grundsatzfragen gezwungen. Deshalb sollten sie sich politisch in der CDU, gewerkschaftlich im DGB organisieren. Das war die Lösung des Gewerkschaftsproblems, die ihm und seinen Freunden vorschwebte. Gerade die von Johannes Albers, Hans Katzer und Josef Mick angeführten Kölner Gewerkschafter übten in den Anfängen einen außerordentlichen starken Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung der Partei aus, insbesondere auf das Ahlener Programm für die britische Zone vom Februar

1947. Seither kam es ihnen darauf an, den Einfluß der Arbeiterschaft in der Partei zu bewahren. Für dieses Ziel kämpfte Albers an der Seite Jakob Kaisers, des Vorsitzenden der CDU in Berlin und der Sowjetzone.
Als dessen Gegenspieler Adenauer am 5. Februar 1946 in Krefeld-Uerdingen zum ersten Vorsitzenden der CDU im Rheinland gewählt wurde, erhielt Albers neben Otto Schmidt (Wuppertal) das Amt des Stellvertreters. Er bildete damit ein gewisses Gegengewicht gegen Adenauer, der »sozialistische Bestrebungen aller Art« in der Partei entschieden bekämpfte. Die Versuche, einen christlichen Sozialismus zu definieren, betrachtete dieser als im Kern verfehlt. Er hatte daher auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die neue Partei einen »bürgerlichen« Charakter annehmen würde. Deshalb versuchte Adenauer zunächst die Gründung der Sozialausschüsse zu verzögern, um die bürgerlichen Wählerschichten nicht abzuschrecken. Albers tat als Mitarbeiter Kaisers alles, um Adenauers Absichten entgegenzutreten. So schickte er am 1. Mai 1946 an seine Gesinnungsfreunde einen »streng vertraulichen« Diskussionsbeitrag zum Thema Christlicher Sozialismus, ohne jedoch auf nennenswertes Echo zu stoßen.
Das Thema Sozialismus war in der CDU bereits umstritten. Da er zu Adenauer, den er gegenüber Kaiser zuweilen vielsagend nur als den »großen Mann« apostrophierte (15. August 1946; 29. März 1956), in einem guten persönlichen Verhältnis stand, konnte er häufig zwischen diesem und Kaiser vermitteln. Dies erwies sich als besonders nützlich, da sich die Gegensätze zwischen Adenauer und Kaiser in der Folgezeit vor allem auf die Deutschlandfrage erstreckten. Albers stand auch hier Kaiser näher als Adenauer. Doch fand er sich als pragmatisch denkender Rheinländer leichter als sein aus Franken stammender Weggenosse mit der faktischen Entwicklung der Deutschlandpolitik ab, die Adenauers Weststaatslösung recht zu geben schien. Albers war an Konrad Adenauers Wahl zum Vorsitzenden der rheinischen CDU am 5. Februar 1946 nicht unbeteiligt, wenn dessen Darstellung zutrifft, die dieser am 13. Januar 1951 anläßlich seines 75. Geburtstages vor dem erweiterten Landesvorstand der rheinischen CDU gab: »An meinem 70. Geburtstag vor 5 Jahren haben mich, als ich ihn beging, damals im Kreise meiner Familie Herr Albers, Herr Rott und Fräulein Teusch beiseitegenommen und haben mich gebeten, meine Arbeitskraft der Partei zur Verfügung zu stellen. Das war der Anfang meiner parteipolitischen Laufbahn; die kurze Rolle, die ich bei der Gründung der CDU gespielt habe, kann man nicht als Beginn rechnen.«

V

Die erste größere Tagung der Sozialausschüsse unter Leitung von Albers fand am 8. und 9. November 1946 in Herne statt. Auf der Reichstagung am 28. bis 30. November des folgenden Jahres schlossen sich dort die Sozialausschüsse auch auf Reichsebene zusammen. Albers wurde zum Geschäftsführer der Organisation bestellt, die ein Jahr später ihren Sitz in das Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter verlegte. Das Haus hatte einst den Christlichen Gewerkschaften gehört, war 1933 beschlagnahmt und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront übergeben worden. Es ist bezeichnend, daß sich Albers als Geschäftsführer der Sozialausschüsse vor allem als Mitarbeiter Kaisers sah. Kaiser hatte sich wegen seiner Weigerung, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten, Ende 1947 nach West-Berlin absetzen müssen und damit seine Schlüsselstellung als CDU-Vorsitzender der sowjetischen Zone verloren. Im Westen suchte er nun eine neue politische Basis. Am 15. Mai 1949, als die Sozialausschüsse ihren Hauptvorstand wählten, schlug Albers Kaiser als Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft vor, um selbst wieder ins zweite Glied der politischen Arbeit zurückzutreten.

Bis zum Jahre 1962 blieb Johannes Albers Vorsitzender der Kölner CDU. In dieser Eigenschaft gehörte er dem am 1. Oktober 1945 von den britischen Militärbehörden berufenen Stadtrat an, bis er am 13. Oktober 1946 in den Rat gewählt wurde. Am 20. April 1947 zog er als Abgeordneter in den Düsseldorfer Landtag ein. Daß er sich nun vor allem um die Parteiarbeit kümmerte, war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die CDU alle Kräfte brauchte, um sich der konkurrierenden Sozialdemokratie zu erwehren, die als traditionelle Arbeiterpartei und führende Kraft des Widerstandes unter ihrem Vorsitzenden Kurt Schumacher nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes einen politischen Vorrang beanspruchte. Am 5. März 1947, wenige Tage nach der Verabschiedung des Ahlener Programms, wurde er in Königstein im Taunus zum Vorsitzenden des Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschusses innerhalb der »Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU« gewählt. Seit 1950 gehörte er zunächst als stellvertretendes, später als ordentliches Mitglied dem CDU-Bundesvorstand an. Als Sozialpolitiker bekannte sich Albers seit Ende 1948 zu einer »sozialgesteuerten Marktwirtschaft«. Die Sozialisierungspläne des Ahlener Programms, die Neuordnung der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts, die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Verwaltung gab er als grundsätzliche Ziele auch nach seiner Wahl in den Bundestag am 14. August 1949 nicht auf. Freilich stellte sich in erster Linie die Frage nach der »Gleichberechtigung« der Arbeitnehmer »in der Repräsentanz der Partei«. Dafür

mußten seine Freunde nach zwei Seiten kämpfen: in der Partei und in den Gewerkschaften. Innerhalb der Partei konkretisierte sich das Problem auf das Verhältnis der Sozialausschüsse und ihrer Vorsitzenden zu Konrad Adenauer, dessen überragender Persönlichkeit sie sich nicht entziehen konnten.
Adenauer spannte zweifellos in gewissem Umfang die Sozialausschüsse für seine Politik ein. Da er das Gemeinwohl stets als oberstes politisches Prinzip anerkannte und zu verwirklichen suchte, waren ihm soziale Zielsetzungen keineswegs fremd. Die Parole »Gleichberechtigung« hielt er jedoch für unangebracht, ja für einen Rest überholten Klassendenkens, das überwunden werden müsse. Er akzeptierte die Sozialausschüsse als das »soziale Gewissen« seiner Partei, dem er auch gewichtige Zugeständnisse machte, etwa bei der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Montanindustrie. Auf der Gegenseite fand man sich in gewissem Umfang mit der reduzierten Rolle ab, die Adenauer dem Gewerkschaftsflügel seiner Partei zugewiesen hatte. Albers vermochte jedoch durch seine persönliche Beziehung nicht selten den Kanzler für Anliegen des Arbeiterflügels zu gewinnen. Die Konkurrenz zwischen Adenauer und Kaiser hat Albers stets bedauert, die Führungsrolle des Kanzlers jedoch anerkannt. Bezeichnend für Albers war seine scherzhafte Bemerkung auf dem Karlsruher Parteitag 1960, daß er schon als Kölner Stadtverordneter unter dem Oberbürgermeister Adenauer »gedient« habe.
Die Voraussetzung für den immer wieder erreichten Konsens zwischen Adenauer und dem Arbeitnehmerflügel lag jedoch im Erfolg der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die die materiellen Grundlagen für eine erfolgreich Sozialpolitik schuf. Zwar stellte sich im politischen Alltag die Alternative »Sozialpolitik oder Mitbestimmung« nicht, da die CDU der Montanmitbestimmung schon 1951 zugestimmt hatte. Doch ist der zunehmende Gewichtsverlust der Sozialausschüsse in der CDU, die nach 1949 immer mehr rechtsliberale und konservative Wähler anzog, nicht zu bestreiten. Dies zeigte sich etwa bei der Verabschiedung des Personalvertretungsgesetz und beim Betriebsverfassungsgesetz (1952). Damals wurden die zu den Sozialausschüssen gehörenden CDU-Abgeordneten zusammen mit der SPD-Fraktion überstimmt. Beim Betriebsverfassungsgesetz hatte sich Albers zusammen mit Kaiser der Stimme enthalten.
Eine Führungsrolle in der CDU konnten die christlichen Gewerkschafter spätestens nach den Bundestagswahlen von 1949 nicht mehr beanspruchen. Da sie im DGB immer mehr in einer Minderheitenposition gedrängt wurden, benötigten sie andererseits bald ihren politischen Rückhalt in der CDU, um die Neutralität der Einheitsgewerkschaft gegen den Druck der sozialistischen Mehrheit im DGB einigermaßen behaupten zu können.

Albers gehörte von 1949 bis 1957 dem Deutschen Bundestag an. Er zählte zwar nicht zu den bedeutendsten und brillantesten Rednern des Parlamentes, blieb aber durch seine sachliche Arbeit als einer der Führer des CDU-Arbeitnehmerflügels nicht ohne Einfluß. Im Plenum ergriff er nur hin und wieder das Wort zu sozialpolitischen Fragen, beispielsweise zum Bundesbaugesetz, zur Entwicklung des Kohlebergbaues, zur Montanunion, zu Schutzmaßnahmen für die Arbeiterschaft in Europa und zur Steuerreform. Seine wichtigste Rede hielt er am 10. Januar 1952 bei den Beratungen über den Schuman-Plan zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Thematisch weit ausholend legte er dem Plenum dar, daß gerade die Arbeiterschaft Westeuropas in allen ihren Organisationen für die »europäische Lösung wirtschaftlicher und politischer Probleme« eintrete, da sie als erste über die nationalen Grenzen hinausgesehen habe. »In ihr ist das Bewußtsein lebendig, daß es einem Volke nicht gut gehen kann, wenn es anderen schlecht geht. Darum wurde durch die internationale *Gewerkschaftsbewegung*, sei es die Freie oder die Christliche Gewerkschaftsinternationale, stets der Gedanke der Solidarität und der Zusammenarbeit der Völker als Voraussetzung für eine bessere gesellschaftliche Ordnung gesehen.« Wenn der Wille der Gewerkschaften bisher in der internationalen Politik ausschlaggebend gewesen wäre, dann hätten nach Albers' Meinung »Völkerverständigung und Frieden schon vor Jahrzehnten in Europa eine Heimstatt gehabt«.

Einwände von sozialdemokratischer Seite, daß die Montanunion nur eine Nachfolgerin der Internationalen Ruhrbehörde sei und die Besatzungspolitik der Alliierten mit anderen Mitteln fortsetzen könne, ließ Albers nicht gelten. Wichtiger waren ihm die zugesagten Schutzbestimmungen für die Arbeiterschaft bei künftigen Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen. Daß die deutschen Mitbestimmungsgesetze durch den Vertrag zunächst noch nicht in den anderen Ländern übernommen wurden, hielt er für eine Frage der Zeit. Unverkennbar war Albers' optimistisches Urteil über die Chancen des Schuman-Planes durch die Faszination der Erhardschen Wirtschaftspolitik bestimmt. Hinter ihr stand die Erwartung, daß sich die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft auch im Großen, im Maßstab der übernationalen Wirtschaftspolitik, bewähren würden. Die CDU erschien ihm als die Partei, die die fruchtbare Synthese von Liberalismus und freiheitlichem Sozialismus herbeizuführen vermochte.

Albers war zeitweise stellvertretender Fraktionsvorsitzender seiner Partei und Vorsitzender des Wohnungsbauausschusses. An der Woh-

nungsbaupolitik war er seit der Weimarer Zeit interessiert. Nach dem Kriege sah er sie wieder als politische Aufgabe an, der er sich um so lieber widmete, als sie ihn vom unfruchtbaren Streit um die Einheitsgewerkschaft ablenkte. In einer Pressekonferenz zum ersten Bundestagswahlkampf hatte er am 15. Juli 1949 den »Wohnungsbau als eine nationale Aufgabe« bezeichnet, die den Bundestag verpflichte, »dafür zu sorgen, daß alle wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte einer Gemeinschaftsleistung und zu geschlossenem Einsatz zusammengefaßt werden«. Die künftige Bundesregierung müsse zu entschiedenen Maßnahmen ermächtigt werden. »Wir wollen aber nicht verkennen, daß Wohnungen nicht durch behördliche Maßnahmen allein und durch eine Flut von Formularen gebaut werden. Wichtiger... ist der kraftvolle Einsatz der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, die auf Grund ihrer reichen Erfahrungen und bisherigen Erfolge besonders nützliche Arbeit wird leisten können.« Die eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiet in der Zeit vor 1933 suchte er als Aufsichtsratsmitglied der Wohnungsbaugenossenschaft 1896 und der Gemeinnützigen AG für Wohnungsbau in Köln fruchtbar zu machen. Auf einer ähnlichen Ebene lag sein Engagement für die Konsumgenossenschaften. Hier wirkte er an der Vereinigung der christlichen Genossenschaft »Eintracht« mit ihrer sozialistischen Konkurrentin »Hoffnung« mit.
Diese Aktivitäten und Bestrebungen charakterisieren den Weg des Nachkriegspolitikers Johannes Albers, der das reiche Erbe der christlichen Arbeiterbewegung unter den veränderten Verhältnissen im engen Rahmen eines staatlichen Provisoriums im westlichen Teil des gespaltenen Reiches wahren wollte. Der Parlamentarier verstand sich überwiegend als Sachwalter dieser Tradition, die er für das neue Gemeinwesen fruchtbar machen wollte. Die alten Christlichen Gewerkschaften waren in der Einheitsgewerkschaft aufgegangen, die christliche Arbeiterbewegung aber sollte nach einem Wort von Jakob Kaiser weiter leben; ja es war nach dessen Überzeugung sogar fraglich, ob christliche Gewerkschaften nicht doch eines Tages wieder »gebraucht« würden. Als es zwischen den Sozialausschüssen und dem DGB im Jahre 1953 wegen der Gewerkschaftsparole »Wählt einen besseren Bundestag!« zu Spannungen kam, riskierte Kaiser die Spaltung nicht, während Albers notfalls den DGB verlassen wollte. »Wenn alle Bemühungen um eine Änderung der Haltung der Gewerkschaften vergebens sein sollten, bleibt für mich nichts anderes übrig, als in einer großen Kundgebung meinen Austritt aus dem DGB zu erklären und der christlichen Arbeitnehmerschaft nahezulegen, dasselbe zu tun« (an Kaiser 5. Februar 1953; ähnlich 29. Dezember 1955). Er trat jedoch in den sogenannten Siebener-Ausschuß ein, der den Dialog mit der DGB-Führung über die Streitfragen führen sollte. Der Kampf um die volle Anerkennung der »christlich-sozialen Kräfte« im DGB wurde

schwieriger, da ihr Gewicht auch innerhalb der Partei weiter abzunehmen schien (an Kaiser 16. Juli 1956). Auch der 1956 von CDU-Gewerkschaftern gegründete »Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands« löste das Problem nicht, da er niemals zu einer echten Konkurrenz für den DGB wurde. Es war auch nicht dadurch zu lösen, daß die christlichen Gewerkschafter jeweils nur die aktuelle, offizielle Politik der CDU gegenüber dem sozialdemokratisch beherrschten DGB vertraten.

VII

1957 kandidierte Albers aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder für den Bundestag, um seine Arbeitskraft auf die übrigen Aufgaben, insbesondere die Führung der Sozialausschüsse – er wurde im Juli 1958 als Nachfolger Kaisers und Arnolds zum Vorsitzenden berufen – und der Kölner Partei konzentrieren zu können. Seine politische Position hatte sich nicht verändert. In einem Interview bezeichnete er sich im Jahre 1959 noch als einen »christlichen Sozialisten« und deutete an, daß sein Anliegen in Zukunft aufs neue aktuell werde. Wenige Monate später beklagte er wieder die unzureichende Repräsentanz seiner Gruppe in der Parteiführung. Deren Vorschläge zur Parteireform würden kaum berücksichtigt, obwohl die bisherigen Wahlerfolge der CDU nur durch den großen Vertrauensbeweis der Arbeitnehmer, insbesondere der Arbeiterschaft, möglich gewesen seien. Dies werde aufs Spiel gesetzt, wenn die Forderungen der Sozialausschüsse nicht erfüllt würden. Diese Forderungen waren nicht populär in einer Zeit, in der Arbeitnehmervertreter gern als »Politiker ohne Abitur« bezeichnet wurden.

Albers genoß weiterhin innerhalb seiner eigenen Organisation unangefochtene Autorität. Am 13. Februar 1960 wurde er als Vorsitzender der Sozialausschüsse einstimmig bei zwei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen bestätigt. Das von der CDU herausgegebene »Deutsche Monatsblatt« meinte zu der Düsseldorfer Tagung, die zu einer Vertrauenskundgebung für Albers geworden war, daß das Ansehen der Sozialausschüsse in der Öffentlichkeit neuerdings »gestiegen« sei. Albers erkärte vor den 250 Delegierten, die Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung sei es vor allem, das »christliche Sozialbild« zu sichern. Mit dem wenige Wochen später stattfindenden Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongreß, den er entsprechend einem Vorschlag Kaisers organisiert hatte, versuchte er der christlich orientierten Sozialbewegung neue Impulse zu geben. Die stärkere Zusammenfassung der christlichen Arbeitnehmerschaft ohne Absage an die Ein-

heitsgewerkschaft galt damals als die »Dritte Lösung« des Gewerkschaftsproblems, obwohl dieser Versuch von der DGB-Führung mit Argwohn beobachtet wurde. Außer den Sozialausschüssen waren auf der Tagung am 26. und 27. März 1960 in Köln die wichtigsten kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen vertreten. In seiner Eröffnungsansprache beschwor Albers die gemeinsamen Grundsätze: »Christlich-Sozial ist nichts, was dem Rausch der Stunde entstammt. Christlich-Sozial ist eine Bewegung, die in ihren Gliederungen einen mehr als 100jährigen Dienst am Menschen, am Volke und für die Gesellschaft aufzuweisen hat; vor allem für die Menschen, die wie es das Kolpingsgrablied ausdrückt, verstoßen und fremd in der Welt sind.« Auch die nationale Frage bezog Albers, der zu den Mitbegründern des »Kuratorium Unteilbares Deutschland« gehört hatte, in sein Programm ein: »Christlich-Sozial ist auch die Gemeinschaft des Opferns – Unsere unabdingbare Forderung nach Wiedervereinigung unseres Volkes schließt die Verpflichtung zum Opfer ... ein.«
Albers bestimmte den Weg der christlich-sozialen Bewegung als »gleich weit entfernt vom Liberalismus und vom Sozialismus«, während ihn vom Kommunismus »Welten« trennten. »Wir wollen die Ordnung des wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen und politischen Lebens nach den ewigen Grundsätzen des Christentums. So gesehen sind wir eine soziale Bewegung, die aus dem Christentum Impulse und Antriebe immer wieder neu erhält.« Unter dem Vorsitz von Albers bildeten die christlich-sozialen Organisationen auf dem Kölner Kongreß einen »Ständigen Ausschuß«, um das gemeinsame Anliegen in der Öffentlichkeit zu vertreten.
Eine neue Chance, den Sozialausschüssen innerhalb der Partei und innerhalb des DGB wieder neuen Einfluß zu verschaffen, sah Albers in der Bildung einer Großen Koalition von CDU und SPD. Dafür schien im Herbst 1962 eine Chance gegeben, als Adenauer sein fünftes Kabinett bildete. Albers und viele seiner Freunde in der Partei glaubten, daß die Zeit für die Trennung der CDU von der FDP, in der die Sozialausschüsse seit jeher ihre Gegenspielerin in den bisherigen Koalitionen der CDU sahen, gekommen sei. Der Parteivorstand beschloß sogar, Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufzunehmen. Der Plan scheiterte schließlich an den Widerständen innerhalb der CDU-Fraktion, da unter einer Großen Koalition u. a. auch das Verhältniswahlrecht zugunsten der Mehrheitswahl geändert werden sollte. Der den Sozialausschüssen angehörende Arbeitsminister Theodor Blank hatte eine Liste derjenigen CDU-Abgeordneten zusammenstellen lassen, die bei einer Reform des Wahlrechts nicht mehr damit rechnen konnten, in den Bundestag gewählt zu werden. Dies führte schließlich zu einem Stimmungsumschwung in der Fraktion.

Albers hielt jedoch die FDP für politisch korrumpiert und meinte, daß seine eigene Partei von deren Einfluß befreit werden müsse. Die Mehrheitswahl sollte klare Mehrheitsverhältnisse im Sinne eines Zwei-Parteien-Systems herbeiführen. Vorerst habe die Union »die Chance vertan, in den harten sachlichen Anforderungen einer großen Koalition zu sich selbst zurückzufinden. Sie wäre hier gezwungen gewesen, sich sachlich und programmatisch neu zu profilieren.« Mit dem Argument, Partei und Bundestagsfraktion hätten sich auseinandergelebt, beschwor er seine Parteifreunde: »Die CDU ist offensichtlich in der Beurteilung des staatspolitisch Notwendigen sehr viel aufgeschlossener und viel weniger mit Vorurteilen und Interessen vorbelastet als ihre Bundestagsfraktion, die zur Hälfte nicht mehr einem Wahlkreis verantwortlich ist.«

VIII

Johannes Albers starb unerwartet am 8. März 1963, seinem 73. Geburtstag. Kurz zuvor war ihm noch das Ehrendiplom der Internationalen Widerstandsbewegung verliehen worden. Die Nachrufe betonten die charakterliche und politische Lauterkeit des christlichen Sozialpolitikers. An seinem Grabe waren die führenden Repräsentanten des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen, unter ihnen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ministerpräsident Franz Meyers, sowie Vertreter der Arbeitnehmerschaft mit dem DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg versammelt. Albers' Stärke war zweifellos die Fähigkeit gewesen, einmal als richtig erkannte politische Grundsätze – für ihn waren es stets Grundsätze politischer Ordnung – in der Öffentlichkeit, im Parlament und in der freien Wirtschaft zu vertreten. Seine Wirksamkeit erstreckte sich bis zuletzt von den Sozialausschüssen über die Wohnungsbaugenossenschaften bis zu den Aufsichtsräten der Rheinischen Stahlwerke in Essen und der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG Hannover, während er in den Gewerkschaften selbst seit 1945 keinerlei Führungsaufgaben innehatte.

Albers repräsentierte die durch die katholische Soziallehre weitgehend mitbestimmte gesellschaftliche Ordnung in Westdeutschland, die, wie die Wahlsiege der CDU nach 1953 bewiesen, von den Zeitgenossen als weitgehend gesund empfunden wurde. Konrad Adenauer sprach über ihn in der Trauerfeier im Kölner Gürzenich in einem Ton leiser Anerkennung und Bewunderung: »Was ihn auszeichnete, war die Treue, die er seinen Idealen und Grundsätzen hielt: er war auch treu gegenüber seinen Freunden, zu denen ich mich, wie ich glaube, rechnen konnte.« Hans Katzer, Albers' Nachfolger an der Spitze der

Sozialausschüsse, bezeichnete ihn als einen der großen alten Männer der deutschen Arbeiterbewegung, die die Arbeiterschaft an den demokratischen Staat herangeführt und diesem zur Stabilität verholfen hätten.

Ernst Michel (1889–1964)

»Warum bin ich katholischer Sozialist? – Schon die öffentlich gestellte Frage im 1929 erschienenen »Roten Blatt der katholischen Sozialisten« vermittelt etwas von der eigenwilligen Spannung einer Persönlichkeit, die zeitlebens keine Ruhe im Ringen um die Wahrheit gefunden hat. Dabei war es nicht eine Unstetigkeit, die Ernst Michel kennzeichnen würde, vielmehr ein vitaler Drang zu konsequenten Ergebnissen seines Denkens, das nie nominalistisch funktionierte, sondern in der eigenen Person, im Gewissen, gründete. Die Antwort auf die oben gestellte Frage verdeutlicht dies: »Ich muß Ihnen gestehen, daß ich von mir aus, von meiner Herkunft, Erziehung und individuellen Veranlagung gar keine Neigung zur sozialistischen Bewegung habe, ... aber mein Eintreten für die sozialistische Bewegung glaube ich gerade meiner persönlichen Gewissensentscheidung als Christ gegen die Widerstände meiner ›natürlichen‹ Neigungen zu verdanken.«
Die Frage nach dem christlichen Selbstverständnis, nach der Lebensverantwortung aus katholischem Glauben hat Ernst Michel bis zu seinem Tod am 28. Februar 1964 nicht losgelassen. Er lebte – von kurzen Unterbrechungen abgesehen – in Frankfurt am Main, und fühlte sich in dieser Großstadt zu Hause, die 1918 neben den Arbeiter- und Soldatenräten auch einen »Bürgerrat« hervorbrachte und die von den Nationalsozialisten als »Sitz jüdischer Presse- und Geldmächte« gemieden wurde.

I

Am 8. April 1889 wurde Ernst Michel in Klein-Welzheim am Main als erstes von vier Kindern, einem Bruder und zwei Schwestern, geboren. Sein Vater war Lehrer, der es zum Schulrektor und Leiter des Lehrerseminars in Bensheim an der Bergstraße brachte. Die Mutter stammte aus Unterfranken, der Vater aus Rheinhessen. Das Milieu im Elternhaus war von einem eher liberalen Katholizismus geprägt, der zwar antipreußisch, aber frei von Verengungen einer Diasporasituation war, wie sie an den Rändern des Deutschen Reiches vorkam. Der Bruder Ernst Michels wurde Pfarrer.

Die Wurzeln im süddeutschen Raum trugen zu einem spezifischen Selbstbewußtsein bei, aus dem heraus Ernst Michel 1932 beispielsweise dem »primitiven Heidentum« der Nationalsozialisten die »katholische Volkssubstanz des deutschen Südens und Westens mit ihrer noch lebenskräftigen kirchlichen, abendländisch-universalen, humanistischen und volksdemokratischen Struktur« entgegenhalten konnte.

Der Zusammenhang zwischen Geographie und Kultur beschäftigte Ernst Michel schon in seinem Studium, das er nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums in Bensheim 1908 in Heidelberg aufnahm und später in München fortsetzte. Bei Alfred Hettner in Heidelberg lieferte er im Sommersemester 1914 eine Dissertation über »Die antropogeographischen Anschauungen Montesquieus« ab. Als Lehrer seiner Studien in den Fächern Geschichte, Geographie, Biologie und Philosophie nennt Michel: Alfred Hettner, Lujo v. Brentano, Gothein, Alfred Weber, Max Weber, Hampe, Oncken, Windelband, Lask, Driesch, Bütschli, Klebs und Joachimsen.

Sein Studium war nicht eng auf ein Fach angelegt, sondern galt der Geisteswissenschaft im universalen Sinne der Philosophie; die Schwerpunkte lagen bei der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und der Kulturgeographie. Während der Vorarbeiten zur Dissertation heiratete Ernst Michel 1912 in Jena und arbeitete als Lektor bei den Verlagen Diederichs/Jena und Teubner/Leipzig. Mit Eugen Diederichs verband ihn eine Freundschaft und reger Gedankenaustausch. Das Verlagsprogramm dieses eigenwilligen Verlegers drehte sich um die Berufung Deutschlands als Keimzelle einer europäischen Kultur im Herzen Europas. Michel nahm teil an diesem Sendungsbewußtsein, wenn er seine Schriften im Eugen Diederichs-Verlag publizierte.

Die wissenschaftliche Karriere wurde zunächst jedoch durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen. Ernst Michel leistete von Sommer 1915 bis Frühjahr 1918 Heeresdienst an der Ost- und Westfront, in den Vogesen und in Galizien. Er wurde Unteroffizier und Offiziersanwärter, verwundet, und mit dem Eisernen Kreuz II und der Hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Eine besondere Prägung durch »Fronterlebnis« und Kriegserfahrungen ist bei Michel allerdings nicht festzustellen. Sofort nach Kriegsende beteiligte er sich an dem engagierten Bemühen reformkatholischer Kreise um eine »Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland« – so der Titel einer Festschrift für Carl Muth aus dem Jahre 1927. Bereits als Unterprimaner hatte Ernst Michel die damals im vierten Jahrgang erscheinende Monatsschrift »Hochland« abonniert, die von Muth herausgegeben wurde und auf die katholische Erneuerungsbewegung entscheidenden Einfluß hatte. Bezeichnend ist in dem Zusammenhang der Titel der ersten Veröffentlichung Michels nach

dem Krieg: »Der Weg zum Mythos – Zur Wiedergeburt der Kunst aus dem Geiste der Religion«. Versuche über Goethe und Hölderlin schlossen sich an.

II

Seinen beruflichen Weg suchte Ernst Michel in der Erwachsenenbildung, zunächst als Leiter der Volkshochschule in Karlsruhe, dann in Überlingen mit einer von dem Sozialisten Gustav Landauer, der bei den Wirren der Münchener Räterepublik ermordet wurde, finanzierten Bildungsinitiative im ländlichen Raum. Deren Ziel war es, den bäuerlichen Berufsstand auf die neuen Aufgaben vorzubereiten, die sich aus der Wandlung vom Agrar- zum Industriestaat ergaben.
Bei seiner Volksbildungsarbeit bewegte sich Michel in einem Kreis idealistischer Pädagogen, die eine »Neue Richtung« in dem locker organisierten »Hohenrodter Bund für Erwachsenenbildung« verfolgten. Die »Neue Richtung« begriff den Zusammenbruch des alten Reiches als Chance zur Überwindung der Klassenspaltung in Deutschland, die sich auch im Bildungsbereich manifestierte. Die Arbeiterschaft sollte sich als aktive Trägerin eines neuen geistigen Lebens bewähren, das den Individualismus und die Unverbindlichkeit der bürgerlichen Wissenschaften durchbrechen und zu einem lebensverbundenen, auf die wirklichen Nöte antwortenden Denken vordringen sollte. Der »gestaltenden Erwachsenenbildung« wurde dabei eine wesentliche Rolle für den Volksaufbau, die »Volk-Bildung« zugesprochen. Von den Formen der wissens- und kulturvermittelnden »Volksbildung, die den Arbeiter in der Form der geistigen Kleinaktie oder nach der Art der sozialen Fürsorge an dem bürgerlichen Bildungsbesitz beteiligte«, distanzierte sich Ernst Michel scharf.
Zur Verwirklichung des anspruchsvollen Bildungskonzeptes bot sich ihm durch die Errichtung der »Akademie der Arbeit« in der Universität Frankfurt im Jahre 1921 die geradezu ideale Berufsmöglichkeit.
Die Stiftungsuniversität Frankfurt konnte nach Kriegsende nicht mehr aus eigener Kraft ihre Finanznot überwinden. Die finanziellen Lasten verlagerten sich immer stärker auf die Stadt. Der Magistrat war gezwungen, über Möglichkeiten des Weiterbestandes der »Bürger-Universität«, wie sie in Frankfurt stolz genannt wurde, zu beraten. Diese Beratungen verbanden sich in der regierenden sozialdemokratischen Ratsfraktion, wie auch in Parteiversammlungen, mit Diskussionen über das Verhältnis von Arbeiter- und Universitätsbildung. Die Universität sah sich dabei dem Vorwurf ausgesetzt, zu wenig für die Volksbildung getan zu haben. Kritik wurde auch an den Sympathiekundgebungen vieler republikfeindlicher Studenten für den Kapp-

Putsch geübt. In dieser Situation brachten Vertreter der Arbeiterschaft den Gedanken einer Arbeiterhochschule mit Hausrecht in der Universität auf – ein Gedanke, der es den Sozialdemokraten erleichterte, finanzielle Hilfe von staatlicher und städtischer Seite zu vertreten. Grundlage eines am 3. März 1921 schließlich zwischen dem preußischen Staat und den Spitzenverbänden der Arbeiterorganisationen geschlossenen Vertrages zur Gründung der Akademie der Arbeit war ein Konzept, das gemeinsam von Staats- und Gewerkschaftsseite erarbeitet wurde. Demnach sollte die neue Institution Arbeiter, Angestellte und Beamte auf Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsaufgaben des jungen demokratischen Staates vorbereiten. Dazu sollte die Akademie eine neue Lehre entwickeln, die den arbeitenden Menschen als Mittelpunkt der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstand.

Diese Aufgabenstellung entsprach exakt dem persönlichen Bekenntnis Ernst Michels zu den Aufgaben einer »Industriepädagogik« in der deutschen Republik, die er im Austausch mit dem Soziologen Eugen Rosenstock entwickelt hatte. Als Gründungsrektor berief dieser ihn sogleich als einen von drei hauptamtlichen Dozenten an die Akademie. Turnusmäßig fiel ihm die Leitung der Akademie zu, deren Erfolg er wesentlich mitbestimmt hat. Im Lehrplan verantwortete er den Bereich Staatslehre und Politik. Zu seinen Themen gehörten die Soziallehren der Kirchen ebenso wie aktuelle politische Seminare über »Faschismus und Bolschewismus« (1931). Nach zehnjähriger Dozententätigkeit an der Akademie der Arbeit wurde Michel auch Honorarprofessor für Soziale Betriebslehre und Sozialpolitik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt. Michel hatte allerdings noch 1931 zu kritisieren, daß Arbeit, Lehrgut und Lehrformen der Akademie nicht genügend in der Universität zur Geltung kämen.

Während des spannungsgeladenen Jahrzehnts der in geistig-kultureller Hinsicht gewiß auch »goldenen zwanziger Jahre« entfaltete Ernst Michel eine reiche Publikationstätigkeit, die ihn als einen Vordenker der religiös, sozial und politisch fortschrittlichen Kreise des Katholizismus in Deutschland ausweist. Als aktuelles Publikationsorgan nutzte er mit Vorliebe die »Rhein-Mainische Volkszeitung« (RMV), die mit einer Reichsausgabe in Frankfurt von Friedrich Dessauer herausgegeben wurde. Das Profil dieses »Sprachrohrs der katholischen Linksrepublikaner« wurde von Ernst Michel mitgeprägt. Die RMV mit Heinrich Scharp als Chefredakteur und den jungen Redakteuren Walter Dirks und Werner Ernst Thormann hat als eine jener Zeitungen und Zeitschriften zu gelten, um die sich Gesinnungsgemeinschaften scharten, die die kirchliche Erneuerungsbewegung trugen. Der Kreis um die RMV hatte in diesem Umfeld insofern eine Ausnahmestellung, als er sich aus dem Glauben heraus dezidiert politisch für die Republik

engagierte. Die meisten anderen, der Jugend- und Liturgischen Bewegung nahestehenden Gruppen, verharrten bei dem Bemühen um eine »Wiederbegegnung von Kirche und Kultur«, und kamen über den Zustand eines politischen Eklektizismus mit antiliberalen und antiparlamentarischen Akzenten nicht hinaus.

Zweifellos gehört es zu den besonderen Leistungen Ernst Michels, diesen Schritt zur »politischen Theologie« konsequent getan und durchreflektiert zu haben. Er tat dies nicht aus der Jugendbewegung heraus, der er skeptisch gegenüber stand, sondern aus dem universitären Bildungsbereich, den er der katholischen Erneuerungsbewegung über die Konfessions- und Landesgrenzen hinaus eröffnete. Der geistige Austausch mit Zeitgenossen, die für die Epoche prägend wirkten, wie Martin Buber, Romano Guardini, Eugen Rosenstock-Huessy, Hendrik de Man, Paul Tillich, Karl Kraus, Goetz Briefs, Albert Schweitzer und Karl Barth wirkte befreiend auf den häufig noch in bürgerlicher Enge verharrenden Katholizismus.

Die gedankliche Arbeit Ernst Michels ging zunächst nach zwei Richtungen, einer theologischen und einer soziologischen, die in unmittelbarem Zusammenhang standen. Die wesentlichen Ergebnisse sind in den beiden Hauptwerken: »Politik aus dem Glauben« (1926) und »Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt», die erst nach 1945 erscheinen konnte, niedergelegt. Es ging Michel um die Fragen der Industriepädagogik im Sinne einer sozialen Gestaltung der industriellen Arbeit und um die Verständigung zwischen Kirche und moderner Welt.

Sein Kirchenverständnis aus der charismatisch-prophetischen Heilsgeschichte stand in Gefahr, »nicht nur den Heiden eine Torheit, sondern vor allem den Christen ein Ärgernis« zu sein. Von kirchenamtlicher Seite beobachtete man Michels Arbeiten mißtrauisch. War doch gerade erst 1918 der Codex Iuris Canonici (CIC), mit seinen 2414 Bestimmungen (Canones) eher ein Dokument der legalistisch-statischen Auffassung von Kirche, in Kraft gesetzt worden. Die Berufung Michels auf Bibel und Einheit des »Corpus Christi mysticum« bei Kritik an der realen Kirche geriet bei der kirchlichen Hierarchie in den Verdacht »modernistischer« Bestrebungen. Gerade das reich entfaltete Kultleben, in zahllosen katholischen Vereinen befestigt, galt vielen Gläubigen – der Kirchenkampf war kaum überwunden – als Garant einer Kirche, die als »Haus voll Glorie, von ewigem Stein erbauet«, als Trutzburg in einer feindlichen Welt verstanden wurde. Die »katholische Atmosphäre«, von der für die Gläubigen Wärme und Sicherheit ausging, sollte nicht durch intellektuelle Kritik gestört werden.

Ernst Michel war sich des schmalen Grades zwischen Erneuerung und Häresie in seiner Theologie schon 1923 bewußt: »Ich gebe zu, es muß auch dem mir wohlwollenden katholischen Leser schwer fallen, die

scharfe Scheidelinie zu sehen, die mich von dem Modernismus trennt. Aber sie ist deutlich da: Im Modernismus dringt der wissenschaftlich-häretische Geist des 19. Jahrhunderts in die Kirche ein; hier aber wird versucht, von der wirkenden Kirche des 20. Jahrhunderts her an der Bereitung des Weges mitzuhelfen, auf dem Kirche und Welt sich wahrhaft begegnen können. Zwei Stellungnahmen zu politischen Ereignissen mögen Michels Anliegen verdeutlichen.

Als Kardinal Faulhaber beim Katholikentag 1922 in München die demokratische Weimarer Staatsform mit der Begründung ablehnte, sie sei durch Revolution entstanden, habe die legitime Regierung gestürzt, trage außerdem nicht den Namen Gottes in der Verfassung – sei also unchristlich –, nannte Ernst Michel dies schlicht: »heidnisch«. »Er hat in seinem Charakter als Kirchenfürst sich gegen eine tatsächliche Wirklichkeit, die gegen Erstorbenes sich durchgesetzt hat, ... um eines abstrakten Prinzips willen sich aufgelehnt ... Er hat somit die romantische Irrlehre von der normativen Geltung einer idealen christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung wieder vorgeholt.« Im gleichen Zusammenhang zitierte Michel den Widerspruch des Arbeiterführers Joseph Joos gegen Faulhaber bei einer Tagung der katholischen Arbeitervereine 1922 in Essen: Es komme nicht darauf an, den Namen Gottes in der Verfassung genannt zu wissen, sondern die Möglichkeit zu haben, sich als Katholik im neuen Staat zu bewähren, was eindeutig gewährleistet sei. »In diesem Falle« schließt Michel, »hat also die Kirche nicht durch den Mund des Kardinals, sondern des Arbeiterführers gesprochen.«

Ein weiteres Beispiel eines Übergriffes der lehr- und hirtenamtlichen Autorität der Kirche in den autonomen politischen Bereich war für Ernst Michel das Veto der Bischöfe anläßlich des Volksentscheids zur Fürstenenteignung (1926). In dem vermögensrechtlichen Konflikt zwischen den Fürstenhäusern und dem demokratischen Staat hatten die Bischöfe eine Beteiligung an dem Enteignungsbegehren als grundsätzlichen Verstoß gegen die naturgegebene Einrichtung des Privateigentums verboten. Die Kirche sei hier, kritisierte Michel, statt als Verkünderin des göttlichen Sittengesetzes als gerichtliche und pädagogische Instanz aufgetreten, die in der Form einer vergesetzlichten Moralpraxis die aktuelle sittliche Betätigung der Katholiken in der sozialen, politischen und geistigen Welt zu regeln beanspruche.

Provozierend mußte es für die apologetisch verharrende Kirche auch sein, wenn Ernst Michel schon vor 1923 Ketteler kritisierte und Marx verteidigte. Dieser habe aus einem starken sozialen Ethos, aus hingegebener Liebe zu dem deklassierten Proletariat, diesem die geistige Nahrung und Hilfe zu einer Zeit gewährt, als alle anderen geistigen Mächten des Abendlandes und die Kirche dem Proletariat gegenüber versagten. Bischof von Ketteler hingegen habe den rechten Augenblick

der Begegnung mit der sozialistischen Arbeiterschaft verpaßt und fast ausschließlich die verengenden Theorien des Sozialismus gesehen und bekämpft – so vorbildlich auch sein persönliches Wirken um die Hebung der sozialen Not gewesen sei.
Ernst Michel selbst lehnte auch den Theorie-Sozialismus ab. Er war jedoch der Überzeugung, daß die sozialistische Arbeiterbewegung sich von der Heilslehre des Marxismus weg zu einer praktisch-politischen Bewegung des Proletariats gegen die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung entwickelt habe. Diese Entwicklung sah er insbesondere in der deutschen Sozialdemokratie als vollzogen an.

III

Als Heinrich Mertens 1929 »Das Rote Blatt der katholischen Sozialisten« gründete, bekannte Ernst Michel mutig: »Ich bin bei Eurer Sache! ... Obwohl ich nicht Mitglied der SPD bin, und vorläufig aus Gründen, die in der Partei zu suchen sind, nicht zu werden gedenke, bin ich doch Sozialist und bezeichne mich als solchen.«
Eine Einmischung der Kirche in diese politische Entscheidung lehnte er kategorisch ab. War es doch ein »essential« seiner Arbeiten zu einem erneuerten Kirchenverständnis, daß es zur Sendung und christlichen Weltverantwortung des Laien in der Kirche gehöre, nach seinem Gewissen und politischen Sachverstand aktuelle politische Entscheidungen zu treffen. Eingriffe der kirchlichen Amtsträger in diese Entscheidungsfreiheit – zumeist mit dem Argument der Glaubenssicherung begründet – seien nichts als der Versuch der Kirche als Institution, eine gewisse indirekte Herrschaft in weltlichen Dingen zu bekommen. Der Geltungsbereich der amtskirchlichen Entscheidungen sei jedoch auf den Schutz des Glaubens und der Sitte beschränkt.
Michel stand mit diesen Gedanken nicht allein im deutschen Katholizismus der zwanziger Jahre. Einerseits trafen sich verschiedene Personen und Gruppen mit den unterschiedlichsten Begründungen in der Ablehnung des Kapitalismus aus dem katholischen Glaubensbekenntnis heraus; andererseits gab es schon seit Windthorst eine Diskussion um die Eigenständigkeit des politischen Katholizismus gegenüber der amtskirchlichen Interessenvertretung. Michel exponierte sich in diesem Geistesspektrum nach anfänglichen Unsicherheiten auf der linken, demokratisch-sozialistischen Seite.
Unsicherheiten manifestierten sich beispielsweise in der Tatsache, daß Ernst Michel 1924 zusammen mit Benedikt Schmittmann, Domdechant Kiefl, Franz Xaver Hoermann, Freiherr C. O. von Soden, Hans Rost u. a. den Gründungsaufruf des »Reichs- und Heimatbundes deutscher Katholiken« unterschrieb, der für ein katholisches, föderali-

stisch-großdeutsches und überparteiliches Reichs- und Staatsideal focht. Auch später bleibt – unbeschadet seines Bekenntnisses zu den katholischen Sozialisten – eine gewisse Unschärfe in seinem staatspolitischen Engagement. Er bevorzugte den Begriff »volksdemokratisch« und wehrte es ausdrücklich ab, ausschließlich die Republik dadurch charakterisieren zu können. Es sei eine »irrige Auffassung, daß Republik und Demokratie ein und dasselbe seien, oder daß Republik und Monarchie sich gegenseitig ausschlössen«. Auch seine antipreußische Betonung des Föderalismus süddeutscher Prägung besaß mit dem Rückgriff auf germanische Stammestraditionen einen dem Weimarer Verfassungsstaat fremden Einschlag.

Die Gesprächspartner Ernst Michels in den Fragen nach Eigenständigkeit des Laien in der Kirche und Stellung zur sozialistischen Bewegung fanden sich in Frankfurt unter seiner Ägide zu einem Kreis zusammen. Eine wichtige Rolle spielte dabei Theodor Steinbüchel, der mit seinem grundlegenden Buch »Der Sozialismus als sittliche Idee« (1921) einen möglicherweise bis heute unterschätzten Einfluß auf viele Katholiken der Reformbewegung hatte. Die Redakteure der RMV, Heinrich Scharp, Walter Dirks und Werner Ernst Thormann gehörten dazu, auch der früh beim Bergsteigen verunglückte Mainzer Pfarrer Karl Neundörfer und der jetzt in den Jugenderinnerungen Heinrich Bölls gewürdigte Robert Grosche aus Köln. Aus dem Frankfurter Universitätsbereich zählten die Professoren Dessauer, Buber, Tillich und der Studentenpfarrer Josef Maria Nielen zu diesem Kreis. Hinzu kamen die Mitarbeiter im Friedensbund der deutschen Katholiken, dessen »Frankfurter Richtung« den ganzen Bund nicht unwesentlich formte, sowie gelegentlich der Exponent des republikanischen Flügels der Zentrumspartei, Reichskanzler a. D. Joseph Wirth.

Weite Beachtung über den Frankfurter Zirkel hinaus fand Michels Buch »Politik aus dem Glauben« (1926), in dem er die Gedanken zum Kirchenverständnis in der modernen Welt und zur eigenständigen Rolle des Laien in der Kirche zusammenfaßte. Die kirchliche Hierarchie wertete diese Gedanken als »gefährlich« und setzte die Schrift – allerdings erst 1929, wohl auch als Reflex auf Michels Bekenntnis zum Sozialismus; vielleicht aber auch nur aufgrund der Langsamkeit kirchlicher Bürokratie – auf den Index der verbotenen Bücher. Dem üblichen Kurienverfahren entsprechend, geschah dies ohne Begründung. Karl Thieme dürfte jedoch mit seiner Einschätzung im »Roten Blatt« recht haben, daß Michels These von der Unzuständigkeit der Kirche im politischen Bereich dafür maßgebend war.

In ausführlichen Gutachten hatte sich das Bischöfliche Ordinariat in Limburg, gemeinsam mit den Bischöfen von Mainz und Fulda, schon seit 1925 immer wieder mit Artikeln Ernst Michels in der RMV befaßt. Dabei wurde die »Mentalität der modernistischen Irrlehre« konsta-

tiert. Ernst Michel zeigte sich in einem Schreiben vom Januar 1926 an seinen Limburger Bischof »aus christlicher Klugheit« insofern entgegenkommend, als er in der Tagespresse nicht mehr Themen zu behandeln versprach, »die unmittelbar die Erörterung religiöser Fragen bedingen«. Allerdings verwies er ausdrücklich auf seine Verantwortung und öffentliche Wirksamkeit als Dozent erwachsener, berufstätiger Menschen, denen man die Diskussion der monierten Fragen nicht ersparen könne.
Die reformorientierten Katholikenkreise waren von der Indizierung der »Politik aus dem Glauben« konsterniert. Ähnlich wie zwei Jahre zuvor von der Verurteilung des Priesters und Kirchenhistorikers Joseph Wittig, der häufig in den von Michel herausgegebenen Sammelwerken veröffentlichte und ebenfalls einen starken Einfluß auf die katholischen Reformkreise dieser Jahre hatte. Anders als Wittig zeigte sich Michel von der kirchlichen Verurteilung nicht persönlich verletzt. Er berief sich selbstbewußt auf die prophetisch-charismatische Tradition der Kirche und seine, der Wahrheit verpflichtete Form des Glaubensbekenntnisses in einer nicht-christlichen Welt.

IV

Die soziologische Denkrichtung Ernst Michels setzte bei dem Zusammenbruch der »Volksordnung« durch die revolutionierenden gesellschaftlichen Umschichtungen des 19. Jahrhunderts und durch die Zerstörung der Staats- und Gesellschaftsordnung im Ersten Weltkrieg an. Dadurch sei die Aufgabe einer neuen »Volkwerdung« und »Volksordnung« gestellt. Das könne nicht nach alten Vorbildern »organisch« geschehen, sondern – da diese Gesellschaft erstmals ihren Schwerpunkt in der arbeitsteiligen, technisch-industriellen Produktion habe – durch eine Ordnung, die aus dem Produktionsprozeß selber entspringe. Der Zusammenbruch habe dem deutschen Volk zugleich die Sendung verliehen, als erstes Gliedvolk Europas bei der Neuordnung des Völkerlebens voranzugehen, als »Herz einer europäischen Völkerverbindung«.
Michel sah die Reduzierung der öffentlichen Wirklichkeit auf »Staat« und »Gesellschaft« als verhängnisvoll an. Die Politik habe ihren Schwerpunkt vielmehr zwischen Staat und Gesellschaft in der »Volkspolitik« zu suchen. Aus dem Stadium bloßer Interessen- und Klassenkämpfe müsse die Gesellschaft in das Stadium werdender Volksordnung hinübergerissen werden. Konkrete Ansätze zu der Verwirklichung dieses sehr allgemeinen Postulats sah er in der – kurzlebigen – Bildung der »Zentralarbeitsgemeinschaft« zwischen Unternehmern und Gewerkschaften unmittelbar nach dem Zusammenbruch 1918.

Die Forderung nach betriebspolitischer Kooperation zwischen Unternehmern, Technikern und Arbeitern entwickelte sich in dem Bemühen Ernst Michels und seiner Mitstreiter immer stärker zum Kernpunkt der weitgesteckten volkspolitischen Aufgabe. Michel begründete dies später mit der Verantwortung für die geschichtliche Situation der dreißiger Jahre: nämlich »in der Verantwortung für eine solche kritische Gesamtlage unserer Wirtschaft und Gesellschaft, in der die strukturelle Krise des Kapitalismus und seiner Trägerschicht zusammentraf mit der wirtschaftlichen Untragbarkeit der sozialen Spaltung, des Klassen– und Arbeiterkampfes«.

Ernst Michel war sich der Mißverständlichkeit seines Programms der »Transformierung der Klassengesellschaft in Volk von Zellen und Gruppen her« bewußt. Er hatte sich sowohl gegen den Vorwurf der sozialreformerischen Harmonisierung seitens der Gewerkschaften als auch gegen Vereinnahmungsversuche seitens ständestaatlicher Ideologen zu wehren. Gegenüber faschistischen Korporativismusideen war Michels Position durch die radikale Ablehnung des »totalen Staates« immun. Faschismus war für ihn eben dadurch definiert, daß »ein diktatorisch sich selbst setzender Staat die Gesellschaft in sich hinein zu integrieren sucht«.

Den ständestaatlichen Ideologien, wie sie von Othmar Spann und seiner Wiener Schule vertreten wurden, stand Michels soziologischer Ansatz bei der Analyse der industriellen Arbeitswelt entgegen. Außerdem wurde er nicht müde, vor der romantischen Weltflucht in eine angeblich christliche Universalkultur nach mittelalterlichem Vorbild zu warnen, wie sie im Katholizismus von der im Deutschen Reich weit verbreiteten österreichischen Zeitschrift »Schönere Zukunft« vertreten wurde. Ernst Michel war entschiedener Gegner der für viele Katholiken aus unterschiedlichen Gründen verführerischen Reichsideologie, deren Terminologie später zum Teil von den Nationalsozialisten geschickt vereinnahmt wurde.

Schwieriger war es, dem gewerkschaftlichen Vorwurf sozialreformerischer Harmonisierung zu entgehen. Es war Michel klar, daß sein Konzept einer sozialen Betriebspolitik im volkspolitischen Gesamtrahmen nicht gegen, sondern nur mit den Gewerkschaften mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten war. Er mühte sich deshalb um klare Unterscheidung. Es gehe nicht darum, Gewerkschaften und Arbeitsrecht abzulösen, sondern um die innerbetriebliche Mitbestimmung in der Arbeitsgruppe, Werkstatt oder wo der einzelne Arbeiter gerade Mitverantwortung durch seine Arbeit trage. »Es geht hier um die Ablösung der Diktatur des Unternehmers über den Arbeitsprozeß und die Arbeitskräfte durch Ausbildung einer Gliederung der Machtbereiche innerhalb des Betriebes, unter Erhaltung der technischen Einheit des Produktionsprozesses.« Bezogen auf die Frage der Betriebsleitung

hieß das: »Die Belegschaft hat ein berechtigtes Lebensinteresse daran, auf die Besetzung der Betriebsleitung Einfluß zu gewinnen... Die Betriebseinstellung ist für das Lebensschicksal des Arbeiters von so entscheidender Bedeutung, daß es untragbar ist, die Ausübung einer solchen Betriebsgewalt an die Vermögensrechte statt an eine Erzieher- und Führerstellung zu knüpfen.«
Die gedankliche Vorabeit für die Mitbestimmungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ist unschwer in diesem Ansatz Ernst Michels und seiner Mitstreiter zu erkennen. Expressis verbis hebt er als solche hervor: Eugen Rosenstock, Goetz Briefs, Hyacinthe Dubreuil, den vormaligen Sekretär des sozialistischen Metallarbeiterverbandes in Frankreich, und den belgischen Theoretiker der Sozialistischen Internationale, Hendrik de Man. An der Mitbestimmungsdiskussion in der Nachkriegszeit hat Ernst Michel sich nicht mehr beteiligt. Möglicherweise hatte er noch indirekten Einfluß durch die Neuauflagen seiner »Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt«, die Helmut Schelsky als »umfassendste und beste Darstellung in deutscher Sprache über die mit dem modernen Industriebetrieb zusammenhängenden sozialen Fragen« lobte.

V

Verfall und Auflösung der Weimarer Demokratie und das Anschwellen der nationalsozialistischen Massenbewegung versetzten Ernst Michel wie den politischen Katholizismus insgesamt in einen Zustand relativer Hilflosigkeit. Die Kategorien der so häufig beschworenen »volkhaften Erneuerung« waren zu abstrakt, um in der aktuellen Entscheidungssituation Kampfkraft zu entfesseln. Allerdings standen sie in ihrer Betonung des Subsidiaritätsprinzips der faschistischen und nationalsozialistischen Staatsverherrlichung entgegen. Dies verhalf Michel früher als anderen dazu, die Totalitätsansprüche der neuen Massenideologie zu erkennen und sich dagegen zu wehren. »Es gilt«, schrieb er schon vor der verhängnisvollen Juli-Wahl 1932, »der Zwangsgewalt des Staates ... eine auf freier politischer Einordnung beruhende Gesamtordnung gegenüberzustellen ... Jede Bewegung, die vereinbar ist mit Intoleranz und Terror, bedeutet einen Anschlag auf die europäische Errungenschaft des christlichen wie des säkularisierten christlichen Humanismus.« Es gelte die »Volksfreiheit« zu verteidigen, d. h. das Eigenleben der vielfältigen gesellschaftlichen Bildungen zu wahren.
Nicht alle Katholiken erkannten so klar wie Ernst Michel den »totalen Anspruch« der neuen Bewegung als »politisches Erziehungs- und Gestaltungsprinzip« (1934). Die Kirche verstand sich ja nach thomisti-

scher Lehre als überstaatliche Kraft, die – und das wurde auch von Michel als Argument gegen die romantische Fixierung der Kirche auf mittelalterliche Ordnungsvorstellungen gebraucht – grundsätzlich jeder Staatsform gerecht zu werden vermag. Diese Lehre erklärt viel von dem Relativismus vieler Katholiken, die zwischen ihrer politischen Verantwortung als Bürger und ihrem Glauben als Katholiken nicht zu unterscheiden wußten, gegenüber der Weimarer Republik. Auch für eine eilfertige Anpassung an die neue Bewegung mußte die thomistische Lehre gelegentlich herhalten.
Vergleicht man bei Ernst Michel Ablehnung der NS-Bewegung und Verteidigung der Weimarer Republik, so ist festzustellen, daß letztere deutlich blasser ausfiel. Bei seinen volkspolitischen Ansatz bewahrte er sich immer einen Vorbehalt, was die konkrete Staatsform anging. In der Ablehnung der NS-Bewegung machte ihn die grundsätzliche Betonung der »Volksfreiheit« gegenüber dem Staat jedoch sicher. Im Juni 1932, nach dem Rücktritt der Regierung Brüning, nannte er die Hitler-Bewegung eine »sozialpsychotische Epidemie« und ihre Staatsauffassung »Neuheidentum oder primitives Heidentum«.

VI

Nach der »Machtergreifung«, als auch der Katholizismus insgesamt für kurze Zeit in der einhelligen Ablehnung der NS-Bewegung schwankend wurde, erwarb sich Michel Verdienste, indem er die verhängnisvolle Entwicklung der Kirchenfrage im deutschen Protestantismus und die »bekennenden« Gegenströmungen genau beobachtete und kommentierte. Es sei ein Irrtum, schrieb er im Mai 1934, das als Sache der Protestanten abzutun, während »wir im Schutze des Konkordates und einer starken Weltkirche uns relativ geborgen fühlen dürften«. Die äußere Bedrohung sei für die auf Martyrergräbern gebaute Kirche peripher, es gehe vielmehr um die »innere Bedrohung der Kirche in den Seelen durch die Ansprüche unerhört werbekräftiger ›Mächte, Fürstentümer und Gewalten‹, die der Kirche und dem Glaubensleben zwar ihren umhegten sakralen Bereich zu garantieren willens sind, wenn nur in den Weltbereichen ihr eigener Anspruch auf höchste Souveränität, auf Maß und Richtung der gesamten Lebensgestaltung anerkannt wird«. Wenn dieser Anspruch auch nur praktisch geduldet würde, dann würde die Kirche in den Christen damit auf das Herzstück ihrer Sendung, auf das »omnia instaurare in christo«, verzichten.
Den Niedergang der Zentrumspartei sah Michel eher als notwendiges und befreiendes Ende »eines geschichtlich bedeutsamen Versuchs, unter den Bedingungen des konstitutionellen Staates, insbesondere des

parlamentarischen Parteienstaates, die politische (thomistisch-naturrechtliche) Ethik der katholischen Kirche in politische Gestaltung umzusetzen«. An Pfingsten 1933 hatte Ernst Michel noch die Hoffnung, daß aus der bündischen Jugend aller Schichten eine neue katholisch-politische Front entstehen werde. Der neue politische Katholizismus der bündischen Jugend habe anstelle der früheren naturrechtlichen und moralgesetzlichen viel stärker eine religiösgläubige Grundlegung und Entschlossenheit zur fundamentalen religiösen Verantwortung des Alltags und politischen Lebens.
In der Hoffnung »contra spem« projizierte hier Michel wohl seine im Frankfurter Zirkel diskutierten Ideen zur Eigenständigkeit des politischen Bereichs gegenüber der Amtskirche in eine Bewegung – er meinte vermutlich den Kreis um die bis zu ihrem Verbot sehr erfolgreiche katholische Wochenzeitschrift »Die Junge Front« –, die garnicht mehr die Möglichkeit hatte, an Traditionen des politischen Katholizismus der Weimarer Republik anzuknüpfen.
In seiner eigenen Person bekam Ernst Michel schon bald nach der »Machtergreifung« zu spüren, daß es nicht mehr um geistige Auseinandersetzungen ging. Aufgrund von § 6 des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (April 1933) wurde er in den Ruhestand versetzt und ihm die Lehrbefugnis an der Universität Frankfurt entzogen. Als Katholik und Mitglied des Friedensbundes der deutschen Katholiken war er für die neuen Herren untragbar geworden. Gegen die Schließung der Akademie der Arbeit durch SA und Kriminalpolizei am 28. Februar 1933 wehrte sich Michel in einem Brief an den Kurator der Universität vergeblich: »Ein Verbot von Amtshandlungen ist mir nicht zugegangen, so daß ich die Leitergeschäfte weiterführe, wenn mir auch das Betreten der Amtszimmer polizeilich untersagt ist.«
Es entbehrt nicht der Tragik, die in der RMV noch im April 1933 veröffentlichte Korrespondenz zwischen Martin Buber und Ernst Michel nachzulesen. Buber erläuterte hier seinem Freund – Anlaß war ein mutiger Leitartikel des Frankfurter Stadtpfarrers Alois Eckert gegen den Antisemitismus – mit wissenschaftlicher Akribie die Exegese einiger Textstellen im Alten und Neuen Testament zum Thema Feindesliebe.

VII

Es war die Redaktion der »Frankfurter Zeitung«, die für Ernst Michel wie für die nicht emigrierten Journalisten der RMV eine Auffangstellung bot. Als freier Mitarbeiter hatte Michel Anteil an der beachtlichen Widerstandsleistung dieser liberalen Zeitung – insbesondere ihres

Kulturteils – gegen die Diktatur des totalen Staates. Bis zu ihrem Verbot im August 1943 konnte die »Frankfurter Zeitung« durch die Form, in der sie den Lesern ihren Stoff vorsetzte, trotz der engsten Zensurbestimmungen, ein anspruchsvolles Niveau halten, welches allein schon Distanz zu den Nationalsozialisten schuf.
Ernst Michel erwies sich in dieser Situation als meisterlicher Kenner der Kultur- und Literaturgeschichte. Das Stilmittel des Zitates oder die exakte Geschichtsschreibung ermöglichten ihm noch eine Zeitlang, den Totalitätsanspruch des NS-Staates deutlich zu konterkarieren. Seinen bevorzugten Themen des politischen Katholizismus und der Gesellschaftsanalyse konnte er sich allerdings nicht mehr direkt und unmittelbar widmen. Mit vielen anderen Intellektuellen vollzog Ernst Michel eine Art »innere Emigration« in Themen der Glaubens- und Sittenlehre, die noch eine bescheidene Publikationstätigkeit ermöglichten. Materiell war es eine schwierige Zeit für Michel und seine Familie, die mit einer kleinen Pension auch das Schulgeld für drei Kinder aufzubringen hatte.
Als typisch für den Publikationsstil Ernst Michels in dieser Zeit kann seine Schrift über Adolf Kolping (1938) gelten. Ihr ging ein vorbereitender Aufsatz in der ab 1934 groß aufgemachten Serie der Frankfurter Zeitung »Christliche Gestalten« voraus. Am Beispiel Kolpings gelang es, mit Hilfe ausgiebiger Zitate noch einmal die Bewältigung der »besonderen Zeitrealität« darzustellen, und die Vorbildlichkeit der geistigen Haltung Kolpings »für eine neue Epoche christlicher Weltdurchdringung« zu erschließen.
Nicht ganz in das Bild des klarsichtigen Gegners der totalitären NS-Methoden paßt es, daß Michel noch Aufsätze in der RMV schrieb, als diese längst durch einen »Quisling« unter nationalsozialistischer Kontrolle stand, während die alte Redaktion entlassen und der Herausgeber Dessauer enteignet war. Inhaltlich vergab er sich allerdings nichts, wenn er in der letzten Nummer der »RMV« vom 1. März 1935 »Ein Schlußwort an die, die es angeht« verfaßte. Er wandte sich dagegen, »mitzugehen, um ›dabei‹ zu sein, um ›Schlimmeres zu verhüten‹«. Das gelte besonders für den Typus von Katholiken, der wegen der Rettung kirchenpolitischer Machtpositionen kleingläubig nach dem Beispiel vom Wettlauf des Hasen und Igels immer mit dem Ruf »Ich bin allhie« zur Stelle sei. Ebenso sei eine starre Ressentimenthaltung, weil man sich sowieso aus dem Politischen heraushalte, abzulehnen. Eine kritische Besinnungshaltung stehe nur jenen zu, die den geistigen und politischen Wandlungsprozeß nach dem Weltkrieg an sich erfahren hätten und aus lebendiger religiöser Haltung um seine Bewältigung rängen.
Das zentrale Thema Ernst Michels wurde in den dreißiger Jahren die Ehe. Die Intensität, mit der er sich diesem Problemkreis zuwandte,

beweist, daß die Wende nach innen nicht nur eine notgedrungene Emigration war. Es ging wieder und immer noch um die Begegnung von Kirche und moderner Welt, dem übergreifenden Thema aller Arbeiten Michels.
Vorarbeiten zum Eheverständnis hatte Michel schon vor 1933 geleistet. Die RMV druckte im Januar 1933 einen »Vortrag vor Hörern aller Bekenntnisse« mit dem Titel »Der Kampf um die Ehe«. Schon hier entfaltete Michel seinen anthropologischen Betrachtungsansatz, den er später in seinen Ehebüchern (1936 und 1948) vertiefte. Auszugehen sei von einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der den patriarchalischen Typ der christlichen Ehe erledigt habe. Der Fortfall der wirtschaftlich-ständischen Basis der Ehe sei auch als Chance zu betrachten. Beispielsweise die neue Rolle der Frau als Gefährtin statt Dienerin sei unzweifelhaft eine neuzeitliche Errungenschaft. Aus der höheren Einschätzung des Frauenlebens sei man zu einer positiven Einstellung zur natürlichen Geburtenregelung gehalten. Die geschlechtliche Vereinigung habe nicht nur einen Zeugungszweck, sondern sei immer auch das personale Zeugnis gegenseitiger Liebe.
Für die Zeit einer eher kasuistischen Moraltheologie waren das sehr moderne Anschauungen. Ernst Michel vertiefte den anthropologischen Betrachtungsansatz konsequent. Er ließ sich von 1938 bis 1940 am »Deutschen Institut für psychologische Forschung und Psychotherapie« und an der Charité in Berlin zum »behandelnden Psychologen« ausbilden und eröffnete danach eine Privatpraxis in Frankfurt als Psychotherapeut.

VIII

Seine Veröffentlichungen in der Nachkriegszeit legten den Akzent ganz auf die »Rettung und Erneuerung des personalen Lebens«. Mit den neugewonnenen psychologischen Kategorien und den psychotherapeutischen Erfahrungen nahm er seine alten Anliegen der Vermittlung zwischen Kirche und Welt und der Humanisierung der industriellen Arbeitswelt wieder auf und vertiefte sie. Als 60jähriger heiratete Ernst Michel 1950 zum zweitenmal und bekam noch einen Sohn. Seine erste Frau war 1946 gestorben, ein Sohn als Kompanieführer beim Rußlandfeldzug gefallen.
Seinen beruflichen Werdegang versuchte er dort wieder aufzunehmen, wo er 1933 versperrt wurde: in der Universität Frankfurt. Diese rehabilitierte ihn als Honorarprofessor. Zugleich mußte Ernst Michel jedoch einen für die Rechtsnachfolger des preußischen Staates beschämenden Kampf um Pensionsansprüche führen. Bitter stellte er fest, daß Hochschulprofessoren, Studienräte und Richter, die als Parteimit-

glieder vor der Spruchkammer standen, weithin wieder in Amt und Würde waren und sich der staatlichen Anerkennung ihrer in der Nazizeit verbrachten Dienstjahre erfreuen konnten. Währenddessen bezog Ernst Michel weiterhin die von den Nationalsozialisten als Pension festgesetzten 45 % seines letzten Gehaltes (1934) und mußte sich von nachgeordneten Behörden der hessischen Landesregierung die Frage gefallen lassen, »ob es sich beim Verlust der Stellung (als Dozent an der Akademie der Arbeit) überhaupt um eine gegen ihn gerichtete Verfolgungsmaßnahme handelte...«
Die neue »Akademie der Arbeit« entwickelte sich an Ernst Michel vorbei und bot ihm keine Arbeitsmöglichkeit mehr. So verlegte er sich neben schlecht dotierten Lehraufträgen an der Universität Frankfurt auf private Publikations- und Vortragstätigkeit. »Weise geworden«, überarbeitete er seine Schriften aus der Vorkriegszeit, deren Gedanken sich als erstaunlich aktuell erwiesen. Es besteht kein Zweifel daran, daß Ernst Michel beträchtlichen Anteil an der begrifflichen und gedanklichen Vorbereitung des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) hatte, wie auch seine Betriebssoziologie nicht ohne Einfluß auf die »Humanisierung der Arbeitswelt« blieb.

Wilhelm Elfes (1884–1969)

Wer sich die Mühe macht, die Nachrufe auf Wilhelm Elfes, der am 22. November 1969 in Mönchengladbach im Alter von 85 Jahren starb, zu lesen, wird feststellen, wie widersprüchlich und einseitig das politische Wirken dieses aus der Arbeiterschaft stammenden und in der Weimarer Republik zu hohen Ämtern aufgestiegenen Mannes gewürdigt worden ist. Während die katholische Wochenzeitung »Publik« und das Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« ihn als Widersacher des Bundeskanzlers Adenauer darstellen, erinnerte die von ihm mitbegründete »Westdeutsche Zeitung« außerdem daran, daß er im Dritten Reich Widerstandskämpfer gewesen sei, nach dem Zweiten Weltkrieg dem ersten gewählten Landtag von Nordrhein-Westfalen angehört und es in der Weimarer Zeit zum Mitglied des Preußischen Staatsrates und zum Polizeipräsidenten gebracht habe.
Von seinem politischen Ziel, nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg über eine Neutralisierung Deutschlands die Wiedervereinigung zu erreichen und damit seiner Meinung nach den Weltfrieden auf Dauer zu sichern, sprach die Zeitung, deren Lizenz er 1948 von den britischen Besatzungsbehörden erhalten hatte, nicht. Auch der Nachruf der Stadt Mönchengladbach, wo Elfes von 1945 bis 1948 das Amt des Oberbürgermeisters innegehabt hatte, geht darauf nicht ein. Es heißt nur recht vage: »Die politische Leitlinie seines Wirkens, vor allem im Dienst am Menschen, dokumentiert sich bis in sein hohes Alter und ließ ihn unbeugsam alle Widerstände und Verfolgung ertragen.« Außerdem wird vermerkt, der Verstorbene habe »sein soziales und politisches Engagement ... stets selbstbewußt und temperamentvoll« vertreten.

I

Die Jugend Wilhelm Elfes war überschattet von dem frühen Tod seiner Eltern. Geboren wurde er am 5. Juni 1884 in Krefeld als erstes von sechs Kindern eines Seidenwebers, der zunächst noch am Handwebstuhl gearbeitet hatte und später in die Fabrik gehen mußte, wo er es zum Werkmeister brachte. Als Wilhelm gerade elf Jahre alt war,

starben beide Eltern kurz hintereinander. Mit seinen drei Brüdern kam er in das Krefelder katholische Waisenhaus, wo er von Ordensschwestern »gewiß nicht ohne Liebe und Umsorgung, aber doch in gleichförmiger Armut und beinahe religiös-asketisch streng« erzogen wurde, wie er sich später als reifer Mann erinnerte. Im Jahre 1898 wurde er Lehrling in einer Dorfschmiede.

Als die Eltern noch lebten, hatte er Lehrer werden wollen. Nach Abschluß der Schule wünschte er, ein Kunsthandwerk, etwa das des Goldschmieds, zu erlernen. Die Schwestern machten ihm aber klar, daß es das beste sei, ein solides Handwerk zu erlernen, und so begann er als Schmiedelehrling. Dabei wurde ihm nichts geschenkt. Später hat er die große Einsamkeit während seiner Lehre beklagt. Von 1902 bis 1908 arbeitete er als Schmiede- und Schlossergeselle, teilweise auch als Kunstschlosser und als Installateur, bis er schließlich bei einer Eisenbahnwerkstätte eingestellt wurde. Er schätzte zwar seinen Beruf wegen der großen Entfaltungsmöglichkeiten, litt aber unter dem Proletarierdasein. Denn obgleich er ein Handwerk erlernt hatte, verstand er sich als Arbeiter und beklagte, daß er trotz langer schwerer Arbeit ohne viel technische Hilfe nur einen kargen Lohn verdiente.

Am 1. Mai 1903 wohnte er einer sozialdemokratischen Maifeier in Krefeld bei. Der Redner »zeigte«, nach Elfes eigenen Worten, »ungepflegte Zähne und hielt eine ebenso ungepflegte Rede gegen Religion und Kirche«. Das gefiel dem jungen Elfes nicht. Wenn ihm auch sozialdemokratische Politiker wie Hermann Molkenbuhr, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die er später hörte, imponierten, so konnten sie ihn doch nicht überzeugen. Deshalb trat er 1904 dem katholischen Arbeiterverein und den christlichen Gewerkschaften bei. In dieser Zeit versuchte er, sich intensiv weiterzubilden. Er las Goethe, Eichendorff, Heine und Fritz Reuter. Er beschäftigte sich mit dem sozialistischen Theoretiker Eduard Bernstein und besuchte sozialpolitische und staatsbürgerliche Abendkurse. Jede freie Minute benutzte er für sein Selbststudium. Manchmal konnte er sich wochenlang kein Mittagessen leisten, weil er von dem dafür vorgesehenen Geld Bücher kaufte.

Bald begann er auch selbst zu schreiben. Schließlich kam er zu einem dreimonatigen Schulungskurs des »Volksvereins für das katholische Deutschland« nach Mönchengladbach. Danach begann er sich politisch zu betätigen und trat 1905 in Krefeld der Zentrumspartei bei. Seit 1909 versah er mit einem Monatsgehalt von 75 Mark das Amt des zweiten Arbeitersekretärs des Krefelder katholischen Arbeitervereins. »Die katholischen Arbeitersekretariate«, so schrieb er später im Rückblick, »waren damals Mittelpunkt der christlichen Arbeiterbewegung – nicht nur in kultureller, sondern auch in sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht.«

Hier muß er sich besonders bewährt haben. Denn 1911 wurde er Redakteur der »Westdeutschen Arbeiterzeitung« (WAZ), dem Organ der katholischen Arbeiterbewegung in Mönchengladbach. Ende 1910 war ihm bereits eine Stelle im Saarbrückener Landessekretariat des christlichen Metallarbeiterverbandes angeboten worden. Doch er lehnte ab, weil ihm der zur gleichen Zeit angetragene schlechter besoldete Redakteurposten wegen des größeren Wirkungsbereichs reizvoller erschien. Wer der Entdecker des jungen Elfes war, ist unbekannt. Joseph Joos, beim Eintritt Elfes leitender Redakteur der WAZ, erwähnt zwar in seinen 1950 unter dem Titel »Am Räderwerk der Zeit« erschienenen Erinnerungen den »eigenwilligen und federgewandten Willi Elfes, den wir aus den Krefelder Eisenbahn-Werkstätten herausholten und der sich mit Leib und Seele der ›Westdeutschen‹ verschrieb«, ohne aber näher auf die Umstände der Berufung einzugehen.

Elfes kam wie fast alle Mitarbeiter der »Westdeutschen Arbeiterzeitung« ohne eigentliche journalistische Fachausbildung in die Redaktion. Doch mit der ihm eigenen Energie überwand er bald die Anfangsschwierigkeiten. Die Vorsicht des Verlagsleiters der WAZ, Otto Müller, den jungen Mann erst einmal auf Probe einzustellen, erwies sich bald als überflüssig. Ob Elfes in der Zeit vor 1914 größere Abhandlungen geschrieben hat, steht dahin. Nur wenige Artikel sind ihm eindeutig zuzuordnen. Aber in der WAZ war es damals üblich, nur in Ausnahmefällen mit dem eigenen Namen hervorzutreten.

Da die WAZ in Mönchengladbach erschien, wo auch der Volksverein für das katholische Deutschland seit 1890 seinen Sitz hatte, lernte Elfes hier die führenden Köpfe dieser großen katholischen Laienorganisation kennen wie Franz Brandts, den Vorsitzenden, August Pieper, den Generaldirektor und Heinrich Brauns, später in der Weimarer Zeit Reichsarbeitsminister. Seine Aufgabe als Redakteur sah er darin, den Arbeiter mündig zu machen. Ein Wort Anton Heinens, ebenfalls Mitarbeiter des Volksvereins in Mönchengladbach: »Sie müssen allmählich die Nabelschnur abbinden, durch die der katholische Arbeiter von anderen genährt wird, damit er sich selbständig zu nähren beginnt«, nahm er als Richtschnur seiner Tätigkeit, die ihn sehr befriedigte.

II

Im Jahr 1915 wurde Elfes zum Militär einberufen. Er diente im Infanterieregiment 30 Saarlouis, dem auch der spätere Reichskanzler Brüning angehörte, der sich an seinen Kameraden noch nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerte. Der WAZ-Redakteur erwies sich als ein

völlig unbegabter Soldat. 1917 war gegen ihn wegen Insubordination sogar ein Kriegsgerichtsverfahren anhängig, das aber »mangels militärischer Anlage und Ausbildung des Beschuldigten« eingestellt wurde. Dennoch brachte er es daraufhin noch zum Gefreiten, weil sein Bataillionskommandeur ihn für einen »ordentlichen Mann« hielt. Der Krieg prägte Elfes nachhaltig. Aus einem Monarchisten war ein Pazifist und überzeugter Republikaner geworden. Als Joseph Joos in die Weimarer Nationalversammlung gewählt wurde, konnte er »ihm getrost das Instrument des Kampfes und Verbandes, die WAZ« überlassen, wie er 1927 schrieb. Er hielt Elfes für eine »vortreffliche schriftstellerische Begabung«, die »in steter, unmittelbarer Berührung mit den arbeitenden Massen« gewachsen und durch »das Fronterlebnis im Krieg« gereift sei.

Neben der Leitung der WAZ erhielt Elfes eine Reihe politischer Ämter. Er wurde 1919 Stadtverordneter in Mönchengladbach und Mitglied des rheinischen Provinziallandtages. Seit 1921 gehörte er dem Preußischen Staatsrat an, seit 1922 dem Reichsparteivorstand der Zentrumspartei. Als Kommunalpolitiker nahm er sich besonders der Stadtentwicklungsplanung, Sozial- und Kulturpolitik an. Große Verdienste erwarb er sich, als er 1923/24 als städtischer Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender des Zentrums in Mönchengladbach ein eigenes Stadttheater durchsetzte.

Im Frühjahr 1923 hatte Mönchengladbach einen bis dahin bestehenden Theatervertrag mit Krefeld gekündigt. Die Unzufriedenheit mit der »Bespielung« durch Krefeld war so groß gewesen, daß der Mönchengladbacher Bühnenvolksbund die Stadtverordneten gebeten hatte, »alle Mittel und Wege zu prüfen, daß der Großstadt M. Gladbach auch im kommenden Winter ein Kulturtheater erhalten bleibe«. Im benachbarten Viersen hatte 1922/23 der Dürener Musikdirektor Heinz Bongartz zusammen mit dem Städtischen Orchester aus Mönchengladbach Opern aufgeführt, die in der Presse sehr gelobt wurden. Elfes nahm Kontakt zu Bongartz auf und lud ihn zu einer Sitzung der Theaterkommission ein, wo der Musikdirektor seine Pläne für Mönchengladbach darlegte.

Bongartz wurde daraufhin Mitte 1923 auf eigene Rechnung das Theater übertragen. Es war ein reines Operntheater. Schauspiele wurden aus Düsseldorf und Köln übernommen. 1923, in einer Zeit, wo wegen der Inflation nur noch in Millionen gerechnet wurde, ein Theater zu eröffnen, war eine kühne Tat. 1924 wurde das Theater, nun mit den Sparten Oper und Schauspiel, in städtische Regie genommen. Im Stadtrat hatte sich Elfes, dem die Mehrheit von Zentrum und SPD folgte, nach einer hochdramatischen Sitzung durchgesetzt. »Die wirtschaftliche Not enthebe ... (die Stadt) nicht der Pflicht, kulturpolitisch tätig zu sein. ... Es bestehe ... eine geistige Not, die es zu bannen gelte.

Eine Stadt habe die heilige Aufgabe, den Zugang zur Kultur zu erleichtern«, so hatte er werbend ausgeführt. Worte, die heute noch aktuell sind.
Bei Elfes Vaterlandsliebe war es nicht verwunderlich, daß er 1923 bei der Separatistenabwehr in Mönchengladbach in der vordersten Front stand. Am 26. August hatten die Separatisten zu einer großen Kundgebung in Mönchengladbach aufgerufen. Elfes verfaßte dagegen ein anonymes Flugblatt, in dem kurz die Absichten der Anhänger Dortens, der selbst in Mönchengladbach auftreten wollte, dargelegt wurden. Es endete mit dem Wunsch an die Mitbürger, sich am 26. August vor der Kaiser-Friedrich-Halle, wo die Separatisten tagen wollten, zu versammeln. Tausende folgten dem Aufruf, um festzustellen, »wer an seinem Vaterlande Verrat übt, wenn dieses sich in Not befindet«, wie es in dem Flugblatt hieß. Es kam zu heftigen Tumulten mit den Separatisten. Die belgische Besatzung wies daraufhin Oberbürgermeister Gielen und sechs weitere Bürger aus Mönchengladbach aus, darunter Otto Müller.
Für Elfes lief die Sache zunächst glimpflich ab, obgleich die belgische Besatzung ihn für den Verfasser des Flugblattes hielt. Ende Oktober wurde er dann bei einer Besprechung in Krefeld von den Separatisten für einen Tag verhaftet und heftig bedroht, weil er zu den Führern der Separatistenabwehr in Mönchengladbach gehört hatte, wo Dortens Gefolgschaft am 22. Oktober das Rathaus besetzt hatte und am Tag darauf vertrieben worden war. Elfes war damals schon einmal inhaftiert worden. – Im Juli 1933, als er schon seit einigen Monaten von den neuen Machthabern des Amtes enthoben war, dachte er an diese Zeit und ihre »frohe vaterländische Gesinnung« zurück und empfand jene Tage, bei denen »die innere Verbundenheit und seelische Übereinstimmung aller deutschen Menschen« zu spüren war, als ein wertvolles Geschenk.
1929 wurde Elfes als einer der Referenten im Preußischen Staatsrat, wo er dem Hauptausschuß, Gemeindeausschuß und zeitweise dem Verfassungsausschuß angehört hatte, mit der kommunalen Neuordnung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet befaßt. Auch Mönchengladbach war damals betroffen. Die Abänderungsvorschläge, die der Staatsrat an der Vorlage des preußischen Innenministeriums gemacht hatte, blieben erfolglos. Mönchengladbach wurde mit der Nachbarstadt Rheydt zusammengelegt. Elfes hat dies nach dem Zweiten Weltkrieg für einen Fehler gehalten und sich gegen Pläne der britischen Besatzungsmacht gewandt, die die 1933 erfolgte Trennung beider Städte 1945 per Federstrich wieder aufheben wollte.
Durch seine Tätigkeit im Staatsrat, wo er als Repräsentant des Arbeitnehmerflügels der Zentrumspartei galt, kam Elfes in engen Kontakt mit dem Staatsratsvorsitzenden Adenauer. Als Elfes, der ein

genauer Kenner der preußischen Personalpolitik geworden war, seinen Vorgänger bei der WAZ, Joseph Joos, als Kölner Regierungspräsidenten vorschlug, lehnte der einflußreichere Adenauer dies ab und setzte einen Mann seiner Wahl durch. Bei Elfes führte dies aber nicht zu einer anhaltenden Verstimmung.

III

Als Elfes 1919 die Leitung der WAZ übernahm, war die Zahl der Abonnenten kräftig zurückgegangen. Von einst 200000 waren nur 60000 Bezieher übriggeblieben. Als er 1927 ausschied, waren es schon wieder 165000. Das war ohne Zweifel dem unermüdlichen Einsatz des leitenden Redakteurs und seiner Mitarbeiter zu verdanken, die die WAZ wieder zu einer vielbeachteten Stimme der katholischen Arbeiterschaft gemacht hatten. Elfes scheute auch nicht den Widerspruch. So setzte er sich gegen eine Führung der katholischen Arbeitervereine durch geistliche Präsides ein, so forderte er eine deutliche Kehrtwende im Wirtschaftsleben und eine umfassende Reform der Zentrumspartei. Den sogenannten Errungenschaften der Novemberrevolution stand er skeptisch gegenüber, deshalb lehnte er die Arbeiter- und Soldatenräte ab, da »das aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Parlament den Volkswillen« verkörpere. Gewiß sollte die deutsche Wirtschaft »demokratisiert« werden, aber nicht über die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern über die Gewerkschaften.

Aus seiner Ablehnung des Kapitalismus machte Elfes keinen Hehl. Auf dem Verbandstag der katholischen Arbeitervereine 1921 in Würzburg sagte er der »liberal-kapitalistischen Wirtschaft« den Kampf an, da sie sich »rücksichtslos über alle sittlichen Grundsätze« hinweggesetzt habe. Dabei berief er sich auf Papst Leo XIII., Ketteler, Vogelsang, Hitze und die Theoretiker und Praktiker der christlichen Arbeiterbewegung, die »treffende und scharfe Worte gebraucht hätten, um das liberalkapitalistische Wirtschaftssystem zu verurteilen«. Er glaubte auch, daß hinter »den revolutionären Regungen sittliche Motive« stünden, die es zu beachten gelte.

Um die wirtschaftlichen Neuordnungspläne zu konkretisieren, gab Elfes 1921 seinem Freund Matthias Erzberger Gelegenheit, in der WAZ die Idee der Werkgenossenschaft darzulegen. Danach sollten Betriebe ab einer gewissen Größe nach und nach einen Teil der Dividenden der von der Belegschaft gebildeten Werkgenossenschaft übereignen, bis diese 50% der Aktien besitze. Die Werke sollten dann paritätisch geleitet werden. Elfes, der Erzberger außerdem zu einer Rundreise zu den westdeutschen Arbeitervereinen eingeladen hatte, brachte die christlichen Gewerkschaften und alle Gegner Erzbergers

gegen sich auf. Die christlichen Gewerkschaften fürchteten, durch die Werkgenossenschaften an Einfluß zu verlieren. Die Gegner Erzbergers wollten sein politisches Comeback verhindern.
1925 setze sich Elfes für Wilhelm Marx als Reichspräsidenten ein. Einen Mann der Rechten als Reichspräsidenten hielt er für gefährlich. Als Hindenburg gewählt wurde, war dies für ihn der Sieg der »Reaktion«. Hindenburg war zwar »eine ehrwürdige Gestalt der Vergangenheit. Aber«, so meinte er mit ironischem Unterton, »es wäre gut gewesen, er wäre es geblieben«. Elfes respektierte freilich als überzeugter Demokrat die Wählerentscheidung, doch machte er aus seiner Ablehnung der Rechtsparteien keinerlei Hehl. Die Koalition Zentrum-DNVP im Kabinett Luther (1925/26) hielt er für bedenklich und setze sich damit in Gegensatz zu J. Joos, der die Entscheidung der Fratkion verteidigte.
Den Unwillen der Zentrumsführung zog Elfes sich zu, als er den Austritt Wirths aus der Zentrumsfraktion begrüßte. Wirths »Kampfansage an die Fraktion« habe »gerade in den sozial-bedrückten und politisch bewegten Kreisen der Partei einen vieltausendstimmigen Widerhall« gefunden. In der Arbeiterschaft herrsche »Verbitterung«. Das Zentrum habe »in breiten Schichten des deutschen Volkes keine moralischen Eroberungen« mehr gemacht. Dennoch bekannte er sich weiter zum Zentrum. Die nächsten Auseinandersetzungen ließen nicht lange auf sich warten. 1926 stellte er es den Zentrumswählern aus der Arbeiterschaft im Gegensatz zur Parteiführung frei, ob sie sich für oder gegen die Fürstenentschädigung entscheiden wollten.
Als er schließlich 1926 meinte, die Einheitsgewerkschaft sei geboten wegen der »Unvernunft der kapitalistischen Gewaltherren«, brachte er das Faß zum Überlaufen. In der WAZ hieß es wörtlich: »Nicht wir, sondern die rohe Rücksichtslosigkeit, die gegen die Arbeiter aufgestanden ist, und die Verständnislosigkeit, die ein sogenanntes ›christliches Bürgertum‹ ihnen entgegenbringt, wird ein Einigungswerk vollbringen, das alle Arbeiter umfaßt.« Damit hatte Elfes, der bereits 1925 anläßlich eines Englandbesuches vom Ideal der Einheitsgewerkschaft gesprochen hatte, die Parteilinie endgültig verlassen. Er verlor die Leitung der WAZ und wurde 1927 zum Polizeipräsidenten von Krefeld ernannt. Ein witziger Kollege ließ in der Redaktion der WAZ eine Karikatur kursieren, »die ein sich hoch aufbäumendes Roß zeigte, das gewaltsam an die Staatskrippe gezerrt wurde«, erzählte Elfes schmunzelnd nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Abschied von der WAZ war ihm sehr schwer gefallen. J. Joos schrieb ihm einen Dankesartikel, blieb aber der Verabschiedung fern.

Elfes konnte bald das Vertrauen der ihm zugeteilten Beamten im Präsidium gewinnen. Durch seine hurmorvolle persönliche Art zollten ihm sowohl seine Mitarbeiter wie auch die Bevölkerung hohe Anerkennung. Er pflegte freundlichen Kontakt zur Krefelder Stadtverwaltung, zu den Kirchen und den Vereinen. Seine besondere Neigung galt dem Reiten. Er nahm aktiv an den Dressur- und Jagdreiten des Krefelder Reit- und Fahrvereins teil und veranstaltete Jahr für Jahr auf dem Reitplatz der Polizei ein Turnierreiten.

Ab 1932 wurden die Zeiten unruhiger. Es gab Saalschlachten, Straßenkrawalle und Schlägereien, verursacht von den extremen politischen Parteien; »doch es gab keine blutigen Exzesse, die öffentliche Ordnung und Sicherheit blieb im allgemeinen gewahrt, die freie Meinungsäußerung im großen ganzen verbürgt«, schrieb er nach dem Zweiten Weltkrieg, als er sich auf seine Krefelder Zeit zurückbesann. Nach der sogenannten »Machtergreifung« Hitlers, vor dem er schon 1923 in der WAZ nachhaltig gewarnt hatte, wurde er am 25. März 1933 in den »einstweiligen Ruhestand« versetzt. Die nationalsozialistische Volksparole triumphierte: »Wir haben keine der Schikanen vergessen, die Herr Elfes uns jahrelang zugefügt hat, um uns mit brutaler Gewalt niederzudrücken ... Ein Mann von der Ideologie des Herrn Elfes ist außerstande, aus innerem Impuls heraus an dem Wiederaufbau der deutschen Nation mitzuarbeiten. Herr Elfes ist jetzt für uns ein toter Mann; wir sind weit davon entfernt, ihn jetzt noch zu verfolgen ...« Worte, die sich nicht bewahrheiteten.

Am 1. Oktober 1933 wurde Elfes endgültig aus dem Staatsdienst entlassen. Da er eine große Familie ernähren mußte – seit 1912 war er mit Elisabeth Wormans verheiratet, aus dieser Ehe gingen sechs Kinder hervor –, ließ er sich in Krefeld als Zigarrenhändler nieder. Alte Freunde, Bekannte und Gleichgesinnte aus nah und fern kauften bei ihm. Auch Adenauer zählte zu seinen Kunden. Doch dann ging das Geschäft zurück. Es galt als »Widerstandsnest«, und so wurde es gefährlich, bei ihm zu kaufen. Deshalb gab er Ende 1938 seinen Zigarrenhandel auf. An die Kunden habe er damals voller Ironie geschrieben, berichtete er in den fünfziger Jahren: »Da die Regierung – um unserer Gesundheit willen – den Alkohol- und Nikotingenuß eingeschränkt wissen möchte und Herr Dr. Robert Ley (Leiter der DAF) sich sogar zur Abstinenz entschlossen hat, glaube ich, ebenfalls etwas tun zu müssen: ich habe zum 1. Dezember mein Tabakgeschäft geschlossen und bitte Sie, anstatt der Zigarren mit einem frohgemuten Adventsgruß von mir fürlieb zu nehmen.« Danach schlug er sich als Kirchenrendant und Vertreter von Lebensmittelfirmen, die Großküchen belieferten, durch.

Der Kontakt zu alten politischen Freunden, die nun wie Elfes im Widerstand zu Hitler standen, riß nicht ab. Seit Anfang der vierziger Jahre nahm er an Zusammenkünften in der Wohnung des ehemaligen Reichsministers Andreas Hermes in Bad Godesberg teil und gehörte der Gesprächsrunde im Kettelerhaus in Köln an. Hier trafen sich Hermes und Elfes mit Nikolaus Groß, Johannes Albers, Karl Arnold, P. Laurentius Siemer u. a. Elfes stand ferner mit Jakob Kaiser, der ihn in die Pläne des Goerdelerkreises einweihte, Eugen Bolz und Konrad Adenauer in Verbindung. Er entwickelte bei den zahlreichen Zusammenkünften Ideen für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur, die 1945 erschienen, aber schon 1942 abgefaßt worden waren.
Elfes schwebte die Bildung einer »Partei der Arbeit« vor, »die die soziale und politische Kraft der schaffenden Stände einheitlich« zusammenfassen sollte, ein »ständisches Organisationswesen« mit einer Gliederung nach Berufsschichten, eine »Genossenschaftsbewegung, die die planmäßige Beschaffung und Verteilung der wichtigsten Konsum- und Gebrauchsgüter (betreiben) und der werdenden sozialistischen Wirtschaftsordnung die Wege« bereiten sollte. Die neue Wirtschaftsverfassung sah »a) die sofortige Überführung der großkapitalistischen Industrie-, Verkehrs- und Handelsunternehmungen in Gemeineigentum auf genossenschaftlicher Grundlage, b) die sofortige Aufteilung des Großgrundbesitzes ..., c) die sofortige Verstaatlichung des Versicherungswesens und der Großbanken ..., d) die sofortige Beschneidung und möglichste Beseitigung des arbeitlosen Einkommens ..., e) die sofortige Proklamation der Arbeitspflicht für jeden Deutschen« vor. Außerdem müsse der »totale Staat« restlos beseitigt, das Kulturwesen neu geordnet und der »Vorrang des Geistes« anerkannt werden, müßten die »Volkskulturbestrebungen von dem Joch der Staatsfron und aus den Klauen der Staatsbürokraten« erlöst, die Elternrechte respektiert und die persönliche Gewissensfreiheit als oberstes Prinzip beim Neuaufbau berücksichtigt werden. Schließlich gelte es, die politische und wirtschaftliche Existenz Deutschlands »im Rahmen einer neuen Weltordnung, gestützt auf die internationale Solidarität der Werktätigen«, zu sichern.
Ohne Zweifel verwertete Elfes hier Ideen, die ihm schon bei seinem Englandbesuch 1925 gekommen waren. Dort hatte er eine nichtmarxistische Partei der Arbeit erlebt, der sich auch die Katholiken anschließen konnten. Andererseits sind auch Gedanken der christlichen Soziallehre wie Respektierung der Elternrechte, Betonung der Gewissensfreiheit und die berufsständische Ordnung erkennbar. Eine Wiederbelebung der alten Zentrumspartei lehnte Elfes in 1944/45 niedergelegten Notizen entschieden ab. Auch der Bildung einer christlichen Volkspartei wollte er »widerraten«.

Elfes Verbindung zu den Widerstandskreisen blieb nach dem 20. Juli 1944 nicht verborgen. Er wurde inhaftiert, jedoch unverhofft mit Hilfe eines Polizeibeamten, der ihn noch aus seiner Krefelder Zeit kannte, wieder entlassen. Vor einer weiteren Verhaftung war er gewarnt worden. Darauf tauchte er unter.

V

Der amerikanische Offizier Saul K. Padover erzählt 1946 in seinem Buch »Experiment in Germany« ausführlich, wie er im März 1945 Elfes in seinem Versteck in St. Tönis aufstöberte und wie dieser auf seinen Vorschlag hin Oberbürgermeister in Mönchengladbach wurde. Wenn der Autor sich auch in manchen Einzelheiten irrt, so ist es doch bemerkenswert zu hören, wie Elfes auf ihn wirkte: »Ein sehniger Mann mit grauem Bart empfing uns ... Er hoffe, sagte er mit leichtem Lächeln, daß wir seinen Bart entschuldigen würden, er habe ihn als ein Stück Verkleidung wachsen lassen, während er sich vor der Gestapo habe verbergen müssen. Es lag Autorität in seiner Stimme und Energie in seinem Benehmen. Man hatte das Empfinden, einen zur Führung befähigten Charakter vor sich zu sehen.« Padover gewann in dem ausführlichen Gespräch, das er mit Elfes führte, den Eindruck, dieses einst führende Zentrumsmitglied habe sich in der Kriegszeit zu einem religiös gebundenen Sozialisten gewandelt.

Elfes war zwar bereit, bei der Wiederbelebung der staatlichen Ordnung mitzuwirken, weigerte sich aber, das Amt des Oberbürgermeisters in Mönchengladbach auf Befehl der Militärregierung anzunehmen. Zuvor sollte ein provisorisches Stadtverordnetenkollegium gebildet, ein Arbeitsprogramm vorgelegt und der Oberbürgermeister von den ernannten Stadtverordneten gewählt werden. Der amerikanische Kommandant gab schließlich nach. Am 2. April 1945 erhielt Elfes die »Ermächtigung, die beiden Ämter des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters« zu versehen.

Zwei Tage darauf versammelte sich die provisorische Stadtverordnetenversammlung, die aus 32 Herren bestand, die teilweise schon nach dem Ersten Weltkrieg in der Stadtpolitik tätig gewesen waren, darunter ehemalige Zentrumsleute, Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie wählten Wilhelm Elfes einstimmig zum Oberbürgermeister und erklärten, »für die Zeit des Notstandes« werde die Stadtverwaltung als »Präsidialbehörde« geführt, d. h. sie sei »lediglich dem Willen des Verwaltungschefs unterstellt«. Mit Elan und Gottvertrauen machte sich Elfes, unterstützt von den wenigen noch im Amt verbliebenen Beamten, an die Arbeit. 40 % der Häuser in der Stadt waren zerstört, die Wasserversorgung nur teilweise intakt, die Gas- und Stromversor-

gung unterbrochen, keine Straßenbahn und kein Zug fuhren mehr. Die Industrieanlagen waren vernichtet. Da die Evakuierten heimkehrten, herrschten eine unbeschreibliche Wohnungsnot und Hunger.
Elfes gelang es nach und nach, die Bürger der Stadt aus ihrer Apathie aufzuwecken. In Gemeinschaftsarbeit wurden die Trümmer weggeräumt und die Betriebe wieder in Gang gesetzt. Am 14. August 1945 konnte Elfes voller Freude die Schulen in der Stadt wieder eröffnen. Es waren christliche Gemeinschaftsschulen. Elfes hielt zwar die Bekenntnisschule für ideal, glaubte aber wegen der schwierigen Verhältnisse die Simultanschule vertreten zu können. Dadurch kam es zu einem heftigen Zerwürfnis mit den katholischen Eltern und dem Klerus. Darauf wurden zum Schuljahr 1946 wieder Konfessionsschulen eröffnet, für die sich 84 % der Abstimmungsberechtigten in einer Abstimmung ausgesprochen hatten.
Nach der Einführung der neuen Gemeindeordnung 1946 wurde Elfes zunächst zum Oberstadtdirektor gewählt, legte aber nach einigen Monaten das Amt nieder, um für den Stadtrat zu kandidieren. Elfes hatte sich der CDU angeschlossen, obgleich er gegen den Begriff »christlich« in Parteinamen war und lieber eine Partei ohne weltanschauliche Ausrichtung gesehen hätte. Das hatte er ja schon im Widerstand geäußert. Als Kompromiß führe die CDU in Mönchengladbach den Untertitel »Partei der Arbeit«. Doch war sie zu seiner Enttäuschung keine Partei der linken Mitte geworden, der auch ehemalige Sozialdemokraten angehörten. In seinem Wahlaufruf bezeichnete sich Elfes als Sozialist, wobei man hinzufügen muß: aus christlicher Verantwortung, und sprach sich für Verstaatlichungen, aber gegen die Planwirtschaft aus.
Bei den Wahlen errang die CDU die absolute Mehrheit. Elfes wurde erneut am 24. Oktober 1946 zum Oberbürgermeister gewählt. Innerhalb der CDU kam es jedoch in den kommenden Jahren zu erheblichen Spannungen über Elfes' Kurs. Im Januar 1948 wurde von der Mehrheit der Fraktion, einschließlich einiger Arbeitervertreter, ein Mißtrauensantrag gegen Elfes gestellt, »da die bisherige Entwicklung durch (seine) schwankende Politik zu einer starken Verringerung der Resonanz (der CDU) ... in der Bevölkerung geführt« habe und er zu kompromißbereit gegenüber der Linken gewesen sei. Eine Abwahl war aber vor Ablauf der Amtszeit Ende 1948 nicht möglich.
Seit 1947 gehörte Elfes dem ersten gewählten Landtag von Nordrhein-Westfalen an. Er wurde Mitglied des Verfassungsausschusses und des Unterausschusses zur Beratung der Wirtschafts- und Arbeiterfragen. Es ist erstaunlich, daß Elfes, der sonst weitgehend auf der Linie des christlichen Sozialismus eines Jakob Kaiser stand, zwar ohne den Begriff zu verwenden, in der ersten Sitzung der CDU-Fraktion Adenauer statt des Gewerkschaftlers Arnold zum Ministerpräsidenten

vorschlug. Freilich sollte sich Adenauer bemühen, »in einem Nachen zu sitzen mit Jakob Kaiser..., der die CDU als politische Heimat des werktätigen Volkes ansieht«. Bald kam es zu ersten Reibereien mit Adenauer wegen der Sozialisierungsberatungen im Landtag. Elfes bedauerte öffentlich die starre Haltung Adenauers in dieser Frage. Andererseits wurde in einem Leitartikel in der von Elfes begründeten »Westdeutschen Zeitung« über den SPD-Parteitag von 1948 nach Adenauers Meinung viel zu sanft mit den Sozialdemokraten umgegangen. Dies sei parteischädigend und falsch, wo doch der SPD-Vorsitzende Schumacher in einem verlesenen Referat scharfe Angriffe gegen die CDU gerichtet habe. Elfes berief sich auf den überparteilichen Charakter der »Westdeutschen Zeitung« und meinte, was er zu den Sozialisierungsverhandlungen gesagt habe, sei »ein Lobpreis auf die CDU« gewesen.
Adenauer ließ dies nicht gelten. Inzwischen nehme die »Westdeutsche Zeitung« auch die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards aufs Korn, monierte er. Elfes antwortete Adenauer, er könne nicht verstehen, daß ihm, der »über vier Jahrzehnte in der christlich-sozialen Bewegung gearbeitet (habe) ..., ein freies Wort in der CDU mißgönnt und unmöglich gemacht« werde. Wenn er aus der CDU ausscheiden sollte, erwarte er ein »offenes Wort«. Ende 1948 legte ihm Adenauer nahe, entweder aus der CDU auszuscheiden »oder mit aller Energie dafür zu sorgen, daß sein Blatt wirklich überparteilich« würde. Elfes hielt Adenauers Vorwürfe für ungerechtfertigt, räumte aber ein, daß er den »Neo-Liberalismus« Erhards für gefährlich halte. Dennoch bat er Adenauer, »die frostige Abneigung den christlich-sozialistischen Bestrebungen gegenüber zu überwinden und die besorgte Stimme eines alten Freundes nicht zu überhören«.

VI

Zu der Gemeindewahl vom 17. Oktober 1948, bei der das Zentrum in Mönchengladbach gegenüber der letzten Kommunalwahl erhebliche Gewinne auf Kosten der CDU machen konnte, war Elfes nicht mehr als Kandidat aufgestellt worden. Auch als Landtagsabgeordneter wurde er 1950 nicht erneut zur Wahl gestellt. Die Regierungskoalition von CDU, FDP und Zentrum in Nordrhein-Westfalen, die sich nach den Neuwahlen bildete, hielt Elfes für ungut. Mit einer CDU-SPD-Koalition wären seiner Meinung nach »die werktätigen Schichten ... in die politische Verantwortung besser einbezogen worden«.
Als Elfes auf einer Kundgebung 1951 in Dortmund, bei der auch Max Reimann für die KPD das Wort ergriff, auftrat und sich aus seiner pazifistischen Überzeugung heraus gegen eine Wiederbewaffnung

Deutschlands aussprach, wurde er aus der CDU ausgeschlossen. Schon vor der Dortmunder Erklärung hatte er in einem Brief an Adenauer mit Nachdruck vor einer Wiederbewaffnung gewarnt und zum Ausdruck gebracht, von der UdSSR ginge keine Gefahr mehr aus. Fortan setzte er sich für eine Neutralisierung Deutschlands ein. Nur so sei eine Wiedervereinigung möglich.
Dabei nahm er Gedanken des Hermes-Nadolny-Kreises, dem er 1949 angehört und dem auch eine Demilitarisierung Deutschlands und eine Abschwächung der Westorientierung der Außenpolitik der neuentstandenen Bundesrepublik vorgeschwebt hatte, wieder auf. 1953 gründete er zusammen mit dem ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth, einem alten Weggefährten aus der Weimarer Zeit, den »Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit (BdD)«. Diese politische Vereinigung propagierte eine Viermächtekonferenz über Deutschland, die eine Vereinbarung über gesamtdeutsche Wahlen zu treffen habe. Die nach diesen Wahlen gebildete Regierung solle einen Friedensvertrag für das entmilitarisierte Deutschland aushandeln.
Elfes wie Wirth pflegten Kontakte mit der DDR und der UdSSR. Nach einer Reise in die Sowjetunion 1954 erklärte Elfes, Sowjetrußland sei »wirtschaftlich und sozial ... in einer schnellen Aufwärtsbewegung«. In naher Zukunft könne es auch den westeuropäischen Völkern als Vorbild dienen. Niemand brauche sich vor der UdSSR zu fürchten, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit wünsche. Die schlechten Erfahrungen, die sein Freund Jakob Kaiser mit den Sowjets gemacht hatte, schreckten ihn nicht ab. 1956 gab Joseph Wirth den Vorsitz im BdD an Elfes ab. Es folgten weitere Reisen in die DDR und in die Sowjetunion, nachdem ihm zeitweise der Reisepaß verweigert worden war, weil er die »äußere Sicherheit« der Bundesrepublik verletzt habe. Bei den Wahlen blieb der BdD erfolglos. Auch das Wahlbündnis mit der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns anläßlich der Bundestagswahl 1953 brachte nicht den erhofften Durchbruch. 1960 schloß sich der BdD mit anderen linksorientierten Vereinigungen zur »Deutschen Friedensunion« zusammen. 1964 erhielt Elfes zu seinem 80. Geburtstag die Würde eines Dr. rer. pol. h.c. der Fakultät für Journalistik der Universität Leipzig, außerdem die Carl-von-Ossietzky-Medaille vom Friedensrat der DDR und die Frédéric-Joliot-Curie-Friedensmedaille in Gold vom Weltfriedensrat. 1969 starb er in Mönchengladbach.

VII

Bei den vielen Karrieren des Wilhelm Elfes ist es nicht leicht, seine Bedeutung völlig zu erfassen oder gar ein endgültiges Urteil zu fällen.

Den größten politischen Einfluß hat er wohl als Redakteur der »Westdeutschen Arbeiterzeitung« in der Weimarer Republik gehabt, als er mit scharfer Feder unnachsichtig die Fehler der Zentrumspartei geißelte und sich für einen Reformkurs stark machte. Aber auch sein Weg nach 1945 ist bemerkenswert. Er gehörte zu jenen Politikern, die glaubten, nach dem Zusammenbruch könne man von Grund auf neu anfangen, da es einen breiten sozialistischen Konsens gäbe und der Kapitalismus für immer tot sei. Bald erwies sich die Überzeugung als Illusion. Es entstand weder eine einheitliche politische Bewegung, wie Elfes gehofft hatte, noch wurde eine sozialistische Wirtschaftsordnung Wirklichkeit.

Auch die Neutralitätspläne Elfes scheiterten, da die Mehrheit der Wähler Adenauers Westintegration folgte. Die oft wiederholte Behauptung, Elfes sei ein verkappter Kommunist gewesen, trifft sicher nicht zu. Trotz seiner Zusammenarbeit mit den Kommunisten, trotz der zahlreichen Ostfahrten, trotz seines unermüdlichen Werbens für eine Verständigung mit der UdSSR lehnte er die marxistische Ideologie stets ab. Er lebte und arbeitete »in der gläubigen Zuversicht, daß die natürliche Welt nach christlichen Ordnungsprinzipien geordnet werden« könne, wie er immer wieder betonte.

Alois Hundhammer (1900–1974)

Wohl kein bundesdeutscher Landespolitiker stand im ersten Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 so im Kreuzfeuer der Kritik wie der Altbayer Alois Hundhammer. Auf Wahlplakaten der Linken und in Karikaturen aller Schattierungen warnte man vor dem »Schwarzen Mann« aus Bayern, baute man ein Zerrbild eines verstockten und unbelehrbaren erzkonservativen Politikers und arroganten Sittenwächters auf. Genüßlich sammelte der Betroffene die Ergüsse der spitzen Federn, die ihn ungewollt zu einer weit über Bayerns Grenzen hinaus bekannten Berühmtheit machten. Zu einer seiner schönsten Erinnerungen zählte er am 70. Geburtstag die Begegnung mit zwei deutschen Mädchen in der Londoner U-Bahn, die ihn grüßten, weil sie ihn »aus den Karikaturen« kannten. Eine Hamburger Zeitung hielt gar auf dem Höhepunkt des Kesseltreibens Hundhammers Wirkung als negativer Symbolfigur einer Dauerrubrik »Neues von Hundhammer« für würdig.

Beim Rückblick aus dem gebührenden Abstand der Gegenwart hat sich das Netz von fein gesponnenen Fehlurteilen über Alois Hundhammer entzerrt und den Blick für eine gerechtere Würdigung von Person und Leistung eines bayerischen Politikers von Format freigegeben, dessen Lebensweg durch alle Höhen und Tiefen unserer jüngsten deutschen Geschichte führte. Geblieben ist aber die unerfreuliche Erinnerung an den exemplarischen Versuch, den moralisch untadeligen, tief gläubigen Katholiken Hundhammer als Todfeind jeden Fortschritts und »Idealtyp« eines rückständigen Bayern zum »Buhmann« der Nation hochzuspielen. Dabei sei allerdings nicht verschwiegen, daß der Politiker Hundhammer von Natur aus genügend Kanten hatte, an denen man sich stoßen und reiben konnte. Dazu war er eine starke Persönlichkeit, die sich nicht biegen oder gar brechen ließ.

Walter von Cube, der sprachgewaltige Kommentator des Bayerischen Rundfunks, zählte in einer Sendung vom 25. Juni 1949 den damaligen Kultusminister Hundhammer »zu jenen kraftvollen Bauer-Demokraten, jener Spielart von undiplomatischen Politikern, die ihre Überzeugungskraft weder aus dem Verstand noch aus dem Gefühl allein ziehen, sondern aus der Integrität des Charakters... Er reizt freie

Geister zu Angriffen und nährt mitunter sogar bei seinen Anhängern die Zweifel, ob Kunst und Wissenschaft bei ihm in rechten Händen seien; in starken Händen sind sie jedenfalls und das ist vielleicht mehr wert im Zeitalter eines wendigen Opportunismus und unverbindlichen Mitläufertums.« Damit ist Wesentliches über den Menschen und Politiker Hundhammer ausgesagt, zugleich die Wurzel seiner Herkunft angedeutet.

I

Die Wiege des Erstgeborenen von dreizehn Kindern stand in einem Bauernhof in Moos bei Ebersberg. Hier wurde er am 25. Februar 1900 geboren. Herkunft, Neigung und der Wunsch des Großvaters wiesen dem aufgeweckten Buben, für den ein Pflug sein einziges und liebstes Kinderspielzeug war, den Weg als einstiger Hoferbe. Doch der Vater, der sich gerne in die »Nachfolge Christi« des Thomas von Kempen vertiefte, schickte nach Vorbereitung durch den Ortspfarrer den begabten Schüler auf die höhere Schule, zunächst für drei Jahre zu den Benediktinern im Wittelsbachischen Hauskloster Scheyern, ab 1916 an das Gymnasium Freising. Hierhin begleitete ihn das Urteil seines geistlichen Betreuers: »Der junge Lateinschüler ist ein tief religiöser Mensch; das ist in ihm gewachsen, so wie er selbst aus dem Boden seiner Heimat herausgewachsen ist... Er ist in diesen jungen Jahren bereits so konsequent und unabirrbar, wie nur ein Mensch sein kann, der absolut gläubig ist.«
Aus der dreifachen Wurzel einer heilen bäuerlichen Welt, eines glühenden Bekenntnisses zur bayerischen Wesensart und einer unkomplizierten Gläubigkeit formte der Sechzehnjährige seine Persönlichkeit. Eiserne Folgerichtigkeit und beachtliches Selbstbewußtsein verriet die Begründung, mit der er einen angebotenen Freiplatz in Freising ausschlug: da er nicht Pfarrer werde, nehme er auch keinen Freiplatz an. Noch vor Abschluß des Abiturs in der Domstadt wurde der angehende Student im letzten Kriegsjahr 1918 zu den Waffen gerufen. Kurz vor Kriegsschluß erhielt er im bayerischen Infanterie-Leibregiment bei Montmedy die Feuertaufe.
Der Heimkehrer Hundhammer, der sich von Elternhaus und Schule her im nie bezweifelten Koordinatensystem unverrückbarer Grundwerte geborgen wußte, stieß bei der Ankunft in München im November 1918 zu erstenmal auf die roten Revolutionäre, die im Chaos des Zusammenbruchs ihre neue Wertetafel anpriesen. Die Herausforderung der Revolution, die in der Phase der »vierten Revolution« im April 1919 im Raum um München zu schweren Kämpfen führte, beantwortete der Gegner jedes Umsturzes mit doppeltem Einsatz. Auf

einer Bauernversammlung in seinem Heimatort setzte er sich am zweiten Weihnachtsfeiertag 1918 mutig und schlagfertig mit einem linken Agitator auseinander, um dann im Frühjahr 1919 mit dem Freikorps Denk gegen die Münchener Spartakisten auszuziehen.
Während in den Wirren der Nachkriegsjahre die Städter hungerten und die Bauern auf ihren Höfen sich der täglichen Bettlerheere aus den Städten erwehren mußten, fand der Bauernsohn aus Moos, der zunächst Theologe werden wollte, sein Berufsziel. Es sollte im Dienst des damals so geschmähten Bauerntums und der bayerischen Heimat stehen. Mag es Zufall oder Absicht gewesen sein, im Rückblick ergibt sich trotz der jähen Unterbrechung im Jahre 1933 in Hundhammers Lebenslinie eine klare und konsequente Zielstrebigkeit als Anwalt der bäuerlichen Interessen. Sie reicht vom Einsatz des Erstsemesters als Hilfspacker beim Versand des Bauernkalenders zur Jahreswende 1920 bis zum Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die Grundlage für seinen Beruf legte Hundhammer im Herbst 1919, als er die Universität München bezog, wobei er sein durch den Kriegseinsatz verhindertes Abitur einige Zeit später mit bestem Erfolg nachholen konnte.
Neben den Vorlesungen in Geschichte und Philosophie verdiente sich der junge Student – außer dem kostenlosen Laib Brot vom elterlichen Hof – durch Zeitungsartikel und als Schreiber beim Bauernverband seinen Lebensunterhalt. Der sehr gewissenhafte Studienanfänger engagierte sich aus innerem Drang daneben im Rahmen der Universität in der Politik. Im Jahre 1921 übernahm er den Vorsitz in der Jugendgruppe der Bayerischen Volkspartei an der Universität. Seinen Blick weitete der Lernbegierige durch zwei Semester Austauschstudium an der Universität Budapest. Noch in späteren Jahren konnte er in Erinnerung an diese Auslandssemester das »Ave Maria« auf ungarisch hersagen.

II

Pflichteifer und strenge Selbstdisziplin, wohl ein Erbstück seines Vaters, ließen ihn bereits 1923 mit dem Promotionsthema »Geschichte des Bayerischen Bauernbundes« seine philosophischen Studien abschließen. Das heute noch brauchbare Werk, das 1924 als Buch erschien, hatte der Verfasser seinem »Vater, einem Bauern« gewidmet, als doppeltes Bekenntnis von Dankbarkeit und Verpflichtung seinem väterlichen Vorbild und dem bäuerlichen Stand gegenüber. Sachkundig und engagiert setzte sich der junge Doktor mit der politischen Vereinigung linkslastiger radikaler Bauern auseinander. Seine fachlichen Kenntnisse als Bauernanwalt und künftiger Politiker ergänzte

Hundhammer – seit 1923 »Volkswirtschaftsreferent« bei der Kreisbauernkammer für Oberbayern – durch ein volkswirtschaftliches Studium, das er im Jahre 1925 mit dem Doktor der Staatswissenschaften abschloß. Eine literarische Frucht dieser Jahre waren die Veröffentlichungen über den Bauernbund als Bauernpartei (statt reiner Interessenvertretung) und die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern.

Mit voller Kraft widmete sich der junge Doppeldoktor der Aus- und Weiterbildung des bäuerlichen Nachwuchses, insbesondere auf dem Gebiet der staatspolitischen Bildung. Dabei kamen ihm seine rednerische Begabung, die Ausstrahlung einer früh gereiften Persönlichkeit und die immer wieder gerühmte Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit seiner Person zugute. Nun bewährte sich das Rednertalent, das der junge Gymnasiast in der sogen. »Akademie« beim Abgang in Freising mit dem Thema: »Wir katholischen Studenten und unsere Aufgabe in der heutigen Zeit« erstmals erprobt hatte. Das damals aufbrechende Pathos, etwa: »Wenn Flammenzeichen rauchen, wird die Stunde Männer brauchen«, wich beim Jungakademiker einer gezügelten Verhaltenheit, die aber bei den kommenden parteipolitischen Auseinandersetzungen, vorab mit den Nationalsozialisten, durch hitzige Ausbrüche weggespült wurde. Der spätere Landespolitiker brach seltener so explosiv wie in den frühen Jahren aus, nur einmal im Landtag brachen alle Hürden, als ein junger Abgeordneter der Opposition dem Landwirtschaftsminister Mangel an Mut vorwarf. Der Minister hämmerte, bis zur Weißglut gereizt, aufs Pult und konterte: »Man hat mir in meinem Leben vieles nachgesagt, aber bisher noch nie den Mangel an Mut«, für den er mehr als die meisten seiner Zeitgenossen wiederholt Proben abgelegt hatte.

Der Sachbearbeiter der Bauernkammer gewann sehr schnell das Vertrauen der Bauern, da er ihre Anliegen zu den seinen machte, ihre Sprache sprach und die Schwielen harter Bauernarbeit an den eigenen Händen trug. Noch als junger Doktor, der nach der Promotion eiligst nach Moos radelte, um die Eltern an seinem Erfolg teilnehmen zu lassen, zog er mit dem Pflug die Furchen oder schwang die frisch gedengelte Sense zur Heuetzeit. Neben seiner Tätigkeit am Schreibtisch suchte der Mittzwanziger Kontakt zu den Bauern in Vorträgen und Schulungsseminaren. Den Weg zu einem gesuchten und gern gehörten Redner bahnte ihm dabei der Zufall. Eines Tages fiel bei einer Veranstaltung des christlichen Bauernvereins in einem Ort nahe Bad Tölz ein Redner aus. Hundhammers Vorgesetzter schickte den jungen Volkswirt als Ersatzmann zu den zunächst verdutzten Bauern. Der »Neue« fand sich aber sehr schnell mit den kritischen Zuhörern auf gleicher Wellenlänge, fiel durch seine klugen sachkundigen Bemerkungen ebenso angenehm auf wie durch seine umfassende Information

zu aktuellen Tagesfragen. Der Ersatzmann wurde ein gesuchter Redner, der bis zum Schicksalsjahr 1933 in über 400 Versammlungen sprach.
An der Spitze des sehr einflußreichen christlichen Bauernvereins stand in jenen Jahren als Generalsekretär sein Gründer, der Unterfranke Dr. Georg Heim, ungekrönter König Bayerns, Vater der »Bauernuniversität« Regensburg und »Graue Eminenz« auf der landespolitischen Bühne. Dem Bauernführer, der seinen Verband enger an die regierende Bayerische Volkspartei heranführte, fielen sehr bald die hervorragenden Qualitäten des volkswirtschaftlichen Mitarbeiters auf. Er förderte Hundhammer in jeder Hinsicht. In einer Kurzbiographie vor dem Neuen Presseclub in München kommentierte Hundhammer diesen Vorgang so: »1927 trat ich als stellvertretender Generalsekretär des Bayerischen Christlichen Bauernverein in die aktive Mitarbeit im vorpolitischen Raum ein, und zwar in der Linie des großen Bauernführers Dr. Georg Heim.«

III

In dem breit gefächerten neuen Arbeitsfeld entdeckte Heims Stellvertreter bald die anfälligen Stellen der Gesellschaft in der Weimarer Republik, die nach Hitlers Entlassung aus der Festungshaft in Landsberg die neu aufblühende Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei durch ihre neuartigen Propagandamethoden nicht ohne Erfolg für sich auszunutzen suchte. Im Gegensatz zu denen, »die so lebhaft jetzt über das Abwandern der Jugend zum Nationalsozialismus sich beklagen«, aber nichts dagegen unternehmen, strebte Hundhammer jetzt wie später in seiner Ministerzeit, die Begegnung mit der wahlmündigen Jugend an. Dabei stellte er fest, daß die Verfassung von 1919 die Zwanzigjährigen zwar ermächtigte, »im demokratischen Staate mit dem gleichen Gewicht bei der Abstimmung den Zettel in die Urne zu werfen, wie es der erfahrenste Führer des Volkes am Abend seines Lebens tun kann«, daß man es aber unterlassen hatte, die jungen Staatsbürger durch umfassende Information zum eigenständigen Urteil und verantwortungsbewußter Wahlentscheidung anzuleiten.
Aus dieser Einsicht heraus und zusätzlich angeregt durch die Leitung der katholischen Burschenvereine entwickelte Hundhammer in Form von »Staatsbürgerlichen Vorträgen« ein staatspolitisches Bildungsprogramm, dessen zweite Auflage 1933 verboten wurde. In zahlreichen Seminaren, ebenso als jahrelanger Dozent für Volkswirtschaft an der Sozialen Frauenschule des katholischen Frauenbundes in München entfaltete er im organischen Aufbau von der Familie – »die erste Familie war der erste Staat« – über die Stufen der Zwischenordnungen

Gemeinde, Land das Bild des modernen Staates. Besonderen Wert legte er auf die Wechselbeziehung des Einzelnen zum Staat. Sein Kernsatz lautete: »Der Staat ist nicht irgend jemand außer uns, der Staat sind wir selber.« Sein Bildungsziel: den Staatsbürger, vorweg den Katholiken zum aktiven Einsatz für den Staat und die Belange der Kirche anzuregen. »Damit, daß einer bei der Volkszählung sich als Katholik bezeichnet, ist allerdings noch lange nicht gesagt, daß er damit, wenn es darauf ankommt, auch wirklich zur katholischen Kirche steht.«

In diesem Leitfaden, dem sein Mentor Dr. Georg Heim ein Vorwort widmete, lassen sich, ob es um das Verhältnis von Staat und Kirche, um die Rolle der politischen Parteien, die Staatsform der Republik, den Sozialismus »als große politische Bewegung« geht, unschwer die Umrisse und Grundzüge von Hundhammers eigenem politischen Weltbild ablesen bis hin zu Einzelfragen, etwa, daß »der Einheitsstaat für unser Bayern ein Schaden wäre«. Oberster Maßstab bei der Beurteilung und Bewertung politischer Systeme war für den Verfasser des staatsbürgerlichen Wegweisers das Verhältnis der Parteien und ihrer Programme zu den Lehren der katholischen Kirche, konkret zu den zehn Geboten.

Eine tödliche Gefahr sah der politische Erzieher in der nationalsozialistischen Bewegung heraufsteigen, mit der er sich in der zweiten Auflage seines Buches verstärkt beschäftigte. Mit untrüglicher Witterung entlarvte er den rassistischen neugermanischen Kult, der mit einem tief verwurzelten Haß gegen das Judentum parallel lief, die nicht überbrückbare Kluft zwischen der Berufung auf ein »positives Christentum« und dem täglichen Verhalten der Parteiführer. Den gotteslästerlichen Höhepunkt der antichristlichen Einstellung der jungen Bewegung, der viele »einfach aus dem Wunsch heraus: Es soll anders werden!« 1930 ihre Stimme gaben, entdeckte Hundhammer im »Mythus des 20. Jahrhunderts« des Parteiideologen Alfred Rosenberg. Je entschiedener und kompromißloser der leidenschaftliche Warner vor kommenden Gefahren gegen den Nationalsozialismus, dessen letzte Ziele für ihn »sozialistisch, unitaristisch, kirchenfeindlich« waren, in Wort und Schrift auftrat, desto stärker zog er sich den Haß der Nationalsozialisten zu. Wir dürfen Hundhammer in die Nachbarschaft des schärfsten aller bayerischen Hitlergegner, des Chefredakteurs und Archivates Dr. Fritz Gerlich stellen, der ihm als Zellennachbar im Polizeipräsidium in München im März 1933 eine Tüte Orangen, einige Zigarren und zwei Nummern der »Münchener Neuesten Nachrichten« durch einen menschlich handelnden Wärter zukommen ließ.

IV

Zwangsläufig führten die bisher mehr lehrhaften Unterweisungen des Referenten im »vorpolitischen Raum« den politischen Erzieher in die Arena der Politik. Seine geistige Heimat hatte er schon früh in der Bayerischen Volkspartei gefunden. Als Mitglied im Arbeitsausschuß und im Gesamt-Jugendausschuß des 1925 gegründeten »Landesverbandes der Jugendgruppen der Bayerischen Volkspartei« beeinflußte der Sekretär des Christlichen Bauernvereins von Oberbayern zusammen mit dem Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei, Anton Pfeiffer, und Fritz Schäffer, dem späteren Bundesfinanzminister, maßgeblich die staatsbürgerliche Thematik der Kurse, bei denen man sich zu Arbeitskreisen zusammenfand, um die Teilnehmer mit Fragen der Staats-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik vertraut zu machen.

Dieses Feld bearbeitete Hundhammer auf der parteipolitischen wie auf der berufsständischen Ebene der Burschenvereine. Die Jugendarbeit im Bereich der staatsbürgerlichen Erziehung sollte, wie ein Aufruf des Landesvorstandes unterstrich, »fern vom Streit der Tagesmeinungen« erfolgen. Nicht ohne Pathos sprach der Aufruf das Fernziel dieser Bildungsbemühungen an, bei denen man darauf bedacht war, »daß hier nicht vorlauter Jugendfürwitz sich eine tönende Plattform zu schaffen versucht, sondern daß die Überzeugung unserer Väter und unser eigener politischer Wille einheitlich in unserer Jugend Widerhall und Verstärkung finde, getreu der Devise jenes alten christlichen Ritters: Ich dien!«

In keiner Epoche unserer jüngsten deutschen Geschichte wurde der Bürger so häufig zu Landes- und Reichstagswahlen aufgerufen wie in der Weimarer Republik. So gipfelte auch die parteipolitische Tätigkeit des Verbandsfunktionärs Hundhammer in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nach seinem Bekenntnis »in Versammlungsreden und Flugblättern«. Gut kam er dabei an mit der Folge, daß er sich selbst zur Wahl stellte und 32jährig im Wahlkreis Berchtesgaden-Traunstein als jüngster Abgeordneter in den Bayerischen Landtag gewählt wurde. Was der stellvertretende Generalsekretär in unzähligen Schulungskursen den Jungbauern vorgetragen hatte, konnte er nun selbst in der Kärrnerarbeit des politischen Alltags auf seine Tragfähigkeit erproben. Die rauhe Luft im politischen Umfeld, in dem hoch gesteckte Ziele im Kleinkampf des politischen Wechselspiels oft arg zerzaust wurden, lernte der Abgeordnete im Jahr seines Wahlerfolges sehr schnell kennen.

Den Anlaß dazu bot die fällige Wahl des Reichspräsidenten. Hatte die Bayerische Volkspartei sich im Gegensatz zum Zentrum 1925 mit Erfolg für die Wahl des ehemaligen Generalfeldmarschalls v. Hinden-

burg eingesetzt, so übermittelte Anfang 1932 Schäffer dem Zentrumsvorsitzenden Dr. Ludwig Kaas bei einem Treffen in München den »dringenden Wunsch« seiner Partei, Hindenburg nicht mehr als Kandidaten, vielmehr den Reichskanzler Brüning selbst als Nachfolger Hindenburgs zu sehen. So sah sich die bayerische Schwesterpartei plötzlich im Widerspruch zu sich selbst. Hatte sie 1925 für die Wahl Hindenburgs geworben, mußte sie 1932 für dessen Abwahl eintreten, schwenkte aber schließlich auf die Zentrumslinie ein und mußte für den werben, den sie kurz vorher noch vom Sockel stürzen wollte.
»Als eine Partei – so begründete sie ihre Kehrtwendung vor der Öffentlichkeit – »der politischen Vernunft, des politischen Verantwortungsgefühls und der nationalen Gesinnung«, trat sie mit dem zeitüblichen Pathos für die Wiederwahl des alten Reichspräsidenten ein. Versicherte die Landesleitung der BVP in einem Wahlaufruf unter Hinweis auf ihr Verhalten 1925, sie habe »an ihrer Stellung zu Hindenburg nichts zu ändern«, so beschwor Ministerpräsident Dr. Heinrich Held Hindenburg, der »als Symbol für Deutschlands Größe in der Vergangenheit und für Deutschlands Ehre und Freiheit in der Zukunft« über allen Parteien stehe und allein »Sicherheit gegen Bürgerkrieg im Innern und gegen feindliche Übergriffe von außen« garantiere. Alois Hundhammer reihte sich ebenfalls in die Reihe der Wahlwerber ein. Er lobte in einer Wahlversammlung den Generalfeldmarschall zum »Vater des Vaterlandes« hoch, in dem er »das größte Aktivum im öffentlichen Leben Deutschlands« erblickte.
Aber weder der wieder gewählte alte Präsident noch das durch 45 Sitze gestärkte Selbstvertrauen der BVP konnten die Springflut der Nationalsozialisten, die in Bayern bis auf zwei Mandate an die BVP herangekommen waren, eindämmen. Einen der Gründe nannte Hundhammer selbst in seinem Wahlaufruf vom 22. April 1932: »Bleibt der beste Teil des Volkes am Wahltag daheim, dann bestimmen die schlechten Elemente, wer regiert und wie regiert wird«. Im abgeklärten Abstand von 34 Jahren zog der spätere Landwirtschaftsminister in einer Rede bei der Einweihung der jüdischen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Dachau am 7. Mai 1967 Bilanz über Schuld und Versagen der Zeitgenossen von 1933: »Man frägt immer wieder: Wie konnte das geschehen? Wie war das möglich? Es lag nicht an einer Ursache allein. Entscheidend ist gewesen, daß inmitten eines mit Sentiments aus seiner Erziehung durchsetzten, nach einem verlorenen Kriege gedemütigten, in wirtschaftlicher Not befindlichen Volkes ein vom Teufel besessener Agitator auftrat, dem sich kein in gleicher Weise entschlossener Partner entgegenstellte. Nur wer in seinem religiösen Fundament oder in seiner gesellschaftspolitischen Konzeption absolut gefestigt war oder gar selber zum Kreis derjenigen gehörte, denen im vorhinein ein Kampf auf Leben und Tod angesagt

wurde, blieb immun. Die anderen wurden mitgerissen und fanatisiert von einer auf alle Instinkte abzielenden hemmungslosen Propaganda.« In seinem eigenen Verhalten konnte Hundhammer vor seinem Gewissen bestehen: »Ich habe diese Dinge seit 1922 in München miterlebt und sich entwickeln sehen. Ich habe als Redner und in Flugblättern und in Broschüren in der Organisationsarbeit der christlichen Bauernvereine und der Bayerischen Volkspartei, auch in Kontakt mit dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und mit vielen anderen getan, was ich konnte. Wir wurden überrollt.«

V

Nach Hitlers Wahlerfolg am 5. März 1933 bestellte die BVP Unterhändler, zu denen auch der Abgeordnete Hundhammer gehörte, die in Verhandlungen mit Vertretern der NSDAP eine Übergangslösung erkunden sollten. Einen Tag später war dieser Versuch eines Brückenschlags überholt, Ritter von Epp zum Reichsstatthalter in Bayern bestellt. Vergeblich versuchte Hundhammer in letzter Minute den bayerischen Ministerpräsidenten Held zum Einsatz von Polizei und Reichswehr gegen die putschbereite SA zu gewinnen, während er selbst durch mutiges Handeln den Immunbezirk des Landtagsgebäudes gegen die anbrandende braune Meute mit verteidigen half.
Um so härter sollte ihn die Rache der neuen Machthaber treffen. Auf der Rückfahrt von einer Besprechung mit Heim, der ihn nach Regensburg hatte kommen lassen, erwartete ihn beim Aussteigen im Münchener Hauptbahnhof ein Polizist in Zivil. Er lieferte Hundhammer im Polizeipräsidium ab. Acht Tage später wies ihn die Geheime Staatspolizei zusammen mit dem Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten in das neu errichtete Konzentrationslager Dachau ein. Dort empfingen die Wachsoldaten ihren prominenten Todfeind mit zynischer Parodie: »Den Hundhammer – den Hund hamma!« und ließen den »Doktor im Quadrat« bis zum Übermaß ihre Rache spüren. Sie reichte von gemeinsten Schmähungen bis zu sadistischer Quälerei. Gegen diese Schändung bäumte sich der 33jährige Hundhammer einmal mit Todesmut auf, als ein Peiniger die Griffe einer Trage mit dem Seitengewehr aufsplitterte mit der Folge, daß dem früheren Abgeordneten das Blut von den Händen rann. Dazu berichtete später ein Leidensgenosse als Augenzeuge: »Da geschah etwas Unfaßbares. Dr. Hundhammer ließ die Trage los, hob seine blutig zerschundenen Hände seinem Peiniger hin und dastehend wie ein Säule des Zornes schrie er ihm zu: ›Geht man so mit Menschen um?‹ «
Wenige Tage nach seiner Verhaftung ließ die Politische Polizei, wie bei vielen seiner politischen Weggenossen, Hundhammers Bankkonto

sperren. Nach der Entlassung Ende Juli 1933 aus dem Lager in Dachau wurde der nun stellenlose Jurist weiterhin polizeilich überwacht. Mit Hilfe des Münchner Männerapostels P. Rupert Mayer SJ und einem Darlehen, das ihm sein Vater von der heimischen Raiffeisenkasse besorgte, konnte der Volksvertreter in der Schwanthalerstraße in München eine kleine Schuhmacherwerkstatt erwerben. Er baute sie zu einer Schnellsohlerei aus und verlegte sich nach einer Fachprüfung auf den Schuhhandel. Es spricht für die Findigkeit seines Inhabers, daß es ihm gelang, sein Schuhzentrum unter den Augen der Polizei zur geheimen Nachrichtenbörse der Hitlergegner zu machen und die Fäden zu geheimen Widerstandsgruppen zu spannen. Bei Kriegsbeginn 1939 eingezogen, verfolgte das Mißtrauen der Gestapo den »politisch Unzuverlässigen«, der zunächst der Wehrkreisauskunftsstelle München zugeteilt war. Mit List und Glück gelang es dem aufrechten Katholiken, der nach einigen Zwischenstationen im Mai 1944 nach Belgien strafversetzt wurde, auch die Fährnisse des 20. Juli 1944 und ihre Auswirkungen bis zum Kriegsende heil zu überstehen.

VI

Ende September 1945 kehrte der Exsoldat aus amerikanischer Gefangenschaft mit einem schwarzen Vollbart – dieses »Kriegsandenken« und späteres »Markenzeichen« sollte er nicht mehr ablegen – und mit zerschlissener Uniform zu seiner Familie zurück. »Unmittelbar danach schaltete ich mich in das Ringen der Kräfte in Bayern ein.« Hundhammer kam gerade recht, um als Mitbegründer der Christlich-Sozialen Union deren Wegrichtung auf klarer christlicher Grundlage und föderalistischer Struktur gegen das »Eintopfkonzept« des Franken Dr. Josef Müller – genannt Ochsensepp – entscheidend mitfestzulegen.

Der zweite Eintritt in die Landespolitik vollzog sich auf doppelter Ebene: der Regierungs- und Parteipolitik. Der von den Amerikanern eingesetzte zweite provisorische Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner von der SPD berief Hundhammer in den Beratenden Landesausschuß. In der Parteiorganisation der CSU führte Hundhammer den Bezirksverband Oberbayern (bis 1970). Bereits in dieser Frühphase des Neubeginns entwickelte der Kandidat des Wahlkreises Aibling, Rosenheim und Ebersberg zur Verfassunggebenden Landesversammlung (1946) neue, bisher in dieser Deutlichkeit nicht gekannte Qualitäten: Er forderte heraus, suchte den Kampf und die klare Entscheidung. Die Folge: Er wurde zum Eckstein und Stolperstein, zur Reibfläche und zum Ärgernis für viele. Von hier war der Schritt nicht mehr weit zum Symbol eines grundsatztreuen konservativen Politikers, der im

Neuaufbau des Staates nachdrücklich die bayerische Eigenständigkeit und die »Verschiedenheit der geschichtlichen Entwicklung in den einzelnen deutschen Gauen« berücksichtigt wissen wollte.
Zur ersten innerparteilichen Kraftprobe stellte sich Hundhammer, dessen Handschrift sich deutlich in der Bayerischen Verfassung niederschlug, Ende Mai 1949 auf dem denkwürdigen Landesparteitag der CSU in Straubing seinem »Gegenpol« Dr. Müller im Kampf um den Landesvorsitz. Als die aufgestaute Spannung die CSU zu spalten drohte, verzichtete Hundhammer auf den Landesvorsitz, gewann aber durch einen taktischen Meisterzug den Zweikampf mit Josef Müller. Den Wahlmännern gab er den Rat: »Wenn zwei sich streiten, wählt den dritten.« So wurde der von Hundhammer empfohlene Mann des Ausgleichs, Dr. Hans Ehard, erster Landesvorsitzender.
Im parteipolitischen Geplänkel, bei dem es für Dr. Hundhammer aber immer um letzte Grundentscheidungen ging, wechselten Sieg und Niederlage. Gipfel und Symbol eines eigenständigen Bayern sahen die beiden Altbayern Hundhammer und Hoegner in einem bayerischen Staatspräsidenten. Die Gegenposition, die der Müller-Flügel vertrat, siegte mit der Mehrheit von einer Stimme. Im Gegenzug vereitelte die Gruppe um Hundhammer im Dezember 1946 die vom Landtag selbst vorgeschlagene Wahl des »Ochsensepp« zum bayerischen Ministerpräsidenten zugunsten von Dr. Hans Ehard. Hundhammers Bilanz: »Mit dieser Entscheidung waren im Prinzip die Würfel für die ganze weitere politischen und staatspolitischen Entwicklung im Lande gefallen.«

VII

In diesen Richtungskämpfen hatte sich Hundhammer durch seine bekenntnishaften Herausforderungen zu klaren Entscheidungen schnell profiliert. Der »Alisi«, wie ihn bald zeitlebens Freund und Feind titulierten, lieferte als »Schwarzer Bomber« und »furchterregender Mann mit dem Bart« die ersten Schlagzeilen für die Nachkriegspresse. Die Karikaturisten witterten ebenfalls Morgenluft, die Gegner im linken und liberalen Lager entdeckten ein werbewirksames Poster für kommende Wahlkämpfe. Gerne hätte der ehemalige Funktionär im Christlichen Bauernverein wieder die Interessen der Bauern vertreten; da aber »bei meiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft die Schlüsselpositionen Dr. Horlacher, Dr. Schlögl und Dr. Baumgartner schon besetzt« hatten, kam Hundhammer das Angebot des Ministerpräsidenten Ehard, das Kultusministerium zu übernehmen, um so mehr gelegen, als sich der neue Minister als Fraktionsvorsitzender »im Zuge der Verfassungsberatung in weltanschaulichen und kulturpolitischen Fragen« stark festgelegt hatte.

Der neue Kultusminister war sich bewußt, daß sein Sessel einem Schleudersitz glich, zumal viele Gruppen, nicht zuletzt die amerikanische Besatzungsmacht, selbst mit eigenen Vorstellungen in den Startlöchern saßen. Dazu kam, daß sich Hundhammer mit seinem in der NS-Zeit »bemerkenswert stabilen Rückgrat« vor Gott und seinem Gewissen der »vollen Verwirklichung des christlichen Lebensstiles im politischen und sozialen Bereich« verpflichtet fühlte, selbst auf die Gefahr hin, daß man ihn in der Presse einer »befremdlichen Unduldsamkeit« zieh. Anlässe boten sich dazu genug: In der Auseinandersetzung mit dem Komponisten Werner Egk, dessen Faust-Ballett »Abraxas« der Kultusminister im Februar 1949 nach fünf Aufführungen im Prinzregententheater als obszön und dem christlichen Empfinden bayerischer Zuschauer unzumutbare »Schweinerei« von den Landesbühnen verbannte. Während in Hamburg »Die Zeit« von »Kulturdiktatur in Bayern« sprach, verteidigte Hundhammer in einer hitzigen Landtagsdebatte seine Entscheidung.
Nicht minder hoch gingen die Wogen, als Hundhammer, für den es »keine richtige Kulturpolitik im luftleeren Raum« gab, das Schulwesen neu ordnete und der Bekenntnisschule den ersten Stellenwert einräumte, im Einklang mit dem Konkordat. Die Angriffe erreichten ihren nur aus den Zeitverhältnissen heraus zu verstehenden Höhepunkt, als er 1947 in den Volksschulen das Züchtigungsrecht wieder einführte, gegen das sich auch Stimmen aus der eigenen Partei erhoben. Mag der Kultusminister nicht selten überzogen haben, nie aber handelte er gegen sein Gewissen, noch ließ er die Mitwelt in Unkenntnis über seine geistige Einstellung. Die Plattform dafür hatte sich der Vorsitzende der katholischen Männervereine in Bayern in den berühmten Reden bei den jährlichen Treffen in Tuntenhausen – dessen Ehrenbürger er wurde –, in München selbst im »Petra-Kreis«, benannt nach dem Treffpunkt in einem Münchner Hotel, geschaffen.

VIII

Der kompromißlose Kämpfer hatte einen Bekanntheitsgrad von einmaligem Ausmaß erreicht mit der Folge, daß, »was von Bayern im übrigen Deutschland bekannt ist, sich im wesentlichen auf den Bart des Herrn Dr. Hundhammer beschränkt« (W. M. Guggenheimer). So wanderte das verzerrte Bild eines Dunkelmannes »von finsterer Entschlossenheit und religiöser Intoleranz« um die Welt, während der leibhaftige Minister als Vorsitzender der Kultusministerkonferenz oder in persönlichen Begegnungen etwa mit dem Berliner Intendanten Barlog, dem niedersächsischen SPD-Minister Adolf Grimme oder mit den Journalisten immer wieder Überraschung auslöste, da »der ele-

gante Mann, der sich gepflegt-leger mit ihnen unterhielt, in nichts an den Großinquisitor erinnerte, den sie in ihm vermuteten«.
Ende 1950 ging die Ära des Kultusministers Hundhammer zu Ende. Es wurde wieder ruhig um seine Person. Nach dem Tode des Landtagspräsidenten Dr. Stang wurde Hundhammer dessen Nachfolger (1951–1954), um schließlich seine politische Laufbahn dort zu beenden, wo er seine berufliche begonnen: als Landwirtschaftsminister der Jahre 1957–1969 (seit 1964 auch stellvertretender Ministerpräsident). Mit fundierter Sachkenntnis und Fleiß hat er dieses Amt verwaltet. Noch fünf Jahre blieben dem Weltgewandten im Kreise seiner Frau, der Tochter seines einstigen Lehrers, und seiner vier Söhne, der sich in sieben Sprachen auszudrücken verstand, der Tiere und Blumen liebte, für begabte sozial schwache Studenten das Hundhammer-Stipendium schuf und auf die christlich durchsäuerte Zukunft Europas baute. Nach einem schweren Nierenleiden starb Hundhammer, der sich als deutscher Statthalter der Ritter vom Heiligen Grabe bis zuletzt seinem Wächteramt verpflichtet fühlte, am 1. August 1974.
Tröstlicher Ausklang eines kämpferischen Lebens: Bei der Trauerfeier im Plenarsaal des Bayerischen Landtags und vor dem offenen Grab im Waldfriedhof von Grünwald mündeten alle Nachrufe von Freund und Feind ein in die Verbeugung vor der menschlichen und charakterlichen Größe dieses urwüchsigen Altbayern, der als ein »Homo Politicus«, als »Homo Christianus« und »Homo Bavaricus« in einem gerühmt wurde.

Hans Ehard (1887–1980)

In den Jahren nach dem Zusammenbruch 1945, als es galt, das böse Erbe des Nationalsozialismus zu liquidieren, die Folgen des Krieges zu überwinden und neue Formen staatlicher, politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung zu entwickeln und zu festigen, hat an dieser Aufgabe in den Ländern und im Vorfeld der Bundesrepublik eine deutlich umrissene Gruppe von Männern in vorderster Linie gewirk: Die Ministerpräsidenten. Zunächst von den Besatzungsmächten eingesetzt, dann von den Landtagen gewählt, waren sie der überwältigenden Not der ersten Nachkriegsjahre in ihren Ländern konfrontiert, aber auch der Notwendigkeit staatlichen Wiederaufbaues und Zusammenschlusses über die Grenzen der Länder und Besatzungszonen hinweg. In dieser Reihe der Wilhelm Hoegner, Reinhold Maier, Leo Wohleb, Karl Arnold, Peter Altmeier, Max Brauer, Wilhelm Kaisen, Hinrich Wilhelm Kopf, Ernst Reuter und anderer stand auch Hans Ehard. Seine geschichtliche Leistung liegt in der langjährigen Leitung und Konsolidierung des bayerischen Staatswesens in schwieriger Zeit und in dem konturierten Beitrag, den er zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland und zur Gestaltung des Grundgesetzes geleistet hat.

I

Hans Ehard wurde am 10. November 1887 als Sohn des Stadtkämmerers August Ehard in Bamberg geboren. Er hat das Fränkische und nicht zuletzt das Idiom seiner Vaterstadt, die ihm später das Ehrenbürgerrecht verlieh, zeitlebens nicht verleugnet, aber wie so manche Franken hat auch er seine berufliche Erfüllung in Altbayern gefunden. Nach dem Besuch des humanistischen Alten Gymnasiums in Bamberg studierte er 1907–1911 Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg und München, war anschließend Rechtspraktikant in Bamberg und promovierte 1912 zum Doktor juris. Den ganzen Ersten Weltkrieg war Ehard Soldat. 1916 heiratete er Annelore Maex (gestorben 1957), 1960 in zweiter Ehe Dr. Sieglinde Odörfer.

Nach der Rückkehr aus dem Feld legte Ehard 1919 die Staatsprüfung für den bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst ab und wurde am 1. September 1919 als Staatsanwalt in das bayerische Justizministerium einberufen. 1923/24 war er im Hitler-Ludendorff-Prozeß als Untersuchungsrichter und Anklagevertreter tätig, ohne neben dem Oberstaatsanwalt die Verhandlungsführung entscheidend beeinflussen zu können. 1925 bis 1928 war Ehard nach Berlin an das Reichsjustizministerium zu Arbeiten im Rahmen der Strafrechtsreform abgeordnet; 1931 wurde er Ministerialrat im bayerischen Justizministerium. Er gehörte der Bayerischen Volkspartei an. 1933 schied er auf eigenen Antrag aus dem Ministerium aus und wurde als Senatspräsident an das Oberlandesgericht München versetzt. Dort war er bis September 1945 tätig.

Bereits im Sommer 1945 war der politisch unbelastete Ehard mit dem aus der Schweiz zurückgekehrten Wilhelm Hoegner im Auftrag der amerikanischen Besatzungsmacht mit dem organisatorischen und personellen Wiederaufbau der bayerischen Justiz befaßt; beide nahmen an den Kabinettssitzungen der ersten bayerischen Nachkriegsregierung Fritz Schäffer teil. Verschiedenen politischen Lagern angehörend, einte die beiden altersgleichen Juristen das Bekenntnis zum Rechtsstaat sowie ein ausgeprägter Föderalismus. Als Ehard im Frühjahr 1946 zusammen mit den Rechtsprofessoren Karl Geiler, Walter Hallstein und Gustav Radbruch die »Süddeutsche Juristenzeitung« gründete, nannte ein programmatisches Vorwort als erste Aufgabe nach der Pervertierung des Rechts in den Jahren zuvor die Lösung des Rechts »aus dem Banne der Willkür«, seine Entpolitisierung. Ehard gehörte dem Herausgeberkollegium der renommierten Zeitschrift (seit 1951 »Juristenzeitung)« bis 1975 an.

Der Weg vom Beamten zum Politiker, im Sommer 1945 eingeschlagen, wurde von Ehard vollends beschritten, als die Besatzungsmacht am 28. September 1945 die Regierung Schäffer abberief und Ehard unter dem neuen Ministerpräsidenten und Justizminister Hoegner am 19. Oktober zum Staatsrat und am 22. Oktober zum Staatssekretär der Justiz ernannt wurde. In dieser Position war Ehard neben seinen laufenden Geschäften und den Problemen der Entnazifizierung vor allem mit der Vorbereitung einer bayerischen Verfassung befaßt. Er war sowohl Mitglied des kleinen Vorbereitenden Verfassungsausschusses, der im Frühjahr 1946 einen Verfassungsvorentwurf Hoegners im wesentlichen zustimmend redigierte, als auch des 21-köpfigen Verfassungsausschusses, der im Juli von der Verfassunggebenden Landesversammlung gewählt wurde. Hier hat sich Ehard besonders mit der Ausgestaltung der zweiten Kammer, des Senats, beschäftigt, und er hat, ebenso wie Hoegner, nachdrücklich, wenn auch vergeblich, für die Einrichtung eines bayerischen Staatspräsidenten plädiert:

»Das Vorhandensein eines Staatspräsidenten in Bayern soll zeigen, daß sich unser Land in einem zukünftigen Deutschen Bund seine Eigenständigkeit wahren und sich vor maßlosem Zentralismus schützen will.«
Mit dem Volksentscheid über die Verfassung am 1. Dezember 1946 waren zugleich die Wahlen zum ersten bayerischen Landtag verbunden. Die CSU erhielt 52,3%, die SPD 28,6% der Stimmen. Ehard wurde zum Abgeordneten seiner Heimatstadt Bamberg gewählt und behielt dieses Mandat bis zum Ende seiner politischen Laufbahn im Jahre 1966.
Die Christlich-Soziale Union, der er angehörte, war im Januar 1946 auf Landesebene zugelassen worden. Man hatte zugunsten des christlich-interkonfessionellen Prinzips auf eine Wiederbelebung der alten Bayerischen Volkspartei verzichtet, andererseits aber gegenüber der CDU der übrigen Länder auf der bayerischen Eigenständigkeit beharrt; diese Abgrenzung ist auch von Ehard stets betont worden. Innerhalb der Partei existierten zwei Hauptrichtungen, die sich mit zunehmender Schärfe gegenüberstanden.
Die eine wurde geführt von dem pragmatischen Parteivorsitzenden Josef Müller. Er vertrat das Stegerwaldsche Konzept einer betont interkonfessionellen, auf breiter sozialer Basis aufruhenden Massenpartei moderner Prägung und fand seine Anhänger vor allem in den neubayerischen Gebieten Schwabens, Frankens und der Oberpfalz. Die andere Richtung unter der Führung von Alois Hundhammer und Fritz Schäffer stand viel deutlicher in der bayerisch-katholischen Tradition der Bayerischen Volkspartei; die Betonung weltanschaulicher Prinzipien und eines bayerischen Staatsbewußtseins wurde begleitet von föderalistischen Forderungen nach außen bei gleichzeitigem innerbayerischen Zentralismus. Diese Richtung fand ihre Basis vor allem in den ländlichen Schichten Altbayerns.
Der Gegensatz der beiden Richtungen kam zum öffentlichen Austrag, als im Dezember 1946 der Hundhammer-Flügel die Kandidatur des Parteivorsitzenden Müller für das Amt des erstmals vom Landtag zu wählenden Ministerpräsidenten ablehnte. Zu ihrer Verhinderung strebte er eine Koalition mit der SPD an; sein Kandidat war zunächst Anton Pfeiffer, der aber von der SPD abgelehnt wurde, dann Hans Ehard, der, obwohl keinem der Flügel direkt zuzurechnen, doch der konservativen Richtung näher stand. Tatsächlich wurde Ehard, der nicht mit seiner Wahl gerechnet hatte, am 21. Dezember 1946 unter Ablehnung Müllers von der Mehrheit der CSU-Fraktion, der SPD und der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung (WAV) zum Ministerpräsidenten gewählt. Diese Parteien waren dann auch im Kabinett Ehard I vertreten; stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister war Wilhelm Hoegner (SPD), der die Koalitionsbildung sehr unterstützt

hatte, Kultusminister Alois Hundhammer (CSU), Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner (CSU), Sonderminister Alfred Loritz (WAV).
Diese Große Koalition stieß in bestimmten Kreisen sowohl der SPD wie vor allem der CSU auf Widerspruch. Ehard wurde veranlaßt, im Januar 1947 weitere Staatssekretäre aus den Reihen der CSU in sein Kabinett aufzunehmen. Jedoch blieb die Koalition weiterhin umstritten, bis im Laufe des Jahres 1947 zunächst Loritz und dann auf Betreiben Kurt Schumachers auch die SPD aus der Regierung ausschieden. Damit setzte sich das Kabinett Ehard II seit 20. September 1947 allein aus CSU-Mitgliedern zusammen (ausgenommen den parteilosen Staatssekretär Wolfgang Jaenicke); Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident wurde der CSU-Vorsitzende Josef Müller, mit dessen Aufnahme Ehard die innerparteilichen Gegensätze auszugleichen suchte.

II

Ehard war zum Ministerpräsidenten gewählt worden als ein Mann der Mitte und des Ausgleichs, der sich aus dem Streit der Parteiflügel herauszuhalten wußte und daher für eine Mehrheit akzeptabel war. Dies hieß nicht, daß er eine blasse Kompromißfigur dargestellt hätte. Denn Ehard fühlte sich, bei aller Übereinstimmung mit den allgemeinen Zielen seiner Partei, weniger als Parteimann, denn als ein Mann des Staates, und hieraus bezog er Selbstbewußtsein und Kraft. Weder hatte er eine Parteikarriere hinter sich, noch schrieb er den Parteien die zentrale Rolle in der politischen Integration der Gesellschaft zu. Er stand vielmehr in der prägenden Tradition eines hohen bayerischen Beamtentums, das seit den Zeiten des Grafen Montgelas gewöhnt war, im Staat den festen Rahmen zu sehen, in dem der Einzelne sich verwirklichen konnte, und in der staatlichen Autorität das Instrument zu positiver Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung und zur Sicherung von Werten, die nicht dem Belieben von Einzelnen oder Gruppen überlassen werden sollten.
Ehard war nicht bereit, den bayerischen Staat, dessen lange Geschichte und Eigenständigkeit er betonte, im Parteiinteresse zu funktionalisieren, und er war, ganz ähnlich Hoegner, stets geneigt, die Probleme seiner Partei unter staatspolitischen Gesichtspunkten einzuordnen. 1950 rechtfertigte er seine schließliche Übernahme des Parteivorsitzes mit dem Argument, daß »die Zukunft der CSU eng mit der Zukunft Bayerns verbunden ist« und es sich also bei dem Problem um eine »bayerische staatspolitische Frage ersten Ranges« gehandelt habe. Kennzeichnend waren auch seine Worte unmittelbar nach seiner Wahl

zum Ministerpräsidenten: »Ich bin ein Mann des Rechts. Ich habe mich immer bemüht, Gerechtigkeit zu üben, meine Entscheidungen an der Menschenwürde auszurichten und die menschliche Persönlichkeit zu achten. Ich will diesen Grundsatz auch in mein neues Amt übernehmen und in diesem Sinne weiterhin ein Mann des Rechtes bleiben.«

Wenn Ehard dem Staat in der Ausgestaltung als Rechts- und Verfassungsstaat zentralen Rang zuschrieb, so war er weiterhin überzeugt, daß Rechtsstaatlichkeit auf Dauer nur gesichert werden könne in einer dezentralisierten Verfaßtheit des deutschen politischen Systems, in einer föderalistischen Ordnung. In enger Anlehnung an Gedankengänge seiner nächsten Mitarbeiter, Anton Pfeiffer und Karl Schwend, formulierte er immer erneut die Auffassung und versuchte an ihr seine deutsche Politik zu orientieren, daß nur mit einem föderativen politischen System jene Sicherungen und Blockierungen gegeben seien, die dem Mißbrauch von Macht Schranken setzten. Die friedensichernde Funktion des föderalistischen Prinzips sei offensichtlich, eine föderalistische Gestaltung Mitteleuropas diene zugleich dem Frieden Europas. Im übrigen sei der Beitrag der deutschen Einzelstaaten, und nicht zuletzt des bayerischen Staates, zur kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung Gesamtdeutschlands und Europas zu konturiert und nachhaltig, als daß die notwendige politische Voraussetzung dieses Beitrages, die eigene Staatlichkeit, zu Gunsten eines zentralisierten Einheitsstaates preisgegeben werden dürfe.

In einem großangelegten Vortrag in der Universität München am 3. Juni 1954 sagte Ehard zu diesem Thema: »Wir sind als Bayern Föderalisten, weil wir die ständige Bedrohung der politischen Situation Deutschlands fürchten. ... Der Föderalismus ist mehr als eine bajuwarische Eigenart; ist mehr als eine begreifliche Spielerei. ... Er soll das Individuum schützen vor der Übermacht der großen Zahl. Er soll es bewahren vor der Nivellierung durch eine Gehirn-Einheitswäsche. Föderalismus ist eine Verteidigungslinie menschlicher Freiheit und menschlicher Würde gegenüber Schema und Schablone. Föderalismus ist schließlich in Deutschland und Europa die Form des staatlichen Lebens, die verhindert, daß aus der Polarität der Gegensätze Explosionen und Katastrophen werden. Als Föderalisten haben wir... den heißen Wunsch, aus der Erkenntnis des Geschichtlich-Gewordenen und des Menschlich-Aufgetragenen mitzuwirken an der Gestaltung der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, in der Würde und Freiheit des Individuums und der Völker geschützt und gesichert sind.«

Für die Realisierung dieses Konzepts schien beim Amtsantritt Ehards eine besonders günstige Situation gegeben: Seit dem deutschen Zusammenbruch existierten keine gesamtdeutschen Institutionen mehr, während die Länder, wenngleich eingeschränkt durch die Besatzungsmacht, bis Ende 1946 jedenfalls in der amerikanischen Zone wieder zu weitgehender staatlicher Existenz gelangt waren; die Parteien waren organisatorisch noch zu wenig entwickelt, um sich in einem länderübergreifenden Sinne entschiedener zur Geltung bringen zu können; das Potsdamer Abkommen hatte bestimmte Dezentralisierungsforderungen enthalten und die amerikanische Besatzungsmacht drängte entschieden auf eine föderative Neuordnung Deutschlands. Wenn damit die Stunde der Länder und der Ministerpräsidenten gekommen schien, so waren es insbesondere Ehard und die bayerische Staatskanzlei, die sich entschlossen zeigten, die Situation zu nützen.

Allerdings war das nächste Problem der Ministerpräsidenten, innerhalb der Länder selbst die ungeheueren Probleme zu bewältigen, die durch Krieg und Kriegsfolgen gegeben waren. Es ging um den Wiederaufbau der zerbombten Städte und Verkehrsverbindungen, die Reorganisation des zerschlagenen Verwaltungsapparates, die Ernährung der Massen, die Unterbringung und Eingliederung des riesigen Stromes von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, den Wiederaufbau der durch Krieg und Demontagen geschädigten Wirtschaft, vor allem auch in den Zonenrand- und Grenzgebieten im Norden und Osten Bayerns, und nicht zuletzt ging es um eine geistige, moralische und politische Erneuerung umfassender Art. Entsprechend dieser Aufgabenstellung hat Ehard zu Beginn seiner Amtstätigkeit auf die Frage nach seinen Zielen lapidar geantwortet: »Wenn es mir gelingt, den Karren wieder so anzuschieben, daß die Nachfolgenden damit weiterfahren können, dann ist alles erreicht, was erhofft werden kann.« Dieser innerbayerische Wiederaufbau war gewiß die erste Aufgabe der Regierung Ehard, wie er es für die Regierungen Schäffer und Hoegner gewesen war.

Daneben werden aber seit Anfang 1947 nachhaltige überregionale Aktivitäten der bayerischen Politik sichtbar, wie sie vorher nicht bestanden hatten. Bayern machte sich seither bewußt zum Mittelpunkt der föderalistischen Kräfte in Westdeutschland, sammelte Gleichgesinnte auf Partei- und Länderebene und versuchte, von dieser Operationsbasis aus seine Anschauungen in konkrete Politik umzusetzen. Dieser neue Ansatz war sowohl in der Person des neuen Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter begründet, als auch in neuen Herausforderungen durch die Bildung und Ausgestaltung des »Vereinigten Wirtschaftsgebietes« (Bizone) seit Herbst 1946.

Bereits die erste Form überregionalen Zusammenschlusses, die Einrichtung des »Länderrats« der amerikanischen Besatzungszone am 17. Oktober 1945, war von bayerischer Seite zwar begrüßt worden, weil die wirtschaftliche Not eine Zusammenarbeit erforderte. Doch hatte Ministerpräsident Hoegner von Anfang an befürchtet und zu verhindern gesucht, daß aus der neuen Institution »eine Oberregierung« zum Nachteil der bayerischen Unabhängigkeit wurde. Diese Gefahr schien durch die Bildung des »Vereinigten Wirtschaftsgebietes« (Bizone) ab 1. Januar 1947 mit entsprechenden bizonalen Verwaltungsräten noch mehr gegeben. In einer Reihe von Initiativen der süddeutschen Länder hat insbesondere die Regierung Ehard versucht, sich dem Zugriff der bizonalen Organisationen zu entziehen und das Verordnungsrecht der bizonalen Verwaltungsausschüsse zugunsten der Länder einzuschränken.
Aus der Sorge, daß durch eine ausgebaute Bizonenverwaltung und durch Initiativen der sich konsolidierenden Parteien der Spielraum der Länder weiter eingeschränkt und ihr Einfluß auf die Ausgestaltung einer künftigen deutschen (oder westdeutschen) Verfassung neutralisiert werden könne, ist schließlich jenes Unternehmen erwachsen, das besonders eng mit dem Namen Ehards verbunden ist, die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 1947. Am 7. Mai 1947 lud Ehard die Ministerpräsidenten sämtlicher vier Besatzungszonen zur Beratung von Maßnahmen ein, »um ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern«. Die Konferenz sollte sich in erster Linie der Bewältigung der wirtschaftlichen Krisensituation widmen, die durch den strengen Winter 1946/47 entschieden verschärft worden war.
Dahinter stand jedoch ein allgemeinpolitischer Gedanke, der von dem Urheber des Plans, Gebhard Seelos, besonders betont worden war, in leicht abgeschwächter Form jedoch auch von Ehard übernommen worden ist: Nach dem Mißerfolg der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947 war eine künftige engere Zusammenfassung der drei westlichen Besatzungszonen abzusehen, ja unabdingbar. Hierfür suchte Ehard durch eine bayerische Initiative Vorentscheidungen in föderalistischem Sinne herbeizuführen. Nicht bei den Parteien oder den bizonalen Zentralämtern, sondern bei den Ländern sollte das Gesetz des Handelns liegen, durch sie sollte die künftige Entwicklung in betont bundesstaatlichem Sinne gesteuert werden; schon das Zustandekommen wirtschaftlicher Ergebnisse durch eine Länderkonferenz mußte eine Vorentscheidung in diesem Sinne bedeuten.
In einer Rundfunkrede vom 14. Mai 1947, in der er den Konferenzplan erläuterte, stellte Ehard fest: »Manche unter Ihnen werden sich vielleicht die Frage vorlegen: Aus welchem Grunde wir gerade die Regierungschefs der deutschen Länder zu einer Besprechung gebeten

haben. Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder und die übrigen Regierungschefs haben unserer Auffassung nach die Verpflichtung, an die praktische Lösung der gemeinsamen Aufgaben heranzugehen... Solange es keine Instanz für Gesamtdeutschland gibt – und niemand bedauert diesen Mangel mehr als ich –, müssen sich die Regierungschefs der deutschen Länder und Städte als vorläufige Treuhänder des deutschen Volkes betrachten. Ihnen obliegt es, nach praktischen Lösungen für die Behebung von Not und Elend zu sorgen.«
Zweck der Konferenz war also nicht die Herstellung oder die Beförderung deutscher Einheit. Erst die eigentlich unerwartete Teilnahme der Ministerpräsidenten der Ostzone schob die Konferenz auf ein gesamtdeutsches Gleis, und deren vorzeitige Abreise ließ hinterher die Ansicht von einem Scheitern deutsch-nationaler Hoffnungen und Möglichkeiten aufkommen. Davon abgesehen widersprachen die Forderungen der ostzonalen Ministerpräsidenten den föderalistischen Vorstellungen Ehards, Weisungen der französischen Militärregierung und grundsätzlichen Zielsetzungen der Führung der SPD.
Jedoch erbrachte die Konferenz auch nur begrenzte Ergebnisse für ihr Hauptthema, zur Behebung der gegenwärtigen Not. Was schließlich die föderalistischen Zielsetzungen Ehards betraf, so wurden auch diese kaum realisiert: Die Institutionalisierung der Ministerpräsidentenkonferenzen kam nicht zustande, vielmehr trat seit München in bestimmten Fragen eine deutliche Trennung der Ministerpräsidenten nach ihren Parteirichtungen zutage. So stellte die Münchener Konferenz, aufs Ganze gesehen, zwar einen Prestigeerfolg Ehards dar, ohne aber nachhaltige Wirkungen zu zeitigen. Ehard selbst hielt damals wie später »die seelische Wirkung der Konferenz« für am wichtigsten, insofern zum ersten Mal seit Kriegsende die Ministerpräsidenten der meisten, kurze Zeit sogar aller deutschen Länder »in verantwortungsvoller Aussprache« versammelt gewesen seien.
Durch die Einrichtung des bizonalen Wirtschaftsrates in Frankfurt im Sommer 1947 und die ihm übertragenen weitgehenden Befugnisse wurde der Einfluß der Länderregierungen zugunsten der zentralen Parteiorganisationen zurückgedrängt, da der bizonale Exekutivrat, die Ländervertretung, gegenüber dem Gesetzgebendem Rat, der Parteienvertretung, sich in wichtigen Punkten nicht durchzusetzen vermochte. Dementgegen versuchte Ehard weiterhin, eine föderalistische Opposition ohne und gegen die bizonalen Institutionen aufzubauen und die (vorläufige) nationale Repräsentation auch künftig den Ministerpräsidenten vorzubehalten. Dabei mußte eine zentrale Rolle spielen, inwieweit es ihm gelang, die übrigen Ministerpräsidenten und die Parteien, vor allem die CDU als Schwesterpartei, auf sein Konzept einer künftigen deutschen Verfassung festzulegen. Tatsächlich hat er dies für die außerbayerische CDU auf dem Weg über den »Ellwanger

Kreis« und die »Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands« und deren Verfassungsentwürfen im Frühjahr 1948 weitgehend erreicht.

IV

Die entscheidende Stunde kam jedoch, als die drei westlichen Besatzungsmächte in den »Frankfurter Dokumenten« vom 1. Juli 1948 die Ministerpräsidenten ihrer Zonen aufforderten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die »eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft... und die Rechte der beteiligten Länder schützt«. Das Kabinett Ehard kam nach genauer Analyse dieses Angebots zu der Auffassung, daß »ganz entscheidende Ansatzpunkte für einen föderativen Aufbau und eine starke Beteiligung der Länder am Verfassungsgeschehen durch die Dokumente gegeben seien«. Daher müsse die günstige föderalistische Strömung, die vielleicht nicht lange andauern werde, entschlossen wahrgenommen und, wenn irgend möglich, die Chance für die Bildung einer deutschen Regierung, für die Erweiterung der deutschen Souveränität und für die Loslösung von der zentralistischen Frankfurter Verwaltung benutzt werden.

Es war vor allem diese Auffassung Ehards von der Gunst der Stunde, aufgrund deren er bei den folgenden historischen Besprechungen der Ministerpräsidenten in Koblenz und Rüdesheim im Juli 1948 neben dem Berliner Bürgermeister Ernst Reuter ohne deutsch-nationale Hemmungen am entschiedensten für die rasche Bildung eines westdeutschen Staates eingetreten ist: »Wir müssen jede Möglichkeit ausnutzen, einen Schritt vorwärts zu kommen.« Und es war Ehard, der am 26. Juli in Frankfurt die vor dem Abbruch stehenden Verhandlungen der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren durch eine geschickte Intervention wieder in Fluß und damit zu einem guten Abschluß gebracht hat, wofür ihm General Clay seine besondere Dankbarkeit bezeugte.

Nachdem hiermit der Weg zur Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, des Parlamentarischen Rates, freigeworden war, hat Ehard viel getan, um dessen Verhandlungen und Ergebnisse möglichst in föderalistische Bahnen zu leiten. Der von den Ministerpräsidenten einberufene vorbereitende Verfassungsausschuß tagte auf Einladung Ehards vom 10. bis 23. August in Herrenchiemsee, mit der ausgesprochenen Absicht Ehards, hierdurch »den Einfluß Bayerns auf die Gestaltung der künftigen Verfassung möglichst zu intensivieren«; den Vorsitz führte der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer. Detaillierte Verfassungsgrundsätze und -entwürfe, die von bayerischer Seite erstellt worden waren, wurden den Beratungen zwar nicht

offiziell zugrundegelegt, sie haben jedoch den schließlichen Verfassungsentwurf von Herrenchiemsee nicht unerheblich beeinflußt. Dieser Entwurf wurde dann allerdings nicht als eine offizielle Vorlage der Ministerpräsidenten dem Parlamentarischen Rat zugeleitet, was Ehard als eine »Kapitulation« der Ministerpräsidenten kritisierte, jedoch hat der Herrenchiemseer Entwurf indirekt nicht nur auf den Aufbau, sondern auch den Inhalt wesentlicher Bestimmungen des späteren Grundgesetzes eingewirkt.

In den Verfassungsberatungen des Parlamentarischen Rates spielten nicht mehr die Ministerpräsidenten, sondern die Parteien die entscheidende Rolle. Jedoch hat Ehard durch ungewöhnlich häufige persönliche Einflußnahme in Bonn und über den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates, Anton Pfeiffer, versucht, eine föderative Orientierung des Grundgesetzes vor allem in zwei zentralen Punkten durchzusetzen, der Gestaltung des Bundesrates sowie dem Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. Von einer befriedigenden Lösung der Bundesratsfrage hing es laut Ehard, der den Bundesrat des Bismarckreichs vor Augen hatte, ab, »ob in einem zukünftigen Bundesstaat von einer föderalistischen Mitwirkung der Länder bei der Gestaltung des Bundeswillens gesprochen werden kann. Die Bejahung dieser Frage hängt ab sowohl von den Befugnissen, die dieser zweiten Kammer zugeteilt werden, als von der Art ihrer Zusammensetzung. Sie muß die Qualität eines gleichberechtigten Gesetzgebungsorgans neben der Volkskammer haben und sie muß durch Vertreter der Landesregierungen repräsentiert werden, die ihrerseits die Exponenten des demokratischen politischen Willens der Länder sind.«

Gleichzeitig bat Ehard den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, »seinen Einfluß und seine Sachkenntnis in den bevorstehenden Tagen der Entscheidung dafür einzusetzen, daß der Grundstein für das neue deutsche Haus so gelegt werde, daß auch Bayern willigen Herzens mit darin einziehen könne«. Tatsächlich war Adenauer der Hauptgegner Ehards in der Bundesratsfrage. Jedoch gelang es Ehard, sein Konzept zwar nicht vollkommen, aber weitgehend durchzusetzen, wobei er sich zur Erbitterung Adenauers nicht scheute, zu diesem Zweck auch mit der SPD zusammenzuarbeiten und dadurch eine Spaltung der CDU/CSU-Fraktion heraufzubeschwören, ohne jedoch – entgegen Adenauers Befürchtungen – der SPD Zugeständnisse zu machen. Auf diesen Erfolg ist Ehard immer stolz geblieben: »Ich kann hier wohl ohne Überheblichkeit sagen: Hauptsächlich auf mein persönliches Eingreifen war es zurückzuführen, daß der Bundesrat gegen stärkste Widerstände, zum Teil auch aus eigenen Reihen, als föderatives Organ in das Grundgesetz aufgenommen wurde.«

Dagegen haben Ehard und die CSU in der Frage der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern ihre Auffassungen nicht durchsetzen können. Vor allem diese Tatsache bewog dann die Regierung Ehard, im Mai 1949 das Grundgesetz abzulehnen und dem bayerischen Landtag zu empfehlen, das gleiche zu tun. Unter Bezugnahme auf die schlechten Erfahrungen mit der Weimarer Reichsverfassung erklärte Ehard resigniert, daß nun auch im Grundgesetz der Föderalismus durch zentralistische Tendenzen überspielt worden sei. Jedoch war er objektiv genug, die Durchsetzung des Bundesratsmodells als einen »entscheidenden Erfolg für den föderalistischen Gedanken« anzuerkennen.

Entsprechend seinem Engagement für den Bundesrat erwartete Ehard im Herbst 1949, zum ersten Bundesratspräsidenten gewählt zu werden, wofür er, da er eine Koalition mit der SPD auf Bundesebene ablehnte, auch die ausdrückliche Unterstützung Adenauers fand. Diese Absicht durchkreuzte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, indem er mit Hilfe der SPD seine eigene Wahl durchsetzte. Ehard bezeichnete diese Konzentration von Einfluß beim wirtschaftlich stärksten Land der Bundesrepublik als Bedrohung eines gesunden föderalistischen Ausgleichs. Bedeutsamer war jedoch, daß sich Adenauer hierdurch genötigt sah, der CSU in der Bundesregierung drei (statt ursprünglich einen) Ministerposten zuzugestehen, darunter Schäffer als Finanzminister, wodurch die CSU unverhältnismäßigen Einfluß im ersten Kabinett Adenauer gewann. Dieses Ergebnis hat dazu beigetragen, die gleichwohl immer wieder strapazierten Beziehungen zwischen Ehard und Adenauer zu festigen und die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Bund zu befördern.

Im Bundesrat und vermittels des Bundesrates hat Ehard in den folgenden Jahren seiner Ministerpräsidentenschaft daran mitgewirkt, die Interessen Bayerns und der Länder überhaupt gegenüber dem Bund zur Geltung zu bringen, wobei er mit der historischen Funktion der Länder in den Jahren zwischen Kriegsende und Republikgründung argumentierte: »Wir müssen logisch und historisch darauf bestehen, daß es die Länder waren, die das verspielte Reich als deutsche Lebensgemeinschaft über seine tiefste Not hinweggebracht und gewissermaßen aus dem Sumpf gezogen haben.« 1950/51 und 1961/62 bekleidete Ehard das Amt des Bundesratspräsidenten, 1949–1955 war er Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrats. Das Kernproblem in der Gesetzgebungsarbeit des Bundesrats, die Abgrenzung der Kompetenzen von Bund und Ländern, brachte dabei nach Auffassung Ehards zum Vorschein, daß die Regelungen des Grundgesetzes »bestenfalls ein labiles Gleichgewicht zwischen der Zentralgewalt und den Belangen der Länder« geschaffen hatten.

»Immerhin dürfen wir und darf ich für uns in Anspruch nehmen, durch unsere Tätigkeit das föderalistische Prinzip in vielen wichtigen Fragen durchgesetzt zu haben.«
Diese Problematik und die fortgesetzte Sorge vor einer Veränderung des labilen Gleichgewichts zuungunsten der Länder haben Ehard verschiedentlich zu bundespolitischen Aktivitäten veranlaßt, so im Oktober 1951 zu einem stark beachteten Protest gegen den Beschluß des Bundestages, die Kompetenzen einer aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung über ihre verfassunggebenden Befugnisse hinaus auszuweiten. Ähnliche Motive bewogen Ehard, im Februar 1954 »im Interesse einer Verlebendigung und Praktizierung des föderalistischen Gedankens« eine Ministerpräsidentenkonferenz in München zu veranstalten, wobei dann auch die Fortsetzung dieser Konferenzen beschlossen wurde.

V

Der Gegensatz in der CSU zwischen den rivalisierenden Gruppen Hundhammer/Schäffer und Müller, dem Ehard 1946 seine unverhoffte Wahl zum Ministerpräsidenten verdankt hatte, schwelte auch in den folgenden Jahren und spitzte sich im Sommer 1948 in einer Weise zu, daß schließlich der Ruf nach einem »Mann der Mitte« für die Partei ertönte, nach einem Friedensstifter. Er wurde in Ehard gesehen; »die einzige Rettung«, so wurde argumentiert, »der überragende Kopf sei Ehard«. Gleichsam überparteilich, sollte er kraft landesväterlicher Autorität einen dauerhaften innerparteilichen Burgfrieden stiften und die gegensätzlichen Gruppen wieder zusammenführen. Diese Befriedung schien nicht zuletzt notwendig, um die 1946 gegründete Bayernpartei, die der CSU zahlreiche Anhänger entzogen hatte, wieder zurückzudrängen.
Tatsächlich verzichtete der konservative Hundhammerflügel auf den Führungsanspruch innerhalb der Partei zugunsten von Ehard, um hierdurch wenigstens die Ausschaltung Müllers zu erreichen. Auch Adenauer bat im Mai 1949 Ehard dringend, den Vorsitz der CSU zu übernehmen. Wenn er dabei mit der Gefahr einer Parteispaltung argumentierte, so beruhte sein Rat auch auf der Tatsache, daß seine außenpolitische Zielsetzung einer strikten Westintegration im Lager Müllers verschiedentlich nicht geteilt wurde. Auf der anderen Seite suchte der Generalsekretär der CSU, Franz Josef Strauß, Müller zu retten, indem er sich gegen eine Personalunion Ministerpräsident-Parteivorsitzender aussprach. Jedoch wurde Ehard am 28. Mai 1949 mit großer Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden der CSU gewählt und behielt diese Funktion bis Januar 1955.

Seiner Grundeinstellung entsprechend nahm er das neue Amt als einen Dienst am Staat auf sich, dem er bereits als Ministerpräsident diente: »Die ausschlaggebende Erwägung vollzog sich im Kopf des bayerischen Ministerpräsidenten und nicht im Herzen des Parteimannes! Was sich mir aufdrängte, war der drückende Gedanke, eine Pflicht gegenüber dem Lande zu verletzen, wenn ich mich versagte.« Angesichts dieser Einschätzung seiner Parteiposition und einer Parteiführung, die sich nur wenig um eine straffere Parteiorganisation bemühte, wurde in der Folge manche Kritik an Ehards Parteivorsitz geübt. Jedoch blieb es sein Verdienst, durch die relative Beruhigung der Situation den Grund für die Umwandlung der CSU zu einer »Massen- und Apparatepartei modernen Typs« (A. Mintzel) unter seinem Nachfolger Hanns Seidel gelegt zu haben.
Das nach Ausscheiden der SPD neugebildete Kabinett Ehard II (20. September 1947–18. Dezember 1950) setzte sich allein aus Mitgliedern der CSU zusammen. Im Januar/Februar 1948 leitete Ehard zeitweilig auch das Landwirtschaftsministerium, ebenso vom Februar bis Dezember 1950 das Finanzministerium. Neben den Problemen, die durch die Zusammenarbeit mit den Ländern der US-Zone, durch die Bildung der Bizone und schließlich durch den Weg zur Bundesrepublik gegeben waren, stand die Regierung auch weiterhin vor zentralen Fragen des Wiederaufbaus im Inneren Bayerns: Durch Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnung und Heizung, Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen, Neuordnung der Staatsverwaltung, Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft.
Die Sorge um die primitivsten Lebensbedürfnisse bildete so den Tenor der Regierungserklärung vom 24. Oktober 1947: »Im Vordergrund aller Erwägungen und Pläne stehen die Fragen: was können wir zur Überwindung oder mindestens zur Milderung der schweren Not tun, die uns im bevorstehenden Winter so beängstigend bedroht? Was werden wir essen? Was werden wir zum Anziehen bekommen? Wie werden wir in unseren Wohnungen die Kälte des Winters überstehen? Wieviele Stunden müssen wir jeden Tag im Dunklen sitzen? Wird unserer Hände Fleiß Arbeitsmöglichkeiten haben oder müssen wir untätig feiern, weil Elektrizität und Dampfkraft für unsere Industrie und unser Gewerbe fehlen?« Zu diesem Zeitpunkt befanden sich in Bayern 1781700 Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei und den deutschen Gebieten östlich der Oder, 287000 Evakuierte aus anderen deutschen Ländern, sowie 137800 Ausländer und 329000 innerbayerische Evakuierte, deren Wohnungen zerstört waren.
Der politische Rückhalt des Ministeriums Ehard lockerte sich, nachdem im März 1948 die Bayernpartei auf Landesebene zugelassen worden war und vor allem in Altbayern großen Zulauf aus bisherigen

CSU-Wählern erhielt. Die Auseinandersetzungen zwischen CSU und Bayernpartei bildeten für Jahre ein zentrales, polarisierendes Thema der bayerischen Politik. Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Parlaments ergaben aber erst die Landtagswahlen vom November 1950, bei denen die CSU von 104 auf 65 Sitze sank, die SPD von 54 auf 63 Sitze anstieg, und die Bayernpartei auf Anhieb 39 Mandate erhielt. Angesichts dieser Verschiebungen plädierte der konservative Flügel der CSU, der von Adenauer unter bundespolitischen Gesichtspunkten unterstützt wurde, für eine Koalitionsregierung mit der Bayernpartei. Ehard dagegen, der in dem extremen Partikularismus dieser Partei eine Schädigung des föderalistischen Gedankens erblickte, befürwortete wiederum eine große Koalition mit der SPD unter Einbeziehung der Flüchtlingspartei GB/BHE, wofür allerdings Kultusminister Hundhammer der SPD geopfert werden mußte. Tatsächlich setzte sich Ehard durch, der mit seinem Konzept auch die Abhängigkeit der bayerischen SPD von ihrer unitarischen Bonner Führung zu lockern suchte; aber die Verstimmung, die er in Teilen der CSU auslöste, weiterhin der fortwährende Gegensatz der beiden Parteiflügel und die fortgesetzten Versuche einzelner CSU-Politiker, mit der Bayernpartei übereinzukommen, belasteten seine Regierung und seine Parteiführung in den folgen Jahren ganz erheblich.

VI

Der Wahlsieg der CDU–CSU bei den Bundestagswahlen 1953 und vor allem der Stimmengewinn der CSU bei den Landtagswahlen 1954 gaben den Gegnern der bisherigen Koalition, die wiederum von Adenauer unterstützt wurden, weiteren Auftrieb und schwächten gleichzeitig die Position Ehards, der weiterhin die Bayernpartei als unzuverlässig ablehnte und die Fortsetzung der Koalition mit der SPD befürwortete. Überhöhte Forderungen des Hundhammerflügels und die langjährige Diffamierung der Bayernpartei durch die CSU führten aber schließlich zu einer dritten Lösung: Der Viererkoalition aus SPD, Bayernpartei, FDP und GB/BHE, durch die im Dezember 1954 die Regierung Hoegner II gebildet wurde.
Die Bildung der Viererkoalition bedeutete die größte Niederlage in der bisherigen Geschichte der CSU. Sie war auch eine Niederlage Ehards, aber nicht deswegen, weil der gegen ihn erhobene Vorwurf berechtigt gewesen wäre, er habe die Partei durch ungeschickte Verhandlungsführung aus der Regierungsverantwortung manövriert, sondern weil er nicht mehr imstande gewesen war, sein politisches Konzept durchzusetzen. Es war daher, von Ehard her gesehen, folgerichtig, daß er im Dezember 1954 in das Amt des Landtagspräsidenten überwechselte –

weniger die scharfe parteipolitische Konfrontation, als der staatspolitisch motivierte Ausgleich war seine Sache. Dieser Übergang bedeutete zusammen mit Ehards Rücktritt als Landesvorsitzender der CSU im Januar 1955 zugunsten von Hanns Seidel zugleich die Einleitung eines Generationswechsels.

Dieser Generationswechsel kam noch deutlicher zum Ausdruck, als nach dem Zerfall der Viererkoalition im Oktober 1957 an die Spitze der neuen bayerischen Regierung aus CSU, GB/BHE und FDP nicht wieder Ehard trat, der Landtagspräsident blieb, sondern der Landesvorsitzende der CSU, Hanns Seidel. Daß aber Ehard kraft Amtserfahrung und Ausgleichsfähigkeit weiterhin eine zentrale Integrationsfigur der CSU und der bayerischen Politik geblieben war, wurde deutlich, als Seidel im Januar 1960 wegen Erkrankung zurücktrat und der 73-jährige Ehard erneut, zum vierten Mal, »wahrlich nicht leichten Herzens«, das Amt des Ministerpräsidenten übernahm. Er führte es für eine Periode des Übergangs, vor allem gekennzeichnet durch die Fortsetzung der wirtschaftspolitischen Initiativen Seidels, bis zum Ende der Legislaturperiode im Dezember 1962.

Dabei wertete Ehard, der die deutsch-französische Versöhnungspolitik und die Europapolitik Adenauers stets mit Nachdruck und Überzeugung im Bundesrat unterstützt hatte, den Staatsbesuch de Gaulles in München im September 1962 als einen der Höhepunkte seiner Amtstätigkeit. Nach dem Ende seiner Ministerpräsidentenschaft gehörte Ehard 1962–1966 auch noch dem Kabinett Goppel als Justizminister an, nachdem sich sein eigentliches Ziel, wiederum das Landtagspräsidium zu übernehmen, nicht hatte erreichen lassen. Im Dezember 1966 zog sich Ehard, inzwischen nahezu achtzigjährig, aus dem politischen Leben zurück. Am 18. Oktober 1980, im gleichen Jahr wie Wilhelm Hoegner, starb er in München in patriarchalischem Alter.

In der ernsten, gesammelten, stets korrekten Erscheinung Ehards wurde auch dem Außenstehenden die Grundstruktur des Mannes sichtbar, die durch Klarheit und Realismus, durch Rechtssinn und uneitle Hingabe an eine überpersönliche Aufgabe gekennzeichnet war. Ehard hat sie selbst charakterisiert: »Ich habe nie nach Popularität gehascht und die Künste der Demagogie sind mir fremd, und ich gestehe, sie sind mir zuwider. Ich habe wohl ein heißes Herz für das Volk, aber eine sehr kühle und nüchterne Vorstellung von der Arbeit im Dienste des Staates. Mein Sinnen und Trachten ist ganz auf den Staat gerichtet...«

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

FRANZ JOSEPH RITTER VON BUSS

Schriften (Auswahl)

Über die mit fabrikmäßigem Gewerbebetriebe verbundenen Nachteile und die Mittel ihrer Verhütung, in: Protokolle der II. Kammer. Karlsruhe 1837. Diese »Fabrikrede« ist verschiedentlich neu gedruckt worden, so von A. *Geck*, Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung, Offenburg 1904, mit einem Geleitwort von A. *Bebel*; als Anhang bei A. *Retzbach*, F. J. Ritter von Buß. Zu seinem 50. Todestage. M. Gladbach 1928, S. 48 ff. – Vergleichendes Bundesstaatsrecht von Nordamerika, Deutschland und der Schweiz. Karlsruhe 1844. – Das Rongetum in der badischen Abgeordnetenkammer. Freiburg 1846. – Der Unterschied der katholischen und der protestantischen Universitäten Deutschlands. Freiburg 1846. – Die Gemeinsamkeit der Rechte und Interessen des Katholizismus in Frankreich und in Deutschland, 2 Bde. Schaffhausen 1847/50. – Der hohe und niedere Radikalismus in seiner Feindseligkeit gegen Religion, Recht, Freiheit und Gesittung in der Schweiz, Frankreich und Italien (nach Montalembert), in Deutschland mit Rücksicht auf die Gründung der Reichsverfassung. Schaffhausen 1850. – Das Recht der Kirche im badischen Kirchenstreit (anonym). Mainz 1853. – Österreichs Umbau im Verhältnis des Reiches zur Kirche. Wien 1862. – Beurteilung und Verurteilung der neuen badischen, württembergischen, preußischen und hessischen Kirchengesetze. 1875.

Literatur

Hägele, Franz Joseph Ritter von Buß, in: Wetzer und Welte's Kirchenlexikon, Bd. ²2. Freiburg 1883, Sp. 1556 ff. – F. *Schnabel*, Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848. Heidelberg 1910. – F. *Dor*, Franz Josef Ritter von Buß. Freiburg 1911. – A. *Franz*, Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettelers. M. Gladbach 1914. – J. *Dorneich*, Der badische Politiker Franz Joseph Buß. Diss. Freiburg 1921. – A. *Retzbach*, Franz Joseph Ritter von Buß. M. Gladbach 1928. – R. *Lange*, Franz Josef Ritter von Buß und die soziale Frage seiner Zeit. Freiburg 1955. – A. *Ehrenfried*, Franz Joseph Ritter von Buß. Zell a. H. 1977. – H. *Mockenhaupt*, Franz Joseph Buß, in: *ders.*, Kirche und industrielle Arbeitswelt. Leutesdorf 1977, S. 31 ff. – O. B. *Roegele*, Franz Joseph Buß, in: Internationale katholische Zeitschrift 6 (1978) S. 563 ff. – J. *Dorneich*, Buß, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, Bd. ⁶2. Freiburg 1958, Sp. 334 ff. – *Ders.*, Franz Josef Buß und die katholische Bewegung in Baden. Freiburg 1979 (mit einem Verzeichnis der Schriften von F. J. Buß).

KAROLINA GERHARDINGER

Quellen

Bayerische Staatsarchive in München und Amberg, Diözesanarchive in Regensburg und München, Archiv der Armen Schulschwestern in München.

Schriften

Maria Theresia von Jesu Gerhardinger, Briefe. 13 Bde. Selbstverlag des Mutterhauses. München 1979. Englische Ausgabe: Letters of Mother M. Theresia Gerhardinger. By Schoolsisters of Notre Dame. 3 Vol. Rom 1979.

Literatur

Die Armen Schulschwestern: Ihr Entstehen, inneres Leben und Wirken. Regensburg 1854. – F. *Frieß*, Leben der Ehrwürdigen Mutter Theresia von Jesu Gerhardinger. München 1907. – M. L. *Ziegler*, Die Armen Schulschwestern von U. Lb. Frau. Ein Beitrag zur bayerischen Bildungsgeschichte. München 1935. – M.L. *Ziegler*, Mutter Theresia von Jesu Gerhardinger. Ihr Leben und ihr Werk. München 1950. – M.D. *Mast*, Through Caroline's Consent. Baltimore 1958. – Mother Theresia, Woman of Vision. Baltimore 1979. – Sendung in die Zeit. Festschrift zum 100. Todestag von Maria Theresia Gerhardinger, Gründerin der Armen Schulschwestern von U. Lb. Frau. München 1979.

PETER REICHENSPERGER

Quellen

Laut Testament wurde der Nachlaß Peter Reichenspergers vernichtet. Eine Sammlung von Briefen, vor allem aus seiner Jugend, findet sich im Nachlaß August Reichensperger im Landeshauptarchiv Koblenz; einzelne Autographen in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (1867–1879), in den Universitätsbibliotheken Bonn und Heidelberg. Reden in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Preußischen Nationalversammlung (1848), über die Verhandlungen des Erfurter Volkshauses (1850), über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses (1849–1891), über die Verhandlungen des Zollparlaments (1868–1870) sowie über die Verhandlungen des Reichstags des Norddeutschen Bundes (1867–1870) und des Deutschen Reiches (1871–1891). P. *Jacobi* und Th. *Levi* gaben heraus Parlamentarische Reden der Gebrüder A. und P. F. Reichensperger 1848–1857. Regensburg 1858. Weiter sind heranzuziehen die Protokolle der Generalversammlungen der deutschen Katholiken 1848 ff., Reichenspergers Artikel in der »Kölnischen Volkszeitung«, der »Germania«, der »Rhein- und Moselzeitung«.

Schriften (Auswahl)

Bemerkungen zu dem Gesetzentwurf die Kompetenz der Friedensgerichte betreffend. Trier 1842. – Öffentlichkeit, Mündlichkeit, Schwurgerichte. Köln 1842. – Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts und in besonderem Hinblicke auf Preußen und die Rheinprovinz. Trier 1847. – Die Preußische Nationalversammlung und die

Verfassung vom 5. Dezember. Berlin 1849. – Keine Einkommensteuer. Berlin 1850. – Die freie Agrarverfassung. Regensburg 1856. – Die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in Preußen. Paderborn 1858 (anon.). – Deutschlands nächste Aufgaben. Paderborn 1860 (mit August *Reichensperger*). – Gegen die Aufhebung der Zinswuchergesetze. Berlin 1860, ²1879. – Die Fraktion des Centrums (Katholische Fraktion). In 12 Briefen. Mainz 1861. – Beleuchtung des Commissionsberichtes des Abg. Dr. Gneist betreffend die Aufhebung der Klöster in Preußen. Mainz 1870. – Über das Verhältnis des Staates zur Kirche im Hinblick auf die Jesuitendebatte im Deutschen Reichstage. Berlin 1872. – Kulturkampf oder Friede in Staat und Kirche. Berlin 1876. – Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahre 1848. Berlin 1882. – Die Gemeinschädlichkeit der in Aussicht gestellten Erhöhung der Kornzölle. Berlin 1887.

Literatur (Auswahl)

C. *Schlesinger*, P. Reichensperger, in: Große Männer einer großen Zeit. Münster 1894, ²1910, S. 266 ff. – L. *Pastor*, A. Reichensperger 1808–1895. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1899. – H. *Oncken*, A. Reichensperger, in: Historische Zeitschrift 88 (1902) S. 247 ff. – F. *Schmidt*, P. Reichensperger und das preußische Verfassungswerk von 1848/50, in: Soziale Kultur 31 (1911) S. 275 ff., 331 ff. – K. *Görres*, P. F. Reichensperger, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, Bd. 4. Freiburg ³⁻⁴1911, S. 482 ff. – F. *Schmidt*, P. Reichensperger. Mönchengladbach 1913, ²1917. – K. *Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Bd. 2–7. Köln 1927/30. – A. *Wegener*, Die vorparlamentarische Zeit P. Reichenspergers 1810–1847. Köln 1930. – E. *Herx*, P. F. Reichensperger als Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Bergisch Gladbach 1933. – H. *Martin*, Soziale Anschauungen und Bemühungen der Gebrüder Reichensperger und des Freiherrn von Thimus um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 7 (1955) S. 219 ff. – Th. *Rühl*, Gesellschaft und Staat bei Peter Reichensperger. Bonn 1960.

FRANZ XAVER KRAUS

Quellen

Der Nachlaß Kraus befindet sich in der Stadtbibliothek Trier. Seine Tagebücher (1856–1901) sind ediert von H. *Schiel*. Köln 1957 (mit umfassender Bibl.). – *Ders.* (Hg.), Liberal und Integral. Der Briefwechsel zwischen F. X. Kraus und Anton Stöck. Mainz 1974. H. *Schiel* hat in einer Reihe von Aufsätzen weitere Teile des Briefwerks veröffentlicht (aufgeführt in der unten genannten Vita von O. *Köhler*).

Briefe, Denkschriften und Aufzeichnungen von und über Kraus sind enthalten u. a. in K. A. *v. Müller* (Hg.), Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst. Denkwürdigkeiten aus der Reichskanzlerzeit. Stuttgart 1931. – Ch. *Weber*, Eine kirchenpolitische Denkschrift von F. X. Kraus (1874) und der Streit um die Rechtsnatur der Konkordate, in: Römische Quartalschrift 66 (1971) S. 83 ff. – W. P. *Fuchs* (Hg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, 4 Bde. Stuttgart 1975/80. – J. C. G. *Röhl*, Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz. Bd. 2: 1892/95. Boppard 1979.

Schriften (Auswahl)

Roma sotteranea. Die römischen Katakomben. Eine Darstellung der älteren und neueren Forschungen, besonders derjenigen de Rossis, mit Zugrundelegung des Werkes von J. Spencer Northcote und W. R. Brownlow. Freiburg ^{2}1879. – Kunst und Alterthum in Elsaß-Lothringen. Eine beschreibende Statistik i. A. des kaiserl. Oberpräsidiums von Elsaß-Lothringen herausgegeben. 4 Bde. Straßburg 1877/92. – Real-Encyklopädie der christlichen Alterthümer. 2 Bde. Freiburg 1882/86. – Die Briefe Benedikts XIV. an den Canonicus Francesco Peggi in Bologna. Freiburg ^{2}1888. – Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden. Eine beschreibende Statistik i. A. des großherzogl. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts. 6 Bde. Freiburg, Leipzig und Tübingen 1887/1904. – Die christlichen Inschriften der Rheinlande. 2 Tle. Freiburg 1890/94. – Geschichte der christlichen Kunst. 2 Bde. Freiburg 1896/1908. – Essays. Sammlung 1.2. Berlin 1896/1901. – Dante. Sein Leben und sein Werk, sein Verhältnis zur Kunst und zur Politik. Berlin 1897. – Die Erhebung Italiens im 19. Jahrhundert. Cavour. Mainz ^{2}1902.

Literatur (Auswahl)

H. *Schiel*, Im Spannungsfeld von Kirche und Politik. F. X. Kraus. Trier 1951. – *Ders.*, F. X. Kraus und die katholische Tübinger Schule. Ellwangen 1958. – Cl. *Bauer*, Die Selbstbildnisse von F. X. Kraus, in: Hochland 52 (1959/60) S. 101 ff. – Ch. *Weber*, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876–1888. Mainz 1970. – *Ders.*, Quellen und Studien zur Kurie und zur vatikanischen Politik unter Leo XIII. Tübingen 1973. – O. *Köhler*, F. X. Kraus, in: Katholische Theologen Deutschlands im 19. Jahrhundert, hg. von H. *Fries* und G. *Schwaiger*, Bd. 3. München 1975, S. 241 ff. (mit Bibl.).

THEODOR HÜRTH

Quellen

Für die Zeit als Lokalpräses von Köln-Zentral: Vereinschronik des Katholischen Gesellenvereins Köln-Zentral, Bd. 1903–1912; Protokollbuch des Katholischen Gesellenvereins von Köln-Zentral, Bd. 1901–1912 (im Besitz des Diözesanverbands Köln, St. Apernstr. 32). Aufschlußreich für die Tätigkeit Hürths als Lokalpräses sind die gedruckten Jahresberichte des Katholischen Gesellenvereins Köln-Zentral, insbesondere: Bericht über die Tätigkeit des katholischen Zentralgesellenvereins zu Cöln, 1907; Der katholische Gesellenverein zu Köln und seine Hospitien im Jahre 1911, 1912; Grundsteinlegung zum Neubau des Zentralgesellenhospitiums Kolpinghaus zu Cöln am Pfingstmontag, den 5. Juni 1911, 1911; Bericht des kath. Zentralgesellenvereins Köln über seine Tätigkeit in der Zeit vom Januar 1923 bis April 1924, hrsg. zur Feier seines 75jährigen Bestehens. Köln 1924. – Für die Zeit als Pfarrer von Aldenhoven: Protokollbuch des Katholischen Gesellenvereins Aldenhoven (Archiv des Kath. Pfarramts St. Martinus, Aldenhoven). – Für die Zeit als Generalpräses: Akten Generalpräses Hürth (Archiv der Deutschen Kolpingsfamilie, Köln, Kolpingplatz 5–11).

Schriften

Das Werk Vater Kolpings in Köln in den letzten dreißig Jahren. Köln 1929; überarbeitet und ergänzt in: 100 Jahre Kolpingsfamilie Köln, Festschrift anläßlich der Jubelfeier Pfingsten 1949, S. 41–54. – Unterrichtsplan in Merkblättern, Grundgedanken des marxistischen Sozialismus. Köln 1931. – Werkstatt des Lebens. Köln 1933; ab 4. Aufl. 1936: Gottes Lebenswerkstatt. – Materialmappe für den Diözesankolpingtag 1935. (Köln 1935). – (Hg.): Zum 75. Todestag Adolf Kolpings. (Köln 1940). – Zahlreiche Artikel in den Kolpingsblättern 1924–1941.

Literatur

H. *Budde*: Handbuch der christlich-sozialen Bewegung. Recklinghausen 1967, S. 136 f. – H. A. *Raem*: Katholischer Gesellenverein und Deutsche Kolpingsfamilie in der Ära des Nationalsozialismus. Mainz 1982.

EUGEN BOLZ

Quellen

Der Nachlaß Bolz befindet sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, das auch die amtlichen Akten aus der Zeit seiner Ministertätigkeit in der württembergischen Staatsregierung (1920–1933) und als deren Staatspräsident (1928–1933) aufbewahrt. Bolz' Reden im Reichstag sind in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Deutschen Reichstags, seine Reden im Württembergischen Landtag in dessen Stenographischen Berichten, jeweils ab 1912, gedruckt. Seine Äußerungen in Sitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums enthalten die Editionen: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von R. *Morsey*. Mainz 1969; Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearb. von R. *Morsey* und K. *Ruppert*. Mainz 1981.

Literatur

K. *Schmid*, Eugen Bolz, in: Die Forderung des Tages. Stuttgart 1946, S. 38 ff. – A. *Dangelmaier*, Staatspräsident Dr. Eugen Bolz als Mann und Staatsmann. Gedenkrede. Stuttgart 1948. – W. *Keil*, Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Stuttgart 1948. – M. *Miller*, Eugen Bolz. Stuttgart 1951. – A. *Hagen*, Eugen Bolz, in: Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus, Bd. 3. Stuttgart 1954, S. 202 ff. – M. *Miller*, Eugen Bolz, in: Staatslexikon, Bd. ^{6}2. Freiburg 1958, Sp. 116 ff. – W. *Besson*, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Stuttgart 1959. – M. *Rehm*, Eugen Bolz zum Gedächtnis, in: Staats- und Kommunalverwaltung 1962. Stuttgart, S. 4 ff. – Th. *Heuss*, Erinnerungen 1905–1933. Tübingen 1963. – R. *Maier*, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947. Tübingen 1964. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – H. *Filbinger*, Sein Leben für Freiheit und Recht geopfert, in: Beiträge zur Landeskunde (Beil. zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg), Nr. 2, April 1970, S. 1 ff. – K. D. *Bracher*, Staatsgesinnung und Widerstand. Ebd., S. 3 ff. – R. *Morsey*, Der Untergang des politischen Katholizismus. Stuttgart 1977.

JOANNES BAPTISTA SPROLL

Quellen

Einschlägige Quellen befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, im Bundesarchiv in Koblenz sowie in den Diözesanarchiven Breslau, Freiburg und vor allem Rottenburg sowie im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Der Privatnachlaß von Bischof Sproll im Besitz des Verfassers enthält u. a. zahlreiche bisher nicht oder nur teilweise veröffentlichte Predigten.

Literatur

E. *Kaim*, Der Bischof ist wieder da. Bischöfliches Ordinariat Rottenburg 1945. – A. *Hagen*, Geschichte der Diözese Rottenburg, Bd. 3. Stuttgart 1960. – A. *Späth*, Bischof Johannes Sproll. Stuttgart 1963. – P. *Kopf* und M. *Miller*, Die Vertreibung von Joannes Baptista Sproll von Rottenburg 1938–1945. Dokumente zur Geschichte des kirchlichen Widerstandes. Mainz 1971. – P. *Kopf*, Joannes Baptista Sproll, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, Bd. 13. Stuttgart 1977, S. 442 ff. – *Ders.*, Werden und Handeln der Person Joannes Baptista Sproll. Einführungsvortrag anläßlich der Ausstellung »150 Jahre Diözese Rottenburg«, in: Festschrift zum 25jährigen Priesterjubiläum von P. *Kopf*. Ludwigsburg 1980.

BENEDICT KREUTZ

Quellen

Der Nachlaß Kreutz befindet sich im Archiv des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg. Wichtige ergänzende Überlieferung besitzt das Erzbischöfliche Archiv Freiburg. Zu erwähnen ist ferner das Privatarchiv Merz in Kirchzarten. Den Nachweis gerade auch der zahlreichen, verstreut publizierten Reden und Aufsätze gibt die Bibliographie B. Kreutz, zum 60. Geburtstag zusammengestellt von H. *Rolfes*. Freiburg 1939 (Archiv des Deutschen Caritasverbandes, K. A. Verschiedenes, Mappe I).

Schriften (Auswahl)

Rede beim silbernen Jubiläum des Winzer-Vereins Hagnau am Bodensee am 12. November 1906. Freiburg 1906. – Die hl. Theresia von Spanien oder Gedanken über die Zeit und die Heiligen. Freiburg 1909. – Auf Wiedersehen. Ein Strauß Vergißmeinnicht aufs Heldengrab. Freiburg 1916. – Das ländliche Gemeindeheim, eine Studie zur ländlichen Wohlfahrtspflege. Diss. rer. pol. Münster/W. 1922. – Caritas und Deutscher Caritasverband, in: Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, hg. O. *Karstedt*. Berlin 1924, S. 102 ff. – Die sozial-caritative Bedeutung der Bodenreform. Bamberg 1925. – Aus Zeit und Leben der gottseligen Mutter Franziska Schervier. Freiburg 1927. – Caritasarbeit im neuen Deutschland, in: Soziale Arbeit und Gemeinschaft. Ein Beitrag zur III. Internationalen Konferenz für soziale Arbeit, London 1936, hg. H. *Althaus*. Karlsruhe 1936, S. 224–255.

Literatur

Benedikt Kreutz zum Gedenken, im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes zusammengestellt von K. *Borgmann*. Freiburg o. J. (1949). – G. *von Mann*, Prälat Dr. Benedikt Kreutz i. p. m., in: Jugendwohl 30 (1949) S. 137 ff. – K. *Borgmann*, Dr. Kreutz Benedikt, in: Freiburger Diözesanarchiv 71 (1951) S. 233 ff. – A. *Eckert*, Benedikt Kreutz 1879–1949, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 102 (1955) S. 295 f. – Benedikt Kreutz, ein Vortrag von K. *Borgmann*. Freiburg 1959. – K. *Borgmann*, Benedikt Kreutz; zur 10. Wiederkehr seines Todestages am 25. Juli 1959, in: Caritas 60 (1959) S. 231 ff. – A. *Eckert*, Dr. Benedikt Kreutz, Caritaspräsident, zum 15. Todestag 1879–1949, in: Anzeiger für die katholische Geistlichkeit 73 (1964) S. 280 ff. – G. *von Mann-Tiechler*, Benedikt Kreutz (1879–1949), in: *ders.*, Menschen als Helfer. Köln 1966, S. 23 ff. – H.-J. *Wollasch*, Beiträge zur Geschichte der deutschen Caritas in der Zeit der Weltkriege; zum 100. Geburtstag von Benedict Kreutz, hg. vom Deutschen Caritasverband. Freiburg 1978. – *Ders.*, Benedict Kreutz (1879–1949), Präsident des Deutschen Caritasverbandes (»Weiße Reihe« des Deutschen Caritasverbandes, Heft 10). Freiburg 1979.

LUDWIG WOLKER

Quellen

Der Nachlaß Wolker sowie der Nachlaß Willy Bokler und das Archiv des Jugendhauses Düsseldorf werden in der Kommission für Zeitgeschichte (Bonn) aufbewahrt. Einschlägiges Material findet sich außerdem in verschiedenen Diözesanarchiven.

Schriften (Auswahl)

Der Religionsunterricht in der Fortbildungsschule. Freiburg i. Br. 1926. – Das Kirchengebet. Düsseldorf, seit 1930. – Gebet – Opfer – Dienst. Manuskriptdruck 1938. – Christopher. Recklinghausen 1939. – Wort aus Gott. Recklinghausen 1939 und 1953. – Die Barmherzigkeit und das Almosen. Freiburg i. Br. 1946. – Die leiblichen Werke der Barmherzigkeit. Freiburg i. Br. 1946. – Die Hungerkatechese. Freiburg i. Br. 1946. – Ferner Aufsätze in zahlreichen Zeitschriften der katholischen Jugendverbände, vor allem Junge Front (Wochenzeitung ins deutsche Jungvolk), Jungführer (Organ der Laienführerschaft des katholischen Jungmännerverbandes), Jugendführung (Zeitschrift für Pädagogik der reifenden männlichen Jugend), Deutsche Jugendkraft (Hauptorgan des Reichsverbandes Deutsche Jugendkraft), Jugendpräses (Werkblatt für Präsides), Jugendwacht (Zeitschrift katholischer Jugend), Michael (Wochenschrift junger Deutscher), Schach (Rundbrief des Schachbundes im Katholischen Jungmännerverband Deutschlands), und Am Scheidewege (Blätter für Knaben der letzten Schuljahre). – Ansprachen auf den Christophorus-Schallplatten »Katholische Jugend«, »Ave Maria«, »Deutschland«.

Literatur

Jugendhaus Düsseldorf 1924–1954. Gedenkheft zur Einweihung des Düsseldorfer Jugendhauses, hg. von der Bundesführung der Deutschen Katholischen Jugend. – G. *Thurmair*, Ein Priester der Freude. Das Lebensbild des Prälaten Ludwig Wolker. Buxheim 1957. – H. *Roth*, Katholische Jugend in der NS-

Zeit. Düsseldorf 1959. – W. *Bokler* (Hg.), Prälat Ludwig Wolker (Altenberger Dokumente, Sonderheft 5a). Düsseldorf 1963. – F. *Henrich*, Die Bünde der katholischen Jugendbewegung. München 1968. – K. *Gotto*, Die Wochenzeitung Junge Front/Michael. Mainz 1970. – L. D. *Walker*, Hitler Youth and Catholic Youth 1933–1936. Washington 1970. – W. *Berger* (Hg.), ad personam Ludwig Wolker. Buxheim 1975. – B. *Schellenberger*, Katholische Jugend und Drittes Reich. Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes 1933–1939 unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz. Mainz 1975. – F. *Meyers*, Die Baronin im Schutzmantel. Emilie von Loe im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Kevelaer 1975. – G. *Thurmair*, Ludwig Wolker – gestern und heute, in: Rundbrief der Deutschen Volkschaft, Arbeitskreis Süd, Folge 5, Oktober 1975. – B. *Schellenberger*, Die katholische Jugend in der Auseinandersetzung mit der Hitler-Jugend, in: Katholische Kirche und Nationalsozialismus (Bensberger Protokolle, Nr. 30). Bensberg 1980.

LAURENTIUS SIEMER

Quellen

Ein Teilnachlaß Siemer befindet sich im Archiv der Dominikanerprovinz »Teutonia« in Köln, darunter auch seine Rundbriefe an die Mitbrüder und ein zweibändiges Manuskript seiner Erinnerungen. Chronik des Dominikanerklosters St. Andreas, Köln.

Schriften (Auswahl)

Die mystische Seelenentfaltung unter dem Einfluß der Gaben des Heiligen Geistes nach der Lehre des hl. Thomas von Aquin. Vechta 1927. – Wie ich den Fernen Osten erlebte. Eindrücke und Erlebnisse eines Missionsvisitators. Vechta 1937. – Das deutsche Volk und der Militarismus, in: Die neue Ordnung 1 (1946/47) S. 158 ff. – Albert der Große und unsere Zeit. Ebd., S. 481 ff. – Zum Problem des Christlichen Sozialismus. Ebd. 2 (1948) S. 269 ff. – Die katholische Kirche und die Krise der Gegenwart. Ebd. 6 (1952) S. 299 ff. – So sind wir Menschen. Frankfurt a. M. 1956. – Aufzeichnungen und Briefe. Frankfurt a. M. 1957, ^{2}1958.

Literatur

L. *Schwering*, Die Entstehung der CDU. Köln 1946. – *Ders*,. Die Frühgeschichte der CDU. Recklinghausen 1963. – J. *Hofmann*, Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947, bearb. und eingel. von R. *Morsey*. Mainz 1977. – R. *Uertz*, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Stuttgart 1981.

JOSEF GOCKELN

Quellen

Akten im Stadtarchiv Düsseldorf und im Archiv des Landtags von Nordrhein-Westfalen, vor allem die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen

des Landtags sowie Ausschußprotokolle und das »Biographische Kompendium«.

Literatur

F. *Tamms*, Düsseldorf – ja, das ist unsere Stadt. Düsseldorf 1966. – H. *Budde*, Josef Gockeln, in: Christliche Demokraten der ersten Stunde (Hg. Konrad-Adenauer-Stiftung). Bonn 1966, S. 131 ff. – W. *Först*, Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1: 1945–1949. Köln 1970. – W. *Hensel*, 3 x Kommunalpolitik 1926–1964. Köln 1970. – H. *Lützeler*, Das Haus des Landtags, in: Mensch und Staat in NRW. 25 Jahre Landtag von Nordrhein-Westfalen, hg. von W. *Lenz*. Köln 1971. – F. *Tamms*, Von Menschen, Städten und Brücken. Düsseldorf 1974. – H. *Weidenhaupt*, Kleine Geschichte der Stadt Düsseldorf. Düsseldorf ^{7}1979. – W. *Först*, Parallelstraße und Regierungsviertel. Aus der Frühgeschichte der Landeshauptstadt Nordrhein-Westfalens, in: Düsseldorfer Jahrbuch 57/58 (1980) S. 511 ff. – R. *Uertz*, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Stuttgart 1981.

HEINRICH WIENKEN

Quellen

Eine geschlossene Sammlung des in dem von Wienken geleiteten Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz entstandenen Schriftgutes ist nicht erhalten. Wienken hat seine Sekretärin mehrfach beauftragt, Schriftstücke zu vernichten. Seine 1937 beendete Tätigkeit bei der Caritas, aber auch noch eine Reihe späterer Vorgänge sind im Archiv des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg belegt. Einzelne Diözesan-Archive – namentlich Berlin (West), München, Osnabrück, Trier und Vechta – enthalten Nachweise für Wienkens Wirken als kirchenpolitischer Unterhändler des Episkopats, vor allem der Nachlaß von Kardinal Bertram in Breslau. Hervorzuheben sind weiterhin im Berlin Document Center und im Bundesarchiv Koblenz verwahrte Dokumente im Hinblick auf Wienkens Unterredungen bei der Gestapo, ferner die im Staatlichen Zentralarchiv der DDR vorhandenen Akten des Reichskirchenministeriums. Für den Komplex der NS-»Euthanasie« wichtig sind Bestände bei der Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Frankfurt am Main.

Schriften

Die Lage der Kinder polnischer Wanderarbeiter in Deutschland, in: Jugendwohl. Zeitschrift für katholische Kinder- und Jugendfürsorge 20 (1931) S. 177 ff.

Literatur (Auswahl)

E. *Püschel*, Ein Leben für Seelsorge und Caritas. Zum Heimgang von Erzbischof Heinrich Wienken, in: Caritas 62 (1962) S. 91 ff. – P. *Jung*, Pontifex und Diakon. Ein Lebensbild des Bischofs von Meißen, Heinrich Wienken (Lichtbildervortrag, 100 Dias mit Kommentar) o.O., 1964 (Archiv DCV Freiburg). – G. *Desczyk*, Ein gütiger und tätiger Menschenfreund. In memoriam Heinrich Wienken, in: Neue Zeit (Berlin-Ost) von 22. Januar 1966, S. 9. – W. *Adolph*, Sie sind nicht vergessen. Cesare Orsenigo, Maximilian

Kaller, Heinrich Wienken, Heinrich Heufers, Ludwig Cuno, Bernhard Lichtenberg. Als Ms. gedruckt. Berlin (West) 1972, S. 133 ff. – P. *Jung*, Bischof Heinrich Wienken, in: Tag des Herrn (Leipzig) 27 (1977) S. 71. – H. *Schlömer*, Der Bischof aus Cloppenburg. Zum Gedenken an Heinrich Wienken, in: Heimatblätter. Beilage zu Nr. 47 der Oldenburgischen Volkszeitung vom 24. Februar 1979. – M. *Höllen*, Katholische Kirche und NS-»Euthanasie«, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 91 (1980) S. 53 ff. – *Ders.*, Heinrich Wienken, der ›unpolitische‹ Kirchenpolitiker. Eine Biographie aus drei Epochen des deutschen Katholizismus. Mainz 1981. – J. *Gülden*, »Düngen und Beten ist kein Aberglaube«. Erzbischof Heinrich Wienken zu seinem 20. Todestag, in: Gottesvolk in der Gemeinde. Leipzig 1981, S. 49 f.

FRIEDRICH DESSAUER

Quellen

Den politischen Nachlaß Friedrich Dessauers verwahrt die Kommission für Zeitgeschichte, Bonn. Über die Verfolgung durch die Nationalsozialisten geben Aufschluß die von Josef *Knecht* zusammengetragenen »Privaten Papiere 1932–1935« im Institut für Zeitgeschichte, München, sowie der Teilbestand »Maßnahmen des Staates gegen Professor Dessauer bei der RMV 1933–1934« im Diözesanarchiv Limburg. Reden von Dessauer sind gedruckt in dem Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt a. M. und in den Stenographischen Berichten des Reichstages. Zahlreiche Aufsätze finden sich in der »Rhein-Mainischen Volkszeitung«, Äußerungen in der Zentrumsfraktion in: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von R. *Morsey*. Mainz 1969; Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearb. von R. *Morsey* und K. *Ruppert*. Mainz 1981.

Schriften (Auswahl)

Zeit der Wende. Der gesammelten politischen Aufsätze erste Folge. Frankfurt a. M. 1924. – Alltag und Unendlichkeit. Der gesammelten politischen Aufsätze zweite Folge. Frankfurt a. M. 1925. – Das Zentrum. Berlin 1931. – Im Kampf mit der Wirtschaftskrise. Frankfurt a. M. 1931. – Der Fall Galilei und wir. Frankfurt a. M. 1947. – Kooperative Wirtschaft. Frankfurt a. M. ^{2}1970.

Literatur

J. *Knecht*, Friedrich Dessauer. Der universale Geist und liebenswerte Mensch, in: Jahrbuch des Bistums Limburg 1964, S. 42 ff. – Ch. *Kleinholz-Boerner*, Friedrich Dessauer 1881–1963. Biobibliographie eines nichtärztlichen Röntgenpioniers. Diss. Berlin 1968. – B. *Lowitsch*, Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung. Wiesbaden 1980. – H. *Blankenberg*, Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main 1918–1933. Mainz 1981. – Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, bearb. von W. *Röder* und H. A. *Strauss*, Bd. 1. München 1980, S. 126. – F. *Neumark*, Zuflucht am Bosporus. Deutsche Gelehrte, Politiker und Künstler in der Emigration 1933–1953. Frankfurt a. M. 1980.

JOHANNES ALBERS

Quellen

Albers' Nachlaßakten sind seiner Zeit von seiner Witwe dem Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter übergeben worden, konnten dort jedoch nicht aufgefunden werden. Ebenfalls ungeklärt ist der Verbleib seiner Akten aus der Widerstandsarbeit im Ketteler-Haus in Köln. Einige Materialien, Zeitungsausschnitte und vervielfältigte Redemanuskripte finden sich in Nachlässen anderer Unionspolitiker wie Leo Schwering, Konrad Adenauer, Adam Stegerwald und Jakob Kaiser. Für Hinweise zur Biographie dankt der Verfasser Frau Aloisia Kochem, einer Nichte von Johannes Albers, Herrn Bundesminister a. D. Hans Katzer und Herrn Lambert Dalbert, Köln.

Schriften

Die Aufgaben der CDU im Leben des Deutschen Volkes. Rede in der Aula der Kölner Universität am 2. Dez. 1945 (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, H. 2). Köln 1945. – Grundgedanken zum Thema: Christlicher Sozialismus. Diskussionsmaterial. Streng vertraulich. Köln 1. Mai 1946. – Grundsätzliches aus dem Ahlener Programm der CDU, in: Informationsdienst des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone 3 (1949) Nr. 5, 6, 8. – Sozialpolitik als Verpflichtung und Aufgabe. Ebd. Nr. 8. – Die soziale Verpflichtung der CDU. Ebd. Nr. 13. – Zur Bodenfrage, in: Halbe oder ganze Maßnahmen gegen die Bodenspekulation. Frankfurt 1959. – Konrad Adenauer, in: Soziale Ordnung 15 (1961) H. 2, S. 23. – Tradition und Aufgabe, in: Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß vom 26.–27. März 1960 in Köln. Köln 1960, S. 13 ff. – Verpaßte Chancen, in: Soziale Ordnung 17 (1963) H. 1, S. 1 ff. – Erinnerungen an meine gewerkschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Jakob Kaiser (Manuskript; datiert 12. 11. 1961. Bundesarchiv, Nachlaß Kaiser 215).

Literatur

H. G. *Wieck*, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945. Düsseldorf 1953. – 10 Jahre Christlich-Demokratische Union, Köln. Eine Festschrift. Köln 1955. – J. *Kaiser*, Johannes Albers, zur Vollendung seines 70. Lebensjahres, in: Soziale Ordnung 14 (1960) Nr. 3, S. 41 f. – (L. *Schwering*), Johannes Albers 70 Jahre alt, in: Deutsches Monatsblatt März 1960, S. 3. – Johannes Albers: Sozialpolitiker aus Leidenschaft. Ebd. April 1960, S. 6. – (L. *Schwering*), Johannes Albers. Ebd. April 1963, S. 3. – Nachrufe im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 15. März 1963, S. 431; Ketteler-Wacht vom 1. April 1963; Kölnische Rundschau vom 9. und 14. März 1963; Welt der Arbeit vom 15. März 1963. – L. *Schwering*, Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union. Recklinghausen 1963. – 20 Jahre CDU Köln. Köln 1965. – N. *Blüm* / A. *Rohbeck*, Johannes Albers, in: Christliche Demokraten der ersten Stunde (Hg. Konrad-Adenauer-Stiftung). Bonn 1966, S. 9 ff. – W. *Conze*, E. *Kosthorst*, E. *Nebgen*, Jakob Kaiser, 4 Bde. Stuttgart 1967/1972. – L. *Schwering*, (Hg.), Auf der Suche nach dem Kurs. Zur Erinnerung an die Gründung der CDU im Rheinland vor 25 Jahren. Köln 1970. – K. *Pabst*, Konrad Adenauers Personalpolitik und Führungspolitik, in: H. *Stehkämper* (Hg.), Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln. Köln 1976, S. 249 ff.

– J. *Hofmann*, Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947. Bearb. und eingel. von R. *Morsey*. Mainz 1977. – J. *Aretz*, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Mainz 1978. – R. *Uertz*, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Stuttgart 1981.

ERNST MICHEL

Quellen

Einschlägige Quellen befinden sich im Diözesanarchiv Limburg, im Archiv der Universität Frankfurt und (Einzelstücke) auch im Bundesarchiv in Koblenz, Personalakten Michels für die Zeit nach 1945 beim hessischen Kultusministerium in Wiesbaden. Hinzu kommen Materialien aus dem Privatbesitz von Walter Michel (Frankfurt).

Schriften (Auswahl)

Die anthropogeographischen Anschauungen Montesquieus. Bensheim 1915. – Der Weg zum Mythos – Zur Wiedergeburt der Kunst aus dem Geiste der Religion. Jena 1919. – Erkenntnis oder Offenbarung höherer Welten. Eine Streitschrift wider die Anthroposophie. Mainz 1921. – Kirche und Wirklichkeit. Ein katholisches Zeitbuch. Jena 1923. – Zur Grundlegung einer katholischen Politik. Volk im Werden. Frankfurt/M. ^{2}1924. – Politik aus dem Glauben. Jena 1926. – Industrielle Arbeitsordnung. Die soziale Frage des Betriebes als Volkspolitische Aufgabe. Jena 1932. – Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main 1921–1931 (als Manuskr. gedr.). 1931. Von der kirchlichen Sendung des Laien. Berlin 1934. – Die moderne Ehe in Krisis und Erneuerung. Mainz 1936. – Lebensverantwortung aus katholischem Glauben. Berlin 1937. – Adolf Kolping. Limburg 1938. – Der Partner Gottes. Weisungen zum christlichen Selbstverständnis. Heidelberg 1946. – Renovatio. Zur Zwiesprache zwischen Kirche und Welt. Aulendorf 1947. – Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, ihrer Krisenformen und Gestaltungsversuche. Frankfurt/M. 1947. – Ehe. Eine Anthropologie der Geschlechtsgemeinschaft. Stuttgart 1948. – Rettung und Erneuerung des personalen Lebens. Frankfurt/M. 1951. – Gläubige Existenz. Heidelberg 1952. – Der Prozess »Gesellschaft contra Person«. Stuttgart 1959. – Das christliche Weltamt. Frankfurt/M. 1962.

Literatur

N.N., Katholische Erneuerung? Zum Schrifttum von Ernst Michel, in: Orientierung 14 (1950) Nr. 2–6. – F. *Hepp*, Der geistige Widerstand im Kulturteil der »Frankfurter Zeitung« gegen die Diktatur des totalen Staates 1933–1945. Phil. Diss. München 1950. – O. *Antrick*, Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. Idee, Werden, Gestalt. Frankfurt 1966. – K. *Breuning*, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934). München 1969. – B. *Lowitsch*, Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung. Wiesbaden 1980. – H. *Blankenberg*, Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main 1918–1933. Mainz 1981.

WILHELM ELFES

Quellen

Der Nachlaß Elfes befindet sich im Stadtarchiv Mönchengladbach. Er enthält fast ausschließlich Unterlagen aus der Zeit nach 1945, darunter neben Schriftwechsel mit Adenauer, Kaiser, Hermes, Siemer u. a. auch autobiographische Materialien. Die »Westdeutsche Arbeiterzeitung« ist vollständig in der Stadtbibliothek Mönchengladbach vorhanden.

Schriften (Auswahl)

Sozialismus und Sozialdemokratie. In: Deutsche Arbeit (1919) S. 126 ff., 376f., 568 ff. – Unsere Arbeit in Wirtschaft und Staat. Mönchengladbach 1921. – Ich bitte ums Wort. Mönchengladbach 1945. – Christen und Sozialisten. Mönchengladbach 1947. – Polizeipräsident in Krefeld 1927–1933. In: Die Heimat 39 (1968) S. 53 ff.

Literatur

R. *Dohse*, Der dritte Weg. Hamburg 1974. – O. *Wachtling*, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer. Zentrumspolitiker. Mainz 1974. – F. *Focke*, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Wuppertal 1978. – R. *Uertz*, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Stuttgart 1981.

ALOIS HUNDHAMMER

Quellen

Einschlägige Unterlagen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, der Bayerischen Staatsbibliothek und des Archivs der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Reden Hundhammers sind gedruckt in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Bayerischen Landtags.

Schriften

Geschichte des Bayerischen Bauernbundes. München 1924. – Der Bauernbund als bäuerliche Klassenpartei. Hg. von der Zentralstelle der bayerischen christlichen Bauernvereine. Regensburg 1925. – Die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern. München 1926. – Staatsbürgerliche Vorträge für die Jugend. Regensburg 1930. – Staatsbürgerliche Vorträge. Regensburg ^{2}1931. – Mein Beitrag zur bayerischen Politik 1945–1965 (Historisch-politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, H. 7). München 1965.

Literatur

B. *Zittel*, Dr. Fritz Michael Gerlich. In: Der Mönch im Wappen. München 1960, S. 521 ff. – P. *Hussarek*, Hundhammer. Weg des Menschen und Staatsmannes. München (1950/51). – K. *Schönhoven*, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932. Düsseldorf 1972. – E. *Deuerlein* – W. D. *Gruner*, Die politische Entwicklung Bayerns 1945–1972, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hg. von M. *Spindler*, Bd. 4. München 1974. – A. *Mintzel*, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972. Opladen 1975. – R. *Schober*, Gewählte von ehedem: Alois Hundhammer. München 1979 (Bayerischer Rundfunk. Manuskript zur Sendereihe: Bayern, Land und Leute).

Quellen

Der Nachlaß Ehards ist teils im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, teils noch in Privatbesitz. Einschlägige Akten befinden sich bei den staatlichen Behörden seiner Tätigkeitsbereiche, im Archiv des Bayerischen Landtags sowie in den amerikanischen OMGUS-Akten. – Ehard beim Hitlerprozeß: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, 2 Teile. München 1924. – Entstehung der bayerischen Verfassung: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, 3 Bände. München 1947 f. – Reden im bayerischen Landtag als Ministerpräsident, Landtagspräsident und Justizminister; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des bayerischen Landtags 1946 ff. – Weitere Reden, insbesondere auch zum Problem des Föderalismus: Bayerische Politik. Ansprachen und Reden des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, hg. von K. *Schwend*. München 1952; Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, hg. von K. *Bosl*, Abt. III Bd. 9: Die Regierungen 1945–1962, bearb. von F. *Baer*. München 1976. – Reden und Diskussionsbeiträge im Länderrat der US-Zone und bei den Ministerpräsidentenkonferenzen 1946–1949: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, bisher 3 Bände (September 1945–Juni 1947 und Januar-September 1949), bearb. von W. *Vogel*, Ch. *Weisz*, W. *Werner*, H.-D. *Kreikamp*. München 1976/81; Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, bisher 2 Bände (Juli–August 1949), bearb. von J. V. *Wagner*, P. *Bucher*. Boppard 1975/81. – Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat, bearb. von R. *Salzmann*. Stuttgart 1981.

Schriften (Auswahl)

Der Beginn und das Ende der Zwangsvollstreckung, Jur. Diss. Würzburg 1912. – Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, in: Süddeutsche Juristenzeitung 1 (1946) S. 7 ff. – Staatsrechtliche Probleme des bizonalen Aufbaues. Ebd. 2 (1947) S. 586 ff. – Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher und das Völkerrecht. Ebd. 3 (1948) S. 353 ff. – Freiheit und Föderalismus. München 1947. – Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus. München 1948. – Föderalismus als Ordnungsprinzip, in: Politisches Jahrbuch der CSU. Augsburg 1950, S. 21 ff. – Die CSU als Regierungspartei, in: Politisches Jahrbuch der CSU. Augsburg 1954, S. 55 ff. – Tatsachen und Zusammenhänge aus meiner elfjährigen Ministerpräsidentschaft (Hist.-Polit. Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München, 3, bearb. von K. *Hnilicka*). München 1964. – Die Politik der bayerischen Staatsregierung bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland. München 1967. – Die deutsche Ministerpräsienten-Konferenz in München 1947, in: Bayern, Deutschland, Europa. Festschrift für Alfons Goppel, hg. von L. *Huber*. München 1975, S. 33 ff.

Literatur

Festschrift zum 70. Geburtstag von Dr. H. Ehard, hg. von H. *Seidel*. München o. J. (1957). – K. *Schwend*, Die Mitwirkung eines Staates beim Entstehen der Bundesrepublik Deutschland, in: Bayernland 62 (1960) S. 10 ff. – A. *Wucher*, Wie kam es zur Bundesrepublik? Politische Gespräche mit

Männern der ersten Stunde. Freiburg 1968 (S. 137 ff.: Ehard). – F. *Baer*, Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. München 1971. – H. J. *Gordon*, Hitlerputsch 1923. Frankfurt 1971. – L.*Niethammer*, Entnazifizierung in Bayern. Düsseldorf 1972. – E. *Deuerlein*, W. D. *Gruner*, Die politische Entwicklung Bayerns 1945–1972, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hg. von M. *Spindler*, Bd. 4. München 1974, S. 538 ff. (mit weiterer Literatur). – M. E. *Foelz-Schroeter*, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–1947. Stuttgart 1974. – R. *Morsey*, Entscheidung für den Westen, Die Rolle der Ministerpräsidenten in den drei Westzonen im Vorfeld der Bundesrepublik Deutschland, in: Westfälische Forschungen 26 (1974) S. 1 ff. – A. *Mintzel*, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972. Opladen 1975. – R. *Morsey*, Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949, in: Historisches Jahrbuch 97/98 (1978) S. 418 ff. – H. *Piontkowitz*, Anfänge westdeutscher Außenpolitik. Das Büro für Friedensfragen. Stuttgart 1978. – W. *Siegel*, Bayerns Staatswerdung und Verfassungsentstehung 1945/46. Bamberg 1978. – R. *Morsey*, Zwischen Bayern und der Bundesrepublik. Die politische Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard 1946–1949, in: Juristenzeitung 36 (1981) S. 361 ff.

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige biographische Würdigung.

A
Acken, Johannes van 125
Adenauer, Konrad 157f., 160, 164f., 207f., 212, 214, 216, 220f., 239, 243f., 246f., 249f., 251, 275f., 279
Adolph, Walter 178
Albers, Johannes 8, 157f., *205 bis 222*, 247, 291
Albers, Margarete 208
Albertus Magnus 150
Alletz, E. 15
Aloisi-Masella, Benedetto 40
Altmeier, Peter 266
Amelunxen, Rudolf 147, 164
Andlaw, Heinrich Frhr. von 19, 22
Arnold, Karl 157, 163ff., 171, 173ff., 205, 208, 219, 247, 249, 266, 276

B
Baader, Franz von 12, 16
Barlog, Boleslaw 264
Barth, Karl 227
Basedow, Joh. Bernhard von 26
Baumgartner, Joseph 263, 269
Baumstark, Eduard 42
Bebel, August 13
Bedini, Gaetano 37
Benedikt XV. 106
Berning, Wilhelm 186
Bernstein, Eduard 240
Bertram, Adolf 115, 140, 185ff.
Besson, Waldemar 97
Bethmann Hollweg, Moritz August von 42
Bismarck, Otto Fürst von 50, 52, 62, 65, 67
Blank, Theodor 220
Blittersdorf, Friedrich Frhr. von 15
Böckler, Hans 165, 205, 211
Böhler, Wilhelm 188
Böll, Heinrich 230
Bockler, Willy 146
Bolz, Eugen 8, *88–103*, 107, 247, 285
Bolz, Joseph 89
Bolz, Maria Theresia 89
Bonald, Louis de 14
Bongartz, Heinz 242
Bonhoeffer, Dietrich 157
Bonhoeffer, Klaus 157
Bornewasser, Franz Rudolf 115
Brandis, Christian August 42
Brandts, Franz 241
Brauer, Max 266
Braun, Odilo 155f.
Braune, Paul 127
Brauns, Heinrich 206, 241
Brentano, Lujo von 224
Briand, Aristide 201
Briefs, Goetz 227, 233
Brüning, Heinrich 95ff., 102, 137, 159, 200f., 209, 241, 260
Buber, Martin 227, 230, 235
Buchholz, Peter 102
Budde, Heinz 169
Bütschli, Otto 224
Büttner, Albert 83f.
Buisson, Amalie 10
Buß, Franz Joseph Ritter von 7, *9–24*, 281

C
Canaris, Wilhelm 156
Cardaun, Joseph 86
Cavour, Camillo von 56, 61, 64
Chabrun, César 201
Chateaubriand, René de 43
Clay, Lucius Dubignon 274
Clemens, Jakob 141
Clermont, Maria 136
Colli, Carlo 116
Cortes, Donoso 22
Cube, Walter von 253

D
Dante, Alighieri 148
Delbrück, Justus 157
Delp, Alfred 157
Dertinger, Georg 187
Deselaers, Jakob 212
Dessauer, Friedrich 7, *190–204*, 226, 230, 236, 290
Deutz, Bernhard 208
Diederichs, Eugen 224
Diepenbrock, Melchior von 21, 29, 39
Dieringer, Franz Xaver 20
Dingelstad, Hermann 178
Dirks, Walter 160, 197, 226, 230
Dobbert, Alfred 175
Döllinger, Ignaz von 20, 58
Dorten, Hans Adam 243
Driesch, Hans 224
Dubreuil, Hyacinthe 233
Du Camp, Maxime 64
Duttlinger, J. G. 10

E
Eberhard, Matthias 56, 59
Ebers, Godehard Josef 152
Ebert, Friedrich 169
Eckert, Alois 235
Egk, Werner 264
Ehard, August 266
Ehard, Hans 8, 263, *266–280*, 294
Ehrenfried, Matthias 115
Eichen, Karl 211
Eichendorff, Josef Frhr. von 240
Elfes, Wilhelm 8, 157, *239–252*, 292
Encke, Hans 211
Epp, Franz Ritter von 261
Erhard, Ludwig 175, 250
Ersing, Josef 100
Erzberger, Matthias 93, 95, 244f.
Eulenburg, Philipp Graf von 67

F
Failly, Gustave de 44f.
Faulhaber, Michael von 81, 111, 114, 156, 228
Fehrenbach, Konstantin 198
Filbinger, Hans 102
Fisher, Johannes 153
Franckenstein, Georg Arbogast Frhr. von 52f.
Franken, Änne 212
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 21
Freisler, Roland 101
Frener, Anna Maria 104
Frick, Wilhelm 83
Friedrich I., Großherzog von Baden 64
Friedrich II., König von Preußen 45
Frieß, Karolina 37
Frings, Josef 86, 145, 178, 187, 189
Frisse, Wilhelm 86
Fröbel, Friedrich 34
Frohschammer, Jakob 57
Fuchs, Fritz 211

G
Galen, Clemens August Graf von 104, 114, 127, 185
Galilei, Galileo 204
Gaulle, Charles de 280
Geiler, Karl 267
Gerhardinger, Karolina 7, *25–40*, 282
Gerlich, Fritz 258
Gerstenmaier, Eugen 157, 175
Geßler, Magdalena 10
Gielen, Franz 243
Giesberts, Johannes 206
Glock, Georg 174
Gneist, Rudolf von 52
Gnoß, Ernst 167
Gockeln, Josef 8, *161–175*, 288
Goebbels, Josef 112
Goerdeler, Carl Friedrich 100, 156f.
Görge, August 85
Goergen, Fritz Aurel 172
Göring, Hermann 203
Görres, Joseph von 16, 42, 56f.
Goethe, Johann Wolfgang von 43, 225, 240
Goppel, Alfons 280
Goßler, Gustav von 65
Gothein, Eberhard 224
Gottschling, Erich 151
Gräf, Eduard 196
Grimme, Adolf 159, 264
Gröber, Adolf 90, 93f.
Gröber, August 89
Gröber, Conrad 115
Grosche, Robert 230

Groß, Nikolaus 102, 156f., 163, 208, 247
Guardini, Romano 227
Guggenheimer, Walter Maria 264

H
Habermann, Max 157
Hagen, August 89, 102
Haller, Karl Ludwig von 15f., 46
Hallstein, Walter 267
Hamacher, Wilhelm 209
Hampe, Karl 224
Hansjakob, Heinrich 119f.
Hartmann, Felix von 74
Hartmann, Sibylle 211
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 46
Heilmann, Alfons 115
Heim, Georg 257f., 261
Heine, Heinrich 240
Heinemann, Gustav 251
Heinen, Anton 241
Held, Heinrich 96, 260f.
Henni, Johann Martin 37
Hensel, Walther 171ff.
Henßler, Friedrich 165
Hermes, Andreas 101, 157, 247
Herriot, Edouard 201
Hertling, Georg Graf von 52, 91
Hettner, Alfred 224
Heuss, Theodor 95, 100, 159
Heydrich, Reinhard 114, 117
Hilgenfeldt, Erich 125
Hindenburg, Paul von 132, 137, 245, 259f.
Hitler, Adolf 80, 83, 97f., 101, 104, 112, 114, 127f., 138, 157, 201, 208f., 212, 247, 261
Hitze, Franz 119, 244
Hoegner, Wilhelm 262f., 266ff., 271f., 280
Hölderlin, Friedrich 225
Höness, Maria 94, 96, 103
Hoermann, Franz Xaver 229
Hofmann, Josef 209ff.
Hohenlohe, Gustav Adolf von 39, 64
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu 69
Holzer, Karl Joseph 61, 64
Horlacher, Michael 263
Horten, Titus 152, 154
Huber, Ernst Rudolf 51
Hürth, Eduard 71
Hürth, Franz 71
Hürth, Hermann Joseph 71
Hürth, Theodor 8, *71–87*, 284
Hürth, Wilhelmine 71
Hugenberg, Alfred 97, 200
Hundhammer, Alois 8, *253–265*, 268f., 277, 279, 293
Hus, Johann 10

I
Ignatius von Loyola 49

J
Jaenicke, Wolfgang 269
Jarcke, Karl Ernst 16, 20, 46
Joachimsen, Paul 224
Job, Franz Sebastian 29ff., 38f.
Joerger, Kuno 123
Johnen, Wilhelm 175
Joos, Joseph 199, 228, 241f., 244f.

K
Kaas, Ludwig 99, 202, 260
Kaisen, Wilhelm 266
Kaiser, Jakob 157, 162, 205ff., 212, 214ff., 218f., 247, 249ff.
Karl Theodor, Kurfürst von Bayern 26
Katzer, Hans 213, 221
Kaufmann, Peter 42
Keil, Wilhelm 97, 100
Keller, Franz 125
Keller, Johann Baptist von 107
Keppler, Paul Wilhelm von 105f.
Kerrl, Hans 113f.
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von 13f., 20, 228, 244
Kiefl, Franz Xaver 229
Kiene, Hans von 92
Klebs, Georg 224
Kleinschmidt, Beda 37
Kloidt, Franz 178
Knecht, Josef 197, 203
Knoodt, Franz Peter 42
Köhler, Heinrich 96
König, Lothar 155f.
Körner, Heinrich 156, 208, 210
Kolb, Walter 171, 203
Kolping, Adolf 71f., 74, 76ff., 80, 82, 85ff., 236

Kopf, Hinrich Wilhelm 159, 266
Korum, Michael Felix 65
Kosthorst, Erich 207
Kottmann, Max 115
Kraus, Franz Xaver 7, *55–70*, 283
Kraus, Karl 227
Kreiterling, Willi 169, 175
Kreutz, Benedict 8, *118–133*, 180, 286
Kreutz, Benedict (Vater) 119
Kreutz, Karolina 119

L
Lamartine, Alphonse de 43
Lamennais, Félicité Robert de 14
Landmann, Ludwig 192, 196
Landauer, Gustav 225
Langbehn, Julius 150
Lask, Emil 224
Lassalle, Ferdinand 47f.
Leber, Julius 100
Ledwohn, Josef 167f.
Legge, Petrus 185, 188
Lehr, Robert 165
Lennartz, Hubert 75
Lennig, Adam Franz 19
Leo XIII. 13, 64f., 67, 69, 244
Letterhaus, Bernhard 157, 163, 208
Ley, Robert 83, 246
Lieber, Ernst 52
Liebknecht, Karl 240
Locke, John 26
Loe, Emilie Freifrau von 141
Loewenberg, Gerhard 166
Loritz, Alfred 269
Ludwig I., König von Bayern 29f., 35
Lutsch, Wilhelm 196
Luxemburg, Rosa 240

M
Maaßen, Johannes 136, 140, 144f.
Mackeldey, Ferdinand 42
Maex, Annelore 266
Maier, Reinhold 88, 96, 99ff., 266
Maistre, Joseph de 14
Mallinckrodt, Hermann von 51
Man, Hendrik de 227, 233
Manzoni, Alessandro 64
Marx, Karl 48, 228
Marx, Wilhelm 95, 198, 245
Max Joseph, König von Bayern 26
Maximilian III., Kurfürst von Bayern 26
Maximilian II. Joseph, König von Bayern 32
Mayer, Rupert 262
Mertens, Heinrich 229
Meyers, Franz 175, 221
Michel, Ernst 7, *223–238*, 292
Mick, Josef 213
Miller, Max 89f., 98ff., 102
Mintzel, Alf 278
Mittermaier, Karl Josef Anton 42
Mohl, Robert von 12
Molière, Jean Baptiste 43
Molkenbuhr, Hermann 240
Moltke, Helmuth James Graf von 102
Momme-Nissen, Benedikt 150f.
Mone, Franz Joseph 19
Montesquieu, Charles de 11, 224
Montessori, Maria 34
Montgelas, Maximilian Graf von 27, 269
More, Thomas 153
Morsey, Rudolf 197
Mosterts, Carl 135f.
Moufang, Franz Christoph 57
Müller, Adam 12, 16
Müller, Gebhard 100
Müller, Josef 262f., 268f., 277
Müller, Josef Ferdinand 36
Müller, Otto 157, 206, 208f., 241, 243
Münchmeyer, Friedrich 132
Murr, Wilhelm 98, 109, 113f.
Muth, Carl 224

N
Napoleon I. Bonaparte 25f., 42f., 45, 147
Nattermann, Johannes Christian 76f., 79f., 82f.
Neumann, Johann Nepomuk 36f.
Neundörfer, Karl 230
Niebuhr, Barthold Georg 42
Nieder, Ludwig 206
Nielen, Josef Maria 230
Niermann, Hans 140, 144
Nikolaus von Kues 57
Nölting, Erik 162
Nörber, Thomas 119
Nuschke, Otto 187

O
O'Connor, Michael 36
Odörfer, Sieglinde 266
Oncken, Hermann 53, 224
Orsenigo, Cesare 116, 186
Overberg, Bernhard 38
Ozanams, Frédéric 16

P
Pacelli, Eugenio s. Pius XII.
Padover, Saul K. 248
Papen, Franz von 81, 97, 137
Paul, Hugo 168
Paul, Jean 43
Paul, Vinzenz von 38
Paulus, hl. 142, 144
Pestalozzi, Johann Heinrich 27
Pfeiffer, Anton 259, 268, 270, 274f.
Pferdmenges, Robert 212
Pieper, August 119, 241
Pius IX. 18, 39
Pius XI. 77, 153
Pius XII. 95, 107, 109, 141, 153f., 177, 189
Porsch, Felix 89
Preysing, Konrad Graf von 115, 156, 185, 187f.
Probst, Adalbert 140
Pünder, Hermann 101

R
Radbruch, Gustav 267
Radowitz, Joseph Maria von 21
Rajewski, Boris 203
Rarkowski, Franz Justus 186
Raschdorff, Julius 168
Rau, Karl Heinrich 42
Reichensperger, August 21, 41f., 48, 56
Reichensperger, August (Sohn) 52
Reichensperger, Elisabeth 42
Reichensperger, Franz Joseph 42
Reichensperger, Louise 42
Reichensperger, Margaretha 42
Reichensperger, Peter Franz 7, *41–54*, 282
Reimann, Max 250
Reisach, Karl August Graf von 36, 38
Reiser, Wilhelm 105
Renner, Heinz 168
Reuter, Ernst 266, 274
Reuter, Fritz 240
Reuter, Rudolf 208
Ribbentrop, Joachim von 154
Ricardo, David 42
Rick, Josef 145
Rings, Johannes 207f.
Ringseis, Johann Nepomuk von 30, 31
Robertson, Sir Brian Hubert 168
Röhm, Ernst 82
Röntgen, Wilhelm Conrad von 191
Rösch, Adolf 155
Rombach, Wilhelm 157
Ronge, Johannes 17
Rosenberg, Alfred 110, 112, 258
Rosenberg, Ludwig 221
Rosenstock-Huessy, Eugen 226f., 233
Rosmini, Antonio 58, 64
Rossaint, Josef 141
Roßhirt, Konrad Eugen Franz 42
Rossi, Giovanni Battista de 64
Rost, Hans 229
Rott, Michael 214
Rotteck, Karl von 10
Rousseau, Jean Jacques 11, 43, 46
Ruf, August 119

S
Sailer, Johann Michael 29
Salzmann, Christian Gotth. 26
Sambuga, Joseph Anton 29
Savigny, Karl Friedrich von 51f.
Schäffer, Fritz 259f., 267f., 271, 276f.
Schäffer, Sebastian Georg 72
Schaeven, Peter Josef 211
Scharmitzel, Theodor 156, 211
Scharp, Heinrich 197, 226, 230
Schaub, Julius 114
Scheeben, Heribert 157
Schelsky, Helmut 233
Scheuner, Ulrich 169
Schiller, Friedrich von 43
Schlack, Peter 211
Schlegel, Friedrich 14
Schleicher, Kurt von 209
Schlögl, Alois 263
Schlosser, Friedrich Christoph 16
Schmid, Karl (Carlo) 88
Schmidt, Otto 214

Schmitt, Hermann Joseph 175
Schmittmann, Benedikt 229
Schofer, Joseph 131
Schreier, Franz 173
Schulte, Aloys 44
Schulte, Johann Friedrich 53
Schulte, Karl Joseph 78, 141, 153
Schumacher, Kurt 94, 215, 250, 269
Schweitzer, Albert 227
Schweitzer, Franz Hubert 72, 74ff.
Schwend, Karl 270
Schwering, Leo 157, 211f.
Sedlmeier, Wilhelm 104
Seelos, Gebhard 272
Seidel, Hanns 278, 280
Shakespeare, William 148
Siemer, August 148
Siemer, Bernhard 148
Siemer, Franz Joseph 147
Siemer, Laurentius 8, *147–160*, 208f., 211, 247, 288
Simar, Hubert 72
Sinningen, Ansgar 154
Sismondi, Simonde de 47
Soden, Carl Oscar Frhr. von 229
Sonnenschein, Carl 130, 147, 181
Spann, Othmar 232
Sproll, Joannes Baptista 8, 98, *104–117*, 286
Sproll, Josef 104
Sproll, Maria 104
Spülbeck, Otto 189
Stadtler, Eduard 156
Staël, Germaine de 43
Stahl, Friedrich Julius 16, 46
Stang, Stephan Alois 265
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 210
Steber, Franz 136, 145
Steffens, Heinrich 16
Stegerwald, Adam 95, 206, 208, 211
Stein, Karl Frhr. vom 47
Steinbüchel, Theodor 230
Steiner, Albert 136, 144
Steinhoff, Fritz 171, 173
Stiefvater, Alois 85
Stohr, Albert 115
Stolz, Alban 23
Stratmann, Franziskus 154
Strauß, Franz Josef 277
Stuhlweißenburg, Thomas 150, 152, 154
Sybel, Heinrich von 45f.
Synesius von Cyrene 57f.

T
Tamms, Friedrich 172f.
Teusch, Christine 214
Theresia, Mutter s. Gerhardinger, Karolina
Thibaut, Anton Friedrich 42
Thieme, Karl 230
Thomas von Aquin 149
Thomas von Kempen 254
Thormann, Werner Ernst 197, 203, 226, 230
Thrasolt, Ernst 181
Thurmair, Georg 145
Tillich, Paul 227, 230
Tilmann, Klemens 145

V
Vanutelli, Serafino 69
Velden, Josef van der 209, 211
Vicari, Hermann von 18
Vieth, Otto 145
Virchow, Rudolf 52
Vogelsang, Karl Frhr. von 244
Voigt, Georg 196
Volk, Ludwig 183f.

W
Wagner, Adolf 81f.
Wagner, Georg 136
Wallmeyer, Wilhelm 86
Warsch, Wilhelm 164
Weber, Alfred 224
Weber, Heinrich 122
Weber, Helene 100
Weber, Max 224
Weitz, Heinrich 173
Wekbeker, Anna Maria 44
Wekbeker, Franz Josef 44
Wekbeker, Peter 44
Welcker, Karl Theodor 10
Welty, Eberhard 157ff., 208, 211
Werthmann, Lorenz 16, 118, 121f., 124, 132, 179f.
Westenrieder, Lorenz von 27
Wienken, Heinrich 8, 116, 122, *176–189*, 289

Wilhelm II., Kaiser 67
Windelband, Wilhelm 224
Windthorst, Ludwig 51ff., 229
Winter, Ludwig Georg 15
Wirmer, Josef 156ff.
Wirth, Joseph 198f., 230, 245, 251
Wittig, Joseph 231
Wittmann, Georg Michael 25, 28, 30f., 38f.
Wohleb, Leo 266
Wolker, Ludwig 8, 86f., *134–146*, 287
Wollasch, Hans-Josef 180
Wormans, Elisabeth 246
Wuttke, Alois 178

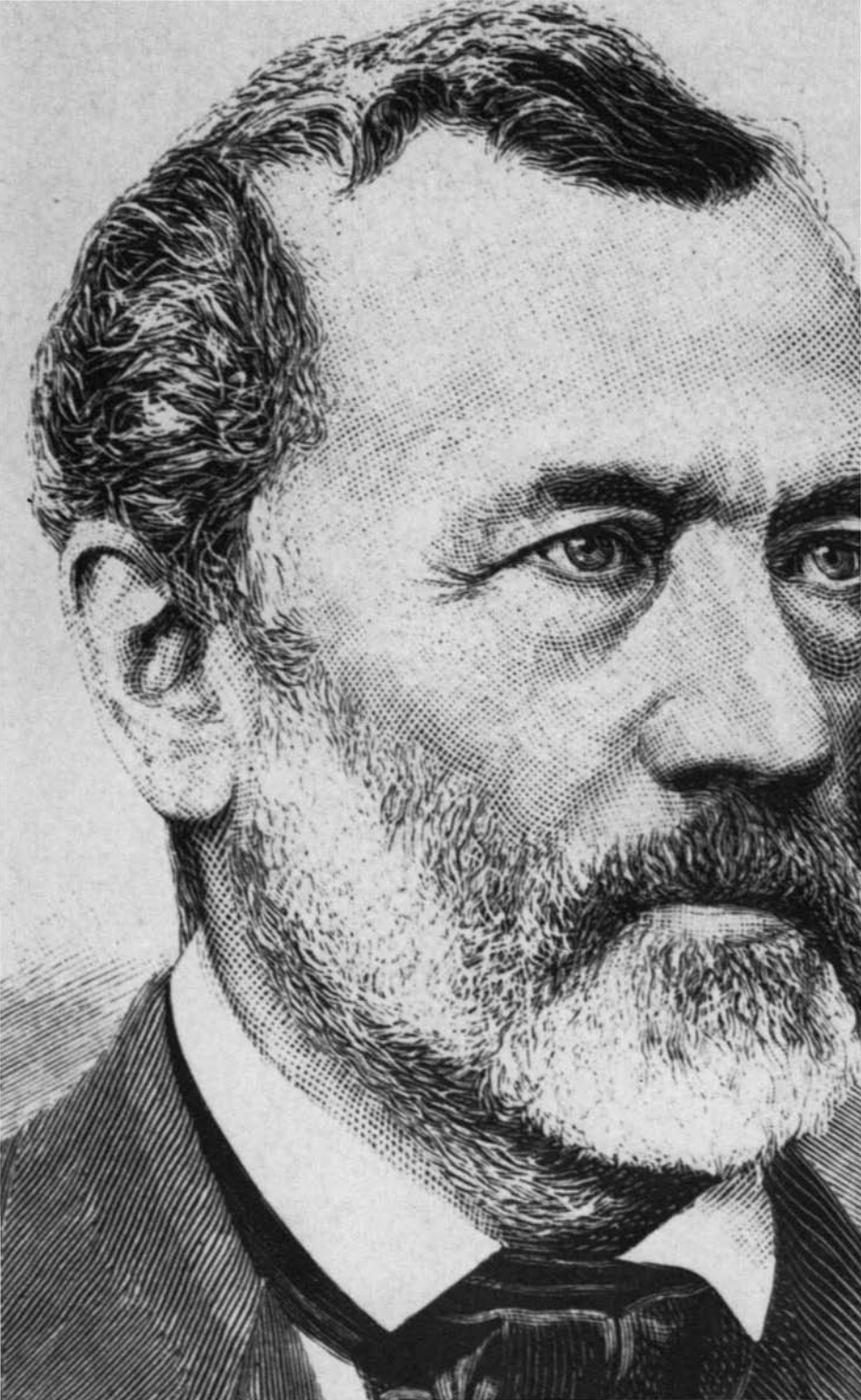
Z
Zachariae, Karl Salomon 42
Zimmermann, Karl 211
Zuccalmaglio, Anton Wilhelm von 43



Franz Joseph Ritter von Buß (1803–1878)



Karolina Gerhardinger (1797–1879)



Peter Reichensperger (1810–1892)



Franz Xaver Kraus (1840–1901)



Theodor Hürth (1877–1944)



Eugen Bolz (1881–1945)



Joannes Baptista Sproll (1870–1949)



Benedict Kreutz (1879–1949)



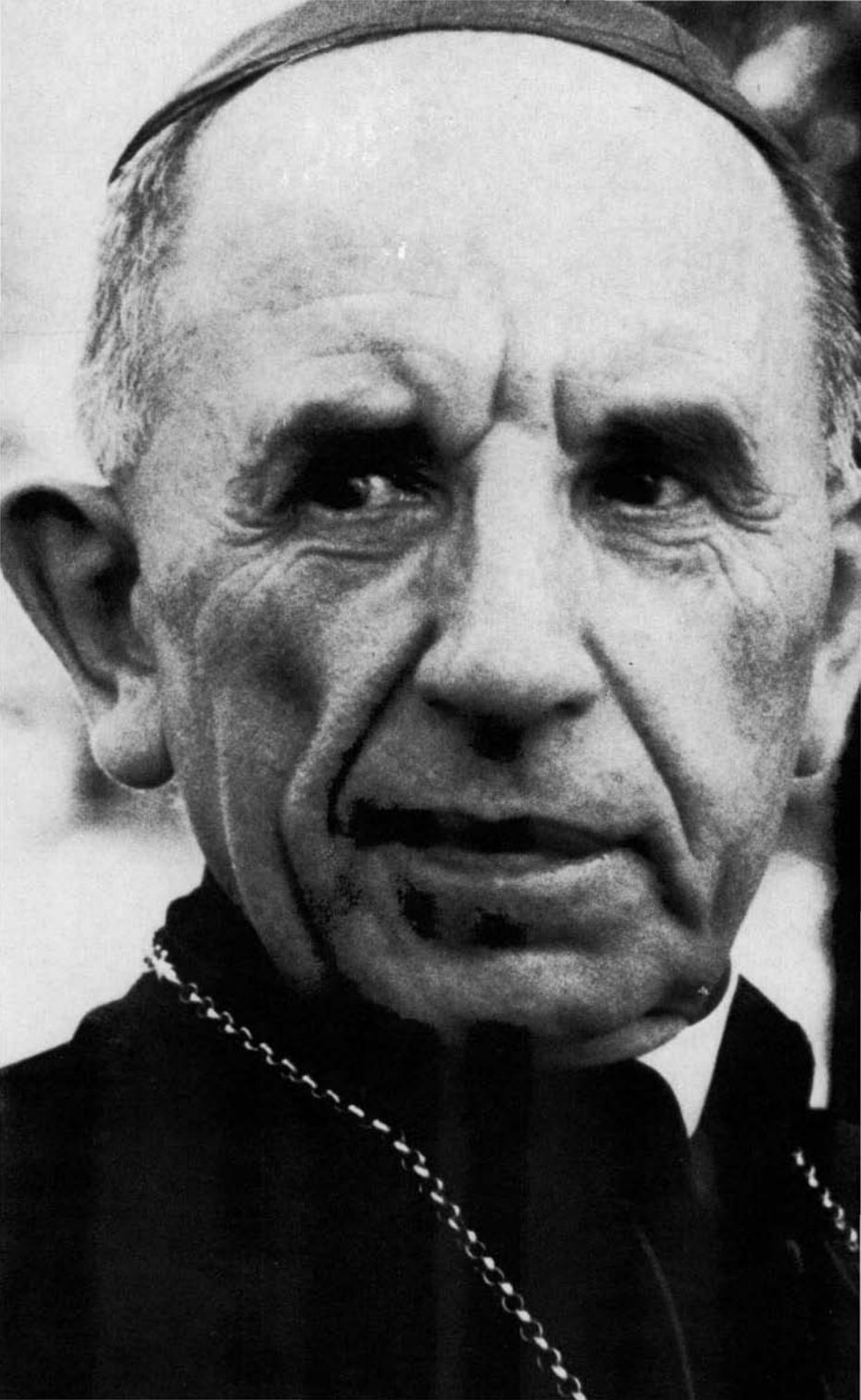
Ludwig Wolker (1887–1955)



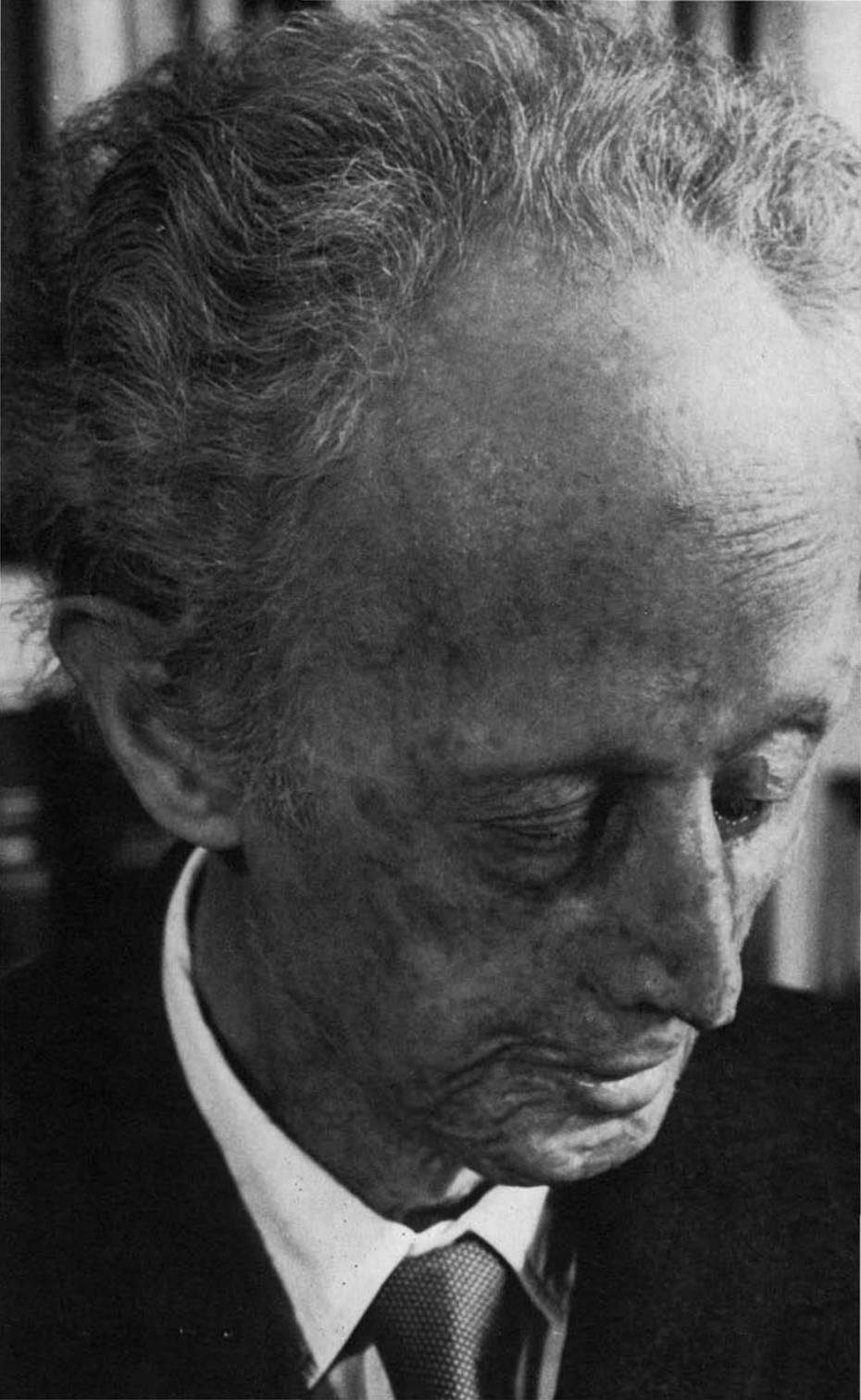
Laurentius Siemer (1888–1956)



Josef Gockeln (1900–1958)



Heinrich Wienken (1883–1961)



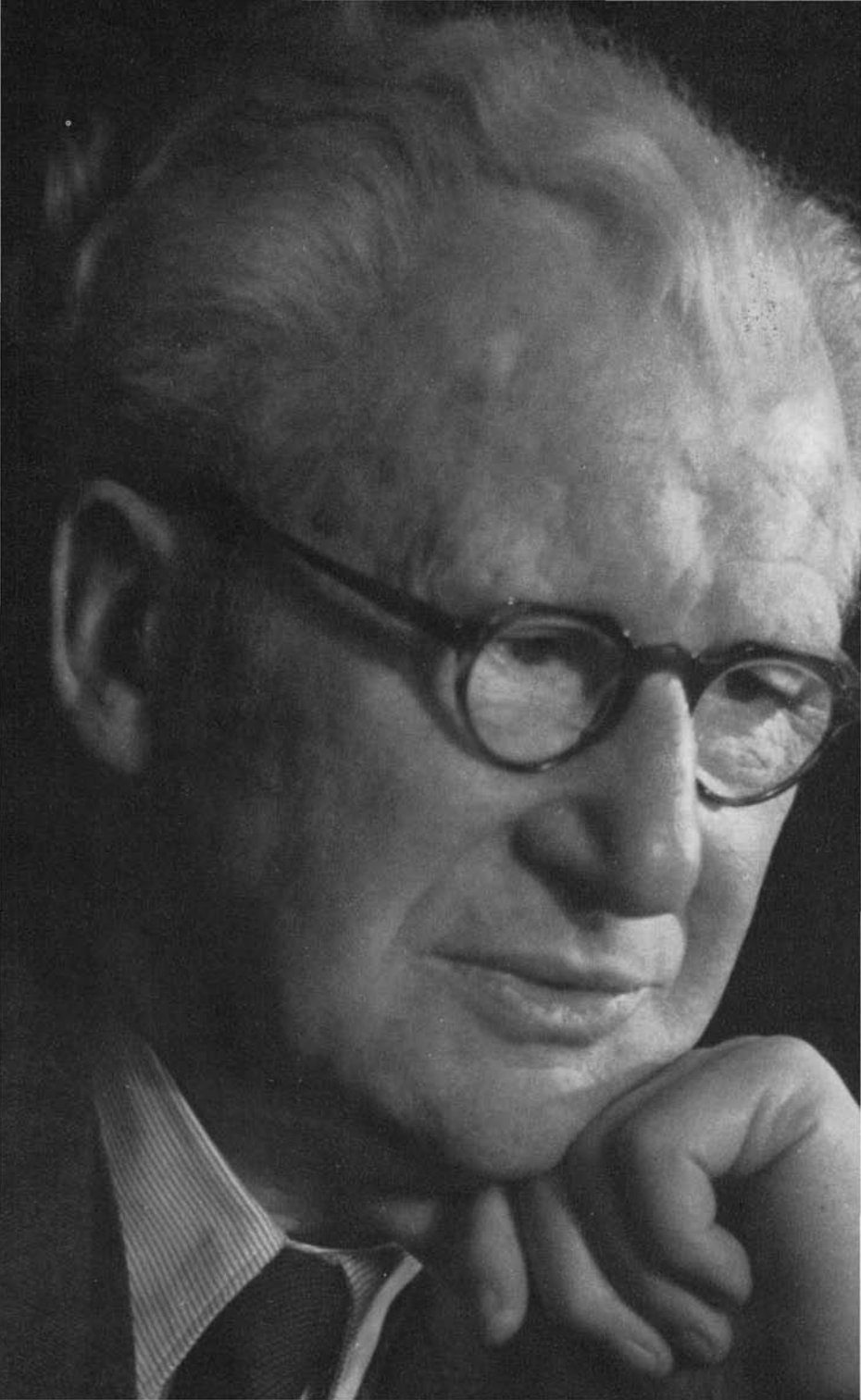
Friedrich Dessauer (1881–1963)



Johannes Albers (1890–1963)



Ernst Michel (1889–1964)



Wilhelm Elfes (1884–1969)



Alois Hundhammer (1900–1974)



Hans Ehard (1887–1980)